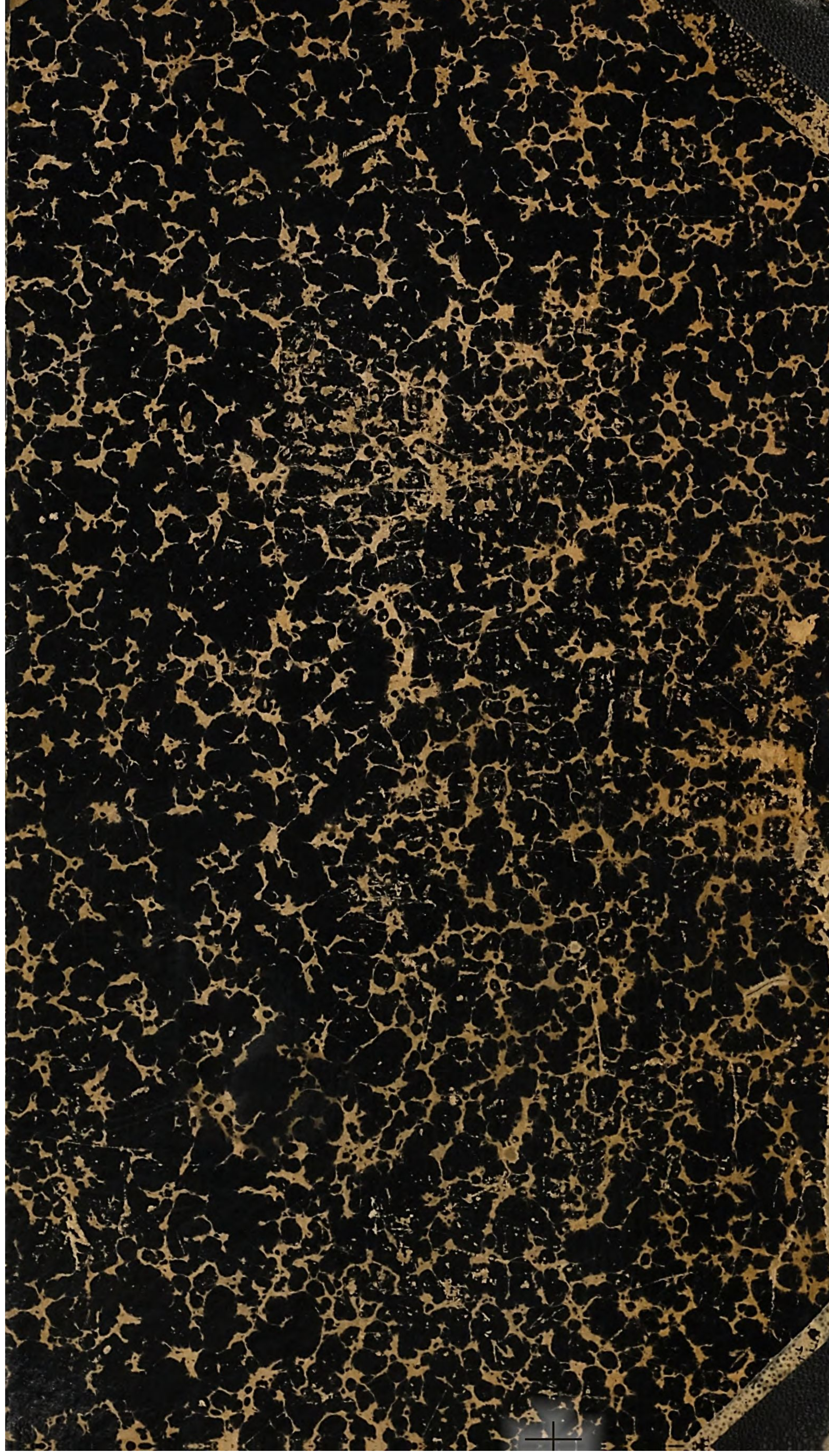




J. Germ.

Rosenthal

163 $\frac{i}{-}$

M. von Trübner 183 mit 186 sind
aufgefunden worden!

<36640837480013

<36640837480013



Bayer. Staatsbibliothek

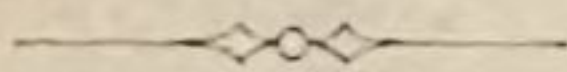
J. Germ. 163²

Rosenthal

BEITRÄGE
ZUR
DEUTSCHEN STADTRECHTSGESCHICHTE

von

DR. EDUARD ROSENTHAL
PRIVATDOCENT AN DER UNIVERSITÄT JENA



HEFT I UND II

ZUR RECHTSGESCHICHTE
DER
STÄDTE LANDSHUT UND STRAUBING

NEBST
MITTHEILUNGEN AUS UNGEDRUCKTEN STADTBÜCHERN



WÜRZBURG
A. STUBER'S VERLAGSHANDLUNG
1883

1468

In A. Stuber's Verlagshandlung in Würzburg ist vom
gleichen Verfasser erschienen:

Zur

Geschichte des Eigenthums

in der

Stadt Wirzburg.



Ein Beitrag

zur

Geschichte des Eigenthums in den deutschen Städten.

Mit Urkunden.

8^o. III. 46 S. Preis M. 3.

Die

Rechtsfolgen des Ehebruchs

nach

kanonischem und deutschem Recht.

8^o. 104 S. Preis M. 2.40.

BEITRÄGE
ZUR
DEUTSCHEN STADTRECHTSGESCHICHTE

von
DR. EDUARD ROSENTHAL
PRIVATDOCENT AN DER UNIVERSITÄT JENA

HEFT I UND II
ZUR RECHTSGESCHICHTE
DER
STÄDTE LANDSHUT UND STRAUBING
NEBST
MITTHEILUNGEN AUS UNGEDRUCKTEN STADTBÜCHERN

WÜRZBURG
A. STUBER'S VERLAGSHANDLUNG
1883



Inhalt.

Erstes Heft.

A. Zur Rechtsgeschichte der Stadt Landshut.

	Seite
Einleitung	1
I. Die Stadtverfassung:	
1. Überblick über die Geschichte.	6
2. Organisation des Stadtrats	11
3. Wirkungskreis des Stadtrats	26
a) Die Gerichtsgewalt 26, b) die Finanzgewalt 26, c) die Polizei- gewalt 36, d) die Gesetzgebungsgewalt 49.	
4. Die Bürgerschaft.	56
Erwerbung des Bürgerrechts 57, Juden 59.	
II. Die Gerichtsverfassung:	
1. Die Gerichtsbarkeit des Stadtrats	62
2. Der Stadtrichter	76
Kompetenz.	83
3. Das Gerichtspersonal	92
Die Urteillfinder 92, der Gerichtsschreiber 94, Fronbote 95.	
4. Die Fürsprecher	98
III. Das gerichtliche Verfahren:	
1. Der Gang des Verfahrens	107
Ladung 107, Einreden 111, Fürpfand 113, Vertagung 114, Beweis 115, Succumbenzbusse 116, Verjährung 117.	
2. Die Rechtsmittel.	118
3. Das Vollstreckungsverfahren	123
Arrest 123, Pfändung 126, Ausbieten 137, Schuldhaft 140, Cessio honorum 141. Konkurs, Bauprozess 143, Verfahren bei Ungerichts- klagen 145.	

IV

Seite

IV. Das Privatrecht:

A. Sachenrecht	147
B. Vertragsrecht	148
1. Aufhebung des Forderungsrechts durch den Herzog 148, 2. Arrha 149, 3. Tausch und Kauf 150, 4. Miete 152, 5. Darlehen 153, 6. Zech- und Spielschulden 155, 7. Bürgschaft 157.	
C. Familienrecht	159
Vormundschaft 159, Heiratszwang 160.	
Eheliches Güterrecht 160, 1. Prinzip 160, 2. Verhältnisse während der Ehe 162, 3. Verhältnisse nach Auflösung der Ehe 162, 4. Gesetzliche Einkindschaft 166, 5. Eheverträge 168, 6. Morgengabe 168.	
D. Erbrecht	173
Form der Testamente 175, Einschränkung der Testierfreiheit 177, Erschaftserwerb 181.	

B. Anhang zur Rechtsgeschichte der Stadt Landshut.

Auszüge aus dem Stadtbuche von Landshut.	185
--	-----

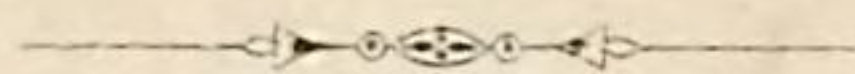
Zweites Heft.

C. Zur Rechtsgeschichte der Stadt Straubing.

Einleitung	207
Überblick über die Geschichte	209
I. Die grundherrlichen Rechte des Augsburger Domkapitels:	
II. Die Stadtverfassung:	
1. Die Organisation des Stadtrats	226
2. Der Wirkungskreis des Stadtrats	232
a) Die Gerichtsgewalt 232, b) die Finanzgewalt 232, c) die Polizeigewalt 238, d) die Gesetzgebungsgewalt 246.	
3. Die Bürgerschaft	247
Erwerbung des Bürgerrechts 247, Juden 251.	
III. Die Gerichtsverfassung:	
1. Die Gerichtsbarkeit des Stadtrats	255
2. Der Stadtrichter	259
Das Rügegericht	267

V

	Seite
3. Das Gerichtspersonal.	268
Die Urteilsfinder 268, der Gerichtsschreiber 269, das gerichtliche Hülfs- personal 270, der Fronbote 270, der Pfänder 272, die Richters- knechte 272, der Gefängniswärter 273, der Unterkäufel 273, der Züchtiger 273.	
4. Die Fürsprecher	274
IV. Das gerichtliche Verfahren:	
1. Der Gang des Verfahrens	277
Ladung 277, Beweis 278, Abnehmen 280, Zahlungsbefehl 282, Ge- richtskosten, Succumbenzbusse 284.	
2. Die Rechtsmittel	285
3. Das Vollstreckungsverfahren	288
Arrest 288, Pfändung 291.	
4. Verfahren bei Ungerichtsklagen	295
V. Das Privatrecht:	
Grundeigentum, Gülten 297, Haftungsverbindlichkeit für Fremde 299, Erbrecht 300.	
D. Anhang zur Rechtsgeschichte der Stadt Straubing.	
Auszüge aus dem Stadtbuch von Straubing	303





Vorwort.

Gelegentlich meiner archivalischen Vorstudien zu einer Geschichte der bairischen Gerichts- und Ämterverfassung wurde ich durch einen Aufsatz Heigels (Aus städtischen Archiven Altbaierns in v. Löhers Archival. Zeitschr. I S. 240 ff.) auf die Stadtbücher von Landshut und Straubing aufmerksam.

Die Durchsicht derselben überzeugte mich, dass ihre Benützung zwar in der gehofften Richtung nicht sehr ergiebig ist, dass dagegen der Inhalt dieser Stadtbücher im allgemeinen grossen rechtshistorischen Wert besitzt und die Bearbeitung desselben nebst einer Publikation der wichtigsten Partien in hohem Masse empfiehlt. Ich war daher sehr erfreut, während der Ausarbeitung diese Ansicht durch die Bemerkung v. d. Pfordtens (Studien zu K. Ludwigs Landrecht S. 224) bestätigt zu sehen, dass eine wissenschaftliche Bearbeitung des Inhalts des Landshuter Stadtbuchs und der Landshuter Privilegien „für die Rechtsgeschichte des 13. bis 15. Jahrhunderts von hohem Interesse sein würde.“

VIII

Der Versuch, in einer zusammenfassenden Darstellung des in den verschiedenen lokalen Quellen zerstreuten Rechtstoffes ein anschauliches Bild des gesamten Verfassungs- und Rechtszustandes einer Stadt zu entwerfen, kann auch heute noch dieselbe grosse Bedeutung für die deutsche Staats- und Rechtsgeschichte beanspruchen, welche Arnold und P. von Roth schon vor Dezennien Spezialforschungen auf diesem Gebiete beigemessen haben.

Die Nebeneinanderstellung der benachbarten bairischen landesherrlichen Städte Landshut und Straubing gewährt einen Einblick in die bei grosser Gleichheit der äusseren Entwicklung doch so verschiedene und eigenartige Ausbildung des Verfassungs- und Rechtslebens der beiden städtischen Gemeinwesen. Die Darstellung dürfte nicht nur manche Partieen der deutschen Stadtverfassungsgeschichte, sondern auch einzelne Rechtsinstitute in hellere Beleuchtung setzen. Ich glaube dies Ziel erreicht zu haben, wenn ich auch mit Rücksicht auf die nun vorhandenen Werke auf diesem Gebiete möglichste Kürze anstrebte.

Im Anhange zu jeder Einzeldarstellung der Rechtsverhältnisse der beiden Städte gelangen die rechtshistorisch bedeutsamen Einträge der noch nicht publizierten Stadtbücher zum Abdrucke. Bei der Auswahl wurden namentlich die für die Stadtverfassung, das Privat- und Prozessrecht wichtigen Bestimmungen berücksichtigt, während von dem Abdrucke der zahlreichen polizeilichen Satzungen Umgang genommen wurde. Die Edition erfolgte im allgemeinen nach den von Weizsäcker aufgestellten Grundsätzen.

Ich beabsichtige noch eine Anzahl von Heften ähnlichen Inhalts über die Rechtsverhältnisse anderer Städte folgen zu lassen. Jedes der zwanglos erscheinenden Hefte wird ein für sich abgeschlossenes Ganzes bilden.

Die Benützung des Landshuter Stadtbuchs ermöglichte mit freundlicher Genehmigung des Herrn Bürgermeisters Dr. Gehring der mit der Leitung des Stadtarchivs zu Landshut betraute Herr Reichsarchivassessor Kalcher, welcher mit grösster Liebenswürdigkeit eine Reihe wünschenswerter Aufschlüsse erteilte. Herr Bürgermeister Harlander von Straubing stellte mir mit aner kennenswerter Liberalität die Schätze des dortigen Stadtarchivs zur Verfügung und überwachte selbst die Anfertigung einiger Abschriften. Herr Dr. Laubmann, Direktor der k. Hof- und Staatsbibliothek zu München, überschickte mit bekannter Zu vorkommenheit einen Codex aus dieser Bibliothek zur Benützung nach Jena.

Einige der gelegentlich der Eingangs erwähnten Arbeit gesammelten Notizen aus dem k. Reichsarchive zu München, welches ich in Folge der mir von Herrn Reichsarchivdirektor geh. Rat Prof. Dr. v. Löher mit ausserordentlicher Liberalität erteilten Genehmigung in umfassender Weise benützen konnte, fanden schon hier ihre Verwertung. Über die mir dabei durch die übrigen Herren k. Archivbeamten gewährte Unterstützung werde ich in Bälde an anderer Stelle zu sprechen haben.

Allen vorgenannten Herren sage ich aufrichtigen Dank für ihre freundlichen Bemühungen.

E. R.

A.

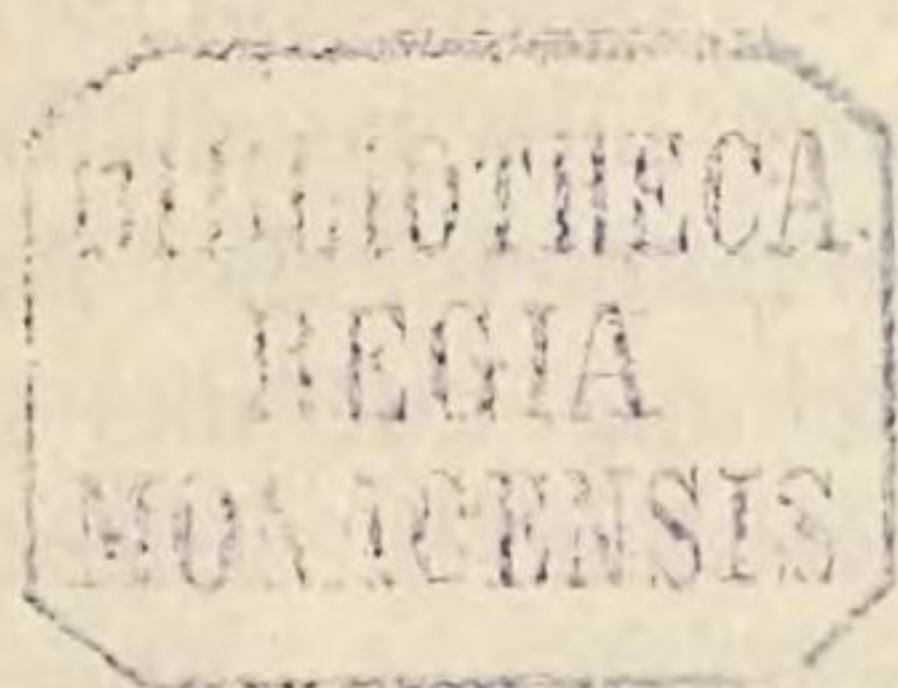
Zur Rechtsgeschichte

der

Stadt Landshut.

Nur Rechtsgeschichte

Stadt Landbuch



Einleitung.

Das Stadtbuch von Landshut¹⁾, welches die Grundlage der folgenden Darstellung bildet, gehört seinen Hauptbestandteilen nach jener Kategorie von Stadtbüchern des Mittelalters an, welche nach Homeyer²⁾ „die schriftliche Zusammenstellung des der Stadt eignen Rechts“ enthält. Die herzoglichen Privilegien und die autonomen Satzungen des Rats und der Gemeinde, welche sich auf die verschiedensten Gebiete des Rechts erstrecken, wurden durch den Stadtschreiber in den Pergamentcodex eingezeichnet. So bietet das Stadtbuch ein anschauliches Bild der geschichtlichen Entwicklung des städtischen Rechtslebens, indem es uns Kenntniss gibt von den Gesetzgebungsakten des 14. und 15. Jahrhunderts, welche eine Fortbildung des Verfassungs- und Verwaltungsrechts, des Privat-, Straf- und Prozessrechts zum Gegenstande haben. Durch die Einreihung unter die übrigen Privilegien und Satzungen der Stadt sollte die Gültigkeit einer Rechtsnorm für alle kommenden Geschlechter auf ewig gewährleistet werden.

In dem Erbrechtsprivilegium Herzog Heinrichs von 1423 wurde deshalb sogar dessen Eintragung in der Statt buech, das mit den

¹⁾ „Der stat Lanndshut ain alt buech mit freyhaiten, Stat Rechten, satzen und andern eingeschriben geschichten.“ Pergamentcodex (2°), 95 Bl., (die beiden letzten Papier, später eingefügt), befindet sich im städtischen Archive zu Landshut.

²⁾ Die Stadtbücher des Mittelalters, insbesondere das Stadtbuch von Quedlinburg in den Abhandlungen der k. Akademie der Wissenschaften zu Berlin aus d. J. 1860. S. 13 ff.

dreyen Schlüsseln verschlossen ist, ausdrücklich angeordnet;¹⁾ die (artiklen) sollen dann also hinfür ewiglich gehalten werden den armen als den reichen.

Das Stadtbuch mit den drei Schlüsseln ist jedoch nicht identisch mit demjenigen, welches uns hier beschäftigt, in welchem sich noch „einige Aufzeichnungen manichfacher Art finden, welche nur durch die gemeinsame Beziehung auf das städtische Wesen und Walten zusammengehalten werden“²⁾. Hierzu können wir zählen kurze Notizen über Bürgeraufnahmen, über Ratswahlen, Stadtverweisung, Fehde- und Urfehdebrieft, sowie einige vom Stadtrate erlassene Urteile u. dgl. Doch nehmen Einträge dieser Art gegenüber denen der ersten Kategorie, welche die Willküren des Rats und der Gemeinde zum Gegenstand haben, sehr wenig Raum ein, während Beurkundungen von Privatrechtsgeschäften der Bürger, wie Eigentumsübertragungen und Pfandbestellungen, nur ganz vereinzelt Aufnahme gefunden haben. Vielleicht war für solche Aufzeichnungen über Akte freiwilliger Gerichtsbarkeit das bis jetzt nicht aufgefundene Stadtbuch mit den drei Schlüsseln mitbenützt worden.

Die systematische Darstellung des Landshuter Stadtrechts fusst auf handschriftlichem und gedrucktem Material. Von ersterem bieten die im Anhang abgedruckten Stellen aus dem Stadtbuche ein tieferes rechtshistorisches Interesse³⁾. Die Ausbeute der Copialbücher, auf welche v. d. Pfordten⁴⁾ bei der von ihm für überaus bedeutsam erklärten wissenschaftlichen Bearbeitung des Landshuter Stadtrechts verweist, ist jetzt eine geringere, nachdem der historische Verein von Niederbayern durch seinen verdienstvollen II. Vorstand Herrn Reichsarchivassessor Kalcher eine Ausgabe der Wittelsbacher Fürstenurkunden des Stadtarchivs Landshut

¹⁾ Gengler, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. Nürnberg 1866, S. 239 (§ 15); abgedruckt und erläutert von Mittermaier in der Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft Bd. II. S. 318 ff.

²⁾ Homeyer a. a. O. S. 15.

³⁾ Dieselben waren zum grössten Teile bis jetzt ungedruckt, da die von Staudenraus (Chronik von Landshut. Landsh. 1832, I, S. 80 ff.) mitgeteilten Auszüge meistens die Zunft- und Polizeigesetze enthalten.

⁴⁾ Studien zu Kaiser Ludwigs oberbayerischem Stadt- und Landrechte. München 1875. S. 224.

veranstaltet hat, in welchem viele rechtsgeschichtlich wichtige Urkunden, deren Kenntniss bislang nur aus den Copialbüchern und Originalurkunden zu schöpfen war, zum Abdrucke gelangten¹⁾.

Die übrigen benützten archivalischen und gedruckten Quellen sowie die einschlägige Litteratur ist am betreffenden Orte angeführt. Für die Verfassungsgeschichte der Stadt bietet wichtige Aufschlüsse die von Heigel neu edierte und mit einer vortrefflichen Einleitung versehene Landshuter Ratschronik (1439—1504), während auf die erwähnte Chronik von Staudenraus, welche sich durch Mitteilung mancher bis jetzt unbekannten Quellenstellen auszeichnet, in vielen Punkten der Darstellung verwiesen werden konnte.

¹⁾ Der Freundlichkeit des Herrn Reichsarchivsassessor Kalcher danke ich auch die Übersendung eines im Besitze des historischen Vereins für Niederbayern befindlichen Copialbuchs aus dem Jahre 1576, welches nach Mitteilungen Kalchers mit dem im städtischen Archive zu Landshut befindlichen Copialbuch aus der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts übereinstimmt. Dasselbe enthielt aber nur Privilegien, ständische Freibriefe, die Landesordnung von 1474 u. dgl. durchweg Stücke, welche jetzt gedruckt vorliegen. Über die Benützung des andern Copialbuchs des städtischen Archivs, eines durch den Stadtschreiber P. Murnauer angelegten Stadtprivilegienbuchs (Pergamenthandschrift) hat sich Kalcher in der Einleitung zur oben erwähnten Edition ausgesprochen.

I. Die Stadtverfassung.

1. Überblick über die Geschichte.

Das Verständnis der Rechtsentwicklung und der Gestaltung der Verfassung einer Stadt hat zur Voraussetzung die Kenntnis der äusseren Verhältnisse, welche auf die Entstehung und Fortbildung des städtischen Gemeinwesens von bestimmendem Einflusse waren. Darum erscheint es geboten, der Betrachtung der Stadtverfassung in ihrer geschichtlichen Entwicklung einen, wenn auch nur ganz kurzen Überblick über die Geschichte der Stadt vorzuschicken.

„Herzog Otto,“ so erzählt Aventin in seiner Chronik¹⁾, „bauet im an der Isar ein fürstlich Gesäss an dem einzlichsten und lustigsten ort, fast mitten in Beyern, hiess Landshut, als ein Wart, Schutz und Hut dess gantzen Lands, es bautens im die Jüden auff, die setzt er auch dreyn, als denn ein alter Brief zu Schefftlarn bezeugt.“ Dieser alte Brief ist ein Jurisdiktionsbrief für das Kloster Schefftlarn, von Herzog Otto I. von Wittelsbach im Jahre 1183 apud Landishutam ausgestellt²⁾. Das ist das erste urkundliche Zeugnis für die Existenz der Bergwarte Landshut³⁾,

¹⁾ Chronica l. VII. Franckof. 1580. f. 372.

²⁾ Mon. Boic. VIII, 519.

³⁾ Der Name Trausnitz, den heute die Burg führt, tritt urkundlich erst im 16. Jahrhundert auf. Die Ursache dieser Namensänderung ist in Dunkel gehüllt. Vgl. Heigel, Einleitung zur Landshuter Rathschronik (Die Chroniken der deutschen Städte, Bd. 15. Leipzig 1878). S. 247.

welche als eine Hüterin des Landes¹⁾ zu dessen Schutze vom Herzoge erbaut worden war.

Erst Ludwig der Kelheimer, welcher mit scharfem Blick die günstige Lage der Bergwarte erkannt hatte, fasste den Plan, hier, wo ein geeigneter Stützpunkt für die Verteidigung des Landes, wo ein Centrum eines blühenden Verkehrslebens einen gedeihlichen Wohlstand in Aussicht stellte, ein städtisches Gemeinwesen ins Leben zu rufen. 1204²⁾ verwirklichte er seinen Plan, befestigte die Bergwarte, erhob sie zur Burg und erbaute zu ihren Füßen die Stadt, auf welche die Burg ihren Namen Landshut übertrug³⁾. Mit vielen Freiheiten begnadete er die neugeschaffene Stadt und legte so den Grundstein zu ihrer einstigen Blüte.

Für die Annahme, dass schon vorher im Tale eine Ortschaft bestanden⁴⁾, welche Ludwig durch Ummauerung der Dorfmarkung zur Stadt erhoben habe, fehlt jegliche Begründung. Das Gegenteil wird sogar durch einen vertrauenswürdigen Gewährsmann, durch das Landshuter Stadtkind Veit Arnbeck⁵⁾, bestätigt.

Die politische Bedeutung Landshuts nimmt aber erst ihren Anfang mit der für das Land so folgeschweren Landesteilung von 1255, durch welche Landshut zur Hauptstadt Niederbayerns erhoben wurde, indem die jüngere Herzogslinie hier ihre Residenz aufschlug. Das erhöhte Ansehen führte der Stadt eine stets steigende Bevölkerungsmenge zu und dieses Wachstum hatte natur-

¹⁾ Veit Arnpeck, *Chronicon Bajoariorum* (Pez, *Thesaurus anecdotorum* III. f. 259): Ex hoc nomen habet Landshut quasi provinciae custodia.

²⁾ In dieses Jahr setzen die Stadterbauung Hermannii Althensis *Annales* (Mon. Germ. Scr. XVII f. 386): Ludwicus dux Bawarie castrum et oppidum in Lanlshuot construere cepit.

³⁾ Riezler, *Geschichte Baierns*. Gotha 1880. II, S. 197, 203, weist darauf hin, dass wie bei den Städtegründungen der bairischen Fürsten als mitwirkendes Motiv ein feindlicher Gegensatz gegen einen benachbarten Bischof, der bereits im glücklichen Besitze einer Stadt war, nachweisbar erscheine und dass so auch Landshut in Opposition gegen den Bischof von Regensburg in Veranlassung des 1204 mit demselben ausgebrochenen Krieges gegründet worden sei.

⁴⁾ Heigel, Einl. S. 248.

⁵⁾ Chron. (Pez, *Thes. anecd.* III f. 261) 1204 — Dux amota lignea domuncula in eodem monte firmum castrum erigere coepit. Et hoc modo civitas Landshut initium sumpsit nec unquam villa aut forum fuit, sed mox coepta vehementer crevit.

gemäs einen ungeahnten Aufschwung des allgemeinen Wohlstandes im Gefolge.

Ein bedeutsames Moment in der politischen Entwicklung der Stadt bildete das durch die Ottonische Handfeste von 1311 zum ersten Male vom Herzoge sanktionierte Bündnis der Ritterschaft mit den Städten ¹⁾ Niederbaierns, an deren Spitze Landshut stand. Im Laufe des 14. Jahrhunderts befestigte und erweiterte sich die Macht der Landstände immer mehr ²⁾. Verbündet mit dem Adel und der Geistlichkeit nahmen die Städte lebhaften Anteil an der Regierung des Landes.

Auch Landshuts Einfluss wuchs mit Ausbildung der landständischen Verfassung und beratend und beschliessend griff es auf den Landtagen, die oft in seinen Mauern abgehalten wurden, ein in die Geschicke des Landes.

Als politische Macht zeigte sich Landshut mit der Schwesterstadt Straubing in den Kämpfen zwischen Kaiser Ludwig und Friedrich von Österreich.

Sicher vermag kein gewichtigeres Zeugnis das hohe Ansehen der Städte zu bekunden, als die Thatsache, dass der Herzog Otto gerade dem Schutze der beiden Städte Landshut und Straubing seinen minderjährigen Sohn und seine unmündigen Neffen empfahl ³⁾. Treu ihrem dem sterbenden Herzoge Otto III., dem Könige von Ungarn, geleisteten Eide, die drei verwaisten Prinzen nur Ludwig von Oberbaiern zu überantworten, leisteten die Bürger Landshuts und Straubings dem Adel der Niederlande, der Land und Prinzen dem Österreicher ausliefern wollte, energischen Widerstand. Sie schlossen am 15. Mai 1313 mit Rudolf von Oberbaiern einen Bündnisvertrag, welchen sie am 22. Juli desselben Jahres auf Kaiser Ludwig ausdehnten, indem sie sich gegenseitig Kriegshülfe gelobten und die Bürger versprachen, ohne Ludwigs und Rudolfs Zustimmung sich nicht mit dem Rate der jungen Herrschaft zu vereinbaren. Dies war der erste Schritt, mit welchem landes-

¹⁾ Rudhart, Geschichte der Landstände in Bayern. Heidelb. 1816. S. 65.

²⁾ Rudhart, S. 103 ff.

³⁾ Vgl. Rockinger, Einleitung zu Lerchenfeld, die altbaierischen landständischen Freibriefe. München 1853 p. CLXXXVII.

herrliche Städte in die Politik selbständig eingriffen¹⁾. Ihre Treue an das angestammte Wittelsbach'sche Fürstengeschlecht besiegelten sie durch ihren ruhmreichen Anteil an der Schlacht von Gammelsdorf (1313), wo die Städtebürger durch ihre Tapferkeit Ludwig den Sieg errangen, welchem der Friede alsbald folgte.

Als 1340 die Niederlande mit Oberbaiern unter dem Szepter Kaiser Ludwigs vereinigt waren, hörte Landshut zwar auf, herzogliche Residenz zu sein, der freiheitliche Ausbau der Stadtverfassung nahm aber seinen ungestörten Fortgang. Ludwig, der Freund und Förderer der Städte, gedachte dankbaren Sinnes der ihm von den Landshutern stets mit unverbrüchlicher Treue geleisteten Dienste²⁾ und bestätigte alle ihre alten Rechte — alle ir hantfest und brief, die si von aller irr vordern Herschaft habent und alle ir gewonlichen reht, es sein in verschriben oder niht. Auch neue Vorrechte hatte Landshut der Huld Ludwigs zu danken³⁾.

Ein reges Verkehrsleben hatte viele Menschen von aussen in die Stadt gelockt. Das Wachstum der Einwohnerschaft machte eine Erweiterung der Stadt zum dringenden Bedürfnis. Diesem entsprach Heinrich XIV., indem er dem alten Teile der Stadt die Neustadt 1338 hinzufügte und für deren Gedeihen durch viele Privilegien sorgte⁴⁾.

Bei den wiederholten Landesteilungen von 1392 und 1402 wurde Landshut wieder Hauptstadt der Niederlande und Residenz einer eigenen Linie des Fürstenhauses, mit welchem es über ein Jahrhundert Freud und Leid ehrlich teilte⁵⁾. Traurige Tage sah die Stadt während des unglückseligen Landshuter Erbfolgekrieges,

¹⁾ Riezler, II. S. 295 f.

²⁾ Daz wir angesehen die staeten gantzen trew, die di weisen Lute, der Rat und die burger gemainlichen ze Lantzhut unser lieb getrewen e zu uns gehabt habent, heisst es in der Konfirmationsurkunde vom 6. Januar 1341 (Kalcher, die Wittelsbacher Fürsten-Urkunden des Stadt-Archives Landshut in den Verhandlungen des histor. Vereins f. Niederbayern. Landshut 1880. Bd. XXI. S. 44.)

³⁾ Kalcher, a. a. O. S. 44—56.

⁴⁾ Urkunde vom 5. April 1338 bei Kalcher S. 33 ff.

⁵⁾ Rockinger in der Bavaria, Landes- und Volkskunde des Königreichs Bayern. München 1860. Bd. I, Abt. 2, S. 1067.

welcher nach dem Tode Georg des Reichen 1503 in Folge seines gegen die Hausgesetze verstossenden Testamentes¹⁾ entbrannte. Als durch den Kölner Schiedsspruch dem greuelvollen Kriege ein Ziel gesetzt und die Wiedervereinigung des Landshuter Gebiets mit Baiern-München ausgesprochen wurde, da war auch die Glanzperiode der Residenzstadt Landshut dahin. Der neue Herrscher Albrecht IV. führte die Unteilbarkeit Bayerns und die Primogeniturordnung als grundlegende Prinzipien in die Staatsverfassung ein. Damit war Landshut ferneres Schicksal als Sitz eines der beiden niederbairischen Rentämter²⁾, welche durch die neue Organisation an die Stelle der alten Vitztumämter getreten waren, besiegelt. Eine tiefe Wunde war hiermit der Stadt geschlagen; denn der Aufschwung ihres Handels und Gewerbfleisses hatte sich nicht auf Grund mächtiger internationaler Beziehungen entwickelt, sondern war vielfach bedingt durch die prächtige Hofhaltung eines reichen Fürstengeschlechts, welches hier residierte und das Bürgerthum durch seinen Schutz nach jeder Richtung gefördert und dem Verkehrsleben immer neuen Impuls verliehen hatte.

So konnte die schöne Isarstadt, zurückgedrängt in den engen Rahmen einer Provinzialhauptstadt, befreit von den Sorgen und Gefahren, welche mit einem politischen Verwicklungen leicht ausgesetzten Fürstensitze verknüpft sind, ihre ganze Kraft auf ihre innere Entwicklung verwenden. Die Landtage, welche durch das Zusammenströmen einer Schar begüterter Stände mit ihrem Gefolge soviel zur Mehrung des Wohlstandes der Bürger beigetragen hatten, wurden seit 1594 nicht mehr hier abgehalten. Die Furie des 30jährigen Kriegs im 17., die Schrecken der österreichischen Okkupationen im 18. Jahrhundert wirkten störend auf den Wohlstand der Bürgerschaft.

Doch nimmt auch heute noch Landshut, nachdem während des ersten Viertels unseres Jahrhunderts die altbayerische Hochschule hier eine Heimat gefunden hatte, als Hauptstadt des Regierungsbezirks Niederbaiern, eine angesehene und geachtete Stellung im blühenden Kranze der bairischen Städte ein.

¹⁾ Georg hatte seine Tochter Elisabeth und deren Gemahl, den Pfalzgrafen Ruprecht, als Erben der niederbairischen Lande eingesetzt.

²⁾ Das zweite hatte seinen Sitz zu Straubing.

2. Die Organisation des Stadtrats.

Die Grundzüge der städtischen Verfassung lassen sich, allerdings nur in den äussersten Umrissen, schon in den vom Herzog Heinrich am 16. November 1256 für Landshut erlassenen Polizeiverordnungen,¹⁾ welche zu den ältesten dieser Art gehören, erkennen.

Ein anschaulicheres Bild der ältesten Verfassungsverhältnisse Landshuts gewinnt man aber erst aus dem Stadtrechte vom 17. August 1279.²⁾ Dieses³⁾ bildet die Grundlage der städtischen Freiheit; auf ihm fusst die weitere Rechtsentwicklung dieses blühenden Gemeinwesens, welchem sich die Gunst der Landesherrn durch wiederholte Bestätigung der alten Privilegien und durch Hinzufügung neuer in den folgenden Jahrhunderten erschloss.⁴⁾

Eine Trennung der Rechtspflege von der eigentlich städtischen Verwaltung war in Landshut ursprünglich nicht durchgeführt. Der Herzog als Landesherr setzte den Richter ein, der die Rechtsstreitigkeiten mit Urteilsfindern zu schlichten berufen war. Unter diesen ragen von jeher hervor die 12 rectores civitatis, in den Verordnungen von 1256 provisores civitatis genannt. Dieser aus 12 Mit-

Rat.

¹⁾ Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte (= Qu. u. Er.). München 1857. Bd. V. p. 154 sq.

²⁾ Gengler, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. Nürnberg 1866. S. 233 f. Abdrücke des Stadtrechts geben ferner: v. Krenner: Anleitung zu dem näheren Kenntnisse der bayer. Landtage des Mittelalters. München 1804. Anhang VI. S. 14 ff., Qu. u. Er. V, 314; Gaupp, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. I, 147. Eine deutsche Uebersetzung dieses Stadtrechts bietet der Bestätigungsbrief der Herzoge Heinrich, Otto, Heinrich vom 12. April 1321 bei Kalcher S. 13 ff.

³⁾ Dem Landshuter Stadtrecht von 1279 war das von Deggendorf (21. Januar 1316) nachgebildet, welches in deutscher Sprache abgefasst meistens wörtlich mit seinem Vorbilde übereinstimmt. Dasselbe ist abgedruckt bei Gengler, Codex juris municip. Erlangen 1863. I. S. 729 ff.

⁴⁾ Solche Bestätigungen erfolgten 1318, 1322, 1327 durch die Herzoge Heinrich, Otto und Heinrich, durch Heinrich XIV. allein 1335. Ferner 1341 durch Kaiser Ludwig, 1353 und 1354 durch Herzog Stephan, 1362 durch Stephan den Aelteren, 1392 durch Friedrich und Heinrich, 1395 durch Stephan und Johann, 1450 durch Herzog Ludwig, 1470 durch Herzog Georg. (Kalcher S. 9, 13, 23, 26, 29, 44, 61, 63, 71, 95, 98 u. 127). Die Konfirmationsurkunden der späteren Herzoge und Kurfürsten vom 15. bis 18. Jahrhundert stehen im Copialbuch der Privilegien der Stadt Landshut (Reichsarchiv — Gericht Landshut I, 51, 57).

gliedern bestehende Stadtrat war die die Verwaltung und Jurisdiktion der Stadt besorgende Behörde. Die Ansicht Maurers,¹⁾ dass der Stadtrat in Landshut wie in anderen Städten aus den alten Dorfmarkvorstehern abzuleiten sei, erscheint unhaltbar.²⁾ Vor 1204 begegnet keine Kunde von dem Vorhandensein eines Dorfes.³⁾ Wollte man nun selbst annehmen, 1183 sei bereits am Fusse der Burg ein Dorf gelegen, so dürfte die Folgerung, dass an der Spitze einer solchen jedenfalls nur wenige Häuser umfassenden Ortschaft 12 Vorsteher gestanden, durch nichts gerechtfertigt sein. Die Gründung der Stadt fällt aber in das Jahr 1204, vorher kann mit Sicherheit die Existenz eines Dorfes nicht konstatiert werden, 1256 werden aber bereits die *provisores civitatis*, also der Stadtrat urkundlich erwähnt, dessen Errichtung jedenfalls in eine viel frühere Zeit zurückreicht. Es fehlt daher jeder Anhaltspunkt dafür, dass in diesem kurzen Zwischenraum eine solche Entwicklung sich vollzogen habe, zumal über den Ausgangspunkt einer solchen Fortbildung ja jede Kenntniss mangelt. Viel näher liegt die Annahme, dass dieser Rat durch den Herzog nach dem Vorbilde anderer Städte eingeführt worden sei bei einer Stadt, welche lediglich einer Schöpfungsthat des Herzogs ihr Dasein dankt. Denn gerade bei den Städtegründungen der Fürsten wurden durch den Willen des Stadtherrn bei der Gründung sofort jene Institute, welche in älteren bischöflichen und freien Städten erst in langsamer Entwicklung sich hatten herausbilden müssen, oft im Kampfe mit verschiedenen historischen Mächten, in das Rechtsfundament, auf welchem sich die neugeschaffene Stadt erhob, eingefügt.

Mit der Einsetzung des Rats als eines zur Selbstverwaltung der Stadt berufenen, aus den Bürgern gebildeten Organs war eines der wesentlichen Elemente der städtischen Freiheit⁴⁾ das

¹⁾ Geschichte der deutschen Städteverfassung. Erlangen 1869. I. S. 582.

²⁾ Die Unrichtigkeit der Ableitung der Stadträte von den Ortsmarkvorstehern überhaupt hat treffend nachgewiesen Heusler (Der Ursprung der deutschen Städteverfassung. Weimar 1872. S. 156 ff.).

³⁾ Vgl. S. 7.

⁴⁾ Sohm (Fränkisches Recht und römisches Recht in d. Zeitschr. der Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch. German. Abt. I S. 22) erblickt in der Autonomie der Gemeinden, aus welcher die städtische Selbstverwaltung durch den Rat, überhaupt die Blüte des deutschen Städtewesens hervorgieng, nur eine Entfaltung von Ideen, welche das fränkische öffentliche Recht gepflanzt habe.

Hauptinstitut der Stadtverfassung geschaffen. Nicht aus alten Verhältnissen, nicht aus einem seit lange bestehenden Schöffenkolleg, nicht aus den gegen die Stellung der altfreien Geschlechter gerichteten Bestrebungen der übrigen Gemeinde¹⁾ entwickelt sich der Stadtrath in Landshut, sondern den Verhältnissen des neu gegründeten Gemeinwesens entsprechend ruft ihn der Herzog ins Leben. Als ein fertiges Gebilde vom Herzoge errichtet, begegnet er, wie erwähnt, zum ersten Male urkundlich 1256. Fast ein und ein halbes Jahrhundert blieb dieser Stadtrat das einzige Kollegium der städtischen Selbstverwaltung, bis etwa gegen Ende des 14. Jahrhunderts zu dieser aus den 12 rectores bestehenden städtischen Behörde, ein weiterer Ausschuss als Vertretung der Gemeinde, der äussere Rat, hinzukam. Wie dieser neue Rat aus dem Bedürfnisse nach einem Vertretungsorgan der Gemeinde hervorging, lässt sich genau verfolgen. Bei Erlassung des Verbots lange Messer zu tragen 1361 heisst es, dass der Beschluss zu Stande gekommen wäre, nachdem sich die Bürger von dem Rat und die 12, die von einer starken und grossen Gemeinde abgeordnet waren, sich versammelt hatten. Diese 12 Gemeindevertreter schlossen sich später zu dem Kollegium des äusseren Rats zusammen.²⁾ Im Jahre 1394 tritt dieses neue Gemeindeorgan zu ersten Male³⁾ auf, während 1371 die bei einer Streitsache gegen Chunrad und Fridrich die Astolcr ausgestellten Vertragsurkunde nur der alte aus 12 Mitgliedern bestehende Rat unterschrieben und gesiegelt hatte.⁴⁾ Der Umfang der Kompetenz dieses äusseren Rats lässt sich nicht scharf fixieren. Das aber dürfte fest stehen, dass analog dem heutigen Dualismus unserer städtischen Kollegien (Magistrat und Gemeindekollegium, Stadtrat und Stadtverordnete) auch damals der Amtskreis der beiden das Organ der Stadtverwaltung bildenden Behörden nach einem ähn-

¹⁾ Vgl. Frensdorff, die Stadt- und Gerichtsverfassung Lübecks. Lübeck 1861. S. 29.

²⁾ Staudenraus, I. S. 100.

³⁾ In diesem Jahre am Michaelistage kam der innere und äussere Rat mit der Schuhmacherzunft wegen einer Satzung für diese Zunft überein (Staudenraus I. S. 87).

⁴⁾ Heigel, Einl. S. 253, auf dessen Darstellung der Ratsorganisation (a. a. O. S. 251—255) hier überhaupt zu verweisen ist.

lichen Prinzipie abgestuft war. Das jüngere Kollegium, der äussere Rat war mehr ein beratendes und kontrollierendes; es stellt sich dar als das die Gemeinde vorzugsweise vertretende Organ im Gegensatze zum ursprünglichen Stadtrate, dem das eigentliche Stadtreghment führenden innern Rat, welcher einen obrigkeitlichen Charakter zur Schau trägt. Mit diesem werden wir uns daher unten bei Erörterung der stadträtlichen Befugnisse fast ausschliesslich zu beschäftigen haben.

Stadtrichter

An der Spitze der Stadt stand ursprünglich der Stadtrichter. Noch im 14. Jahrhundert werden in Urkunden, welche auf das Stadtreghment Bezug haben, Richter, Rat und Gemeinde als handelnde Subjekte aufgeführt.¹⁾ Als sich 1313 die Stadt Landshut mit Straubing in den Schutz Rudolfs begaben und später das Schutz- und Trutzbündnis auch auf Kaiser Ludwig ausdehnten, da waren es „Richter, Rat und Gemeinde“ der Bürger zu Landshut²⁾, welche in den beiden Urkunden als handelnde Subjekte aufgeführt wurden. Bei Erlassung eines Gesetzes für die Wollwürker 1321 werden Richter, Rat und Gemeinde als gesetzgebende Organe besonders namhaft gemacht³⁾. Nichtsdestoweniger darf der Stadtrichter nicht als ein Mitglied des Stadtrats, wie dies der Kammerer später war, betrachtet werden. Ein Blick auf den älteren Verfassungszustand Münchens zeigt ja, dass auch hier der Stadtrichter nicht in den Organismus des Stadtrats eingefügt war. Denn nach dem Rechtsbriefe von 1294⁴⁾ durfte der Stadtrichter in München an den Sitzungen des Stadtrats nur teilnehmen, wenn er ausdrücklich zur Teilnahme aufgefordert wurde.

Der Stadtrichter in Landshut ist also nicht auf seine jurisdiktionelle Thätigkeit beschränkt, sondern, wenn auch nur in beschränktem Umfange, Organ der städtischen Verwaltung. Der Herzog, welcher auf Vorschlag des Stadtrats den Stadtrichter

¹⁾ z. B. 1313 begaben sich „Richter, Rat und Gemeinde der Bürger zu Landshut in den Schutz Rudolfs und Ludwigs von Oberbayern. (Oefele Rerum Boic. scriptores. Aug. Vind. 1763, II f. 127 sq.)

²⁾ Oefele, II. f. 127 sq.

³⁾ Staudenraus I. S. 89.

⁴⁾ § 3. Swer och Stat Richter ist, der hat nicht ze schaffen bi den Burgaern, da si sitzent bi der Stat Geschäft, und ob ir sätzzen, ez si danne, daz si in zu in biten oder baden. (Gengler, Stadtr. S. 294).

ernennt, engt durch ihn die Kompetenz des Stadtrats in der Weise ein, dass der Stadtrat zur gültigen Beschlussfassung in manchen Zweigen seiner Anordnungs- und Verwaltungsthätigkeit an die Zustimmung des Stadtrichters gebunden ist. So hat dieser mit dem Stadtrat über die Aufnahme von Bürgern in der Neustadt zu entscheiden¹⁾, während die Erteilung der Auswanderungsbewilligung aus der Stadt durch den Stadtrat allein, ohne Beziehung des Richters erfolgen kann²⁾. Dagegen sollte Richter und Rat wieder gemeinschaftlich Anordnung gegen einen der Auswanderung verdächtigen Bürger nach ihrem Belieben treffen. In gleicher Weise waren dem Richter und dem Stadtrat die Bestimmung der Weganlagen und der Regulierung des Flusslaufes überlassen³⁾. Aus diesen Kompetenzbestimmungen ersieht man, dass Richter und Rat in einem gewissen Gegensatz erscheinen, indem in derselben Urkunde scharf unterschieden wird zwischen den Fällen, wo Richter und Rat zusammen oder dieser allein thätig zu sein hat. Von einer Zugehörigkeit des Richters zum Kollegium des Stadtrats kann also nicht die Rede sein, wenn auch der Richter vor Entstehung des Kammereramtes in manichfacher Beziehung als Haupt der Stadtverwaltung auftritt. Wenn dagegen noch 1408 nach Entdeckung der Bürgerverschwörung in den dem Herzog ausgestellten Unterwerfungsurkunden „Richter, Kammerer, Rat und Gemeinde“ als Aussteller vorkommen, so kann es nicht auffallen, den Richter neben dem Kammerer unter den Ausstellern zu finden, da der Richter durch den Inhalt der Urkunden in Mitleidenschaft gezogen war. So lange der Richter noch in den Urkunden neben der Gemeinde genannt wird, ist die Stadtfreiheit noch nicht zur vollkommenen Ausbildung gelangt. Die Herrschaft,

¹⁾ Urkunde Herzog Heinrichs vom 5. April 1338 (Kalcher S. 35): Swer auch in diselden Stat vert oder varn wil, der sol daz tûn mit des Richter und mit des Rates Rat in unser Stat ze L.

²⁾ und (der unser Purger in der freyung wirt...) sol auch verhaizzen, daz er uns und auch den Purgern unerpfarn sei di zehen Jar und auch nach den zehen Jaren ewichleichen und an urlaub der zwelifer, di unsers Rates ze L. pflegent, icht aus var (ibid.).

³⁾ Swie auch der Richter und di Purger, di gesworn des Rates ze L. di Strazz und di weg, di durch diselden Neunstat gen sullen und auch den ausgang des wazzers schikchent und besorgent, daz ist auch unser guter wille, (ibid.).

der Stadtherr, nimmt noch durch sein Organ, den Richter an der Regierung des städtischen Gemeinwesens teil. Erst wenn der Richter aus dem Stadtreger verdrängt, auf seine gerichtliche Thätigkeit beschränkt wird, erscheint die Stadt als vollständig abgeschlossener bürgerlicher Verband¹⁾. Dies ist der Fall, sobald im Verlaufe des 14. Jahrhunderts der Kammerer als Vorstand des Stadtrats aufgeführt wird. Ihm fiel die Erhebung und Verrechnung der Einkünfte und die Führung des städtischen Haushalts zu.

Bürgermeister.

Seit 1495²⁾ begegnet an Stelle des Kammerers der Bürgermeister, auch ein Mitglied des inneren Rats, als Vorstand dieses Kollegiums. Der Kammerer und später der Bürgermeister war nur ein primus inter pares. In den Verzeichnissen der Ratsmitglieder, welche uns die Landshuter Ratschronik überliefert, ist dementsprechend der Kammerer bzw. Bürgermeister unter den 12 Mitgliedern des innern Rats, aber stets an erster Stelle aufgeführt³⁾. Gewöhnlich wurde er aus der Zahl der Mitglieder des innern Rats entnommen, doch konnte ihn der Herzog auch aus dem Kreise des äussern Rats ernennen — doch stet es jederzeit bei dem Willen eines Fürsten. Er war mit der Leitung der Ratsgeschäfte, mit dem Vorsitze in den Versammlungen des Rats und der Gemeinde betraut. Er war das Exekutivorgan des Stadtrats, hatte die Beschlüsse desselben in Vollzug zu setzen und überhaupt alle diejenigen Amtshandlungen vorzunehmen, welche ihrer Natur nach in einer Hand vereinigt sein mussten und nicht durch ein vielköpfiges Kollegium vorgenommen werden konnten. Eine vor den übrigen Ratsgenossen hervorragende Bedeutung kam dem Bürgermeister nicht zu. In den verschiedenen autonomen Satzungen, welche an ihrem Eingange die beim Zustandekommen derselben mitwirkenden Organe anführen, geschieht zwar des Rats, sowohl des äusseren als des inneren, und der 200 oder 100

¹⁾ Gierke, das deutsche Genossenschaftsrecht. Berlin 1873. Bd. II. S. 599.

²⁾ Landshuter Ratschronik ed. Heigel a. a. O. S. 336.

³⁾ Die Verzeichnisse der Ratschronik reichen von 1439 — 1504. Nach Heigel (Einl. S. 275) rühren die betreffenden Einträge von den jeweiligen Stadtschreibern Paul Murnauer (1439 — 1464), Alexander Murnauer (bis 1488) und Hans Vetter (bis 1504) her.

„Besten“ aus der Gemeinde Erwähnung, nie aber wird der Kammerer oder Bürgermeister besonders hervorgehoben. Auch bei der jährlichen Einsetzung des Rats werden nur die für die innern und äussern Ratsstellen in Aussicht genommenen Personen zur Verpflichtung am Georgstag zum Herzog geladen und erst bei dieser Gelegenheit bestimmt der Herzog, welche der Erschienenen er im künftigen Jahre mit der Verwaltung des Bürgermeisteramts betrauen wolle.

Im 16. Jahrhundert finden wir mehrere Personen mit dem Titel Bürgermeister an der Spitze der Stadtverwaltung. Vorher meldet zwar die Ratschronik¹⁾ von 1473: Diss Jars wurden vier Cammerer, zu jeder Quatember ein Camer geordnet zu Landts-huet. Doch steht diese Erscheinung in dieser Zeit ganz vereinzelt da und nachdem unter den Mitgliedern des Rats in diesem Jahre nur ein Einziger als Kammerer aufgeführt wurde, lässt die Fassung des Chronisten vermuten, dass es aussergewöhnliche Verhältnisse waren, welche in diesem Jahre einen viermaligen Wechsel im Kammereramte zur Notwendigkeit machten. Erst seit 1516 scheint die Ernennung mehrerer Mitglieder des innern Rats zu Bürgermeistern sich zur dauernden Institution ausgebildet zu haben, denn lange Zeit hindurch finden sich jetzt 2 Bürgermeister²⁾, von welchen jeder ein halbes Jahr das Bürgermeisteramt versah.

Seit 1577 begegnen sogar 4 Bürgermeister, deren Zahl nur von 1584—1595 wieder auf 3 herabsinkt³⁾. Im 17. und 18. Jahrhundert waren sodann fortwährend 4 Bürgermeister für ein Jahr ernannt, von welchen jeder ein Quartal hindurch das Bürgermeisteramt verwaltete. Man wollte durch diese Ablösung den

¹⁾ ed. Heigel S. 319.

²⁾ Ordnung wie es bisher mit der wal und setzung aines rats zu Landsh. vor alter jürlich gehalten worden 1551 (die ordnung verändert wie hernach stet und volgends widerumben zugelassen worden 1553): Item ain landsfurst hat jerlich zu S. Jörgentag 12 des innern und 12 des aussern rats zu setzen. und aus den zwelfen des innern oder aus den zwelfen des äussern rats zwen burgermaister, der iedweder das halb jar solich burgermaisteramtb verwesen und fursehen soll, zu erwelen. man pfligt aber gemeinlich solich burgermaister aus dem innern rat ze nemen, doch stet es ieder zeit bei dem willen aines fursten. (Reichsarchiv).

³⁾ Staudenraus II. S. 18, 32, 34.

Einzelnen die Bürde des Ehrenamts erleichtern, um so bei dem steigenden Umfange der amtlichen Funktionen eine Überlastung und allzu lange Abhaltung von den bürgerlichen Berufsgeschäften zu verhüten.

Die Grundsätze für die Wahl des Stadtrats sind für die beiden ersten Jahrhunderte des Bestehens der Stadt nicht urkundlich zu belegen. Wenn Heigel¹⁾ sagt, die jährlich erneute Wahl habe jederzeit den Herzogen zugestanden, so dürfte dies erst auf die mit dem zweiten Dezennium des 15. Jahrhunderts beginnende Periode zu beziehen sein. Als nämlich 1410 die Verschwörung eines Teiles der Bürgerschaft gegen den Herzog entdeckt worden war,²⁾ wurden nicht nur die Schuldigen strenge bestraft, sondern die ganze Gemeinde musste Herzog Heinrichs des Reichen Grimm bitter fühlen. Eine Schmälerung der freiheitlichen Rechte der Stadt, eine reaktionäre Umgestaltung der städtischen Verfassung war die traurige Folge des missglückten Komplotts gegen den Landesherrn. Veranlassten den sog. Bürgeraufruhr zu Landshut auch mehr äussere Dissidien, Jurisdiktionsstreitigkeiten zwischen Herzog und Gemeinde,³⁾ so lagen die Ursachen der Uneinigkeit doch tiefer. Das kraftvoll sich entfaltende Bürgertum strebte auch hier, wie in anderen Städten, nach einer freieren Ausbildung der Verfassung. Der Stillstand im Verfassungsleben behagte dem sich seiner Macht immer schärfer bewusst werdenden Bürgertum nicht. Wie dieser Ausbau der Verfassung im einzelnen erstrebt ward, wissen wir freilich nicht, aber dass dieser Gedanke die Vorgänge beherrschte, erkennt man aus der Einschränkung der Gemeinde in ihrer Teilnahme am Stadtregiment. In den nach Unterdrückung des Aufstandes von der Gemeindevertretung ausgestellten Briefen

¹⁾ Einl. S. 252.

²⁾ Ueber den äusseren Anlass und den Verlauf des Aufruhrs ist zu vergleichen: Staudenraus I, 117 ff.; Heigel, Einl. S. 267 f.

³⁾ Vgl. Heigel, Die Wittelsbacher. 1880. S. 22: Das Verlangen nach einer freieren städtischen Verfassung, wie sie in Nürnberg, Rothenburg und Memmingen die Bürgerschaft zu Ansehen und Reichthum brachte, war nicht mehr zu unterdrücken. Dieser Wunsch lag dem Streit zu Grunde, den im Jahre 1403 München und 1407 Landshut mit den Herzogen begann, mochte auch äusserliche Zwistigkeit die nächste Veranlassung zum Aufstand sein.

wurde festgesetzt, dass in den Fällen, in welchen der stat notdurft eine Beiteiligung der Gemeinde erheischte, nie mehr als 100 Bürger herangezogen werden dürften. Die Bürgerschaft musste es sich gefallen lassen, dass von nun an „der Herzog und seine Nachkommen hinfür ewiglich Richter, Kammerer und Rat setzen und entsetzen solle in seiner Stadt zu Landshut, wer ihm dazu gefällt, es sei alle Jahre oder in dem Jahre, wenn das seiner Gnaden fügt oder gefällig ist. Und wen er also setzt, versprach Rat und Gemeinde, die sollen uns allen gefällig sein und kein Widersprechen darin haben und denselben wollen wir allzeit gehorsam sein, von unsers gnädigen Herrn Herrschaft wegen“. ¹⁾ Wenn aber der Herzog, um die Bürgerschaft wegen ihrer versuchten Empörung zu bestrafen, sich erst das Ein- und Entsetzungsrecht des Rats ausbedingt, so geht hieraus klar hervor, dass in früherer Zeit der Rat nicht durch den Herzog bestellt, also wohl durch die Bürgerschaft wie in andern Städten aus ihrer Mitte gewählt wurde, wenn auch über den Wahlmodus keine Berichte vorliegen. Diese Verfassungsveränderung war keine vorübergehende, denn auch nachdem Heinrich der Reiche der Stadtgemeinde Vergebung gewährt und dieser durch Zurückerstattung der von ihr ausgestellten Urkunden formellen Ausdruck gegeben hatte, liess der Herzog das einmal verlangte Recht der Stadtratsernennung nicht wieder fahren. Die Einträge der Ratschronik bezeugen dies unwiderleglich. Von der Ueberschrift des ersten ²⁾ Ratsverzeichnisses („Vermerkt die Ratgeber, so unser genediger Herr Hertzog Heinrich gesetzt hat zu Landtshuet ze Georig Anno 1430“) berichten die

¹⁾ Stadtbuch f. 86 (die hernachgeschribnen pösen brief sind von hof ainem rat überantburt und verprent worden). Ausser diesem grossen Briefe, welchen Richter, Kammerer, Rat und Gemeinde ausstellten, in welchem sie wichtige Privilegien dem Herzog preis zu geben gezwungen wurden, mussten die Aussteller einige Tage später versprechen, dass sie den Brief mit allen Punkten und Artikeln getreulich halten wollen und in keiner Weise etwas dawider zu gedenken oder zu trachten. Die mit Stadtverbannung bestraften Verschwörer stellten vor ihrer Entlassung aus dem Kerker noch einen Urfehdebrieft aus. Die Urkunden sind abgedruckt bei Staudenraus I, 120 ff. Später erteilte der Herzog den Landshutern Verzeihung, die ausgestellten Urkunden wurden der Stadt zurückgegeben und verbrannt, weshalb nur noch Kopien derselben vorhanden sind.

²⁾ ed. Heigel S. 283.

Einträge fortwährend von einer Einsetzung des Rats.¹⁾ Faktisch aber kooptierte der Rat diejenigen Gemeindemitglieder, welche er für die Ratsstellen qualifiziert erachtete. Der im Amte befindliche Bürgermeister übergab nämlich jährlich vor Georgi (23. April) dem Herzoge ein Verzeichnis der während der letzten Amtsperiode verstorbenen Stadträte und der neu zu besetzenden Ratsstellen unter Beifügung einer Liste der für diese Stellen tauglichen Bürger, welche er unter Beiziehung einiger Ratsmitglieder ausgewählt hatte.²⁾

¹⁾ Ausser durch die angeführte Ordnung von 1551 (1553) sind wir über die Wahl und die Einsetzungsvorgänge unterrichtet durch eine Nota wie es mit der Wahl und Einsetzung eines Rats zu Landshut sol gehalten werden und bezw. vorher langer Zeit gehalten worden sei. Es war dies eine an Albrecht IV. nach Beendigung des Landshuter Erbfolgekrieges gerichtete Eingabe behufs Abstellung der Missbräuche, welche durch die während der Okkupation die Stadt beherrschenden pfälzischen Hauptleute eingeführt worden waren. (Heigel, Einl. S. 254.) Die Anordnung betreffs der Wahl des Stadtrats während des Landshuter Erbfolgekrieges bestand darin, dass am 20. April 1504 die Pfalzgräfin Elisabeth durch ihren Hauptmann Georg von Rosenberg die Bürger selbst zur Wahl des Rates auffordern liess. „doch konfftiglich an altem Herkommen der Obrigkeit unvergriffen.“ „Also, fährt die Ratschronik (ed. Heigel S. 350) fort, ordnet ain gantze Gemain zu solcher Wahl 60, das was aus yedem Viertl 15, die welten ain Rat, da wardt wider ain gantze Gemain zusammen gebracht, den hielten die 60 für, sofern sy bei irer Wahl bleiben lassen, wollten sy ine die offnen, da reckten sy all auf. Also werden sy geoffent und am Rat gesetzt, wie hernach folgt.“

²⁾ man pflegt auch aus altem herkommen albeg, so s. Georgentag herzunähnet, ob des gleich von hof nit begert wirdet, das ain burgermaister dem landsfursten oder seinen hofmarschalch, canzler und reten ainen zettl und verzeichnus, daran inner und ausser rat unterschiedlich geschriben und welich darunter desselben jars tods vergangen, dabei verzeichnet. daneben so zaichnet ain burgermaister mit wissen etlicher des rats etlich aus der gemain, so fur guet angesehen werden, auch undenan berurte zettl, mit denselben irs bedunkens der ausser rat wider volliglich zu ersetzen und in denselben ze nemen. wan das beschicht darumben, das ain burgermaister und die, so er zu ime nimbt, die leut vernunft, schicklichkeit und herkumens halben pas erkennen sollen, auf das ainem landsfursten, desgleichs ainem rat und gemainer stat nit spot entsteet. — es stet aber in dem willen ains landsfurstens, ob er derselben verzeichenten ainen oder mer oder andere aus der gemain, so gar nit an solichem zettl verzeichnet und angezeigt werden, in den aussern rat nem und setz (Ordnung 1551 bezw. 1553 l. c.)

Der Bürgermeister fügte bei den einzelnen Kandidaten kurz charakterisierende Qualifikationsbemerkungen, Andeutungen über ihren Stand und ihre vermutliche Geschäftsgewandtheit bei. Betreffs derjenigen Ratsmitglieder, welche schon bisher im Amte gewesen waren, werden oft scharfe Äusserungen über ihre bisherige Amtsführung gemacht, deren schonungslose Rücksichtslosigkeit hie und da einem egoistischen Parteigeiste entsprungen sein dürfte¹⁾. Selten wurde die Vorschlagsliste unberücksichtigt gelassen, meistens die präsentierten Kandidaten vom Herzoge eingesetzt, da dieser darauf vertraute, dass der Bürgermeister mit den Räten, welche die Vorschlagsliste ausarbeiten, da sie durch persönliche Berührung im täglichen Verkehre die Eigenschaften der Vorzuschlagenden zu kennen Gelegenheit hatten, das Interesse der Gemeinde im Auge haben und nicht untaugliche Subjekte vorschlagen würden, auf das ainem landsfurst, desgleichs ainem rate und gemainer stat nit spot entstee. Nachdem der Landesfürst mit seinen Räten die ihm eingeschickte Liste geprüft und Beschluss über die einzusetzenden Mitglieder des innern und äussern Rats gefasst hat, werden deren Namen dem amtierenden Bürgermeister durch einen der höchsten herzoglichen Beamten mitgeteilt mit dem Auftrage die 24 bezeichneten Personen zum Erscheinen vor dem Herzoge am Georgitage aufzufordern²⁾ zur Leistung der Amts-

¹⁾ Aus einem im Reichsarchive befindlichen Verzeichnisse, wer tauglich wär in den Rat zu L. zu setzen — 1506 teilt Heigel (Einl. S. 254 f.) interessante Glossen über die bisher zum Rate verordneten Bürger mit. Solche lauten beispielsweise: „Ist gut gewesen“; „ist ganz widerborstig“, „ein pueb“, „nix wert“ u. dgl. Bei den für die Ratsstellen vorgeschlagenen Personen stehen folgende Bemerkungen: „Cr. Leitgeb, wär des Bürgermeisteramt wert; H. Haindl hat sich recht gehalten; H. Vischer, Eysenkramer ist ain redlich Man u. s. w. Für das Kämmereramt wird W. Polner vorgeschlagen. „Solte aber der Polner zum Kameramt nit furgenomen werden, so wellet P. Glabsperger welen, der ist der Herrschaft ain getreu man und hat kaynerlay handlung, weder mit kaufmannschaft noch mit schengken. In der Vorschlagsliste für 1507 heisst es, dass H. Tantzler ein wohlhabender und geschickter Gesell, O. Oberndorffer aines alten geslechts, der sich in vergangem krieg bey E. Gnaden erberlich und redlich gehalten hat.“

²⁾ und wann aber zu s. Georgentag der landsfurst auf uberantwortung ains burgermaisters zell, wie vorsteet, ainen rat setzen wil, so pfligt ain hofmarschalch oder canzler des negsten tags davor dem, der dasselb jar burger-

pflicht in die Hände des Herzogs oder des zu seiner Stellvertretung berufenen Kanzlers¹⁾ oder Hofmarschalls²⁾, später auch des Vitztums. Dem Handgelöbnisse wurde unter Kurfürst Maximilian I. der Eid substituiert. Nach der den Ratsmitgliedern vorgelesenen Formel hatten sie insbesondere zu geloben „zu seiner Gnaden Rechten und gemeiner Stadt zu ihren Rechten, dem Armen wie dem Reichen, auch gemeinem Nutzen getreulich zu raten etc. etc.“ Nach Verlesung dieser Formel leisteten die Ratspersonen, einer nach dem andern, solche Ratspflicht dem Fürsten oder dessen Stellvertretern „mit handgebenden Treuen“.

Das Herkommen einer alljährlichen Einsetzung des Stadtrats wurde nur selten unterbrochen wegen Abwesenheit des Herzogs und aus andern Gründen³⁾, welche der Ratschronist verschweigt. Eine Pflicht zur jährlichen Erneuerung des Rats bestand aber keineswegs. „Es mugen auch wol zu zeiten ain jar oder mer der rat und burgermaister unverändert bleiben und gelassen werden“, sagt die mehrfach citierte Ordnung, welche, obwohl sie erst aus

maister gwest ist, ainen sondern zetl zuezuschicken, daran die so das kunftig jar inner und ausser rats sein sollen und durch ainen fursten darzue erkiet und gesetzt, auch unterschiedlich geschriben sind, 12 des innern und 12 des aussern rats; lasst ime auch dabei ansagen zu verordnen, das dieselben verzeichneten auf den negsten tag und ain bestimbte stund fur sein furstlich gnad kumen und werden in dem zetl denen, so zu burgermaister furgenomen oder geordent werden, so si nun laut der zugeschickten zetl fur ainen landsfursten kumen sein, eröffnet und angezeigt, die sollen das jar burgermaister sein. (Ordnung 1551 l. c.)

¹⁾ So wird 1495 dem Kammerer und den Räten Landshuts vom Herzog Georg („bei den Pfliechten, damit ir uns als euerem natürlichen Erbherrn und Landtsfürsten verpunden und gewant seit) befohlen, mit den ihnen bezeichneten Personen vor seinem Kanzler Wolfgang Graf zu Neukolberg Ratspflicht an seiner des Herzogs Stelle zu leisten. Dieser ist nämlich während des Herzogs Abwesenheit zu seinem Statthalter bestellt worden. (Ratschronik ed. Heigel S. 337).

²⁾ und so man si alsdann nach der zetl all nach einander in gegenwurt des fursten oder in seiner gnaden abwesen vor seiner furstl. gnaden hofmarschalchen und reten inen auch ze stund an darnach hernachvolgende pflicht offentlich verlist, so thun si darauf all nach einander und ain iedweder insonderhait dem landsfursten oder seiner gnaden hofmarschalchen an seiner stat solche pflicht mit handgebenden treuen. (Ordnung 1551 l. c.)

³⁾ z. B. 1487, 1492, 1499, 1501—3 (Ratschronik ed. Heigel S. 331, 343, 346 f.)

dem Jahre 1553 stammt, doch für die Kenntnis der Ratswahlordnung der früheren Zeit von Wichtigkeit ist, da sie ja auch meldet, „wie es bisher mit der wal und setzung aines rats zu L. vor alter jährlich gehalten worden.“

Bei Ergänzung der Lücken des inneren Ratskollegiums war es Regel, zuerst die älteren Mitglieder des äussern Rats heranzuziehen. Doch war der Landesherr befugt, taugliche Bürger, auch wenn sie noch keine Aufnahme in den äussern Rat gefunden hatten, sofort in den innern Rat zu setzen, obwohl gewöhnlich der äussere Rat die Durchgangsstufe für die in den innern Rat vordringenden Bürger bildete.¹⁾ Nachdem im Dienste des äussern Rats Kräfte und Fähigkeit für die Aufgaben der Selbstverwaltung geschult waren, konnten sie eher den höheren Anforderungen des innern Ratsdienstes entsprechen.

Eine kurze Unterbrechung erlitt diese Ratsorganisation unter Albrecht V., als dieser 1551²⁾ die Wahlordnung auf eine ganz neue Basis zu stellen versuchte. Das Wahl- bzw. Vorschlagsrecht sollte künftig durch 3 Vertrauensmänner ausgeübt werden und zwar sollte der innere Rat hiezu bestellen Einen vom äussern Rat und Einen von der Gemeinde, den Dritten sollte der äussere Rat aus den Mitgliedern des innern Rats ernennen; diese 3 Vertrauensmänner prüfen dann bei verschlossenen Thüren genau die Namen der einzelnen Mitglieder des innern Rats, welche gerade

¹⁾ und so ainer oder mer aus dem innern rat abgeen oder entsetzt werden, so pfligt ain landsfurst gewondlich ander aus dem aussern rat an derselben stat ze setzen . es mag aber aus der gmain, wo es ainem fursten gevellig, auch wol ainer ze stunden in den innern rat genomen und gesetzt werden, ungeacht ob er schon vor in dem aussern rat gesessen oder gwest ist . und wan mangl im aussern rat ist, so nimbt ain landsfurst aus der gmain auch seins gefallens denselben aussern rat völliiglich zu ersetzen (Ordnung 1551 l. c.).

²⁾ Heigel (Einl. S. 255), berichtet von einem einer Handschrift der Ratschronik eingefügten Schreiben des Herzogs Albrecht V. vom 7. Juli 1551, die neu ausgegangene Ratswahl betreffend mit der Beilage: Wie und welcher massen die wal aines raths in der Statt L. fürterhin biss auf unsern genedigen Herrn widerrueffen solle furgenumen und gehalten werden.“ Diese Ratswahlordnung ist offenbar identisch mit der oben mitgeteilten und der von Staudenraus (II 138 ff.) irrtümlich in das Jahr 1561 gesetzten. Diese Ordnung von 1551 wurde sodann, wie oben ersichtlich, 1553 auf Andringen derer von Landshut abgeändert und der frühere Zustand wieder hergestellt.

in Funktion sind, besprechen die Tauglichkeit eines jeden und stellen so eine Liste von 12 Männern fest, die sie dem Herzog als für den innern Rat geeignet vorschlagen. Bestätigt der Herzog diese Wahl, so wählt der neuernannte innere Rat 12 Personen für den äussern Rat aus. Nachdem auch diese die herzogliche Bestätigung erlangt haben, leisten die 24 Bestätigten dem Herzoge Amtspflicht¹⁾. Gegen diese Ratswahlordnung Albrechts V. erhob sich eine lebhafte Opposition seitens der Landshuter Stadträte. Diese führten an, es könne aus dieser Ordnung leicht Zerrüttung und Verkleinerung entstehen, da es nun vorkommen könne, dass eine Person in diesem Jahre im innern, im nächsten im äussern, im folgenden aber in keinem Kollegium sitze. Die Herren fürchteten offenbar für ihre Ratsherrnstühle, indem sie glaubten, dass durch diese geheime Prüfung mancher von Amt und Würden verdrängt werden würde, der bei der durch Bürgermeister und durch einige Räte öffentlich festzustellenden Vorschlagsliste kaum von dieser entfernt würde. Der Stadtrat berief sich auf die Bestätigung der städtischen Privilegien durch den Fürsten und führte noch aus, dass die 24, welche man bisher jährlich dem Herzoge präsentiert habe, von diesem jedes Mal bestätigt worden seien. Der Herzog entsprach der Petition und es wurde bewilligt, „dass die von Landshut bei ihrem alten Gebrauch, Ordnung und Herkommen, auch bei ihrer jetzt vorgenommenen Aenderung (der letzten Ratswahl) bleiben sollen.“²⁾

Der Charakter der Ratsverfassung war nichts weniger als aristokratisch. An geringe Voraussetzungen war die Wahlfähigkeit geknüpft. Recht und Pflicht stehen in Wechselwirkung. Es hat nur derjenige, welcher seinen Bürgerpflichten mit seinem Körper und seinem Vermögen Genüge leistet, Anspruch auf Anteilnahme am Stadtre Regiment. Nur derjenige, der freies Eigenthum innerhalb des Burgfriedens besass, 10 Jahre in der Stadt angesessen war und in dieser Periode mit ihr gewacht und gesteuert hatte, war zum Eintritt in den Rat und zur Abstimmung in der Gemeinde berechtigt.³⁾ Auf diese Weise war in Landshut, obwohl ein in

¹⁾ Staudenraus II, 138 ff.

²⁾ Staudenraus II, 139 f.

³⁾ Staudenraus I, 107.

hohem gesellschaftlichen Ansehen stehendes Patriziat, das sich allerdings nicht zu einer bevorrechteten Gilde abgeschlossen hatte, nicht fehlte, der Zutritt zum kommunalen Selbstverwaltungsdienste im Rat und in der Gemeinde einer grossen Anzahl von Bürgern ermöglicht. In der That sehen wir frühe Handel- und Gewerbetreibende im Stadtrate thätig, wenn auch in Wirklichkeit die Angehörigen alteingesessener Patrizierfamilien bevorzugt wurden und namentlich nur solche in den innern Rat Aufnahme fanden.¹⁾

Dass im Gegensatze zu andern Städten in Landshut eine Aristokratisierung des Rats sich vollzog, indem man Handwerker, die im 15. und 16. Jahrhundert anstandslos als Mitglieder des Rats geduldet wurden, nicht mehr für ratsfähig erachtete, lässt sich aus Randglossen einer jüngeren Handschrift der Ratschronik entnehmen. 1505 wird beispielsweise ein Kürschner Halbenberger als Mitglied des äusseren Rats verzeichnet; die Handschrift des 17. Jahrhunderts enthält dabei die Bemerkung: „Ist ietz nimmer im brauch, daz man khirschnerfleckl darein nimbt.“ Ebenso ist bei einem 1506 zum äussern Rate gewählten Goldschmied beigefügt: „G'schicht auch nit so bald mer.“²⁾ Jedenfalls waren es nur wohlhabende Handwerker, welche der Ratswürde teilhaftig wurden. Die Ratsstellen wurden als unbesoldete Ehrenämter verwaltet und es wurde den Räten nur die durch ihr Amt und durch den Dienst für die Stadt verursachten Ausgaben ersetzt z. B. Reise- und Unterhaltungskosten für die als Vertreter der Stadt zum Landtage verordneten Ratsmitglieder oder der zu speziellen Unterhandlungen mit andern Städten Deputierten.

Da nun dem Herkommen gemäss die einmal in den Rat gesetzten Bürger lange, wenn nicht besondere Gründe vorlagen, auf Lebenszeit, im Rate verblieben, so konnte eine derartige Jahre hindurch fortgesetzte Störung im Berufe nur von Bürgern ertragen werden, die, frei von Nahrungssorgen, nicht jeden Augenblick ihrer berufsmässigen Beschäftigung sich zuzuwenden genötigt waren. Übrigens sorgten die Sprösslinge der erbeingesessenen Familien welche doch das Übergewicht im Rate hatten, dafür, dass bei einer Neubesetzung und Ergänzung von Ratsstellen nicht allzuvieler

¹⁾ Heigel, Einl. S. 253.

²⁾ Heigel, Einl. S. 253.

Handwerker in den Rat eindringen und sie in die Minderheit herabdrücken konnten. Für die demokratische Gestaltung der Stadtverfassung legt noch die Beteiligung der Zünfte und der Gemeinde an der Handhabung des Stadtrechts Zeugnis ab.

3. Der Wirkungskreis des Stadtrats.

Mit der steigenden Ausdehnung und Bedeutung des Gemeinwesens hielt das Anwachsen des Geschäftskreises des Stadtrats gleichen Schritt. Selbstverständlich harren in einem städtischen Gemeinwesen, welches sich in den ersten Stadien seiner Entwicklung befindet, nur eine geringe Zahl von Aufgaben der Erfüllung durch die zu deren Bewältigung eingesetzte Behörde. Nichtsdestoweniger zeigt das Stadtrecht von 1279 schon die Keime jener grossartigen Machtsphäre des Stadtrats, zu welcher sich dieser allmählich aufschwingen sollte, nachdem die steigende Kultur immer neue Aufgaben dem städtischen Leben gestellt, neue Bedürfnisse im Verkehre der dicht zusammenwohnenden Bevölkerung hervorgerufen hatte, deren Befriedigung dem Stadtrate zufiel als derjenigen Behörde, welche berufen war für das Wohl des städtischen Gemeinwesens mit Rat und That, durch Anordnung, Überwachung und Vollziehung Fürsorge zu treffen.

Die auf die verschiedenartigsten Gebiete des kommunalen Lebens sich erstreckende Kompetenz des Stadtrats kommt am schärfsten zum Ausdruck in einer autonomen Satzung von 1333, wo von den zwölf des rates, die alle der stat recht besorgent, gesprochen wird.

a. Die Gerichtsgewalt.

Bei einem Versuche diese weitverzweigte Thätigkeit des Stadtrats zu schildern, tritt uns zuerst vorzüglich seine Gerichtsgewalt entgegen. Die Darstellung derselben soll aber des Zusammenhangs wegen in der Abschrift über die Erörterung der Gerichtsverfassung verwiesen werden.

b. Die Finanzgewalt.

Eine allumfassende Thätigkeit entfaltete der Stadtrat auf dem Gebiete der innern städtischen Verwaltung. Allen städtischen

früher in

Angelegenheiten hatte dieses Kollegium, welches berufen war, alle Rechte der Stadt zu besorgen, sein Augenmerk zuzuwenden. Als Vertreter der Gemeinde hatte der Rat über die Aufnahme neuer Bürger zu entscheiden und die Ein- und Auswanderung der städtischen Bevölkerung zu überwachen. Wie er dabei, bevor der Kammerer sich zu seinem Vorstande aufgeschwungen hatte, an die Mitwirkung des Stadtrichters gebunden war, wurde unter Hinweis auf das bei Gründung der Neustadt 1338 erlassene Privileg¹⁾ bereits hervorgehoben. Neben der Aufsicht über das Gemeindegut, über dessen Erhaltung und zweckentsprechende Verwendung der Rat zu wachen hatte, war auch für die Beschaffung der Mittel Sorge zu tragen, welche zur Förderung des Gemeinwesens, zur Erhaltung aller für das Stadtregiment notwendigen Anlagen und Einrichtungen erforderlich waren. Dass die Verwaltung der städtischen Kasse, der Kammer, die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde vorzugsweise einem Mitgliede des (innern) Rats übertragen war, welches deshalb den Titel Kammerer führte, ist schon bemerkt worden. Ihm wurden im 15. Jahrhundert zur Unterstützung in den städtischen Finanzgeschäften 2 Gültherrn, wahrscheinlich ein Mitglied des Rats und ein anderer Bürger beigegeben, welche der Stadt Gült ausgeben und einnehmen sollten.²⁾ Zur Befriedigung dieser finanziellen Gemeindebedürfnisse sowie zur Deckung der dem Herzoge jährlich zu entrichtenden Steuer war der Stadt vom Herzoge das Recht der Selbstbesteuerung verliehen worden. Die von den Herzogen auferlegte jährliche Steuer belief sich anfangs auf 500 ₰, welche Steuersumme von Kaiser Ludwig 1341 um 200 ₰ ermässigt wurde, so dass die Stadt künftig nur zur jährlichen Entrichtung einer Steuer von 300 ₰ Regensburger Pfennig verpflichtet war.³⁾

Eine kleine Erhöhung dieser Steuer mag bald platz gegriffen haben, da schon 1410 der herzogliche Rentmeister über den

¹⁾ Kalcher S. 33 ff.

²⁾ Staudenraus I. S. 108.

³⁾ Kalcher S. 45: und nemen in abe von derselben Stiwr zwai Hundert phunt phening durch besunder lieb und trew, die wir zu in haben; also daz si uns, unsern Erben und Nachchomen fürbaz ze irr gewonlichen Stiwr niht nicht mer schuldig sind ze geben, noch geben sullen, dan drewhundert Phund Regensburger Phenning.

Empfang von 750 Pfund Landshuter Pfennig quittiert, die ihm der Rat als gewöhnliche Jahressteuer entrichtet hatte¹⁾. Als 1439 Differenzen wegen der Höhe der Jahressteuer zwischen Herzog Heinrich und der Gemeinde entstanden, da diese nur 600 Pfund Landshuter Pfennig²⁾ bezahlen wollte, wurde diese Uneinigkeit³⁾ in der Weise beigelegt, dass der Rat auf Grund der Handfeste Kaiser Ludwigs seine Verpflichtung zur Zahlung des jährlichen Betrags von 300 Pfund Regensburger-Pfennig anerkannte⁴⁾.

Durch vielfache Steuererlasse, gewöhnlich auf 2 bis 4 Jahre erteilt, suchten die Fürsten die Stadt wegen hervorragender Dienste zu belohnen, welche die Steuerkraft der Bürger schon stark in Anspruch genommen hatten⁵⁾, sei es wegen grösserer materieller

¹⁾ Heigel Einl. S. 257.

²⁾ Das Kursverhältniss zwischen dem Landshuter und Regensburger Pfennig gestaltete sich wie folgt:

1 $\mathfrak{g}$ = 240 Reg. - $\mathfrak{S}$ = 141,101 Gramm Feingehalt = 25 $\mathcal{M}$. 40 $\mathfrak{S}$.

1 $\mathfrak{g}$ = 240 Landsh. $\mathfrak{S}$ = 59,290 „ „ = 10 $\mathcal{M}$. 69 $\mathfrak{S}$.

Heigel, Ratschron. S. 283 nach: Muffat, Beiträge z. Gesch. des bairischen Münzwesens (Abhandl. d. baier. Ak. d. Wiss. III. Cl. XI. 1. Abt. S. 235 und 242).

³⁾ Die Ratschronik (ed. Heigel S. 283 f.) berichtet beim Jahre 1439 und 1440 ausführlich hierüber.

⁴⁾ Nicht ganz mit den Thatfachen stimmt es daher überein, wenn Herzog Heinrich am 24. April 1439 (Kalcher S. 126) Rat und Gemeinde aller vergangnen Steuer bis auf den heutigen Tag quit, ledig und los sagt mit den Worten: Als... der Ratt und gemain unser Statt Landshut uns Järlich schuldig und phlichtig sind ze geben für ire gewönliche Stattstewr drew Hundert Pfundt Regenspurger pfenige, nach aussweisung Irs briefs, den sy darumb haben. Also haben sy uns von allen vergangnen Jaren und zeitten bis auf den Hewtigen tag gantze und vollige ausrichtung solcher Irer Stattstewr getan, daran wir ain gantz benügen gehabt haben.

⁵⁾ Heinrich der Aeltere und Heinrich der Jüngere sprechen 1331 eine solche Steuerbefreiung auf 2 Jahre aus: daz wir angesehen haben den willigen grozzen und getrewen Dienst, den uns unser Purger ze L. hewer auf dem veld getan habent gen dem von Hals, und umb denselben Dienst und auch für den schaden, den si in demselben dienst genomen habent, daz si sich hewr in dem Jar zwir auf daz velt zu vertich mochten und beraitten. Haben wir in dew genad getan, swanne di Jar und zeit, di si uns ir gewönlich Stewer habent für gesprochen ein ende habent . . .; daz sie nach der selben zeit ir gewönliche Stewr und aller Stewer von uns und von allen unsern Amptlaeuten frei und ledich sullen sein zwai gantzer Jar (Kalcher S. 27 f.). Noch sieben solcher Steuerbefreiungsprivilegien aus dem 14. Jahrhundert sind abgedruckt bei Kalcher S. 32, 38, 47, 60, 68, 75 und 92).

Leistungen für den Fürsten oder auch in Anbetracht des von den Bürgern für die Befestigung der Stadt oder für neue Anlagen gemachten Aufwands.

Zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse wurden die Bürger kraft des Selbstbesteuerungsrechts zur Entrichtung direkter Steuern herangezogen. Ursprünglich wurde eine solche allein vom Grund und Boden erhoben¹⁾. Bald genügte aber diese nicht mehr und es wurde neben dieser Grundsteuer die Erhebung einer Vermögenssteuer zur Notwendigkeit. Dem Stadtrate fiel die Erhebung aller direkten Steuern, auch der an den Landesfürsten abzuführenden zu, denn diese wurden nicht als prozentualer Zuschlag zu dem von jedem Bürger zu kommunalen Zwecken zu zahlenden Steuerbetrag erhoben, sondern der Rat als Vertreter der Gemeinde entrichtete die auferlegte Jahressteuer in ihrem Gesamtbetrag²⁾ dem herzoglichen Rentmeister. Dieser bildete lediglich einen der vielen Ausgabeposten im städtischen Budget. Die Steuerpflicht der Bürger richtete sich nach dem Wert ihres gesamten Vermögens; Eigen und Lehen, Immobilien und Mobilien unterlagen in gleichem Umfange der Besteuerung³⁾. Für diese galt das System der Selbsteinschätzung unter eidlicher Bekräftigung⁴⁾.

¹⁾ Ueber die näheren Bestimmungen bezüglich dieser Grundsteuer sind wir nicht unterrichtet. Von derselben waren befreit die Häuser des Adels, die von jeher gefreit waren und die fürstlichen Räte und Secretäre, welche nach einer herzoglichen Steuerdeklaration von 1533 überhaupt das Privilegium der Steuerfreiheit genossen (Staudenraus II S. 23).

²⁾ Die Herzoge cedierten auch zur Tilgung ihrer Schulden ihre Einnahmen aus der Stadtsteuer. Herzog Heinrich wies so 1404 dem Landshuter Bürger Hans dem Satler, dessen Frau und Erben 600 fl Landsh. S auf seine Stadtsteuer zu L., die si von derselben unsrer Statstewr aufheben und ein nemen sullen vom Georgitag an auf 1 Jahr (Kalcher S. 110). Vgl. auch die Urkunde Herzog Stephans von 1362 (Kalcher S. 70).

³⁾ In einem Privileg Herzog Heinrichs vom 5. Februar 1335 (Kalcher S. 31) heisst es: und wan auch unser . . Purger zu L. alleu ir hab, ez sei Aigen oder lehen, und alleu ander ir hab, swi di genant ist, nach dem Ayd uns in der Stat verstewern und verdienen müzzen. — Steuerfrei blieb das aus der Stadtkammer verkaufte Leibgedinge. Der Empfänger brauchte von dieser Einnahme keine Steuer zu zahlen.

⁴⁾ Der gesammte Ertrag der städtischen direkten Steuern belief sich 1424 auf 1026 fl 60 S . Steuerfreiheit auf 10 Jahre wurde denjenigen, welche in die Neustadt zogen, bei deren Gründung versprochen.

Steuerpolitische Fragen, welche noch in unsern Tagen viel erörtert werden, z. B. die der Doppelbesteuerung, erhalten durch die Autonomie der Gemeinde eine gesetzliche Regelung. Natürlich war der Bürger des 15. Jahrhunderts kein grösserer Freund der Steuerzahlung als der des 19. Einreden, welche eine Verpflichtung der Steuerzahlung in einzelnen Fällen als nicht gesetzlich begründet darthuen sollten, wurden zu allen Zeiten geltend gemacht. Solche Reklamationen führten im Jahre 1406 einen Gemeindebeschluss¹⁾ herbei, welcher eine authentische Interpretation der zweifelhaften Punkte des Gemeindesteuerrechts bezweckte, das sich auf dem Wege des Herkommens gebildet hatte. Nunmehr war festgestellt, dass auch elternlose Bürgerskinder vom 18. Jahre an ihr Vermögen, dessen Grösse sie eidlich anzugeben hatten, versteuern mussten. Ferner wurde ausgesprochen, dass die Bürger auch von denjenigen Vermögensbestandteilen, welche sie ausserhalb der Stadt, selbst jenseits der Landesgrenzen besaßen, es sei Heiratgut, Geldforderungen oder Liegenschaften, eine Steuer zu entrichten hatten. Eine Doppelbesteuerung wurde aber doch als unbillige Härte empfunden und man war bestrebt, eine solche nach Thunlichkeit zu vermeiden. Dem Stadtrate wurde es darum zur Pflicht gemacht sich auf Antrag eines auswärts begüterten Bürgers an die Gemeindevertretung des Ortes, in welchem sich Teile seiner Habe befanden, mit der Anfrage zu wenden, ob sie etwa diese Vermögensfrage ihrerseits für frei erkläre — ob sie in der Steuer mochten ledig machen. War dies nicht der Fall, so war dieses Vermögen zwar in Landshut nicht steuerfrei, doch hatte der Bürger das Recht den Steuerbetrag, zu dessen Zahlung an dem andern Orte er verpflichtet war, an der ihn in Landshut treffenden Steuerquote in Abzug zu bringen.²⁾

Ausser der Steuer bildeten Einnahmequellen der Stadt die Straf gelder, von denen ein grosser Theil in die Stadtkasse floss. Dazu kamen Gebühren verschiedener Art z. B. für die Abstemplung der Tuche 2 ſ pro Stück, die Abgabe der Käufer zu $\frac{1}{2}$ G ſ pro Person, sodann der Ertrag kommunaler Anstalten

¹⁾ Stadtbuch f. 91 v (Wie ieder burger sein gut versteuern sol.)

²⁾ das sollte im hier an seiner Steuer abgehen, als er das mit dem Eide bereden möchte, was er dort geben hette.

z. B. der Pachtschilling des Frauenhauses. Ausserdem hatte Kaiser Ludwig 1341 aus seinen Zolleinnahmen zu Landshut der Stadt 50 ₰ Reg. 2) ze Hilf und ze Stiwr, daz si daz wazzer destbaz verslahen, die wûr gebezzern mügen, auf ewig angewiesen.¹⁾

Da für die Bedürfnisse des städtischen Haushalts aber der Ertrag all dieser Einnahmequellen nicht ausreichte, musste die Gemeinde auch zur Erhebung indirekter Abgaben ihre Zuflucht nehmen. Da deren Auferlegung ein Ausfluss der Finanzhoheit des Landesfürsten war, musste der Stadt das Recht zur Erhebung einer solchen Abgabe immer erst durch ein herzogliches Privileg eingeräumt werden. Nur wenn ein dringendes Gemeindebedürfnis der Befriedigung harrete und die hierzu erforderlichen Mittel anderweitig nicht zu beschaffen waren, pflegte der Herzog den Ertrag einer indirekten Steuer, ganz oder zum Teile, auf eine Reihe von Jahren der Stadt zu verleihen.²⁾

Interessant ist die Motivierung der Verleihung eines Pflasterzolls durch Herzog Heinrich (5. Dezember 1402) an die Stadt Landshut (auf 12 Jahre, sodann weiter auf Widerruf). Nachdem der schlechte Zustand der Strassen und Wege und die hieraus für den Verkehr sich ergebenden Nachteile im Eingange geschildert werden,³⁾ erklärt der Herzog es für unbillig, dass die Stadt auf eigene Kosten eine Besserung der Wege vornehme, da ja eine solche auch Nichtbürgern zu gute käme: — Nw täten si es doch unpillichen mit Ir selbers hab und guet, wann es antrifft Ritter und knecht, gesst und aller menigklich, die zw der Stat chomet und

¹⁾ Kalcher 45.

²⁾ Nach der Ungeltordnung von 1519 (Reichsarchiv: Landshut, Gericht I, 51, 57) bewilligen die Herzoge Wilhelm und Ludwig der Stadt ein Ungeld von allen Getränken, nachdem Bürgermeister, innerer und äusserer Rat ihnen vorgestellt hatte, das wegen der beschwerlichen Obliegen, wegen Wasser, Gebräu und anderer Ausgaben, daneben auch Abnehmen der Gewerbe und Verminderung des Volks, eine Erhöhung der direkten Steuern unthunlich wäre.

³⁾ Wir Hainrich . . . bechenen . . . , das wir angesehen haben den grossen brechen der lange zeit in unserer Stat ze L. gewesen ist von böss und tewffs wegs wegen, das wir unser fraiid und schimpf dest ungerner da gehabt haben mit Höfen mit teyding und mit allen anndern sachen, und auch schier nyempt da wol gefaren, gereyten noch gegen mocht von tewff und des argen weges wegen (Kalcher S. 107).

anwantent, die sich dester bas da berüren mügen; darumb haben wir In erlaubt und gegeben . . . einen pflasterzol ¹⁾. Nun folgt ein genauer Tarif des für die einzelnen Waarengattungen zu erhebenden Zolls unter der Bedingung, dass aus dessen Ertrag die Pflasterung der Wege besorgt werde. Gleichzeitig wurde der Stadt die Befugniss verliehen einen Zollner einzusetzen; die Stadt durfte diese Stelle stets nach ihrem Gutdünken besetzen, ohne dass dem Herzog oder dessen Beamten irgend Mitwirkungsrecht hierbei vorbehalten ward. ²⁾

Häufiger wurde der Stadt vom Herzoge auf kurze Zeit die Erhebung eines Ungelts von Wein, Bier und Meth gestattet. ³⁾ Da aber nur ein Teil dieses Ungelterträgnisses in die Stadtkasse floss, der grössere Teil hingegen der landesfürstlichen Kasse reserviert blieb, ⁴⁾

¹⁾ Kalcher S. 108.

²⁾ Kalcher S. 110 — und den (zol) besetzen und entsetzen nach Ir nötturft mit wem und wye sy wellent on all unser und unser ambtläwt und menigklichs von unsern wegen Irrung und widerred.

³⁾ Als Herzog Georg den Plan der Einführung eines allgemeinen Getränkeungelts auf dem Landtage 1488 nicht durchzusetzen vermochte, unterhandelte er mit den Hauptstädten Burghausen und Landshut, welche ihm die Erhebung eines Ungelts auf 5 Jahre genehmigten. Hier bittet also der Herzog die Stadt um Gewährung des Ungelts; das gewöhnliche Verhältnis ist umgekehrt. Herzog Georg stellt am 24. Dezember 1488 sogar der Stadt einen Revers aus, worin er erklärt: „Als die ehersamen, weisen, unsre liebe getreue Kammerer, Rath und Gemein unsrer Stadt Landshut auf unser fleissiges Ersuchen und Uns zu Gefallen um merklicher unsrer auch unsrer Lande und Leute Nothdurft und Ursachen willen verwilligt haben, dass Wir in unsrer Stadt daselbst von allem Getränk . . . einen Ungeld, nämlich von einem jeden Landshuter Eimer vier Landsh. Maass die nächsten fünf Jahre nehmen möge.“ Der Herzog verspricht deshalb, dass ihnen in solchem Ungelt der Drittel zu gemeiner Stadt Nothdurft folgen, und dass diese Verwilligung des Ungelts ihren Freiheiten und altem Herkommen unvergriffen sein soll (Krenner, Baierische Landtagshandlungen 1429—1513. München 1804. Bd. XII. S. 252 f.). Der Herzog scheint die Zustimmung dieser 2 Städte als die einer Majorität geltend gemacht zu haben und erliess eine Ungeltsordnung für die Städte und Märkte 1489. (Krenner S. 239 ff.)

⁴⁾ 1519 behielten sich die Herzoge Wilhelm und Ludwig den 6. Theil oder Pfennig des Ungelts vor (Ungeltordnung 1519 im Reichsarchiv: Landshut Gericht I, 51, 57), während am 25. September 1560 Herzog Albrecht V. den 6. Teil des Ungelts, den er schon bisher zu gemeiner Stadt notdürftigem Wasserbau und Schlächten ihnen überlassen, aus sondern Gnaden auf ewig, frei eigentümlich übergeben. Die Stadt konnte also von nun an den ganzen Ertrag nach Belieben zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse benützen (Staudenraus II, S. 136 f.).

wurde in den Ungeltordnungen die Aufstellung zweier Ungelter eines herzoglichen und eines städtischen, festgesetzt.¹⁾ Diese hatten über die Vereinnahmung des Ungelts genaue Abrechnung zu pflegen und sich gegenseitig in ihrer Geschäftsführung zu kontrollieren.

Sie hatten zu diesem Behufe je ein Ungeltbuch zu führen und durften nur gemeinschaftlich die Truhe, in welcher die eingenommenen Gelder verwahrt wurden, öffnen; in bestimmten Zwischenräumen von 8 Tagen hatten sie sodann Aufzeichnungen über ihre Geschäftsführung gemeinschaftlich auf der Ungeltstube vorzunehmen. Zu den 4 Quatemberzeiten hatten sie eine Verrechnung des eingegangenen Betrags vorzunehmen und in die herzogliche und städtische Kasse die gebührende Ungeltquote abzuführen, zugleich dem Herzoge und dem Rat je ein Register, also eine Abschrift des Ungeltbuchs, vorzulegen.

Zum Hülfspersonal im Ungeltwesen gehörten: der Ungelt-schreiber, der zugleich Unterkäufer sein durfte, die Reisser und Visierer, welche die Eichung der Getränke besorgten und den Ungeltern zu jeder Zeit auf Grund ihrer Register über die Quantität der accisepflichtigen Getränke Bericht erstatten konnten.

Als Revisoren fungierten der herzogliche Rentmeister und ein Mitglied des Stadtrats. Jeder dieser Beiden besass einen Schlüssel zu der Ungelttruhe und sie konnten nur gemeinschaftlich von dem Stande der Ungelteinnahmen und der Geschäftsführung der Beamten Kenntnis nehmen.

Ein anderes Mittel zur Aufbesserung der städtischen Finanzen, geeignet die übrigen Einnahmequellen zu ergänzen, war in dem Verkauf von Leibrenten aus der Stadtkammer gefunden. Durch ein Privileg Kaiser Ludwigs vom 20. April 1343²⁾ war diese Ein-

¹⁾ Nach d. Ung.-O. 1489 ernannte der Herzog den Ungelter, die Stadt dagegen den Gegenschreiber, Visirer und Eimerer; die beiden letzteren sollten dem Herzoge und dem Rate geschworen sein und aus der Ungeltkasse besoldet werden, während die Besoldung des Ungelters dem Herzoge, die des Gegenschreibers der Stadt oblag.

²⁾ Kalcher, S. 51: Wir Ludowig ... bechennen ..., Swas Leibgedings unser Purger ze L. us irr kamer gebent und verchauffent, daz das unser güt wille und gunst ist, Und gehaizzen daz für uns und unser Erben nicht ze irren.

nahmequelle erst der Kommune erschlossen worden. Wie der städtische Haushalt, insbesondere die Art der Deckung der Kommunalbedürfnisse auch heute noch einen der wesentlichen Zweige des staatlichen Aufsichtsrechts bildet, so war auch im Mittelalter die Selbständigkeit der Stadtgemeinde gerade auf dem Gebiete des Finanzrechts am wenigsten entwickelt. Jeder Schritt erforderte hier, wie eben gezeigt wurde, eine ausdrückliche landesfürstliche Genehmigung.

Nach der Natur eines solchen Leibrentenvertrags, durch welchen gegen Empfang eines bestimmten einmaligen Äquivalents die Verpflichtung zur Zahlung einer jährlichen Abgabe übernommen wurde, empfahl sich die Kontrahierung eines derartigen Vertrags für die Gemeinde nur da, wo für ein vorübergehendes Bedürfnis ein grösserer Betrag aufzubringen war¹⁾, welchen man allmählich durch kleine jährliche Zahlungen tilgen konnte²⁾.

In charakteristischer Weise tritt in solchen Verträgen das genossenschaftliche Element der städtischen Korporation hervor, welches jeden einzelnen Bürger als haftbar für die richtige Erfüllung der von der Korporation eingegangenen Verpflichtungen erklärt. Es ist der Rest einer älteren Anschauung, die sich hierin ausspricht; sie stammt noch aus einer Zeit, in welcher die einheitliche Stadtpersönlichkeit als selbständiges Subjekt von Rechten

¹⁾ Solche Leibrentenverträge wurden zur Hebung der städtischen Finanzen vielfach seit dem 13. Jahrhundert von den Magistraten der Städte abgeschlossen. Der Vorteil bestand darin, dass die Rente die Mittel der Stadt nicht für immer, sondern nur für eine unbestimmte Anzahl von Jahren belastete. (Stobbe, Leibrenten in den Beiträgen z. Gesch. d. deutschen Rechts. Braunschweig 1865. S. 29).

²⁾ In einem Formularbuch des H. Mayr, Stadtschreibersubstituten zu Straubing 1555 (Cgm. 2519 der k. Hof- und Staatsbibliothek zu München) findet sich ein solcher Vertrag mit der Ueberschrift: Wann rat und gemain einem leibsliebenlang leibgeding verschreiben 1483. Der Eingang lautet: Wir der rat und gemainlichen all burger der stat Landshuet bekennen . . , das wir ainträchtiglich mit einander von unser stat nutz und notturft wegen zu rechtem redlichen leibgeding verkaufft . . haben der Frau E. A. auf ires . . sons A. Ns. aines leiblebtage ganz aus und nichts lenger 24 fl. . . aus unser statcamer gemainem guet, wann si uns treulichen berait und on all unsern schaden darumben bezalt und ausgericht hat ain solche summa gelts, der uns von ir dafür gänzlichen und gar wol benuegt und die wir auch anderstwo widerumben zu unser stat nutz und notturft angelegt und gebraucht haben. Eine vierteljährliche Zahlung von 6 fl. wird sodann vereinbart.

und Pflichten noch nicht zur vollständigen Durchbildung gelangt war¹⁾. Wenn nämlich die Stadt am festgesetzten Termine mit Zahlung der fälligen periodischen Abgabe im Rückstande ist, hat der Gläubiger das Recht zwei Mitglieder des Rats oder zwei Bürger, welche er nach seinem Belieben auswählen darf, darum zu mahnen. Für die Gemahnten entsteht die Pflicht dem Gläubiger in dem von ihm bezeichneten „Gotteshause“ zu leisten bis zur Bezahlung der verfallenen Quote samt Leistungskosten. Wird nicht geleistet, so darf der Gläubiger sowohl die Stadt als jeden beliebigen Bürger pfänden und das Exekutionsverfahren von jedem Richter, bei welchem er die Sache anhängig machen will, durchführen lassen²⁾. Sache der Stadt bleibt es sodann, denjenigen, bei welchem mit Hülfe des Gerichts eine Vollstreckung erfolgte, schadlos zu halten.

Unter den Ausgaben, welche das städtische Budget belasteten, kamen grosse Beträge für Geschenke vor, welche die Stadt mit freigiebiger Hand austeilte, sowohl um Fürsten, die in ihre Mauern kamen, besonders zu ehren, als auch um sich die Gunst einflussreicher Personen geistlichen und weltlichen Standes zu sichern.³⁾

¹⁾ Gierke a. a. O. II S. 770 f.

²⁾ Wurde ir aber die vorgeschribnen leibting gülte uber iren willen lenger dann 14 tag geferlich verzogen und nicht gegeben, zu welicher benamnten quottember das beschehe, so hatt si nachmals gewalt zwen aus unserm rate, die dann desselben jars rates oder aus der gemain darumben zu manen, welche si will, die ungeverlich anheim und burger zu L. sind. die sollen ir dann nach irer ermanung laisten ausserhalb irer heuser in ainem erbarn gotzhaus alhie zu L., darin sie in zaiget und aus derselben laistung an iren willen nicht komen als lang unz wir ir von unser stat wegen solicher verfallen leibting gulte und des schadens, der darauf gangen wäre, gänzlich ausgericht und bezalt haben. und ob ir aber von uns verzogen und nit gelaist oder gehalten wirdet. . alles das so vorsteen, so hat sie nachmals gewalt unser stat und uns all gemeinlich, wölich si will, die ungeverlich burger allhie zu L. sind, darumben zu pfenten, aufzuhalten und anzufertigen, vor welchem richter si will, geistlich oder weltlich. und was si dann vor denselben gericht mit recht redlichs schadens als recht ist, umb dieselben verfallen leibting gülte behabt, des sein genomen hat, den sollen und wellen wir abthun und widerkern on widerrede getreulich und ungeverlich. (Ibid.)

³⁾ Heigel Einl. 265 teilt aus den Einnahme- und Ausgaberegistern von 1424 und 1426, den einzigen, welche vor der Mitte des 16. Jahrhunderts vorhanden sind, solche Ehrungen mit. In denselben werden 46 ung. Gulden aufgeführt für einen goldnen Becher, welchen die Stadt dem Markgrafen (Albrecht Achilles?) verehrt. Spenden von einheimischen, welschen und Elsasser Weinen empfangen:

Neben diesem Ehrenaufwand sind es sodann die Reisevergütungen, welche den im städtischen Dienste verreisenden Stadträten zu zahlen waren, die neben Besoldungen für städtische Bedienstete ¹⁾ und neben den Kosten, welche durch die Strafrechtspflege erwachsen, vor andern Gemeindeausgaben in den Kämmereirechnungen figurieren. Die Ausgabe, welche aus der Ueberlassung des Stadtgerichts erwuchs, indem die Gemeinde 50 ₰ 8, seit 1341 ²⁾ nur 30 ₰ 8 hiefür an die herzogliche Kammer zu zahlen hatte, fällt nicht ins Gewicht, da diese Ausgabe durch den finanziellen Ertrag, welchen die Gerichtsbussen abwarfen, mehr als hinreichend gedeckt worden sein dürfte.

c. Die Polizeigewalt.

Eine ausserordentliche Ausdehnung erlangte die Polizeigewalt des Rats. Die Fürsorge für die Ordnung und Sicherheit, für die materielle, sittliche und geistige Wohlfahrt nimmt in den Rechtsquellen Landshuts zu allen Zeiten die hervorragendste Stelle ein, wie überhaupt Polizeivorschriften den Hauptinhalt der städtischen Statuten des 14. und 15. Jahrhunderts ausmachen. In den Städten kam ja zuerst jene allseitige Fürsorge für das allgemeine Wohl, die Polizei, zur Entwicklung, welche erst später in den Gesetzen und Einrichtungen der Territorien Nachahmung gefunden hat.

Kaum ein halbes Jahrhundert nach ihrer Gründung empfing Landshut in den Polizeiverordnungen von 1256 detaillierte Vorschriften, welche die verschiedenartigsten Seiten des städtischen Zusammenlebens mit peinlicher Sorgsamkeit regelten. Wenn es auch nicht in unserer Absicht liegt das materielle Polizeirecht seinem ganzen Umfange nach darzustellen, soll doch eine Schilderung der Thätigkeit, welche der Rat diesen Gegenständen widmete, versucht werden. Auch die kurze Skizze dürfte hinreichen, um eine Vorstellung von der Polizeimachtsphäre des Stadtrats zu erwecken. Verkehr und Gewerbswesen als Grundlagen des Wohlstandes der Stadt waren vor allem Gegenstände, welchen die eingehendste

der Bischof von Eichstädt, der Provinzial eines Minoritenordens, der herzogliche Hofmeister Ritter Nothaft.

¹⁾ Auch für einen Ehrentrunk, der bei besondern Gelegenheiten den Räten vorgesetzt wird, sind kleine Beträge eingesetzt (Heigel Einl. S. 265.)

²⁾ Kalcher S. 45.

Sorgfalt zugewendet wurde, denn die Blüte des städtischen Handels und Verkehrs ist bedingt durch die Festigkeit und Ordnung, welche die Polizei für sie schafft.¹⁾ Die Gewerbepolizei wurde deshalb durch viele autonomische Satzungen ausgebildet, die Verhältnisse der einzelnen Zünfte²⁾ genau geregelt. In den gewerbepolizeilichen Anordnungen macht sich eine Benachteiligung der Fremden gegenüber den Einheimischen geltend. Jede Verbindung von Bürgern mit Auswärtigen zum Betriebe von Kaufmannschaft irgend welcher Art war verboten. An einen Fremden darf ein Landshuter Flossmann kein Holz verkaufen.³⁾ Die Rücksicht auf die einheimischen Konsumenten leuchtet in allen Vorschriften dieser Art hervor. Ihnen soll zuerst die Gelegenheit geboten werden ihren Bedarf einzukaufen, eine Verteuerung der Preise durch die auswärtige Konkurrenz soll ferne gehalten werden. Mehr noch war es die Rücksicht auf den einheimischen Produzenten und Händler, welche ungünstige Bestimmungen für Fremde hervorrief.

Eine Reihe von kleinlichen Chikanen sollte den Fremden das Feilhalten in der Stadt verleiden⁴⁾. Doch waren Fremde nicht prinzipiell vom Gewerbebetriebe in Landshut ausgeschlossen, nur war die Konkurrenz auf wenige Tage beschränkt⁵⁾ und das Hausieren mit dem unverkauften Warenreste verboten⁶⁾. Als ein volkswirtschaftlicher Grundsatz wurde festgehalten, dass in erster Reihe die konsumierenden Bürger ihre Bedürfnisse gut und billig befriedigen konnten. Diesem Grundsatz musste das spezielle Interesse der einzelnen Händler und Handwerker weichen. So muss der Fragner, der im Begriffe ist, Esswaren einzukaufen, diese

¹⁾ Schmoller, die Strassburger Tucher- und Weberzunft. Strassburg 1879. S. 430.

²⁾ Staudenraus I S. 80 ff teilt aus dem Stadtbuche die einzelnen Satzungen mit. Auf diese wird hier verwiesen.

³⁾ Staudenraus I S. 97, 85.

⁴⁾ Der Fremde, welcher Obst in der Stadt einfuhrte, durfte so nur auf der Achse verkaufen. Weder er noch sein Gesell soll des Nachts hüten, sondern er soll einen eigenen Hüter bestellen. So lange er in der Stadt weilt, muss er bei einem Wirte zehren, darf sich also nicht mit mitgebrachten Speisen erhalten. (Staudenraus, I S. 82).

⁵⁾ z. B. Krämer durften mit Ausnahme der Jahrmärkte und Kirchweih nur 3 Tage lang in einem Jahre auslegen. (Staudenraus I S. 88).

⁶⁾ z. B. Kürschner (Ibid.).

dem dazukommenden Bürger, der sie für seinen Haushalt erwerben möchte ohne allen Krieg überlassen ¹⁾. Dem Fragner ist auch der Einkauf von Lebensmitteln eine Meile von der Stadt zum Wiederverkauf in derselben untersagt ²⁾. Bäcker dürfen ihren Bedarf an Korn nur für eine Woche decken. Alle diese Massnahmen wollen nur einer Verteuerung der Lebensmittel vorbeugen, so dass die Anschaffung des Bedarfs der Bürger durch die Händler nicht erschwert werde. Eine amtliche Festsetzung der Lebensmittelpreise ruht auf demselben Gedanken ³⁾. Neben der Wohlfeilheit wurde aber auch auf die Güte und Reinheit der Speisen und Getränke das Augenmerk der städtischen Obrigkeit gelenkt. Den Metzgern ward untersagt das Fleisch gelber zu machen, als es an sich ist. ⁴⁾ Vorzüglich scheint aber das schlechte Bier das Missfallen von Rat und Gemeinde erweckt zu haben. Darum hatten sie „1409 angesehen den grossen presten, der ietzo lang zeit gewesen ist in der stat von argem und posem pir und habent darauf gedacht, erfunden und gesetzt, wie ain ieglicher in irr stat, der pir macht und preut oder praun wil, sich halten sol mit aller arbeit, die zu moltzen, zu sieden und zu pier preun gehört“ ⁵⁾. Eine häufige Lebensmittelbeschau sollte die Durchführung all dieser Vorschriften

¹⁾ Der Metzger, der auf dem Markte ein Rind oder Schwein kauft, muss es einem Bürger gegen den um 2 Pfennig erhöhten Kaufpreis überlassen. Nur wenn der Metzger darzuthun vermag, dass er es für den eigenen Haushalt verwende, darf er die Abtretung verweigern. Eine ähnliche Bestimmung existiert für den Bäcker (Staudenraus I, S. 81, 83).

²⁾ Schon Polizeiverordnungen von 1256 (= P. V. 1256) a. 10 enthalten dieses Verbot (Q. n. Er. Vp. 155).

³⁾ Schon P. V. 1256 (a. 4, 13, 15, 16) setzen Preise für Fleisch, Brod, Wein und Bier fest; eine Bestimmung des Preises verschiedener Weinsorten enthält auch Stadtrecht 1279 a. § 21.

⁴⁾ Länger als 8 Tage durfte der Fischer keinen Krebs und keinen gehaltenen Fisch feil haben. Der Bäcker soll kein Poll (wahrscheinlich eine geringe Mehlsorte) unter Bretzen und Semmel mischen (Staudenraus I, S. 84). Vgl. P.-V. 1256 a. 14.

⁵⁾ Der Gedanke der Preiswürdigkeit des Bieres findet in derselben Bierbrauordnung (Stadtbuch f. 48) Ausdruck in den Worten: durch dez willen, daz man wider gut pir gewinn und habent daz erfunden durch eins gemainen nutz willen, armer und reicher in der stat und auf dem land, und daz iedem man sein pfening dester paz vergolten werd.

überwachen, damit dem Unwesen der „*posen burger*, die nur auf *irn peutel* bedacht habent“ gesteuert werde¹⁾.

Grösse und Qualität der Arbeitsprodukte²⁾, Behandlung des Materials wurde oft bis in die kleinsten Einzelheiten nach den Anforderungen der Technik vorgeschrieben. Ausführlich wurden die Löhne der Gesellen tarifiert unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse, z. B. für die Bauhandwerker eine Lohnreduktion für den Winter festgesetzt³⁾.

Interessant sind einige Bestimmungen über die Gesellen, welche getragen sind von der Idee genossenschaftlicher Zusammengehörigkeit der einzelnen Zunftgenossen, deren egoistische Interessen durch den Gemeinsinn überwunden werden. Mit Strenge suchte man dem Vertragsbruche⁴⁾ entgegen zu wirken und empfindliche Strafe traf auch den Meister, der einem andern den Knecht abspenstig machen wollte⁵⁾. Dem Maurer oder Zimmermann, welcher in Folge eines erhöhten Lohngebots seitens eines andern Meisters seinen Dienst verlässt, wird ebenso wie dem Meister, der das Mehrgebot gemacht⁶⁾, der Handwerksbetrieb auf 1 Jahr untersagt. Den Gesellen, welcher vor Ablauf der allgemein in der Stadt eingeführten 14tägigen Kündigungsfrist seinen Meister verlässt oder diesem noch Geld schuldet, darf kein Meister in der Stadt annehmen oder behalten, ausser er habe sich mit dem Meister verständigt und ihn befriedigt. Die Uebertretung dieser Vorschrift wird mit 14 wöchentlicher Einstellung des Handwerksbetriebs geahndet⁷⁾. Die Freiheit der Zünfte scheint in Landshut nicht jenen hohen Grad der Ausbildung erlangt zu haben wie in andern

¹⁾ Heigel Einl. S. 263.

²⁾ Siehe ausser der erwähnten Bierbrauerordnung die Sätze der Tuchmacher, Weber, Goldschmiede u. s. w. (Staudenraus, I S. 89 ff.)

³⁾ Staudenraus I S. 85. Vgl. P.-V. 1256 a. 2. (*Griseum pannum statuimus parari, quod V spannas habeat in latitudine et optima ulna detur pro X denariis.*)

⁴⁾ Solche Verbote begegnen häufig. (Schmoller a. a. O. S. 451).

⁵⁾ Mit gleicher Strenge schritt man in L. gegen den Vertragsbruch der Dienstboten ein. Der Dienstbote, welcher sich zu einer Herrschaft verdingt hatte und diesen Dienst nicht antrat, wurde mit einjähriger Stadtverweisung bestraft. (Staudenraus I S. 107.)

⁶⁾ Staudenraus I. S. 85.

⁷⁾ Satzungen der Schlosser und Sporer (Staudenraus I S. 95 f.).

Städten. Wenigstens war die Autonomie der Zünfte eine beschränkte; nur vereinzelt werden Zunftordnungen von der betreffenden Zunft allein erlassen, meistens wirken alle Organe der städtischen Gesetzgebungsgewalt bei Erlassung solcher Ordnungen für einzelne Zünfte mit. Dagegen liessen die einzelnen Zünfte ihre Angelegenheiten durch selbstgewählte Organe verwalten. Ueber die grösseren Zünfte waren 4 geschworne Meister, die sog. Viermeister gesetzt, kleinere hatten nur einen an ihrer Spitze¹⁾. Diese handhabten die Gewerbepolizei²⁾ in der Zunft, kontrollierten durch häufigen Besuch der Werkstätten, durch Beschau der gefertigten Arbeitserzeugnisse den Handwerksbetrieb und richteten ihr Hauptaugenmerk darauf, dass dieser auch den Gesetzen entspreche³⁾. Sie konfiszierten die vorschriftswidrigen Produkte⁴⁾ und bestraften die Uebertreter⁵⁾. Die Handhabung der Zunftgerichtsbarkeit scheint mit grosser Strenge erfolgt zu sein und wurde in den Zunftkreisen als drückende Härte empfunden. Der allgemeinen Missstimmung wurde ein Gemeindestatut von 1399 gerecht, welches dieser Zunftgerichtsbarkeit engere Grenzen zog und den Maximalbetrag der Busse, welchen die Zunftmeister verhängen durften, auf 24 Pfg. beschränkten. Bei Vergehungen, welche eine höhere Strafe verlangten, konnten sie Einstellung des Gewerbebetriebs verfügen. Zur weiteren Ahndung des Schuldigen musste aber der Rat bei-

¹⁾ z. B. Zinngieser.

²⁾ Ueber die Genossenschaftspolizei und -Gerichtsbarkeit der Zunft vgl. Gierke a. a. O. I. S. 388 ff. 396 und Neuburg, Zunftgerichtsbarkeit und Zunftverfassung. Jena 1880. S.

³⁾ Die aufgestellten Brauerherren oder Meister mussten so jeden Bräuer oder dessen Knecht, der bei seinem Braugewerbe die Vorschriften ausser Acht liess, die erlassen wurden, damit man wieder gut Bier gewinne, und das Bier anders machen als die Herren gesetzt haben, strafen und dem betreffenden Bräuer das Brauen auf ein ganzes Jahr verbieten. (Staudenraus I S. 93).

⁴⁾ Stadtbuch f. XL.

⁵⁾ Wenn bei einigen Gewerben Aufsicht und Bestrafung wegen Uebertretung der Vorschriften dem Stadtrichter vorbehalten war, so liegt die Vermutung nahe, dass die betreffenden Gewerbetreibenden nicht zu einer Zunft organisiert waren. So konnte der Stadtrichter die Fragner alle Quatember vorfordern und jeden, der sich einer Uebertretung der Satzung schuldig gemacht, zu einer Busse von 72 S verurteilen; der Stadtrichter oder der Scherge konnte die von Haus zu Haus feilgebotenen Kürschnerwaaren konfiszieren (Staudenraus I S. 82, 88).

gezogen werden, an den die Sache gebracht wurde. Dieser entschied dann mit der Zunft die Sache, indem die Mitglieder des Rats und der Zunft gemeinschaftlich ein Urteil fanden, dem sich der Angeschuldigte unterwerfen musste¹⁾.

Nur ausnahmsweise ergreift die Zunftgerichtsbarkeit auch Nichtzunftgenossen, doch müssen sich diese dann nicht dieser Jurisdiction unterwerfen und können Austragung ihres Rechtsstreites vor dem Stadtrichter beanspruchen. Dementsprechend bestimmt die Webersatzung²⁾: „Wer anders würkt als das Recht ist, und eine Frau klagt den Meister, da sollen die Meister richten ohne Gericht. Will sie sich aber nicht richten lassen, so mögen es die Meister an den Richter bringen.“

Die Aufsicht über Handel und Wandel erheischte noch die Herstellung einer Reihe von verkehrspolizeilichen Einrichtungen, deren Instandhaltung ebenso wie die Aufstellung des erforderlichen Personals zu den Aufgaben des Rats gehörte.

Die Ordnung der Jahrmärkte und anderer Märkte, die Anweisung der Plätze an die Verkäufer, die Erhebung von Standgebühren wurde durch verschiedene Satzungen geregelt. — Nach dem Vorgang anderer Städte musste das in der Stadt gefertigte Tuch zur städtischen Beschau gebracht und mit den Stadtzeichen versehen werden, eine Gebühr von 2 Pfennig war für jedes Tuch in die Stadtbüchse zu entrichten. Unbeschautes Tuch, welches das Stadtzeichen nicht hatte, durfte bei Strafe nicht feilgehalten werden³⁾. — Vom Rate wurde auch eine Stadtwage eingerichtet, welche einen Verkehrsmittelpunkt bildete, da nur auf dieser Wage Waaren über 20 Pfund gewogen werden durften, so dass der ganze Grosshandel sich unter den Augen der Gemeindeobrigkeit

¹⁾ Als Ausnahme muss es betrachtet werden, wenn die Meister einer Zunft nur zur Handhabung der Zunftpolizei, nicht aber zur selbständigen Strafeinschreitung befugt waren, sondern eine solche dem Richter und Stadtrate überlassen mussten. Ein Beispiel für diese anomale Gestaltung, welche sich in den Rahmen der allgemeinen Zunftorganisation nicht gut einfügen lässt, bietet die Vorschrift der Webersatzung, dass böses leinenes Tuch, welches die Meister gelegentlich der Beschau bei einem Weber fanden, in das Haus des Richters getragen und die Busse des Schuldigen nach der Richter Gnaden bemessen werden solle. (Staudenraus I. S. 92).

²⁾ Ibid.

³⁾ Staudenraus I. S. 91.

vollzog ¹⁾. Als neues Getränkemass wurde 1342 der Münchner Eimer eingeführt und befohlen, dass Jedermann bei Strafe einen halben „Pfundner“ besitze, in welchem Masse alles Getränke ausgeschenkt werden musste ²⁾. Durch den herzoglichen Entscheid von 1559 ³⁾ wurde bestimmt, dass jährlich 1—2mal der Oberrichter und ein Verordneter des Stadtrats eine Visitation sämtlicher Gewichte, Ellen und Masse bei allen Handwerkern, welche solche brauchten, vornehmen sollten und zwar unangekündigt, so dass die betreffenden Gewerbetreibenden durch die unvorhergesehene Visitation überrascht würden und nicht Gelegenheit zur Vorbereitung fänden. Gegen die Besitzer falscher Masse und Gewichte sollte dann mit strenger Strafe eingeschritten werden. Auch hierin zeigt sich ein Zurückdrängen der städtischen Selbständigkeit; die Polizeiverwaltung ist nicht mehr ausschliesslich den städtischen Behörden überlassen, sondern die herzogliche Regierung hält ihre Einmischung auch hier für nothwendig, denn der Oberrichter fungiert jetzt nur als ihr Organ.

Unter dem zahlreichen Personale, welches zur Erleichterung und Förderung des städtischen Handelsverkehrs angestellt war, ragen an Bedeutung hervor die Käufel. Diese Unterkäufer sind nicht Beamte im eigentlichen Sinn, was schon daraus hervorgeht, dass auch Frauen als Käufer bestellt werden können; sie sind „amtlich bestellte Vermittler für Handelsgeschäfte“ und nehmen jedenfalls eine halbamtliche Stellung ein, kommen auch daneben als Organe für das gerichtliche Exekutionsverfahren in Betracht.

Eine Verordnung von 1349 ruft die Käufel in Landshut ins Leben, damit sie den Bürgern und Bürgerinnen ihr Gewand verkaufen. Ihr Wirkungskreis erstreckt sich jedoch bald weiter. Die

¹⁾ Staudenraus I S. 86.

²⁾ Staudenraus I S. 101.

³⁾ Staudenraus II S. 135 (Landshuter Kopialbuch f. 97 v im Besitze des hist. Vereins daselbst) a. 9: Dieweil all statlich policei und ordnung zu aufnehmen und furdrung gemains nutz furgenomen werden und aber gemains nutz notturft ervordert, das sonderlich in der steten, damit die gwerb und handtierung darin gemeret behalten, aller betrug, so vil muglich furkomen und ainem ieden recht gewicht, ellen und mass mitgetailt und geben werden...

⁴⁾ Stadtbuch f. XXIII.

Stellung dieser Käufel entspricht der unsrer heutigen Mäkler¹⁾. Es ist ihnen verboten Handelsgeschäfte für eigne Rechnung zu machen. Für die Vermittlung von Handelsgeschäften haben sie gesetzlich fixierte Gebühren zu beanspruchen, abgestuft nach der Höhe des Kaufpreises, welchen sie erzielten²⁾. Die halbamtliche Natur des Käuferberufs zeigt sich in ihrer Verpflichtung zur Eidesleistung und zur Stellung einer Kautio von 50 ℔ , — ain ieder geschworne statkaufel sol ain genuegen tun umb 50 ℔ ſ . Wie nun im modernen Handelsrechte den amtlichen Handelsmäklern die Privathandelsmäkler gegenübergestellt werden, so unterschied das Landshuter Recht im 14. Jahrhundert schon die vereidigten, kautionspflichtigen Stadtkäufel von den nicht vereidigten³⁾. Die Namen der Angehörigen der letzten Kategorie werden alljährlich in der Gemeinde ausgerufen mit dem Hinzufügen, dass sie keine Kautio geleistet haben. In dieser Bekanntmachung lag eine Warnung, dass diejenigen Bürger, welche den Privatkäufeln ihre Waaren anvertrauten, dies auf ihr eignes Risiko thun, also es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn sie Schaden erlitten. Wer dann darüber sein Gut mit ihnen wagen wolle, der möge das thun oder lassen. Ein Ratsbeschluss von 1410 machte dem Dasein dieser Privatkäufe ein Ende und begründete ein Monopol der geschwornen Stadtkäufel⁴⁾, deren Zahl auf 7 festgesetzt wird und

¹⁾ Vgl. Laband, Die Lehre von den Mäklern in d. Zeitschrift für deutsches Recht. XX. S. 20 ff.

²⁾ Man soll ihnen geben von 1 ℔ — 4 Reg. ſ , von $\frac{1}{2}$ ℔ 2 Reg. ſ , von 60 ſ — 1 ſ und nicht mehr. Da beim Verkauf von Immobilien der Kaufpreis verhältnismässig viel höher zu sein pflegte als der von fahrender Habe, so wurde dementsprechend die den Käufeln zugestandene Gebühr prozentual niedriger bemessen, so dass nach einer Verordnung von 1441 von je 1 ℔ Erlös aus verganteten Grundstücken 1 Landsh. ſ Vermittlungsgebühr erhoben werden konnte. Die Hälfte konnten die Käufer aber nur dann beanspruchen, wenn bei einer Executions-Versteigerung von Immobilien eine Vereinigung zwischen Gläubiger und Schuldner zu Stande kam, bevor ein Meistgebot erzielt worden war. (Stadtbuch f. XXXIII).

³⁾ Die Mitglieder beider Kategorieen haben jährlich der Stadtkammer eine Abgabe von $\frac{1}{2}$ ℔ ſ zu entrichten.

⁴⁾ Der Verkehr wurde dadurch von unreinen Elementen gesäubert, welche Betrügereien aller Art begünstigen, Treu und Glauben gefördert. Die Käufer fühlten sich mehr als Diener der Stadt wie als Agenten des Einzelnen. (Laband a. a. O. S. 23).

deren Namen ins Stadtbuch eingetragen werden. Den unbefugt das Käuflergewerbe Betreibenden wurde Wegnahme der bei ihnen vorgefundenen Waaren durch den Richter und Fronboten angedroht, denn die Bürger wollten Niemand haben denn ihre verschriebenen Käufel und Käuflin, die sie selbst setzen. Diese Wegnahme ist jedoch nur eine Pfandnahme zur Sicherung der verfallenen Busse, denn die Pfuschkmäkler sollen die ihnen abgepfändeten Gegenstände wieder auslösen und zwar jedes Stück um 12 Sch. Erst wenn die Auslösung nicht erfolgte, gestaltete sich die Wegnahme zu einer Konfiskation, zu einer definitiven Eigentumsentziehung. Die Oeffentlichkeit des Betriebs des Käuflergewerbes wurde nachdrücklich eingeschärft, den Käuflern das Feilbieten der ihnen zur Veräusserung übergebenen Waaren im Wege des Umherziehens sogar für den Fall untersagt, dass die Heimlichkeit des Feilbietens ihnen von den Kommittenten anempfohlen worden war; sie sollen nicht folgen, als lieb ihnen das Amt sei¹⁾. Verletzung der den Käufeln obliegenden Pflichten wurden vom Rate, dem sie untergeben waren, mit einer arbiträren Geldbusse, schwerere Amtsverletzungen jedoch mit Amtsentsetzung gestraft. Bei der Verletzung wurden sie nur auf Beobachtung der vor langer Zeit gesetzten Vorschriften verpflichtet²⁾, von einer speziellen Aufzählung der Pflichten wurde Umgang genommen und nur die Pflicht, Pfand oder Geld den Auftraggebern zurückzuerstatten eingeschärft³⁾. Von einigen Privatrechtssätzen, welche für den Geschäftsbetrieb der Käufer bestimmt wurden, wird im andern Zusammenhang die Rede sein.

Die Steigerung des städtischen Verkehrslebens, um welche sich die eben geschilderte Thätigkeit des Rats grosse Verdienste erworben hatte, mehrt die Wohlhabenheit der Bürger, der stets ein Hang zu luxuriöser Lebensweise zu folgen pflegt.

Die Erhaltung der alten guten Sitte hatte eine 1361 erlassene Kleiderordnung im Auge, „umb daz die üppig hoffart genidert wurd, die sich erhoben hat an den frawn mit hohen slaiern und

¹⁾ Stadtbuch f. XXXIII.

²⁾ Über den Umfang ihrer Amtspflichten geben die Eidesformeln vieler Städte Aufschluss. Vgl. Gengler, Stadtrechts-Alterthümer S. 466 f.

³⁾ Vgl. über diese Unterkäufer jetzt noch: Gramich, Verfassung und Verwaltung der Stadt Würzburg. Würzburg 1882. S. 44 ff.

reichem gewant.“ Merkwürdig ist der Inhalt dieser Kleiderordnung,¹⁾ weil sie die Verschiedenheit der Tracht nicht nach den Ständen abstuft,²⁾ sondern den Frauen je nach dem Steuerbetrage, den ihre Ehemänner entrichten, mehr oder minder kostbare Schleier zu tragen gestattet. Im Jahre 1400 sahen sich die beiden Ratskollegien, die Zünfte und Gemeinde bereits wieder veranlasst das Luxusverbot zu erneuern³⁾ und auszudehnen. Sie hätten, beginnt das Mandat, eingesehen das grosse schwere Verderben, das lange Zeit unter Armen und Reichen mit grossen Hochzeiten, mit grossen Geschenken bei Kindtaufen und mit köstlichen Kleidern gewesen sei, was doch alles in andern Städten zu Nürnberg, Wien, Prag und zu Straubing etc. verboten sei, welche Städte doch zehnmal reicher und mächtiger wären als leider Landshut sei.

Darum wurde durch das Mandat auf 10 Jahre eine Einschränkung dieser kostspieligen Gebräuche angeordnet. Auch ein weiteres Luxusverbot⁴⁾ geht von dem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus, dass der Aufwand im Verhältnis zu den Einkünften stehen müsse. Das Verbot wird wieder begründet mit der Erwägung, dass Landshut ärmer sei als andere Städte und dass man hier verzehre, aber nicht soviel gewinne wie in andern Städten. Beklagt wird daneben, dass keine Frau mit einer standesgemässen Kleidung zufrieden sei; jede wolle sich höher kleiden als ihrem Wirte nutz und gut sei.⁵⁾

Wie der Luxus in Tracht und Gebräuchen, so erscheint auch die Unzucht als eine der Nachtseiten städtischer Kultur. Die Existenz der öffentlichen Dirnen in Landshut wird schon durch das Stadt-

¹⁾ Stadtbuch f. XLVIII; (Staudenraus I, S. 193).

²⁾ Eine solche standesgemässe Abstufung war in vielen Städten durchgeführt. Vgl. Maurer, Gesch. d. Städteverf. III, S. 83 ff.

³⁾ Stadtbuch f. XLIII. (Staudenraus S. 102).

⁴⁾ Stadtbuch f. 68 (Staudenraus I, S. 104).

⁵⁾ Dem Stadtrate scheinen die Frauen manchen Verdruss bereitet zu haben durch Umgehung seiner Anordnungen, denn er meint: „Nun kann man etlichen Frauen nichts finden noch verbieten, so finden sie allzeit ein „Werwort“ (Ausrede). Hat man mir, spricht eine, das Geschmeide verboten, so will ich desto mehr Borten tragen, desto breiter. Deshalb werden nur zwei Finger breite Borten für zulässig erklärt. (Staudenraus I, S. 104).

recht von 1279¹⁾ bezeugt, welches sie für friedlos erklärt. Der Stadtrat, überzeugt von der Unmöglichkeit der Beseitigung der ausserehelichen Geschlechtsgemeinschaft, glaubte die ehrbaren Töchter und Frauen der Bürger am besten vor Nachstellungen zu sichern, wenn er die Dirnen in einem Frauenhause vereinigte und sie der Aufsicht des Züchtigers unterstellte²⁾. Das Frauenhaus war also eine öffentliche Anstalt geworden, über welche der Stadtrat eine Kontrolle ausübte. Erst in Folge eines ärgerlichen Unfugs, welchen die Dirnen unter Beteiligung des Züchtigers an einer Bürgerstochter verübten³⁾, wurde die Aufsicht über das Frauenhaus einer Wirtin übertragen, welche einen nicht beträchtlichen Pachtzins an die Gemeindekasse zu entrichten hatte⁴⁾.

Sittenpolizeiliche und nationalökonomische Motive wirkten zusammen zu wiederholten Verboten der Spiele. Nachdem schon das Stadtrecht von 1279 Häufel, Riemstechen und alle betrügerischen Spiele untersagt hatte⁵⁾, verbot eine Gemeindeverordnung von 1361 alle wie immer benannten Spiele, womit Pfennig oder Pfennigswert gewonnen oder verloren⁶⁾ würde.

Nahm die Sorge für Erhaltung von Zucht und Sitte die Väter der Stadt in hohem Masse in Anspruch, so führte das Bestreben,

¹⁾ § 15 (Gengler, Stadtr. S. 235): Item si civis interdictum civitatis vel mimum vel meretricem publicam ex causa laeserit, quoad iudicium civitatis remanet impunitus; non sunt enim jure legali tales legum laqueis innodati. Es ist dies eine der Bestimmungen, zu deren Aufnahme in das Stadtrecht dessen Verfasser durch seine Bekanntschaft mit dem römischen Rechte verleitet wird. Vgl. Franklin, Beiträge zur Geschichte der Reception des römischen Rechts in Deutschlands. Hannover 1863. S. 84.

²⁾ Auch in Augsburg, Braunschweig und Goslar war dies der Fall (Maurer, Gesch. d. Städtev. III, S. 111).

³⁾ Stadtbuch f. 92.

⁴⁾ Heigel, Einl. 264, Eintrag im Einnahme- und Ausgaberegister der Stadt L.: „Frauenhaus 22 Wochen facit 4 $\bar{u}$ und 20 $\mathcal{S}$.“

⁵⁾ § 19 (Gengler, Stadtr. 235).

⁶⁾ Stadtbuch f. XLIX (Staudenraus I, S. 99). Die Übertretung des Verbots wurde mit einer Busse von 2 $\bar{u}$ den. an den Richter und die Stadt bestraft. Hat er aber die 2 $\bar{u}$ den. nit ze geben, so legt man in hinz den schergen und aus der schergenstuben in den pranger und ainen spilschamel an den hals, den huet und den grossen wurfl auf den kopf und damit aus dem pranger und zwai ganz jar von der statt.

⁷⁾ Staudenraus I, S. 91.

den Stadtfrieden vor Verletzung zu bewahren, die Sicherheit des Lebens der Bürger zu schirmen zu Präventivmassregeln, indem man sich nicht begnügte, Totschlag und Körperverletzung mit schwererer Strafe zu bedrohen, sondern solchen Rechtsverletzungen vorzubeugen suchte. Eine grosse Gefahr für die öffentliche Sicherheit lag nun in dem Waffentragen¹⁾, daher suchte die Polizeigewalt das Waffentragen zu beschränken. Nachdem schon die Polizeiverordnungen von 1256 in dieser Richtung vorangegangen waren²⁾, wurde durch Ratswillkür ausgesprochen, dass Niemand in der Stadt lange Messer³⁾ und Schwerter tragen dürfe bei Strafe von 60 den. oder Gefängnis, im Wiederholungsfalle Stadtverweisung, die gegen Unverbesserliche sogar bis zur grausamen Todesstrafe⁴⁾ gesteigert werden konnte. Mit diesen allgemeinen Massnahmen begnügte sich der Rat nicht, sondern richtete sein besonderes Augenmerk auf solche Personen, welche sich der persönlichen Sicherheit der Bürger vorzugsweise gefährlich erwiesen hatten. Diesen wurde dann durch den Rat theils das Tragen von Messer und Schwert überhaupt, theils der Besuch von Leuthäusern in der Stadt untersagt und dieses Spezialverbot ins Stadtbuch⁵⁾ eingetragen⁶⁾.

Die Aufrechthaltung der Ordnung in der Stadt veranlasste den Stadtrat, auch das Bauwesen in die Hand zu nehmen und bei Regelung desselben einen Ausgleich zwischen den individuellen Interessen und den Anforderungen der Gesamtheit durchzuführen.

Nicht nur für die Sicherheit der Neubauten, auch für freie

¹⁾ Über die Beschränkung des Rechts Waffen zu tragen, in verschiedenen Städten vgl. Arnold, Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte. Gotha 1854. II, S. 277 ff.

²⁾ a. 1: quod gladios et gnippas inhibuimus ferri infra civitatem. (Qu. u. Er. V. p. 154).

³⁾ Stadtbuch f. LI. (Staudenraus I, S. 100) Ein Normalmass wurde an der Kirchenthüre angeschlagen; länger durfte keine Klinge sein.

⁴⁾ „begriff man sie darüber in einer meil, so begrebt man si lebendig in dem galgen uf dem mos an alle urtail“ (Stadtbuch f. XLIX; Heigel, Einl. S. 264).

⁵⁾ f. XLIX. v.

⁶⁾ Im 16. Jahrhundert hatte ein Mitglied des Rats, „der Rumormeister“ über die öffentliche Sicherheit zu wachen. Zwei Mitgliedern des Rats war die Handhabung der Sitten- und Strassenpolizei mit der entsprechenden Strafgewalt übertragen. Daher hiessen sie die Bussherrn (Staudenraus II, S. 97 f.)

Passage, Aufführung von Kommunmauern, Anlage von Dachrinnen und Rauchfängen¹⁾ wurden schon im 14. Jahrhundert Bestimmungen getroffen. Zur Überwachung der Durchführung derselben war ein städtisches Bauamt aus 4 Baumeistern und Zimmerleuten gebildet worden, denen auch die Befugnis zur Schlichtung nachbarlicher Baustreitigkeiten zuerkannt war. Die Ernennung der Baumeister erfolgte auf die Dauer von 2 Jahren.

Hand in Hand damit ging die Aufsicht des Rats über Strassen und Wege, welche 1402 zur Pflasterung der Strassen führte und neben Verordnungen über die Reinlichkeit in den Strassen eine Reihe tief in das Privateigentum einschneidender Bestimmungen hervorrief.²⁾

Bei aller Sorge für Sicherheit und materielles Wohlergehen der Stadtbewohner vergass der Rat nicht einer Pflicht, auch der geistigen Wohlfahrt seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Eine Schulordnung wurde erlassen und die Bezüge des Schulmeisters genau geregelt.³⁾ Das Unterrichtswesen scheint ein treffliches gewesen zu sein nach dem Lobe, welches Veit Arnpeck der Geschicklichkeit der Landshuter Bürger zollt. Über das Kirchen- und Armenwesen der Gemeinde führt auch der Rat schon frühe Aufsicht, welche er durch von ihm ein- und absetzbare, auf 2 Jahre ernannte Kirchpröpste ausüben liess. Neue Stiftungen bedurften seiner Genehmigung⁴⁾, das Vermögen der Kirche liess er durch aus seiner Mitte gewählte Kirchpröpste verwalten.

Der Krankenpflege, welche in andern Städten ganz der Obhut der Geistlichkeit überlassen war, nahm sich der Rat energisch an⁵⁾. Das Bürgerhospital zum hl. Geiste, dessen Gründung vielleicht schon in die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts fällt⁶⁾, stand

¹⁾ Heigel, Einl. S. 264.

²⁾ Z. B. 1403 wurde Abbruch aller Pfeiler und Vorställe der Schmiedstätten und all der baulichen Einrichtungen, welche vor den Thüren den Strassenverkehr beeinträchtigten u. dgl. m. geboten (Staudenraus I, S. 101).

³⁾ Rockinger (Bavaria I, A. 2 S. 1078). Zur Aufsicht über die Schule waren im 16. Jahrhundert 3 Herren vom Rat und der Stadtschreiber verordnet.

⁴⁾ Als Nycla, ein Freisinger Chorherr, 1326 in der heil. Geistkirche ein Beneficium stiftete, heisst es in der Urkunde: mit gunst und willen der gesworen zwelifer von der stat ze L. (Heigel, Einl. S. 251).

⁵⁾ Im 15. Jahrhundert waren schon 2 Apotheken in der Stadt.

⁶⁾ Die erste urkundliche Erwähnung datiert aus dem Jahre 1270. (Staudenraus III. S. 187).

stets unter der Verwaltung des Rats, wenn dieser auch die Leitung der Spitalgeschäfte einem sog. Spitalbruder übertragen hatte.

Für Pestkranke wurde vom Stadtrate das Seelhaus beim hl. Geist gegründet und diesem Spital nach der Ordnung von 1492 zwei Pfleger, einer vom Rat und einer aus der Gemeinde vorgesetzt, welche alle Verwaltungsgeschäfte zu besorgen hatten¹⁾. Der Gesundheitspolizei stellte im 16. Jahrhundert die Pest öfters schwierige Aufgaben. Der Rat löste sie mit Umsicht, arbeitete 1543 eine sorgsame Pestordnung aus und verordnete 2 Ratsherrn, welche einzelne Gassen erforderlichenfalls mit Ketten abschliessen mussten.

Der Wohlthätigkeitssinn der Bürger bekundete sich in zahlreichen Stiftungen zur Unterstützung Kranker und Bedürftiger, deren Verwaltung in den Stiftungsbriefen gewöhnlich dem innern und äussern Rate übertragen wurde²⁾.

Im Anschlusse an diese Schilderung der Polizeigewalt des Rats ist noch seine Amtshoheit zu erwähnen, welche ihm die Macht verlieh, alle für die Verrichtung des Gemeindedienstes, insbesondere der Polizeifunktionen notwendigen Hilfsorgane zu bestellen. Dieselben wurden bei den einzelnen Zweigen des Polizeidienstes bereits aufgeführt. Nach einem umsichtigen Arbeitsverteilungsplane hatten die Ratskollegien ihre Mitglieder zu den verschiedenen Aemtern verordnet.

Ein städtisches Amt, das des Stadtschreibers — notarius civitatis wird er in den Polizeiverordnungen von 1256 genannt³⁾ — scheint mit dem Rate entstanden zu sein; es behauptete seine Existenz im Laufe der Jahrhunderte in ungeschmälerter Bedeutung.

d) Die Gesetzgebungsgewalt.

Unter den der Stadt zustehenden Befugnissen ragt an Bedeutung hervor das Recht der Autonomie. Von dieser Gesetz-

¹⁾ Staudenraus I, S. 245 ff.; eine neue (Blatterhaus-) Ordnung wurde 1560 verfasst. Die Pfleger stehen unter dem Rat und haben jährlich den verordneten 6 Rechenherrn Rechnung abzulegen (Staudenraus II S. 148 f.).

²⁾ Z. B. Oberndorfers Aussteuerstiftung, des Kanzlers Dorner Stiftung für Hausarme u. a. m. (Staudenraus I, S. 231 ff., 240 ff.).

³⁾ a. 21 (Q. u. Er. Vp. 157).

gebungsgewalt¹⁾ machte die Gemeinde einen umfassenden Gebrauch. Die zur Ausübung der Autonomie berufenen Organe — der Stadtrat allein oder in Verbindung mit den Zünften und Vertretern der Gesamtgemeinde — erzeugten objektive Rechtsnormen, welche sich auf die verschiedenartigsten Sphären des Rechtslebens erstreckten, Verfassung- und Polizei-, Straf-, Privat- und Prozessrecht umfassten. Sie hatten im ganzen Umfange des städtischen Burgfriedens Geltung und unterwarfen sich Einheimische und die sich hier aufhaltenden Fremden in gleicher Weise.

Durch die Autonomie konnte sich die Stadt ihre eigenen Rechte geben, sie war privilegiert durch eigene Beliebung und Satzung sich ein Sonderrecht zu gründen²⁾. Die Autonomie der Gemeinde ist gleich andern der Stadt eingeräumten Rechten als ein Ausfluss der herzoglichen Gewalt zu betrachten; die Gemeinde wird zur Ausübung der dem Landesfürsten zustehenden Gesetzgebungsgewalt delegiert. Da für Landshut ein landesherrliches Privileg nicht existiert, welches der Gemeinde generell die Befugnis sich selbst ihr Recht zu setzen, überträgt³⁾, so gelangte die Autonomie hier in Folge stillschweigender Genehmigung der Herzoge zur Ausübung.

Ein Blick auf den Anhang zeigt das weite Gebiet autonomischer Rechtssatzung der Gemeindeorgane im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts⁴⁾. Klarheit über die Schranken, in welche diese Autonomie gebannt war, lässt sich aber gerade bei der Mannigfaltigkeit der hier behandelten Materien schwer gewinnen. Von einer Genehmigung oder Bestätigung dieser autonomen Satzungen durch den Landesherrn ist dabei nirgends die Rede.

Andererseits sind wieder eine Reihe von Fällen überliefert, in welchen der Herzog den Stadtrat zu statutarischen Anordnungen anregt und für sich und seine Beamten sogar die Unterwerfung unter diese ausspricht. In einer Handfeste von 1335 befiehlt so

¹⁾ Die Autonomie ist eine Art der Gesetzgebung. Vgl. G. Meyer, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts. Leipzig 1878. S. 398.

²⁾ Böhlau, Mecklenburgisches Landrecht. Weimar 1871. I. S. 345.

³⁾ Eine Reihe derartiger landesherrlicher Privilegien führt auf: Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen. Braunschweig 1860. I. S. 491 f.

⁴⁾ Auch auf die gelegentlich der Schilderung der polizeilichen Befugnisse des Rats erwähnten autonomen Festsetzungen ist hier zu verweisen.

Herzog Heinrich, dass wegen der bei einem Zusammenlaufen von Menschen erfolgten Tötungen nur gegen die Totschläger selbst, nicht aber gegen die bei der Tötung anwesenden, aber an derselben unbeteiligten Personen eine Anklage erhoben werden solle und verspricht -- swaz fürbas dar über unser purger von dem Rat setzent, vindent oder machent, es sei gros oder chlain, daz solich unpilleich chlag ewichleich nicht mer geschehen, daz sullen wir und unser Amtlout stât haben und si daran schirmen¹⁾. Während hier der Herzog dem Stadtrat die Regelung gewisser prozessualer Verhältnisse durch autonomes Statut befiehlt, setzt er wieder ein anderes Mal die Befugnis des Rats zur Erlassung spezieller oder allgemeiner polizeilicher Normen als gegeben voraus, indem er bei Gründung der Neustadt 1338 den in diese Einwandernden die Gehorsamspflicht in demselben Umfange, in welchem sie für die (alten) Bürger besteht, einschärft²⁾. In den verschiedensten Formen tritt also die Autonomie in Landshut auf. Bald wird sie als selbstverständlich in den verschiedensten Rechtsmaterien ausgeübt, ohne dass von einer Bestätigung durch den Landesherrn die Rede ist; bald fordert der Herzog den Rat zur gesetzgeberischen Ordnung eines konkreten Bedürfnisses auf, ohne dass eine nachträgliche landesherrliche Genehmigung dieser Satzung erwähnt wurde; bald fordert der Herzog wiederum die Gemeinde zur autonomen Thätigkeit in bestimmter Richtung auf, erteilt dann aber dem ausgearbeiteten Statute seine landesfürstliche Konfirmation. Ein charakteristisches Beispiel für Motive und Entstehungsweise legislativer Erzeugnisse der letzten Art bietet das sog. Erbrechtsprivileg von 1423³⁾. Herzog Heinrich der Reiche sagt im Eingange desselben, da er überhaupt bestrebt sei, der Unterthanen Nutz und Frommen zu fördern und sich vorgenommen habe die mannigfaltigen Streitigkeiten, welche der Heiraten und Erbschaften wegen ausgebrochen und die oft an ihn gebracht worden wären⁴⁾,

¹⁾ Kalcher S. 30.

²⁾ Kalcher S. 36: Swatz auch potes und Sâtz unser purger von dem Rat setzend auf ir vailes, oder swaz si setzend desselben potes und sâtz, sullen di, di in di Freyung varent und sitzend als wol gehorsam sein und die behalten als di purger.

³⁾ Gengler Stadtr. S. 236 ff.

⁴⁾ Wann unser fürstlich Gemüete allezeit billich betrachtet aller unser

zu beseitigen, so fährt er fort: haben wür gedacht, dass Niemandt das alles wol und aigentlich getun und fürkhommen möge, dann sy selber und haben dem Cammerer, dem Rathe und Bürgeren gemeinkhlich daselbst bevolhen, dass nach dem weisten für Handt zu nemmen und der sach nach Ihrem besten versteen miteinander ainig zu werdten, wie es hinfür darumb gestalt seyn und gehalten werden solle, als seje das auch gethann, und das in Artiklweise geschrieben, fürgetragen und fürgebracht haben, und uns fleissig angeruefft und gebetten, in solch Artikhel gesez und Ordnunge von fürstlicher Macht, und angeborner Güete genadiglich zu confirmiren und zu bestätten und sey auch dabey vestiglichen zu hanthaben, und zu beschirmen. Hierauf folgen die Artikel, welchen sich der Schluss dann folgendermassen anreihet: so haben Wür Ihn die obgeschriebenen Artichel, gesetz und Ordnungen alle genediglich bestätt und Confirmirt. Der Herzog drängt also nicht der Stadt ein von seinen Räten verfasstes Gesetz auf, sondern er lässt durch die städtischen Organe, welche die Bedürfnisse und Interessen des bürgerlichen Verkehrs in der Gemeinde am besten zu kennen in der Lage sind, Normen für die der Regelung bedürftigen Rechtsinstitute aufstellen. Man darf aber nicht annehmen, dass hier ein Statutenentwurf vorläge, der erst durch die herzogliche Bestätigung Gesetzeskraft erlangt hätte. Denn nachdem die städtischen Organe auf Befehl des Herzogs eine autonome Thätigkeit entfaltet haben, machte dieser Befehl eine nachträgliche Genehmigung jedenfalls überflüssig, wie eine solche in den oben erwähnten Fällen auch nicht konstatiert wird. Die Konfirmation wurde nur erbeten zur erhöhten Sicherheit, um bei der Wichtigkeit des Inhalts dieser Willkür dieselbe vor allen Anfechtungen zu schützen. Eine Verkümmderung des Autonomierechts trat für Landshut wie für andere landesherrliche Städte ¹⁾ seit dem 16. Jahr-

Unterthanen, unnd auch Gethreuen Nuz, und frummen, für zu wenden, unnd zu meren, Und darumb wür für Uns genommen haben soliche mangveldige grosse Stösse, Unwillen, und zwayungen, so oft gewesen ist in unser Statt zu L. zwischen Armen und Reichen, als von heurath, Erbschaft und wider Erbschaft wegen, unnd darumb wür von Ihu gemeinkhlich oft angeruefft und gebetten seint, solich Stoss, zwayungen helffen zu wenden und zu fürkhommen damit der Arm, als der Reich bey Rechten beleyben mügen (Ibid.)

¹⁾ Stobbe, Geschichte der Rechtsquellen II. S. 226.

hundert ein. Nicht nur wurden der Autonomie in materieller Beziehung engere Grenzen gezogen, so dass sie nur auf die polizeiliche Sphäre beschränkt ward¹⁾, sondern auch in diesem Kreise wurde die Abhängigkeit von den Landesherrn stets grösser, so dass auch einfache Polizeiverordnungen der genauen Prüfung des Landesfürsten und seiner Hofräte unterlagen und erst mit deren Genehmigung Rechtsgültigkeit erlangten²⁾.

Bei Ausübung des Autonomierechts zeigt sich in Landshut eine starke Beschränkung der Ratsgewalt durch Anteilnahme der Gemeinde und Zünfte bei Beratung und Beschliessung der städtischen Willküren. Nur vereinzelt wird der Rat allein als ermächtigt zur Erlassung autonomischer Satzungen bezeichnet.³⁾

Fast regelmässig wird aber im Eingange der autonomen Satzungen unter den bei ihrer Abfassung mitwirkenden Organen neben dem äusseren und inneren Rate die Zünfte, (wahrscheinlich nicht nur die Zunftmeister, sondern alle Zunftgenossen) und die Gemeinde aufgeführt.

Anfangs scheint die ganze Gemeinde zu dieser gesetzgeberischen Thätigkeit berufen worden zu sein.⁴⁾ Solange diese noch keine zu grosse Ausdehnung genommen hatte, war dies ja ohne zu grosse Schwierigkeit möglich. Erst seit Entstehung des äusseren Ratskollegiums tritt neben diesem eine Vertretung der Gemeinde aus etwa 2—300 Bürgern bestehend auf. Die Gemeinde resp. die 2—300

¹⁾ Die Maximilianische Gesetzgebung von 1616, welche für Ober- und Niederbayern Geltung hatte, erstreckte sich auf alle Rechtsmaterien (Vgl. Gengler, Quellengeschichte und System des im Kgr. Bayern geltenden Privatrechts. Erlangen 1846. S. 41 ff.), so dass die lokale Rechtsbildung fast ganz erstarren musste.

²⁾ Ein treffendes Beispiel für diese zunehmende Abhängigkeit bietet folgender Eingang einer 1543 bei Verbreitung der grausamen Krankheit der Pestilenz ergangenen Ordnung und Fürsorge in sterbenden Leuffen: „Mit Vorwissen, auch gnedig rathsamen zuelassen und ernstlichem Bevelch des Durchläuchtigen Hochgebohrnen unsers gnedigen Herrn und Landtfürsten Herzog Ludwigs in Bayern... sambt seiner Fürstl. Gnaden Hofmaister und Räthen (Gesch. der Stadt Landshut von Mehreren Landsh. 1835 S. 159).

³⁾ z. B. 1338 bei Gründung der Neustadt (Kalcher S. 36).

⁴⁾ z. B. 1334 sind die burger des rates und aller gemain der stat ze L... überain worden...; 1346 der rat und die gemain; 1347 sind die burger des rates und mit in alle gemain (Anh. L. II, IV, V, VI).

die Gemeinde repräsentierenden Bürger nahmen sogar einen ausschlaggebenden Anteil an der Gesetzgebung. Ihre Beschlüsse mussten nach einer Satzung aus dem Anfange des 15. Jahrhunderts Gesetzeskraft erlangen und durften weder durch entgegen stehende Beschlüsse des Rats noch der Zünfte abgeändert werden.¹⁾ Die die Anteilnahme der Bürger an der Autonomie bekundende Formel, welche die die Strafgewalt der Handwerker einschränkende Satzung von 1399 einleitet, kehrt mit kleinen Abweichungen stets wieder. Sie lautet:²⁾ 1399 mittwoch vor Michaeli sint meine herrn der inner und ausser rat und dazu der nechsten und der wägschten³⁾ bei drinhundert mannen zu rat worden. Mit Beginn des 15. Jahrhunderts kommen sodann noch die Zünfte zu den vorigen hinzu, z. B. anno 1403...⁴⁾ waren meine herren inner und ausser rat, die zünfft, darzu die wägsten und die pesten 200 man pey einander.⁵⁾ Aber nicht lange werden die Zünfte unter den zur Ausübung der Autonomie berufenen Organen besonders aufgeführt. Die Verfassungsänderung, welche nach Entdeckung des sog. Bürgeraufruhrs von 1410, wenn auch nur auf kurze Zeit, eingetreten war, scheint hier nachhaltig gewirkt zu haben. Wenn auch das generelle Verbot der Zünfte nicht aufrecht erhalten wurde, so sank doch ihre Bedeutung für das städtische Verfassungsleben, indem bei allen künftigen Willküren der Zünfte nicht mehr speciell gedacht wurde. — Auch die Anteilnahme der Bürgerschaft an der Ausübung der Gesetzgebung erlitt durch den Urfehdebrief, zu dessen Ausstellung sich die Bürgerschaft in Folge jenes unheilvollen Ereignisses von 1410 bequemen musste,⁶⁾ eine Beschränkung.

¹⁾ Was 100 oder 200 oder die Gemain gehabt und erfunden haben, daran soll der Rath nichts ändern, noch die Zünfte (Staudenraus I. S. 108).

²⁾ Stadtbuch f. 39 v.

³⁾ gewaege, waege = passend, tüchtig, gut. (Schmeller-Frommann, Bayerisches Wörterbuch. München 1877. II. S. 869.

⁴⁾ Anh. L. IX.

⁵⁾ An einem andern Tage desselben Jahres waren wieder m. herren inner und ausser rat und auch die zünfft und wol 100 man der wägsten und der pesten pei einander. (Stadtbuch f. 92); 1406 dieselben, nur 200 man der wägsten, der pesten (Stadtbuch f. 91 v).

⁶⁾ Stadtbuch f. 86: Wenn wir ain gemein von der stat notdurft wegen haben wellen oder bedürfent sein, so süllen wir nicht mer in ain gemain voder noch nemen dann hundert man, wer dann dem kammerer und dem rat diezeit dazu gevellt, den unser egenant herrschaft jürlich setzet.

Wenn von der Stadt Notdurft wegen die Berufung einer Gemeinde notwendig würde, sollten nicht mehr als 100 Mann, die Kamerer und Rat nach Gutdünken auswählten, zugezogen werden. Wünsche dagegen der Herzog die Berufung der Gemeinde, so hätte Kammerer und Rat je nach dem Befehle des Herzogs viele oder wenige vorzuladen. Wahrscheinlich haben stürmische Auftritte in solchen Gemeindeversammlungen, — unter der grossen Menge der Anwesenden dürften ja stets viel mit dem Stadtreghment Unzufriedene gewesen sein — den Plan die Zahl der Teilnehmer überhaupt zu vermindern zur Reife gebracht. Immerhin bleibt es beachtenswert, dass diese demokratische Einrichtung der Anteilnahme der Gemeinde so tief eingewurzelt war, dass nicht einmal der Grimm des Herzogs, der manche schöne Blüte der städtischen Selbstverwaltung, wenn auch nur auf kurze Zeit, geknickt hatte, es wagen durfte auch diesen lebenskräftigen Stamm dem Untergange zu weihen.

Seit diesem Ereignisse finden wir in der That, wenn eine Anzahl der anwesenden Gemeindemitglieder überhaupt aufgeführt ist, die Zahl 100 nicht überschritten;¹⁾ meistens wird neben den beiden Räten jetzt aber nur die *gemain*²⁾ oder eine *grosse*,³⁾ *erberge*,⁴⁾ *treffenliche*,⁵⁾ *merkliche*⁶⁾ *gemain* als anwesend verzeichnet.⁷⁾ Man ist daher wohl zu dem Schlusse berechtigt, dass die Gemeinde bald wieder in der alten Stärke von 2—300 Mann bei diesen legislatorischen Akten beteiligt war, denn sonst

¹⁾ Anh. L. XVI: anno 1424 sind mein herren baid räte und von der *gemain* der pesten wol bei hundert mannen überain und ze rat worden; Anh. L. XVIII: anno 1431 mein herren räte und von der *gemain* der pesten bei hundert mannen ze rat worden.

²⁾ Anh. L. XII n. 4: 1453 mein herrn rat und *gemain*; Anh. L. XVIII n. 2 — 1431 mein herren vom rate und ain *gemain*.

³⁾ Anh. L. XVII n. 2: 1430 mein herren baid räte, ain *grosse gemain*; Anh. L. XVIII n. 3: 1431 mein herren und ain *grosse gemain*.

⁴⁾ Anh. L. VIII: 1419 meine herren inner und ausser rat und ain *erberge gemain*.

⁵⁾ Anh. L. XIII n. 4: 1465 sind m. h. inn. und auss. rate der stat L. und ain *treffenliche gemain* ze rat und überain worden.

⁶⁾ Anh. L. XII n. 6: 1453 m. h. rat und ain *merkliche gemain*.

⁷⁾ 1425 heisst es sodann einmal: Anh. L. VI n. 2: von m. h. baiden räten und den pesten von der *gemain*.

hätte von einer grossen etc. Gemeinde nicht gesprochen werden können, während anderseits bei der stets steigenden Bürgerzahl nicht die Gemeinde in ihrer Gesamtheit hier als aktiv angenommen werden darf.

Im 16. Jahrhundert verschwand mit der sinkenden Selbständigkeit der Stadt auch diese beschliessende und gesetzgebende Gemeindeversammlung, die sich in Landshut viel länger als in andern bairischen Städten erhalten hatte.¹⁾ Jetzt wurden nur 12 Abgeordnete aus der Gemeinde als deren Vertreter in ausserordentlichen Fällen in den Rat berufen, dessen beide Kollegien nach wie vor aus 12 Mitgliedern gebildet waren.²⁾ Vergegenwärtigen wir uns nun noch, dass zur Ausübung dieser eben besprochenen wie anderer politischen Rechte von allen Stadtbewohnern nur die Bürger berechtigt waren, so leitet uns dies zu einer kurzen Darlegung der Rechtsverhältnisse der Bürger bzw. der Gemeinde.

4. Die Bürgerschaft.

Politisch vollberechtigt waren von allen Einwohnern der Stadt nur die Bürger im Gegensatze zu den Schutzverwandten und Hinterlassenen, die sich nur des städtischen Schutzes erfreuten. Die Ausübung dieser politischen Rechte, die Anteilnahme am Stadtregentum, war jedoch an gewisse Voraussetzungen geknüpft. Nur derjenige Bürger konnte zum Mitgliede des Stadtrats erwählt werden oder seine Stimme in der Gemeindeversammlung, resp. unter den 200 abgeben, der mindestens einen 10jährigen Aufenthalt in der Stadt nachweisen konnte und in diesem Zeitraume seinen Bürgerpflichten entsprochen, d. h. mit der Stadt gewacht und gesteuert hatte.³⁾ Dieses Korrelat von Recht und Pflicht ist das Fundament, auf welchem die Verfassung des städtischen Gemeinwesens aufgebaut war. Einen prägnanten Ausdruck findet dieser Grundsatz in dem Privileg Kaiser Ludwigs:⁴⁾ Wir setzen und wellen och, swer mit der Stat ze Lantzhuß arbeit, swie der genant ist, daz der och mit in Stiwrn und wachten soll.

¹⁾ Heigel Einl. S. 252.

²⁾ Staudenraus II. S. 104.

³⁾ Staudenraus I. S. 107.

⁴⁾ 6. Januar 1341 bei Kalcher S. 45.

Die Aufnahme in die Gemeinde erfolgt durch die Erwerbung des Bürgerrechts, zu dessen Erteilung noch bei Gründung der Neustadt Richter und Rat, später wohl letzterer allein gegen Erlegung der vorgeschriebenen Gebühr berechtigt war.¹⁾ Die Namen der neu aufgenommenen Bürger wurden in das Stadtbuch eingeschrieben.²⁾

Bei diesen Eintragungen wurden zugleich die Namen erjeniger Personen, welche der Aufgenommene als Bürgen für eine bestimmte Summe bestellte, notiert z. B. 1364 Dietrich von Palding hat vergwizzt 5 G S mit dem P. und O. v. J. Für was diese Bürgschaft bestellt werden musste, lässt sich aus dem kurzen Eintrag nicht entnehmen. Wahrscheinlich sollte durch die Bürgen der Gemeinde die richtige Bezahlung der Steuer der Aufgenommenen garantiert werden.³⁾

Der Aufgenommene legte das Gelöbniß ab ohne Genehmigung des Rats nicht auszuwandern.⁴⁾ Durch die Auswanderung ging das Bürgerrecht verloren und bei einer etwaigen Zurückwanderung in die Stadt war der Rückkehrende verpflichtet das Bürgerrecht von neuem zu erwerben.⁵⁾

Auch Bürgerswitwen mussten dem Rate das Gelöbniß ablegen mit ihren Kindern nicht aus der Stadt auszuwandern und sich nicht ohne Genehmigung des Rats nach auswärts zu verheiraten. Für Bruch dieses Gelöbnisses wurde die Zahlung einer

¹⁾ und sol von den Purgern Purchrecht gewinnen umb 24 S Reg., von welchen dem Richter 6, dem Rat 16 und dem Schergen 2 S zu fielen (Kalcher S. 35.)

²⁾ und sol der selb der unser Purger in der freyung wirt an geschriben werden (Ibid). An verschiedenen Stellen des Stadtbuchs sind solche Bürgeraufnahmen verzeichnet, z. B. f. 80 (hic subnotantur novi cives anni 1364).

³⁾ Eine solche Bürgschaft wurde in vielen Städten oft auch für den Besitz eines bestimmten Vermögens des neuen Bürgers gefordert. (Maurer, Gesch. d. Städteverf. II. S. 753 f.)

⁴⁾ und sol auch verhaizzen, das er uns und auch den Purgern unenpfarn sei di zehen Jar und auch nach den zehen Jaren ewichleichen und an urlaub der zwelifer, di unsers Rates ze L. pflegent, icht aus var (Ibid.).

⁵⁾ Die Ratschronik (ed. Heigel S. 330) meldet beim Jahre 1491: S. Patzinger hat ... wurt Pfleger zu Issereck, nachdem er wider gen Lanndshuet, wolt er sich der Burger- und Schenkrecht wider gebrauchen, hat man im auf Bitt das Schenkrecht vergundt, das Burgerrecht aber muest er wider kaufen.

grösseren Pönalsumme stipuliert, für deren Entrichtung Bürgen bestellt werden mussten.¹⁾

Mit der Erwerbung des Bürgerrechts war der Bürger erst in die städtische Friedens- und Rechtsgenossenschaft aufgenommen; erst jetzt konnte er sich des Genusses der städtischen Grundrechte erfreuen: „und für daz er purchrecht gewinnet, so sol in fürbas nieman betrüben an seinem leib und an seinem Gût swaz er sei als lieb im unser Huld sei“ sagt Herzog Heinrich in dem bei der Gründung der Neustadt 1338 ausgestellten Privileg.²⁾ Das Stadtrecht von 1279 hatte schon einen Kreis solcher Freiheitsrechte der Bürger statuiert z. B. Schutz vor Pfändung und andern Belästigungen³⁾ ohne richterliche Genehmigung, Begründung des ausschliesslichen Gerichtsstandes wegen aller Delikte vor dem Landshuter Stadtgerichte,⁴⁾ Einschränkung der Zulässigkeit der Untersuchungshaft des grundbesitzenden Bürgers auf Kapitalverbrechen.⁵⁾

Ausser diesem weitgehenden Schutze, dessen sich der Bürger erfreute, genoss er auch eine Reihe von politischen Rechten, indem er zur Teilnahme an der städtischen Selbstverwaltung berufen, im Stadtgerichte an der Rechtssprechung, in der Gemeindeversammlung oder durch das Vertrauen der Mitbürger in den Stadtrat gewählt, bei der Regierung des städtischen Gemeinwesens mitwirken durfte.⁶⁾

Die beiden vorzüglichsten öffentlichen Pflichten⁷⁾ der Bürger, welche diesen Rechten entsprachen, wurden bereits als die Grund-

¹⁾ Einen Beleg bietet folgender Stadtbuchseintrag (f. LIV v): 1366 ... hat den Satlerin meinen herrn verhaizzen und versprochen, daz si und ire kint der stat sullen unenpfaren sein und sol auch si mit ir selbes leib noch irer kint sich nindert verheiraten auzzerhalb der stat weder inner lantz noch ausser lantz an meiner herren rat ze L. und ob si ez darüber tät mit ir selben und mit iren chindern, so habent sich hinz in verfallen und hinz ir hab 400 fl. darumb sind porgen H. der Potzner, Fridr. der Astoler, O. der Steppeck und Lienh. der Frickendorffer.

²⁾ Kalcher S. 35.

³⁾ § 1 (Gengler Stadtr. S. 233).

⁴⁾ § 5.

⁵⁾ § 7.

⁶⁾ Vgl. Gierke II. S. 695.

⁷⁾ Auch in andern Städten werden die Pflichten zur Wacht und zur Bezahlung des Schosses als allgemeine Bürgerobliegenheiten erwähnt. (Vgl. Frensdorff a. a. O. S. 196.)

lagen des Bürgerrechts hervorgehoben. Mit seinem Körper und mit seinem Vermögen ist jeder Bürger der Stadt nach besten Kräften zu dienen verpflichtet. Diese Wehrpflicht begreift in sich sowohl den Dienst zur Verteidigung der Stadt, zur Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung im Innern, als die Kriegshülfe,¹⁾ welche dem Stadtherrn, dem Herzoge seitens der Stadt geleistet ward, zu deren Erfüllung jeder einzelne Bürger mitwirken musste.²⁾

In welcher Weise die Bürger zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse mit ihrem Vermögen herangezogen wurden, ist oben erörtert worden. Der Bürgerstand war in Landshut einheitlich ausgebildet; einen Unterschied in der politischen Berechtigung gab es unter den Bürgern selbst nicht und schon frühe sahen wir Handwerker mit der Ratswürde geschmückt, wie ja auch die Zünfte selbst in ihrer Anteilnahme an der Gesetzgebung besonders hervortreten.

Den Bürgern standen gegenüber die Gäste, Fremde, welche nur vorübergehenden Aufenthalt in der Stadt nahmen. Ihre Rechtsstellung war nur in manchen Beziehungen eine schlechtere, als die der Bürger, doch konnten sie natürlich politische Rechte nicht beanspruchen.

Von den Bürgern sind noch zu scheiden die Juden, welchen das Bürgerrecht verschlossen war³⁾.

Nach dem citierten Ausspruche Aventins⁴⁾, der auch mit andern Quellenzeugnissen übereinstimmt⁵⁾, streckten Juden dem

¹⁾ Es ist hier an den ruhmvollen Sieg bei Gammelsdorf zu erinnern, den auch die Bürger Landshuts zu erkämpfen halfen, wie sie sich auch der reichen Beute, welche die österreichischen Heerwagen boten, bemächtigten (Riezler II. S. 301).

²⁾ Die Herzoge Stephan der Aeltere, Stephan der Jüngere, Friedrich und Johann versprachen am 17. Mai 1364 urkundlich, dass sie die Stadt zu keiner Heerfahrt aufbieten wollten, ohne vorherige Zustimmung ihres Rats und der Landstände (Kalcher S. 73).

³⁾ Gotthelf, Historisch-dogmatische Darstellung der rechtlichen Stellung der Juden in Bayern. München 1851. S. 44.

⁴⁾ S. 18.

⁵⁾ Auch Arnpeck bestätigt dies. Heigel (Einl. S. 249) folgert aus dem Umstande, dass die Judengasse in ältester Zeit unmittelbar an den Schlossberg anstieß, von wo aus die Stadt sich allmählich erweiterte, eine frühe Niederlassung der Juden in der Stadt.

Herzog Otto Gelder zur Erbauung der Burg vor, weshalb sie auch alsbald hier Aufnahme gefunden hatten. Sie bewohnten eine eigene Strasse, die Judengasse und lebten so abgeschlossen von den übrigen Stadtbewohnern.

In Baiern war somit das Recht der Judenaufnahme und des Judenschutzes, welches sich zu einem kaiserlichen Regal ausgebildet und erst in der goldenen Bulle den Kurfürsten verliehen worden war ¹⁾, schon Ende des 12. oder Anfangs des 13. Jahrhunderts in den Händen des Herzogs, ohne dass ihm durch ein specielles Privileg dieses Regal verliehen worden wäre. Die Juden standen im Schutze der Herzoge und genossen den Schutz für ihre Person, für ihr Eigentum und für ihre Rechte ²⁾, wie sie auch in dem 1352 zu Landshut von den Herzogen Stephan, Albrecht und Wilhelm errichteten Landfrieden in diesen gleich den Christen aufgenommen wurden ³⁾. Für den Inhaber des Judenschutzrechts ergab sich das Recht, die Juden zu verpfänden, ohne dass deshalb auf ein Leibeigenenverhältnis geschlossen werden dürfte, denn nicht der Jude als Einzelwesen, sondern nur die Gesamtheit der Judenschaft eines Landes, also die aus dem Schutze sich ergebende Einnahmequelle bildete den Gegenstand der Verpfändung, wie ja auch selbst Städte einer solchen Verpfändung unterstellt wurden. Eine Verpfändung der Juden zu Landshut wird aus dem Jahre 1344 berichtet, in welchem sie Herzog Stephan dem Landshuter Vitztum Albrecht Staudach für eine Schuld von 600 fl. und für die Kost, die der Herzog in der Fastnacht verzehrte, verpfändet hatte ⁴⁾.

In Bezug auf die Jurisdiktion der Juden und ihre Stellung im Prozesse werden in Landshut einige Bestimmungen erlassen, welche im folgenden Abschnitte dargestellt werden. Dagegen finden sich keine materiellrechtlichen Normen, sowie keine Be-

¹⁾ Vgl. Stobbe, Die Juden in Deutschland während des Mittelalters. Braunschweig 1866. S. 19, 25.

²⁾ Gotthelf S. 36.

³⁾ a. 16. Es sullen auch in disem land frid sein ... und dar tzu Jüden und Cristen, wi die genant sind, die ietzu in unserm land sedelhaft sind oder noch darin sedelhaft werdent (Q. und Er. VI p. 425).

⁴⁾ Gotthelf S. 31 f.

stimmung über ihre Gemeindeverfassung, welche irgend eine bemerkenswerte Besonderheit darböten¹⁾).

Die Lage der Juden war im wesentlichen abhängig von der Gesinnung, welche der Schutzherr, in dessen Hand ihr Schicksal lag, ihnen entgegenbrachte. Herzog Heinrich schenkte ihnen seine Gunst²⁾, welcher er nicht nur durch Erteilung einiger Privilegien Ausdruck verlieh³⁾. Und wenn auch die Rücksicht auf materielle Vorteile ihn in seiner Handlungsweise beeinflusst haben mag, so überrascht es doch, wie Heigel⁴⁾ richtig hervorhebt, in seinen Verordnungen den Ausdruck von Humanitätsprinzipien zu finden, welche andern zeitgenössischen Verordnungen vollständig fremd waren. So befiehlt er 1444, dass jeder, der von seinem Kammermeister zu Recht gefordert würde, füran gehorsam und willig sein soll, damit Cristen und Juden daselbs fürderliche gleiche und endliche recht ergeen und folgen.

Gegen den leidenschaftlichen Hass des Volkes nahm er sie energisch in Schutz. Als dieses, fanatisiert durch die Predigten eines Mönches, 1449 sich weigerte ihnen Fleisch zu verkaufen, sie zum Baden zuzulassen und als man ihnen bei Klagen gegen ihre Schuldner das Recht verweigerte⁵⁾, verweigerte der Herzog die Einsetzung des Stadtrats insolange, bis Abhülfe gegen diese Beschwerden geschafft worden wäre. Der Prediger wurde auf des Herzogs Befehl aus der Stadt verwiesen.

Kaum hatte Herzog Heinrich die Augen geschlossen,⁶⁾ als sein Sohn Ludwig der Reiche kurz nach seinem Regierungsantritte, am 5. Oktober 1450 sämtliche Juden der Stadt gefangen nehmen

¹⁾ Ueber den Verkauf des jüdisch-rituell geschlachteten Fleisches enthalten P. V. 1256 (a. 12) und spätere autonome Satzung Vorschriften (Staudenraus I. S. 80).

²⁾ Kluckhohn, Ludwig der Reiche. Nördlingen 1865. S. 36.

³⁾ z. B. 1413 erliess er billige Vorschriften wegen der Steuer der Juden (Regesta Bavarica XII. S. 146); 1417 bestätigte er den Juden das Gerichts- und Prozessprivileg seines Vaters, erliess 1426 neue Anordnungen zum Schutze ihrer Rechte an seine Beamten (Reg. Bav. XII. S. 243; XIII. S. 78).

⁴⁾ a. a. O. S. 296.

⁵⁾ Kluckhohn a. a. O.; vgl. auch den Bericht der Ratschronik (ed. Heigel S. 296.)

⁶⁾ Am 29. Juli war Heinrich gestorben.

liess und sie nach vierwöchentlicher Gefangenschaft aus dem Lande¹⁾ vertrieb.²⁾ Von ihrer Habe eignete sich der Herzog nur Geld und Pretiosen an, während die Hausgeräte ihnen wieder zugestellt wurden.

Gleichzeitig wurden die Forderungen der Juden gegen die herzoglichen Räte und Hofdiener annulliert, die Schuldurkunden den Ausstellern zurückgegeben und wurde ausgesprochen, dass alle übrigen Schuldner der Juden diesem nur das Hauptkapital zurückzuzahlen brauchten und von diesen alle schon früher bezahlten Zinsen in Abzug bringen durften,³⁾ was in vielen Fällen eine vollständige Tilgung der Schuld bedeutete.⁴⁾

II. Die Gerichtsverfassung.

1. Die Gerichtsbarkeit des Stadtrats.

Schon bei seinem ersten Auftreten in Landshut erscheint der Stadtrat mit den Funktionen der Rechtsprechung betraut. In zweifacher Beziehung konnte der Stadtrat eine richterliche Thätigkeit ausüben. Entweder war ihm eine ausschliessliche Jurisdiktionsgewalt eingeräumt, so dass er als einzige Instanz zu entscheiden berufen war, oder er hatte als Gericht höherer Instanz die Urteile des Stadtrichters zu verbessern resp. zu bestätigen.

An der allgemeinen Rechtssprechung, welche durch das Stadtgericht ausgeübt ward, nahmen die Ratsmitglieder in der Eigenschaft als Urteelfinder Teil. Diese Pflicht als Urteelfinder im Stadt-

¹⁾ Die Juden des ganzen Landes mussten dem Herzoge 30,000 Gulden zahlen, wie die Ratschronik berichtet (ed. Heigel S. 300), welche sich über die Vorgänge bei der Judenvertreibung ausführlich verbreitet.

²⁾ Der Ratschronist, welcher mit der Judenaustreibung des Herzogs sympathisierte, berichtet über diese ausführlich (ibid.).

³⁾ Vgl. Kluckhohn S. 42.

⁴⁾ Solche Schuldenerlasse wurden aus der Kammerknechtschaft der Juden gerechtfertigt. Diese seien dem Kaiser mit Leib und Gut verfallen, über welches er oder derjenige, dem er das Judenregal abtrat, nach Gutdünken verfügen könne. Vgl. Stobbe a. a. O. S. 133 ff.

gerichte zu fungiren war jedoch nicht auf die Stadträte beschränkt, sondern die Gerichtspflicht lag allen Bürgern ob. Diese bildeten den Gerichtsumstand und waren bei Meidung einer Strafe zum Erscheinen vor Gericht und zur Betheiligung bei der Urtheilsfindung verpflichtet. Die Gerichtsordnung Herzog Heinrichs des Reichen für die Städte und Märkte Niederbaierns,¹⁾ deren Abfassungszeit etwa in die Mitte des 15. Jahrhunderts fällt, sanktioniert, indem sie dies ausspricht, nur den seit langer Zeit bestehenden Rechtszustand, auch wenn sie namentlich die Dingpflicht des Stadtrats hervorhebt.²⁾ Diese Dingpflicht des Stadtrats ist aber keine spezifisch verschiedene von der aller übrigen Bürger. Ein fest abgeschlossener Kreis von Schöffen war hier nicht vorhanden. In den einzelnen Gerichtsbriefen werden deshalb nur die hervorragendsten und angesehensten der Bürger, welche das betreffende Urteil gefunden haben, aufgeführt. Wenn also unter diesen an erster Stelle Kammerer und Räte aus dem Gerichtsumstand genannt werden, daneben aber ausdrücklich die Namen anderer bei der Gerichtsverhandlung anwesender Bürger verzeichnet werden, so kann hieraus nicht gefolgert werden, dass es sich in concreto um eine zur Kompetenz des Stadtrats gehörige Rechtsache gehandelt habe.

Nicht anders verhält es sich, wenn es beispielsweise in einem Urfehdebrief von 1328 heisst „vor offenem gericht, da her Nycla der Schiltperger, der richter zu Lantshüt, an dem rehten saz und da die zwelif, die dez ratz ze L. phlegent, und manich biderb man von der gemain an der schrann saz.“³⁾ Die gerichtliche Thätigkeit des Stadtrats hebt sich auch hier durchaus nicht eigentümlich von der aller andern Bürger ab.⁴⁾ Es steht daher fest, dass der

¹⁾ Der Kürze halber künftig nur als Stadtgerichtsordnung citiert.

²⁾ Anh. Landsh. XVIII n. 10: So sullen alle burger in steten und märkten, wann recht sein soll, furderlichen zu dem rechten gen und sunder der rate. und wär oder welich des nit taten, die sol man darumb hertiglich strafen und sol solich strafe kainem, er sei reich oder arm vertragen, sovil dan darauf gesetzt wirdet.

³⁾ Heigel. Einl. S. 251.

⁴⁾ So werden z. B. in einem Gerichtsbriefe von 1424 (R. Archiv Urk. Landsh. Fasc. 9) als bei dem Rechten gesessen (unter dem Vorsitze des Unterrichters) angeführt Kammerer, 7 Ratsmitglieder, 2 Fürsprecher und andere fromme Leute. Der Rat erscheint also keineswegs als vollzähliges Kollegium.

Stadtrat in Landshut nicht mit einem Schöffenkollegium zusammenfällt, wie er sich auch nicht aus einem solchen herausgebildet hat. Für die Gerichtsgewalt des Stadtrats lassen sich aus der Verpflichtung seiner einzelnen Mitglieder, als Urteilsfinder im Stadtgerichte thätig zu sein, keinerlei Schlüsse ziehen. Nur das negative Ergebnis lässt sich feststellen, dass diejenigen Bürger, welche Mitglieder des Rats waren, durch diese ihre Amtsstellung nicht von der allgemeinen Bürgerpflicht des Urteilsfindens im Stadtgerichte befreit waren. —

Die ausschliessliche Gerichtsbarkeit des Stadtrats war schon im Stadtrechte von 1279 für einige Rechtssachen anerkannt. Hier kann natürlich im Gegensatze zu der eben erwähnten allgemeinen Dingpflicht der Stadtratsmitglieder von einer Jurisdiktion des Stadtrats gesprochen werden. Die Rechtssachen, auf welche sich die ausschliessliche Kompetenz des Stadtrats bezieht, stehen im mittelbaren oder unmittelbaren Zusammenhange mit den Freiheitsrechten der Bürger. So, wenn der Stadtrat und nicht der Stadtrichter über die Zulässigkeit der Verhängung der Untersuchungshaft über einen Bürger, der Hauseigentümer war, Entscheidung zu treffen hatte.¹⁾ Obwohl die Voraussetzungen der Zulässigkeit der Untersuchungshaft genau bestimmt waren, hatte man doch nur dem Stadtrat die Entscheidung über das Vorhandensein dieser gesetzlichen Voraussetzungen anvertraut, da der Stadtrat vorzugsweise zum Schutze der den Bürgern eingeräumten Privilegien berufen erschien. Hiermit in Verbindung steht die Pflicht des Stadtrats, Eigenleute von Edlen, Unedlen und Gotteshäusern vor jeder Gewaltthat im städtischen Burgfrieden zu schützen und die ihm ausschliesslich zustehende Befugnis, deren Dienste und Leistungen ihrem Umfange nach zu fixieren.²⁾ Die Unstatthaftigkeit einer

¹⁾ Stadtrecht 1279 § 7 (G engler Stadtr. 234): Iudex etiam nullum scilicet civem detinebit, qui mansionem propriam habet, nisi poenam meruerit capitalem, si mansio valeat poenam pro maleficio debitam et condignam.

²⁾ Stadtrecht 1279 § 4: Item quicumque servilis conditionis cujuscunq̄e ad quemcunq̄e nobilem vel ignobilem vel quamcunq̄e ecclesiam servitutis titulo pertineat, nullas violentias patiatur, nec praestationibus realibus vel personalibus subjaceat, nisi secundum quod a civibus rectoribus civitatis fuerit amore vel justitia praevia definitum.

willkürlichen zwangsweisen Erhöhung der den Eigen-, Vogt- und Zinsleuten von Alters her obgelegenen Leistungen¹⁾ bildete nämlich den Ausgangspunkt jener Entwicklung im städtischen Rechtsleben, welche in der Parömie „Luft macht frei“ ihren Ausdruck fand, wonach also der Aufenthalt innerhalb der städtischen Ringmauern allein die persönliche Freiheit begründete.

Ein Zusammenhang zwischen der Gerichtsbarkeit des Stadtrats und seiner Gesetzgebungsgewalt lässt sich nicht verkennen. Dieser zeigt sich darin, dass gerade bezüglich der Materien, welche durch autonome Satzungen eine lebhaftere Fortbildung erhielten, wie die Gebiete des Ehe- und Erbrechts, die Jurisdiktion des Stadtrats als ausschliessliche anerkannt wird. Ein Rats- und Gemeindebeschluss von 1403 erklärt so den Stadtrat für allein kompetent zur Entscheidung aller Streitigkeiten auf diesen Gebieten, soweit solche gesetzlich geregelt und die betreffenden Bestimmungen durch Eintragung in das Stadtbuch integrierender Bestandteil des Stadtrechts geworden sind. — „Ob was todgeschäfft, heirat und der stat recht antrift oder von toden leuten herget, das gehört für meine herren in iren rat, die sullen das richten.“²⁾ Die hierauf erlassenen stadträtlichen Erkenntnisse sind inappellabel. Ein Dingen zum herzoglichen Hofgerichte wird in solchen Fällen als schwerer Eingriff in die städtischen Freiheitsrechte betrachtet — und darüber soll niemat verrer dingen, wann ez pei meinen herren beleiben sol. wer ez darüber tät, der tät wider der stat ere und recht³⁾. Im Anschlusse hieran erklärt der Rechtsbrief Herzog Heinrichs des Reichen von 1423, das sog. Erbrechtsprivileg, den Stadtrat allein für befugt zur Entscheidung aller auf Testaments- oder Intestaterbrecht gestützten Ansprüche auf den Nachlass eines Verstorbenen⁴⁾. Die ausschliessliche Jurisdiktion des Stadtrats wird

¹⁾ Gengler, Deutsche Stadtrechts-Alterthümer. Erlangen 1882. (Excurs V: Luft macht frei). S. 408, 411.

²⁾ Anh. L. IX.

³⁾ a. a. O.

⁴⁾ § 13 (Gengler Stadtr. S. 239): Item wär auch, dass ain Mann oder ain Frau hie zu L. mit todt abgiengen, und khämen dann der Khündt Erben, oder Freundt, und nach dem Guet sprächen, es wär von Geschäft oder Erbschaft wegen, die sollen dann darumb entricht werden von den zwelfen, die

wiederum scharf betont, indem ihm die Macht eingeräumt wird, die gegen derartige Entscheidungen Ungehorsamen an Leib und Gut zu strafen. Während der Rat angewiesen wird in diesen Fällen die Artikel des Privilegs seiner Entscheidung zu Grunde zu legen, wird er ausdrücklich für zuständig erklärt in den Streitigkeiten — es war von Heurath, Geschäft oder Erbschaft, welche zu einer zweifelhaften Interpretation von Rechtssätzen des Privilegs Anlass bieten oder wenn der Thatbestand des vorliegenden Rechtsstreites unter keine Bestimmung des Privilegs subsumiert werden kann, eine Norm für den konkreten Rechtsfall aufzustellen ¹⁾).

Der Stadtrat hatte also hier, was ja früher ganz allgemein als Aufgabe der Schöffen galt, das Recht zu finden. Nach seinem Rechtsbewusstsein ergänzt der Stadtrat die Lücke der Gesetzgebung, indem er ausspricht, was in concreto Rechtens sein soll. Das Privileg stellt zugleich die Unfähigkeit der mit einer Partei verwandten Ratsmitglieder fest in einer solchen Sache zu fungieren. Den Ratsmitgliedern liegt die Pflicht ob bei Existenz eines solchen Verwandtschaftsverhältnisses sich der Ausübung ihrer Funktionen zu enthalten; es bedarf also nicht erst einer Ablehnung durch die Partei. Damit aber die Vollzähligkeit des innern Rats, dessen Zuständigkeit hier gegeben war ²⁾, nicht gestört wird, muss für jedes in dem einzelnen Falle funktionsunfähige (innere) Ratsmitglied ein Mitglied des äussern Rats als Stellvertreter zur Entscheidung zugezogen werden ³⁾.

dann die Zeit des Rhats seint, in vorgeschrieben Maass, und die sollen das auch nicht feerwaigern. Wer aber dess nicht gehorsamb wäre, den haben die zwelf des Rhats darumb zu strafen, an Leib und an Gueth.

¹⁾ § 14 (Gengler Stadtr. S. 239): Item auch ist sonderlich zu merken, ob das wär, dass ain Artikel, oder mehr, Es war von Heurath, Geschäft, oder Erbschaft wegen nach datum dieses Briefs fürbass zu krieg wurden, und fürkhammen, die in dem Brief nicht verschrieben oder begriffen wären, die sollen dann vor den zwelfen des Rhats entrichtet werden.

²⁾ Wo nicht ausdrücklich der äussere Rat genannt ist, wird unter Stadtrat in der Darstellung der innere Rat verstanden.

³⁾ § 14 (Gengler Stadtr. S. 239): Wäre aber, dass dieselben unter den zwelfen Freundt hielten, dieselben Freundt die die Sachen antreffen, zu baiden Thailen, sollen aus dem Rhat gehen, und die sollen dann von dem äusseren Rhate wiedererstatt werden, damit sye doch entricht sind.

Diese Jurisdiction, verbunden mit der geschilderten freien Anordnungsbefugnis leitet von selbst über auf die freiwillige Gerichtsbarkeit, für deren Ausübung dem Stadtrate ein weites Feld erschlossen war. Das Gebiet der Verlassenschaftsbehandlung war es, welches Kaiser Ludwig durch ein Privileg von 1341 in ausgedehntem Masse dem Stadtrate überwies, indem er diesem die Befugnis zuerkannte den Nachlass derjenigen ohne Hinterlassung direkter Erben verstorbener Personen, welche nicht letztwillig über ihr Vermögen verfügt hatten¹⁾, unter ihre Verwandten zu verteilen. Diese Vorschrift des kaiserlichen Privilegs steht nicht zusammenhangslos da; sie fusst auf einer Satzung von 1333, in welcher dem Stadtrate die Ueberwachung der von Bürgern errichteten Testamente anvertraut wurde mit dem Rechte unbillige Bestimmungen abzuändern — es wär dann, daz es die zwelif des rates, die alle der stat recht besorgent nicht billich däuhte²⁾. Auf diese sowie auf andere in diese Kategorie der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschlagenden Funktionen des Rats wird bei Erörterung des Erbrechts näher einzugehen sein. Erinnerung darf hier noch daran werden, dass der Rat auf Antrag der Beteiligten auch eine Inventarisierung des Vermögens solcher Personen, welche auf dem Todenbette lagen, anordnen konnte³⁾. Nicht immer musste der ganze Stadtrat bei der Behandlung eines Nachlasses Verstorbener handeln, es genügte manchmal die Thätigkeit einiger vom Rate delegierter Mitglieder. Eine Besitzergreifung des Nachlasses durfte von Niemand ohne Zuziehung zweier Rathsherrn erfolgen. Den Übertretern konnte der Rat eine arbiträre Strafe auferlegen⁴⁾.

Ein Zweiggebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit nahm die Thätigkeit des Stadtrats in hohem Masse in Anspruch, nämlich das Vormundschaftswesen. Der Stadtrat fungierte als Obervormundschaftsbehörde und ihm fiel daher die Aufgabe zu nach dem Tode eines Ehemannes sowohl für dessen Witwe als für die

¹⁾ Kalcher S. 46: Verfüren si aber angescheft und an Erben, so sol ir hab auf ir fründ erben und getailt werden nach der zwelfer rat, die dan dez Ratz ze L. phlegent.

²⁾ Denselben Grundsatz spricht aus eine Willkür von 1347. Vergl. Anh. L. V n. 2.

³⁾ Anh. L. XVII n. 1.

⁴⁾ Erbrechtsprivileg 1423 § 12 (Gengler Stadtr. S. 239).

hinterlassenen Kinder Pfleger zu bestellen. Alle wichtigen Rechtsakte der Pflegbefohlenen bedurften zu ihrer Gültigkeit entweder der Zustimmung des Vormunds oder der Obervormundschaftsbehörde. „Swas dann die frau oder die kint mit heirat, mit ir leib oder mit ir gut an der pfleger rat . . oder an der zwelifer rat tät oder täten, daz sol nicht chraft haben.“ Aber die Ungültigkeit einer solchen ohne vormundschaftlichen Konsens vorgenommenen Handlung war nicht der einzige Rechtsnachteil, sondern die Uebertreter werden ausserdem noch mit Leibesstrafe und Geldbusse bedroht.

Der Stadtrat war bei Auswahl der zur Uebernahme von Vormundschaften geeigneten Personen nicht unbeschränkt. Nur Bürger, welche in der Stadt ihren Wohnsitz haben und zu Steuer und Wachtdiensten verpflichtet sind, durften für Witwen und Waisen als Pfleger bestellt werden, während Vitztum und Richter nach einem alten Herkommen von der Uebernahme einer Vormundschaft befreit waren ¹⁾.

Selbstverständlich nahm unter den Akten der sog. freiwilligen Gerichtsbarkeit auch die Auflassung von Immobilien vor dem Rate eine Stelle ein. Der Zweck diesem Eigentumsübertragungsakte eine möglichst grosse Publicität zu verschaffen, den Erwerber vor allen Ansprüchen Dritter sicher zu stellen, wurde, nachdem eine Auflassung im echten Ding nicht mehr möglich war, am besten erreicht, wenn durch das Zeugnis der 12 angesehensten Bürger ²⁾ und als solche sind doch die Mitglieder des Rats zu betrachten, vor welchen die Uebertragung sich vollzogen hatte, ihre Unanfechtbarkeit gewährleistet wurde. Eigentümlich ist, dass nach dem Landshuter Rechte neben der Mitwirkung des Richters bei solchen Rechtsgeschäften eine solche des Rats erforderlich war. Nur ganz vereinzelt ist in deutschen Städten für die Auflassung die Thätigkeit des Richters und des Rats notwendig. Gewöhnlich wurde in diesem Falle die Auflassung von dem Stadtrate in das Stadtbuch eingetragen ³⁾. Dieses Zusammenwirken von Richter und Rat ergibt sich aus folgendem Stadtbucheintrage ⁴⁾:

¹⁾ Anh. L. IV.

²⁾ Stobbe, die Auflassung des deutschen Rechts in Iherings Jahrb. f. Dogmatik XII. (1872) S. 187.

³⁾ z. B. in Bremen und Prag. Vgl. Homeyer, Stadtbücher S. 39.

⁴⁾ f. XLIV.

Ez ist ze merken, daz der Vorster in der Neunstat sein halbs haus recht und redlichen gegeben hat dem Leb Ansorgen und daz hat er und sein kint aufgegeben und mit dem richter dem Leb Ansorgen bestätt alz der stat recht ist vor meinen herrn in irem rat und hat auch der Vorster meinen herren gehaizzen, daz er dannoch seinem kind .. übrig und lazz, so er maist mög, an allez gevar.

Wie man sich die Mitwirkung des Richters bei dem Rechtsakte zu denken hat, geht aus dem Eintrage nicht deutlich hervor.

Der Hergang dürfte etwa folgender gewesen sein. Zuerst wurde der Veräußerungsvertrag zwischen dem Veräußerer und dem Erwerber abgeschlossen. Die Auflassung reihte sich sodann in der Weise an, dass der Veräußerer dem Richter das halbe Haus aufgab und dieser es erst dem Erwerber übertrug.¹⁾ Dies ist zwar nicht ganz deutlich in den Worten: „daz hat er . . . aufgegeben und mit dem richter dem A. bestätt“ ausgedrückt, aber dieser ganze Stadtbuchseintrag ist ziemlich kurz gefasst, so dass die Auflassung an den Richter nicht speziell erwähnt wird. Man ist aber wohl berechtigt diese Auflassung an den Richter zu ergänzen, da es sonst ja gar nicht erklärlich erscheint, wie der Richter dazu kommen sollte dem Erwerber zu bestätten,²⁾ also Eigentum einzuräumen, wenn ihm dasselbe nicht vorher übertragen worden war. Für diese Auffassung spricht auch die Analogie der Bestimmung des Münchener Stadtrechts, dessen a. 267³⁾ auch die Auflassung an und durch den Richter, also in der eben geschilderten Form vorschreibt. Mit diesem Auflassungsakte unter Vermittlung des Richters war aber die Eigentumsübertragung perfekt. Eine Thätigkeit des Stadtrats wird hierzu nicht erfordert, wenn auch der ganze Auflassungsakt vor ihm vollzogen wird. Dass dieser ganze Akt sich in Gegenwart des Stadtrats abspielt, findet

¹⁾ Viele Zeugnisse bekunden, dass die Auflassung vor und durch den Richter oft als gleichbedeutend vorkommen (Stobbe a. a. O. S. 193 ff.). Vgl. auch Sohm, Fränk. und röm. Recht S. 36.

²⁾ Schmeller-Frommann II, S. 798: bestätten = einräumen.

³⁾ Auer, das Stadtrecht von München. München 1840. S. 103: es ist auch der stat recht, daz er ez aufgeben sol vor offem gericht mit gerichts hant, und sol ez der richter antwurten auz seiner hant dem, der es gehauft hat. Vgl. noch a. 31, 270 (Auer S. 15, 104 f.)

seine Hauptbegründung nicht allein darin, dass durch die Anwesenheit der Ratsmitglieder ein vollkräftiger Beweis für die rite vollzogene Eigentumsübertragung geschaffen wurde, sondern auch in dem Umstande, dass eine dauernde Sicherheit dieses Beweises erst durch die Eintragung des Aktes in das Stadtbuch gegeben war. Eine solche konnte aber nur durch den Stadtrat vorgenommen werden, der dann aber auch aus eigener Wissenschaft den Inhalt des Eintrags konstatieren konnte. Ausserdem hatte der Stadtrat ja auch ein Interesse daran, von den Grundbesitzveränderungen innerhalb des Burgfriedens stets unterrichtet zu sein, um die Grundsteuerpflicht des jeweiligen Eigentümers kontrollieren zu können. — In dem vorliegenden Falle kommt übrigens noch die ausschliessliche Kompetenz des Stadtrats in Erbrechtssachen zur Geltung, indem er sich darüber Gewissheit verschafft, dass die Erbrechtsansprüche des Kindes des Veräusserers nicht verkürzt würden. Es war also nicht nur eine passive Rolle, welche dem Stadtrate bei Immobiliarauflassungen zugeteilt war, sondern seine auf die allseitige Beobachtung des Stadtrechts gerichtete Kontrollbefugnis des Rechtsverkehrs der Bürgerschaft kommt auch hier zur Erscheinung.

Während die Grundeigentumsübertragungen durch Vermittlung des Richters, aber unter Beiziehung des Rats bewerkstelligt werden mussten, genügte für die Verpfändung von Immobilien die Mitwirkung des Richters. Eine Willkür von 1346 setzte in dieser Beziehung fest¹⁾:

und ob ein man sein haus, einen garten oder akcher, die in dem purkvrid gelegen sind, einem man oder einer frawn ze pfantschaft will setzen, daz tut er wol mit des richters hant ze Lantzh. wär der richter an gevar da nicht, so mag es der man oder die fraw, die irer hab gewaltig wären, sein haus und ander sein hab setzen mit des schergen hant ze L. und sol als gut chraft haben, sam ob es mit des richters hant geschähe.

Der Scherge ist also ermächtigt, bei Abwesenheit des Richters ihn in diesem Zweige der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu vertreten.

¹⁾ Stadtbuch f. XI v.

Den durch Vermittlung des Schergen vollzogenen Verpfändungen wohnte dieselbe Rechtskraft bei wie den durch den Richter vermittelten. Die subsidiäre Zuständigkeit des Schergen wird nur an die Voraussetzung geknüpft, dass den Verpfändern auch vollständige Verfügungsberechtigung zustehe. Die Hervorhebung dieser Voraussetzung beim Schergen dürfte nicht etwa dahin zu verstehen sein, dass der Richter auch ohne deren Vorhandensein den Verpfändungsakt vornehmen könne. Im Gegenteil, der Richter kann die Verfügungsberechtigung des Verpfänders prüfen und sich im Zweifel durch geeignete Nachforschung und durch Erhebung von Beweismomenten hierüber Gewissheit verschaffen. Dem Schergen wird aber die Macht nicht eingeräumt, ein solches Ermittlungs- oder Beweisverfahren durchzuführen. Soweit reicht seine Kompetenz nicht; durch ihn kann daher eine Verpfändung nur vorgenommen werden, wenn die Verfügungsberechtigung des Verpfänders notorisch ist, so dass ein Zweifel hierüber nicht obwaltet.

Für solche Akte freiwilliger Gerichtsbarkeit dürfte der Richter eine Gebühr erheben. Man kann dies aus einer Bestimmung derselben Willkür von 1346 folgern welche vorschreibt, dass Niemand „von seinem haus, garten, wis noch akcher, das in dem purkvrid gelegen sei, das ein man seiner hausfraun oder seinem kind stät oder ze pfandschaft hin stät und setz, kheinen statpfenink davon nicht geben soll dem richter.“¹⁾ Also nur für Veräußerung und Verpfändung von Immobilien an Ehefrau und Kinder wird Gebührenfreiheit anerkannt.

War im Vorhergehenden öfters Gelegenheit geboten von einer Strafbefugnis des Rates zu sprechen, so handelte es sich um solche Strafandrohungen, welche aus der jeder Obrigkeit eingeräumten Zwangsgewalt resultieren. Ohne eine solche wäre die Durchführung einer jeden gesetzlichen Bestimmung als einer *lex imperfecta* von dem Belieben der zum Gehorsame gegen die Gesetze verpflichteten Bürger abhängig. Diese mehr ergänzende Strafgewalt, welche nicht mit der eigentlichen Kriminalgerichtsbarkeit zusammenfällt, macht sich vorzugsweise auf dem Gebiete des Polizeirechts geltend.

¹⁾ Stadtbuch f. XI v.

Eine eigentliche Strafgewalt wurde dem Stadtrat als Organ der Bürgerschaft eingeräumt gegen alle Uebertreter der städtischen Rechte und Privilegien. Wahrung und Schutz derselben gehörte naturgemäss zu den vorzüglichsten Aufgaben des Stadtrats.

In Anerkennung dieses Standpunktes erfolgte daher eine Erweiterung des städtischen Gerichtszwangs durch das Privileg vom 17. September 1322, in welchem die Herzoge Heinrich, Otto und Heinrich den Bürgern Landshuts zur Belohnung ihrer bisherigen treuen Dienste die Gnade erwiesen, dass sie jeden Übertreter ihres Stadtrechts und ihrer Privilegien zur Verantwortung ziehen durften¹⁾.

Gleichzeitig wurden die herzoglichen Beamten zur Hülfeleistung bei dem Vorgehen gegen solche Uebertreter angewiesen. Der Bürgerschaft wurde aber ausdrücklich die Durchführung der schärfsten Repressivmassregeln gestattet, ihr und ihren Helfern Strafflosigkeit für alle Handlungen, zu welchen diese Einschreitung Veranlassung bot, zugesichert.²⁾

Die Strafbefugnis des Rats wurde sehr erweitert durch das aus sittenpolizeilichen Rücksichten von Herzog Ludwig als Landesfürst und Bischof Johann von Freising als geistlichem ordentlichen Richter 1463 erlassene Mandat gegen Wucher, Ehebruch und Konkubinat. In erster Reihe wendet sich das Mandat gegen die Konkubinen der Geistlichen, gegen welche der Stadtrat mit Gefängnis und im Wiederholungsfalle mit mehrjähriger Stadtverweisung ebenso auch gegen diejenigen, welche solchen Subjecten durch Beherbergen Vorschub leisteten vorgehen sollte³⁾.

¹⁾ Kalcher S. 26: Swer der ist, der in ir Stat reht über vert und ir gewönlichen reht da si unser und unser vor voderen hantvest über habent, daz si sich des selben weren suln, und suln wir und alle unser ampt Laeut In dez zû legen und geholfen sein.

²⁾ und geheizen den vogenanten unsern purgern bei unsern genaden und trewen ob si dhein tat gegen denselben, di wider ir Stat reht und ir gewönlichen reht und wider ir Hantvest taeten, swi di selb tat genant war, di si wider si taeten, daz dez die Purger und alle die in sein geholfen waeren, gen uns und gen allen unser Amptlaeuten ewichlich unengolten suln beleiben. (Ibid.)

³⁾ Das die Camrer und Rätte unser Stat L. die Frawen die sich wider unsers obgenanten Freunds von Freisingen Ordnung und Gesetz zu Priestern und gaistlichen Personen halltend zu irn Hannden nemen, in den Stock der auf den Kirchhof bey S. Martein stet, setzen und ob die selb Straff nit hulff die

Ebenso war der Stadtrat in der Ausmessung der Strafe unbeschränkt, welche er gegen Gottesschwörer, öffentliche Wucherer und Ehebrecher zu verhängen für gut fand. Blieb die im ersten Betretungsfalle ausgesprochene Gefängnisstrafe wirkungslos, so stand dem Ermessen des Stadtrats der weiteste Spielraum offen¹⁾ — und ob dieselb Straf ie nit helffen wollt, so sullen sy furter nach Erkantnus unserer Camerer und Rate hertigklich gestrafft werden²⁾.

Da, wo es sich um Beschützung und Sicherung des Kredits der Bürger handelte, erschien zur Wahrung der Interessen der aus Bürgern berufene Stadtrat, vorzugsweise geeignet als Wächter des guten Rufes der Gemeinde und als Straforgan aufzutreten. Dementsprechend hatte ein Statut von 1453 Kammerer und Rat ermächtigt, pöse gelter, welche ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen, dessenungeachtet aber ein verschwenderisches Leben führen, zu warnen und wenn der Warnung kein Gehör geschenkt wurde, den Ungehorsamen mit Gefängnis, Stadtverweisung oder sonst nach Gutdünken zu strafen, „damit die stat vor solher pöser geltern wegen nicht nachred hab.“³⁾ Ferner hatte der Stadtrat über die Reschwerde eines Schuldners zu entscheiden, der über die Härte der Schuldhafte, in welche ihn sein Gläubiger verwahrte, Klage führte.⁴⁾

Die Intensität der Gerichtsgewalt des Stadtrats zeigt sich in der Stellung desselben als Berufungsinstanz. Die Unterordnung des auf Vorschlag des Stadtrats vom Herzog ernannten Stadtrichters unter den Stadtrat tritt nirgends schärfer hervor als darin, dass

furter aus der Stat tun und in ainer Anzal Jar widerumb darein nit komen lassen. Ob auch iemand in unser Stat einich Frawn wissentlich enthielt und hawste mit der Priester und gaistlich Persone zuschicken hetten, dieselben Hawser und Enthalter sol der Camerer und Ratte auch ernstlich pussigen und straffen. (Oefe le l. c. II. f. 245 sq.)

¹⁾ Dieselbe Ahndung traf den Ehemann, der das offene Frauenhaus besuchte (l. c.).

²⁾ In gleicher Weise konnte der Stadtrat mit harter Strafe gegen solche Ehegatten vorgehen, welche die eheliche Wohnung aufgaben und dem Befehle, innerhalb bestimmter Frist den Scheidungsprozess durchzuführen nicht Folge leisteten — so sullen sy durch den Camerer und Rat auch in den Stock gesetzt und ob sy furter davon nit abliessen mit Ernst gestrafft werden.

³⁾ Anh. L. XII n. 5.

⁴⁾ Anh. L. XII n. 6.

gegen die vom Stadtgerichte erlassenen Urteile die Berufung zum Stadtrat erhoben werden musste. Damit war ein bedeutungsvoller Schritt in der Ausbildung der städtischen Selbständigkeit gethan. Das Stadtgericht war jetzt als eine dem Stadtrat untergebene Behörde anerkannt, die Stadtgerichte nahmen seitdem die Natur von städtischen Untergerichten an.¹⁾

Der Grundsatz, dass jede Prozesspartei, gleichviel ob Bürger oder Fremder, das Recht habe gegen ein Urteil des Stadtrichters zum Stadtrat zu dingen, wurde als in den alten Stadtrechten begründet 1403 durch einen Rats- oder Gemeindebeschluss proklamiert.²⁾ Gegen das vom Stadtrate in einer Berufungssache erlassene Urteil konnte dann die unterliegende Partei die Sache im Instanzenzug zum herzoglichen Hofgericht bringen — die urtail dann fürn gein hof, wenn nicht solche Rechtsstreitigkeiten vorlagen, welche der ausschliesslichen Kompetenz des Stadtrats unterstellt waren.

Wenn auch in Deutschland den landesherrlichen Städten vielfach dies Privileg der Berufung an den Stadtrat eingeräumt worden war, so ist es doch auffallend, dass in Landshut gegen Urteile des Stadtgerichts zum Stadtrate und nicht gleich zum Hofgericht gedingt werden konnte, nachdem dieser Rechtszug vom Stadtrichter an den Stadtrat selbst der Gerichtsverfassung des benachbarten Münchens fremd war.³⁾

Schon das Stadtrecht von 1279 erkennt dem Stadtrate die Stellung einer ausschliesslichen Berufsinanz zu in einigen Fällen, in welchen der Stadtrichter erstinstanziell erkannt hatte. Nur der Stadtrat konnte nach § 7 definitiv über die Höhe der verschuldeten Busse entscheiden, wenn der Verurteilte die vom ersten Richter ausgesprochene Strafe für zu hart hielt und sich derselben widersetzte.⁴⁾ Ebenso stand dem Stadtrate die Befugnis zu eine Ermässigung der wegen Fluchens oder wegen des Vorwurfs des Meineids (gegen den Schwörenden von der Gegenpartei geschleudert)

¹⁾ Maurer, Gesch. der Städteverfassung III. S. 757 f.

²⁾ Anh. L. IX.

³⁾ Wehner, Die Gerichtsverfassung der Stadt München. München 1876. S. 88.

⁴⁾ (Gengler, Stadtr. S. 234): In poena judiciali, si indiscrete restiterit civis, vel si judex exactione nimis gravis existerit, haec non nisi arbitrio et consilio rectorum civitatis duodecim subjacebunt.

vom Richter erkannten, gesetzlich fixierten Strafe eintreten zu lassen unter Berücksichtigung der konkreten Thatumstände.¹⁾

Diese Stellung einer Berufungsinstanz für die gesamte der Stadt eingeräumte Kriminaljurisdiktion wusste sich der Stadtrat zu wahren noch in einer Zeit, in welcher seine Jurisdiktionsgewalt durch die sich ausbreitende herzogliche vielfach eingeengt wurde. In dem herzoglichen Entscheide von 1559 wurde so anerkannt, dass der Obrichter jährlich zu den 4 Quatemberzeiten und so oft es das Bedürfnis erheische, sog. Unzuchtsrechte abhalten und alle Verbrecher so Unzucht, Frevel oder Frais begehen, bestrafen solle. Dem Rate wurde jeder Eingriff in diese Kriminalgerichtsbarkeit des Obrichters untersagt, im Gegenteile sollte er auf Antrag des Obrichters diesem die Verbrecher durch seine Amtsknechte vorführen lassen. Es wurde aber ausdrücklich hinzugefügt, dass der Landshuter Bürger, der sich dem Urteile des Obrichters nicht unterwerfen wollte, an den Stadtrat wenden könne, dem dann das Recht zustände, ein definitives Strafurteil zu erlassen.²⁾ Der Standpunkt des Stadtrechts von 1279 (§ 7) wird also auch jetzt noch vollständig aufrecht erhalten.

Über die Anzahl der Gerichtssitzungen, zu deren Abhaltung der Stadtrat verpflichtet war, fehlt es an autonomen Bestimmungen. Der erwähnte herzogliche Entscheid von 1559³⁾ gibt auch hier Mass, indem er vorschreibt, dass der Stadtrat wöchentlich oder mindestens alle 14 Tage, mit Ausnahme der Ferien, ein Stadtrecht

¹⁾ § 12. Item pro verbis maledicis, quae vocant verba interdicta, vel qui in iuramentum alterius prorupit, poena V ℥ , poena offensi II ℥ , solidos III iudicis; si indistincte egerint iudex vel offensus, in qualitate causae ad arbitrium duodecim civium reducetur. Das Beschelten des Eids wurde als bes. schwere Ehrverletzung betrachtet. Vgl. Schwsp. c. 230 (ed. Gengler): der einem spricht an seinen eit. Vgl. auch Bair. Landrecht 22 (Freyberg, Sammlung historischer Schriften und Urk. IV. S. 403). Osenbrüggen, Das Strafrecht in Kaiser Ludwigs Landrechtsbuch von 1346 in: Studien z. deutsch. u. schweizer. Rechtsgeschichte. Schaffhausen 1868 S. 220.

²⁾ Staudenraus II. S. 134; (Landshuter Copialbuch f. 97 v.) a. 6: doch wo dieselben verprecher solcher straf halben sich guetlich mit unserm obrichter nit möchten vertragen, alsdann soll ainem rate von wegen irer burger und inwoner solch straf, doch noch glegenheit des verprechens und irer hergebrachten freihaiten zu erkennen und zu mässigen vorbehalten sein.

³⁾ a. 8. Staudenraus II. S. 135.

halten und besitzen solle. Nur wenn keine Prozesse vorliegen oder keine neue Vorladungen ergangen waren, ruhte diese Pflicht des Stadtrats.

2. Der Stadtrichter.

Der Iudex, welcher zum ersten Male in den mehrfach citierten Polizeiverordnungen von 1256¹⁾ urkundlich Erwähnung findet, wurde jedenfalls gleich bei Gründung der Stadt von dem Herzoge, dem Träger der öffentlichen Gewalt, zur Leitung der Rechtspflege und zur Wahrnehmung einiger Verwaltungsgeschäfte eingesetzt. Im Laufe der Zeit wusste die Gemeinde das Vorschlagsrecht für das Stadtrichteramt zu erwerben — der Zeitpunkt der Verleihung dieses Vorrechts lässt sich nicht bestimmen —, denn in einer Bestätigungs-urkunde alter städtischer Freiheiten durch Herzog Heinrich vom 5. Februar 1335²⁾ wurde der Pflicht des Herzogs bei Bestellung des Stadtrichters auf den Rat und die Bitte der Stadt Rücksicht zu nehmen als einer althergebrachten gedacht — Swann auch wir einen Richter gein Lantshüt geben oder geben wellen, daz sullen wir nach ir Rat und pet tûn³⁾, als unser voderen vor getan habent, doch also, daz er uns auch gevalle⁴⁾. Dass dieser

¹⁾ Von den verfallenen Strafgeldern hat die Gemeinde gewöhnlich 6 sol., der richter 60 den. zu beanspruchen z. B. a. 1, 2, 4, 10, 15, 18 (Q. und Er. V. p. 154 sq.)

²⁾ Kalcher S. 31.

³⁾ In dem der Stadt München 1294 vom Herzog Rudolf erteilten Privileg wird der Stadt das gleiche Recht eingeräumt: § 2 Ez haben ouch die vorge-
nanten Burger und die stat die Genad von uns, daz wir in dchainen stat Rihter,
wan nach ir Rat und ir bet setzzen und geben suelen (Gengler Stadtrechte
S. 294). — Vielleicht ist der Einwirkung des Münchner Privilegs die Ausbildung
des Vorschlagsrechts in Landshut zu danken, denn in dem Stadtrechte von 1279
wird es noch nicht erwähnt, 1335 aber bereits als von den Vordern ausgeübt
bezeichnet.

⁴⁾ Am 6. Januar 1341 bestätigt Kaiser Ludwig dieses Recht mit den
Worten: und geheizzen In bei unsern gnaden, daz wir In alle zeit einen Richter
geben wellen nach irr bet, der in fûgt und darumb si uns ze biten habent
(Kalcher S. 45). Man darf hier wohl an ein süddeutsches vom Schwabenspiegel
zum Ausdrucke gebrachtes Gewohnheitsrecht erinnern, welches den Gerichtsherrn
verpflichtet bei der Einsetzung eines Richters den Willen der Gerichtsunterthanen
zu berücksichtigen. c. II § 1 (Gengler. Jegelich werltlich gerichte hat begin

Bestellungsmodus des Richters einem Ernennungsrechte durch die Stadt ziemlich nahe gekommen sein wird, liegt auf der Hand, da der Herzog regelmässig dem Vorschlage des Stadtrats entsprechend sein Ernennungsrecht ausübte.

Unter den Beschwerdepunkten, welche Herzog Heinrich 1408 gegen die Stadt vorbringt, figuriert auch der, die von Landshut hätten ihm seit seines Vaters Tod keinen Richter fürgebracht, ob ihm der gefalle oder nicht, als doch bei seinen Vorvordern und seinem Vater Herkommen gewesen¹⁾. Wenn diese Beschwerde begründet war, was dahingestellt bleiben mag, bietet sie einen trefflichen Beleg für den Selbständigkeitstrieb und die wachsende Machtfülle des städtischen Gemeinwesens. Nach der in Folge der Unruhen von 1410 nur auf kurze Zeit durchgeführten Beschränkung der städtischen Freiheitsrechte nahm der Herzog für sich allein die Befugnis, wie Kammerer und Rat, auch den Richter ein- und abzusetzen in Anspruch.

Der Stadtrichter ist, obwohl er stets als herzoglicher Richter bezeichnet wird,²⁾ Organ der städtischen Gerichtsbarkeit. Durch ihn kommen alle der Stadt verliehenen Gerichtsprivilegien zum Vollzuge, deshalb konnte ihn die Stadt mit Recht als einen städtischen Beamten betrachten, um so mehr, als die Berufung gegen Urteile des Stadtgerichts zum Stadtrat, als zu einer höheren Instanz, anerkannt war.

An Stelle des Stadtrichters, welcher gewöhnlich einem adeligen Geschlechte angehörte, sass oft seit Anfang des 15. Jahrhunderts³⁾

von kur. Daz ist also gesprochen, daz dehein herre den liuten keinen rihter geben sol, wan den si welent. (Vgl. aber Ssp. I, 55 § 1 und Stobbe, die Gerichtsverfassung des Sachsenspiegels in d. Zeitschr. f. deutsches Recht XV. S. 119). Dass ein Wahl- oder Vorschlagsrecht des Volks sich bis ins 15. und 16. Jahrhundert erhalten hat, weist an der Hand süddeutscher Weistümer nach, Thudichūm, die Gau- und Markenverfassung in Deutschland. Giessen 1860. S. 50 f.

¹⁾ Staudenraus I. S. 115 (n. 12).

²⁾ Die Herzoge nennen ihn „unsern Statrichter“ z. B. Kalcher S. 72, 125.

³⁾ Als ersten Unterrichter aus dem Jahre 1422 führt Geiss (Die Reihenfolgen der Gerichts- und Verwaltungsbeamten Altbayerns. München 1867. 2. Abt. Abdruck aus Bd. XXVIII des oberbayer. Archivs, S. 53) Ulrich d. Frank an.

ein Unterrichter zu Gericht.¹⁾ Der eigentliche Stadtrichter führte seit 1458 den Titel Stadtoberrichter.²⁾ Er nimmt auch Anteil an den Sitzungen des herzoglichen Hofgerichts, wo er mit herzoglichen Räten und dem Rentmeister als Urteilsfinder thätig ist.

Der Oberrichter war auch, wie schon erwähnt, mit der Handhabung der Kriminalrechtspflege betraut und musste viermal im Jahre, zu jeder Quatember gewöhnlich 3 Tage nach einander das Unzuchtrecht besitzen³⁾ und hierbei all und jeglich Unzucht, Frevel und Fraus und was sich zum Malefiz zeucht strafen. Und zwar übte hier der Oberrichter nicht die städtische Kriminalgerichtsbarkeit aus, sondern der Herzog sagt in seinem Entscheid von 1559⁴⁾ ausdrücklich, dass der Oberrichter an seiner statt dieses Unzuchtrecht abhalte, wie auch der Zweck des Entscheides auf eine Abwehr der Eingriffe des Stadtrats in diese Sphäre des Oberrichters zielt.

Wann diese Verschiebung der Stellung des Oberrichters sich vollzogen habe, lässt sich nicht nachweisen, vermutlich erst im Laufe des 16. Jahrhunderts. Die einzelnen Stadien des Entwicklungsprozesses lassen sich nicht klar legen. Den Unterrichter, der stets als Stellvertreter des Oberrichters betrachtet wurde, hatte diese Veränderung der Stellung seines Vorgesetzten ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Er hatte den Befehlen des herzoglichen Regiments und des Oberrichters eidlich Gehorsam zu geloben. Beide, Ober- und Unterrichter wurden so in einen gewissen Gegensatz zur Gerichtsgewalt der Stadtgemeinde gebracht, als deren Vertreter immer mehr Bürgermeister und Rat hervortraten. Doch nicht von sehr langer Dauer war diese Zurückdrängung der städti-

¹⁾ Diese Unterrichter zu Landshut wurden auch von der herzoglichen Regierung mit dem Bann über das Menschenblut zu richten in benachbarten niederbairischen Landgerichten beliehen z. B. 1584 wurde dem W. Fr. von Plapphart der Blutbann in 11 Landgerichten verliehen.

²⁾ Ratschronik (ed. Heigel S. 306) führt 1458 der H. Herteberger, der 1457 noch als Stadtrichter bezeichnet wurde, als Oberrichter auf.

³⁾ Künftig soll nur eine bestimmte Anzahl von Verbrechern zu einer Sitzung vorgeladen werden, damit die Einzelnen nicht allzu lange aufgehalten und anderseits auch die Verhandlung gegen jeden Angeschuldigten nicht übereilt, sondern mit der gehörigen Sorgfalt durchgeführt werde (Staudenraus II, S. 135).

⁴⁾ Staudenraus II, S. 134 f.

schen Jurisdiktionsgewalt. Auch hier sehen wir die Entwicklung sich wellenförmig fortbewegen und wieder zu dem Punkte zurückkehren, von dem sie ausgegangen. Am Ende des 16. Jahrhunderts, am 21. Juli 1599¹⁾ verlieh Herzog Maximilian I. der Stadt auf Widerruf die Gerichtsbarkeit zur eigenen Ausübung, so weit sie bisher durch seinen Obrichter gehandhabt worden war. Es sollte künftig weder Obrichter noch ein anderer Beamter in des Herzogs Namen gegen Bürger und deren Brodgenossen²⁾ wegen Vergehen, welche innerhalb des Burgfriedens begangen wurden, irgend eine Geld- noch Leibesstrafe verhängen, „sondern die Abstraffung aller Verbrechen sowohl als der Erkenntniss in der Straf, Satz und Ordnung, auch Beschau, Gebot und Verbot und alle andere bürgerliche Abhandlung, nichts ausgenommen, allein ihnen von Landshut und ihren Nachkommen von Rechts wegen gebühren und zugestehen.“ Auch die bisher dem Obrichter zustehende Grundbesigung der im Burgfrieden gelegenen Grundstücke wurde ebenso wie die Bestrafung der in der Stadt sich aufhaltenden und Handel treibenden Fremden denen von Landshut übertragen.

Am 10. April 1601 wurde der Stadt nun das Obrichteramt mit allen Rechten eingeräumt,³⁾ so dass die Bürger die bisher vom Obrichter verrichteten Jurisdiktionsgeschäfte selbst wahrnehmen oder zu deren Verrichtung eine geeignete Person aufstellen und dem Herzoge zur Bestätigung anzeigen konnten. Als Äquivalent für die durch diese Jurisdiktionsübertragung an

¹⁾ Kopie d. Urk. im Reichsarchiv. (Landshut. Ger. I. 51); im Auszuge mitgeteilt von Staudenraus II. S. 43 f.

²⁾ Zu diesen werden Bürgerskinder, Einwohner, Dienstboten und Handwerksgelesen gezählt.

³⁾ Diese weitere Verleihung erfolgte auf einen Bericht des herzoglichen Rentmeisters, welchen dieser gelegentlich der allgemeinen Ämtervisitation (rentmeisterlichen Umritt) 1600 erstattet hatte. Der Rentmeister wies darauf hin, dass nach der denen von Landshut erteilten Extention, ein Obrichter nur wenig mehr zu thun habe. Er empfahl deshalb der Stadt auch die Jurisdiktion über die Fremden, welche ein Verbrechen in der Stadt begingen, gegen Entgelt einzuräumen, dann besässe Landshut mit den übrigen Hauptstädten des Landes München, Straubing und Burghausen gleiche Rechte. Auch die Exemption der herzoglichen Beamten basiert auf dem Vorschlage des Rentmeisters. Das von der Stadt zu zahlende Aequivalent wurde von 300 auf 500 fl. erhöht. (Oberbayer. Kreisarchiv. Rentamt Landshut F. 99. Rentmeisterliche Umritte.)

die Stadt den herzoglichen Einkünften entzogenen Betrag musste die Stadt jährlich Georgi 500 fl. an das Hofzahlamt in München entrichten.

Eximiert von der städtischen Gerichtsbarkeit blieben aber die in Landshut wohnenden herzoglichen Beamten, die fürstlichen Räte, Sekretäre, Ratschreiber, Rentschreiber, Zollner und Zollschreiber, soferne diese nicht Bürger waren, ebenso deren Frauen und Witwen. Fürstliche Kanzlisten, Advokaten, Prokuratoren und Stuhlschreiber etc. sind nur bezüglich ihres Dienstes, Geistliche nur, soferne sie der kirchlichen Jurisdiktion unterstellt sind, eximiert.

Landshut hatte so eine intensive Erweiterung seiner Gerichtsgewalt erlangt und sogar den Blutbann erworben. Zwei Jahrhunderte erhielt sich dieser Zustand in Landshut wie in den übrigen baierischen Städten, bis den Stadträten die Jurisdiktion entzogen und eigne Stadtgerichte errichtet wurden, welche vom Landesherrn mit geprüften Richtern besetzt wurden¹⁾. —

Die Kompetenz des Stadtrichters erstreckte sich nach dem Stadtrechte von 1279 auf die gesamte Civilrechtspflege und die Kriminalgerichtsbarkeit mit Ausnahme der todeswürdigen Verbrechen, deren Aburteilung der herzoglichen Jurisdiktion vorbehalten blieb. § 7 spricht diese Regel mit den Worten aus: *Iudex civitatis praefata omnia, scilicet contractus et maleficia iudicabit, extra ea, quae inferunt causam mortis*²⁾.

Nachdem in diesem Grundsatz die Grenzen der Amtssphäre des Stadtrichters im allgemeinen gezogen sind, erübrigt noch seiner in den Quellen speziell hervorgehobenen Funktionen Erwähnung zu thun. Des Stadtrichters Erlaubnis war nach dem Stadtrechte von 1279³⁾ notwendige Voraussetzung einer an der Person und am Gute von Bürgern vorzunehmenden Pfändung oder Beschlagnahme. Dagegen bedurfte ein Bürger, wenn er gegen seinen Schuldner (der nicht Bürger war) eine Pfändung vollstrecken lassen wollte, nicht der richterlichen Genehmigung⁴⁾. Der Scherge war befugt dieselbe auf Antrag des Bürgers sofort zu vollziehen. Der Richter

¹⁾ Maurer, Gesch. d. Städteverf. IV. S. 388.

²⁾ Gengler Stadtr. S. 234.

³⁾ § 1 (Gengler S. 233) — *nisi primo a iudice civitatis requisita licentia*.

⁴⁾ § 10 — (Gengler S. 234).

war auch für den durch seine Amtsführung verursachten Schaden ersatzpflichtig. So insbesondere dem Bürger, der an den Vermögensstücken eines zufällig in der Stadt betroffenen Schuldners durch den Gerichtsdieners Arrest anlegen liess, wenn er, der Richter, diesen gegen den Willen des Gläubigers aufgehoben und dem Schuldner die Erlaubnis die Stadt zu verlassen erteilt hatte ¹⁾).

Ein Anspruch auf eine Quote der Busse stand dem Stadtrichter bei einigen Delikten zu. Während nach den Verordnungen von 1256 ²⁾ die Stadt selbst den Rest der Busse einzufordern befugt war, erschien nach dem Stadtrechte von 1279 nur noch der Verletzte selbst neben dem Richter zur Inanspruchnahme eines Teiles der Busse berechtigt ³⁾. Unbeschränkte Gewalt zur Ausmessung der Strafe war dem Richter bezüglich der schweren Körperverletzung „Lähm“ eingeräumt ⁴⁾.

Der Thätigkeit des Stadtrichters bei der Auflassung von Grundstücken wurde schon an anderer Stelle gedacht ⁵⁾.

Die berühmte Handfeste vom S. Veitstage 1311, in welcher Otto III., Herzog von Niederbaiern und König von Ungarn, den Ständen Niederbaierns, den weltlichen Edlen, Pfaffen und Städten, darunter auch Landshut ⁶⁾ die niedere Gerichtsbarkeit gegen Entrichtung einer Steuer überliess, also verkaufte, ⁷⁾, hatte für Landshut nicht die Erwerbung neuer Rechte zur Folge. Die Stadt erhielt in dieser Handfeste lediglich die Bestätigung des ihr bereits 1279 verliehenen Gerichtsprivilegs, indem ihr hier eingeräumt wird,

¹⁾ § 8 ib. — Si fecerit iudex, erit pro tali debito obligatus.

²⁾ c. 10, c. 18 civitati 6 solidos et iudici 60 denarios (Qu. u. Er. V. p. 155 f).

³⁾ § 11 pro vulnere gravi stillante (Haimbsuchung) poena est iudicis 3½ $\mathfrak{z}$, laeso 3 $\mathfrak{z}$; § 12 pro verbis maledicis — poena offensi 2 $\mathfrak{z}$, solidos 3 iudicis (Gengler S. 234).

⁴⁾ et perpetuam laesionem, quaedicatur Lähm pro perpetua laesione, quantum iudex tantummodo iudicabit. (Stadtr. 1279 § 14 bei Gengler S. 235).

⁵⁾ S. 68 ff.

⁶⁾ Aventin (Annales VII f. 459) führt Landshut und Straubing unter den Städten auf, welche hier zum ersten Male mit den Rittern verbündet vorkommen. Vgl. noch Rudhart, Geschichte der Landstände in Bayern. Heidelberg 1616. I, 65 ff. und Wirschinger, Darstellung der Patrimonialgerichtsbarkeit in Bayern. München 1837. S. 92 ff. über die Bedeutung der Handfeste.

⁷⁾ Die Urkunde wird vielfach bezeichnet als „die hantvest umb den kauff der gericht“ (Rockinger Einleitung S. 135).

die ganze Kriminalgerichtsbarkeit mit Ausnahme der über die Verbrechen, welche an den Tod ziehen: teuf, todsleg, notnunft, strassraub.¹⁾

In einer von den Herzogen Stephan dem älteren, Stephan dem jüngeren, Friedrich und Johann unterm 17. Mai 1364 ausgestellten Urkunde²⁾ wird der Stadt diese Gerichtsbarkeit bestätigt, indem die Herzoge versprechen, sie in Handhabung der Strafrechtspflege über die Bürger zu schirmen und sich keinen Eingriff in dieselbe zu gestatten. Ausdrücklich behalten sich aber die Herzoge wiederholt die Zuerkennung von Todesstrafen vor — Es wär dann, das es ain sölliche pessrung wär, das ainer gar von dem leben käm, dar Inn süllen wir und unser Richter unsrew recht haben als es von allter herköme ist. Würd aber ainer gepessert, der doch bey dem leben belib, den süllen wir hinnach weder an sein hab noch mit kainen ungenaden nicht mer bechrenkchen.

Die dem Herzoge vorbehaltene Gerichtsbarkeit über Kapitalverbrechen wurde nicht, wie Gaupp³⁾ meint, nur in dem vom Herzog selbst gehaltenen Gerichte ausgeübt, da in der obenangeführten Urkunde neben dem Herzog des Herzogs Richter erwähnt wird. Unter diesem ist hier der Vitztum zu verstehen; durch welchen der Herzog die ihm zustehende Jurisdiktion, soweit er sich deren Ausübung vorbehalten hat, ausüben lässt.⁴⁾

Wegen dieser dem Vitztum übertragenen Jurisdiktion kam es bald zu Reibereien zwischen dem Herzoge und der Stadt.

In der erwähnten Beschwerdeschrift Herzog Heinrichs (1408) beklagte er sich in erster Stelle, die von Landshut hätten ihm seit seines Vaters Tod keine Vitztumhändler zustehen lassen, dergleichen

¹⁾ Erster Freibrief bei Lerchenfeld: Die altbaierischen landständischen Freibriefe. München 1853. S. 1.

²⁾ Kalcher S. 73.

³⁾ Stadtrechte I. S. 148.

⁴⁾ Auf die hier geschilderte Kompetenzregulierung wird Bezug genommen in der bei Gründung der Neustadt erlassenen Handfeste (1336 Kalcher S. 36) — daz er (der Bewohner der Neustadt) untat und unpilleich sache begieng, dar umb sol recht leiden vor uns, vor unserm Richter und auch vor unsern Purgern, di des Rates pflegent, doch in aller der mazz als der Stat recht und gewonhait ist lang gewesen.

ihm als Fürsten gebühre und zugehöre.¹⁾ Die Zahl der schweren Verbrechen, welche als Vitztumhändler der landesherrlichen Kriminalgerichtsbarkeit vorbehalten werden sollten, wurde durch die Landesordnung Herzog Ludwigs des Reichen 1474 auf 15 fixiert²⁾, welche Zahl durch die „Artikel“ Herzog Georgs des Reichen von 1491³⁾ bedeutend erhöht wurde.⁴⁾ In der erklärten Landesfreiheit von 1553 waren 20 Vitztumhändler aufgeführt,⁵⁾ nachdem früher die durch die Landstände bei Abfassung der Landesfreiheitserklärungen versuchte Schmälerung der landesherrlichen Gerichtsbarkeit durch Minderung der Vitztumhändler heftige Opposition⁶⁾ der Herzoge hervorgerufen hatte.⁷⁾

Die räumliche Ausdehnung der Jurisdiktion des Stadtgerichts deckte sich im allgemeinen mit den Grenzen des Stadtbezirks, mit dem Burgfrieden. Dieser erhielt durch Herzog Wolfgang und die übrigen Vormünder 1508 eine Erweiterung. Die Grenzen wurden neu festgesetzt und den herzoglichen Beamten eingeschärft die von Landshut nunmehr ferner an bürgerlicher Obrigkeit, Strafen und anderen Sachen nach dem Herkommen ihres Stadtgerichts und Stadtrechts nicht zu beeinträchtigen.⁸⁾ Nur ausnahmsweise wurden die Grenzen der Gerichtsbarkeit erweitert, indem der aus dem Marktfrieden⁹⁾ hervorgegangene Stadtfrieden im Interesse einer Belebung und Sicherung des Verkehrslebens auf die nächste Umgebung der Stadtmarkung ausgedehnt wurde. Jede Verletzung desselben an Handelsleuten im Umkreise von zwei Meilen war durch den Stadtrichter zu ahnden, wie § 6 des Stadtrechts von 1279¹⁰⁾ vorschreibt: Item quodsi veniens et recedens

¹⁾ Staudenraus I S. 113.

²⁾ Krenner a. a. O. VII. S. 476 f.

³⁾ Krenner XII. S. 344 f.

⁴⁾ Vgl. die Wiederholung in der sog. Rechts-, Gerichts- und Landespolizeiordnung desselben Herzogs von 1501 bei Krenner XIII. S. 261.

⁵⁾ a. XVI bei Lerchenfeld 223 f.

⁶⁾ Vgl. Rockinger Einleitung S. CCCLV, bes. Anmerkung 1036.

⁷⁾ Die vergleichende Zusammenstellung der einzelnen korrespondierenden Artikel der Landesfreiheitserklärungen bezüglich der Vizedomhändler siehe bei Lerchenfeld S. 208, bes. Anm. 5.

⁸⁾ Staudenraus II. S. 115 ff., bes. 127.

⁹⁾ Maurer, Gesch. d. Städteverf. III. S. 339.

¹⁰⁾ Gengler Stadtr. S. 234.

a civitate praedicta a quocunque in suis mercibus turbatus fuerit, illud iudex civitatis per duorum milliariorum distantiam iudicabit, cum recessus et aditus civitatis pro tanto spacio liber esse debeat et securus.

Der Gerichtsbarkeit des Stadtrichters waren innerhalb des Burgfriedens alle Einwohnerklassen der Stadt unterworfen. Als allgemeiner Gerichtsstand galt der des Wohnsitzes, das *forum domicilii*¹⁾, welches Sohm bereits als den allgemeinen Gerichtsstand des fränkischen Rechts nachgewiesen hat. In einem Privileg des Herzog Heinrichs von 1430 (31. März)²⁾ wird als altes Recht bestätigt³⁾ die Kompetenz des Stadtrichters in allen Klagen um Schuld gegen die Stadt oder einzelne Bürger: „das alle die, die zu In gemeinklich (die burger) oder zu Ir ainem umb Schuld oder annder Sprüche, wye die genant sein, ze sprechen haben ungeverlichen, das die darumb von In recht nemen süllen bej in zu Landshut vor unserm Statrichter daselbs und nyndert anderswo“. Neben diesem *forum domicilii* bildete das *forum* des belegenen Grundstücks⁴⁾ einen zweiten allgemeinen Gerichtsstand und so fährt denn auch das angeführte Privileg fort: „Ausgenommen umb Erbschafft, die Erb und aygen antreffend sein, die süllen verrecht und verantwurt werden In den gerichtern und Schranken, dar inn sy dan gelegen sein“.⁵⁾ Es werden also nur die altdeutschen Grundsätze⁶⁾ über Gerichtszuständigkeit auch für Landshut bestätigt.⁷⁾ Für die Bürger war die Zuständigkeit des Landshuter Stadtgerichts eine ausschliessliche. Bezüglich der von ihnen ausserhalb der Stadt begangenen Delikte galt nicht das forum delicti

¹⁾ Die altdeutsche Reichs- und Gerichtsverfassung. Weimar 1871. S. 299 ff.

²⁾ Kalcher S. 124 f.

³⁾ Als uns die Burger — fürbracht und durch guet urkunde In von unsern vorvordern saliger gedächtnüss gegeben, Erinnert haben.

⁴⁾ Vgl. Sohm a. a. O. S. 304.

⁵⁾ Kalcher S. 125.

⁶⁾ Sohm (a. a. O. S. 304) erklärt die von Beseler (Zeitschrift f. Rechtsgeschichte Bd. IX. S. 257) citierte bairische Urkunde aus dem 12. Jahrhundert für das älteste Zeugnis, welches auf die beginnende Ausschliesslichkeit der Kompetenz des Gerichts der belegenen Sache für Grundstücke deute.

⁷⁾ Ebenso für München; vgl. Wehner S. 58.

commissi, sondern das forum domicilii.¹⁾ Gegen den Deliquenten musste also, soferne er nicht in flagranti ergriffen worden war, die Strafklage beim Landshuter Stadtrichter erhoben werden.²⁾

Sobald ein Bürger in einem anderen Gerichtssprengel ein Verbrechen begeht und auf handhafter That ergriffen wird, darf er vom *privilegium de non evocando cive* keinen Gebrauch machen, er verliert den Gerichtsstand an seinem Domizil und das *forum delicti commissi* tritt an dessen Stelle.³⁾

Das Prinzip, dass ein Landshuter Bürger nie an einen auswärtigen Richter zur Bestrafung ausgeliefert werden dürfe, das *privilegium de non evocando cive* wird bezüglich der in der Stadt selbst begangenen Verbrechen noch einmal wiederholt in dem Privileg von 1341:⁴⁾ „Zwelherlai Handlung sich ze L. under den Burgern erget oder geschiht, ez sein todsleg oder ander Handlung, swie diw genant ist, darumb sullen si niemand ze antwurten haben noch mit niemand darumb tädunge, dann mit irem rehten Heren selb, und mit seinem Richter ze L.“

Je nach der Schwere des Verbrechens grenzt sich also hier nach die Kompetenz des Herzogs selbst oder des von ihm eingesetzten Stadtrichters ab.

Als im Laufe des 16. Jahrhunderts eine Reihe von Kompetenzstreitigkeiten zwischen der städtischen und herzoglichen Jurisdiktionsgewalt entstanden waren, wurden dieselben, wie schon hervorgehoben wurde, durch einen herzoglichen Entscheid von 1559⁵⁾ beigelegt. Durch diesen wurde auch das *privilegium de non evocando cive* durchbrochen. Primär wird zwar auch hier

¹⁾ Auch zur Aburteilung der ausserhalb Münchens delinquirenden Bürger war nur das Münchner Stadtgericht zuständig, soweit es sich nicht um die der Kompetenz des Stadtgerichts überhaupt entzogenen Verbrechen handelte.

²⁾ Stadtr. 1276 § 5 (Gengler 234) Item quicunque civis Landishuetensis in quocunque judicio extra civitatem maleficium aliquod perpetraverit, nisi jure et eodem loco detentus fuerit per judicem talem, necesse habebit judex talis vel quilibet conquerens coram judice Landishuetensi justitiam postulare.

³⁾ Vgl. Stobbe, Grundsätze d. deutsch. Rechtsquellen über d. Gerichtsstand in Jahrb. d. gem. deutschen Rechts. I. S. 450.

⁴⁾ Kalcher S. 46.

⁵⁾ Kopialbuch aus dem städt. Archive zu Landshut f. 96 ff.; abgedruckt bei Staudenraus II. S. 128 ff.

anerkannt, dass ein Landshuter Bürger, wenn er ausserhalb des städtischen Burgfriedens ein Verbrechen begeht, nur vor seinem ordentlichen Gerichte in der Stadt zur Verantwortung gezogen werden darf, ausgenommen wenn er auf frischer That ergriffen oder durch Bürgerschaft oder im Wege anderer rechtmässiger in dem Gerichte des Thatorts verstrickt ¹⁾ wurde, dem Handel in diesem Gerichte nachzukommen. Es wird aber dem Bürgermeister und dem Rate der Stadt zur Pflicht gemacht einen solchen Bürger auf schriftlich Ersuchen des Richters, der Enden das Verbrechen geschehen ist, diesem auf Grund der erklärten Landesfreiheit zur Aburteilung auszuliefern. ²⁾

Noch in einem andern wichtigen Punkt wurde durch diesen Entscheid ³⁾ eine Bresche in das Bollwerk der städtischen Gerichtsbarkeit gelegt, indem der Herzog sich und an seiner Statt den höheren herzoglichen Beamten das Recht einräumte Fremde innerhalb des Burgfriedens (um malefizisch, auch bürgerlich Sachen) unter Requisition der Landshuter Gerichts- und Amtsknechte gefangen zu nehmen. Von der Gefangennahme war dann allerdings Bürgermeister und Rat unverzüglich in Kenntniss zu setzen. Ein Bürger ⁴⁾ soll um wissentlich malefizische Sachen durch Bürgermeister und Rat gefangen genommen werden. Wenn diese aber einer diesbezüglichen Requisition des herzoglichen Vitztums, des Statthalters oder der herzoglichen Räte nicht ungesäumt Folge leisten, oder wenn Gefahr auf Verzug ist, können die genannten herzoglichen Beamten oder der Oberrichter die Gefangennahme des Bürgers ⁵⁾ bewerkstelligen, müssen den Gefangenen aber als-

¹⁾ stimmt also mit dem „jure-detentus“ des Stadtrechts von 1279 (a. 5) überein.

²⁾ Staudenraus II. S. 132 f. (a. 3 des Entscheids).

³⁾ a. 2.

⁴⁾ Den Bürgern werden im Entscheide durchweg die Inwohner gleichgestellt.

⁵⁾ Zugleich wird ausgesprochen, dass männliche und weibliche Dienstboten, sowie Handwerksgesellen, welche nicht eheliche Landshuter Bürgerskinder sind, nicht als Bürger oder Inwohner betrachtet werden. Von ihrer Gefangennehmung wird Umgang genommen, sobald es sich nur um kleine Vergehen (bürgerliche, nicht malefizische Sachen) handelt, wenn ihr Dienstherr oder Meister für sie einsteht.

bald an Bürgermeister und Rat zu weiterem strafrechtlichem Einschreiten ausliefern.

Darin, dass herzogliche Beamte überhaupt in der Stadt eine Verhaftung, wenn auch nur die eines Fremden, vornehmen dürfen, liegt eben eine Beeinträchtigung der alten Freiheitsrechte, welche wesentlich gesteigert wird durch die den Beamten zugesprochene Befugnis, selbst Bürger in provisorische Haft zu nehmen.

Die Veränderung, welche sich in der städtischen Gerichtsverfassung allmählich vollzogen hatte, zeigt sich sehr deutlich in der Stellung des Oberrichters. Dieser ward wohl zu allen Zeiten vom Herzog eingesetzt, war aber immer als ein Organ der städtischen Gerichtsbarkeit betrachtet worden. Jetzt tritt letztere Eigenschaft im Oberrichteramte ganz zurück, der Herzog betrachtet ihn nur mehr als Organ für die Ausübung seiner Hoheitsrechte, stellt ihn als solchen seinen andern höhern Beamten gleich und bringt ihn in Gegensatz zu Bürgermeister und Rat, den Vertretern der städtischen Gerichtsgewalt, denen er doch früher als niederere Instanz untergeordnet war. Einen solchen Gegensatz erkennt auch Art. 5 des Entscheids¹⁾ an, wenn er die fahrende Habe eines in Landshut verhafteten Verbrechers dem Oberrichter von Obrigkeit wegen überantworten lässt und dem Stadtrat und seinen Dienern jeden Eingriff in dieses Recht verbietet.²⁾

Wie die übrigen Stadtbewohner waren auch die Juden in allen Prozessen mit Christen der Gerichtsbarkeit des städtischen Richters unterstellt — es ist auch unser statrecht, swaz ein jud mit einem christen in der stat ze schaffen hat, darumb sol er recht nemen vor unserm richter an der schrann und nindert anderswo.³⁾ Für Rechtsstreitigkeiten der Juden unter sich dürfte, wie in Oberbaiern, wo nach einer Urkunde Kaiser Ludwigs von 1315⁴⁾ allen

¹⁾ Staudenraus I. S. 133.

²⁾ Der Herzog beruft sich auf die erklärte Landesfreiheit. An Theil IV. a. 3 (bei v. Lerchenfeld S. 254) dürfte gedacht sein, welcher das gestohlene oder geraubte Gut, das sich beim Gefangenen vorfand, dem Richter oder wem der Landesfürst das zustehen lassen wollte, zuerkannte, soferne der bestohlene Eigentümer es nicht reklamierte.

³⁾ Anh. L. XV. n. 1. Im 14. Jahrhundert als altes städtisches Herkommen in das Stadtbuch eingetragen.

⁴⁾ M. B. XXXV. II. p. 46.

Juden die den Juden zu Augsburg zustehenden Rechte erteilt wurden, der Judenmeister kompetent gewesen sein;¹⁾ denn aus der Fassung dieses Landshuter Statuts lässt sich per argumentum e contrario folgern, dass Streitigkeiten der Juden unter sich nicht der städtischen Gerichtsbarkeit unterstellt waren. Die Bestimmung des Statuts wurde aber zu Gunsten der Juden durchbrochen durch ein Privileg Herzogs Friedrich vom 13. Dezember 1380,²⁾ welcher unter Verleihung einiger prozessualer Vorrechte den Juden seines ganzen Landes gestattete, nur vor seinem Hofmeister oder wohin er das Recht schaffe Recht zu nehmen. So stand es also im Belieben der jüdischen Prozesspartei, da die Juden überhaupt alle ihre Rechtssachen vor den Herzog ziehen durften, ob sie das Stadtgericht ablehnen und sich nur der Aburteilung durch das herzogliche Hofgericht oder desjenigen Gerichts, an welches der Herzog den Rechtsstreit zur Entscheidung verweisen würde, unterwerfen wollten.³⁾

Die in der Stadt anwesenden Fremden konnten ebenfalls der städtischen Gerichtsbarkeit sowohl als Kläger als auch als Beklagte unterstellt werden. Sie waren jedoch nicht verpflichtet sich wegen einfacher Schuldforderungen vor dem städtischen Gerichte belangen zu lassen, da ja das *forum domicilii* das in erster Reihe massgebende war. Wollte der Fremde der Vorladung des Bürgers Folge leisten, so liess er ihm durch den ihn die Vorladung bringenden Fronboten ankündigen, er wolle ihm ein Recht thun und beauftragte den Fronboten, den Bürger vorzuladen. Es bedarf also seitens des beklagten Fremden einer ausdrücklichen Acceptation der Vorladung, welche hier in der Weise erfolgt, dass der Beklagte wenigstens formell die Rolle des Klägers übernimmt, denn mit „dem *furbieten an gastes stat*“⁴⁾ wird auch die Vorladung charakterisiert, mit welcher ein Fremder einen rechtlichen Anspruch gegen einen Bürger geltend macht.

¹⁾ Chr. Meyer, Das Stadtbuch von Augsburg. Augsb. 1872. (S. 53.) a. 19 n. 1 u. 3.

²⁾ Regesta Bavarica IX. p. 64.

³⁾ Dieses Privileg wurde bestätigt durch Herzog Heinrich am 8. Januar 1417 (Reg. Bav. XII. p. 243.)

⁴⁾ Anh. L. VII. n. 1.

Eine beschleunigte Rechtshilfe wird dem Gast gewährt, indem der Bürger einer am Abend bewirkten Vorladung am folgenden Morgen schon zu entsprechen hat.¹⁾

Ein eigentliches Gastrichteramt, wie ein solches in München²⁾ bestand, war hier aber nicht zur Ausbildung gelangt, wie denn überhaupt das Gastrecht, welches in bairischen Rechtsquellen sonst sehr eingehend behandelt wird,³⁾ in Landshut nur durch wenige Vorschriften geregelt wurde.

Waren so die verschiedenen Klassen der ortsanwesenden Bevölkerung der städtischen Gerichtsgewalt unterworfen, so wurde durch das bereits erwähnte Privileg von 1316⁴⁾ der Stadt Landshut das Recht erteilt, über jeden schädlichen Mann zu richten, also überall im Lande einen solchen zu verfolgen und dem städtischen Gerichte zur Bestrafung zu überweisen.

Während im Interesse der Sicherung des allgemeinen Landfriedens eine solche Ausdehnung der Jurisdiktion der Stadtgemeinde in dem Sinne, dass sie die schädlichen Leute auch ausserhalb des Burgfriedens gefangen nehmen und dem Stadtgerichte zur Aburteilung überweisen könnte, auch München erteilt wurde,⁵⁾ war hier von dem in Landshut vorgeschriebenen Beweise über die Schädlichkeit des Abzuurteilenden Umgang genommen worden.

Die Herzoge waren auch ferner bestrebt durch derartige Privilegien die Städte mit den diesen zu Gebote stehenden Hilfsmitteln zur Unterdrückung der die Rechtssicherheit des Landes in höchstem Grade gefährdenden schrankenlosen Selbsthilfe, zur Herstellung von Ordnung im ganzen Herzogtum erfolgreich herbeizuziehen. Man begnügte sich nicht damit, von Städten wie von den andern Ständen die abgeschlossenen Landfrieden⁶⁾ beschwören zu lassen, sie also

¹⁾ Anh. L. VII. n. 1.

²⁾ Wehner S. 61 f.

³⁾ Vgl. hierüber Osenbrüggen, die Gastgerichte in seinen: Studien zur deutsch-schweizer. Rechtsgeschichte. Schaffhausen 1868. S. 47 ff.

⁴⁾ Kalcher S. 6.

⁵⁾ Vgl. Wehner S. 19 u. 61 (M. B. XXXV. II. p. 112).

⁶⁾ Solche Landfrieden begegnen in Bayern schon seit 1244 und wiederholen sich, vgl. Rockinger: Zur äussern Gesch. d. älteren bayerischen Landfrieden (Abh. d. bayer. Akad. hist. Cl. Bd. X. S. 433 ff.)

zur Beobachtung der einzelnen Landfriedensbestimmung zu verpflichten, sondern man beanspruchte von den Städten, deren Verkehr durch diese trostlosen Zustände besonders beeinträchtigt wurde, eine directe Mitwirkung zur Aufrechthaltung des Landfriedens. Und so sehen wir, dass auch Herzog Stephan der ältere 1364 (17. Mai)¹⁾ — durch unser selbers nutz und frum, und besunderleichen durch unsers Landes frid, er und notdurft willen — der Stadt Landshut auf 2 Jahre und dann bis auf Widerruf das Recht bestätigt mit dem Stadtrichter jeden schädlichen Mann²⁾ in allen Gerichten des Landes zu ergreifen und abzuurteilen. Die Konfiskation des Vermögens eines auf diese Weise gefangenen Verbrechers stand aber nur dem Gerichte, in dessen Bezirk die Gefangennahme erfolgt war, zu³⁾. Diese durch die momentane Notlage hervorgerufene Gerichtsgewalt gibt sich durch ihre zeitliche Begrenzung resp. durch ihren provisorischen Charakter schon als eine Ausnahmsjurisdiktion zu erkennen. Man könnte sie vielleicht mit der durch die Verhängung des Belagerungszustands über einen Bezirk herbeigeführten Ausdehnung der Kompetenz der Kriegsgerichte im heutigen Staate vergleichen.

Durch Privilegien dieser Art war der Keim zu ernststen Kompetenzkonflikten gelegt, da bei den sich durchkreuzenden Rechtssphären nur bei gutem Willen sämtlicher Beteiligten Klagen über Eingriffe in eine andere Jurisdiktionsgewalt zu vermeiden waren. So beklagte sich denn auch Herzog Heinrich in seiner Beschwerdeschrift 1408⁴⁾ über die von Landshut, dass sie in seinem Fürstentum nach Belieben seine Untertanen mit Leib und Gut gefangen

¹⁾ Kalcher S. 71 f.

²⁾ Der von den Herzogen Stephan, Albrecht und Wilhelm am 19. November 1352 für Niederbaiern errichtete Landfrieden fixiert diese Kategorie: schedleich lewt, ez sy rauber, prennner, mordrar oder dewb (Qu. u. Er. VI. p. 421).

³⁾ Kalcher S. 72 — daz si mit unserm Statrichter daselben nach einem yegleichen schedlichen mann, wer der war, in allew gericht in unserm Land wol greyffen mügen und sullen, wir noch dhain unser Amptman, Vitztum, Richter, Schergen oder wie die genant sind, si ninder daran irren noch engen in dhainer weis und sullen si allzeit dar zu genaedichleichen beschirmen, und swer In des rechten hintz dem selben schedleichen mann hilffet, der sol des gen unsern genaden und gen allen unsern Amptläuten, Vitztumen, Richtern, Schergen, wie die genant sind, an irem leib und güt unengolten beleiben. Wir wellen auch swas Hab ein schedleich man hat, der gevangen wirt, die sol allew in dem Gericht beleiben dar inn er gevangen ist.

⁴⁾ Staudenraus I. S. 114 (n. 6.)

genommen und bestraft hätten. Der Herzog bezeichnete diesen Eingriff in seine Justizgewalt als einen unberechtigten, indem er behauptete, die Landshuter hätten „nicht mehr Recht als andere Städte und Märkte, also dass sie Niemand greifen und richten sollen, er sei denn gefangen zu Landshut in der Stadt“. Zu dieser einschränkenden Auslegung des Privilegs fehlt es aber in dem Wortlaute des Privilegs von 1316¹⁾ — das sy wol gewolt habent zerichten über einen yeglichen Schedeleich man — an jedem Anhaltspunkte. Dass der Herzog (Heinrich XIV.) den Landshutern ein Recht verliehen habe, welches ihnen nach der Kompetenzregulierung des Stadtrechts von 1279, das nur die todeswürdigen Verbrechen der herzoglichen Gerichtsbarkeit vorbehielt, schon zustand, lässt sich nicht annehmen. Dagegen ist es nahezu als sicher zu betrachten, dass der junge Herzog Heinrich das Privileg, dessen Erteilung eine seiner ersten Regierungshandlungen gebildet haben dürfte²⁾, wohl nach dem Vorbilde des 1315 von König Ludwig, dem bisherigen Vormunde Herzog Heinrichs den Münchner Bürgern erteilten Privilegiums hatte abfassen lassen. Kraft desselben stand den Münchnern das Recht zu, alle diejenigen, welche ihnen oder dem Lande schädlich seien, im ganzen Lande, „wo sie denselben ankommen mögen zu fangen und nach München zu führen, um sie daselbst mit dem Rechte zu überwinden.“³⁾

Eximiert von der städtischen Gerichtsgewalt⁴⁾ war das herzogliche Hofgesinde⁵⁾, das nach altem Herkommen der Jurisdiktion des Hofmeisters unterstellt war⁶⁾.

¹⁾ Kalcher S. 6.

²⁾ Riezler II. S. 323 lässt Heinrich 1317 die Regierung des Landes übernehmen mit Rücksicht auf eine Urkunde vom 16. Sept. 1317 (Reg. Ludw. n. 269), da er dieses durch Kalcher erst edierte Privileg vom 24. Juni 1316 noch nicht kannte.

³⁾ Wehner S. 19.

⁴⁾ Vgl. n. 9 der Beschwerdeschrift des Herzogs Heinrichs des Reichen 1408 bei Staudenraus I. S. 115.

⁵⁾ Für München schlichtete der Albertinische Rezess von 1561 die wegen der Jurisdiktion über die Hofbeamten fortlaufenden Kompetenzkonflikte durch die Bestimmung, dass „alles Hofgesinde, edel oder unedel, solange es im fürstlichen Dienste steht, samt dessen Hausfrauen, Kindern, Dienern und Hausgesinde auch in Zukunft wie bisher von der bürgerlichen Obrigkeit exempt und frei sein und bleiben sollte (Wehner S. 6).

⁶⁾ Herzog Heinrich erklärt 1337 (Kalcher S. 33) daz wir unsers Spitals

Ob der von Herzog Heinrich den Landshutern vorgeworfene Eingriff in seine Gerechtsamen, dass sie durch Einwirkung auf Nichtlandshuter es erzielten, dass diese das Stadtgericht zu Landshut als Gerichtsstand in ihren Rechtsstreitigkeiten vereinbarten (forum prorogatum) vollständig begründet wäre, dürfte wenigstens in dieser Ausdehnung zweifelhaft sein, doch mögen immerhin einzelne Fälle vorgekommen sein, welche des Herzogs Beschwerde veranlasst haben, die Landshuter hätten Unterthanen aus des Herzogs Landgerichten und Schlössern insbesondere Urbar- und Eigenleute beredet ¹⁾, zu versprechen und zu verantworten vor dem Bürgergericht.“ ²⁾

3. Das Gerichtspersonal.

Neben den Richtern, dem Stadtrichter (später Oberrichter) und seinem Stellvertreter, dem Unterrichter, waren für die Handhabung der Rechtspflege noch Urteilfinder, Fronboten und seit dem 15. Jahrhundert mit dem Aufkommen der Schriftlichkeit im Prozesse auch ein Gerichtsschreiber notwendig.

Die Urteilfinder.

Während in Oberbaiern durch die Einführung der Gesetzgebung Kaiser Ludwigs, welche den Richter verpflichtete, nach „des Buches Sage“ selbst das Urteil zu sprechen und zunächst nicht mehr durch Frage an die Schranne von den Schöffen finden zu lassen, ³⁾ blieb in Niederbaiern das altgermanische Gerichts-

der Rechtsgang wesentlich umgestaltet worden war

ze Lantshüt Chaplan und Pfaffen, di si jetzû haben oder fürbaz gewinnen — ze besundern hofgesinde genumen haben ewichlichen. Nicht nur Rang, sondern auch alle dem Hofgesinde, speziell der Hofgeistlichkeit zustehenden Rechte werden ihnen ausdrücklich zuerkannt.

¹⁾ Staudenraus I. S. 114 (n. 4).

²⁾ Als einen weiteren Beschwerdepunkt (n 16) machte der Herzog geltend, dass, wenn die durch landgerichtliches Erkenntnis Verurteilten das Bürgerrecht in der Stadt erwerben oder wenn sie Verwandte in der Stadt hatten, dann die Exekution des landgerichtlichen Urteils durch die Stadt verhindert würde (Staudenraus I. S. 116).

³⁾ v. d. Pfordten Studien S. 307.

verfahren in Geltung.¹⁾ Der Richter leitete die Verhandlung, und das war auch in Landshut der Fall, nahm aber an der Urteilsfindung selbst keinen Teil. Er blieb nur ein Frager und Verkündiger des Rechts, das Urteil aber wurde gefunden von den anwesenden Bürgern, unter welchen, wie gezeigt wurde, Mitglieder des Rats sich in hervorragender Weise an der Rechtssprechung beteiligten, aber immer in Verbindung mit andern dingpflichtigen Bürgern, welche auch bei dem Rechten sassen. Der Kreis der zur Urteilsfindung herangezogenen Bürger war kein fest abgeschlossener, die Zahl der anwesenden Urteiler war trotz der bestehenden allgemeinen Dingpflicht eine sehr verschiedene.

Das Urteil wurde in der Weise gefunden, dass der vorsitzende Richter einen seiner Beisitzer um das Urteil befragte, und zwar sollte der Richter sich nicht immer mit der Urteilsfrage an den Kammerer, Bürgermeister oder Redner wenden, sondern nach seinem Gutdünken auch unter den übrigen Beisitzern zuerst Umfrage halten.²⁾ Der um das Urteil Befragte findet dasselbe aber nicht allein, sondern beratschlagt mit seinen Kollegen, den übrigen Beisitzern, und verkündet dann das Ergebnis dieser Beratung als sein und der übrigen Beisitzer Urteil dem Richter — er sol, ee er das recht und urteil spricht mit seinen ratgenossen, die bei im an dem rechten sitzen, besprechen und underreden, domit er dester pas wisse seinem aide und gewissen genug zu tun. Wenn keine Übereinstimmung aller Beisitzer bezüglich des Urteils erzielt wurde, dürfte das der Majorität als das allein gültige betrachtet worden sein,³⁾ wenn auch das Urteil, auf das sich die Stimmen der Minorität der Beisitzer vereinigt hatte, durch den Gerichtsschreiber aufgezeichnet werden musste,⁴⁾ wahrscheinlich damit

¹⁾ Die Gerichtsordnung von 1520 hebt bezüglich des Richtereides diesen Unterschied hervor, indem sie (Tit. 1, Gesetz 2) für den Richter, „der nit Beysitzer, Rechtsprecher oder urtaylor bey im hat, und allain urttl spricht, wie dann in Obern Bayrnlannd an vil ortten der gebrauch ist“ den Eid anders formuliert als für den Richter bei einem Gerichte, „bey wellichem Beysitzer, Rechtsprecher und urtaylor sein und der richter allain der urtail anfragt.“

²⁾ Anh. L. XIX. n. 2.

³⁾ Vgl. Ssp. II. 12 § 10; Schwsp. c. 96 § 2 (Gengler) und c. 147 § 1; Planck I. S. 265.

⁴⁾ Anh. L. XIX. n. 4: wär es aber, das sie sich zwaieten mit der urteil, so sol man die merer und die miner urteil beschreiben.

bei einer etwaigen Appellation die zwei bezüglich des Urteils auseinander gehenden Meinungen der höheren Instanz zur eingehenden Prüfung vorgelegt werden konnten, welche Vorlage ja ausdrücklich vorgeschrieben war.¹⁾

Der Gerichtsschreiber.

Da der notarius civitatis, der nach den Verordnungen von 1256²⁾ mit dem Fronboten die verfallenen Geldbussen einzuziehen hatte, nicht als Organ des Stadtgerichts, sondern als Stadtschreiber und Organ der städtischen Finanzverwaltung zu charakterisieren war, so können Vorschriften über das Gerichtsschreiberamt erst aus der Stadtgerichtsordnung Herzogs Heinrich angeführt werden. Nach dieser³⁾ musste das Endurteil durch den Gerichtsschreiber aufgezeichnet und verlesen werden, eine Massregel, die nach dem beim Hofgerichte eingeführten Verfahren auch in den Stadtgerichten zur Anwendung kam, „domit man dann die urteil nit verkern und albegen lauter finden müge als oft des notturftig ist.“ Die Aufzeichnung des Urteils erschien namentlich für den Fall geboten, wenn die Partei erst nachträglich die Ausstellung eines Urteilsbriefs beantragte.³⁾ Das Urteil wurde mit dem Siegel des Richters versehen und dem Gerichtsschreiber zur Aufbewahrung übergeben. Wenn das Urteil nicht einstimmig von den Gerichtsbeisitzern gefunden worden war, so musste sowohl das Urteil der Majorität als das der Minorität durch den Gerichtsschreiber schriftlich fixiert werden.

Durch die Landesordnung von 1474⁴⁾ wurde die Besetzung aller Gerichte mit einem vereidigten Gerichtsschreiber festgesetzt, dessen Geschäftsumfang und Gebühren genau geregelt.⁵⁾ Getreue

¹⁾ Anh. L. XIX. n. 8.

²⁾ Anh. XIX. n. 4.

³⁾ Stölzel, Die Entwicklung des gelehrten Richterthums. Stuttgart 1872. I. S. 177.

⁴⁾ Diese Vorschrift ist keine Neuerung, denn Gerichtsschreiber begegnen in bairischen Gerichtsbriefen schon lange. Sie wurde auf Antrag der Stände nur wieder eingeschärft (Krenner VII. S. 427). In Oberbaiern hatte K. Ludwigs Rechtsbuch schon angeordnet, dass der Richter nur im Beisein des Gerichtsschreibers urteilen soll (a. 3 bei Freyberg IV. S. 396).

⁵⁾ Krenner VII. S. 484.

Aufzeichnung der Vorträge der Parteien und deren Vertreter, sorgsame Aufbewahrung der zu Gerichtshanden übergebenen Urkunden und wahrheitsgetreue Niederschrift der Urteilsbriefe, die erst übergeben werden durften, nachdem sie durch den Richter, die Fürsprecher und die von der Schranne bestellten Überhörer verhört waren, zählten zu den vorzüglichsten Funktionen der Gerichtsschreiber.

Der Fronbote.

Als ein zur Durchführung des Rechts, insbesondere zur Exekution der Urteile und richterlicher Befehle berufenes Organ der Rechtspflege war der Fronbote stets ein notwendiges Glied der städtischen Gerichtsverfassung, nicht aber ein im Privatdienste des Richters stehender Diener. Schon in den Verordnungen von 1256 geschieht desselben Erwähnung. c. 21¹⁾: Statuimus, quod nullam emendam preco aut aliquis servorum iudicis suscipiat absque notario civitatis, qui ipsas inscribat.

Die Eintreibung der Geldbussen ist also die am frühesten hervortretende seiner Funktionen. Neben ihm erscheinen jedoch auch Richtersknechte mit der gleichen Aufgabe betraut. Dass der Fronbote selbst an die Anwesenheit des Stadtschreibers gebunden ist, dürfte nur als vorübergehende Massregel und lediglich bezüglich der wegen Übertretung dieser Polizeiverordnung verhängten Geldbussen angeordnet worden sein, da nur von diesen ein Teil der Stadt und einer dem Richter zufiel, so dass also die beiden Bezugsberechtigten die Einkassierung wegen der Kontrolle durch ihre beiderseitigen Organe vornehmen lassen sollten. Im Stadtrecht von 1279 ist von den Funktionen des Fronboten — apparitor seu praeco civitatis wird er im Stadtrecht, vronbote²⁾, ambtman³⁾, scherge in spätern Rats- und Gemeindebeschlüssen genannt — ist schon eingehender die Rede. Für die Forderungen der Bürger kann er namentlich Pfändungen und andere zur Eintreibung derselben diensame Zwangsmittel im ganzen Gebiete des Herzogtums zur Anwendung bringen, wie § 2 des Stadtrechts von 1279

¹⁾ Qu. u. Er. Vp. 157.

²⁾ z. B. Anh. L. VII. n. 1, VIII.

³⁾ z. B. Anh. L. XI. n. 1, XVIII. n. 1.

besagt: Item quod apparitor seu praeco civitatis potest auctoritatem suam dare cuicunque placuerit, pro debitis civium, ut eisdem det pignora et exerceat alia in omni jurisdictione et dominio nostro pro rebus civium vehendis.¹⁾ Seine Stellung ist sonach, wie die Fassung dieses Paragraphen bezeugt, durchaus keine untergeordnete; in seinem amtlichen Wirkungskreise erfreut er sich einer autoritas. Einen Beweis für die Bedeutung des Fronbotenamtes bietet jene angeführte Satzung, welche den Fronboten zur Stellvertretung des Richters bei Immobilienverpfändungen ermächtigt. Er genießt eine grosse Selbständigkeit und ist in Ausübung der ihm zugewiesenen amtlichen Funktionen von jeder Beeinflussung durch den Richter unabhängig, was ausdrücklich hervorgehoben wird. § 10²⁾: Item apparitor seu praeco ad petitionem civis non requisita licentia vel voluntate iudicis interdicet pignora et evocandos ad iudicium evocabit. Die Parteien wenden sich direkt an ihn mit ihren Anträgen um Beihülfe zur Durchführung ihrer Rechtsansprüche bzw. Sicherung derselben.

Neben der Pfändung gehörte Beschlagnahme von Gütern³⁾ und die Vorladung⁴⁾ der Beklagten vor Gericht zu seinen amtlichen Verrichtungen.

Dem Fronboten waren zur Ausführung seiner Gerichtsexekutionspflichten einige Richterknechte beigelegt, welche namentlich da, wo sich den Vollstreckungshandlungen Widerstand entgegenstellte, mit Anwendung von Gewalt vorgehen mussten, z. B. bei einer Pfandanlegung, wenn der Schuldner dem Fronboten seine Behältnisse nicht öffnen wollte.

Der Fronbote konnte aber ursprünglich nicht selbständig die Richtersknechte zur Hülfeleistung bei seinen dienstlichen Verrichtungen requirieren, denn sie können nur mit Genehmigung des Kammerers den Parteien ihre Dienste widmen. Wenn also der Schuldner die Pfändung seiner Objekte auf Grund eines gerichtlichen Erkenntnisses nicht dulden wollte — so läuft dann der

¹⁾ Gengler Stadtr. S. 233.

²⁾ Gengler Stadtr. S. 234.

³⁾ § 8 u. 9 *ibid.*

⁴⁾ § 10; *ibid.* Anh. L. VII n. 1.

chlager mit dem amptmann zu dem chamberer, der erlaubt im dann die richtersknecht.¹⁾)

Dies Verfahren erwies sich aber als zu langwierig und den Zwecken der Exekution wenig förderlich, indem der Schuldner die Pause, in welcher des Kammerers Genehmigung erholt wurde, zur Verschleppung seiner Mobilien benützte, so dass eine spätere Pfändung ergebnislos blieb und der Gläubiger das Nachsehen hatte.

Die Landshuter, stets bereit den Interessen des rechtsuchenden Publikums entgegenzukommen und alle Missbräuche, welche sich in der Praxis des Rechtsverfahrens herausgestellt hatten, zu beseitigen, räumten durch ein Statut von 1419²⁾ dem Fronboten das Recht ein, selbständig die Richtersknechte bei allen Fällen, welche Zwangsmassnahmen erheischten, zur Hülfeleistung zu anbieten. Gleichzeitig wurde zur Ermöglichung der Exekution bestimmt, dass der Gläubiger selbst beim Hause des zu pfändenden Schuldners wachen sollte, damit in der Zeit, in welcher der Fronbote die Richtersknechte holte, keine Gegenstände entfernt würden.

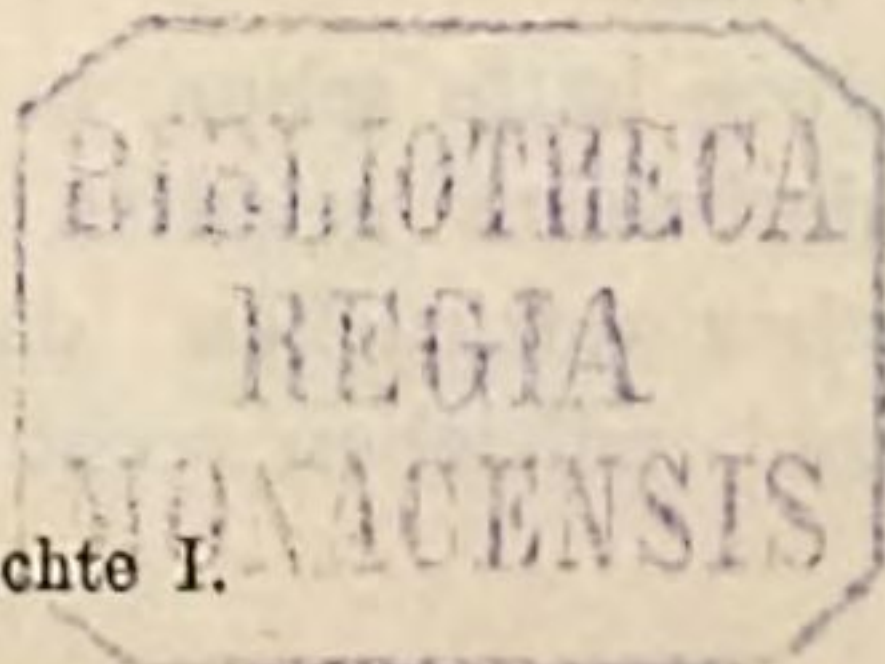
Verschieden von den Fronboten und den Richtersknechten sind die 2—3 beeidigten Gerichtsboten, welche durch Ratsbeschluss von 1462³⁾ angestellt wurden, um vom Publikum zur Verschickung nach auswärts in allen Rechtsangelegenheiten benützt zu werden — wer si von gerichtz wegen ausschick mit kuntbriefen oder andern sachen, das si von rechtens wegen werben und antwurt vor gericht widerumb sogen sullen. Sie waren von den Parteien, welche sie ausschickten, für die einzelnen Gänge selbst zu bezahlen und hatten 1—2 ſ über den gewöhnlichen Botenlohn pro Meile zu beanspruchen. Ihr Diensteid verpflichtete sie zur treuen Besorgung der ihnen erteilten Aufträge. Diese Gerichtsboten haben also im Gegensatze zu den Fronboten nicht etwa selbst Exekutionsakte vorzunehmen, sondern einfach Botendienste für das recht-suchende Publikum zu besorgen.

Kaiser Ludwig bereicherte 1345 das Gerichtspersonal, indem er aus besonderer Gnade für Rat und Bürger zu Landshut einen

¹⁾ Anh. L. VIII. (1419).

²⁾ Anh. L. VIII.

³⁾ Anh. L. XI. n. 2.



Henker daselbst anstellte,¹⁾ ihm hier seinen Wohnsitz anwies. Denn es scheint sich lediglich um eine Transferierung des Amtssitzes von Rotenburg nach Landshut gehandelt zu haben, da er ausdrücklichen Befehl erhielt seinen Dienst im Rotenburger Gericht wenn man seiner dort bedürfe, in gleicher Weise wie zu Landshut zu verrichten. Ausserdem wurden seine Amtseinkünfte auf Dienste von Huben, die bisher dem Rotenburger Richter dienten, angewiesen.²⁾ Der Scharfrichter, auch Züchtiger genannt, bezog, wie aus den städtischen Rechnungen ersichtlich ist, für jede Strafvollstreckung noch eine besondere Gebühr aus der Stadtkasse.³⁾ Dem Züchtiger war sodann die Aufsicht über das „Frauenhaus“ übertragen, welches wie in andern Städten auch in Landshut schon frühe, im sittenpolizeilichen Interesse errichtet war, bis, wie erwähnt, 1404 in Folge eines skandalösen Auftritts, an welchem sich der Züchtiger mit den Dirnen beteiligt hatte, eine Wirtin als Aufseherin bestellt wurde.⁴⁾

4. Die Fürsprecher.

Im Anschlusse an das Gerichtspersonal soll hier von den Parteivertretern oder Fürsprechern gehandelt werden, welche sich allmählich zu einem wesentlichen Faktor der Gerichtsverfassung entwickelt hatten. Für eine Verbeistandung des Recht suchenden Publikums war in verschiedener Weise⁵⁾ Fürsorge getroffen worden. Dabei war es aber jeder Partei unbenommen, soferne sie die erforderliche Fähigkeit zu besitzen glaubte, ihre Interessen im Prozesse

¹⁾ das wir wellen, das fürbas ein henkcher allweg ze Landshüt mit wesen sein und beleiben sol (Kalcher S. 54).

²⁾ Kalcher S. 54.

³⁾ Als Ausgabeposten für den Züchtiger Maister Friedrich werden verrechnet „da er dem Chramer die augen solt ausgestochen haben, hat er in gar an die stat geführt 70 $\mathfrak{S}$, von des Auer puben zu streichen 70 $\mathfrak{S}$, von der fraun, die er durch zendt hat prent, die der Zyner in seiner chamer funden hat 54 etc. (Heigel Einl. S. 266).

⁴⁾ Stadtbuch f. 92.

⁵⁾ Kaiser Ludwig hatte schon in einer am 6. April 1340 den Vitztumen und Richtern Niederbaierns erteilten Instruktion Ersteren befohlen an allen Gerichten Fürsprecher aufzustellen, damit arm und reich besorgt sein, daz ye dem mann recht und redleichen recht widervaren (Qu. und Er. VI. S. 360).

selbst zu wahren und von der Beiziehung eines Rechtsbeistands Umgang zu nehmen¹⁾ — das euch ein iglicher, der für recht kompt, sein wort wol selber tun und fürpringen mag.²⁾

Im Laufe des 15. Jahrhunderts bietet sich für Rat und Gemeinde zu Landshut häufig Gelegenheit durch autonome Satzungen die Verhältnisse der Parteivertreter zu regeln. Auf Grund dieser war es den Parteien gestattet, in allen Rechtsangelegenheiten, welche zur (gerichtlichen) Kompetenz des Stadtrats gehörten, sich zwei Ratsmitglieder³⁾ zum Beistand zu wählen und zwar das eine als Redner und das andere als Berater. Das Wahlvorrecht stand dem Kläger zu; erst nachdem dieser dasselbe ausgeübt hatte, durfte der Beklagte seinen ersten Beistand wählen, worauf Kläger und dann wieder Beklagter zur Wahl ihres zweiten Beistands schreiten konnten.⁴⁾ Auf die Zahl von zwei Ratsmitgliedern war aber jede Partei beschränkt, doch durfte statt des einen Rats der Kammerer selbst, mit dem eine Partei befreundet war, von ihr als ihr Rechtsbeistand erwählt werden. Für das gewählte Ratsmitglied wurde durch Ratsbeschluss von 1460 die Pflicht zur Annahme der Parteivertretung statuiert,⁵⁾ doch schon nach 5 Jahren empfanden die Ratsherrn diesen Zwang als lästig und beseitigten ihn deshalb wieder.⁶⁾

Zum Fürleger konnte jeder Landshuter Bürger von einer Partei angenommen werden mit Ausnahme der Fürsprecher, die weder als Fürleger noch als Ratleute und Anweiser aufgestellt werden

¹⁾ Anh. L. XIX. n. 5.

²⁾ Dass ein Zwang sich eines Fürsprechers zu bedienen für die Parteien ursprünglich allgemein nicht bestand, weist nach Maurer, Geschichte des altgermanischen und altbayerischen öffentlichen Gerichtsverfahrens. Heidelb. 1824. S. 124 f. Vgl. Landesordnung 1491 bei Krenner XII. S. 341.

³⁾ Die Fähigkeit als Fürsprecher zu fungieren ging nach einigen norddeutschen Rechtsquellen dem Richter ab, insbesondere soll nach dem Rechte Hamburgs (VI. 29) und Lübecks (III. 324) kein Mitglied des sitzenden Rats ausser in solchen Fällen, wo es ohnehin abtreten muss, Fürsprecher sein. Planck Gerichtsverf. I. S. 199.

⁴⁾ Anh. L. XIII. n. 1. (1425).

⁵⁾ Anh. L. XIII. n. 1.

⁶⁾ Anh. L. XIII. n. 4. (1465).

durften.¹⁾ Vier Kategorieen von Rechtsbeiständen werden hier unterschieden, von denen drei in einem Gegensatz zu den Fürsprechern gebracht werden.

Fürsprecher²⁾ sind nun offenbar die für den Dienst in den Gerichtsverhandlungen in bestimmter Anzahl aufgestellten Vertreter, deren sich die Parteien bei ihren Rechtshändeln nach Belieben bedienen konnten. Im Gegensatze zu den Fürsprechern, so hiessen nur die für den Dienst in der Schranne angestellten Parteibeistände, wurden die in den Sitzungen des Stadtrats verwendeten mit Parteivorträgen betrauten Personen als „Redner“ bezeichnet. Von diesen zu unterscheiden sind die Fürleger, welche nicht berufsmässig Fürsprecherdienste leisteten, aber für jede Partei, die sie hierzu aufforderte, die Funktionen eines Fürsprechers versah,³⁾ während die Ratleute, wie ihr Name besagt, sich darauf beschränkten, einer Partei Ratschläge für die Führung ihres Prozesses zu erteilen. Wesentlich unterschieden von den bisher angeführten Kategorieen sind die Anweiser, welche auch durch das Münchner Stadtrecht (a. 120)⁴⁾ als Vertreter der Witwen, Waisen, der Unmündigen und Geistlichen eingeführt werden.⁵⁾

Neben den Anweisern⁶⁾ wurden in Baiern auch noch Fürsprecher⁷⁾ in den Prozessen für solche Parteien, welche der Anweiser bedurften, beigezogen. Sie unterstützten dann die Fürsprecher, indem sie dieselben anwiesen, in welcher Weise sie ihre

¹⁾ Anh. L. XIII. n. 1 (1425): es mag auch ieder tail zu fürlegern nemen, wen er will, der purger ist in der stat L., ausgenomen die vorsprechen sol niemat nemen weder zu fürlegen, ratleuten noch anweisern.

²⁾ In Baiern scheinen die Fürsprecher seit Ende des 12. oder Anfang des 13. Jahrhunderts aufgekommen zu sein (Riezler II. S. 146.)

³⁾ Ueber den Gebrauch der Bezeichnung „Fürleger“ im Sinne von Fürsprecher vgl. Münchner Hofgerichtsspruch von 1432 bei Lori, Geschichte des Lechrains II. S. 123 und Nietzsche, De prolocutoribus. Lips. 1831. p. 11.

⁴⁾ Auer S. 48; vgl. auch bairisches Landrecht tit. I. 9 (Freyberg S. 398).

⁵⁾ den sol der richter anweiser geben, das sie zuo irn rechten dester paz chömen.

⁶⁾ Es ist hier an die Gerichtsvormünder des Ssp. (I. 43, 44, 46) zu erinnern, welche im sächsischen Rechtsgebiete ungefähr für die gleichen Personenkategorien notwendig waren (vgl. Planck, Gerichtsverfahren S. 177 ff.)

⁷⁾ z. B. M. B. XX. p. 455.

Vorträge einrichten sollten.¹⁾ In Landshut dürften ungefähr dieselben Personen, welche das Münchner Stadtrecht anführt, der Unterstützung eines Anweisers teilhaftig gewesen sein. Für die Juden wurde es in dem Privileg Herzogs Friedrich von 1380²⁾ anerkannt, dass man ihnen, wo sie vor den Richtern zu rechten haben, Anweiser zu ihren Rechten geben soll.³⁾ Den Witwen erteilt ein Ratsbeschluss von 1474⁴⁾ die Befugnis, sich einen Anwerf zu nehmen aus denjenigen Ratsmitgliedern, welche bei der Aburteilung in der betreffenden Rechtssache nicht zu funktionieren haben.⁵⁾ —

Als ein schwerer Übelstand wurde der Mangel einer hinreichenden Anzahl von „Rednern“ im Ratskollegium empfunden — es waren deren nur drei vorhanden und auch diese öfters durch Privatangelegenheiten verhindert, so dass eine Gefährdung des Rechtsschutzbedürfnisses des Publikums befürchtet werden musste. Da die Parteien in Folge dieses Mangels oft nicht zu ihren Rechten kommen konnten, machte der Rat 1465 den Versuch diesem Mangel dadurch abzuhelpen, dass er die Zulassung der Fürsprecher als Redner, also der zum Dienste an der Schranne aufgestellten Parteivertreter zum Dienste in den gerichtlichen Verhandlungen des Stadtrats befürwortete. Obwohl nun der Vor-

¹⁾ Nietzsche p. 66; in primis vero eis formulas suppeditabant, quae non erant in promptu.

²⁾ Reg. Bav. IX. p. 64.

³⁾ In der Bestätigung des Privilegs durch Herzog Heinrich von 1417 (Reg. Bav. XII. p. 243) ist allerdings nur mehr von Prozessen vor den herzoglichen Richtern die Rede.

⁴⁾ Anh. L. XIII. n. 5: 1474 ist durch mein herrn beschlossen, das ain iede wittib ainen anwerf aus meinen herrn vom rate ausserhalb der zwelfer, die am rechten sitzen, nemen mag. Da vermutlich nur die Mitglieder des innern Rats die Rechtsprechung handhabten, war die Witwe in ihrer Wahl auf die Mitglieder des äussern Ratskollegiums beschränkt.

⁵⁾ Jedenfalls kann nach dem Erörterten von einem ausschliesslichen Vorrechte der Fürsten Warner und Anweiser in ihren Prozessen beizuziehen nicht die Rede sein. Franklin (Das Reichshofgericht im Mittelalter. Weimar 1869. II. S. 185) erklärt das häufige Vorkommen dieser Erscheinung bei Fürstenprozessen damit, dass die Fürsten zu Fürsprechern Standesgenossen zu wählen pflegten, denen dann noch als Warner und Weiser Leute, die mit dem Formalismus des Rechtsgangs vertraut waren, beigegeben wurden.

schlag des Rats bei seinem ersten Einbringen nicht die Billigung der Gemeinde fand,¹⁾ machte sich doch der Mangel an Beiständen so energisch geltend, dass noch im Laufe desselben Jahres (1465)²⁾ der Vorschlag zum provisorischen Gesetze erhoben wurde, indem der Beschluss nur auf Widerruf gefasst und dem Rate die Befugnis zur Abänderung desselben eingeräumt wurde. Damit also die Parteien in Zukunft in ihren Rechten nicht mehr verkürzt würden, durften sie Fürsprecher gegen entsprechenden Lohn mit der Vertretung ihrer Rechtsstreitigkeiten betrauen — das die vorsprechen den lauten ir notturft im rechten fürbringen sulln, ob ainer mein herrn nicht gehabt haben mag.³⁾ In der Praxis scheint diese Satzung in der Weise ausgelegt worden zu sein, dass die Parteien sich der Fürsprecher auch bedienen mussten. Darum schritt man zu einer Interpretation, welche feststellte, dass es dem Belieben der Parteien anheimgegeben sei, Fürsprechern oder Ratsmitgliedern ihre Vertretung zu übertragen. —

Höchst eigentümlich erscheint eine Satzung (1441),⁴⁾ welche geradezu gestattet, dass derselbe Fürsprecher im nämlichen Rechtsstreite beiden Parteien seine Dienste leiste.⁵⁾ Sobald eine Verhandlung eines Rechtsstreits vom Rate vertagt wurde, konnte nämlich für die Fortsetzung derselben eine Partei denjenigen, welcher bei der ersten Verhandlung als Beistand der Gegenpartei thätig gewesen war, mit ihrer Vertretung betrauen — well dann aintweder ain tail dem andern seinen redner oder ratman nemen, den er vor gehabt und sein gehaim eingenomen hat, das stet zu demselben fürleger oder ratman, ob er das thuen well oder nicht.⁶⁾ Obwohl man also das anstössige Moment, dass der Betreffende in die Geheimnisse der Gegenpartei eingeweiht war, ins Auge

¹⁾ Anh. L. XIII. n. 3.

²⁾ Anh. L. XIII. n. 4.

³⁾ Ibid.

⁴⁾ Anh. L. XIII. n. 2.

⁵⁾ Eine derartige Bestimmung erscheint um so auffallender, als andere süddeutsche Rechtsquellen Prävarikation ausdrücklich verbieten z. B. Münchner Stadtrecht a. 63 (Auer S. 27); Schwsp. c. 72 § 5 (Gengler) und nach diesem das Brünner Recht (Nietzsche p. 39).

⁶⁾ Anh. L. XIII. n. 2.

fasste, stellte man es doch dem Anstandsgeföhle des Fürsprechers anheim, ob er zwei Herren dienen wolle.

Durch die Stadtgerichtsordnung Herzog Heinrichs wird den Bürgern gestattet auch einen Fremden als Rechtsbeistand vor dem Stadtgerichte zu verwenden. Seinen Beistand durfte dieser aber nicht auf Prozesse ausdehnen, in welchen beide Parteien Bürger waren; nur in den zwischen Gästen oder zwischen Bürgern und Gästen anhängigen Prozessen durfte er thätig sein — doch das im (dem Bürger, der einen befreundeten Fremden als Fürleger geworben hatte) dieselben nur in seinen sachen vor dem rechten raten und beigesteen mügen und nit recht sprechen umb sach, die sich dann zwischen den pürgern in der stat oder märkt verlaufen. was sich aber zwischen gestalten, oder purgern und gestalten erget, das sol besten und berecht werden als vorher komen ist.¹⁾

Diese Stelle bezeugt aufs neue die überhaupt in Niederbaiern²⁾ häufig nachweisbare³⁾ Übung, dass Fürsprecher (Parteivertreter überhaupt) zugleich als Urteilsfinder fungierten, eine Übung, welche in dem Bestreben ihren Ursprung fand, ein Sicherungsmittel gegenüber der Gefahr zu haben, welche für die Parteien aus dem

¹⁾ Anh. L. XIX. n. 1.

²⁾ v. d. Pfordten Studien S. 320 und die daselbst citierten Beispiele aus den Mon. Boic. (aus den Jahren 1378—1455). Schon die Instruktion K. Ludwigs an die Vitztume und Richter Niederbaierns von 1340 lässt diese Verbindung als üblich erkennen a. 11: Auch wellen wir, swelhem vorsprechen daz wortt ze sprechen ist verboten oder noch wirt, daz der selb fürbaz an dhainer stat dhain urtail tû, noch zu dhainem recht nicht chô, swo man ze rechten hab (Qu. und Er. VI. S. 360 f.)

³⁾ Merkel (Der Judex im bairischen Volksrecht in Zeitschr. f. Rechtsgeschichte. Bd. I. S. 141 ff.) erblickt in den Fürsprechern eine Fortsetzung der alten judices und in dieser Verbindung des Fürsprecheramtes mit der Urteilsfindung die Verwirklichung einer altgermanischen Rechtsidee. Das Unhaltbare dieser Annahme thut dar (Beseler (der Judex im bair. Volksrecht in Zeitschrift f. Rechtsgesch. Bd. IX. S. 255 ff.) unter Hinweis darauf, dass diese Verbindung durchaus nicht als bairische Institution zu betrachten ist (S. 259 f. 261). Siehe hierüber auch Zöpfl, Altertümer des deutschen Reichs und Rechts. Leipz. und Heidelb. 1860. II. S. 455. Gegen Merckels Auffassung wendet sich auch v. d. Pfordten S. 318 ff. in kurzer, trefflicher Darstellung des Verhältnisses.

Formalismus des altdeutschen Prozesses hervorging¹⁾ und deren Beobachtung sogar als richterliche Pflicht bezeichnet wurde.²⁾ Dieser Gebrauch wird in der Stadtgerichtsordnung ausdrücklich anerkannt, indem demjenigen vom Rat oder von den Rechtsbeisitzern, welche für den Kläger oder den Beklagten als Redner auftreten, befohlen wird, nach Verrichtung dieser Thätigkeit wieder unter den Rechtsprechern ihren Sitz einzunehmen und an der Urteilsfindung sich zu beteiligen.³⁾

Während aber den Gerichtsbeisitzern, welche eine Parteivertretung übernehmen, die Mitwirkung an der Findung des Urteils in derselben Sache gestattet ist,⁴⁾ wird den berufsmässigen Fürsprechern diese Beteiligung an der Rechtsfindung selbst geradezu verboten.⁵⁾ Es wird also ein scharfer Unterschied gemacht, zwischen denjenigen, welche die gerichtliche Verbeistandung ihrer Mitbürger unentgeltlich übernehmen und denjenigen Parteivertretern, welche der Zahl der angestellten Fürsprecher, die für ihre Vertretung besoldet wurden, entnommen wurden. Während man von jenen voraussetzen durfte, dass sie von der Gerechtigkeit der Ansprüche der Partei, zu deren Vertretung sie sich herbeigelassen hatten, überzeugt waren, erschien bei diesen der Verdacht begründet, dass sie selbst gegen ihre Überzeugung der von ihnen verbeistandeten Partei auch bei der Urteilsfindung zum Siege zu verhelfen

¹⁾ Siegel, Die Gefahr vor Gericht und im Rechtsgang (Sitzungsber. d. Wiener Akad. phil.-hist. Kl. Bd. 51. Wien 1866.) S. 137.

²⁾ Das Münchner Stadtrecht (VII. 34 Auer S. 277) besagt: Swenne die vorsprechen paidenthalben die sache fürgelegent, so sol der rihter der urtail des ersten vragē zwen, die in witzich tunchent und darnach die vorsprechen.

³⁾ Anh. L. XIX. n. 5.

⁴⁾ Anh. L. XIX. n. 5: das auch ain iglicher — ainen aus dem rate [oder] der an dem rechten sitzt, wol nemen und voderen mag der im sein wort oder dem antworter sein antwort thu, doch also das dieselben, die von dem rechten aufsten und den klägern und antwortern ire wort tun, widerumb an das recht sitzen und mitsampt den andern, die an dem rechten sitzen, recht sprechen.

⁵⁾ Dieses war am Beginne des 15. Jahrhunderts noch nicht der Fall, so dass eine Entwicklung in dieser Richtung sich innerhalb weniger Dezennien vollzogen haben muss. Als nämlich 1403 einem Fürsprecher zur Strafe die Ausübung seines Berufes temporär untersagt wird, heisst es, dass ihm das Recht und die Schranne verboten wird und dass er kein Urteil thun soll (Stadtbuch f. 92).

suchen würden — das furbas kain vorsprech nit mer urteil gebe und spreche umb der ursach willen, das ieder seinen tail auf seinen aid das recht zuspricht, es sei recht oder unrecht, darumb daz wol zu werfen ist.¹⁾ Im Einklange hiermit steht die Ansicht der niederbaierischen Stände, welche 1471 in ihrer Erklärung zu dem von Herzog Ludwig ihnen vorgelegten Artikel (Entwurf der Landesordnung) sagen, nur derjenige, welcher sich oder einem andern ausserhalb der Vorsprecher das Wort thut, soll nur, wenn er eigener Sache im Rechte das Wort redet, darin kein Urtheil sprechen; derjenige, der aber einem andern in Rechten redet, mag in derselben Sache wohl Recht sprechen.²⁾ In Herzog Georgs Landesordnung von 1491 wird sodann der bisherigen Entwicklung entsprechend die von den Parteien geworbenen oder besoldeten Fürsprecher oder Redner von der Urteilsfindung ausgeschlossen, indem festgesetzt wurde: „Und so einiger Rechtssatz, es sey zu endlicher oder unterredlicher Urtheil geschieht, so sollen nicht die Fürsprecher oder Redner, von den Partheyen geworben oder besoldet, als bisher geschehen ist, angesehen, dass sie ungerechte und falsche Urtheil, und ihrer jeder gemeiniglich nicht anders bisher gesprochen haben, dann was seiner Parthey gedient hat, sondern der vernünftigsten und ehrbarsten Urtheiler einer, so ungefährlich an dasselbe Gericht gesetzt ist, durch den Richter der Urtheil angefragt . . . Macht haben sich mit den andern Urtheilern . . . zu unterreden, dabey dann die Partheyen und ihre Beyständer noch niemand anderer, dann du oder der Richter, Gerichtschreiber und die Urtheilsprecher und kein Vorsprecher, der alsdann den Partheyen geredet hätte, oder von ihnen besoldet wäre,³⁾ seyn sollen.“⁴⁾

¹⁾ Anh. L. XIX. n. 7.

²⁾ Krenner VII. S. 308 f.

³⁾ Krenner XII. S. 338 f. Dieser Bestimmung entsprechend wurde auf Beschwerde der Landshuter Stände (Krenner XIII. S. 160) dasselbe Prinzip in der Landesordnung von 1501 (Krenner XIII. S. 273) auch auf die Procuratores und die um das Geld reden, zur Anwendung gebracht, indem deren Ausschliessung aus dem Hofgerichte sanktioniert wurde.

⁴⁾ Die bairische Gerichtsordnung von 1520 tit. I. 4: Auch füran die Vorsprecher und Redner der urtail nit mer angefragt werden, sonnder die anfrag allein an die geschwornen Urtailsprecher beschehen (vgl. Gerichtsordnung von 1616 I. § 4).

Über die ordnungsgemässe Ausübung des Fürsprecheramts wurde seitens der Stadt Landshut, wie ein Stadtbuchseintrag („Von dem dritten vorsprechen“) beweist, bereits eine scharfe Kontrolle geführt. Man sah ein, dass nicht nur auf die persönliche Tüchtigkeit, sondern auch auf die moralische Integrität eines Fürsprechers ausserordentlich viel ankomme. Ein schlauer Fürsprecher konnte durch Winkelzüge aller Art die Gegenpartei so in die Enge treiben, dass es ihr unmöglich war ihren rechtlich begründeten Anspruch durchzusetzen. Die Gemeinde war aber nicht gewillt eine solche Beeinträchtigung des Rechts ruhig mit anzusehen und als 1403¹⁾ innerer und äusserer Rat, Zünfte und 100 der tüchtigsten Bürger ihrer Notdurft wegen versammelt waren, beschlossen sie einem Fürsprecher, gegen welchen Anschuldigungen in dieser Richtung erhoben wurden, die Berufsausübung auf ungefähr 3 Jahre zu untersagen — daz hinfur dem Stiften, der 3. vorsprech an der schrann gewesen ist, daz recht und die schranne in der stat L. verpoten solt sein bis auf s. Jörgentag und darnach 3 jar und darzu die zeit nicht chomen noch chain urtail tun solt. Für eine Übertretung dieses Verbots wurde Strafe an Leib und Gut angedroht. Welcher Art die Vergehungen waren, die ihm zur Last gelegt wurden, kann man aus der ziemlich allgemein gehaltenen Anschuldigung nicht erkennen. Denn in den Worten derselben „wie der an der schrann arm leuten grozz schaden präch, wann wer den 3. vorsprechen het, so chund der ander tail wider in nichtz behaben, im beschach alzeit inval von gedings wegen oder von urtail wegen, alz sich daz an Wernhart dem Pauern gein dem Chrayburger wol erfunden hiet“²⁾, liegt ein Amtsvergehen nicht begründet. Dass sich der 3. Vorsprecher unerlaubter Mittel gegen den Prozessgegner bedient hat, geht aus der Beschuldigung nicht hervor. Man könnte ebensogut aus derselben folgern, dass der Beschuldigte ein schlauer, seinen Kollegen geistig überlegener Mensch gewesen, der die verwickelten Rechtsknoten stets im Interesse seiner Partei zu lösen verstanden hat, so dass nur in Anbetracht der Unbedeutendheit der übrigen Fürsprecher die Strafe des Gemassregelten angezeigt erschien. Vielleicht, und das

¹⁾ Stadtbuch f. 92. (1403, pfinztag nach Dionysi).

²⁾ Ibid.

ist sehr wahrscheinlich, soll aber mit dem Ausdruck inval ein rechtswidriger Angriff gegen den Gegner bezeichnet sein, so dass es unerlaubte Chikanen waren, welche er zur Einschüchterung des Gegners in Anwendung gebracht hatte, welche dann seine Disciplinierung veranlassten.

III. Das gerichtliche Verfahren.

Eine grössere Anzahl prozessualer Vorschriften wird an verschiedenen Stellen des Stadtbuchs zerstreut vorgetragen. Man erkennt hieraus, dass die Bürgerschaft, welche selbstthätigen Anteil an der Rechtssprechung nahm, den Mängeln des gerichtlichen Verfahrens eine Aufmerksamkeit schenkte, welche ihr Verständnis für den Wert einer zweckentsprechenden Gestaltung des Prozessrechts bekundet. Man merkt es aber bei manchen Satzungen, dass einzelne Erfahrungen sie ins Leben riefen und dass wenige Fälle, in welchen sich Mängel in der bestehenden Ordnung des Verfahrens gezeigt hatten, genügten, um den Apparat der städtischen Autonomiegewalt in Bewegung zu setzen. Eine zusammenfassende und, soweit dies möglich, systematische Darstellung dieser bunten Reihe prozessualer Rechtssätze, deren Inhalt teilweise ein hohes rechtshistorisches Interesse beanspruchen dürfte, soll im Nachfolgenden versucht werden. Im grossen und ganzen ist es die Struktur des rein deutschen Prozesses, die uns aus den einzelnen Bestimmungen entgegentritt.

1. Der Gang des Verfahrens.

Ladung. — Um die Thätigkeit des Gerichts anzuregen, musste derjenige, welcher seinen Rechtsanspruch durch gerichtliche Hülfe durchsetzen wollte, nicht nur Klage erheben, sondern auch dafür Sorge tragen, dass derjenige, gegen welchen sich sein Anspruch richtete, vor Gericht erscheine, um hier Rede und Antwort zu stehen. In der Regel war hierzu eine Vorladung des Beklagten erforderlich. Der Kläger liess diese durch den Fron-

boten (mündlich) bewirken, zu dessen Hauptaufgaben schon das Stadtrecht von 1279¹⁾ die Ladung der Beklagten rechnete.

Nach dem Grundsatz *actor sequitur forum rei* waren es vor allem Bürger, welche der Fronbote auf Antrag des Klägers zum nächsten Gerichtstage vorzuladen hatte. Der Fremde konnte nicht gezwungen werden sich auf eine Klage vor einem andern Gerichte als dem seines Wohnortes einzulassen. Nur sein freier Wille war es, wenn er einer an ihn ergangenen Ladung Folge leistete. In Landshut hatte der vorgeladene Gast deshalb dem Kläger durch den die Ladung bewirkenden Fronboten ankündigen zu lassen, dass er ihm hier zu Recht stehen wolle und dass er ihn zum Gerichte vorladen lasse — daz er im uf das recht gebiet, er well im ein recht tun und haizz im von im fürbieten an gastes stat.²⁾ Bei diesem Fürbieten an Gastes statt wurde also die an den Gast ergangene Ladung nur als eine Aufforderung Namens des Bürgers an den Gast betrachtet, die dieser nach Gutdünken annehmen und ablehnen konnte. Die Annahme der Ladung seitens des Fremden, verbunden mit der eigentlich wirksamen Ladung, hatte für den klägerischen Bürger die Pflicht zum Erscheinen vor Gericht zur Folge. Durch die Ladung wird also sowohl derjenige, auf dessen Betreibung die Vorladung erging als auch der Vorgeladene zum Erscheinen vor Gericht und zwar an dem in der Ladung bestimmten Tage verpflichtet. Dieser Erscheinungspflicht genügt man aber nur durch Anwesenheit im Gericht — dieweil der richter angevär sitzet an dem gericht. Sein Nichterscheinen, das durch den anwesenden Fremden konstatiert werden musste, machte ihn sachfällig — so ist dem burger bruch umb alles daz er hinz dem gast zesprechen hat.³⁾ In gleicher Weise wird auch der Fremde sachfällig, der, obwohl er einen Bürger des Nachts an Gastes statt vorladen liess, am andern Morgen in der Gerichtsverhandlung nicht erschienen war; ja dieser hat dem Richter ausserdem noch eine Busse zu entrichten. Die beschleunigte Rechtshülfe, welche dem Fremden in Landshut gewährt wurde, erwies sich dann als

¹⁾ § 10 (Gengler S. 234): *apparitor seu praeco ad petitionem civis — evocandos ad iudicium evocabit.*

²⁾ Anh. L. VII. n. 1 (1334).

³⁾ Anh. L. VII. n. 1.

ohne Grund beansprucht, so dass eine Busse für diese Frivolität wohl verwirkt war. Beim Erscheinen beider Parteien findet eine Vertagung auf den folgenden Gerichtstag nur statt, wenn nur ein Fürsprecher an der Schranne vorhanden ist.

Abgesehen von der Klage gegen einen Fremden bildete eine zweimalige Vorladung des Beklagten die regelmässige Voraussetzung der Klagestellung. Doch konnte sich der Kläger von der Vornahme des zweiten Ladungsaktes vom Kammerer dispensieren lassen, wenn er einen dringenden Grund zur Beschleunigung des Rechtsstreites hatte.¹⁾ Diese Dispensation des Kammerers, durch welche eine einmalige Ladung für genügend erklärt wurde, konnte aber naturgemäss nur bei den zur stadträtlichen Kompetenz gehörigen Prozessen erteilt werden, während eine solche Dispensationsbefugnis für das stadgerichtliche Verfahren nirgends erwähnt wird.

Eine einmalige Vorladung genügte ohne Dispens nur, wenn die Prozesssumme den Betrag von $\frac{1}{2}$ fl. S. nicht überstieg. Die Wirksamkeit der Vorladung erstreckte sich auf die nächsten 14 Tage. Liess der Beklagte diese Frist verstreichen ohne Einspruch zu erheben, so musste er entweder Zahlung leisten oder ein dem Wert der Forderung entsprechendes Pfand stellen, „den thuet er dann recht und legt si dann für als oben begriffen ist“²⁾.

Ward aber, und sei es auch in Folge einer Übereinkunft der Parteien, innerhalb dieser 14tägigen Frist, die Sache nicht zur gerichtlichen Entscheidung gebracht, erschienen also beide Parteien nicht in der Gerichtssitzung, zu welcher vorgeladen wurde, so musste die Vorladung zu einer neuen jenseits des 14tägigen Termins stattfindenden Sitzung wiederholt werden. Eine Erstreckung der Frist findet statt bei Klagen, welche Heiratsgut und den Nachlass Verstorbener betreffen, sowie in allen Rechtsstreitigkeiten, welche vor das Forum des Stadtrates kommen. Hier wird die Festsetzung der Giltigkeitsdauer eines solchen „Bots“ dem Ermessen des Stadtrats anheimgestellt.³⁾

¹⁾ Anh. L. X. n. 1.

²⁾ Anh. L. X. n. 4.

³⁾ Anh. L. X. n. 6.

Der Vorladung einer auf dem Todenbette liegenden Person war an und für sich keine Gültigkeit zuerkannt worden ¹⁾ d. h. eine solche Vorladung erlangte erst Gültigkeit mit dem Eintritte des Todes und wurde dann betrachtet als gegen die die Persönlichkeit des Erblassers fortsetzenden, zur Repräsentation des Nachlasses berufenen Erben gerichtet. Eine Wirkung wurde einer solchen Vorladung nur in Rücksicht auf die Wahrung der Priorität desjenigen Gläubigers, auf dessen Betreiben die Vorladung erlassen wurde, eingeräumt. Voraussetzung dieser Wirkung war, dass die zweite Vorladung schon gegen den Sterbenden ergangen war — das sol kraft haben vor den poten, die nach dem sterben geschähen.

Nicht ausschliesslich blieb die Wirkung einer Vorladung auf die Gerichtsverhandlung, zu welcher sie erfolgt war, beschränkt. Nach einer 1431 vom Rate und der Gemeinde erlassenen Prozessvorschrift sollte die Vorladung, wenn eine Vertagung der Verhandlung sich aus irgend welchen Gründen z. B. wegen des Mangels an Fürsprechern als notwendig erwies, auch für die nächste Gerichtssitzung ihre Gültigkeit bewahren. Eine Wiederholung der Ladung war alsdann nicht notwendig und beide Personen waren verpflichtet ohne erneute Vorladung in der folgenden Gerichtssitzung zu erscheinen — dieselben pot und chunt tuen sullen danoch zu dem nechsten rechten kraft haben, daz man nicht mer uber dieselben sache chunt tuens noch pietens bedarf und ieder tail sol seins rechtens warten und hueten auf das nechst recht, daz darnach wirdet.²⁾

Um eine Verurteilung unmöglich zu machen, suchten Schuldner häufig sich der Vorladung zu entziehen, damit durch diese Chikanen der Fortgang des Prozesses gehindert würde. Zur Beseitigung dieses Missbrauches statuierte eine Verordnung von 1462, dass der Kläger einer solchen Person, welche nur zur Zeit der zwei Vorladungen unauffindbar war und sich doch „vor und nach den poten sehen lat“, durch den Fronboten verkünden lassen soll, dass er zweimal vergeblich versucht habe, die Zustellung zu einer Vorladung an sie zu bewirken. Gleichzeitig liess sie der Kläger durch

¹⁾ Anh. L. XVI. n. 7.

²⁾ Anh. L. XVIII. n. 2.

den Fronboten auffordern, ihm kund zu thun, auf welchem Wege ihr eine weitere Vorladung zugehen könne.¹⁾ Bleibt sodann auch diese dritte Ladung ohne Erfolg, so kann man den Ausbleibenden, falls ihm nicht dringende Entschuldigungsgründe zur Seite stehen, für dingflüchtig erklären.²⁾

Nicht immer bedurfte es einer ausdrücklichen Vorladung zum Erscheinen vor Gericht, sondern bei zufälliger Anwesenheit des Schuldners vor Gericht konnte dieser sofort auf die nun durch den Gläubiger gegen ihn erhobene Klage antworten. Ein Einlassungszwang des Beklagten³⁾ bestand also nicht, wie ihn unter diesen Umständen der Schwsp. c. 36 § 3 (Gengler) und das Münchener Stadtrecht (a. 306) statuiert hatten.⁴⁾

Der Richter konnte gegen den Beklagten, sobald dieser die Existenz seiner Schuld als bestehend zugegeben hatte, einen Zahlungsbefehl erlassen, dem innerhalb 14 Tagen Folge zu leisten war. Allerdings war zur Wirksamkeit desselben erforderlich, dass der Beklagte der Gerichtsgewalt des Richters unterworfen war. Gegen einen Fremden, welcher der Jurisdiktionsgewalt des Richters nicht unterstellt war, konnte dieser einen Zahlungsbefehl nicht erlassen, der beklagte Fremde war daher zur sofortigen Tilgung seiner Schuld verpflichtet — ist es ein auzman und hat des botes nicht, so sol er im es hingend geben als recht ist.⁵⁾

Einreden. — Eine Eigentümlichkeit des Landshuter Prozesses war die, dass Einreden, welche, ohne dass die Richtigkeit der der Klage zu Grunde liegenden Thatsachen bestritten wurde, doch

¹⁾ Anh. L. XI. n. 1.

²⁾ Nach gemeinem Rechte wurde derjenige, welcher ohne genügende Entschuldigung einer 3maligen Ladung nicht Folge leistete, für sachfällig erklärt, z. B. Ssp. I. 70 § 1; III. 39 § 3; Schwsp. (Gengler) c. 183 § 1; Kaiserrecht I. c. 15. Vgl. auch Donandt, Der bremische Civilprozess im 14. Jahrh. (Bremisches Jahrbuch Bd. V. S. 57).

³⁾ Im Gebiete des sächsischen Rechts bestand dieser Einlassungszwang des zufällig anwesenden Beklagten, vgl. Kühns, Geschichte der Gerichtsverfassung und des Prozesses in der Mark Brandenburg. Berlin 1867. II. S. 459; Planck II. S. 340 (Ssp. II. 3).

⁴⁾ Auer S. 117; vgl. aber a. 43 (Auer S. 19).

⁵⁾ Anh. L. VII. n. 2.

geeignet erschienen eine vollständige oder teilweise Zurückweisung der Klage zu begründen, also Behauptungen des Beklagten, welche als eine Beantwortung der Klage zu gelten hatten, nicht erst in der Gerichtssitzung vorgebracht werden durften. Solche Einreden, z. B. eine Gegenforderung, raitung oder andere widerred, mussten innerhalb der auf die Vorladung folgenden 14 Tage geltend gemacht werden und zwar in der Weise, dass der Beklagte dem Kläger seine Bereitwilligkeit zu erkennen gab, dieselben auf dem Prozesswege vorzubringen — ain recht anpieten.¹⁾ Über diese Einreden wurde sodann in der nächsten Gerichtsverhandlung ein Endurteil gefällt und diesem entsprechend musste der Beklagte noch in der Gerichtssitzung dem Kläger Befriedigung seines Anspruchs gewähren. Eine Versäumnis dieser 14tägigen Frist ist für den Beklagten präjudicierlich; sein Recht zur Erhebung von Einreden ist in diesem Falle erloschen.

Mit der Einrede der Gegenforderung beschäftigt sich noch ein Statut von 1424, welches Voraussetzungen und Modalitäten für deren Geltendmachung regelt. Dem Kläger wird, soferne auch ein Forderungsrecht des Beklagten gegen ihn besteht, — und sullen baid ainer den andern gelten — die Verpflichtung auferlegt das Angebot des Beklagten zur gegenseitigen Abrechnung anzunehmen, also sich eine Kompensation der beiderseitigen Forderungen gefallen zu lassen. Der Eintritt dieser Verpflichtung ist an folgende Voraussetzungen geknüpft:²⁾

1) Gegenstand des Rechtsstreits muss eine Geldsumme bilden.

2) die Zustellung der Ladung muss an den Beklagten schon bewirkt sein — und das ainer den anderen fürpeutt mit dem ambtman umb geltschuld.

3) Das Anerbieten der Abrechnung muss der Beklagte entweder durch den Fronboten oder durch zuverlässige Leute an den Kläger bewerkstelligen, so dass die Vornahme dieses Aktes jedenfalls mit Sicherheit konstatiert werden kann.

Sodann erfordert die Rechtswirksamkeit dieses Aktes noch

4) die Vornahme desselben vor der Gerichtssitzung, zu welcher vorgeladen wurde — ist dann der antwurter da und peutt den

¹⁾ Anh. L. X. n. 1.

²⁾ Anh. L. XVI. n. 1.

anschlager raitung an mit dem ambtman oder mit piderblewten, ee das si für recht chömen, das sol der anchlager aufnehmen.

Unterliess dies der Beklagte, so musste er in der Gerichtsverhandlung sich darauf beschränken entweder den klägerischen Anspruch einfach als bestehend zuzugeben, also anzuerkennen oder zu bestreiten, d. h. zu behaupten, dass er zur Zahlung der Klagesumme nicht verpflichtet sei — so sol er (der antwurter) an den rechten jehen oder läügen. Einreden durfte der Beklagte nicht mehr vorbringen, seine Gegenforderung konnte er in diesem Prozesse nicht mehr geltend machen — und sol im dhain raitung nicht mer pieten und sol auch nicht chraft haben. Das Forderungsrecht des Beklagten war aber nicht erloschen durch die Unmöglichkeit, dasselbe in diesem Prozesse einredeweise geltend zu machen. Nichts konnte ihn hindern, seinen Anspruch (seine Gegenforderung) gelegentlich zum Gegenstande einer besonderen Klage zu machen.

Fürpfand. — Die Wirkung der ordnungsmässigen Vorladung konnte sich in zweifacher Richtung äussern. Entweder hielt der Beklagte den klägerischen Anspruch nicht für begründet, vielleicht befand er sich auch nicht in der Lage denselben zu befriedigen, in welchem Falle das gerichtliche Verfahren seinen geregelten Fortgang nimmt. Oder der Beklagte war nicht gewillt den Klageanspruch zu bestreiten und gab alsdann dem Gläubiger zur Sicherung seiner Forderung ein „Fürpfand“. Diese Pfandbestellung hat einen lediglich provisorischen Charakter; durch das Fürpfand sollte der Kläger von weiteren prozessualen Schritten abgehalten werden. Vierzehn Tage nach Setzung des Fürpfands forderte der Gläubiger den Schuldner auf¹⁾ ihm ein „völliges Pfand“ zu bestellen.

Eine Nichtbeachtung dieser Aufforderung verpflichtet den Schuldner zur Zahlung einer Geldbusse.²⁾ Über das Verhältnis des Fürpfands zum völligen Pfande gewährt uns die fragmentarische Verordnung keinen Aufschluss. Aus der provisorischen Natur des

¹⁾ Anh. L. X. n. 1.

²⁾ Die Weigerung der Pfanderstattung wird als öffentliches Unrecht betrachtet und zieht durchweg Busse nach sich (vgl. Franken, Das französische Pfandrecht im Mittelalter. Berlin 1879. I. S. 249).

Fürpfands¹⁾ dürfte die Folgerung gestattet sein, dass dasselbe kein Äquivalent der Forderungssumme, sondern nur einen geringeren Wert als dieses repräsentierte. Wenn nun so dem Gläubiger auch keine vollständige ökonomische Sicherstellung geboten war, verschaffte ihm das Fürpfand doch einige juristische insbesondere prozessuale Vorteile. Ganz abgesehen davon, dass in der Setzung des minderwertigen Pfandes die Verpflichtung begründet war,²⁾ dasselbe später durch ein vollwertiges zu ersetzen, war in dieser provisorischen Pfandsetzung überhaupt das Anerkenntnis der klägerischen Forderung enthalten; sie schloss zugleich einen Verzicht auf Einreden jeglicher Art in sich. Und darüber hinaus bot es dem Gläubiger, falls der Schuldner die Einlösung des Fürpfands durch ein völliges Pfand verweigerte, so dass die prozessuale Geltendmachung des Anspruchs notwendig wurde, ein Beweismittel für die anerkannte Liquidität des Forderungsrechts. Eine vollständige Deckung seines Anspruchs hatte der Gläubiger aber erst erlangt, wenn das Fürpfand seine bestimmungsmässige Einlösung durch das dem wahren Wert des Forderungsbetrags entsprechende Pfand gefunden hatte.³⁾

Vertagung. — Waren beide Parteien zum festgesetzten Termine im Gerichte erschienen, so konnte eine Vertagung der Verhandlung vom Gerichte beschlossen werden, aber nur auf Antrag des Beklagten. Der Kläger, auf dessen Veranlassung die Vorladung erfolgt war, konnte nur dann mit einem Vertagungsantrage durchdringen, wenn der Beklagte schon vorher eine Vertagung erzielt hatte — alsdann mag der Kläger auch eins verziehen⁴⁾.

Selbstverständlich wurde, was übrigens durch Statut⁵⁾ ausdrücklich konstatiert ward, wenn sich in Folge legaler Vertagungen das Verfahren über ein Jahr hinausgezogen hatte, die Prozessverjährung ausgeschlossen.

¹⁾ Es ist hier auf die Ausführungen von Franken (a. a. O. S. 214 ff.) zu verweisen, der zum ersten Male den Begriff des interimistischen Pfandes für die juristische Konstruktion der wadia verwertet hat.

²⁾ Bezüglich der wadia vgl. Franken a. a. O. S. 218.

³⁾ Vom völligen Pfand (gute völlige pfant) ist auch die Rede in Anh. L. XVIII. n. 1.

⁴⁾ Anh. L. XII. n. 1.

⁵⁾ (1458) Anh. L. XII. n. 6.

Beweis (Juden). — Sehr dürftig sind die Bestimmungen des Stadtrechts über das Beweisverfahren. Unter diesen ist hervorzuheben ein Bekenntnis von Rat und Gemeinde,¹⁾ dass sie die Existenz eines alten von den Herzogen von Baiern²⁾ verliehenen Privilegs in Erfahrung gebracht hätten, demzufolge ein Zeugenbeweis, den ein Christ in einem Rechtsstreite gegen einen Juden antreten wolle, durch das Zeugnis von Juden und Christen geführt werden müsse. Dieser Grundsatz, auch ein Erzeugnis des fränkischen Rechts,³⁾ kehrt in vielen deutschen Rechtsquellen im Mittelalter⁴⁾ wieder, nur wenig modifiziert in Hinsicht auf die Zahl der Zeugen. Über die Erfordernisse des Zeugenbeweises, welchen ein Jude gegen einen Christen führt, schweigt aber das Landshuter Recht. Dagegen enthält es noch einige Bestimmungen über die Modalitäten jener ersterwähnten Gattung des Zeugenbeweises. Es soll nämlich in der Gerichtsverhandlung zuerst der Christ seine Wissenschaft mit dem Eide erhärten; darauf wendet sich der Richter erst an den Juden mit der Aufforderung seine Kenntnis von der Sache zu beschwören durch den Eid, welchen er ihm vorsage.⁵⁾ Bei der Eidesleistung hat der Jude die rechte Hand bis „an den Rist“, also bis ans Gelenke in eine Thorarolle zu stecken.⁶⁾ Nicht nur der als Zeuge auftretende auch der einen Parteieid schwörende Jude konnte gültig und in

¹⁾ Anh. L. XV. n. 1.

²⁾ Das Privileg Herzog Friedrichs von 1380 (Reg. Bav. IX. p. 69), bestätigt durch Herzog Heinrich 1417 (Reg. Bav. XII. p. 243), bestimmte, dass kein Zeugnis über einen Juden ergehen solle als von ehrbaren Christen und Juden.

³⁾ Stobbe (Die Juden S. 151) weist dieses Prinzip schon in fränkischen Schutzbriefen nach (Rozière n. 27: *Quod si Christianus causam vel litem contra eos habuerit, tres idoneos testes Christianos et tres Hebraeos similiter idoneos in testimonium suum adhibeat, et cum eis causam suam judicet*).

⁴⁾ z. B. Östr., Böhm., Züricher Privileg, Braunschweiger, Nürnberger, Brandenburger, Schaffhausener Priv. bei Stobbe S. 151, 259 f. Über Straubing wird weiter unten gehandelt werden. Auch der Schwsp. c. 214 § 4 (Gengler) erkennt diesen Grundsatz an: *Und lougent der iude, und hânt ez cristen und iuden gesehen, so sol man ze minsten einen iuden ze geziuge han.*

⁵⁾ Anh. L. XV. n. 3.

⁶⁾ Vgl. Stobbe S. 155. Diese Form kehrt in deutschen Rechtsquellen häufig wieder, z. B. Schwsp. c. 215 (Gengler); Rupr. v. Freising I. c. 174 (Maurer), kl. Kaiserrecht IV. 24 (Endemann).

der vorgeschriebenen formellen Weise schwören. Dabei machte es keinen Unterschied, ob Schuld oder Pfand oder irgend etwas anderes den Gegenstand des Rechtsstreits bildete. Bei dem Formalismus des deutschen Prozesses im Mittelalter hatte jedes Stocken oder Versprechen beim Aussprechen der Eidesformel Verlust des Prozesses zur Folge¹⁾ und so war der Jude dieser Gefahr vorzugsweise ausgesetzt²⁾. Höchst sonderbar sind die Worte, mit welchen der Eintrag über den Judeneid im Landshuter Stadtbuch beginnt: So ein jud als gar ein sawpriester wird, daz er umb den rebig einen eid sweren wil . . . daz sol man im nicht gelawben, wie grawlich er darumb zannet oder schawzlichen siecht, er swer dann den aid alz hernach geschriben stet.³⁾

Es lässt sich mit der demütigenden Formel kaum der Sinn verbinden, dass man es dem Juden verübelte, wenn er des rebig, also des Gewinnes halber seinen Schuldner verklagte oder wegen einer andern Sache gerichtliche Hülfe in Anspruch nahm und sein Recht mit dem Eide erhärtete. Indem man den Juden dieses allgemeine Beweisrecht zuerkannte, glaubte man auf der andern Seite die Anerkennung dieses Rechts durch beschimpfende Worte verbittern zu müssen. Neben dem Motive den Juden vom Meineide abzuschrecken, kommt oft die Absicht ihn zu verhöhnen bei diesen Judeneiden zum Vorscheine.

Succumbenzbusse. — Der Grundsatz des deutschen Rechts, dass derjenige, der einen für ihn ungünstig endenden Prozess führt, also einen ungerechten Anspruch prozessual durchsetzen will, sich hierdurch eines Unrechts schuldig macht,⁴⁾ tritt uns hier in seiner äussersten Konsequenz entgegen. Es soll nämlich derjenige, dessen Anspruch durch einen vertragsmässigen Schiedsspruch zurückgewiesen wird, dem Richter das „Stabwandel“ geben. Diese Succumbenzbusse war für den Fremden und den Bürger verschieden be-

¹⁾ Siegel, Die Erholung und Wandelung (Abh. d. Wiener Akad. Bd. 42 S. 201 ff.)

²⁾ Stobbe, Die Juden S. 265.

³⁾ Anh. L. XV. n. 3.

⁴⁾ Vgl. R. Löning, Der Vertragsbruch und seine Rechtsfolgen im deutschen Recht. Heidelberg 1876. S. 323 ff.

messen — der sol dem richter das stabwandl geben, ain burger als ain burger und ein gast als ein gast.¹⁾

Von keiner der Parteien ist aber diese Succumbenzbusse zu entrichten, wenn der Beklagte sich zum Reinigungseide erbiethet,²⁾ mag er ihn schwören oder mag ihm der Kläger denselben erlassen.³⁾ Dass in diesem Falle der Kläger nicht einer Busse verfallen ist, muss als eine ungerechtfertigte Abweichung vom allgemeinen Prinzip betrachtet werden.⁴⁾

Verjährung. — Über die Verjährung der einzelnen Prozessakte enthält ein Ratsdecret von 1458 nähere Bestimmungen. Ein Urteil wurde nach Umlauf von Jahr und Tag, der alten deutschen Verjährungsfrist, kraftlos. Innerhalb dieser Frist musste der Kläger, der das Urteil erwirkt hatte, das Vollstreckungsverfahren durchführen lassen, widrigenfalls er den Prozess von neuem beginnen, die Vorladung und das weitere Verfahren wiederholen lassen musste.⁵⁾

Ein Mittel gab es, um ein Urteil den Wirkungen der Verjährung zu entziehen; es bestand darin, dass man sich über dasselbe einen Gerichtsbrief ausstellen oder dasselbe in das Gerichtsbuch eintragen liess. Dann stand es in der Macht des Gläubigers, zu dessen Gunsten ein solches Urteil erlassen worden war, die

¹⁾ Anh. L. XI. n. 3.

²⁾ Nach dem Ssp. II. 11 § 1; Schwsp. c. 94 § 2 (Gengler), die Bamberger Schuldordnung (Zöpfl, Das alte Bamb. Recht; Anh. S. 126 f.) u. A. verfällt der in Folge der Nichtleistung des ihm auferlegten Reinigungseides schuldige Beklagte dieser Busse vgl. Löning S. 338 f.

³⁾ Anh. L. XI. n. 4.

⁴⁾ In den vom Herzoge Ludwig den Landständen 1471 übergebenen Artikeln wird auch vorgeschlagen, dass wer eine Appellation und Geding verlöre sowohl der Gegenpartei als dem Herzoge je 1 ſ S zu geben verfallen sein solle (Krenner VII. S. 309). Die Landschaft hielt aber in ihrem 1474 erstatteten Gutachten dafür, dass es genüge, wenn die unterliegende Partei dem Gegner die Prozesskosten als Pön zu erstatten habe. (Krenner VII. S. 433). Die Landesordnung von 1474 setzte dementsprechend als Succumbenzbusse festen Ersatz der Gerichtskosten und Schäden zur Motivierung beifügend, „auf dass auch die überflüssigen Appellationen, so aus den Gerichten und Landgerichten gen Hof geschehen, desto mehr vermieden bleiben.“ (Krenner VII. S. 489.)

⁵⁾ Anh. L. XII. n. 6: liess er das lenger (als jar und tag), so mues er seine bot oder recht von newen dingen widerumb anfahen.

Vollstreckung gegen den zur Leistung verurteilten Schuldner zu jeder Zeit, wann es ihm gut dünkte, zu bethätigen. Er konnte alsdann demselben nach Belieben Zahlungsaufschub gewähren. Zugleich wurde die Priorität des Urteils vor einem späteren anerkannt, so dass ein nachgiebiger Gläubiger mit seinem älteren Ansprüche nicht einem hartherzigen, dessen Forderungsrecht erst einer späteren Zeit entstammte, weichen musste, wenn dieser sein später erlangtes Urteil früher vollstrecken lassen wollte — und sol ie ain elter vor dem andern, der mit seiner schuld¹⁾ der junger ist, vorgehen.²⁾

2. Die Rechtsmittel.

Wie im Sachsenspiegel durch das Schelten, im Schwabenspiegel durch das Widerwerfen des Urteils der Partei, welche mit diesem nicht zufrieden war, Gelegenheit geboten wurde, ein besseres Urteil zu erlangen, so gewährte das Landshuter bzw. das niederbairische Recht den Parteien ein Rechtsmittel, durch welches ein zweites Urteil in demselben Rechtsstreite erholt werden konnte. Wenn auch dieses Rechtsmittel „das Dingen (gen Hof)“ nicht mit der römischkanonischen Appellation identifiziert werden darf, so muss doch beachtet werden, dass das Dingen, ein Erzeugnis des einheimischen Rechts, eine viel grössere materielle Ähnlichkeit mit der Appellation aufwies als die gleichem Zwecke dienenden Institute der Rechtsbücher und das Erholen einer Rechtsbelehrung.³⁾ Das Dingen ging nicht von dem Kreise der Urteilsfinder, sondern von den Parteien selbst aus. Die Partei dinge nicht vor, sondern erst nach der Urteilsverkündung, und zwar wurde das Gedinge nicht an ein Gericht gleicher, sondern an ein Gericht höherer Ordnung geführt. Die Ausdrücke Dingen und Appellieren wurden deshalb in der bairischen Rechtsterminologie des 15. Jahrhunderts nicht unterschieden und so konnte die bairische Gerichtsordnung von 1520, welche die Appellation auf Grund der fremden Rechte regelte, sagen: „Appelliren, das man im Fürstenthum Bayern nent Dingen.“⁴⁾

¹⁾ Aus dem Zusammenhange ergibt sich, dass hier von einer durch Urteil anerkannten Schuld die Rede ist.

²⁾ Anh. L. XII. n. 6.

³⁾ Vgl. Wehner S. 86 f.

⁴⁾ tit. X. Ges. 1.

Für die Stadt Landshut waren gerade für die Ordnung des Instanzenzugs neben dem Stadtrechte auch herzogliche Landesordnungen massgebend wegen der hier in Frage kommenden Zuständigkeit des herzoglichen Hofgerichts. Eine Reihe von Rechtsstreitigkeiten war in Landshut, wie unten hervorgehoben wurde,¹⁾ jedem Rechtszuge entrückt. Die ausschliessliche Kompetenz des Stadtrats musste bei Strafe von jeder Partei geachtet werden.

Durch die ausgedehnte Gerichtsbarkeit des Stadtrats neben der des Stadtgerichts waren überhaupt die Instanzverhältnisse in Landshut ziemlich verwickelt. Denn abgesehen von jenen Rechtsachen, in welchen die Ausschliesslichkeit der stadträtlichen Kompetenz anerkannt war, gab es einige Fälle, in welchen eine Entscheidung des Stadtrichters nur vor den Stadtrat gezogen werden konnte.²⁾ Der Stadtrat war also für diese Fälle höchstinstanzielles Gericht. Diesen Fällen gegenüber stand dann der grosse Kreis von Civil- und Kriminalprozessen, in welchen gegen ein Urteil des Stadtgerichts der Rechtsweg zum Stadtrat ging. Denn es wurde schon hervorgehoben,³⁾ dass dem Stadtrate allgemein die Eigenschaft einer Berufungsinstanz gegenüber dem Stadtgerichte beiwohnte. Da den Parteien das Recht dreier Instanzen gewahrt wurde, so konnte dann durchgängig gegen solche zweitinstanzielle Urteile des Stadtrats das herzogliche Hofgericht als Gericht dritter Instanz mit demselben Rechtsstreite befasst werden. Da, wo das Hofgericht des Landesherrn in 3. Instanz judizierte, konnte natürlich das kaiserliche Hofgericht bzw. Reichskammergericht nicht mehr als 4. Instanz angegangen werden. Dagegen unterliegt es keinem Zweifel, dass da, wo der Stadtrat in erster, das herzogliche Hofgericht in zweiter Instanz fungierte, das kaiserliche Hofgericht in 3. und letzter Instanz entscheiden konnte.

Zwar sagt die mehrerwähnte Stadtgerichtsordnung, dass es bei den Erkenntnissen des herzoglichen Hofgerichts sein Bewenden haben solle.⁴⁾ Allein man geht wohl nicht fehl bei der Annahme, dass hierbei eben an den die Regel bildenden Fall gedacht ist,

¹⁾ S. 64 ff.

²⁾ S. 74 f.

³⁾ S. 74; vgl. Anh. L. IX.

⁴⁾ Anh. L. XIX. n. 9.

dass der Stadtrat in zweiter Instanz gesprochen habe, somit nur das Verbot eines vierfachen Instanzenzugs statuiert wurde.

Wenn eine Urkunde des kaiserlichen Hofrichters Burghart Burggrafen von Meidburg¹⁾ aus dem Jahre 1366 vom Münchner Magistrat 1794 dahin interpretiert wurde, als ob die Städte München und Landshut zu jener Zeit schon vom kaiserlichen Hofgerichte eximiert gewesen seien, so ist jene Interpretation offenbar irrig,²⁾ da es an jedem Anhaltspunkte dafür fehlt, dass die beiden landesherrlichen Städte diese Exemption erlangt hätten, bevor dem bairischen Landesherrn das privilegium de non appellando verliehen worden war.³⁾

Wichtig sind die Bestimmungen, welche die Stadtgerichtsordnung Herzog Heinrichs für das Institut des Dingens zum Hofgerichte aufstellte. Dieses Rechtsmittel wird nämlich bedingungslos jeder Partei nur dann gewährt, wenn das Urteil, welches gegen

¹⁾ M. B. XXXV. II. p. 119.

²⁾ Der Erklärung, welche Wehner S. 89 gibt, schliesse ich mich an. Wehner führt aus, der Hofrichter habe bei einer gegen den Rat der Städte München und Landshut wahrscheinlich mit Umgehung der landesherrlichen Instanz beim kaiserlichen Hofgerichte erhobenen Klage ordnungswidrig die Beklagten vor sein Forum citiert. Der Hofrichter habe sodann, vielleicht auf eine Einwendung der Herzoge, den Fehler erkannt, die Citation widerrufen und die Städte vor die Herzoge von Baiern berufen, unbeschadet des kaiserlichen Rechtes der Berufungsinstanz. — Der von Wehner citierte Kammergerichtsbrief von 1503 bezeugt ebenfalls, dass die Appellation vom Münchener Stadtgericht zum herzoglichen Hofrat und von da in letzter Instanz an das Kammergericht ging. Dass diese Appellation an das kaiserliche Kammergericht auch von den Herzogen für zulässig gehalten wurde, dürfte sich aus Folgendem ergeben. Als die Räte des Herzog Georgs und des Herzog Albrechts in Erding zusammen traten, um wegen einer Reform des Landrechts K. Ludwigs und dessen Einführung in Niederbaiern zu beraten, wurde in dem Protokoll auch ein Artikel (153) „Um Appellation, so vor den Kaiser beschehen“ niedergeschrieben, in welchem die Modalitäten, unter welchen Jemand für die K. Majestät und für das kaiserl. Kammergericht dingt und appelliert, genau festgesetzt waren (Krenner XII. S. 185).

³⁾ Dem Kurfürsten Maximilian I. wurde das privilegium de non appelland für das ganze Gebiet des Kurfürstentum illimitate verliehen am 16. Mai 1620, worauf er dann 1625 das sog. Revisorium als höchsten, drittinstanziellen landesherrlichen Gerichtshof einsetzte (Anmerk. z. Cod. Bav. Judic. 15 § 4 lit. f.; § 12 lit. a).

Hof gedingt werden sollte, nicht einhellig gefunden worden war. Alsdann musste sowohl das Urteil, welches die grössere Anzahl von Stimmen auf sich vereinigt, als auch der Urteilsvorschlag, dem die Minderheit der Urteilsfinder beigestimmt hatte, in schriftlicher Fassung dem Hofgerichte vorgelegt werden — es mag auch ietweder tail dinge für das Hofgericht also, ob zwei Urteile gevieln, so soll man die minner und die merer schreiben.¹⁾

Dagegen war, falls das Urteil einmütig gefunden worden war — ob aber aintrachtigliche Urteile gevieln — die Berufung an die Bedingung geknüpft, dass die Partei, welche Berufung erheben wollte, sogleich vor dem Gerichte diejenigen Punkte des Urteils, durch welches sie sich beschwert fühlte, angeben musste — der soll zustandan die beswerung, wie und warumb und in welche mass er vermaint beswert zu sein, auch für den Richter und die am rechten sitzen fürbringen.²⁾ Der Richter hatte darauf die Parteivorträge — baider tail red und widerred, als für recht komen ist, das gefällte Urteil und die Beschwerdepunkte versiegelt an das Hofgericht abzuschicken. Höchst interessant ist diese Stelle, da sie zu den ältesten deutschen Prozessvorschriften gehörte, die bei der Appellation die Angabe der Beschwerdepunkte verlangen. Zugleich bietet sie einen anschaulichen Beleg für das allmähliche Eindringen der Schriftlichkeit in das deutsche Gerichtsverfahren, die wesentlich gefördert wurde durch das Aufkommen der Berufung, ohne dass an eine Einwirkung der fremden Rechte gedacht werden musste.

Das Hofgericht hat nach eingehender Prüfung der eingeschickten Prozessschriften entweder das erstinstanzielle Urteil zu bestätigen oder abzuändern, sein Urteil schriftlich abzufassen und dem Richter der ersten Instanz zur Publikation zuzustellen — die (räte des hofs) sollen und mügen dann auf ir aide die Urteile kreftigen, ob sie bedaucht, das die rechtlich nach komen der sachen gesprochen wäre oder die anders nach irem recht bedunken und nach baider tail red und widerred und die beswerung setzen und leutern und ein andere Urteil in geschäft geben und dem Richter widerumb

¹⁾ Anh. L. XIX. n. 8.

²⁾ Anh. L. XIX. n. 9.

zuschicken.¹⁾ Nach der Fassung der ganzen Stelle kann es keinem Zweifel unterliegen, dass wir es hier nicht mit einer Rechtsbelehrung, sondern mit einer Appellation zu thun haben, da die Erholung einer Rechtsbelehrung ja nicht von der Partei, sondern von den Urteilern selbst ausgehen würde. Gegen die Entscheidung des Hofgerichts war kein weiteres Rechtsmittel zulässig, das von ihm gefällte Erkenntnis ist inappellabel — dobei es fürbas bleiben sol on ferrere waigrung.

Obwohl mehrfache Beschwerden der Landstände wegen der Kostspieligkeit der Rechtspflege und namentlich wegen der in Folge der grossen Kosten erschwerten Dingens gegen Hof²⁾ erhoben worden waren, nahm Herzog Heinrich in dem 1440 wegen der Appellation³⁾ erlassenen Landgebot keine Rücksicht auf diese Beschwerdepunkte. Das Landgebot nimmt aber in anderer Beziehung unser volles Interesse in Anspruch, da es den Calumnieneid bei der Berufung, wenn auch nicht als ein neues Institut einführt, so doch zum ersten Male gesetzlich und zwar der Bitte der Landstände entsprechend als altes Landrecht, Herkommen und Gewohnheit bestätigt,⁴⁾ „dass ein jeder, der von einer jeden Landschranken gen Hof Urteil dingen woll, dass derselbe vor der Landschranken mit seinen Eiden darzu thun solle, dass er von keinerley Längerung noch Zug wegen, sondern von der lautern Gerechtigkeit wegen dinge.“⁵⁾ Das Herkommen wird nur in der Weise modifiziert, dass nicht mehr die Gegenpartei dem Appellanten den Eid nachlassen

¹⁾ Anh. L. XIX. n. 9.

²⁾ Die Stände des Straubinger Landesanteils sagten in einer Beschwerde 1437: also ob ein Mann ein Gerichtsbrief erlangt, oder einer Urtheil gen Hof gedingt. ehe dass ihm solches gefertigt wird, so hat er das Gut, darum er gerechtet hat, halbs oder das mehrere Theil verzehrt mit Richtern, Vorsprechen und anderen; und darum muss oft ein armer Mann sein Recht unter wegen lassen (Krenner II. S. 75); im folgenden Jahre wurde die Beschwerde wiederholt (Krenner II. S. 89).

³⁾ Krenner IV. S. 103.

⁴⁾ Schon das Rechtsbuch Ruprechts von Freising (II. c. 102 ed. Maurer) verlangt diesen Eid mit den Worten: es sol auch yederman ain aid swernn das er durch kain lenngrung ding wann durch rechts rechtnns willen.

⁵⁾ Krenner IV. S. 103. Der Herzog sagt: Uns haben unsre Rätthe, Ritterschaft, Städte und Märkte angebracht, dass ... yeder, der ... gen Hof ein Urteil dingen wolle, mit seinen Eiden darzu thun solle ... und haben gebeten sie bei dieser guten Gewohnheit zu schützen ...

konnte, sondern der Richter musste den Eid „als Recht und Urtheil gesetzt hat“ ableisten lassen.

Dieser Eid, den auch schon das Münchner Stadtrecht¹⁾ vorschreibt, ist nicht etwa aus dem römischen Rechte recipiert, er ist germanischen Ursprungs, denn ihm liegt dasselbe Prinzip zu Grunde, wie dem Vor- oder Widereid, welcher schon in deutschen Rechtsquellen der fränkischen Periode vorkommt und im späteren Mittelalter zur weiteren Ausbildung gelangt ist.²⁾ Durch den Voreid soll der Kläger seinen guten Glauben bei Aufstellung der Klagebehauptung³⁾ eidlich erhärten, also darthun, dass er weder aus Mutwille noch aus Feindschaft zur Klageerhebung veranlasst würde. Nicht nur in einer Reihe von Städten fand dieser Eid Anwendung, er wurde auch in eine grosse Anzahl deutscher Gerichts- und Prozessordnungen des 16. Jahrhunderts aufgenommen.⁴⁾

Durch die Gerichtsordnung von 1520⁵⁾ wurde sodann in Baiern die Appellation, wie erwähnt, auf Grundlage der fremden Rechte geregelt.

3. Das Vollstreckungsverfahren.

Arrest. — Hatte die Einleitung des Vollstreckungsverfahrens auch regelmässig zur Voraussetzung einen durch Urteil oder durch Anerkenntnis des Schuldners festgestellten Anspruch, so gab es doch Zwangsmittel, durch welche zunächst die Sicherstellung der Forderung und in zweiter Linie erst deren Befriedigung bezweckt wurde, Zwangsmittel, deren Anwendung nicht von dem Vorhandensein obiger Voraussetzungen abhängig war. Die Einleitung eines Sicherungsverfahrens erschien namentlich dann angezeigt, wenn in der Person des Schuldners Umstände vorhanden waren, welche keine genügende Garantie für die Möglichkeit der Durchführung des Executionsverfahrens boten. Dies war der Fall, wenn der Schuldner ein Fremder war. Während Bürger, und insbesondere die mit Erbe und Eigen angesessenen, zur jeder Zeit durch gerichtliche Hülfe zur Befriedigung

¹⁾ a. 310 (Auer S. 119).

²⁾ Vgl. über diesen Eid: R. Löning, Der Reinigungseid bei Ungerichtsklagen. Heidelberg 1880. S. 302 ff. (Anhang 4).

³⁾ Löning S. 305.

⁴⁾ v. Maurer, Gesch. d. d. Städteverf. III. S. 786.

⁵⁾ tit. X.

ihrer Gläubiger gezwungen werden konnten, bot die Vollstreckung gegen Fremde bei der Unsicherheit der damaligen Rechtshülfeverhältnisse immerhin einige Schwierigkeit. Aus der Unmöglichkeit oft im Gerichte des Beklagten Recht zu bekommen, entwickelte sich das *forum arresti*, der Grundsatz, dass man Klage erheben dürfe, wo man seinen Gegner antrifft.¹⁾ Man musste froh sein, wenn man der Person des fremden Schuldners innerhalb des Burgfriedens habhaft werden konnte, oder wenn sich ihm gehörige Vermögensstücke vorübergehend hier vorfanden, die man mit Beschlag belegen konnte. Ein solcher Arrest auf Person oder Vermögen eines fremden Schuldners stellt sich dar als eine antizipierte Exekution.²⁾ Mit ihm wurde der Prozess eingeleitet, während gewöhnlich die Exekutionsmassnahmen den Schlussstein des Gerichtsverfahrens bildeten. Die Zulässigkeit einer solchen Arrestanlegung erkennt schon an das Stadtrecht von 1279, indem es im § 8³⁾ bestimmt: *Item si civis debitorem in civitate invenerit, et bona, quae induxit, per apparitorem, id est praeconem, perceperit, hoc est detineri usque ad exhibitionem justitiae postulaverit: judex non habebit sic detento dare licentiam, contra voluntatem talis civis exeundi vel res extra ducendi. Si fecerit judex, erit pro tali debito obligatus.* Dem Richter steht also die Befugnis nicht zu, einen solchen Arrest aufzuheben ohne Genehmigung des einheimischen Gläubigers, auf dessen Betreibung er angelegt wurde. Eine solche ungerechtfertigte Arrestaufhebung verpflichtet ihn zum Ersatze des hierdurch verursachten Schadens. In dem „*detineri usque ad exhibitionem justitiae postulaverit*“ ist Wesen und Zweck des Arrests anschaulich bezeichnet; es ist die provisorische Natur einer solchen Beschlagnahme gekennzeichnet, die erst nach Durchführung des gerichtlichen Verfahrens einen definitiven Charakter annimmt, also in das Stadium der eigentlichen Exekution übergeht oder für den Fall eines dem Schuldner günstigen Urteils mit einer Aufhebung der Beschlagnahme endigt.⁴⁾ Ein solcher Arrest, durch

¹⁾ Stobbe a. a. O. (Jahrb. d. gem. d. Rechts I. S. 443).

²⁾ Vgl. über das Arrestverfahren Meibom, Das deutsche Pfandrecht, Marburg 1867. S. 147 ff., bes. 156.

³⁾ Gengler Stadtr. S. 234.

⁴⁾ Die Arrestierung der Gäste war reichsgesetzlich für alle Städte im Reiche

welchen dem Schuldner die Verfügungsgewalt über seine Person oder über die beschlagnahmten Gegenstände entzogen wurde, ohne dass letztere zugleich in den Gewahrsam des Gläubigers übergingen, sollte nach einer Satzung von 1453 nur Jahr und Tag Kraft haben — wann ain burger ainen gast sein guet hie verbeutt, so sol daselb bot jar und tag kraft haben.¹⁾

Das Privilegium der Landshuter Bürger, fremde Schuldner und deren Habe in der Stadt zu arrestieren, wurde noch bei Erneuerung der städtischen Freiheiten durch Herzog Maximilian im Jahre 1599,²⁾ allerdings in modifizierter Weise, bestätigt. Und zwar wird es als altes Herkommen derer von Landshut bewilligt und zugelassen, dass, „wenn ein Bürger einen Fremden um Schuldsachen vor seiner Obrigkeit einmal beklagt und Geschäfte zur Bezahlung erlangt hat, der Debitor und Schuldner aber solchem Geschäft nicht nachkommt, dass alsdann der Creditor Macht haben solle, demselben seinen Debitor, wo er ihn in der Stadt oder im Burgfrieden betrete, verbieten und aufhalten zu lassen.“ Die Zulässigkeit der Arrestierung ist an die Genehmigung des im Amte befindlichen Bürgermeisters geknüpft. Nicht nur hierin, sondern auch in dem Erfordernisse der Erlangung eines Zahlungsbefehls liegt eine Neuerung gegenüber dem Privileg des ersten Stadtrechts. Hierdurch verliert die Beschlagnahme den Charakter der antizipierten Exekution vollständig; ja die Beschlagnahme stellt sich überhaupt nicht als Arrest, sondern als rein exekutivische Massregel dar, da ja ein gerichtlicher Zahlungsbefehl schon erwirkt war. Anomal ist nur die Durchführung der Exekution durch eine andere Obrigkeit als durch das ordentliche Gericht des Schuldners, eine Abweichung vom ordentlichen Verfahren, welche sich ebenso wie die, dass die Person (und nicht zuerst das Vermögen) des Schuldners aufgehalten werden soll, durch das praktische Bedürfnis rechtfertigte. Dem einheimischen Gläubiger sollte auf jede Weise die Befriedigung seiner Forderung gesichert werden. Das ist der

oder wenigstens, wie Meibom S. 161 meint, für alle Reichsstädte anerkannt: Statut. in facor. princ. 1231, wiederholt in 1232 in Curia apud Sibid. (M. G. L. II. f. 283, 292). Durch die Erteilung von Arrestprivilegien wollten sich einige Städte nur eine Anerkennung des ohnehin geltenden Rechts verschaffen.

¹⁾ Anh. L. XII. n. 6.

²⁾ am 21. Juli (R. Arch. Ger. Landshut).

alte Grundgedanke, der auch jetzt in der neuen Form zur praktischen Geltung gelangt.

Eine Arrestierung von Gegenständen, die sich im Besitze eines Käufers behufs Durchführung der Exekution befanden, war unstatthaft „an der burger rat“. Es handelte sich hier offenbar um solche Gegenstände, bei welchen die Exekution auf Betreiben des einen Gläubigers bereits eingeleitet war, während ein zweiter Gläubiger dieselben arrestieren wollte. Das Prinzip der Priorität, also des Vorzugs desjenigen, der zuerst Exekution erwirkt hatte, wurde als Regel anerkannt, jedoch dem Stadtrate nach Lage des Falls die Zulassung von Ausnahmen ermöglicht. Der Käufer konnte, um jeder Haftungsverbindlichkeit bei einer solchen Kollision zu entgehen, die in seiner Hand befindlichen Gegenstände zurückgeben.

P f ä n d u n g. — War durch gerichtliches Urteil die klägerische Forderung anerkannt worden, oder war der Beklagte trotz gehöriger Ladung nicht erschienen, in welchem Falle er für geständig gehalten und dem Kläger ein kondemnatorisches Urteil gegen ihn erteilt ward, so nahm das Exekutionsverfahren seinen Anfang. Nicht immer wurde aber an diesen Voraussetzungen des Exekutionsverfahrens festgehalten. Eine Reihe von Forderungen waren privilegiert, sie mussten nicht erst judicatmässig festgestellt sein, bevor gegen den Schuldner auf dem Wege der Exekution vorgegangen werden durfte. Vor allem bedurfte es bei Forderungen, deren Betrag $\frac{1}{2}$ fl. s. nicht überstieg, nur einer als Mahnung sich darstellenden Ladung. Hielt der Schuldner die Forderung nicht für begründet, so konnte er innerhalb 14 Tagen seine Einreden geltend machen. Liess er diese Frist verstreichen, so musste er dem Gläubiger Befriedigung durch Zahlung oder durch Pfandbestellung leisten, ohne dass ein Urteil erwirkt werden musste.¹⁾

Keiner Feststellung durch gerichtliches Urteil, sondern lediglich einer Mahnung des säumigen Schuldners bedurfte es ferner um

¹⁾ Anh. L. X. n. 4 (1442): Item ain halb pfund und was darhinder ist, das pewtt man ze 14 tagen. last er dann die 14 tag auf sich gen, so muos er dann von stundan den klager dasselb gelt zaln oder vollige pfant darumb geben. — Anh. XVIII. n. 1 (1431): ... daz di ambtlewt ain halbs pfund und waz darhinder ist ze 14 tagen sullen pieten und nicht zum rechten.

die Pfändung durchzuführen bei den urkundenmässig feststehenden Forderungen, bei allen Ansprüchen wegen Darlehen und Liedlohn, sowie den Forderungen, welche sich auf eine letztwillige Verfügung oder ein (früher ergangenes) Urteil stützten:¹⁾ „Wer²⁾ brief und sigel hat, auch garntzlon³⁾, umb gesantz gelt,⁴⁾ umb verschafft und verschiedens gelt, da thuet man chund umb, desgleichen umb gelihens gelt.“ Zweck des Vollstreckungsverfahrens war dem Gläubiger Befriedigung seiner Forderung zu verschaffen durch die unter obrigkeitlicher Vermittlung durchgeführte Wegnahme von Vermögensstücken aus dem Gewahrsam des Schuldners. Bildete auch Vermögen und Person des Schuldners den Gegenstand der Exekution⁵⁾, so musste sich doch die Pfändung⁶⁾ zuerst richtig gegen das Mobiliarvermögen des Schuldners und nur, wenn diese Mobiliarpfändung nicht zum Ziele führte,⁷⁾ wenn durch sie eine Befriedigung des Gläubigers nicht erreicht wurde, konnte zur Immobiliarexekution geschritten werden⁸⁾ — man sol auch nit

¹⁾ Anh. L. X. n. 4.

²⁾ chund thuen in dem Sinne von Mahnung kommt auch im a. 199 des Münchner Stadtr. vor (Auer S. 77).

³⁾ garntzlon = gearnter, verdienter Lohn (Schmeller-Frommann I. S. 146) Münchner Stadtr. 140 (55): Swaz der man verdienet mit seinem pfluog, mit seinem vich: ... daz haizzet allz gearntz lon; a. 137 ib.: Swaz ain ehalt seins gearnten lon behabt ...

⁴⁾ Die Bedeutung von gesantz gelt ist nicht klar.

⁵⁾ Vgl. Planck II. S. 250 ff.

⁶⁾ Über die Pfändung nach dem bairischen Landrecht von 1346 und der Reformation d. b. LR. von 1518 vgl. Miltner, Der bairische Gantprozess. Landshut 1814. S. 40 ff., 50 ff.

⁷⁾ Vgl. Franken S. 233.

⁸⁾ Die Ausdehnung der Exekution auf die Immobilien des Schuldners und die Exekutionsordnung, welche erst bei Insuffizienz des Mobiliarvermögens die Heranziehung der Immobilien zur Execution gestattete, weist als eine Neuerung der karolingischen Gesetzgebung, welche anfangs und für einzelne Volksstämme bestimmt, später gemeines Recht des fränkischen Reichs wurde, nach: Meibom S. 56 f. (Cap. 817 c. 11 in M. G. L. I. 212; vgl. M. G. L. I. 315, 321.) Da diese Exekutionsordnung sich unverändert bis ins spätere Mittelalter erhalten hat, bietet sie einen weiteren Beleg für die Auffassung Sohms (Fränk. und röm. Recht) von der grundlegenden Bedeutung des fränkischen Bechts für die deutsche Rechtsgeschichte. Die in dem fränkischen Reichsrecht zum Ausdruck kommenden Rechtsideen lebten als Gewohnheitsrecht auch nach dem Aufhören der gesetzlichen Geltung der Kapitularien im Volke fort. So erklärt sich, dass

span, wasen, noch chain aufligete stukch ze pfant geben, diweil schreinpfant, pett, polster und andrew farentew hab vorhanden ist.¹⁾ Span und Wasen sind die Symbole für die Exekution in Gebäude und Grundstücke, für das dem Gläubiger in diese Liegenschaften zustehende Recht.²⁾

Als Organ, dessen sich die Kläger zur Durchführung der Vollstreckungshandlungen zu bedienen pflegten, war der Fronbote³⁾ bestellt, welchem Richtersknechte zur Unterstützung beigegeben wurden. Seine Zuständigkeit war nicht auf das städtische Weichbild beschränkt, sondern er war befugt im ganzen Herzogtume seine Funktionen auszuüben. Dieses wichtige Privileg war den Landshutern im Stadtrechte 1279⁴⁾ verliehen worden und wurde ihnen mehrfach bestätigt. So in einer Urkunde der Herzoge Heinrich, Otto und Heinrich am 5. August 1322 — Sy mügen auch umb Ir gelt pfande bekömen mit Ir pfentter als Ir alt handtvest sagent;⁵⁾ ferner durch Kaiser Ludwig am 6. Januar 1341 mit den Worten: „Och haben wir den vogenant unsern burgern ze Lantzhut den gewalt gegeben, daz si mit irem fronboten umb ir gelt und schulde pfenden sülln und mügen, als verre und als weit unser herschaft ze Bayrn ist.“⁶⁾ Dieses Privileg wurde erst im 16. Jahrhundert eingeschränkt, da wie für München, auch für Landshut

in Stadtrechtssätzen des späten Mittelalters, bei deren Abfassung an eine unmittelbare Einwirkung der Kapitularien nicht gedacht werden kann, die nie untergegangenen fränkischen Rechtsgedanken als Gesetzesrecht wieder auflebten.

¹⁾ Anh. L. X. n. 3; vgl. auch Anh. L. XVIII. n. 1: Es sol auch derselb pös gelter chainen span aus seinem haws geben, diweil er schreinpfant oder andrew pfant hat, es wär dann di sume so gros, daz er nicht schreinpfant oder andrew pfant ain genügen hiet.

²⁾ Diese Symbole haben sich beim Gantprozesse des Ewiggeldrechts in München bis in unser Jahrhundert erhalten. Auf Antrag des Klägers wird durch schriftliche richterliche Verfügung der Gerichtsbote aufgefordert aus der belasteten Sache als Zeichen der beginnenden Exekution einen Span (kleines Stück Holz) oder einen Wasen (etwas Erde) auszuschneiden und zu den Gerichtsakten zu bringen (Auer S. CCXXI).

³⁾ Siehe S. 95 ff.

⁴⁾ § 2 (Gengler Stadtr. S. 233).

⁵⁾ Kalcher S. 25.

⁶⁾ Kalcher S. 45.

die Bestimmung getroffen wurde,¹⁾ dass in keiner Stadt und in keinem Markt, welche städtische und märktliche Freiheiten hätten und bei denen Gericht und Gant wäre, dieses Pfändungsrecht durch den Landshuter Pfänder ausgeübt werden dürfe.²⁾

Die Stellung des Fronboten in seinem Vollstreckungsdienste war eine selbständige. Der Antrag des Gläubigers genügte, um ihn zur Entfaltung seiner Thätigkeit anzuregen. Keineswegs bedurfte er hiezu einer richterlichen Genehmigung.³⁾ Anders verhielt es sich, wenn eine andere Person als der Fronbote gegen einen Bürger mit Beschlagnahme oder Pfändung vorgehen wollte, ihm bot sich eine Schranke in dem Grundrechte der Landshuter Bürger, welches § 1 des Stadtrechts von 1279 aufstellte und das diesen als Schuldner gegen jeden willkürlichen Zugriff seitens der Gläubiger sicherstellt, indem es jede Pfändung und Vollstreckungshandlung gegen die Person oder die Habe eines Bürgers nicht nur in der Stadt, sondern auch in deren Umgebung von der Einholung der Genehmigung des Stadtrichters abhängig macht.⁴⁾ Die Stelle zeigt, dass wenigstens ursprünglich exekutivische Handlungen auch durch andere Personen als durch die zu ihrer Vornahme aufgestellten Beamten bewerkstelligt werden konnten, sie bezeugt aber ebenso

¹⁾ Durch das Rudolfinum von 1294 wurde den Münchnern das Recht in einigen auswärtigen Gerichten zu pfänden bestätigt, ein Privileg, welches durch Kaiser Ludwig 1345 auf das ganze Vitztumamt München ausgedehnt wurde und das 1540 sich auf ganz Ober- und Niederbaiern erstreckte mit Ausnahme der landständischen Städte, welche Bürgermeister und Rat hatten. (Wehner S. 80 f.)

²⁾ In dem herzoglichen Entscheid das Stadtoberichteramt betreffend von 1559 (a. 4) wurde in Folge einer Beschwerde der Bürger und Amtleute von Geisenhausen darüber, dass der Rat von Landshut in G. Pfändungen habe vornehmen lassen, ausgesprochen, dass solches wider all unser Städt und Märkt, so die Pfandung haben, Freiheit und Gebrauch sei (Staudenraus II. S. 133).

³⁾ Stadtrecht 1279 § 10 (Gengler S. 234).

⁴⁾ § 1. Primo et principaliter, quod nullus personas quascunque civitatis Landshuetensis, vel res earum vehendas ad praedictam civitatem, et si in pro-cinctu solummodo fuerint, vel a villa praefata cives aut res eorum exeuntes, detinere praesumat, vel eos cives in se vel in suis rebus mobilibus vel immobilibus, nisi primo a iudice civitatis requisita licentia, pignorare vel aliis molestiis molestare (Gengler Stadtr. S. 233).

die Unzulässigkeit einer eigenmächtigen Pfändung, da sie an dem Erfordernisse des richterlichen Konsenses festhält.

Der Gang des Vollstreckungsverfahrens war folgender: Zuerst begab sich der Kläger mit dem Fronboten in das Haus des verurteilten Schuldners¹⁾ zur Vornahme der Mobiliarpfändung. Verweigert nun der Schuldner die Herausgabe eines Pfandes, so lässt ihn der Kläger hierwegen in die nächste Gerichtssitzung vorladen — so get er dann zum rechten und thuet den pfanten recht²⁾ und er wird wegen diesen Pfandweigerung zu einer Geldbusse von 5 & 60 den.³⁾ verurteilt. Zugleich wird ein Urteil, ein Pfändungsbefehl erlassen und Fronboten werden vom Gerichte mit dessen sofortiger Vollstreckung beauftragt. Sie überweisen dem Kläger sodann „völlige Pfand“, also Objekte, deren Wert ungefähr dem Forderungsbetrage entspricht. Diesem ersten Akte, der zwangsweisen Wegnahme folgt die Übergabe der gepfändeten Gegenstände an einen der Käufel⁴⁾, die ja ebenfalls zum Exekutionshülfspersonal gehören. Der Käufel muss die Pfandobjekte drei Tage feil bieten. Innerhalb dieser Frist steht dem Schuldner das Einlösungsrecht zu, doch ist eine Anbietung des Pfandes zur Einlösung nicht, wie nach andern süddeutschen Stadtrechten vorgeschrieben.⁵⁾ Noch bis zum Abend des dritten Tags darf der Schuldner von seiner Einlösungsbefugnis Gebrauch machen und selbst noch während einer Vergantung der Pfänder durch den

¹⁾ Diesem war natürlich der wegen seines unentschuldigten Ausbleibens in der Gerichtssitzung für sachfällig erklärte Schuldner gleichgestellt.

²⁾ Anh. L. X. n. 2.

³⁾ Derselben Busse (das Grosswandel) verfielen auch die pösen gelter . . . , die sich nicht pfenten lassen, noch recht, pot, brief, sigel, noch nichts achten wellent. Die Richtersknechte haben gegen solche widerspenstige Schuldner mit Aufgebot all ihrer Kräfte die Pfändung zu vollstrecken, widrigenfalls ihrer selbst Gefängnisstrafe harrt (Anh. L. XVIII. n. 1).

⁴⁾ Anh. L. X. n. 2.

⁵⁾ Das Anbieten zur Einlösung statuierten das Augsburger Stadtrecht a. 127 § 1 (Chr. Meyer, Das Stadtbuch von Augsburg. Augsb. 1872. S. 209) und das Münchner Stadtrecht a. 197 (Auer S. 76); bair. Landrecht 234 (Freyberg). Der Schwsp. c. 76 und 83 § 4 (Gengler) kennt das Anbieten nicht; Meibom S. 86 glaubt, eine solche sei hier stillschweigend unterstellt, eine Annahme, für die jeder Anhaltspunkt mangelt.

Käufel und zwar so lange der definitive Zuschlag an den Meistbietenden noch nicht erteilt ist, doch muss die Einlösungssumme der Höhe des Meistgebots gleichkommen.¹⁾

Die Versilberung des Pfandes konnte nicht durch Verkauf des Gläubigers erfolgen, denn die hierauf bezüglichen Bestimmungen des Landshuter Rechts gehören schon jener Periode an, in welcher der obrigkeitliche Verkauf an Stelle des Privatverkaufs²⁾ getreten ist. Die geschwornen Käufel, welche mit dem Pfandverkaufe befasst waren, hatten ja, wie unten gezeigt wurde, halbamtlichen Charakter. Die Veräußerung der Pfandgegenstände kann durch sie entweder aus freier Hand oder im Wege öffentlicher Versteigerung erfolgen. Zu einem Verkaufe aus freier Hand konnte der Käufel selbst während der dreitägigen Einlösungsfrist schreiten. Der Kauf ist alsdann ein bedingter; die Rechtswirkung des Kaufs ist abhängig gemacht von der Ratihabition des Pfandgläubigers.³⁾ Der Käufer ist schon jetzt gebunden. Zum Zeichen der Gebundenheit seines Willens gibt er dem Verkäufer eine Arrha (1 $\mathfrak{S}$ oder 1 hell.). Da das Kaufobjekt erst nach Umfluss der dreitägigen Einlösungsfrist an den Käufer ausgehändigt wurde, wäre ohne Darreichung der Arrha nur ein Konsensual —, also ein nach deutscher Rechtsanschauung ungültiger Vertrag zu Stande gekommen. Auch für den Fall der Ratihabition des Verkaufs durch den Pfandgläubiger bleibt dem Schuldner sein Einlösungsrecht gewahrt. Wird diese Ratihabition verweigert, so wird selbstverständlich das Pfand durch den Käufel weiter feilgehalten.⁴⁾

Wurde ein Verkauf aus freier Hand nicht bewirkt, so schritt der Käufel zur öffentlichen Versteigerung, zur Vergantung der Pfandobjekte. Bestand diese in Immobilien, so war die Vergantung⁵⁾

¹⁾ Anh. L. XIV. n. 1.

²⁾ Diese allgemeine Umwandlung setzt Meibom (S. 94) in das 15. Jahrhundert. Da aus der Fassung der Landshuter Satzungen, welche zur Regelung dieser Materie erlassen wurden, ein Einfluss fremder Rechte nicht wahrnehmbar ist, darf man wohl annehmen, dass auch hier lediglich eine Fortentwicklung des deutschen Rechts unabhängig vom römischen Rechte sich vollzogen hat.

³⁾ Anh. L. XIV. n. 5.

⁴⁾ Den durch amtlichen Tarif festgesetzten Käufellohn haben die Pfandgläubiger zu entrichten.

⁵⁾ Über die Ableitung des Wortes Gant von incantare, da die öffentlichen Versteigerungen durch Ausrufer, incantatores, geleitet wurden (Du Gange ed.

die gewöhnliche Veräusserungsform. Hier wird den Käufern der Grundsatz eingeschärft, dass jede Vergantung regelmässig ein gerichtliches Urteil zur Voraussetzung haben müsse. Jede Gantveräusserung, gleichviel ob sie Grund und Boden, Schrein- oder anderes Pfand zum Gegenstande hatte, war beim Mangel dieser Voraussetzung ungültig — was fürbas auf die gant kumbt, das sol fürbas mit und durch recht auf die gant kommen und gelegt werden.¹⁾

Kommen solche Häuser zur Vergantung, auf welchen eine Gült lastet, so geniessen die Gültgläubiger besondere Rechte. Da, wo Erben nicht vorhanden sind, steht ihnen das Recht zu, solche Häuser aus der Gant zu lösen, sie können durch Zahlung eines entsprechenden Betrags das Haus vor der öffentlichen Versteigerung an sich bringen. Dem Rentengläubiger wird dann ferner die Befugnis eingeräumt seinen Zins, welchen er von dem dem Gantverkauf unterstellten Hause zu beanspruchen hatte, auf dasselbe zu schlagen: „So ein hawsung auf die gant gelegt wirdet, welher dan gült aus demselben haws hat, wil der seiner gülte nit nachsehen, so sol er die auch darauf slahen und welhem das haws mit der gant wirdet, dem sol es bleiben“.²⁾

Die Stelle dürfte etwa so zu erklären sein. Ein Gläubiger hat, da seine Forderung nicht befriedigt wurde, nachdem eine Mobiliarexecution nicht möglich war oder kein genügendes Ergebnis hatte, das Vollstreckungsverfahren gegen ein Haus des

Henschel Glossarium. med. et infunse latinit s. v. incantare. 1840. III. p. 787), sowie von gantus franz. gant wegen der bei Immobiliarexecutionen üblichen Aufsteckung eines Handschuhes vgl. Meibom S. 103. Interessant für die Bedeutung des Wortes „Gant“ ist der Eingang der „Ordnung dess Gandt Process der Fürstenthumben Obern und Nidern Bayrn 1614“ (Tit. 1. art. 1): Wiewol das wort Gandt Process oder Vergandtung ins gemain nichts anders als ein öffentliche aussfailung eines guets, so da beschicht durch öffentliche verrueffung dess Gerichts- oder Fronbotten oder angeschlagne Gandtzettel, insonderhait aber, sovil in diesen Fürstenthumben diser Process in übung ist, aigentlich bedeutet die vollziehung einer Urtheil oder erkandtnuss im Gericht ergangen, durch öffentliche aussfailung dess Schuldners Gueter, welche deme, der am maisten darauff legt, verkaufft oder den Gläubigern für ihre erkannte Sprüch und Forderung anstatt der bezahlung eingantwortet werden . . .

¹⁾ Anh. L. XIV. n. 2.

²⁾ Anh. L. XIV. n. 3.

Schuldners gerichtet und dieses der Gant unterstellt. Wenn aber auf diesem Hause eine Rentenschuld lastete, so hatte der Gläubiger das Recht eine Geltendmachung seiner Rentenforderung zu unterlassen, die Gült auf das Haus zu schlagen, d. h. auf demselben ruhen zu lassen, so dass auf denjenigen, welcher das Haus in der Gant erwarb, mit diesem die Rentenschuld überging. Dass dieser Grundsatz noch einer besonderen autonomen Feststellung bedurfte, beweist, dass der Rentenverkehr in Landshut keine grosse Ausdehnung und in Folge dessen die hierauf bezüglichen Rechtsverhältnisse keine intensive Durchbildung erlangt hatten. Will der Rentengläubiger das nicht, so kann er sich der Gant entgegenstellen, diese verhindern, er muss also dann das Haus selbst übernehmen und befriedigt den Gläubiger auf dessen Betrieb die Vollstreckung durchgeführt wurde — wer, der sein gült darauf nit slahen wil, der mag sich der verweigern und nachgeben.

Für die Versteigerung von Immobilien waren folgende Modalitäten festgesetzt. Der die Versteigerung leitende Käufel ruft die Höhe des Angebots eines jeden aus, nachdem dasselbe erfolgt war. Der Zuschlag des Gantobjekts erfolgt dann an denjenigen, „den der Glockenton berührt“ also denjenigen, bei dessen Angebot das Glockenzeichen gegeben wird, vorausgesetzt, dass jedes fernere Angebot verstummt.

Wenn aber das Glockenzeichen gegeben wird, während das Bieten noch seinen Fortgang nimmt und es bleibt auch nach dem Aufhören desselben dasjenige Gebot das höchste, bei welchem die Glocke ertönte, ist der Zuschlag an diesen Meistbietenden doch nicht als gültig anzusehen, weil dieser eben nur, wenn ein Angebot nicht mehr erfolgt, vollwirksam erteilt werden kann.¹⁾

Ein Mindererlös aus der Veräusserung der Pfandobjekte berechnete den Gläubiger den Schuldner auf Ersatz des noch fehlenden Betrags in Anspruch zu nehmen;²⁾ er kann also eine weitere Pfändung von Vermögensstücken des Schuldners veranlassen.

War das Pfand nicht durch executivische Wegnahme aus dem Gewahrsam des Schuldners gekommen, sondern im Wege freiwilliger Übereinkunft, also durch Pfandsetzung in die Hände des

¹⁾ Anh. L. XIV. n. 6.

²⁾ Anh. L. X. n. 2.

Gläubigers gebracht worden, so war dieser zu einer 14tägigen Aufbewahrung desselben verpflichtet. Eine Verlängerung dieser Frist kann selbst ohne Zustimmung des Gläubigers bei Immobiliarpfändern durch den Stadtkammerer gewährt werden; bei verpfändeten Mobilien ist dagegen die Genehmigung des Gläubigers erforderlich.¹⁾ Wenn eine Einlösung in dieser Frist nicht erfolgte, so musste der Gläubiger in einer Gerichtsverhandlung die richterliche Veräußerungserlaubnis erwirken, nachdem er Tags vorher den Schuldner von seinem Vorhaben in Kenntnis gesetzt hatte. Die Veräußerung erfolgte dann in gleicher Weise, wie beim genommenen Pfande durch Vermittlung des Käufers.²⁾

Das Pfändungsverfahren wird hier also fast nach den gleichen Grundsätzen geregelt, welche ungefähr 1224³⁾ die Treuga Henrici für die Mobiliarexecution sanktioniert hatte:⁴⁾

§ 15⁵⁾ — illud pignus salvum tenebit per 15 dies. Quod si redemptum non fuerit, iudicis auctoritas destruetur (l. auctoritate distrahetur) et pignurator suo recepto residuum restituet. Eine richterliche Erlaubnis, welche die treuga für die Vornahme der Pfändung verlangte, war zwar in Landshut nicht vorgeschrieben, da der Fronbote ohne richterliche Genehmigung Pfändungshandlungen vornehmen durfte, allein dieser war ja eine obrigkeitliche Person, der auch sonst zur Vornahme richterlicher Funktionen qualifiziert erschien. Das Verbot der eigenmächtigen Pfändung bestand also auch hier als Regel. Nur ausnahmsweise war die Zulässigkeit der Privatpfändung anerkannt, indem sowohl dem Vermieter und Leiheherrn als dem Rentenkäufer das Recht ohne gerichtliche Hülfe wegen des verfallenen Zinses und der nichtentrichteten Rente⁶⁾

¹⁾ Anh. L. X. n. 3.

²⁾ Anh. L. X. n. 2. — so get er dann zum rechten und thuet den pfanten recht, (das sol der clager dem antwurter vorhin des nachts kunt tun) und legt si dann fur ain kaufflin.

³⁾ Stobbe, Gesch. der Rechtsqu. I. S. 477.

⁴⁾ Diese Regelung enthält wahrscheinlich keine Neuerung, sondern nur Sanktionierung eines bereits üblichen Verfahrens (Meibom S. 77).

⁵⁾ M. G. L. II. f. 268.

⁶⁾ Wenn das Pfändungsrecht des Rentenkäufers auch nicht allgemein in Deutschland anerkannt war (Arnold, Zur Geschichte des Eigentums in den deutschen Städten. Basel 1861. S. 136), so kommt dasselbe doch vielfach in

pfänden zu dürfen eingeräumt wurde — umb hawszins und gült mag ain ieder selbs pfenten an gericht und ambtlewte.¹⁾

Die Rechtshülfe wurde natürlich auch dem Fremden nicht verweigert und in einem Beschlusse von 1453 wurde ausgesprochen²⁾, dass wenn ein Bürger oder Ausmann gegen einen Einwohner, der nicht das Landshuter Bürgerrecht erworben hat, Klage erhoben, welche nach erfolgter Klagebeantwortung seitens des Beklagten zur urteilmässigen Anerkennung des klägerischen Anspruchs geführt hatte, der Kläger mit dem Amtmann zur Pfändung schreiten dürfe. Die durch (Insolvenz) Armut oder den bösen Willen der Schuldner herbeigeführte Unmöglichkeit der Pfändung gibt dem Kläger — Bürger und Fremde waren hierin vollkommen gleichgestellt — die Berechtigung über den leistungsunfähigen einheimischen Schuldner die Schuldhaft verhängen zu lassen — findet er oder gibt im nicht pfand, so mag der kläger den inwoner einlegen, den sol man im dann halten als der stat recht ist.³⁾

Diese Berücksichtigung fremder Gläubiger war aber nicht etwa Ausfluss eines hochentwickelten Rechtsbewusstseins, sondern es war der Ausdruck einer ausserordentlichen freien nationalökonomischen Anschauung. Man wollte eine Verkürzung auswärtiger Gläubiger hintanhalten, damit dem städtischen Verkehr das fremde Kapital nicht entzogen würde. Denn man hatte schon im 15. Jahrhundert in Landshut eingesehen, dass die erste Bedingung eines blühenden Kreditlebens in einer strammen Exekution, in der bestmöglichen Rechtssicherheit des Gläubigers liege. Von diesem Gedanken eine Gefährdung des städtischen Kreditverkehrs zu verhindern, eine Schädigung, welche sich als unausbleibliche Folge einer frivolen Benachteiligung auswärtiger Gläubiger eingestellt haben würde, war auch die folgende Verordnung getragen. Sie ging von der wiederholt sich zeigenden Erscheinung aus, dass

süddeutschen Städten vor, z. B. in München (Grundbuchsordnung von 1572 a. 12 § 4, von 1573 a. 9 § 4 bei Auer S. 249, 259) und Würzburg, wo die Pfändungsklausel in den Rentenkaufbriefen häufig wiederkehrt (Rosenthal, Zur Geschichte des Eigentums in der Stadt Würzburg. Würzb. 1878. S. 94 f.)

¹⁾ Anh. L. X. n. 4.

²⁾ Anh. L. XII. n. 4.

³⁾ Anh. L. XII. n. 4.

auswärtige Gläubiger, welche ihren urtheilsmässigen Anspruch durch Pfändung vollstrecken lassen wollen — wan der ausmann sein gastrecht aus geben recht hinz im erlangt hat und nach den behabten rechten mit dem ambtman umb pfand hinz demselben seinem gelter einget¹⁾ — keine Pfandobjekte bei dem Schuldner vorfinden, während dieser trotz seiner Insolvenz ein lustiges Leben führe und sich, obwohl er seine Gläubiger nicht befriedige, vom Wirtshausbesuche nicht abhalten lasse — und get doch derselb gelter dester minder nicht zum wein und gibt doch seinen geltern nichtz an irer schuld.

Bürger, welche in solch leichtsinniger Weise ihrer Pflicht eingegangene Verbindlichkeiten zu tilgen vergessen, kann der auswärtige Gläubiger vor den Kammerer oder Rat citieren lassen. Dieser soll demselben die Unangemessenheit eines derartigen Benehmens — sein unert und unwerheit — vorhalten und irgend einen Vergleich zwischen Gläubiger und Schuldner herbeizuführen versuchen, so dass dieser, vielleicht durch ratenmässige Abzahlungen seine Schuld zu tilgen verspricht.

Wird nun Kammerer oder Rat wiederholt in der Sache um Schutz angerufen, weil der Schuldner die durch den Vergleich übernommene Verpflichtung nicht erfülle, so kann er gegen den Renitenten nach Gutdünken einschreiten, ihn mit Gefängnis oder Stadtverweisung bestrafen, damit, wie ausdrücklich als Motiv dieser strengen Strafdrohung beigefügt wird — die stat von solher pöser geltern wegen nicht nachred habe.²⁾

Hatte eine Pfändung nicht den gewünschten Erfolg, so bot das Landshuter Exekutionsrecht eine Reihe anderer Mittel, durch welche der Schuldner zur Befriedigung seines Gläubigers gehalten werden konnte. Pfändung, Ausbieten und Schuldhaft³⁾ war die Skala dieser Zwangsvollstreckungsmittel, die von der Real- zur Personalexekution sich in aufsteigender Linie fortbewegten. Die Reihenfolge, nach welcher subsidiär⁴⁾ diese Massregeln gegen

¹⁾ Anh. L. X. n. 5.

²⁾ Anh. L. X. n. 5.

³⁾ Von der cessio bonorum wird weiter unten gesprochen werden.

⁴⁾ d. h. bei der Erfolglosigkeit des einen Exekutionsmittels werden die andern successive angewendet.

einen insolventen Schuldner zur Anwendung kommen, ist entgegengesetzt der Entwicklung des Exekutionsrechts in der Rechtsgeschichte überhaupt und in der deutschen insbesondere. Von den persönlichen Pressmitteln¹⁾ wandte man sich mit fortschreitender Kultur zu der zwangsweisen Wegnahme von Vermögensobjekten, zur Mobiliar-, dann zur Immobiliarpfändung. Das alte deutsche Recht erkennt auch im ersten Stadium seiner Entwicklung nur die persönliche Haftbarkeit des Schuldners an, weshalb es die Exekution nur gegen seine Person und nicht gegen sein Vermögen richtet.²⁾

Ausbieten. — Ein Exekutionsmittel gegen den insolventen Gläubiger, der zur Zeit weder Baarmittel zur Tilgung seiner Schuld noch Pfandobjekte zur Sicherung derselben besass, gewährt das „Ausbieten“. Diese Massregel des Vollstreckungsverfahrens, ein eigenartiges Erzeugnis der Landshuter Rechtsentwicklung, schob sich vor der Schuldhäft ein. Die Wirkung konnte eine dreifache sein. Entweder entsprach der Schuldner seiner Verpflichtung oder er wurde bestimmt seinen Aufenthalt ausserhalb der Stadt aufzuschlagen und dann wirkte es der Stadtverweisung gleich oder er verfiel der Schuldhäft. Das Ausbieten bestand darin, dass derjenige, welcher einen Schuldner, dem ausgebaut wurde, länger als 14 Tage in seinem Hause behielt — innerhalb dieser Frist sollte der Schuldner sich eben Schuldigungsmittel verschaffen oder mit dem Gläubiger ein entsprechendes Abkommen treffen — für die Schuldsumme aufkommen musste; er kann vom Gläubiger für dieselbe in Anspruch genommen werden. Voraussetzung der Zulässigkeit dieses Exekutionsmittels war in objektiver Beziehung — die Liquidität der Schuld, welche durch gerichtliches Urteil festgestellt sein musste und in subjektiver Beziehung³⁾ Zugehörigkeit des Gläubigers, welcher dasselbe zur Anwendung bringen wollte zur christlichen Konfession und zur Stadtbürgerschaft war — auch ist lauter herkommen das gest und juden niemand sullen ausbieten.⁴⁾

¹⁾ Diesen Fortschritt deutet vom Standpunkt der vergleichenden Rechtswissenschaft an und stellt eine Charakterisierung der einzelnen Stadien derselben in Aussicht (Kohler, Pfandrechtliche Forschungen, Jena 1882. S. 60).

²⁾ Heusler, Die Bildung des Concursprozesses nach schweizer. Rechten in d. Zeitschr. f. schweizer. Recht. Bd. VII S. 118.

³⁾ Anh. L. XII. n. 3 (1442).

⁴⁾ Anh. L. XII. n. 3 (das Jahr der Erlassung dieser Satzung ist nicht zu

Die Frage, ob das Ausbieten sich nur gegen die Person des Schuldners selbst oder gegen dessen Familienangehörigen zu richten habe, war eine streitige. Durch einen Gemeindebeschluss von 1441 wurde die Kontroverse in dem Sinne erledigt, dass Weib und Kinder des Schuldners von dem „Ausbieten“ nicht betroffen werden sollten, so dass nur dem Schuldner selbst verboten war ferner in seiner bisherigen Wohnung zu bleiben. Jedes Betreten derselben war ihm untersagt und hierin scheint der interpretative Beschluss rigoroser als die ursprüngliche Satzung abgefasst gewesen zu sein, indem der 14tägige Termin in Wegfall geraten war, so dass der Hausherr, wenn der Schuldner auch nur ein einziges Mal seine Wohnung nach dem Ausgebot betrat, für die Forderung haftbar wurde. Gerade in dieser Drohung lag ja das Wirksame des Exekutionsmittels. Der Hausherr musste den Mieter, der als insolventer Schuldner dieses Mittel gegen sich in Anwendung bringen liess, aus seiner Wohnung vertreiben. Eine solche Haftungsverbindlichkeit des Hausherrn für die Schulden seines Mieters steht übrigens nicht vereinzelt da. Auch dann, wenn der Hausherr dem pfändenden Fronboten die Existenz von zur Pfändung geeigneten Gegenständen, welche sich im Besitze des Mieters befinden, *dolos* verschweigt — und zaigent dem amtmann dasselb guet, es sei pfaid oder anders guet nicht trewlich an gevär, das sich sein der amtmann underbind ¹⁾ — hat er für die Schuld, wegen welcher gepfändet werden soll, einzustehen und den Betrag derselben zu entrichten. Seine Haftungspflicht cessiert nur, wenn er die Abwesenheit eines *dolos* bei der Verschweigung beschwört, „das si es ungevürlich gehandelt haben.“

Während aber hier die Haftungsverbindlichkeit des Hausherrn in seiner Schuld begründet erscheint, fehlte eine solche Begründung in seiner beim Ausbieten statuierten Haftungspflicht. Denn dass man ihn zur Exekution mit heranzog, ihn zur Exmittierung des Schuldners zwang, ist doch an und für sich nicht gerechtfertigt. Aber das Interesse der Gesamtheit an der Sicherheit

ersehen, da die Jahreszahl 1442 sich nur auf den letzten Absatz beziehen kann, nachdem diese Satzung offenbar jene von 1453 (Anh. L. XII. n. 6) zur Voraussetzung hat und diese interpretieren will.

¹⁾ Anh. L. XVI. n. 4.

und Vertrauenswürdigkeit des städtischen Kreditverkehrs, welches nur durch eine wirksame Exekutionsordnung gewährt werden konnte, liess solche aussergewöhnliche Massnahmen in das Vollstreckungsverfahren Eingang finden. Und doch kommt auch hier jene mildere Auffassung süddeutscher Rechtsquellen zur Erscheinung, durch welche sich diese rücksichtlich der Exekution gegen säumige Schuldner vor norddeutschen auszeichnen.¹⁾ Es paart sich in diesem Exekutionsmodus, welcher uns in andern Statuten nicht begegnet, eine milde Rücksichtnahme mit einer energischen Strammheit. Man hatte in demselben ein Zwangsmittel, geeignet die Hartnäckigkeit übelwollender Schuldner zu brechen, indem man den Hausherrn als Hilfsorgan der Exekution beigezogen, indem ihm die Exmittierung der bösen Schuldner unter Statuierung seiner Zahlungsverbindlichkeit der betreffenden Forderung zur Pflicht machte, eine Massregel, welche bei der Zulässigkeit der Wiederholung des Ausbietens, wie gesagt, oft die Wirkung einer Stadtverweisung²⁾ erlangt haben dürfte. Rücksichten der Zweckmässigkeit werden vor allem diese Haftung des Hausherrn herbeigeführt haben. Ausserdem nahm man an, dass er sich, wenn er den wortbrüchigen Schuldner ferner beherberge, nachdem ihm von dessem pflichtwidrigen Treiben offiziell Mitteilung gemacht war, zum Gehilfen seiner Schuld mache. Die Milde der Massregel zeigte sich auf der andern Seite wieder darin, dass dem Gläubiger noch auf diesem Wege die Erlangung seines Guthabens

¹⁾ Vgl. Mittermaier, Der gemeine deutsche bürgerliche Prozess. Bonn 1832. 3. Beitrag. S. 217 f.

²⁾ Noch strenger aber in ähnlicher Weise regelt die Augsburger Polizeiordnung von 1553 das Vorgehen gegen die bösen Schuldner, indem sie Schädigung des Gemeinwohls insbesondere des öffentlichen Credits als Motiv ihrer Strenge anführt. Es musste nämlich nach derselben Jeder, der bis 200 Goldgulden seinen Gläubigern schuldete, aus der Stadt schwören, so lange er seine Schuld nicht bezahlte. Beherbergte Jemand einen solchen Ausgeschwornen, so ist er einer Busse von mindestens 10 fl. verfallen; kann er diese nicht bezahlen, „so soll er gleicher weysse wie der schuldner die statt meiden, so lang biss er die straff bezalt hat.“ Erst wenn Jemand über 200 fl. schuldig bleibt, tritt Schuldhaft ein. Vgl. v. Hoiningen gen. Huene, Beiträge zur geschichtlichen Entwicklung des strafbaren Bankerutts in Deutschland. Dissert. Bonn 1878. S. 37.

ermöglicht werden sollte, bevor zum äussersten, zur Entziehung der Freiheit, zur Gefangenschaft des Schuldners geschritten werden durfte.

Durch eine Verordnung von 1453¹⁾ wurde die 14tägige Frist, nach deren Ablauf erst die angedrohte Rechtswirkung für den Hausherrn eintreten sollte, wieder hergestellt, ausserdem auch noch die Wirkung des Ausgebots in Abänderung des Beschlusses von 1442 wieder auf Weib und Kinder des Schuldners erstreckt. Wenn nun dieser mit der ganzen Familie eine neue Wohnung bezog, musste der Gläubiger den Akt des Ausbietens zum zweiten Male vornehmen und nach Umfluss von 14 Tagen treten die gleichen Wirkungen, wie beim ersten Ausgebot ein. Hat dieses zweite Ausgebot den Schuldner eine dritte Wohnung aufsuchen lassen, so erfolgt kein drittes Ausgebot, sondern der Gläubiger darf dann den Schuldner in Schuldhaft nehmen — kam aber der dem ausgepoten wirt, er, sein weib oder kind mit solhem auspieten an die dritte herbergen und wurden nicht ains mit irem gelter und wollten also frei aus und nider geen und irem gelter die schuld also vorhalten weder umb behabte recht noch ausbieten nichtz geben, so sol man in an der dritten herberg nimer auspieten, sunder der clager mag seinen schuldiger in vanknus nemen und darin ligen lassen nach seinem gevallen, doch das er in halt als ainen gefangnen.²⁾

Schuldhaft. — In dieser Übergabe des Schuldners in die Gewalt des Gläubigers hat man ebensowohl eine Strafe für seine Rechtsweigerung als ein Zwangsmittel, welches ihn zur Befriedigung des Gläubigers bewegen soll, zu erblicken. Insbesondere soll auf den Schuldgefangenen selbst eingewirkt werden, damit er sich durch Aufgebot seiner äussersten Kräfte Zahlungsobjekte verschaffe, ausserdem sollen auch durch diese moralische Pression Verwandte und Freunde des Gefangenen veranlasst werden durch Aufbringung der erforderlichen Mittel diesem die Freiheit wieder zu gewinnen.³⁾ Die Schuldhaft in Landshut sucht auch auf diesem indirekten

¹⁾ S. 31.

²⁾ Anh. L. XII. n. 6.

³⁾ Vgl. Löning, Vertragsbruch S. 196.

Wege die Realisierung des Anspruchs zu erwirken und nicht, wie dies nach vielen Statuten der Fall ist, direkt durch die Arbeitskraft des Schuldners,¹⁾ durch die von diesem dem Gläubiger geleisteten Dienste die Schuld abverdienen zu lassen.²⁾

Eine Grenze für Dauer und Art der Schuldhaft ist nicht gezogen, der Wille des Gläubigers gibt allem hierüber Mass, doch liegt es ja im eigenen Interesse des Gläubigers, der die Verpflegungskosten des Gefangenen zu bestreiten hat, die Schuldhaft nicht allzulange auszudehnen. Die Willkür des Gläubigers ist aber keine schrankenlose, „doch das er in halt als ainen gefangnen“. Jede allzugrosse Härte und jede Grausamkeit ist also dem Gläubiger untersagt; nur in normalmässiger Haft darf er den Schuldgefangenen halten. Letzterem wird ausdrücklich die Befugnis eingeräumt sich wegen zu harter Behandlung über den Gläubiger beim Stadtrat³⁾ zu beschweren. Dieser hat sodann nach billigem Ermessen, nachdem er beide Teile gehört hat, zu entscheiden und bei diesem Beschlusse hat es endgültig zu verbleiben.⁴⁾

Cessio bonorum. — Im grellen Widerspruch mit diesen Bestimmungen über Personalexekution steht eine Bestimmung, welche zeitlich allen erwähnten vorangeht, nämlich § 17⁵⁾ des Stadtrechts von 1279: *Item nullus obligatam tenebit personam aliquam, nisi quantum secum habuerit tunc in bonis, ita quod si bonis cesserit, personam nullo modo occupet captivatam; quod si fecerit, iudex a faciente habebit emendam, et nihilominus detentum*

¹⁾ Vgl. über diese Statuten Löning S. 195 f.; Korn, de jure creditoris in personam debitoris, qui solvendo non est, secundum jus aevi medii Germanicum Vratislaviae 1868 p. 19 sq.

²⁾ Nach vielen Rechtsquellen wurde der Schuldgefangene als Pfand bezeichnet (z. B. Ssp. III. c. 39 § 1 und 2 und die bei Löning S. 194 citierten); der Gläubiger war dann nicht berechtigt die Arbeitskraft seines Pfandes zu benutzen, wie ja auch dem Pfandgläubiger kein Gebrauchs- und Nutzungsrecht an dem Faustpfande zustand.

³⁾ Nach dem Kaiserrecht (I. 25 ed. Endemann S. 27) sollte der Schuldgefangene alle 14 Tage vor Gericht gestellt werden, damit man sich von der Unschädlichkeit der Haft auf seinen Gesundheitszustand überzeuge.

⁴⁾ Dass selbst der fremde Gläubiger über einen einheimischen Schuldner eventuell die Schuldhaft verhängen konnte, wurde S. 135 hervorgehoben.

⁵⁾ Gengler Stadtrecht S. 235.

dimittet liberum et securum.¹⁾ Die persönliche Schuldhaft des deutschen Rechts sollte also nach der Intention des Verfassers des Stadtrechts durch das römische Institut der *cessio bonorum*²⁾ beseitigt werden.³⁾ Dass dieses Institut, welches mit den deutschen Rechtsanschauungen sich nicht vereinbaren liess, keinen Boden im Landshuter Rechtsleben gewann, dafür bietet die ganze bisherige Darstellung des Landshuter Exekutionsrechts in seiner geschichtlichen Entwicklung einen entsprechenden Beleg. Mit keiner Silbe wird in allen Willküren dieser Satzung gedacht; nirgends findet sich weder eine Spur einer praktischen Anwendung des Instituts noch ein Anknüpfungspunkt für die Fortentwicklung desselben, wie ja auch in andern süddeutschen Quellen dieser Periode die *cessio bonorum* keinen Eingang gefunden hat.⁴⁾ Im Gegenteil haben wir oben die alte deutsche Schuldhaft auch in Landshut in voller Blüte gesehen, so dass die praktische Wirksamkeit dieser Bestimmung jedenfalls, selbst wenn man eine solche überhaupt je als vorhanden gewesen annehmen wollte, nur höchst vorübergehender Natur gewesen sein dürfte.

Die Gestaltung des Vollstreckungsverfahrens erwies sich durchweg als echt germanisch. So hatte dieser Paragraph nur eine theoretische Bedeutung und teilte das Schicksal mancher anderer römisch-rechtlich angehauchter Bestimmungen des Stadtrechts. Fremde Satzungen lassen sich einmal nicht durch die Willkür eines gelehrten Gesetzgebers auf einheimischen Boden verpflanzen; Institute, welche einer ganz andern Kultur entstammen, können nicht gewaltsam ohne jegliche Vermittlung in einen von ganz anderen Grundgedanken beherrschten Rechtsorganismus eingefügt werden. Solche Treibhauspflanzen sterben rasch ab, ohne irgend eine Spur ihres kurzlebigen Daseins zu hinterlassen.

¹⁾ Gaupp, Stadtr. I. S. 150 erklärt diese Strafdrohung mit dem Widerstande, dem die Einführung der *cessio bonorum* begegnet sein wird.

²⁾ Vgl. über diese Stelle: Franklin, Beiträge zur Geschichte der Rezeption des römischen Rechts in Deutschland. Hannover 1863. S. 83 f.

³⁾ l. 1 Cod. qui bonis cedere possunt VII, 71: In eo enim tantum hoc beneficium eis prodest, ne iudicati detrahantur in carcerem.

⁴⁾ z. B. Schwsp. c. 52 (Gengler): Münchner Stadtrecht a. 29 (Auer S. 14). Augsb. Stadtr. a. 147 (Meyer S. 224).

Konkurs. — Der Fall des Konkurses wird nur gelegentlich berührt in einer Satzung von 1431 über die Sicherstellung der Morgengabe, welche besagt ¹⁾: „wann ain burger dinkflüchtig ist oder wirdet und daz di gelter einvallent²⁾ und desselben guet beschreibent.“ — Wird auch das Verfahren hier nicht näher geregelt, so verdient die Stelle volle Beachtung, da sie den Keim zur Entwicklung des Konkursprozesses, der später erst unter Einwirkung der fremden Rechte zur Entfaltung kommen sollte, in sich trägt. Voraussetzung zur Einleitung dieses Verfahrens bildete die Dingflüchtigkeit des Schuldners. Als Charakteristikum des Verfahrens wird nur die Inventarisierung der Aktiva des Schuldners erwähnt, während über den Modus der Exekution nichts berichtet wird.

Hervorgehoben werden muss hier noch jenes merkwürdige Konkursprivileg, welches Herzog Friedrich 1380 den Juden eingeräumt hatte, durch die Anordnung, dass sie die ersten Gelter vor allen Leuten sein dürften.³⁾ Während aber Herzog Heinrich 1417⁴⁾ den Inhalt des erwähnten Privilegs seines Vaters im allgemeinen bestätigt, ist dieses Konkursprivileg schon nicht mehr in der Konfirmationsurkunde angeführt.

Bauprozess. — Auch in Landshut hatte sich das Bedürfnis geltend gemacht nachbarliche Irrungen, welche gelegentlich der Errichtung von Neubauten entstanden waren, auf dem raschesten Wege zu erledigen, damit die Bauführung in ihrem Fortgang nicht über Gebühr gehemmt würde — daz ieder man mit seinem paw on alles gever gefudert werd. Diese summarische Prozedur in Baustreitigkeiten scheint im allgemeinen alten Ursprungs gewesen zu sein, wie es schon in der Münchner Bauordnung von 1489 (art. 47)⁵⁾ heisst: in kundschaftsachen⁶⁾ wirdet von alter her ain summarischer process gebraucht, darinn etliche rechtliche weit-leuffigkaiten als unvonnöten abgeschriten seyen. Derjenige, der glaubt, dass sein Nachbar zu seinem Nachteile, also unter Beein-

¹⁾ Anh. L. XVIII. n. 3.

²⁾ Das einfallen der gelter dürfte dem concursus creditorum entsprechen.

³⁾ Reg. Bav. IX. p. 64.

⁴⁾ Reg. Bav. XII. p. 243.

⁵⁾ Auer S. 216.

⁶⁾ Und zu diesen gehören die Gränzirrungen vgl. Auer S. CXX.

trächtigung seiner Rechte einen Bau auf seinem Grund und Boden aufgeführt habe, soll diesen noch in derselben Nacht zu Gericht vorladen. Am Morgen nach der Ladung hat der Beklagte vor Gericht zu erscheinen, eine Vertagung der Verhandlung wird unter keinen Umständen bewilligt — er sei armer oder reicher, so sol er im daz recht nicht lenger verziehn, dann alle zeit uf den nächsten tag und sol si der richter mit denselben rechten füdern.¹⁾ Nichterscheinen des Beklagten am Tage nach der Ladung, den Fall ehafter Not ausgenommen, machte ihn sachfällig und der Bau konnte ungestört weitergeführt werden.

Ausser dieser ungewöhnlichen Abkürzung des Termins zeigt sich die Beschleunigung des Verfahrens noch in der Unzulässigkeit der Appellation in solchen Baustreitigkeiten. Der Stadtrichter hat in der Gerichtsverhandlung sofort definitiv zu erkennen und gegen sein Urteil darf weder zum Stadtrat noch zum Hofgericht gedingt werden — daz dhein urtail uf dheinen mutmarchen²⁾ noch uf dheinen wazzervall weder gen hof noch für die zwelf werd gedingt.³⁾

Allmählich entwickelte sich ein besonderes Gschau-, Kundschaft- oder Grundrecht, indem bei Nachbarirrunen wegen Wohnung, Mauer, Gärten u. dgl. vom Rate die von der Stadt geordneten Gschau- oder Kundschaftsherrn neben den geschwornen Stadt- und Werkmeistern ersucht wurden, Augenschein vorzunehmen und einen mündlichen oder schriftlichen Bescheid zu erlassen. Fühlte sich eine Partei durch den Entscheid beschwert, so wurde eine grössere Anzahl von Beschauherren mit nochmaliger Untersuchung und Entscheidung der Sache betraut. Auf Verlangen einer Partei wurde diese schriftlich unter der Gschauherren In-siegel gefertigt.

¹⁾ Anh. L. I.

²⁾ Anh. L. I.

³⁾ Muetmarchen bedeutet eine Festsetzung der Grenzen (vgl. Schmeller-Fr o m m a n n I. S. 1643); es ist also hier wohl von einer Grenzbestimmung zwischen zwei streitenden Parteien, wenn auch nicht von einer gütlichen, in welchem Sinne Schmeller das Wort allgemein auffasst zu verstehen. Wasserfall dürfte mit Traufe identisch sein; es handelt sich hier um Streitigkeiten wegen Anbringung einer Traufe, so dass das Wasser des Neubaus nicht auf des Nachbars Grund herabfliesst. Es werden also hier metonymisch die die zwei am meisten vorkommenden Gattungen von Baustreitigkeiten für diese überhaupt gebraucht.

Auf dem Landtage von 1583¹⁾ führte die Stadt Landshut Beschwerde darüber, dass gegen solche Bschaubriefe Appellation zur herzoglichen Regierung beschritten worden wäre, deren Kommissari dann ohne Beziehung der städtischen Bscauherrn Augenschein eingenommen hätten, was als Verstoss gegen die Privilegien der Stadt bezeichnet wird. Die Vertreter der Stadt bitten, dass gegen die Erkenntnisse der Bscauherrn nur eine Appellation an Bürgermeister und Rat für zulässig erachtet werde, und fügen hinzu, dass es in München²⁾ ebenso mit den Grundrechten gehalten werde.³⁾

Verfahren bei Ungerichtsklagen.

Während die autonomen Satzungen hierüber gar keine Bestimmung enthalten, ist den herzoglichen Privilegien Aufklärung über wenige Fragen zu danken.

Der durch Löning⁴⁾ als Prinzip des deutschen Beweisrechts bei Ungerichtsklagen festgestellte Satz, dass in erster Linie dem Kläger der Beweis seiner Klage zufalle, findet auch für Landshut seine Bestätigung in dem Privileg K. Ludwigs von 1341: Swer och einen mortlichen oder in einem Fride ersleht, wirt er dez überwunden mit den Burgern aus dem Rat ze L., der sol nindert Fride haben.⁵⁾

Der Reinigungseid des Beklagten wird als primäres Beweismittel nur da zugelassen, wo der Gesetzgeber aus der konkreten Sachlage die Unschuld des Angeklagten als wahrscheinlich annehmen darf⁶⁾ und nur, um diese Wahrscheinlichkeit zur Gewissheit zu steigern, wird vom Angeklagten die Leistung des Reinigungseids verlangt. In diesem Sinne statuiert ein Privileg der Herzoge Heinrich, Otto und Heinrich vom 5. August 1322⁷⁾:

¹⁾ Landtagsverhandlungen (Manuskript R.-A.)

²⁾ In München konnte von dem Kundschaftsgericht erster Instanz nur an den Stadtrat appelliert werden und soll es bei des letzteren Ausspruche „entlich on all weiter weigerung“ bleiben (Auer S. CXXII.)

³⁾ Der Herzog wies diese Beschwerde an den Hofrat zur Erledigung.

⁴⁾ Der Reinigungseid bei Ungerichtsklagen. Heidelberg 1880. S. 12 f.; vgl. bes. die Belegstellen aus dem bairischen Rechte 181, 183 ff.

⁵⁾ Kalcher S. 46.

⁶⁾ Löning a. a. O. S. 262.

⁷⁾ Kalcher S. 24.

„Ob ein todslag da geschäch und ob man die Selbscholen da wesste, der wer ainer oder mer, und halt dieselben des an laugen stuenden, die sind des pessrung schuldig, die andern aber die darzue sind komen durch schiedung angeverde als oben ist verschriben, die mügen sich wol davon genemen mit Ir Aiden, . . . das sy nicht schuld daran haben.“

Während hier der Reinigungseid des Angeklagten allein genügt, wird im Privileg von 1335 der Reinigungseid mit Eideshelfern selb dritt gefordert, da in diesem jener oben vorhandene Grad von Wahrscheinlichkeit für die Unschuld der Angeklagten noch nicht als gegeben angenommen wird, nachdem noch Niemand über seine Beteiligung an dem Todschlage ein Geständnis abgelegt hat.¹⁾ Bei solchen Klagen, welche sich nur auf Verdacht gründen, welche im bairischen Rechte als „Inzicht“ bezeichnet werden, wird durchweg der Reinigungseid als primäres Beweismittel betrachtet,²⁾ da hier von einem klägerischen Beweise Umgang genommen werden muss, nachdem die Klage nicht auf eigener Wissenschaft des Klägers beruht. —

Von dem das mittelalterliche Verfahren in Ungerichtsklagen beherrschenden Accusationsprinzip wurde in den Städten abgewichen, indem hier an die Stelle des fehlenden Klägers in gewissem Umfange der Richter trat.³⁾ Auch nach dem der Stadt Landshut 1316⁴⁾ verliehenen Privileg, über jeden schädlichen Mann richten zu dürfen, konnte der Richter statt des Klägers (Richter oder der Kläger) den Anklagebeweis führen in jener eigentümlichen Gestalt,

¹⁾ Privileg Herzog Heinrichs vom 5. Februar 1335 (Kalcher S. 30): ob . . . ze L. ein zerednūzz geschäch und da von ein todslag, oder todslæg geschâhen, swer dabei nicht gewesen ist, oder der durch recht schiedung zū lauffet, oder der selb bei der zerednūzz wâr an gevâr, und doch des Todslages nicht getan hiet, mag sich der oder di ieder man selb dritt biderber mann seiner genozzen mit ir Ayden da von nemen vor unserem Richter ze L. . . . der oder di selben sullen fürbas der selben inzicht gein uns . . . unengolten . . . beleiben.

²⁾ Löning S. 187, der darauf hinweist, dass diese scheinbare Abweichung von den Grundsätzen über die Anwendung des Reinigungseids nur als deren Konsequenz zu betrachten ist.

³⁾ Vgl. Geyer, Lehrbuch des gem. deutschen Strafprozessrechts. Leipzig 1880. S. 51.

⁴⁾ Kalcher S. 6.

„das der Richter oder der kleger dem Schedlichen mane ¹⁾ die vinger in den Schopf sol legen und sol Sweren, das der man land und läutten so Schedlich sey, das man durch recht über in richten sol, und süllen Sechs nach im geen, die Swern das der aid war sey.²⁾“

IV. Das Privatrecht.

A. Sachenrecht.

Auffallend ist die Dürftigkeit der Landshuter autonomen Satzungen auf dem Gebiete des Sachenrechts. Nur jener Beschluss von 1334 ³⁾ kann hier hervorgehoben werden, durch welchen die Konstituierung eines Zinses auf im Burgfrieden gelegenen Immobilien sowohl zu Gunsten des Spitals als der Klöster und Gotteshäuser verboten ward. Eine derartige Zinsbestellung war ungültig und eine Ablösung des Zinses zu jeder Zeit möglich. In andern Städten wurde zwar auch das Verbot der Veräußerung an die tote Hand und die Ablösbarkeit der zu ihren Gunsten bestellten Grundsätzen statuiert,⁴⁾ aber in Landshut steht der erwähnte Rechtssatz ganz vereinzelt da; ein Zusammenhang mit andern dieselbe Tendenz verfolgenden Bestimmungen lässt sich nicht erkennen, nachdem solche Bestimmungen überhaupt nicht mehr erlassen wurden. Wir dürften es deshalb hier ganz besonders mit einem Gelegenheitsstatute zu thun haben, hervorgerufen durch häufige Begründung von Seelgeräten durch Zinsbestellung. Man

¹⁾ „schedleiche Laute, Ez sein Dieb, Mörder, Prenner, Strassrauber oder wi di genant möchten sein.“ So wird die Kategorie der schädlichen Leute umschrieben in einem Privileg von 1361 (Kalcher S. 65); vgl. auch Landfr. 1352 (Qu. und Er. VI. p. 421).

²⁾ Von einer Erörterung des Landshuter Strafrechts kann bei der ausserordentlichen Dürftigkeit der Quellen um so eher Umgang genommen werden als Osenbrüggen (Strafrecht in K. Ludwigs Landrechtsbuch) die wenigen strafrechtlichen Bestimmungen des Landshuter Stadtrechts von 1279 an geeigneter Stelle darstellte.

³⁾ Anh. L. II.

⁴⁾ Maurer Städteverf. I. S. 399 f.

wollte den allzu reichlichen Zuwendungen an die tote Hand, welche am häufigsten in Form der Zinsbestellung auftraten, entgegenwirken und glaubte den Zweck am besten zu erreichen, wenn man nicht die Schenkungen an Kirchen und Klöster allgemein, sondern nur diese Form derselben verbot, während zugleich die wahre Tendenz eines solchen Gesetzes dem Volke gegenüber besser verschleiert wurde, so dass dasselbe keinen Anstoss erregte.

B. Vertragsrecht.

1. Aufhebung des Forderungsrechts durch den Herzog. — Nach Ausbildung der Landeshoheit war der Umfang der landesherrlichen Gewalt ein so intensiver, dass dem Landesherrn auch auf Person und Vermögen seiner Unterthanen die weitgehendste Einwirkung gestattet war. Wie der Landesherr ursprünglich seine Unterthanen zur Schliessung einer bestimmten Ehe zwingen konnte,¹⁾ so stand es auch in seiner Macht, gültige Forderungsrechte derselben willkürlich aufzuheben. Als Herzog Heinrich 1338 die Anlegung eines neuen Stadtteils anordnete, suchte er das rasche Wachstum der Bevölkerung desselben durch Gewährung manichfacher Vorteile an die Zuziehenden zu fördern. Unter den Lockmitteln mag die Zusicherung der Kraftloserklärung aller gegen die in dem neuen Stadtteil sich niederlassenden Bürger bestehenden Forderungen ihre Wirkung nicht verfehlt haben — Swer²⁾ auch in die Newen Stat vert mit wonung, der sol sicher und frey sein vor gelt gein Christen und gein Juden und sol sicher sein gantzleich vor allen andern sachen und schulden, di er vor untz auf disen heutigen tag begangen hat, swie di genant sind an alain, ob er di weil icht geltes den Purgern von der Stat oder halt andern Lăuten schuldig wurd . . . Der Herzog findet es also für nötig besonders hervorzuheben, dass die vom Zeitpunkte der Niederlassung in der Neustadt eingegangenen Verbindlichkeiten erfüllt werden müssen, dass also nicht eine generelle Schuldenvernichtung für alle Zukunft beabsichtigt sei und dass wegen künftig einzugehender Schulden vor Richter und Rat in der Stadt

¹⁾ S. 160.

²⁾ Kalcher S. 35 f.

Recht genommen werden müsse. Mit den Ansprüchen eines steigenden Verkehrs war eine solche Rechtsunsicherheit nicht vereinbar. Darum beschränkten die Landesherrn selbst ihre Selbstherrlichkeit, indem sie in den den Bürgern erteilten Privilegien versprachen, auf gewisse Konsequenzen derselben verzichten zu wollen. In dieser Weise stellte Kaiser Ludwig in dem Privileg von 1341 auch die Landshuter sicher vor einem Eingriff in die ihnen zustehenden Forderungsrechte, indem er aussprach: „Wir ¹⁾ sullen och niemand freyen noch freibrief für gelt geben weder auf dem Gaew noch in den Steten noch Merkten, di unsern burgern ze L. ze schaden chomen und da mit in ir gelt verzogen mocht werden. Darnach wellen und setzen wir, dass dhein ausman, er sei Edel oder unedel ainer dem andern sein phennig icht müg gehaizzen noch geloben ze geben an schaden für unser burger ze L.“ Der Inhalt dieses Privilegs wurde dann in die Landesordnung von 1474 aufgenommen und so, wenn auch unter einem Vorbehalte, auf das ganze Land ausgedehnt.²⁾

2. Arrha. — Über die Arrha werden nur gelegentlich der für die Käufel aufgestellten Rechtssätze einige Bestimmungen getroffen. Bei einem Verkaufe von Pfandobjekten aus freier Hand, wo der Verkauf von der Genehmigung des Pfandgläubigers abhängig gemacht ist, hat der Käufer dem Verkäufer beim Abschlusse des Kaufvertrags eine Arrha von 1 pfen. oder 1 heller zu geben.³⁾

Um nun den Vertrag in einen Realkontrakt umzuwandeln, also um ihn zu einem gültigen zu machen,⁴⁾ gibt der Käufer, wie gezeigt wurde, die geringfügige Arrha. Dass diese hier nicht den Charakter eines Reugelds⁵⁾ einer arrha poenitentialis⁶⁾ trägt, sondern gegeben

¹⁾ Kalcher S. 45 f.

²⁾ Wir wollen auch füran niemand keinen Freibrief für Schuld geben ohne redliche Ursache. (Krenner VII. S. 512).

³⁾ Siehe S. 131.

⁴⁾ Vgl. Sohm, Das Recht der Eheschliessung. Weimar 1875. S. 29.

⁵⁾ Stobbe Handbuch des deutschen Privatrechts. Berlin 1878 III. S. 146.

⁶⁾ Franken (a. a. O. S. 63 f.) betont die Relativität des juristischen Charakters der Arrha und weist darauf hin, dass sie von einer Scheinleistung zum Reukaufe, zur Konventionalstrafe und zum Pfande aufsteige, woraus der wechselnde Sinn der „Arrha“ zu erklären sei.

wird, um die bindende Kraft des Realkontrakts hervorzubringen, geht aus einer andern für die Käufel erlassenen Satzung hervor. In dieser wird nämlich ausdrücklich betont, dass derjenige, welcher beim Kaufe eines Rocks, Schleiers, Mantels u. dgl. ein Drangeld von 1 den. oder 1 hell. gegeben habe, nicht später, wenn ihm der Kaufpreis etwa zu hoch erscheinen sollte, unter Preisgebung der Arrha zurücktreten könne, sondern dass er an die Erfüllung des rechtswirksam abgeschlossenen Kaufvertrags gebunden sei.¹⁾

3. Tausch und Kauf. — Als Voraussetzung der Gültigkeit eines Kauf- und Tauschvertrags wird die Ernstlichkeit des Willens der Kontrahenten und die Bestimmtheit der Leistung und der Gegenleistung betrachtet, deshalb werden durch das Stadtrecht von 1279 alle in der Aufregung, in hitziger und unüberlegter Weise geschlossenen Kaufverträge für kraftlos erklärt.

§ 16²⁾: Item venditiones odiosae, vehementes, inconsultae, puta: si dicat se dare quis sua bona pro alterius bonis inconsulte, ex consuetudine municipii reprobantur.³⁾ Es wird vermutet, dass bei solchen Kauf- und Tauschverträgen, welche, wie aus dem Beispiele hervorgeht, auch keine annähernde Bestimmtheit der Leistung und Gegenleistung enthalten, an der Ernstlichkeit des Willens zum Abschlusse eines derartigen Vertrags gezweifelt werden muss. Wille und Willenserklärung decken sich zwar, der

¹⁾ Anh. L. XIV.

²⁾ Gengler Stadtr. S. 235.

³⁾ 1393 wurde der Rat von Ingolstadt durch die Wahrnehmung, dass sich ungewöhnliche Käufe zu unredlicher Zeit und in Trunkenheit mehrten zur Erlassung der Verordnung bewogen, dass der Verkauf von Erb und Eigen bis zum andern Mittag rückgängig gemacht werden könnte, d. h. beim Abschlusse des Kaufvertrags sollte Wandel gedingt werden. Dann konnte Käufer und Verkäufer bis zum folgenden Mittag von dem Verträge zurücktreten unter Verlust eines Leitkaufs. War aber kein Wandel gedingt worden, so kann die Ehefrau des Käufers oder Verkäufers den Vertrag auflösen. Diese in das Münchner Stadtrecht (a. 448: Auer S. 170) übergegangene Bestimmung hat also dasselbe Ziel im Auge wie § 16 des Landsh. Stadtrechts, Unschädlichmachung eines nicht mit ruhiger Überlegung geschlossenen Kaufvertrags. Nur in den Mitteln zur Erreichung desselben Zwecks differieren beide Rechte. Während in Landshut solche Verträge absolut nichtig sind, steht in Ingolstadt und München den Kontrahenten nur ein Auflösungsrecht des Vertrags zu, sofern dieser Erb oder Eigen zum Gegenstande hat.

Wille selbst ist aber durch leidenschaftliche Erregung beeinflusst. Dem durch Affekt getrübtem Willen versagt aber die Rechtsordnung die gewollte Wirkung, die Verträge, welche so geschlossen wurden, waren ungültig. Man könnte in der Stelle die Statuierung eines Anfechtungsgrundes des Vertrags wegen *laesio enormis* erblicken wollen, der in manchen deutschen Rechtsquellen schon frühzeitig¹⁾ zum Ausdrucke gelangt; ²⁾ allein abgesehen davon, dass der mit dem römischen Rechte vertraute Verfasser des Stadtrechts sich jedenfalls dann die Gelegenheit diese römisch-rechtliche Formel anzubringen, nicht hätte entgehen lassen, spricht doch die Fassung des Prinzips in dem Paragraphen dafür, dass die Nichtigkeit nicht in so enge Grenzen gebaut werden wollte. Zudem bezeugt auch das angeführte Beispiel, in welchem ja noch nicht einmal ein Missverhältniss zwischen dem Wert der Leistung und Gegenleistung konstatiert wird, dass die Unbestimmtheit der beiden Tauschobjekte den Grund zur Ungültigkeit des Vertrags bildete.

Wenn auch an und für sich in das Gebiet des Polizeirechts gehörig, ist hier wegen der privatrechtlichen Wirkung jene Anordnung von 1424 zu erwähnen, welche einem Fremden verbietet die von einem Bürger gekauften Waren wieder an diesen zurück zu verkaufen. Gleichzeitig wurde den Bürgern verboten zu solchen Käufen Geld vorzustrecken unter Androhung der Nichtigkeit eines solchen Kaufes und bei Meidung der Konfiskation des Kaufobjekts durch den Stadtrat.³⁾ Es ist offenbar, dass durch diese Vorschrift der Abschliessung von Scheinverkäufen vorgebeugt werden sollte. Unter Herbeiziehung der anderen Bestimmungen über die „bösen Gelter“ darf man wohl annehmen, dass das Kreditleben Landshuts durch manche Kniffe, die mit der Grundlage einer gesunden Verkehrsentwicklung der *bona fides* im Handel und Wandel im scharfen Gegensatze standen, gefährdet war. Und so dürften Schuldner ihren Verbindlichkeiten sich oft dadurch entzogen haben, dass sie, um ihre Habe dem Zugriffe des Gläubigers zu entziehen, diese zum Scheine an einen Fremden verkauften und später, als das

¹⁾ Stobbe Privatrecht III. S. 250.

²⁾ z. B. Münchner Stadtrecht a. 330 (Auer S. 128 f.)

³⁾ Anh. L. XVI. n. 3.

drohende Gespenst des zur Leistung mahnenden Gläubigers etwas zurückgetreten war, die veräusserten Objekte durch Rückkauf wieder vom Käufer erwarben.

4. Miete. — Als Mietziel, als Termin zum Einzug der Mieter in die gemieteten Häuser wurde 1347¹⁾ der Georgitag (23. April) festgesetzt und zugleich wurden für die Entrichtung des Mietzinses 3 Termine bestimmt — an jedem war ein Drittel fällig — nämlich Michaeli (30. September), Weihnachten und Georgi.

Über Mitverträge wurde 1425²⁾ ein wichtiges Statut vereinbart, welches uns den Mietvertrag als ein noch nicht sehr gefestigtes sondern leicht lösliches Vertragsverhältnis darstellt und einen Beleg bietet für die weitgehende Berücksichtigung praktisch-wirtschaftlicher Momente gegenüber der streng logischen Natur des römischen Rechts. Nicht etwa um jene Rechtsregel, welche in der Paränie „Kauf bricht Miete“ ihren Ausdruck findet, handelt es sich, sondern um eine Auflösung des Mietvertrags, welche herbeigeführt wird durch ausserhalb des Mietobjekts liegende persönliche Verhältnisse des Mieters.³⁾ Wenn nämlich das Gebrauchsbedürfnis des Mieters an dem gemieteten Hause dadurch in Wegfall geraten war, dass er selbst ein Haus kaufte, erblickte man hierin einen Auflösungsgrund des Mietvertrags.⁴⁾ Allerdings ist dieses Rücktrittsrecht vom Vertrage dem Mieter in diesem Falle nicht unbedingt gewährt.

Die einseitige Auflösung des Vertrags durch den Mieter war an folgende Voraussetzungen geknüpft: 1) die Dauer des Mietvertrags durfte sich nur auf einen kleineren Zeitraum als 1 Jahr erstrecken; 2) der Mieter durfte noch nicht eingezogen sein; er durfte also noch nicht die Detention des Mietgegenstandes erlangt

¹⁾ Anh. L. VI. n. 1.

²⁾ Anh. L. VI. n. 2.

³⁾ In analoger Weise galt im älteren Rechte das eigene Wohnungsbedürfnis des Vermieters als Grund zur einseitigen Auflösung des Mietvertrags, vergl. Brünneck, Zur Geschichte der Mieth und Pacht in Zeitschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgeschichte. German. Abteil. Bd. I. S. 167.

⁴⁾ Dieser Satz findet sich schon vor der Rezeptionszeit in deutschen Rechtsquellen vgl. Stobbe Privatrecht III. S. 259.

haben; 3) die 14 tägige Kündigungsfrist vor dem Einzugstermin musste beobachtet werden.¹⁾

Die Rücktrittsbefugnis war nicht vorhanden, sobald der Mietvertrag auf die Dauer von 1 Jahr und darüber abgeschlossen wurde. Durch die längere Vertragsdauer erschien der Vertrag wesentlich gefestigt und der Mieter wurde durch den inzwischen erfolgten Kauf eines eigenen Hauses seiner Verpflichtung zur Zahlung des vertragsmässigen Mietzinses nicht entbunden.²⁾ Selbstverständlich stand dieser Pflicht seine Berechtigung zur Benützung des gemieteten Hauses gegenüber.

Ein Vorzugsrecht ist dem Vermieter eingeräumt, indem bei Exekutionspfändungen, welche gegen den Mieter vollstreckt werden, er für den Betrag seiner Forderung für zwei Mietzinse vor jedem andern Gläubiger Befriedigung beanspruchen kann — chumpt dann der wirt, der sol sich von erst weren an der stat und auch nicht verrer, dann umb zwen hauszins, die sol er auch bestäten, daz er im die schuldig, ob sein der chlager nicht geraten wil.³⁾ Erkennt also der die Vollstreckung durchführende Gläubiger diese Forderung nicht an, so muss der Vermieter den Beweis ihrer Existenz führen. Der weitläufigen prozessualen Durchführung seines Anspruchs kann er aber entgehen, wenn er den Gläubiger an der Exekution nicht hindert, so dass dieser also die Pfändung ungestört durchführen kann. Dann muss ihm dieser aber den Betrag seiner Mietforderung bezahlen — wolt sich aber der haws-wirt nicht weren und dem chlager pfant weren, so sol er im sein gelt awsrichten on widerred.

5. Darlehen. — Das Landshuter Stadtbuch entält mancherlei Vorschriften zur Bekämpfung der um sich greifenden luxuriösen Lebenshaltung. In Folge der sich stets mehrenden Wohlhaben-

¹⁾ Dieser Rücktrittsgrund vom Mietvertrag begegnet namentlich im Süden z. B. in Brunn und Zürich vgl. Brünneck a. a. O. S. 167 f.

²⁾ Nichteinzug des Mieters in das gemietete Haus und kürzere Vertragsdauer als 1 Jahr sind nach dem Billwärderschen Rechte Voraussetzungen der einseitigen Auflösbarkeit des Mietvertrags durch Vermieter oder Mieter gegen Entrichtung des halb- oder ganzjährigen Mietzinses vgl. Brünneck a. a. O. S. 163.

³⁾ Anh. L. VIII.

heit der Bürger zeigte sich der Luxus hier wie in andern Städten auch in der Verschwendung der Bürgersöhne bei Würfel und Becher. Die Polizeiverordnungen von 1256 suchten diesem Unwesen schon zu steuern durch die Bestimmung c. 18 Nullus caupo fideiubebit, quod vulgo dicitur weren, super ebrios concives suos, aut super vestes filiorum aut servorum civium, quas cingulis suis concludunt. Transgressores dabunt civitati VI solidos, iudici LX denarios.¹⁾ Aus dieser Polizeivorschrift erwuchs im Stadtrechte von 1279 eine civilrechtliche Satzung und der Verfasser liess sich den nahe-
liegenden, wenn auch nicht treffenden Hinweis auf das S C Macedonianum²⁾ nicht entgehen. Nur den Betrag, den ein Bürgersohn oder Bürgersknecht in baarem Geld oder pfandbaren Gegenständen bei sich hatte, durfte man ihm kreditieren. Für ein diesen Betrag übersteigendes Darlehen stand dem Darleiher ein Anspruch auf Rückzahlung nicht zu; solche Forderungen waren unklagbar. § 18³⁾: Item nullus fideiubebit filio vel servo civis, nisi quantum secum in parata pecunia habuerit, vel extra cingulum tenuerit in vestitu. Hoc adjecto, quod contra filium civis omnis actio, secundum quod legis Macedoniani tradet sanctio, imposterum evanescit, ita quod si postea utpote paterfamilias dominus rerum fuerit, solvere talia non cogetur. Der Verfasser des Stadtrechts hat offenbar seine Vorlage in den Polizeiverordnungen erweitert mit Rücksicht auf dies citierte S C Macedonianum. Wenn auch hauptsächlich an Darlehen für Zech- und Spielschulden bei dieser Bestimmung gedacht ist, so trifft die Ansicht Franklins, dass diese Vorschrift enger als die des S C Maced. gefasst sei, wohl für die übrigen bairischen Stadtrechte, nicht aber für das Landshuter zu. Denn es wird das Verbot des Kreditierens hier nicht auf Darlehen für diese Zwecke eingeschränkt, indem nicht wie 1256 das Verbot einzig an den Wirt (nullus caupo), sondern jetzt an Jedermann (nullus) gerichtet ist. Es ist nun eine Übereinstimmung mit dem Inhalt des S C Maced. in dieser Richtung erzielt, indem ganz allgemein untersagt ist Darlehen an Haussöhne zu geben. Dagegen geht die Vorschrift des Stadtrechts wieder auf der andern

¹⁾ Qu. u. Er. V. p. 156.

²⁾ Vgl. Franklin Beitr. S. 78 ff.

³⁾ Gengler Stadtr. S. 235.

Seite über das S C Mac. hinaus, und darin ist Franklin¹⁾ beizustimmen, wenn es das Verbot auch auf die Bürgersknechte erstreckt und sich in dieser Beziehung an die Vorlage hält.

Ähnliche Bestimmungen finden sich in einer Anzahl süddeutscher, besonders bairischer Stadtrechte²⁾, z. B. in dem von Augsburg³⁾, Passau⁴⁾, Rain⁵⁾ und Bamberg⁶⁾, weil die diese Satzung veranlassenden Kulturverhältnisse nicht nur einer lokalen Ursache entsprangen, somit gleiche Verhältnisse auch allgemein für die an verschiedenen Orten in gleicher Weise auftretenden Bedürfnisse dieselbe Regelung erheischten.

6. Zech- und Spielschulden. — Bei der Bedeutung, welche der Wirtshausbesuch im Leben der deutschen Städter einnahm, war die Rechtsordnung genötigt der Regelung der einschlägigen Verhältnisse Aufmerksamkeit zu widmen. In den deutschen Stadtrechten begegnen deshalb mannigfaltige Vorschriften, welche einen Schutz des Wirts gegen zahlungssäumige Zecher bezwecken. Sie bilden gleichsam das Gegenstück zu den vielen polizeilichen Verpflichtungen, welche dem Wirte im öffentlichen Interesse auferlegt wurden, von denen soeben ein Beispiel gegeben wurde. Bei Verabreichung von Speisen und Getränken in Wirtshäusern bildete Baarzahlung die Regel; für eine Kreditierung war eine besondere Genehmigung des Wirts⁷⁾ zu erhalten. Diese Regel wurde aber durchbrochen, indem zahlungsfähigen Bürgern eine Nachfrist⁸⁾ bis

¹⁾ a. a. O. S. 80.

²⁾ Franklin S. 79 f.

³⁾ a. CXL. (Meyer S. 224).

⁴⁾ Rechtsbrief von 1500 § 48 (bei Gengler Stadtr. S. 352) Es sol in keinem lewthaws, auf keinen Schüler und auf dhaines Burger kinde umb spil, umb trincken nyeemant mer nicht porgen, nur als er vil an dem leib habe; borgt er Im darüber icht oder wer hintz Im, daz verleuset er.

⁵⁾ Von 1332 § 2 (Gengler Stadtr. S. 365 f.).

⁶⁾ § 81 bei Zöpfl, Das alte Bamberger Recht. Heidelberg 1839. Urkundenbuch S. 25. (Gengler Stadtr. S. 365 f.)

⁷⁾ Ein Passauer Rechtsbrief von 1300 (§ 15 Gengler Stadtr. S. 350) sagt: Wer dem andern sein trincken gewaltiglich austrait, der soll dem Richter 72 pfennig geben, hat er der nicht, so sol man Im 72 sleg geben.

⁸⁾ Vgl. Sickel (Die Bestrafung des Vertragsbruches. Halle 1876. S. 85 ff.), welcher die Gewährung einer Nachfrist für die Bezahlung von Zechschulden zuerst in Holland nachweist, während schweizer Quellen frühe dem Gaste, der ohne Zahlungsleistung das Wirtshaus verlässt, Strafe androhen.

zum andern Mittag gewährt war. Wenn aber bis dahin die Zechschuld nicht getilgt worden, so verfiel der Schuldner in eine Strafe. § 23 ¹⁾ des Stadtrechts 1279: Item, si civis ad potum sedens irrequisito propinatore exiverit vel exire voluerit, non impediatur, si bene solvendo fuerit ad contractum debitum, et sine poena, id est Wandel, erit, si denarus sequenti die ante meridiem obtulerit propinanti.²⁾ Der Schutz des Wirts bestand also in der Androhung einer öffentlichen Geldstrafe für zuverlässige Bürger, welche am nächsten Tage den Betrag ihrer Zechschuld nicht getilgt hatten, während unzuverlässige Gäste vom Wirte am Verlassen des Wirtshauses verhindert werden können. Dem Wirte steht die Befugnis zu gegen solche Zecher sofort mit Pfändung ohne richterliche Hülfe vorzugehen. Das Augsburger Stadtrecht,³⁾ welches mit dem Landshuter vollständig in diesem Punkte übereinstimmt, führt nur die Konsequenz, welche sich aus der Fassung des Landshuter Stadtrechts folgern lässt, des Näheren aus.⁴⁾

Mit den Zechschulden in Verbindung stehen die Spielschulden. Eine Beschränkung der Spielleidenschaft, welcher viele Bürger und namentlich Bürgerssöhne bis zu einer Vergeudung ihres Vermögens nachgaben, veranlasste auch in Landshut ein polizeiliches Einschreiten gegen solches Treiben. Ausser dem Spielverbote, das

¹⁾ Gengler Stadtr. S. 235.

²⁾ Das Sterzinger Stadtrecht stimmt nahezu mit obiger Bestimmung überein, indem es nur dem Bürger gestattet das Wirtshaus ohne Bezahlung zu verlassen; es muss aber alsdann die Schuld am folgenden Vormittag getilgt werden. (Schmeller-Frommann I. S. 1535).

³⁾ von 1276 a. 139 (Meyer S. 220): ... Treit ein man win uz, der niht gewis ist, den heizzet ein wirt wol stille stan unz daz er im verpfende, er habe ez an oder er heiz ez im dartragen. In der Novelle zu diesem Artikel heisst es: so mag in der wirt wol gephenden ane den rihter und ane sinen botten und hat daran wider nieman getan.

⁴⁾ Auch das Münchner Stadtrecht a. 110 gestattet dem Wirte die Pfändung der Gäste wegen ihrer Zechschulden. Die Strafbarkeit des Schuldners statuiert sodann a. 284 und a. 396 wenn dieser es zu einer wiederholten Klagestellung kommen lässt (Auer S. 44, 110, 152). Ein Pfändungsrecht räumt dem Wirte noch ein das Bamberger Recht § 125 (Zöpfel, UB. S. 37).

unten¹⁾ erwähnt wurde, enthielt noch das Stadtrecht von 1279²⁾ ein auch civilrechtlich wichtiges Spielverbot. Dasselbe ist aber nicht genereller Natur, sondern beschränkt auf einige Spielarten.³⁾ Das Landshuter Recht geht aber viel weiter als die übrigen Rechtsquellen dieser Periode, indem es nicht nur die Unklagbarkeit der Spielschulden statuiert,⁴⁾ sondern sogar dem Verlierer das Recht einräumt den verlorenen Betrag als ein indebitum zurückzufordern.⁵⁾ Nur auf die angeführten unerlaubten Spiele bezieht sich selbstverständlich die Einräumung der *condictio indebiti*. Dass diese ganz vereinzelt vorkommende Bestimmung nur auf eine Beeinflussung durch das römische Recht zurückzuführen ist, liegt auf der Hand.

7. Bürgschaft. — Interessant ist die Behandlung der Lehre von der Empfehlung und der Auskunft über die Kreditwürdigkeit eines Schuldners.⁶⁾ In einem Statut von 1424⁷⁾ wird der Grundsatz ausgesprochen, dass in einer derartigen *bona fide* abgegebenen Empfehlung eine Bürgschaft nicht zu erblicken sei. Eine solche Empfehlung eines Dritten als kreditwürdig — und spricht dann derselb, den er fragt: er ist dir guet, ich trawät im selber, wär es mein ding — die sich nicht als Rechtsgeschäft charakterisieren lässt, verpflichtet den Empfehlenden keineswegs zur Leistung eines Schadenersatzes, denn eine Bürgschaft liegt nur vor, wenn der Empfehlende sich als Bürge oder Selbstschuldner verpflichtet hat — es gehaiss dann ainer genzlich als borgen oder selbscholen.

¹⁾ S. 46.

²⁾ § 19 (Gengler Stadtr. S. 235) Item omnes ludi cavillosi, Häufel, Riemstechen, et taxillorum falsitas praesentibus inhihentur, et contrahentes sic reddere compelluntur.

³⁾ Über die Entwicklung der Gesetzgebung bezüglich des Spiels vgl. Stobbe, Privatr. III. S. 334 ff.

⁴⁾ Vgl. auch Stobbe, Reurecht (Z. f. R. G. XIII. S. 246)

⁵⁾ Nur das sich an das Landshuter Stadtrecht streng anschliessende Stadtrecht von Deggendorf von 1316 (a. 27 bei Gengler, Codex juris municipalis. Erlangen 1863. I. S. 730) hat diese Bestimmung aus seiner Vorlage in wörtlicher Übersetzung herübergenommen.

⁶⁾ Diese Frage war auch in neuerer Zeit mehrfach oberstrichterlicher Entscheidung unterstellt. Vgl. Entscheidungen des R.-O.-H.-Ger. Bd. XXII. S. 121 f. und die daselbst allegierten Vorentscheidungen.]

⁷⁾ Anh. L. XVI. n. 5.

Interessant ist diese Stelle auch, weil sie beweist, dass ein Grundsatz des römischen Rechts¹⁾ unabhängig von diesem²⁾ hier Aufnahme gefunden hat. Die ungelente Fassung deutet auf eine von Laien erzeugte Gelegenheitssatzung, wie ja auch im Gegensatze zur früheren Zeit (1279) jeder römische terminus fehlt. Die Bedürfnisse des Verkehrs führten eben auch im deutschen Rechtsleben zu einer sachgemässen Ausgestaltung der Rechtsgedanken, die in der Formulierung freilich die technische Meisterhand der römischen Juristen vermissen lassen. Nicht die abstrakte Regel wird hier in präziser Form zum Ausdruck gebracht, sondern der zweckmässige Gedanke kommt in umschreibender Weise zur gesetzlichen Anerkennung. Noch mit einer andern Art der Bürgschaft, der für ein Heiratsgut, beschäftigt sich das erwähnte Statut. Der Bürge kann nach diesem nur subsidiär³⁾ in Anspruch genommen werden — ob derselb taile, dem er borgschaft darumb gelobt hielt, dss heiratgüts in jarsfrist nicht ausgericht würde, so sol der borgen ... darumb zum rechten bringen und fürbewten⁴⁾. Seine Haftung beginnt er erst, wenn der Hauptschuldner, also derjenige der sich zur Ausrichtung eines Heiratsguts verpflichtet hatte, mit der schuldigen Leistung 1 Jahr in Verzug blieb. Im darauf folgenden, also im 13. Monat nach Übernahme der Bürgschaft, hatte der Gläubiger auf prozessualen Wege die Forderung geltend zu machen.

Diese Frist ist eine praeklusiv, eine Versäumnis derselben hat den Verlust des Forderungsrechts gegen den Bürgen zur Folge — so ist der borg ledig. Nur für den Fall der Abwesenheit des Bürgen kann die Klage gegen ihn noch wirksam im Monat nach seiner Rückkehr erhoben werden. Die Bürgschaftsforderung er-

¹⁾ l. 12 § 12 D. mand. 17, 1; l. 2 D. de proxenet. 50, 14; l. 7 § 10 D. de dolo malo 4, 3.

²⁾ Entstehungsart und Fassung des Rechtssatzes machen dies zur Gewissheit.

³⁾ Die Frage, ob der Bürge nur subsidiär haftpflichtig oder schon vor oder gleichzeitig mit dem Hauptschuldner in Anspruch genommen werden kann, wird in deutschen Rechtsquellen des Mittelalters verschiedenartig beantwortet. Heusler (Bürge und Selbstzahler, Zeitschr. f. schweiz. Recht IX. S. 80, deutet mit Rücksicht auf die Schweiz an, dass die subsidiäre Haftpflicht des Bürgen vorzugsweise in den Städten ausgebildet worden sei.

⁴⁾ Anh. L. XVI. n. 6.

lischt nicht nach Umlauf dieser Präklusivfrist, wenn sie urkundlich fixiert ist. Der Fall, dass ein Heiratsgut urkundlich versprochen wurde, ward von der Bestimmung nicht berührt. Die prozessuale Durchführung des Anspruchs gegen den Bürgen kann auch noch später wirksam erfolgen. Zu erwähnen ist an dieser Stelle noch das Versprechen der Ehefrau mit ihrer Morgengabe für die Tilgung der ehemännlichen Schulden zu haften, welche Haftungsübernahme unter die Kategorie der Bürgschaft fällt; von dieser wird im nächsten Abschnitte zu sprechen sein.

C. Familienrecht.

Vormundschaft. — Einer Vormundschaft bedürfen nicht nur Kinder, deren beide Eltern tot sind, sondern auch Kinder, deren Vater gestorben ist. Die Vormundschaft geht nämlich nicht vom Vater auf die Mutter über,¹⁾ sondern im Gegenteile nach dem Tode des Mannes wird für die Witwe und deren Kinder ein Pfleger durch den Stadtrat bestellt, während dieser selbst die Obervormundschaft führt.²⁾ Eine spezielle Pflicht der Verwandten des Vaters oder der Mutter zur Übernahme der Vormundschaft wird nicht hervorgehoben, sondern es wird allgemein die Übernahme einer Vormundschaft für Bürgerpflicht erklärt. Nur die in der Stadt wohnhaften, mit ihr wachenden und steuernden Bürger werden gewöhnlich zur Vormundschaft berufen. Der Vormund verwaltet das Vermögen seiner Mündel und vertritt diese bei allen ihren Rechtshandlungen. Alle ohne Zustimmung des Vormunds oder des Stadtrats vorgenommenen Rechtsakte sind nichtig³⁾ — swas dann die fraw oder die kint mit heirat, mit ir leib oder mit ir gut an der pfleger rat oder an der zwelifer rat tät oder täten, daz sol nicht chraft haben.⁴⁾

¹⁾ Dies war der Fall z. B. nach Augsburger Stadtrecht (a. 73 § 7 ed. Meyer S. 144) und nach dem kl. Kaiserrecht II. 32 (ed. Endemann S. 66) Vgl. noch Kraut, Die Vormundschaft. Göttingen 1847. II. S. 675 ff.

²⁾ Siehe S. 67.

³⁾ Vgl. Schwsp. c. 52 § 4 (Gengler).

⁴⁾ Anh. L. IV.

Heiratszwang. — Wie in München durch das Stadtrecht von 1294¹⁾ und in Ingolstadt durch das von 1312²⁾, wurde auch in Landshut durch das Privileg des Kaisers Ludwig von 1341 der Heiratszwang aufgehoben, die Freiheit der Eheschliessung gewährleistet: Och gehaizzen wir den vorgenannten unsern Burgern ze L. bi unsern gnaden, daz wir weder man noch Frawen hie ze L. niht benöten sullen mit iren Kinden, noch mit iren Fruinden ze heyraten, dann nach ir selbs willen und müt.³⁾

In welchen Verhältnissen die dem Landesherrn zustehende Befugnis seinen Unterthanen bezüglich ihrer Verheiratung zwingende Befehle zu erteilen, ihren Ursprung gehabt, ist nicht ganz aufgeklärt;⁴⁾ wahrscheinlich haben wir es mit einem Überbleibsel der Leibeigenschaft zu thun. Wenn sich die Einwirkung des Grundherrn auf die Eheschliessung seiner Leibeigenen mehr negativ äusserte, indem für diese der Konsens des Herrn erforderlich war, konnte doch bei den weitgehenden Befugnissen, welche dem Herrn über die Person des Leibeigenen zustanden, eine zwangsweise Einflussnahme auf die Schliessung einer konkreten Ehe aus der Machtsphäre des Herrn sich leicht ableiten lassen. Diese Einwirkung kam in den Städten in der Form zur Erscheinung, dass Jungfrauen, hie und da auch Junggesellen⁵⁾ auf Gebot des Landesherrn sich mit Mitgliedern seines Hofgesindes verheiraten mussten. Der Marschall des Landesherrn machte dann in dessen Namen den Freiwerber bei dem oder der Auserkorenen. Und bei Meidung des Zornes des Landesherrn musste der Werbung entsprochen werden.

Eheliches Güterrecht.

1. Prinzip. — Für die Gestaltung des ehelichen Güterrechts der Stadt Landshut war das sogenannte Erbrechtsprivileg von

¹⁾ § 10 (Gengler, Stadtr. S. 295).

²⁾ § 6 Qu. u. Er. VI. p. 205.

³⁾ Kalcher S. 46.

⁴⁾ Gewöhnlich wird in den Privilegien nur von filia oder neptis gesprochen. In dem oben angeführten Privileg für Landshut und München, sowie in dem von Ingolstadt und Wien ist jedoch von Mann und Weib die Rede. (Mittermaier, Über eheliche Gütergemeinschaft ... in Zeitschr. f. gesch. Rechtswissenschaft. Bd. II. S. 359).

⁵⁾ Vgl. Mittermaier a. a. O. S. 360 f.; Grimm, Rechtsaltertümer S. 436 f.; Gengler, Stadtrechtsaltertümer S. 258.

1423¹⁾ von höchster Wichtigkeit. Durch dasselbe wurde, wenn auch nicht eingeführt, so doch zum ersten Male gesetzlich sanktioniert das System der allgemeinen Gütergemeinschaft.²⁾ Die Wirkungen dieses Systems beginnen jedoch nicht mit Eingehung der Ehe. Mit diesem Zeitpunkte wird auch in Landshut nach dem das System der Verwaltungsgemeinschaft charakterisierenden Ausspruche des Sachsenspiegels:³⁾ „Man unde wif ne hebbet nein getveiet gut to irme live“ das Vermögen beider Ehegatten zu einer Masse vereinigt. Dies geht aus § 1 des Privilegs hervor:⁴⁾ „Wann zway Wirthleith mit heurath zu ainander kherent nach der Statt zu L. Recht, was sye dann Heurat Guetes zu einander bringent, und fürgebent, da soll ain Gueth seyn.“ Zwei Momente gleich geeignet die Innigkeit des Ehebandes zu festigen und zu erhöhen verändern sodann das Güterrecht und leiten die Verwaltungsgemeinschaft in die allgemeine Gütergemeinschaft über. Eine gewisse Dauer der ehelichen Verbindung — und zwar wird hier ein einjähriger Ehebestand gefordert — und ausserdem die Geburt eines Kindes sind diese Momente.⁵⁾ Sie bewirken, dass das ganze Ehevermögen, gleichviel ob es von einem der Gatten in die Ehe eingebracht oder während derselben erworben ist, zu einer untrennbaren Masse verschmolzen wird, welche dem überlebenden Ehegatten zum ausschliesslichen Eigentum überlassen wird.⁶⁾

¹⁾ Zum ersten Male nach dem Originale im städtischen Archive zu Landshut ediert und gut interpretiert von Mittermaier a. a. O. S. 318. Vgl. über die Urkunde noch Gengler Quellengesch. S. 57 ff.

²⁾ Ausser in Landshut findet sich die eheliche Gütergemeinschaft noch in Landsberg (Bestätigung des Landsberger Stadtrechts wegen Gemeinschaft der Güter bey den Eheleuten, 1392 bei Lori, Gesch. des Lechrains II S. 89) und in Ingolstadt (Privilegienbriefe von 1470 und 1496, durch welche das Herkommen der sog. gerönnten Heiraten konfirmiert wurde, bei Gengler Quellengesch. S. 59).

³⁾ Übergegangen in Dsp. 34 und Schwsp. c. 33 § 1 (Gengler).

⁴⁾ Gengler Stadtr. S. 237. Nach diesem in §§ abgetheilten Abdrucke wird das Privileg durchweg citiert werden. (Abgedruckt ist dasselbe auch noch bei Kalcher S. 117 ff.)

⁵⁾ Auch nach einigen bairisch-fränkischen Statuten werden erst hierdurch die Wirkungen der Gütergemeinschaft erzeugt. Vgl. Roth, Bayrisches Civilrecht. Tüb. 1871. I. S. 374.

⁶⁾ § 1 — Vergieng sich aber das Jare, und dass sye beidte lebten, und
Rosenthal, Beiträge z. d. Stadtrechtsgeschichte I.

2) Verhältnisse während der Ehe. — Das Samtgut setzt sich also während der Ehe zusammen aus dem Vermögen, welches der Mann in die Ehe inferiert und aus der Aussteuer, welche die Frau mit in die Ehe bringt und endlich aus denjenigen Vermögensstücken, welche der Ehemann seiner Gattin zur Morgengabe bestellt. Diese drei Kategorieen werden als „Heiratgut“ bezeichnet „so soll — ir beyder Heurathguet und Fertigung geruelich ganz beleyben, und volgen.“ Zu diesem Samtgute fällt auch alles während der Ehe erworbene Vermögen.

Alles Samtgut fällt bei Auflösung der kinderlosen überjährigen Ehe durch den Tod des einen Gatten an den überlebenden. Nur über die Morgengabe kann die Frau von Todes wegen frei verfügen. Wenn eine solche letztwillige Disposition nicht erfolgt ist, fällt aber auch die Morgengabe, als ein Teil des Samtgutes, an den überlebenden Ehemann. Über die dem Ehemanne und der Ehefrau zustehenden Rechte bildeten sich in Landshut keine besonderen Rechtssätze aus, so dass die im Gebiete der allgemeinen Güter- (resp. Verwaltungsgemeinschaft) geltenden Grundsätze und namentlich das Verwaltungsrecht des Mannes am Samtgut hier in Geltung gewesen sein dürfte. Die Frau war nur in letztwilligen Verfügungen über die ihr bestellte Morgengabe unbeschränkt.

3) Verhältnisse nach Auflösung der Ehe. — Die Verhältnisse bei Auflösung der Ehe gestalten sich daher folgendermassen:

a) Wurde die Ehe vor dem Eintritte der Gütergemeinschaft durch den Tod eines Gatten beendet, so erhielt der überlebende die Hälfte des vom verstorbenen in die Ehe eingebrachten Heiratsguts als statutarische Erbportion, die andere Hälfte

dann Ains vor dem andern abgieng, so soll dem das dannoch lebendig ist, desselb ir beyder Heurathgueth und Fertigung geruelich ganz beleyben, und volgen, hietten oder gewünen Sye aber leiblich Erben mit einander, da soll Es auch bei beleyben und ain gueth sein.

desselben fiel den erbberechtigten Verwandten des verstorbenen Gatten¹⁾ zu.²⁾

b) War nach Beginn der Gütergemeinschaft die Ehe unbeerbt durch den Tod des einen Gatten aufgelöst, so ging das ganze Ehevermögen, ohne Rücksicht auf seinen Ursprung, als ein Samtgut, wie erwähnt, auf den überlebenden Gatten³⁾ über,⁴⁾ so dass dieser alleiniger Eigentümer desselben war.

c) Fortsetzung der Gütergemeinschaft. Wenn dagegen eine beerbte Ehe durch den Tod des Mannes aufgelöst war, so konnte der überlebende Gatte die Gütergemeinschaft mit den Kindern⁵⁾ fortsetzen⁶⁾, solange er sich nicht wieder verheiratete.⁷⁾

¹⁾ § 1 — Es wär denn dass ains vor dem andern in Jahrsfrist abgieng, so soll desselben heurathguet halbs dem lebendigen bleiben und folgen, und halbs soll Es hinwider erben auf des Abgangen nächst freundt, davon es her kommen ist.

²⁾ Derselbe Grundsatz der Halbteilung wurde bezüglich des einem Gatten während der Ehe durch Erbschaft zugewachsenen Vermögens, welches also dem gleichen Schicksale wie das Eingebachte verfiel, speziell ausgesprochen. § 2 — so soll dann desselben ererbtes Guett auch halbes bleiben, dem lebendigen und halbs hinwider gehen der freundschaft, davon es herkhommen ist. Vergieng sich das Jahr, und dannoch beidte lebten, und dass dann ains vor dem andern abgieng, so soll dem lebendigen desselb ererbtes Gueth auch gänzlich volgen und beleyben, gleich als umb das heurathgueth.

³⁾ Ebenso in München nach dem Privilegium Albertinum von 1500 (Auer S. 195).

⁴⁾ Für das ererbte Gut ebenfalls speziell hervorgehoben in § 2.

⁵⁾ Vgl. Schröder, Das eheliche Güterrecht Deutschlands in: Holtzendorff und Oncken, Deutsche Zeit- und Streitfragen. Berl. 1875. S. 20.

⁶⁾ Mittermaier S. 338 f. spricht sich mit Unrecht gegen die Annahme einer *communio prorogata* aus, indem er sich auf § 1 beruft. Nachdem hier dem Überlebenden alles Gut zugesprochen sei, wenn keine Kinder vorhanden, würde im § 1 fortgefahren, auch wenn Kinder da sind, „da soll Es auch bei beleyben“, d. h. meint Mittermaier, der Überlebende soll Alles erben. Dies ist aber unrichtig, denn § 1 schliesst „da soll Es auch bei beleyben und ain gueth sein.“ Auf den Schlussworten liegt der Nachdruck; auch bei den Erben soll das hinterlassene Samtgut bleiben und die Einheitlichkeit des Vermögens nicht zerstört werden. Das ganze Ehevermögen soll als ungeteilte einheitliche Vermögensmasse zusammen bleiben.

⁷⁾ § 3 (Gengler S. 237) Item gieng auch ain Mann ab vor seinem Weib, und liess leyplich erben bey ir, wollt dann die Frau bey den Khündteren beleyben und Ihren Wittibstuel nit verkhern, die mag das wol thuen, und welcher Tayl dann...

Die nicht abgefundenen Kinder erscheinen als eine einzige Person und bilden das eine, die Wittwe das andere Subjekt der Gütergemeinschaft in der Art, dass auf Erstere der dem verstorbenen Ehemanne zustehende ideelle Anteil des Samtguts übergeht. Mit dem Tode des einen Gatten tritt diese neue Rechtsgemeinschaft von selbst ¹⁾ ein ²⁾ und der Witwe fällt nach dem Tode des Mannes die Verwaltung des gesamten Vermögens zu. Sie ist jedoch in der freien Verfügung über dasselbe beschränkt, indem alle Dispositionsakte zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des für die Witwe und Kinder bestellten Vormunds resp. des Stadtrats bedürfen.³⁾

Dass die Kinder einfach die Persönlichkeit des verlebten Ehegatten in vermögensrechtlicher Beziehung fortsetzen und deshalb, wie er als Ein Subjekt dem überlebenden Gatten gegenüber stehen, zeigt sich namentlich in dem gegenseitigen Erbrecht, das zwischen der Mutter und den Kindern statuiert war — (§ 3) und welcher Tayl dann abgeht, frawe oder khündt; so soll dasselb Ihr Guet bleiben, dem andern Tayl, der dann lebendig ist.

Diese fortgesetzte Gütergemeinschaft wird beendet:

- α) Durch Aufkündigung des überlebenden Ehegatten, da für ihn keine Pflicht zur Fortsetzung der Gemeinschaft besteht.
- β) Durch Wiederverhehlichung der überlebenden Witwe, sobald die Kinder dies verlangten.
- γ) Durch seinen oder sämtlicher Kinder Tod.

Sterben Kinder, nachdem sie ihre verstorbene Mutter, welche mit ihnen die Gemeinschaft fortgesetzt, beerbt haben, ohne Hinterlassung von Descendenten, so fällt ihr ganzer Nachlass ihren nächsten Erben zu.

¹⁾ Wenn auch im § 3 nur von der Fortsetzung der Gütergemeinschaft beim Tode des Mannes die Rede ist, so geht doch aus § 8 unzweifelhaft hervor, dass auch beim Tode der Frau der überlebende Ehemann mit den Kindern die Gemeinschaft fortsetzen konnte.

²⁾ Roth, System des deutschen Privatrechts. Tüb. 1881. II. S. 103 f.

³⁾ Da dieser Vormund auch für die Rechte der Kinder einzutreten hatte war die sonst streitige Frage über die Einwilligung der Kinder bei Disposition über Immobilien etc. für Landshut gelöst.

Sind gleich nahe erbberechtigte Verwandte von väterlicher und von mütterlicher Seite da, so erben sie zu gleichen Teilen ohne Bevorzugung der väterlichen vor der mütterlichen Seite.

Das gesamte hinterlassene Vermögen wird ohne Rücksicht auf seinen Ursprung¹⁾ zu gleichen Teilen unter diesen geteilt.²⁾ Stirbt die Mutter, nachdem sie ihre vorverstorbenen Kinder beerbt hat, ohne Hinterlassung von Descendenten, so erben ihre Verwandten den gesamten Nachlass. Nur wenn auch Verwandte des verstorbenen Ehemannes vorhanden sind, zerfällt der ganze Nachlass in zwei gleiche Teile, in derselben Weise, wie dies oben bei der Beerbung der Kinder geschildert wurde. Auf eine solche Interpretation weisen die Schlussworte des § 4³⁾ hin — und auch in der Maass alss vorverschriben steht.

Will die Mutter sich wieder verheiraten, so nimmt sie unter Beiziehung ihrer Verwandten eine Teilung mit den Kindern in der Weise vor, dass sie nach Vorwegnahme ihrer Morgengabe mit den Kindern das Samtgut zu gleichen Teilen teilt,⁴⁾ so dass jeder einen Kopfteil erhält.⁵⁾ Über den Vollzug der Teilung, welche im Monat, nachdem dieselbe bei den Verwandten der Kinder seitens der Mutter beantragt ist, zur Durchführung gelangen muss,

¹⁾ Diese Bestimmung entspricht dem Prinzipie des sächsischen Rechts, während in süddeutschen Rechtsquellen (z. B. Schwsp. c. 127 § 4, c. 226 Gengler) unter den gleich nahen Vater- und Muttermagen eine Teilung nach dem Grundsatz *paternum paternis, maternum maternis* erfolgt vgl. Rosin, Der Begriff des Schwertmorgen. Breslau 1877. S. 134.

²⁾ § 4 (Gengler Stadtr. S. 237 f.)

³⁾ dessgleichen, ob die Kündt vor der Muetter auch on leyblich Erben abgiengen, und dass dann die Muetter auch one leyblich Erben abgieng, so soll Ihr Guet erben auf Ihr nächst Erben, oder freundt, und auch in der Maass, als vorverschriben steht.

⁴⁾ Schröder (Geschichte des ehelichen Güterrechts in Deutschland. Stettin und Elbing 1868. Bd. II. Abt. 2. S. 202) glaubt, dass diese Kopfteilung in Landshut sich auf den Schwabenspiegel zurückführen lasse.

⁵⁾ Schröder S. 203 weist auf die konsequente Festhaltung des Prinzips der Gütergemeinschaft bei dieser Teilung hin gegenüber den Abweichungen anderer Rechte.

ist eine Urkunde zu errichten.¹⁾ Die Abfindung der Kinder ist durch diese Abschichtung vollständig durchgeführt, so dass die Mutter ihren Teil als freies Eigentum in die neue Ehe einbringt.²⁾ Dieses Teilrecht, welches zuerst im 13. Jahrhundert als ein gegen die wieder heiratende Mutter zustehendes Recht auftritt,³⁾ hat sich auch in Landshut nur gegen die Witwe in Wirksamkeit erhalten, während es dem Belieben des Witwers anheimgestellt war, ob er zur Abschichtung schreiten wollte. In diesem Falle wurde auch nur nach Kopfteilen geteilt, so dass der Witwer auch nur einen Kindesteil erhielt.⁴⁾ Nach durchgeführter Teilung war dann das Erbrecht in der Weise geregelt, dass die Mutter die ohne Nachkommenschaft verstorbenen abgeteilten Kinder allein beerbte.⁵⁾

Starb aber die Mutter vor den erstehelichen Kindern mit Hinterlassung von Kindern aus der neuen Ehe, so beerbten diese die erstehelichen Kinder, also ihre halbbürtigen Geschwister,⁶⁾ sobald diese gestorben waren.⁷⁾

4. Gesetzliche Einkindschaft. — Auch der höchst komplizierte Fall findet im Privileg seine Normierung,⁸⁾ dass 2 Gatten, welche bereits verheiratet waren und von denen jedes aus der Vorehe Kinder hatte, mit welchen er ohne Abschichtung die Gemeinschaft fortgesetzt hatte, eine neue Ehe eingeht. Die Abschichtung musste bei einer Wiederverheiratung des die Güter-

¹⁾ § 5 Item wär auch, dass ain Muetter ihren Wittibstuehl verkleren wollt, so soll sye mit Ihren Khündtern nach Freindts-Rhat ehe dass Sye heurath thailen auf einen gleichen Thail, dass die Muetter und jedes Khündt eins als viel, als dass andere haben sollt, ausgenommen der Muetter Morgengabe, die soll sye empfor haben, unnd das soll dann verbrieft werden.

²⁾ so mag sich dann die Frau und Muetter mit Ihren Thail und Gueth wol verheuraten, nach Ihrem Willen (§ 5).

³⁾ Schröder II. Abt. 2 S. 199.

⁴⁾ Dies lässt sich aus § 8 folgern: Khündt . . ., die vor nicht von inen (Vater und Mutter) gethailt waren, als oben benennt ist.

⁵⁾ § 6 Erbrechtspriv. (Gengler Stadtr. S. 238).

⁶⁾ Die auffallende Übereinstimmung des thüringischen und Landshuter ehelichen Güter- bzw. Erbrechts konstatiert Schröder II. Abt. 3 S. 302 (und mit Schweidnitz daselbst S. 342.)

⁷⁾ § 7 das.

⁸⁾ Vgl. Mittermaier S. 344 f.

gemeinschaft mit den Kindern fortsetzenden Ehegatten nicht gesetzlich eintreten, sondern den Kindern stand nur der Anspruch zu Teilung zu verlangen. Ihrem Ermessen resp. dem ihres Vormunds war es überlassen, ob sie von dem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch machen wollten. Wir haben 2 Vermögensmassen, nämlich eine des Ehemannes aus der nach Auflösung seiner Vorehe mit den Kindern fortgesetzten Gütergemeinschaft herrührende und ebenso eine der Frau, ebenfalls aus den gleichen Verhältnissen herrührende, welche beide Vermögensmassen nun zu einer neuen Gemeinschaft vereinigt werden. Der Inhalt eines Einkindschaftsvertrags wird, wenn auch die Errichtung eines solchen nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, als gesetzliche Regel hier eingeführt. Denn nichts anderes als eine Gleichstellung der von den Ehegatten aus den früheren Ehen eingebrachten (Vorkinder) mit den aus der neuen Ehe hervorgegangen Kindern (den Nachkindern) im Erbrecht, dem in der neuen Ehe zu vereinigenden Vermögen entsprechend ¹⁾, statuiert der § 8 ²⁾ des Erbrechtsprivilegs. Nach dem Tode eines Ehegatten erben daher dessen Vorkinder, der überlebende Ehegatte, die Vorkinder dieses und die Nachkinder zu gleichen Teilen. Werden in der neuen Ehe keine Kinder erzeugt, so erben die zuerst genannten 3 Kategorieen zu gleichen Teilen ganz in derselben Weise. Jeder Unterschied zwischen Stiefkindern und leiblichen Kindern ist vollständig verwischt und es war also in der That jene Wirkung des Einkindschaftsvertrags erzielt, dass die aus der Vorehe eines jeden der beiden Ehegatten in die neue Ehe miteingetretenen Kinder nicht nur unter sich und den Ehegatten, sondern auch den in der neuen Ehe erzeugten Kindern

¹⁾ Roth, System des deutschen Privatrechts. Tübingen 1881. II. S. 305.

²⁾ Auch ist zumerkhen, ob ein Mann, und ein Frau mit Heurath zu einander khämen, und zwayerley Khündt zusammen brächten, die vor nicht von inen gethailt waren, als oben benennt ist, und dass dann der Vatter abgieng, so sollen seine Khündt, sein Hausfrau, und Ihr Khündt Ihr beider Haab undt Gueth gleich mitainander erben, und thaillen; hietten, oder gewunen dann Mann und Frau laibliche Erben mitainander, so sollen dieselben Ihr baiden laiblichen Erben, und die zwaierlay Khündt, die sye zu einander bracht haben, und die Muetter auch gleich miteinander erben und thaillen, dessgleichen, ob die Muetter abgieng, so soll es umb den Vater und umb die zwayerley Khündt, und auch umb Ihr baiden laibliche Erben besteen und vor geschriebener Masse.

gegenüber als rechte Kinder in erbrechtlicher Beziehung behandelt wurden, so dass eine vollständige Gleichstellung, eine Vereinkindschaftung erfolgt war, indem die in zwei resp. drei Ehen erzeugten Kinder als Kinder ein und derselben Ehe behandelt wurden.

5. Eheverträge. — Nach dem Grundsatz „Willkür bricht Stadtrecht“¹⁾ hatte auch in Landshut das gesetzliche eheliche Güterrecht nur eine subsidiäre Bedeutung und konnte durch Eheverträge der Gatten modifiziert und ganz ausser Anwendung gesetzt werden. An die Beobachtung besonderer Formen war die Gültigkeit eines Ehevertrags nicht geknüpft; es genügte, wenn dessen Inhalt ausser Zweifel gesetzt werden konnte. Daher musste die Abschliessung von Eheverträgen entweder vor Zeugen erfolgen oder es war eine schriftliche Abfassung desselben erforderlich, wie § 10²⁾ des Erbrechtspriv. vorschrieb: „Es mag auch allermenniglich zu Landshuet wol heurathen mit Geding, wie ihn verlusst, doch dass es verbrieft soll werden, oder er mög es geweisen.“

Die Regel „Kinderzeugen bricht Ehestiftung“ fand hier keine absolute Anwendung, wenn auch durch die Geburt von Kindern die Vertragsfreiheit der Gatten eingeengt ward, insoferne diesen die ihnen gesetzlich zustehenden Ansprüche nicht entzogen werden durften.“

6. Morgengabe. — Einer vertragsmässigen Regelung bedurfte die Bestellung der Morgengabe. Die Beziehung der Morgengabe auf die Jungfräulichkeit der Braut,³⁾ welche im bairischen Landrechte⁴⁾ in charakteristischer Weise zum Ausdruck kommt, begegnet in Landshut⁵⁾ ebenfalls. Die Verheiratung mit einer Jungfrau war notwendige Voraussetzung der Bestellung einer Morgengabe.

¹⁾ Schröder II, 2 S. 210 (Kl. Kaiserrecht II, 96 Endemann; Bamberger Recht § 308 a., Zöpfl, UB. S. 89).

²⁾ Gengler Stadlr. S. 239.

³⁾ Schröder II, 1 S. 38.

⁴⁾ c. 134 (Freyberg V, 435) ... so sol si swern, daz ir wirt ir di morgengab geben hab umb die hochsten ere, die ir got ie gab.

⁵⁾ Erbrechtspriv. § 9: Item wann auch ain Mann ... ein Jungfrau nymbt, der mag ihr Morgengaben.

Dem Herkommen gemäss kann der Ehemann seiner Frau alle Gattungen von Mobilien und Immobilien, Häuser, Gärten und Wiesen bestellen, gleichviel ob die Liegenschaften in seinem Eigentume standen oder ihm nur als Lehen übertragen waren. Bezüglich der Höhe der Morgengabe war durch ein Statut von 1346 in Berücksichtigung der Interessen der Gläubiger des Ehemanns nur das allgemeine Verbot aufgestellt worden, dass der Ehemann nicht sein ganzes Vermögen als Morgengabe bestellen dürfe¹⁾ — es sol auch iedermann seiner hausfrawn morgengaben, daz zeitlich und müglich ist und nicht alle sein hab und daz die gelter nachgen, des wellent die burger nicht.²⁾

Eine weitere Beschränkung erfuhr das Recht des Ehemannes zur Bestellung einer Morgengabe durch das Erbrechtsprivileg von 1423³⁾, dessen § 9 eine Maximalhöhe der Morgengabe festsetzt und dieselbe dem Ehevermögen proportional abstufte. 10% des von beiden Ehegatten in die Ehe eingebrachten Vermögens durfte die Morgengabe nicht übersteigen — der (man) mag ihr Morgengaben auf ir bayder Hab und Gueth, die sy zueinander bringen, und von zehen Pfundten ain Pfund und nicht mehr. Wahrscheinlich wurde diese Bestimmung dem bairischen Landrechte⁴⁾ und dem Münchner Stadtrechte⁵⁾ nachgebildet. Als Quelle derselben dürfte der Schwabenspiegel⁶⁾ zu betrachten sein, nur dass man aus dem für die Gemeinfreien festgesetzten Maximum die Morgengabe von 10 Mark — das Maximum war nach den Ständen verschieden abgestuft — das 10. $\mathfrak{G}$, also aus dem absoluten Maximalbetrag einen relativen machte.⁷⁾

¹⁾ Das Augsburger Stadtrecht erklärte gleichfalls die Bestellung des ganzen Vermögens als Morgengabe für unwirksam (a. 84 § 6, nov. 3 bei Meyer S. 165). Vgl. Friedel Dahn, Das Erb- und Familienrecht des Stadtbuchs von Augsburg von 1276. Leipz. 1882. S. 10.

²⁾ Anh. L. III.

³⁾ Gengler Stadtr. S. 238.

⁴⁾ a. 125 (Freyberg S. 433) — der sol sein hausfrawen niht höher bemorgengaben dann mit dem zehententail seins guotz, daz ist von 10 pfunden ains.

⁵⁾ a. 190 (Auer S. 73).

⁶⁾ Die Stelle stimmt mit Ssp. I, 20 § 1 a. 19 (Gengler). Vgl. auch a. 84 § 4 des Augsb. Stadtr. (Meyer S. 164).

⁷⁾ Schröder II, 1 S. 39.

Die Vorschrift des Erbrechtsprivilegs scheint wenig beobachtet worden zu sein, denn schon im folgenden Jahre, 1424¹⁾, wird in einer Rats- und Gemeindeverordnung darüber Klage geführt, dass oftmals Ehemänner ihren Frauen eine grössere Morgengabe bestellen als deren Heiratsgut beträgt²⁾, das sie in die Ehe einbringt. Hier wird also die Morgengabe in Relation zum Heiratsgut der Ehefrau gesetzt, während das Erbrechtsprivileg nur das Verhältnis derselben zum ganzen ehelichen Vermögen fixiert. Da die Gläubiger des Ehemanns durch eine allzu reichliche Bemessung der Morgengabe geschädigt werden, so schärfte man den relativen Maximalbetrag des Rechtsbriefs wiederholt zur Darnachachtung ein, fügte aber neu hinzu die Drohung, dass der das Maximum übersteigende Betrag von den Gläubigern in Anspruch genommen werden dürfe — daz übrig, was ain fraw mer bestätt, sol fürbas den geltern volgen.

Die Frau erlangt an der ihr zur Morgengabe bestellten Vermögensstücken, mag die Bestellung zu Eigentum oder zu Leibzucht erfolgen, sofort ein dingliches Recht, die Gewere des Mannes geht auf sie über³⁾. Da der Frau über die zur Morgengabe bestellten Objekte eine freie Dispositionsbefugnis eingeräumt wird, können diese in keiner Weise für die Schulden des Mannes in Anspruch genommen werden.

Diesen Grundsatz bestätigt das Stadtrecht von 1279 im § 9, der einzigen Stelle, in welcher es sich über das eheliche Güterrecht ausspricht, denn unter dos ist hier offenbar, wie in andern bairischen Rechtsaufzeichnungen nichts anderes als die Morgengabe zu verstehen.⁴⁾

Item⁵⁾ nulla erit domus totius civitatis quin res infectae vel illatae per apparitorem, id est praeconem, valeant interdici. In quo statuto, sicut in ceteris, emunitati dotis nullum volumus prae-

¹⁾ Anh. L. XVII. n. 2.

²⁾ Also die Heimsteuer vgl. Schröder II, 1 S. 19 ff.

³⁾ Schröder II, 1 S. 42.

⁴⁾ Vgl. Schröder II, 1 S. 5 ff.; Rockinger, Über Formelbücher vom 13.—16. Jahrhundert. München 1855. S. 123.

⁵⁾ Gengler Stadtr. S. 234.

judicium gravari sed libertatibus insignita remaneat, a sanctis patribus institutis¹⁾.

Obwohl in diesen Ausdrücken ein klarer Hinweis auf die römischen Dotalprivilegien liegt, kann man doch nicht mit Gaupp²⁾ annehmen, dass hier sowohl die römische dos als die deutsche Aussteuer gemeint seien,³⁾ sondern der Verfasser des Stadtrechts verwechselt die römische dos mit der deutschen Morgengabe und führt auch hier einen deutschen Rechtssatz unter römischer Flagge ein,⁴⁾ vermutlich um den Glanz seines Gelehrsamkeitsruhmes zu erhöhen. Denn solche nur auf eine Sicherung der Morgengabe abzielenden Bestimmungen⁵⁾ finden sich auch in anderen süddeutschen Rechtsquellen⁶⁾ und das Landshuter Stadtrecht bringt in dieser Stelle nur den Grundsatz zur Anerkennung, dass die Morgengabe für Schulden des Ehemannes nicht haftet. Eine solche Haftung wird nur begründet durch ausdrückliche Übernahme der Haftungsverpflichtung seitens der Ehefrau⁷⁾, ein Fall der bei eintretender wirtschaftlicher Bedrängnis des Ehemanns nicht zu den Seltenheiten gehört haben wird, da der Ehemann das Anstürmen der drängenden Gläubiger durch diese Hülfe seiner Lebensgefährtin leicht beschwichtigen konnte, diese aber eine solche Hülfe um so weniger verweigern durfte, als die Morgengabsgüter ja von dem hilfsbedürftigen Ehemann herrührten, ganz abgesehen davon, dass ihre moralische Verpflichtung auch noch erhöht wurde durch Rücksicht auf die eigene Stellung, welche durch den Ruin des Ehemannes doch wesentlich erschüttert worden wäre. So trat denn die Frau, um

¹⁾ Es ist das Verdienst Franklins S. 73 f. den richtigen Sinn dieser Stelle gegenüber früheren Missverständnissen zuerst erschlossen zu haben.

²⁾ Deutsche Stadtrechte des MA. Breslau 1851. S. 149.

³⁾ Franklin S. 72 u. 75.

⁴⁾ Franklin S. 74. „Wenn in dem Landshuter Privilegium auf gewisse Freiheiten hingewiesen wird, durch welche die Dos ausgezeichnet sei, so hindert auch dies nicht unter der Dos eben die Morgengabe zu verstehen. Denn in der That war die Morgengabe im Verhältniss zum gesammten übrigen Vermögen der Ehefrau in hohem Grade begünstigt.“

⁵⁾ Franklin S. 74.

⁶⁾ Schwsp. (Gengler) c. 20 § 2; Augsburger Stadtrecht (a. 84 § 6, Meyer S. 165); Ruprecht von Freising I. c. 17 (Maurer S. 29); Münchner Stadtrecht a. 192 (Auer S. 74); bair. Landrecht c. 131 (Freyberg S. 435); Regensburger Stadtrecht (Freyberg V. S. 38).

⁷⁾ Anh. L. III.

dem bedrängten Gatten Kredit zu verschaffen in den zwischen diesem und seinen Gläubigern bestehenden obligatorischen Verband intercedierend ein. Die Haftungsübernahme der Frau bezüglich der Morgengabe erfolgt durch ein von ihr dem Gläubiger vor Zeugen abzulegendes Versprechen, welches der Gläubiger acceptiert durch die Erklärung, dass er die Tilgung seiner Forderung von ihrer Morgengabe und von dem Vermögen, welches beide Ehegatten ausserdem gemeinschaftlich besitzen, beanspruche. Durch die Perfektion des Bürgschaftsvertrags, denn als solchen haben wir die freiwillige Verhaftung der Morgengabe und des Samtgutes durch die Ehefrau zu charakterisieren, wird denn auch in der That diese Rechtswirkung erzeugt.

Hat der Gläubiger vergessen seine Forderung in dieser Weise sicher zu stellen, so hat er natürlich keinerlei Anspruch auf Tilgung derselben aus der Morgengabe und es steht ganz im Belieben der Ehefrau ob sie dem Gläubiger Befriedigung aus ihrer Morgengabe gewähren will oder nicht — chumt er (der gelter) davon zeschaden, daz ist sein schad, so mag die fraw von der morgengab wol gelten oder si lat es varen. swas ander hab da wär, da sol der man und die fraw von gelten den geltern und mag man die frawn nicht betwingen, daz si von ir morgengab gelt, si hab es dann geheizzen.¹⁾

Die Ehefrau ist nach dem Privileg von 1423 (§ 11)²⁾ in letztwilligen Verfügungen über ihre Morgengabe nicht beschränkt — da ain iede Frau Ihr Morgengabe allzeit wohl mag geschaffen, und geben, wenn [wem] sie verlusst. Ebenso tritt das Eigentumsrecht der Frau an der Morgengabe in dem § 5 dieser Urkunde hervor, in welchem ausgesprochen ist, dass bei der gelegentlich einer Verrückung des Witwenstuhls vorzunehmenden Teilung mit den Kindern die Morgengabe nicht in die zu verteilende Masse fällt — ausgenommen der Muetter Morgengabe, die soll sye enpfor haben.³⁾

War, wie gezeigt wurde, für eine Privilegierung der Morgengabe, welche dem Zugriffe der Gläubiger des Ehemannes durchweg entzogen war, in verschiedener Weise gesorgt, so musste auf der andern Seite auch einer missbräuchlichen Inanspruchnahme von Vermögensstücken als zur Morgengabe gehörig vorgebeugt

¹⁾ Anh. L. III.

²⁾ Gengler Stadtr. S. 239.

³⁾ Das. S. 238.

werden. Diese Tendenz, einen Schutz der Interessen der Gläubiger, verfolgte eine Satzung von 1431. Sie unterscheidet das Verfahren gegen den Dingflüchtigen von dem Prozesse gegen den anwesenden (verschuldeten) Ehemann. Im ersten Falle, dem des Konkurses des Ehemannes muss die Ehefrau, wenn sie ihre Morgengabe vor dem Zugriffe der Gläubiger retten will, den Beweis über Existenz und Umfang ihrer Morgengabe führen in der auf die Inventarisierung des Vermögens des Schuldners folgenden Gerichtssitzung. Die Versäumnis des Termins hat für die Ehefrau den Verlust der Morgengabe zur Folge, auf welche sich nun auf Antrag der Gläubiger die Exekution erstrecken wird — derselben bestattung sol dis fraw geniessen. tät si aber dez nicht auf daz nechst recht, dez sol si enkelten.¹⁾ War der Ehemann nicht dingflüchtig, so musste die Ehefrau zur Sicherstellung ihrer Morgengabe schreiten, bevor ein Urteil gegen ihren Ehemann erwirkt wurde, d. h. sie muss vorher den Beweis ihrer Morgengabe führen, widrigenfalls sie ihr Recht verschweigt²⁾ — und daz di fraw nicht chumpt und ir morgengab bestätt, ee si recht erlangen lät und kumpt erst hinnach, daz sol nicht kraft haben und di fraw mues dez enkelten.³⁾ Dass die Frau ihr Recht in der Morgengabe lediglich mit ihrem Eide darzuthuen braucht, kann nach den schwäbischen³⁾ und bairischen⁴⁾ Quellen, die dieses Beweisprivileg nahezu übereinstimmend anerkennen, nicht bezweifelt werden.

D. Erbrecht.

Fast ausschliesslich ist es die testamentarische Erbfolge, deren Regelung das Landshuter Recht seine Aufmerksamkeit schenkt,

¹⁾ Anh. L. XVIII. n. 3.

²⁾ Eine Ähnlichkeit bietet die Bestimmung des bair. Landrechts, dass die Frau einseitige Verfügungen des Ehemannes über die Morgengabe innerhalb Jahr und Tag anfechten müsse, sonst habe sie kein Recht mehr dazu, wann si ez ze lang verswigen hat (a. 129 Freyberg S. 434).

³⁾ Siehe Schröder II, 2 S. 29 f.; dieses Beweisprivileg schon L. Alam. Hlot. 56, 2 anerkannt (Schröder I. S. 106).

⁴⁾ Bair. Landrecht a. 134 (Freyberg 435): Wirt ain fraw angesprochen umb ir morgengab ... di soll darnach ir gerechtew hant auf ir prust legen, und ist si ain iunchfraw gewesen, so sol si swern, daz ir wirt ir die morgengab geben hab umb die hochsten ere, die ir got ie gab, da mit hat si ir morgengab bestaet alz recht ist.

vermutlich weil das Intestaterbrecht in den festgeschlossenen Bahnen eines altüberlieferten Herkommens sich fortbewegte und so nur wenig Veranlassung für eine gesetzgeberische Thätigkeit bezüglich dieser Materie geboten war.

Nach dem ältesten deutschen Rechte war nach dem Berichte des Tacitus — *testamentum apud eos nullum* — dem Willen des Verstorbenen kein Einfluss auf die Gestaltung der Erbfolge gestattet. Der Erbe war nicht verpflichtet Schenkungen des Erblassers auf seinen Todesfall zu erfüllen.¹⁾ Der Grundsatz galt, dass Jeder nur die Verhältnisse bestimmen könne, über welche ihm das Leben die unmittelbare Herrschaft verliehen habe, so dass Verfügungen, welche erst mit dem Tode in Kraft treten sollten, rechtlich unmöglich erschienen.²⁾ Schon frühe wurde diese Rechtsanschauung als ein Mangel empfunden und das Bedürfnis durch eigenen Willen das Schicksal des Nachlasses zu gestalten, führte zu dem Auswege der sog. Vergabungen auf den Todesfall.³⁾

Seit dem 13. Jahrhundert traten zu diesen auch die Testamente, welche als widerrufliche, letztwillige Anordnungen über Vermögensgegenstände, welche durchaus nicht mit den römischen Testamenten zusammenfallen d. h. nicht deren Erfordernissen entsprechen müssen,⁴⁾ in dem Rechtsverkehr der Städte eindringen. Am Ende des 13. Jahrhunderts sind sie in den Städten stark verbreitet⁵⁾ und auch das Landshuter Stadtrecht von 1279 erkennt die Testierfreiheit der Bürger an in § 22:⁶⁾ *Item cum nihil ita hominibus debeatur, quam ut supremus eorum voluntatis liber sit stilus, testamenta seu ultimas voluntates quoad factionem decernimus habere vigorem, et secundum loci consuetudinem probationes posse fieri super illis, etiam si sine liberis fuerit civis talis.*

¹⁾ Heusler, Die Gewere. Weimar 1872. S. 47, 470 ff.

²⁾ Beseler, Lehre von den Erbverträgen. Göttingen 1835. I. S. 1.

³⁾ Vgl. über diese Kugelman, Gemeinrechtliche Begründung des particulären Erbvertrags. Erlangen 1877. S. 3 ff.

⁴⁾ Siegel, Das deutsche Erbrecht. Heidelberg 1853. S. 133 f.

⁵⁾ Pauli, Abhandlungen aus dem Lübschen Rechte. Lübeck 1841. III. S. 164 ff.; vgl. auch v. Gosen, Das Privatrecht nach dem kl. Kaiserrechte Heidelberg 1866. S. 182.

⁶⁾ Gengler Stadtr. S. 235.

Wenn auch hier der Ausdruck *testamenta* gebraucht wird, so dürfen wir nicht etwa nur an ein Testament im römischen Sinne denken, welches allen formellen und materiellen Erfordernissen des römischen Rechts¹⁾, insbesondere dem einer Erbeseinsetzung entsprechen musste. Gerade in dem Landshuter Stadtrecht machte sich, wie die lichtvollen Ausführungen Franklin's²⁾ darthun, wohl römischer Einfluss³⁾ geltend, ohne dass vielfach materiell römisches Recht recipiert worden wäre. Eine Einführung römischer Rechtsinstitute lag ja gar nicht in der Absicht des Gesetzgebers, nachdem im allgemeinen das Privileg nur die von den früheren Herzogen der Stadt Landshut verliehenen Rechte bestätigen wollte⁴⁾.

Das Recht sog. Testamente zu errichten wurde den Bürgern nicht nur in Landshut, sondern auch in München⁵⁾ und Ingolstadt⁶⁾ und in andern deutschen Städten⁷⁾ durch landesherrliche Privilegien eingeräumt. Der Grund der erst durch die Privilegien beseitigten Beschränkung der Testierfähigkeit ist wohl vorzugsweise zu suchen in dem Rechte des Landesherrn auf erblose Güter⁸⁾, sowie in der Rücksicht auf die Leibeignen, welche erst durch längeren Aufenthalt innerhalb des städtischen Burgfriedens volle Freiheit erwarben, deren Nachlass bis dahin ihrem Herrn zustand.⁹⁾ Es bedurfte also erst eines Testamentsprivilegs für die Städte, um allen Bewohnern dieses Recht zu sichern.

Form der Testamente. — Schon das Stadtrecht¹⁰⁾ bindet die Gültigkeit der *testamenta seu ultimae voluntates* an keinerlei

¹⁾ Vgl. Brunner in Holtzendorffs Encyklopädie d. RW. Leipz. 1882. S. 263.

²⁾ a. a. O. S. 70 ff.

³⁾ Gaupp, Stadtr. I. S. 148 betont, dass kaum in irgend einer gleichzeitigen Quelle von so geringem Umfange noch zahlreichere und bestimmtere Hinweise auf das römische Recht gefunden würden.

⁴⁾ In der Einleitung des Stadtrechts (Gengler S. 233) heisst es: *ecce jura, emunitates ac libertates a progenitoribus nostris dictae civitati concessas approbamus, ratificamus, et innovamus, ac praesentis scripti testimonio roboramus.*

⁵⁾ Stadtrecht von 1294 § 12 (Gengler S. 295).

⁶⁾ Stadtrecht 1312 § 7 (Qu. u. Er. VI. p. 205).

⁷⁾ Pauli a. a. O. S. 165.

⁸⁾ Vgl. Albrecht Gewere S. 211.

⁹⁾ Noch andere Gründe führt an: Mittermaier a. a. O. S. 355 ff.

¹⁰⁾ § 22 — *et secundum loci consuetudinem probationes posse fieri super illis.*

formelle Erfordernisse und bekundet ausdrücklich, dass Dasein und Umfang einer solchen letztwilligen Anordnung durch jedes Beweismittel dargethan werden kann. Die autonome Satzung von 1347, welche das Prinzip der Gültigkeit letztwilliger Anordnungen wiederholt anerkannte, hält auch an der Formlosigkeit derselben fest, indem sie sowohl schriftliche als mündliche Errichtung für zulässig erklärt. Während für die Schriftlichkeit keinerlei Formvorschriften gegeben waren, genügte für die Gültigkeit mündlicher letztwilliger Anordnungen die Zuziehung von zuverlässigen Zeugen, welche den Inhalt derselben erhärten konnten — er verschrieb es und er schaff es, daz es biderläwt hörn¹⁾.

Ungültig waren aber die erst auf dem Todbette errichteten Testamente. Mit dem Gedanken, dass der Erblasser bei Verfügungen über Mobilien, welche diese dem gebornen Erben entzogen, sich selbst ein Opfer auferlegen, schon bei seinen Lebzeiten die Gewere an denselben dem Bedachten übertragen müsse, stand der Satz in Verbindung, dass er solche Übertragungen nur solange ihm ein gewisser Grad physischer Kraft beiwohnte²⁾, vornehmen dürfe.

§ 11 des Erbrechtsprivileg verfügt deshalb: „Item auch ist zu merkhen, dass weder mann noch Frau, noch Niemanth den Andren an dem Todt-Peth nicht enerben soll, noch mag weder mit Geschäft, noch mit khainen andern sachen, er hab ihn dann desselben Guets vor mit gesundten leib in rechte Nuz und Gwer gesetzt, dann dass er es dennoch sein Lebtage inne haben, nützen niessen mag, auch das Verkhaufen, und Versetzen ob ihn Noth anstiess, ausgenommen, und hindangesetzt, da ain jede Frau Ihr Morgengab allzeit wohl mag geschaffen, und geben, wenn (l. wem) sie verlusst.“

Mittermaier³⁾ fasst diese Stelle im Sinne einer beschränkten Enterbung eines Ehegatten durch den andern auf. Sie hängt aber nicht nur mit der als eine Konsequenz einer der ehelichen Güter-

¹⁾ Anh. L. V. n. 2.

²⁾ Vgl. Kugelman S. 38 f. Schulte, Lehrb. der deutsch. Reichs- und Rechtsgesch. Stuttg. 1881. S. 574.

³⁾ S. 349 f.

gemeinschaft sich ergebenden Gebundenheit der Gatten zusammen, was durch die Eingangsworte „weder mann noch Frau, noch Niemanth den Andren“ zur genüge dargethan wird. Dazu kommt, dass unter enerben nicht mit Mittermaier ein „Enterben“, sondern im Gegenteil ein „zum Erben machen“¹⁾ zu verstehen ist. Dann wird der Sinn der schwierigen Stelle sofort klar. Alle letztwilligen Verfügungen werden durch den § in zwei Gruppen geteilt. Während für die zur ersten gehörigen, für die über die Morgengabe, der Frau unbedingte Verfügungsfreiheit eingeräumt wird, werden alle andern letztwilligen Verfügungen beschränkt. Sie werden nur dann für gültig erklärt, wenn der Erblasser noch bei gesundem Leibe den Bedachten in Nutz und Gewere setzt, ihm also ein sofort dinglich wirksames Recht einräumt. Die Gewere, welche der Bedachte erhielt, dürfte eine Zinsgewere gewesen sein, denn der Erblasser konnte sich ja lebenslängliche Nutzniessung des Gutes vorbehalten. Die eventuelle Veräußerungsbefugnis des Erblassers, die doch an die Voraussetzung des äussersten Notfalles geknüpft ist, entspricht einer im deutschen Rechte häufig begegnenden Durchbrechung des starren Rechts aus Gründen der Billigkeit und Humanität.²⁾ Sie steht also nicht im Gegensatze zur Gewere des Bedachten, durch welche dieser sofort ein dingliches Recht an dem Gute erhielt. Dieselbe Bestimmung begegnet auch im Münchner Stadtrechte in ganz allgemeiner Fassung,³⁾ ohne besondere Hervorhebung der Ehegatten.⁴⁾

Einschränkung der Testierfreiheit. — Die Freiheit der Verfügung von Todes wegen wurde durch eine autonome Satzung von 1333⁵⁾ wesentlich beschränkt. Zwar wird als generelle Regel anerkannt, dass ein solches geschäft gültig sein soll — dasselbe geschäft sol im stät beleiben an allen chrank — jedoch unter der Voraussetzung, dass sowohl der Frau als den Kindern des Testators ein gebührender Teil im Testamente vermacht wor-

¹⁾ Vgl. Albrecht, Die Gewere S. 191.

²⁾ Kugelman S. 34.

³⁾ a. 198 (Auer S. 77): Waer iemant, der dem andern sein guot machen wolt, der sol den in nutz und gwer setzen bei seinem lebentigen leib.

⁴⁾ Vgl. bes. Schwsp. c. 22 (Gengler).

⁵⁾ Anh. L. V. n. 1.

den wäre. Dem Stadtrate wird deshalb eine Kontrolle- und Änderungsbefugnis solcher letztwilligen Anordnungen eingeräumt. Die hinterbliebene Ehefrau und die Kinder sollten durch unbillige Härte nicht geschädigt werden dürfen — es wäre dann, so wird obige Rechtsregel restringiert, daß es die Zweifel des Rates — nicht billig dünkte, die mügen es recht und redlichen nach dem Gottesrechte legen. Man könnte versucht sein unter dem Gottesrechte das kanonische Recht zu verstehen und hier an jene Bestimmung¹⁾ zu denken, welche den Kindern den Anspruch auf einen Pflichtteil an dem Nachlasse ihrer Eltern und Grosseltern gewährt, eine *legitima portio jure naturae debita*²⁾.

Allein die aus dem ursprünglichen Rechtsbewusstsein des Volks hervorgegangene Satzung lässt in ihrer Fassung keinerlei Spuren einer gelehrten Bildung erkennen. Dazu kommt, dass in andern deutschen Rechtsquellen dieser Periode³⁾ der Ausdruck „Gottes Recht“ mehrfach im Sinne von Billigkeit, von *aequitas* gegenüber dem *ius strictum* gebraucht wird.

Der Stadtrat soll also, das dürfte der richtige Sinn der Stelle sein, wenn ihm eine solche letztwillige Anordnung nicht billig dünkt, dieselbe der Billigkeit entsprechend, wie es ihm recht und redlich erscheint, abändern.

Auf der Basis dieses Statuts von 1333 entwickelte sich die Lehre von der Einschränkung der Testierfreiheit im Landshuter Recht weiter, wenn auch schon durch ein Privileg K. Ludwigs vom 6. Januar 1341⁴⁾ eine kleine Änderung herbeigeführt wurde. Dieses bestimmte nämlich: Wir setzen und wellen och, ob ein man oder ain Fraw hie ze L. stürben, die niht kind heten und och niht Erben liezzten und ob si ir hab iren fruntten schüffen oder umb iz (l. ir) sele⁵⁾ geeben, daß si dez vollen gwalt habent ze tun. Verfüren si aber angescheft und an Erben, so sol ir hab

¹⁾ c. 18 X. de testamentis 3, 26.

²⁾ Die Grösse derselben beträgt $\frac{1}{3}$ der Intestatportion; von den übrigen $\frac{2}{3}$ des Nachlasses dürfen sie dann ausserdem noch $\frac{1}{4}$ (Quarta Trebellianica) behalten.

³⁾ Haltaus glossar. (gotlich rechte).

⁴⁾ Kalcher S. 46.

⁵⁾ Diese Lesart als die sinngemässe verdient den Vorzug vor der Mittermaiers (S. 352): umb ir Seite.

auf ir fruind erben und getailt werden nach der zwelfer rat, die dan dez Ratz ze L. phlegent.

Während nach dem Statut von 1333 eine Testierfreiheit nur denjenigen eingeräumt war, welche ohne Hinterlassung von Frau und Kindern starben, engt das Privileg von 1341 den Kreis der Testierfähigen noch mehr ein und gewährt dieses Recht Allen, welche ohne Kinder und Erben verstarben. Unter Erben sind offenbar zu verstehen die überlebenden Gatten, welchen nach den Grundsätzen des ehelichen Güterrechts ein Erbrecht am Ehevermögen zusteht, und ausser den Kindern noch alle übrigen Descendenten. Aber auch für diese Kategorieen ist die Testierfreiheit keine absolute. Nur zu Gunsten von Verwandten und für Seelgeräte darf von ihnen testiert werden. Diese Einschränkung ist aber keine ganz neue, denn auch das Statut von 1333¹⁾ verleiht die Freiheit zu testieren nur zu Gunsten von Frau und Kindern. Das germanische Prinzip, dass das Erbrecht ein Familienrecht, dass der Erbe geboren und nicht gekoren werde, war noch immer mächtig genug, um mit den Verkehr der Städte unter dem Beistande der Kirche eindringenden gewillkürten Erbfolge den Kampf aufnehmen zu können. Schritt für Schritt musste sich das Testament seine Anerkennung im deutschen Rechtsleben erringen und so darf es nicht befremden, dass auch in Landshut eine absolute Testierfreiheit im 14. Jahrhundert noch keine Stätte gefunden hatte. Wenn dem Erblasser die Möglichkeit erschlossen war wenigstens unter dem Kreise seiner Familiengenossen seine Erben zu wählen, wenn er also die durch das Herkommen festgestellte Erbfolgeordnung nach seinem Willen durchbrechen konnte, so war das immerhin ein Schritt, welcher dem vollständigen Siege des Testaments den Weg ebnete.

Durch das Statut von 1333 waren, wie gezeigt wurde, alle in der Stadt errichteten Testamente der Oberaufsicht und Kontrolle des Stadtrats unterstellt, und diesem sogar eine Abänderungsbefugnis derselben zugestanden worden. Das Privileg von

¹⁾ Swann ein biderman gestirbet mit geschäft und frawn und kint lat, und schaffet ieglichem seinen tail . . . , dazselb geschäft sol im stät bleiben. Nur Geschäfte zu Gunsten von Frau und Kindern will die Satzung für gültig erklären, wie sie ja auch durchaus (Anh. L. V. n. 1) nur eine Regelung der Verhältnisse der hinterlassenen Frau und Kinder vornimmt.

1341 erweiterte nach dieser Richtung noch die Gewalt des Stadtrats, indem es ihn für kompetent erklärte Anordnungen über die Erbfolge zu treffen, die zur Erbschaft zu berufenden Verwandten zu bestimmen und die Grösse der einzelnen Erbportionen festzusetzen für den Fall, dass der Erblasser weder eine letztwillige Verfügung, noch Erben hinterlassen hatte. Beschränkt war der Stadtrat bei dieser Erbschaftsregelung nur insoweit, als er lediglich Verwandte zur Erbfolge berufen konnte; aber innerhalb dieses Rahmens war seinem freien Ermessen keine Grenze gesetzt. Aber selbst diese unbedeutende Schranke wurde hinweggeräumt, die Machtsphäre des Stadtrats noch mehr erweitert durch den Rats- und Gemeindebeschluss von 1347¹⁾, welcher beim Fehlen einer letztwilligen Verfügung die Regelung der Erbfolge ganz in das pflichtgemässe Belieben des Stadtrats stellte — Sturb aber ein fraw oder ein man an geschäft, so sol es an den zwelifen sten, wie sie es ausrichten von iren trewen.

Die Kompetenz des Stadtrats war also hier eine aussergewöhnlich grosse. Er war befugt, in konkreten Fällen nach Abwägung der einschlägigen Verhältnisse nach Zweckmässigkeitsrücksichten zu entscheiden, wo sonst, wie dies ja auf dem Gebiete des Erbrechts fast allenthalben der Fall war, durch positive Normen des geschriebenen Rechts oder wenigstens durch das Herkommen eine feste, unveränderliche Grundlage geschaffen war. Während also gewöhnlich durch Subsumtion unter die bestehenden Rechtssätze die einzelnen Verhältnisse schon im voraus ihre juristische Regelung erfahren hatten, sollte hier der Stadtrat gleichsam den Willen des „ohne Geschäft“ Verstorbenen ergänzen und auf dem Verwaltungswege eine zweckentsprechende Regulierung der Intestaterbfolge durchführen.

Dass ein solcher Zustand der Unsicherheit die Bedürfnisse eines reich entwickelten Rechtsverkehrs auf die Dauer nicht genügen konnte, war vorauszusehen. Willkürlichkeiten liessen sich nicht vermeiden und sie hatten im Gefolge „mangveldige grosse Stösse, Unwillen, und zwayungen, . . . zwischen Armen und Reichen als von (heurath), Erbschaft und wider Erbschaft wegen“ welche

¹⁾ Anh. L. V. n. 2.

Herzog Heinrich zum Erlasse des sog. Erbschaftsprivilegs 1423¹⁾ bewogen. Durch dieses war nun eine feste Grundlage für die in das Erbrechtsgebiet einschlagenden Rechtsverhältnisse gewonnen. Da aber bei der Vielgestaltigkeit der Lebensverhältnisse nicht eine für alle Fälle passende Norm im Privileg enthalten sein konnte, wurde dem Stadtrate das Recht eingeräumt alle Lücken zu ergänzen und überall da entscheidend einzugreifen, wo Streitigkeiten entstünden, für welche das Privileg eine Entscheidungsnorm nicht böte²⁾.

Erbschaftserwerb. — Nach dem Grundsätze des deutschen Rechts „der Tote erbt den Lebendigen“ bedurfte es keines besondern Erbschaftsantritts; durch den Tod des Erblassers erwarb der Erbe ipso iure die Gewere am gesamten Nachlasse³⁾.

Da nun bei Eintritt eines Todesfalles nicht immer sämtliche Erbberechtigte im Sterb Hause anwesend waren, so lag die Gefahr einer Verschleppung der zum Nachlasse gehörigen Mobilien nahe, durch welche die nicht anwesenden Erben aufs empfindlichste geschädigt werden konnten. Zur Bekämpfung dieses Missbrauchs bestimmte das Erbschaftsprivileg⁴⁾ unter Androhung von Strafe für die Zuwiderhandelnden, dass Niemand, weder ein Verwandter noch eine andere Person sich in Besitz des Nachlasses setzen oder zu diesem gehörige Gegenstände fortschaffen dürfe, ausser in Gegenwart zweier Ratsmitglieder. Diese Anordnung widersprach dem deutschrechtlichen Grundsätze vom Erbschaftserwerbe ipso iure keineswegs, sie hatte einen mehr polizeilichen Charakter, bezweckt Abhaltung Unberechtigter von der Besitzergreifung der zum Nachlasse gehörigen Sachen und ausserdem Schutz der abwesenden Erben, auf die ja auch die Gewere an dem Vermögen des Erblassers unmittelbar durch seinen Tod überging.

¹⁾ Vgl. Eingang desselben (Gengler Stadtr. S. 236).

²⁾ § 14. Item auch ist sonderlich zu merkhen, ob das wär, dass ain Artikul, oder mehr, Es war von Heurath, Geschäft, oder Erbschaft wegen, nach datum dieses Briefs fürbass zu Krieg wurden, und fürkhammen, die in dem Brief nicht verschrieben, oder begriffen wären, die sollen dann vor den zwelfen des Rhats entrichtet werden.

³⁾ Heusler, Gewere S. 68, 172.

⁴⁾ § 12 (Gengler Stadtr. S. 239).

Dieses Verbot scheint nicht sehr wirksam gewesen zu sein, denn schon 1430 sah man sich veranlasst zur Anordnung einer Inventarisierung des Nachlasses. Eine solche wurde zwar nicht allgemein angeordnet, sondern es bedurfte in jedem konkreten Falle eines speziellen Ratserlasses; der Durchführung der angeordneten Inventarerrichtung durfte sich aber Niemand widersetzen — das aller menklich hie in der stat L. man und frawn ir guet beschreiben sullen lassen an dem todpett, wann sach ist das des begert und durch mein herren geschafft wirt. Der Stadtrat erlässt also nicht ex officio eine dahinzielende Verordnung, sondern nur auf Antrag der Beteiligten.¹⁾ Wahrscheinlich ging dem Erlasse eine Prüfung der Sachlage voraus. Zur Erreichung des Zweckes, der Sicherung des Nachlasses war es geboten nicht erst den Eintritt des Todes abzuwarten, sondern präventiv noch bei Lebzeiten des Erblassers in Erwartung seines Ablebens die Inventarisierung vorzunehmen.²⁾ Verschleppung von Mobilien durch die Erben wurde unter Androhung des Verlustes ihres Erbtheiles verboten, doch konnte der Stadtrat diese harte Strafe nach Gutdünken ermässigen aber nur bis auf $\frac{2}{3}$ der Erbportion, denn $\frac{1}{3}$ derselben war unter allen Umständen zu Gunsten der Stadtkasse einzuziehen.

Die Zunahme letztwilliger Zuwendungen für kirchliche und wohlthätige Zwecke setzte man auf Rechnung einer starken Pression durch die Geistlichkeit, weshalb man den Priestern aller Kategorien verbot Leute auf dem Todenbette zur Abfassung von Geschäften zu zwingen, ihre Stellung als Seelsorger ermöglichte ihnen ja in wirksamer Weise hiezu aufzufordern. Alle so hervorgerufenen Geschäfte sollten nicht zu Recht bestehen. Zugleich wurde den Priestern die Fähigkeit aberkannt, als Zeugen solch letztwilliger Geschäfte zu fungieren, da ja beim Mangel von Formschriften auch die Bezeugung des Geschäfts durch einen einzigen Priester hinreichend gewesen war, was fortan für unzulässig erklärt wurde.³⁾

¹⁾ Anh. L. XVII. n. 1.

²⁾ Dieser Inventarerrichtung entspricht im heutigen Recht die gerichtliche Obsignation, welche auch lediglich Sicherstellung des Nachlasses für den Interessenten bezweckt, vgl. Roth, Bayrisches Civilrecht. Tübingen 1875. Bd. III. S. 777.

³⁾ Anh. L. XVII. n. 2.

V.

Totgeschaeft.¹⁾

1) Swann ein biderman gestirbet mit geschäft und frawn und kint lat, und schaffet ieglichen seinen tail als müglich und billich ist, dazselbe geschäft sol im stät beleiben an allen chrank, es wär dann, daz es die zwelif des rates, die alle der stat recht besorgent, nicht billich däuhte, die mügen es recht und redlichen nach dem gotes rechte legen und für daz die fraw und die kint nach der zwelifer rat pfleger daruber nement und daz man in die geit. swas dann die fraw oder die kint mit heirat, mit ir leib oder mit ir gut an des pfleger rat, der in da geben ist, tät oder täten, oder an der zwelifer rat tät oder täten, daz sol nicht chraft haben und sol man die frawn oder die es antrügen und es dem pfleger oder den zwelifen des rates verswigen, bezzern an leib und an gut. Dat. 1333.

2)²⁾ 1347 ist der rat und die gemain ze L. uberain worden, daz fürbas ewichlichen frawn und man, kint und einchel und vrunt und alle läwt stät haben, was ein man an seinen letzten ziten schaffe, er verschreib es und er schaff es, daz es biderläwt hörn und daz ieman dawider red bei leib und gut.

sturb aber ein fraw oder ein man an geschäft, so sol es an den zwelifen sten, wie si es ausrichten von iren trewn. act. in die sancti Vincentii a. q. supra.³⁾

VI.⁴⁾**Häuserdingen.**

1) (1347) Desselben jares sind die burger des rates und mit in alle gemain des uberain worden, daz aller manichlich, der hawser besten wil oder muz, sich fürbas ewichlichen ziehen sol uf s. Jörgen tag und geb iederman drittail zins uf Michahelis, daz ander drittail uf weihnachten und daz letzte drittail uf Jeorii. act. s. Ada ante purificat.

2) (1425)⁵⁾ Wann ain burger dem andern ain haws lat umb zins ain jar, das er dhain besunders dingt, ausnimbt und trifft, ob derselb dieweil ain haws kauft, das es ienen, des haws ist, an schaden sei und geschicht also ungeverlich . und das der, dem das haws lassen ist, ain haws kauft, so mag er den, der im sein haws lassen hat, wol wider absagen . es sol aber 14 tag vor geschehen, ee das er in das haws ziehn solt . wär aber, das also ain geding geschehn troffen ist, das wär

¹⁾ f. XXXVIII.

²⁾ f. X^v.

³⁾ XVII n. 1.

⁴⁾ f. X^v.

⁵⁾ f. 87^v.

1 jar, 2, 3 oder wie lang das ist, das [das er nicht sol ab gen] sol stät sein, es kauf iener ain haws oder nicht, so sol er dem, der im sein haws lassen hat, die zeit, wie die ausdingt wirt, genug tuen uber sein zins oder zeuch in das haws . fact. am montag vor occuli 1425 von mein herrn baiden räten und den pesten von der gemain.

VII.

Etliche der stat recht.

(Wie sich ain gelter gein dem andern, er sei burger oder gast vor dem rechten halten sollen.)¹⁾

1) ^{Investitur} Verbuitet ein burger einen auzman in der stat umb sein gelt und umb ander sach mit dem vronboten, wil dann der auzman dem burger ein recht tun, so soll der auzmann an den vronboten werben, daz er im uf das recht gebiet, er well im ein recht tun und haizz im von im fürbieten an gastes stat . chumt dann der burger uf daz recht nicht, dieweil der richter an gevär sitzt an dem gericht und daz es der gast meldet und suchet, so ist dem burger bruch umb alles daz er hinz dem gast ze sprechen hat . ze gleicher weis für daz der auzman dem burger des nachtes an gastes stat fürbut mit dem vronboten, chum er des morgens nicht uf daz recht an gevar, dieweil der richter sitzt an dem rechten, so gevellet der auzmann dem burger umb alles, das er hinz im zesprechen hat und wirt dem burger bruch ertailt umb swas der auzman hinz im zesprechen hat und gevellet dem richter um das wandel . choment aber si baid des morgens für das recht und ist nur ein vorsprech an der schrann, so sol in baiden ein tag geben werden uf den andern tag und daz iederman seinen vorsprechen werbe . swelicher dann under in den vorsprechen des ersten wirbet, der dieselben weil an der schrannen ist, für daz sich der richter der vrag gelaubt an gevar, des selben wort sol er des andern morgens sprechen und en sol in nicht werben, dieweil der richter vragt, also daz der auzman noch der burger under der vrag nicht sol sprechen: spricht mein wort . nur für daz der richter sich der vrag gelaubet. swelicher dann der erst ist mit dem sprechen, der hat in ze recht.

(Wann ainer seinen gelter vor recht vindet.)²⁾

2) Chomt einer für recht und vindet seinen gelter vor dem gericht, der mag in wol vor dem gericht darumb verbieten . vindet einer seinen gelter vor dem gericht und chlagt hinz im umb sein gelt, stet er dann desselben geltes vor dem richter an laugen und spricht: ich sol im es also, als er hinz mir geschlagt hat, des beleibt er an wandel und sol im der richter daz gelt bieten ze 14 tagen, ob derselb daz bot hat und in dem bot gesezzen ist. ist es ein auzman und hat des botes nicht, so sol er im es hingend geben als recht ist.

¹⁾ f. XI.

²⁾ f. XI^r.

VIII.¹⁾**Nacherlangte rechte umb pfand werfen und der hawswirt soll umb zwen zins porgen.**

Anno . . . 1419 sind meine herren inner und ausser rat und ein erbergen gemain bei einander gewesen von eins grossen brechen wegen, der lang zeit in der stat gewert hat und gewesen ist also. wann ein man oder fraw oder wie er genant ist seinen recht erlangt hinz einem seinem gelter und dann nach pfanten weist mit einem amptman, so wil im dann der gelter nich aufspörren, damit er pfantz bechomen mag, so lauft dann der chlager mit dem amptman zu dem chamrer. der erlaubt im dann die richtersknecht und wann er dann hinwider kumpt, so hat der gelter in der zeit sein gut entfremt und geflohend, so chumpt dann der hauswirt und spricht, er sei der erst werr(er). und sind dann als vil guts nicht, damit der wirt gewert wird, sind meine herren überein worden, habent gedacht und gesetzt: wann ain chlager mit dem amptman hinz seinem gelter nach pfanten weist, der erlangten recht hat, so sol im der amptman pfant antwurten. wolt aber der gelter nicht aufspörren, so sol der amptman nach den richterschnechten gen und sol der chlager dieweil bei der kamer beleiben, damit im das gut nicht entfremd werd und wann dann der amptman mit den richterschnechten chumpt, di sullen im dein pfant antwurten mit aufspörren oder aufprechen. chumpt dan der wirt, der sol sich von erst weren an der stat und auch nicht verrer dann umb zwen hawszins, die sol er auch bestätigen, daz er im die schuldig ist, ob sein der chlager nicht geraten wil, daz er in damit nicht frei. wolt sich aber der hawswirt nicht weren und dem chlager pfant weren, so sol er im sein gelt ausrichten an widerred.

IX.²⁾**Umb urtail dingen.**

Anno 1403 an pfinztag nach unser frawentag ir schiedung waren meine herren inner und ausser rat, die zünfft, darzu die wagsten und die pesten 200 man pei einander in der chlainen ratstuben und retten da von urtail dingen und furn und erfunden, daz die alten stat recht wärn, das ein iegleich man, ain purger gen dem andern oder ein ausman gen einen purger oder ein purger gen einen ausman wol dingen müg, das wider der stat recht nicht wär und dann dasselb ding furn für mein herren in iren rat. wer da vor verleust, der mag die urtail dann furn gein hof, ob er wil. ob was todgeschäfft, heirat und der statrecht antrift oder von toden lewten herget, das gehört für meine herren in

¹⁾ f. LVII^v.²⁾ f. 91^v.

iren rat, die sullen das richten und daruber soll niemat verrer dingen, wann ez bei meinen herren beleiben sol . wer ez daruber tät, der tät wider der stat ere und recht.

X.¹⁾

Rechtpieten, chunt thuen, ze 14 tagen pieten, und wie ainer recht erlangen sol, ist da henach geschriben.

1) (1442) Es ist ze merken, wann ain burger den andern zu recht peutt, das mag er thuen mit zwaiien poten . wan er in anheim findet, so thuet er im die pot das erst, darnach das ander auf daz nechst recht, wann das wird . kumpt derselb dann dem klager in antwurt zu dem andern pot, so sol zwischen in beschehen, was recht ist . gibt er aber dem klager ein fürpfant, das mues er behalten 14 tag, so thuet im der klager nach den 14 tagen chunt umb völlige pfant . gibt er im die nicht, so verleust er im wandel umb sein sum geltz, so er zu im zu sprechen hat . wer mit dem ersten pot begriffen wird, der sol darnach seins rechten warten . hiet aber ain piderbman so nötigs zu schicken, so mag ain piderbman fur das ander pot urlaub von ainem camrer nemen.

Ist aber sache, daz er ims ze 14 tagen last poten sein, so ist er dem klager anhellig und mag nimer gelaugen, es war dan sach, ob er raitung oder andere widerred in der sachen het. dorumb sol er in in den 14 tagen ain recht anpieten und was er anhellig ist, da sol er ain genuegen umb thuen. und umb wen si dann ander rechnung oder andre einrede in irrung wären, daruber sol dann an den nechsten rechten ain endrecht sein und sol dem klager daselbs ubern rink ain genuegen thuen.

2) Wär aber, das derselb nicht zu rechten chäm und liess den anklager recht erlangen, so get er dan mit dem ambtman umb pfant. verstuend er aber dem klager pfant, so thuet er im chund zu den nechsten rechten darnach, er hab sich pfant gewert, so ist er dem gericht verfallen umb 5 ₰ 60 pfenn. und daz recht gibt alsdann das gericht und ambtlewte am rechten von stundan an ausstend und get mit dem klager hinz derselben und muessen im völlige pfant antwurten, die fur ain kauflin legen und 3 tag ze wandel hingeben. wär auch, daz im an den pfanten icht abgieng, so chumt und weist er hinwider umb mer pfant, unz daz im ain genugen beschiecht.

Auch welcher ainem mit willen pfant gibt, so mus der klager di pfant behalten 14 tag, so get er dann zum rechten und thuet den pfanten recht, (das sol clager dem antwurter vorhin des nachts kunt tun)²⁾ und legt si dann fur ain kauflin zuverkaufen auf 3 tag als oben begriffen ist.

¹⁾ f. 74.

²⁾ () ist mit anderer Schrift an den Rand geschrieben.

3) Man sol auch mit span, wasen, noch chain aufligete stukch zu pfant geben, diweil schreinpfant, pett, polster und andrew farentew hab vorhanden ist.

Es sol auch chain kamrer chain pfant fristen über des willen, des di pfant sind, es wär dann ain haws oder andrer grunt und poten, das mag ain kamrer wol fristen 14 tag.

4) Item ain halbs pfund und was darhinder ist, das peutt man ze 14 tagen. last er dann die 14 tag auf sich gen, so muos er dann von stundan den klager dasselb gelt zaln oder vollige pfant darumb geben, den thuet er dann recht und legt si dann für als ohenbegriffen ist.

Wer brief, sigl hat, auch garntzlon, umb gesants gelt, umb ver- schaffts und verschiedens gelt, da thuet man chund umb, desgleichen umb gelihens gelt.

Umb hawszins vnd gült mag ain ieder selbs pfenten an gericht und amblewt.

Wie lang pot kraft sol haben.¹⁾

6) Auch maint mein herren, das pot kraft sol haben 14 tag. in der zeit sol man dem pot nachgen und das austragen als recht ist, hindan gesetzt was von toten lewten herget, auch heiratguet und anders, das sich mit schub für mein herren machet. da sol das pot umb weren, unz daz vor meinen herren ain ende darumb wirdet.

XI.

Umb die gelter, die sich mit pot nit vinden wellen lassen.¹⁾

1) (1462) Zu merken das mein herrn der inner und ausser rat und ain erberge gemain geredt haben aus ainem artikel von der gelter wegen, die sich mit pot nit vinden wellen lazzen. darauf ist mit rat herkomen und behabt, welher gelter sich mit dem ersten oder mit dem andern pot nicht finden wil lassen und sich doch vor und nach den poten sehen lat, so sol der clager demselben durch den ambtman zu empieten, er hab in zwir mit pot suchen lassen und hab in nit funden und welle er sich zum dritten rechten auch nit finden lassen, so well er im bieten lassen und mit recht beclagen, das er in zwir mit dem bot gesuecht und nit funden hab und im mit recht erkennen lassen, wie er im furan pieten sol, domit er rechts von im bekommen mug. und so sich derselb nach dem 3. pot aber in jar und tag nicht vinden wollt lazzen, so sol man in dinkfluchtig halten und saumig, dann redlich eehaft, die derselb warlich furbringen möcht. factum feria 5. ante Galli 1462.

¹⁾ f. 74v.

²⁾ f. 75.

2) Item an dem obgeschriben tag ist auch herkomen, das mein herrn zween oder drei boten haben wellen, die den rechten sweren, wer si von gerichtz wegen ausschick mit kuntbriefen oder andern sachen, das si von rechtens wegen werben und antwurt vor gericht widerumb sagen sullen, das si das aufrechenlich und warlichen sagen. denselben boten sol ains pfenigs oder zweier von der meil mer geben, dann man sunst gewondlichen andern poten pfligt zugeben.

3) Item wann zwen miteinander in verdingts recht komen, in der guetigkait davon genomen und nachmals ausserhalb rechtens miteinander veraint und vertragen werden, welicher alsdann in der teiding und vertrage ungerecht erfunden wirdet, der sol dem richter das stabwandl geben, ain burger als ein burger, und ein gast als ein gast.

4) Item so ainer den andern mit rechte bechlagt umb schuld oder ander sache und iener, der beclagt wirdet, erpeutt sich mit seinem aide darzu zuthun, sovil und recht ist, das er im seiner clage weder gelten noch geben solle, es thue der antwurter den aide, oder aber, er werde im durch den clager nachgeben, so ist weder der clager noch der antwurter dem richter wandls zugeben nicht schuldig.

XII.

Auspieten.

1) Wann auch ainer den andern fur recht peutt, so mag der klager kain recht nicht verziehen, aber der antwurter mag ain recht verziehen. und wann er das thuet, alsdan mag der klager auch ains verziehen.

2) Item welcher nicht pfant noch gelt hat, dem peutt man aus ze 14 tagen. welcher ainen darüber helt, der mues den klager zalen fur denselben.

Recht verziehen.

3) Der satz umb auspieten ist darnach vor ainer grossen gemain gelauttert also: wann ain burger dem andern auspeutt, haben etlich gemaint, dasselb bot sullen man, weib und kinder mit einander antreffen und alle ausziehen. also ist behabt, das ain burger dem andern oder ainer seinem schreiber oder wer im schuldig und hie ze herberg ist, wol auspieten mag nach erlangten rechten. und dasselb bot trifft allain den man und nicht sein weib oder seine kind. dann er sol in dasselb haws nach dem bot nicht gen weder haimlich noch offentlich. gieng er aber hinein haimlich oder offentlich und das es sich warlich erfund, so muess der wirt für denselben seinen inman zalen nach inhalt der satz.

auch ist lauter herkomen, dass gest und juden niemand sullen ausbieten. auch ist herkomen, ain ieder weinherr, der wein schenkcht

und ainen schreiber haben wil, der im schenk, der sol sich gen demselben schreiber verhin fursehen nach notturft, damit im sein gelt gewiss und unverloren sei. geschehen an pfinztag vor occuli 1442.

4) An pfinztag vor dem sonntag als man singet letare in der heiligen vasten 1453 haben mein herrn rat und gemain geredt aus ainem artikel: wann ain burger oder ausman ainen inwoner, der hie gesessen und nit burger ist, umb sein schuld zu recht kund thuet, kumbt dann der inwoner dem burger oder gast zum rechten in antwurt, so mag der klager sein recht hinz im erlangen. und nach seinen behabten rechten so sol der klager, er sei burger oder ausman, mit dem ambtman zu demselben inwoner geen umb pfant. gibt er im dann pfant oder findt er die zu im, die sol er nemen und damit gefaren als der stat recht ist. findet er oder gibt im nicht pfand, so mag der klager den inwoner einlegen, den sol man im dann halten als der stat recht ist.

5) Es ist auch desselben tags mer geredt worden von pöser gelter wegen, die mitburger und auslärten schuldig sein. wann dann der ausman kumbt demselben seinem gelter zurecht peutt, sein gastrecht ausgeben recht hinz im erlangt hat und nach den behabten rechten mit dem ambtman umb pfantz hinz demselben seinem gelter einget, so vindt er dann umb seine schuld nicht pfand und get doch derselb gelter dester minder nicht zum wein und gibt doch seinen geltern nichtz an irer schuld. welcher burger das thuet, den sol der ausman nachmals für ain camrer oder rat vordern, da sol im solich sein unert und unwerheit fürgehalten werden. mag dann ain camrer oder rat weg zwischen ir finden auf zeit oder wie das im pesten funden würd. helt derselb burger das wol und guet, helt er das nicht und würd nachmals darumb für ainen camrer oder rate gewendet, so hat ain camrer oder rat füran gewalt mit demselben bürger zu handeln, in vāknus zu legen, aus der stat ze thuen oder wie ir weishait das nach dem besten bedenken, damit die stat von solher pöser geltern wegen nicht nachred habe.

6) An sambstag vor s. Gallentag 1453 sind mein herrn rat und ain merkliche gemain bei einander gewesen und haben geredt aus ainem mercklichen artikel von poser gelter wegen, wie man den auspieten mag, und sind da miteinander ainig und zurat worden, das ain burger dem andern umb sein geltschuld, der er von im on auspieten nicht bekommen mag, im, seinem weib und kindern mag auspieten ze 14 tagen. welcher burger denselben, dem also ausgepoten ist, in, sein weib oder kinde über die 14 tag behelt und das er in den 14 Tagen mit seinem gelter nicht ainig worden ist, so mues derselb wiert dem clager umb sein schuld genueg und ausrichtung thun, wann sich die nach den 14 tagen hinz im verfallen hat ganzlich. zug aber der, dem ausgeboten ist, vor ausgang der 14 tag mit weib und kindern an ein andrew herweg, so ist der wirt nichtz schuldig darumb und der clager

mag seinem gelter an der andern herberg ander waid ze 14 tagen auspieten und bestet mit allen sachen als vor umb die erst herberg begriffen ist. kam aber der, dem ausgeboten wirt, er, sein weib oder kind mit solhem auspieten an die dritten herbergen und wurden nicht ains mit irem gelter und wollten also frei aus und nider geen und irem gelter die schuld also vorhalten weder umb behabte recht noch auspieten nichtz geben, so sol man in an der dritten herberg nimer auspieten, sunder der clager mag seinen schuldiger in vanknus nemen und darin ligen lassen nach seinem gefallen, doch das er in halt als ainen gefangnen.

Wolt aber der clager gen demselben seinem gelter zuhert sein, so sullen baid tail nachmals fur ainen rat komen, alsdann hat ain rat gewalt dorin zu thun, zu lassen nach gelegenheit der sachen und nach dem pesten on irrung der sacher und maniglichs von irer wegen on-geverde.

Auch ausgenomen wann ain burger ainen gast sein guet hie verbeutt, so sol dasselb bot jar und tag kraft haben. desgleichen wann ainer behabte recht gein seinem gelter hat, denselben rechten mag er auch in jar und tag nachgeen. liess er das lenger austeen, so mues er seine bot oder recht von neuen dingen widerumb anfahen.

[Es wär dann sach, das sich dieselben recht im jar angefangt hetten und über das jar in denselben hangenden rechten stunden, die sich mit redlichen schuben von zugen verhengt, sol ainer iedlichen an schaden ongeverde. desgleichen ob ainer ainen gerichtzbrief erlangt hat, derselb gerichtzbrief sol auch bei craft beleiben, solange, unz der von im erlost wirdet.

Item alle gerichte recht sollen im jar und nach dem jar bei werden beleiben, wo die in br(iefen) oder in ausgerichtzpuch verschriben ist und sunst nicht. es mag auch ain ieder seins gelters schonen wie lang er wil vnd sol ie ain elter vor dem andern der mit seiner schuld der junger ist, vorgehen.]¹⁾

actum in gesetztem rate an erichtag vor Thome apostoli anno 1458.

XIII.

1) (1425) Item auch sind meine herrn ze rat worden, wer für si in iren rat chumpt, umb welherlai das sei, so mag ieder tail zwen aus meinen herrn vordern und nemen, ainen redner und ainen, der im rat. das sol ain chamrer günstig sein und derselb tail sol auch aus meinen herrn nicht mer nemen, dan nur zwen. wär auch, das ain kamrer, der tail ains freund ist, so mügen dieselben von freuntschaft wegen den kamrer fur ainen nemen, und nur meine herrn ainen zu im und nicht mer.

¹⁾ [] Mit anderer Hand an den Rand geschrieben.

²⁾ f. 87v.

Item es sind mein herrn auch darnach mer ze rat worden, das der klager am ersten meiner [herrn] ainen sol nemen und darnach der antworter der auch einen und aber darnach der klager den andern. desgleichen der antwurter auch darnach den andern und nicht mer, es seien pfleger oder freunt. es mag auch ieder tail zu fürleger nemen, wen er will, der purger ist in der stat L., ausgenommen die vorsprechen sol niemand nemen weder zu fürlegen, ratleuten noch anweisen. darnach an pfnztag Barbare 1460 sind mein herrn zu rat worden: wer meinen herren ainen nimbt, der im eine sach fürbringen sull, der sol das thuen.

2) Es sind auch meine herrn mer zu rat worden, wann zwen tail für meine herrn in recht kömen in gesessnem rat, auch ir fürleger und ratläwt gerecht und dasselb nicht zuend gericht und in ainen andern rehtag gesetzt wirt und widerumb in gesessnem rate zu recht kome. welt dann aintweder ain tail dem andern seinen redner oder ratman nemen, den er vor gehabt und sein gehaim eingenomen hiet, das stet zu demselben furleger oder ratman, ob er das thuen well oder nicht. wolt er es nicht thuen, nimbt in dann der tail, der in zum ersten rechten gehabt und des gehaim er eingenomen hat, desselben furleger und ratman sol und mug derselb sein. wär aber derselb furleger oder ratman nicht da, so mag er auch ainen andern wol nemen. geschehen sabbato post Pangrati anno 1441.

3) Am erichtag vor unser l. frawenscheidung tag anno 1465 sind meine herrn innerer und ausserer rate und ain treffenliche gemain bei einander gewesen und haben geredt von ains brechen und mangls wegen, der under mein herrn in irm rat sei von fürlegen, der man nicht nach notturft haben mag und die lewt dardurch gesambt sein und zu iren rechten nicht komen mügen. also hetten meine herrn vor ine, si wollten die vorsprechen zu rednern genomen haben, ist durch rat und gemain an dem obgenanten tag behabt, es sulle bei altem herkomen und den vorgeschriebenen artikeln beleiben wie hievor geschrieben stet.

4) Am erichtag vor Martini anno 1465 sind meine herrn inner und ausserer rate der stat L. und ain treffenliche gemain ze rat und uberain worden ains merklichen brechen halben, der ietzo in irem rat vorhanden sei, das nicht redner darunder sein, die den läwten ir notturft zu rechten kunnen furbringen, dann 3 man, die zu zeiten nicht enhaim sein, dardurch werden die läwt in iren rechten verkürzt und sperren sich die recht. also ist in rat erfunden und behabt an dem obgenanten tag, das die vorsprechen den läwten ir notturft im rechten fürbringen sulln, ob ainer mein herrn nicht haben mag, unz auf veränderung und widerrufen meinen herrn die sach zu meren und zu mindern haben und sol in ain zimlich lon ausgesetzt werden.

Item die sachen meiner herrn halben oder die vorsprechen zu rednern zenemen ist also geleutert: so ainer sich der vorsprechen nicht

benuegen lassen wolt, kan ainer mit meinen herrn ainer im rat reden, der im sein notturft reden wil, der mag das thuen, ob in von guetem willen belang, er sol aber des unbetwungen sein.

5) Am pfinztag nach Michal. anno 1474 ist durch mein herrn behabt, dass ain iede wittib ainen anwerf aus meinen herrn vom rate ausserhalb der zwelfer, die am rechten sitzen, nemen mag.

XIV.¹⁾

Ganthalben.

1) Am sambstag vor dem sonntag reminiscere in der vasten anno dom. 1475 ist durch den rat behabt, wo ain hawsung auf die gant bracht wirdet, darzu nit erben vorhanden seind, so sol man die wandel den geben und den, die gült darauf haben zusagen.

Item wo schreinpfant auf die gant komen, die der oder die, dem si fürgelegt sind an dem tag oder abent als dasselbig pfant sol verloren werden, lösen wolt, das mag der oder dieselb wol thun umb das gelte, so darauf gelegt und gangen ist, angesehen das man darum nit schreit, heuit verloren.

2) (1441) Item darnach sind meine herrn zerat worden, das niemant sein gut, grund und boden, schreinpfant oder andrew pfant für sich selb und on recht auf die gant legen sol und kain gever darin haben. das sol fürbas nimmer geschehen und kain kraft haben. dann was fürbas auf die gant kumbt, das sol fürbas mit und durch recht auf die gant komen und gelegt werden, ongeverde und sonst nicht.

3) Item an sambstag vor unser frawen tag ir gepurt ist durch mein herrn in iren rate erklärt worden: so ein hawsung auf die gant gelegt wirdet, welher dan gült aus demselben haws hat, wil der seiner gülte nit nachsehen, so sol er die auch darauf slahen und welhem das haws mit der gant wirdet, dem sol es beleiben. wer der sein gult darauf nit slahen wil, der mag sich der verweigern und nachgeben.

Der chäufl und chäuflin sätz.

4) Item am erichtag vor liechtmessen anno 1469 sind mein herrn zerat und überain worden, das kain kauff dhainer frawen ausserhalb ires mans willen und wissen, noch niemant anderm, das si nicht kuntschaft haben ausserhalb ains genuegens nichtz verkaufen sollen in dhain weis. ob si es aber daruber täten, ergieng icht schad daraus, denselben schaden sollen si erben.

¹⁾ f. XXXIIv.

5) Die vorgeschriben chäüfl und chäüflin stätigent die burger von dem rat also mit der bescheidenheit, ob ir einer oder mer mit ichte überwärt wurd mit der warheit, daz si icht anders tät, dann ir ist ausgenomen, die tund mein herren von dem ampt und legend si in puzz, an der si ze rat werdent.

Swer in die pfant fürleg, der sol in ir lon geben, als vor geschriben ist und sol der daz geben, der si disem gesetzt hat und geit ein chäüfel oder chäüflin icht hin, da sol si einen pfenning oder 1 haller annemen und sprechen also: wil es ener stät haben, des daz pfant ist, so gib ich ew es, wil er des nicht, so gib ich ew ewer gelt wider. und damit so sol si dann pfand 3 tag wandel dingen und sol es nicht lenger vail haben, ob es diser dan haizzet geben. wil er sein nicht stät haben, so sol er den pfenink wider geben und sol daz pfant wider vail haben. und für daz ir einer ein pfant verchauft, so sol man dem mann, des daz pfant ist gewesen, zehant hin heim tragen durch des leitkauf willen, daz si der leitkauf ainhalb bezzer dunk dan andern. sweliche daz tut, die tut nicht recht und tut wider ir trew.

Chaufet ein man, fraw, chnecht oder dirn einen rock, slaier, mandel oder was es ist und geit einen pfening oder heller daran und deicht in daz darnach ze tiwr und wolt des nicht und wolt den haller verloren haben oder den pfening, so mag der chäüfel wol denselben mit dem rechten benöten, daz er den chauf müz stät haben.

Es sol auch ieder chäüfel oder chäüflin zaigen, wem si die pfant ze chaufen haben geben, ob sein der, des die pfant sind, nicht geraten wil.

Es enmag auch nieman in der stat vorgeanten chaufel gewalt nichtz verbieten an der burger rat, si geben es einem, der in es hat für geleit wider und sullen des an schaden beleiben gen dem richter.

6) An sonntag vor der XI^m maid tag anno dom. 1479 ist durch ainen volligen rate zu sand Martein in dem messner haws erlautert: wo grund und boden nach der stat recht auf die gant komme, sol der gesworen kauf ainem ieden sein gelt, das er nach ausgang seines ieden geschrai zuerst auf das guet legt, schreien und rufen. wen dann der glockendon mit volligem ausgang des geschrais, nämlich heut verloren berurt, dem sol die gant volgen und zusteem. wo aber der glockendon das geschrai und beruef berurte. wann sich dasselbig geschrai vollighen bis zum ende heut verloren und es gleichwol die summe des geltz bewest ist, so sol doch derselbige, des dasselbig geschrai ist, an derselben gant nichtz haben.

7) ¹⁾ Pfnztag vor s. Niclas 1410 sind meine herrn ze rate worden von der chäüfl und chäüflin wegen, die si gesetzt haben, und haben si vor sich gefordert und ir statbuch gehört und wollen auch bei irem stat-

¹⁾ f. XXXIII v.

buch bleiben, das chain chäuffl noch chäuffin feil haben sol, als das si gesetzt haben ir sieben, die hernach benant werden und die stätlich aid darumb geschworen haben, das si all das halten, was vorgeschriben ist und vor langer zeit gesetzt. und wer das überfür, den wollen meine herren bessern um die pen, die vor benant ist und soll auch iedem man geld oder pfant wider geben on gevar als si das verborgt haben und ir igleichen alle jar geben an s. Jörgen tag meinen herrn in ir chamer $\frac{1}{2}$ ũ ſ.

XV.¹⁾

Juden aid.

1) Es ist auch unser statrecht, swaz ein jud mit einem christen in der stat ze schaffen hat, darumb sol er recht nemen vor unserm richter an der schrann und nindert anderswo

Otto Plodlinus noster notarius hec scripsit et quasi solus in hac civitate in sua habuit memoria.

2) Wir der rat und dew gemain der stat ze L. bechennen, daz wir erfahren haben in unsern alten rechten, die wir ie gehabt haben von unsern lieben herrn von Beyern, swenn daz ist, daz ein christen hinz einem juden ichtz weisen wil, daz mûs er tûn mit juden und mit christen. und swenn es mit dem rechten alz verr kumpt, daz si sagen sullen, so sol der christen zû der sag gestellet werden als von alter gewonhait der schrann recht ist, da die sage geschehen sol oder die weisung und sol dann sagen sein gewizzen auf den aid, der im gegeben wiert.

Darnach sol der richter zu dem juden sprechen, jud, ich sprich dir zu bei dem e und bei dem aid, den du swerent

3) Swenn²⁾ ein jud als gar ein sawpriester wiert, daz er umb den rebig einen aid sweren wil oder daz er eins pfantz schedlich verlaugen wil, oder umb swelicherlai sache er für recht kumpt, darumb er sweren sol, daz sol man im niht gelauben, swie graulich er darumb zannet oder schauzlichen siecht(!), er swer dann den aid als hernach geschriben stet. wierst alz du in da hörest, waz dir von der sach wegen kunt und gewizzen sei und sol man auch dem juden den aid vor verchunden und dann darnach geben an der schrann von wort ze wort alz es her-

¹⁾ f. LVII.

²⁾ Im Stadtbuch finden sich an verschiedenen Stellen interessante bunte Zeichnungen. An dieser Stelle wird mit der Überschrift „Feifelein der juden chunch“ ein bärtiger Jude dargestellt, bekleidet mit einem gelben Mantel und einem roten Judenhute, (der unten breit, oben spitz in einen runden Knopf mündet), mit aufgehobenem Zeigefinger, in der rechten Hand die Thorarolle haltend.

nach geschriben stet und swer im den aid geit, der sol sein gerechten hant in daz pûch herren Moysi legen haizzen unz an den rist an gevar, da auch die funf pûch herrn Moysi angeschriben sten und die e, die Got herren Moisi gab auf dem perg Synai und dann sol im den aid geben, der stet also: Bei dem lebendigen got Addonay, der himel und erd und laub und graz beschaffen hat, bei dem got Abrahams, bei dem got Ysaacks, bei dem got Jacobs und bei dem got, der die heiligen e gab herren Moisi auf dem perg Synai, daz ez war sei, daz du gesworn hast, daz auch daz pûch, daz recht puch sei, da den funf pûch herren Moisi an geschriben stent und den heilig e, die got geben hat herren Moisi auf dem perg Synai.

XVI.¹⁾

Anno domini millesimo quadringentesimo vigesimo quarto an erich-tag nach liechtmessen sind mein herren baid räte und von der gemain der pesten wol bei hundert mannen überain und zerat worden der hernach geschriben artikel.

1) Item von erst, wann zwen mit einander wellent rechten und das ainer den anderen fürpeutt mit dem ambtman umb geltschuld und sullen baid ainer den anderen gelten, ist dann der antwurter da und peutt den anchlager raitung an mit dem ambtman oder mit piderblewten, ee das si für recht chömen, das sol der anchlager aufnehmen. wolt er sein nicht tun, so sol sein der antwurter vor den rechten geniessen wider zu ainer raitung. wär aber das der antwurter dem anchlager nicht raitung peut, ee das si für recht kämen, so sol er den anchlager an den rechten jehen oder lawgnen und sol im dhain raitung nicht mer pieten und sol auch nicht chraft haben.

2) Item wann ain gast pfant erlangt hinz ainem burger, so sol der gast di pfant halten (14 tag), so sol er di pfant dann erst fürlegen. antwurtt der purger den gast pfant mit willen an recht, das völlige pfant sein, so sol si der gast auch 14 tag behalten und dann fürlegen. will dann der gast darauf nicht warten, so mag er es seinen wirt enphelhen.

3) Item wann ein burger ainem gast wein ze kaufen geit oder anders guet, so mag es der gast wol ze kaufen geben widerumb ainem burger in der stat. aber vor allen dingen sol er es dem burger, von dem er dasselb guet gehauft hiet, nicht hinwider ze kaufen geben und es sol auch derselb burger nicht wider chaufen in dhainer weise. auch sol der burger und auch die anderen zu solchen noch zu allen chaufen khain gelt mit nichte nicht leihen bei dem wandel, das im der selb chauf verloren und meinen herren verfallen ist.

¹⁾ f. 92 sq.

4) Item welherlai guet man, daz ainen burger oder burgerin mit dem ambtman verpeutt, ist dann das der selb wirt oder wirtin dem ambtman tenkke (?) antwurt gibt und zaigent dem ambtman dasselb guet es sei pfärd oder anders guet nicht trewlich angeuer, das sich sein der ambtman unterbind, ob der wirt oder wirtin nicht gehaissen oder darzu versprechen wolt, so sol er es ienem selb gelten und ausrichten, wo es sich also gevärlich erfund. sich mag dann der wirt oder wirtin mit dem aid dauon genemen, das si es ungeuerlich gehandelt haben.

5) Item wann das ist, das ainer dem andern ainen kauf gibt auf zeit und weil, hat dann der da hingibt sorg, iener sei im nicht guet oder gewis darumb und fragt ainen anderen, ob im der guet sei umb souil gelcz und spricht dann derselb, den er fragt: er ist dir guet, ich trawät im selber, wär es mein ding und der dahin gäb wolt den selben hinder borgschaft ziehen, darumb das er im den hiet guet gemacht, der und die anderen sullen solichs vertrösten und gütmachens unentgolten sein, es gehaiss dann ainer genzlich, als borgen oder selbscholen gehaissen sullen.

6) Item wann ainer borg wirt umb heiratguet, das sol chraft haben, doch also ob der selb taile, dem er borgschaft darumb gelobt hiet, des heiratgüts in jars frist nicht ausgericht würde, so sol er den borgen, als bald es uber das jar ist darnach in den nechsten moneid darumb zum rechten bringen und fürbeuten, damit er seins heiratguez einchöme. tät er des nicht und liess es lenger sten uber die benente zeit, so ist der borg ledig, ausgenommen das ain borg die zeit nicht anheim wäre, als bald er dann her haim chümpft, so sol er es darnach aber in dem nechsten moneid vorderen und mit den rechten von im bringen als vorbenent ist. und ob er an recht seins heiratguez nicht gericht wär unentgolten wer brief und sigel hat, das ist für sich selb.

7) Auch ist geredt worden dass dhain pot nicht sol kraft haben, das man tuet, wann ain mann oder fraw hie in der stat an dem todpett ligend, ee das si tod und gestorben sein, weder hinz irem leib noch guet. es wär dann sach, dass ainer vor hinz den selben ain fürpot, das erst, das ander (das dritt) tan hiet zu dem rechten, das sol kraft haben vor den poten, die nach dem sterben geschähen.

XVII. ')

1) Ze merkchen das mein herren inner und ausser rate auch ain grossew gemain in dem rathaus zü rat sind worden an pfinztag vor sand Jorgen tag anno etc. XXX^o. also das aller menklich hie in der stat L. man und frawn ir guet beschreiben sullen lassen an dem todpett, wann sach ist, das des begert und durch mein herren geschafft

¹⁾ Vgl. n. V.

wirt. des sol sich niemant weren noch weder klain oder gros haimlich noch offentlich nichts von demselben guet austragen noch ausschikken als vor dikhe beschehen ist. wer des nicht tät, habend mein herren zü stäter vester pen gesetzt, das der oder diselben ganz und gar von irem erbtail geschaiden sind, der in von dem selben zuesten und gevallen solt an alle widerred, dann was man in von genaden dauon tuet. sun- der wellent und sezent auch mein herren, das all briester, wernlich, geistlich oder wie di genant sind, niemant mer an dem todpett zu ge- schäft zwingen noch schaffen haissen süllen. dis oder ens wann, es sol dhain kraft nicht mer haben. darnach sind mein herren wider zu rat worden, daz meinen herren der drittail gevallen sol von den selben erbtail, wann si di voder pen zü hert hat gedäucht. es habend auch mein herren gesetzt, daz ain ieder briester, der in der stat bei geschäft und solchen sachen an dem todpett ist, daz derselb briester [nicht] mer ain zewg und ain ainige person sein sol von desselben geschäfts wegen.

2) Es sind auch mein herren baid räte und ain grosse gemain zu rat worden, daz den predigern von margengab wegen, daz oft ainer in der stat seiner haüstraw alsvil oder mer hat gemargengabt, dann si im zu heiratgüt hat bracht oder alz halbs heiratguet mer oder minner. di selb fraw hat dann di selb ir morgengab bestätt und di gelter, den der selb man oder fraw sint schuldig gewesen, sein umb daz ir kömen. daz wolten mein herren nit mer noch lenger leiden und habend ernst- lich gesetzt, das niemand mer margengaben süll in der stat anders, dann der brief inhält, den mein genediger herr herzog Hainrich etc. der stat geben hat, daz ist von zehen pfunden ain pfund oder von 10 gulden 1 gulden und nicht mer, daz übrig, was ain fraw mer be- stätt, sol fürbas den geltern volgen.

XVIII.

1) An freitag vor sunbenten anno etc. XXXI^o sind mein herren räte und von der gemain der pesten bei hundert mannen zu rat wor- den von der pösen gelter wegen, den man wandel verleust und di sich nicht pfenten lassen, noch recht pot, brief, sigel, noch nichts achten wellent, habend mein herren vestiklich und ernstlich gesetzt: welher burger daz fürbas tuet, dem sol man zum rechten chunt tuen, umb daz er vor erlangte recht hinz im hat behaben lassen und nicht getan hat, waz daz recht vor geben hat. der selb, wer der ist, niemant ausgenommen, ist dem richter vervallen umb daz gross wandel, daz ist 5 libr. 60 d. und nach dem rechten sullen di richtersknecht und ambtlewt hinz dem- selben gen und nit auskömen, si haben und bringen dem anklager gute völlige pfant. tuen si dez nicht, so sullen die knecht an der stat in den turen gelegt werden. es sol auch derselb pös gelter chainen span aus seinem haws geben, di weil er schreinpfant oder andrew pfant

hat, es wär dann di sume so gros, daz er nicht schreinpfant oder ander pfant ain genügen hiet, so mag man einen span aus dem haws nemen. auch habend mein herren an dem tag gesetzt, daz di ambtlewt ain halbs pfund und waz darhinder ist ze 14 tagen sullen pieten und nicht zum rechten.

2) Darnach habend mein herren vom rate und ain gemain daz den predigern an s. Margreten tag anno etc. XXXI^o gesetzt: also wann man zum rechten peutt oder chunt tuet und daz auf den selben tag nicht recht wirt, brechenhalb vorsprechen oder anderer sachen wegen, die selben pot und chunt tun sullen dannoch zu dem nechsten rechten kraft haben, daz man nicht mer uber diselben sache chunt tuens noch pietens bedarf und ieder tail sol seins rechtens warten und hüeten auf daz nechst recht, daz darnach wirdet.

3) Auch sind mein herren und ain grosse gemein zu den predigern ze rat worden, wann ain burger dinkchflüchtig ist oder wirdet und daz di gelter einfallent und desselben guet beschreibent, so sol ain fraw ir margengab bestätten auf daz nechst recht, daz darnach wirdet. derselben bestattung sol di fraw geniessen. tät si aber dez nicht auf das nechst recht, dez sol si enkelten. ist auch sache, daz ain pöser gelter, der nicht dinkchflüchtig ist und sein hausfraw ainen recht lät erlangen und daz di fraw nicht chumpt und ir margengab bestätt, ee si recht erlangen lät, und kumpt erst hinnach, daz sol nicht kraft haben und di fraw mues dez enkelten. scriptum in die Symonis et Jude apostolorum anno domini etc. XXXI^o. apud predicatoros.

XIX.¹⁾

Vermerkt das meins herrn Heinrich etc. vermaint das notturftig, gotlich und rechtlich wäre in steten und in märkten, die hernach geschribnen artikel in der rechten zu geprauchten und die also furbas(er) ze halten.

1) Item es mag ein iglicher burger in ainer stat oder ainem markt zu ainem stat- oder marktrechten sein gut frunde und gonner von gesten oder andern landlewt wol werben und pringen, doch also, das im die selben nur in seinen sachen vor dem rechten raten und beigesteen mügen und nit recht sprechen umb sache, die sich dann zwischen den pürgern in der stat oder märkt verlaufen. was sich aber zwischen gesten oder purgern und gesten erget, das sol besten und berecht werden als vorher komen ist.

2) Item die gastrecht zu besetzen mit ainer anzal, daraus zureden.

¹⁾ Dem Pergamentcodex sind noch 2 Blätter Papier angefügt (f. 94 u. 95), welche folgende undatierte Stadt- und Marktgerichtsordnung Herzog Heinrichs des Reichen enthalten.

Item das ein ieder richter nit albegen des rechtens von erst heb an zu fragen von ainem camerer, burgermaister oder redner, sunder frag nach seinem gutdünken des rechtens auch an die andern, die an dem rechten sitzen ungeverlich.

3) Item und denselben, den man dann des rechtens fragt, der sol sich ee er das recht und urteil spricht, mit seinen ratgenossen [und]¹⁾ die bei im an dem rechten sitzen, besprechen und underreden, domit er desterpas wisse seinem aide und gewissen genug zetun und gotliche rechte recht zusprechen dem armen als dem reichen.

4) Item das man auch solich urteil und recht, die dan merklich und treflich weren und die man eintrachtiglich sprach in geschrift aigentlich durch den gerichtsschreiber schreiben und begreifen liess, ee man sie offnät und die dann also in geschrift vor dem rechten lesen und offen lassen als dann unsers hofgerichts recht und gewonheit ist, domit man dann die urteil nit verkern und albegen lauter finden müge als oft des notturtig ist und das dieselben urteil zustundan under des richters insigel versiegelt, dem gerichtsschreiber geantwort werde, domit die urteil durch die uberhorer dester furderlicher gevertigt und grosser zerung darumb hinfur vertragen werde. wär es aber, das sie sich zwaieten mit der urteil, so sol man die merer und die miner urteil beschreiben und in geschrift offen.

5) Item das auch ein iglicher, der fur recht kompt, sein wort wol selber tun und furpringen mag, ob er das kan oder wil oder ainen aus dem rate [oder]¹⁾ der an dem rechten sitzt, wol nemen und vodern mag, der im sein wort oder dem antworter sein antwort thu, doch also das dieselben die von dem rechten aufsten und den klagern und antwortern ire wort tun widerum an das recht sitzen und mit-sampt den andern, die an dem rechten sitzen, recht sprechen.

6) Item es soll auch sunst kainer, der an ainem rechten sitzt, ausgenomen der ainem das wort tut, mer aufsten und an die sprach gen, sonder bei dem rechten still sitzen [und bleiben.]¹⁾

7) Item es mag auch ein iglicher wol ainen vorsprechen mit im zu dem rechten pringen, der im sein wort thu, doch also, das furbas kain vorsprech nit mer urteil gebe und spreche umb der ursach willen, das ieder seinen tail auf seinen aid das recht zuspricht, es sei recht oder unrecht darumb daz [wol]¹⁾ zuwerfen ist.

8) Item es mag auch ietwedertail dingen fur das hofgericht also, ob zwo urteil gevieln, so sol man die minner und die merer schreiben und offen ingeschrift und darnach mag ietwedertail dingen gein hof als dings recht ist.

¹⁾ [] von anderer Hand beigelegt.

9) Item ob aber eintrachtigliche urteil gevieln und das einteil davon dinget, der dann dinget, der sol zustundan die beswerung, wie und warum und in welche mass er vermaint beswert zusein auch fur den richter und die am rechten sitzen furbringen und so sol der richter baiden tail red und widerred, als fur recht komen ist und die gesprochen urteil auch die beswerung versigelt für die räte gein hof schicken, die sullen und mugen dann auf ir aide die urteil kreftigen, ob sie bedaucht, das die rechtlich nachkommen der sachen gesprochen wäre oder die anders nach irem recht bedunken und nach baiderteil red und widerred und die beswerung setzen und lewtern und ein andere urteil in geschrift geben und dem richter widerumb zuschicken, dobei es furbas bleiben sol on ferrere waigrung.

10) Item es sullen alle burger in steten und märkten, wann recht sein soll furderlichen zu dem rechten gen und sunder der rate. und wär oder welich des nit taten, die sol man darumb hertiglich strafen und sol solich strafe kainem, er sei reich oder arm vertragen, sovil dann darauf gesetzt wirdet.

11) Sie sullen auch ernstlich darob sein, das man armen und reichen gleiche furderliche recht albeg ergen und widerfarn lasse und darauf ains zuwerden, wie oft man in ainer iglichen stat oder markt recht besitzen sulle, das dann demselben albegem nachgegangen werde.

C.

Zur Rechtsgeschichte

der

Stadt Straubing.

C.

Nur Rechtsgeschichte

17

Stadt Straubing

Einleitung.

Die Darstellung der rechtsgeschichtlichen Entwicklung der Stadt Straubing fusst zum grössten Teile auf dem Stadtbuche Straubings, dem sogen. roten Buche. Dasselbe enthält fast ausschliesslich Aufzeichnungen des geltenden Stadtrechts mit drei Gutachten auswärtiger Juristen über die Frage der Zulässigkeit des Rentenkaufs bei Vorbehalt der Wiederablösung für den Rentenverkäufer. Historische Notizen, Mitteilungen über Bürgeraufnahme, Stadtverweisung u. dgl. finden sich dagegen gar nicht in demselben. Im Gegensatze zu den Satzungen des Landshuter Stadtrechts, die einen unmittelbaren Einblick in Zeit und Art ihrer Entstehung geben und die stets unmittelbar nach ihrer Abfassung in das Stadtbuch eingetragen wurden, stellen sich die Straubinger Satzungen im grossen und ganzen als eine einheitliche Rechtsaufzeichnung dar. Das geltende Recht, wie es durch Privilegien der Herzoge und durch das Herkommen ausgebildet worden war, wurde so zwischen 1472 und 1481¹⁾ wahrscheinlich auf Befehl des Stadtrats vom Stadtschreiber niedergeschrieben. Das Konzept,

¹⁾ Eine Stelle des Konzeptbuchs (f. 42), welche von der Aufnahme eines Schulmeisters handelt, berührt das Jahr 1472, während in einem von späterer Hand beigefügten Eintrage im roten Buche selbst (f. 51) das Jahr 1481 erwähnt wird. Siegharts (I, 249) Annahme, dass das rote Buch circa 1450 abgefasst sei, ist daher zu berichtigen, ebenso die Kolbs (Hist. S. 38), der beiläufig 1400 als Abfassungsjahr annimmt.

welches erst in diesem Jahre aufgefunden wurde, zeigt in einzelnen Partieen sogar bemerkenswerte Abweichungen von der ursprünglichen Fassung bei der definitiven Feststellung des Textes.¹⁾ Einzelne Einträge wurden allerdings erst von späterer Hand beigelegt, doch beanspruchen unter diesen nur die Gantrechtsordnung und die Strafprozessordnung aus dem 16. Jahrhundert²⁾ eine besondere Bedeutung.

Neben Originalurkunden aus dem städtischen Archive zu Straubing und dem kgl. Reichsarchive wurde in ausgedehntem Umfange ein im letzteren befindlicher Codex, eine Sammlung der Straubing erteilten landesherrlichen Privilegien³⁾ enthaltend, benützt. Das Formularbuch des Stadtschreibersubstituten H. Mayr (1555) aus der k. Hof- und Staatsbibliothek zu München bot nicht viele, aber einige interessante Aufschlüsse⁴⁾.

Unter den litterarischen Hilfsmitteln, welche mit Nutzen verwertet wurden, nenne ich: Sieghart, Geschichte und Beschreibung der Hauptstadt Straubing (Bd. I u. II. Straubing 1833 u. 1835), der mehrere wichtige Urkunden zum ersten Male abdruckt und Kolbs Geschichte des Gewerbewesens und des Handels der Stadt Straubing⁵⁾ (Passau 1867), welche neben dankenswerten volkswirtschaftlichen Erörterungen manche die Geschichte der städtischen Verwaltung erläuternde Bemerkung enthält.⁶⁾

¹⁾ Herr cand. theol. Adalbert Ebner aus Straubing hatte die Freundlichkeit meine Abschriften (aus dem Konzepte) vor der Drucklegung mit dem Originale zu kollationieren. Ich bin ihm nicht nur für die sorgsame Durchführung dieser Arbeit, sondern auch für manchen wichtigen Aufschluss zu aufrichtigem Danke verpflichtet.

²⁾ Anh. S. = (Anhang zur Rechtsgeschichte der Stadt Straubing) XLIX u. L.

³⁾ Gericht Straubing I. 91. 53 (Handschrift aus dem 18. Jahrh. stammend, als Kop. B. citiert). Im städtischen Archive zu Straubing befindet sich ebenfalls ein Kopialbuch der städtischen Privilegien, das sog. grüne Buch (1600 vom Stadtschreiber angelegt).

⁴⁾ Cgm. 2519.

⁵⁾ Nur mit dem Namen des Verfassers citiert.

⁶⁾ Auch eine andere Gelegenheitsschrift desselben Verfassers wurde mit Erfolg für die folgende Darstellung benützt, nämlich: Kolb, Histor. Nachrichten über Straubings ehemalige Verkehrsverhältnisse, Bau und Unterhalt der Brücken, Zölle etc. Straubing (= Kolb Hist.)

Überblick über die Geschichte.

Da Straubings politische Schicksale in wesentlichen Beziehungen mit jenen der Schwesterstadt Landshut zusammenfallen, also teilweise schon erörtert wurden, kann die Darstellung der Stadtgeschichte hier noch in engere Schranken gebannt werden.

Straubings Ursprung fällt in die Zeit der Römerherrschaft, wo hier aus einem verschanzten Standlager der römischen Legionen eine Ortschaft mit dem Namen Sorviodurum¹⁾ entstand. Nach dem Sturze des römischen Reichs wurde der Ort wie die anliegenden Donauländer der Schauplatz greulicher Zerstörung und Verwüstung.²⁾ Die Bajuvarier bemächtigten sich des Landes und unter der Regierung ihrer Herzoge umschloss der Donaugau³⁾ auch Sorviodurum. Friedlichere Zeiten kehrten wieder und lockten neue Ansiedler herbei, welche die entvölkerte und verwüstete Stätte zu neuem Leben erweckten.

Diese wiedererneuerte Ortschaft kommt bereits in einer Urkunde Ludwigs des Deutschen vom Jahre 849⁴⁾ unter ihrem heutigen Namen Straubing⁵⁾ vor.⁶⁾

¹⁾ Vgl. über den keltischen Ursprung dieses Namens Sieghart I. S. 43.

²⁾ Kolb S. 11.

³⁾ Riezler I. S. 847; Mon. Boic. XI. p. 127—130.

⁴⁾ quicquid habuit ad Strupingas (Meichelbeck, Hist. Frising II. f. 335).

⁵⁾ Über die lächerliche Ableitung des Namens Straubing von Raubing vgl. Sieghart I. S. 58.

⁶⁾ Höchst fragwürdig ist auch der Versuch von Schuegraf (Urgeschichtl. Nachrichten über Straubing in d. Verh. d. hist. Ver. f. Niederbayern. VIII. S. 283 ff.) Straubing von einem freien Baiern mit Namen Strupo abzuleiten, der sich dort angesiedelt und der Besizung den Namen gegeben haben soll.

Bischof Bruno von Augsburg, welcher das als herzogliches bzw. königliches Kammergut (*curtis regia*) schon unter den letzten Karolingern nachweisbare ¹⁾ Straubing von seinem Vater Heinrich dem Zänker ererbt, oder wie Einige behaupten, von seinem Bruder, dem bairischen Herzoge und nachmaligen deutschen Könige Heinrich (II.) dem Heiligen zum Geschenke erhalten hatte, ²⁾ vermachte es kurz vor seinem Tode ³⁾ mit allen Pertinentien dem bischöflichen Domkapitel Augsburg. ⁴⁾ Dieses war also nun alleiniger Eigentümer der ganzen Ortschaft, ⁵⁾ der späteren Altstadt Straubing. ⁶⁾

Ludwig der Kelheimer, den wir schon als den Erbauer Landshuts kennen lernten, ⁷⁾ hatte in Erwägung der einem blühenden Verkehre günstigen Lage des Fleckens den Plan gefasst diesen zu einer Stadt zu erweitern durch Anfügung eines neuen Teils. Im Jahre 1208 ⁸⁾ schritt er zur Ausführung seines Plans und erbaute die Neustadt Straubing, ⁹⁾ indem er den Baugrund, wegen dessen Abtretung er mit dem Augsburger Domkapitel, als dem Eigentümer des erforderlichen Grund und Bodens, eine Übereinkunft getroffen hatte, mit Mauern und Thoren umgab. Sein Sohn

¹⁾ M. B. XI. p. 126, 130.

²⁾ Sieghart I. 68. Schels in der Bavaria Bd. I. Abth. 2. S. 1081.

³⁾ Bischof Bruno starb am 24. April 1029 (Steindorf, Allg. deutsche Biographie III. S. 423).

⁴⁾ Er übergab zu Regensburg in Gegenwart des Kaisers und mit dessen Zustimmung seinem Verwandten Udalskalk von Elisindorf seine Besitzung Straubing — *delegavit idque constituit, ut eandem proprietatem Augustensis ecclesie canonicis in perpetuum stipendii usum ad altare s. Marie stabili et inconvulsa traditione donaret* (Braun, Geschichte der Bischöfe von Augsburg. Augsburg 1813. I. S. 360.)

⁵⁾ *Donavit etenim fratribus predium ex integro cum mancipiis, ecclesiis, edificiis, vicis, agris, pratis, pascuis, molendinis, viis et inviis civitatibus, silvis, tonsis et intonsis, cultis et incultis cum theoloneo et piscatoribus ac novali censu et cum sale in Halle et cum omnibus quesitis et adhuc inquirendis* (Braun S. 362).

⁶⁾ Aventin (Joh. Thurmaiers Annales ed. Riezler 1881) p. 155: *vetusque urbs est (ita vocare solent) extra Strubinum.*

⁷⁾ S. 7.

⁸⁾ Veit Arnpeck, Chronicon Bajoar (Pez., Thes. III. f. 162): *Anno Christi MCCVIII Straubing a duce Ludovico construitur.*

⁹⁾ Von Einigen wird mit Unrecht 1218 als Erbauungsjahr bezeichnet. Vgl. die bei Sieghart I. S. 83 ff. citierten Quellenstellen.

Otto II. regelte die Rechtsverhältnisse der Stadt und des Augsburger Domkapitels durch einen Vertrag. Dass bei dieser Komplikation der Verhältnisse, nachdem dreierlei Obrigkeiten in derselben Stadt funktionierten, die landesfürstliche, die städtische und die grundherrliche, (des Augsburger Kapitels), es zu Reibereien zwischen den verschiedenen Organen der Verwaltung kommen musste, liegt auf der Hand.

Dass auch für die politische Entwicklung Straubings die Otto-nische Handfeste (1311) und die Teilnahme an den Kämpfen zwischen K. Ludwig und Friedrich von Österreich von nachhaltiger Bedeutung waren, wurde schon hervorgehoben.¹⁾ Nicht minder folgeschwer erwiesen sich für das Gedeihen des städtischen Gemeinwesens jene unglückseligen Landesteilungen, welche 1255 ihren Anfang nahmen und damals zum ersten Male Ober- und Niederbaiern als selbständige politische Territorien geschaffen hatten.²⁾ Straubing wurde jetzt Hauptsitz eines der beiden Vitztumämter (des unteren), in welche Niederbaiern nach der neuen Organisation zerfiel.³⁾ Zur Hauptstadt eines selbständigen Territoriums wurde Straubing erhoben, als 1353⁴⁾ drei Söhne K. Ludwigs Niederbaiern so teilten, dass Wilhelm und Albrecht den einen Teil mit der Hauptstadt Straubing, Stephan den andern mit Landshut erhielt.⁵⁾ Nicht sehr lange erfreute sich aber die Stadt des Vorzugs einer herzoglichen Residenz. Durch den Spruch des kaiserlichen Hofgerichts zu Pressburg von 1429 wurde die Stadt Straubing dem Herzoge Ernst und Wilhelm von München zuerkannt und hatte hierdurch den Rang einer herzoglichen Residenzstadt eingebüsst.⁶⁾ Ungeachtet der nunmehrigen Zugehörigkeit Straubings zu Baiern-

¹⁾ S. 8 f.

²⁾ Über die jedem Territorium einverleibten Gebiete vgl. Riezler II. S. 106.

³⁾ Das obere Vitztumamt (an der Rott) hatte seinen Sitz in Pfarrkirchen Riezler II. S. 173.

⁴⁾ Q. u. Er. VI. p. 425–431.

⁵⁾ Rockinger, Folgen d. Teilungen (Abh. d. bair. Ak., hist. Cl. XI. S. 125.)

⁶⁾ Das Straubinger Land wurde durch diesen Hofgerichtsspruch „in vier Loose zerschnitten, wovon drei an oberbayerische Fürsten und eines an Niederbaiern kam“ (Rockinger, Folgen der Teilungen S. 126).

München wurde das hier geltende bairische Landrecht nicht eingeführt,¹⁾ so dass für die Ausbildung der städtischen Autonomie hier nach wie vor Raum vorhanden war.

Ein reger Gewerbefleiß, ein blühender Handel, welcher sogar als Konkurrenz des gewaltigen Regensburger Handels in Betracht kam,²⁾ förderte den Wohlstand der Bürgerschaft. Dieser durch wiederholte Brände (1322, 1333), Aufruhr und Belagerung im 14. Jahrhundert geschmälert, entfaltete sich zur alten Blüte im 15. Jahrhundert³⁾ und kam in vielen den Gemeinsinn der Bürger bekundenden Wohlthätigkeitsstiftungen zur Erscheinung. Dass hier der Reichtum der Landshuter Bürgerschaft nicht erreicht wurde, dürfte auch das Fehlen von Luxusverböten bezeugen. Diese haben gewöhnlich eine durch Reichtum zur Üppigkeit verführte Bevölkerung zur Voraussetzung. Des Wohlwollens der bairischen Regenten erfreute sich Straubing nicht minder wie die Schwesterstadt Landshut. Die Herzöge bzw. Kurfürsten erteilten dem städtischen Gemeinwesen viele Privilegien oder bestätigten wenigstens die früher erteilten.⁴⁾

Seit der Wiedervereinigung Baierns (1505) unter Albrecht IV. teilte Straubing die äusseren Schicksale Landshuts. Beide Städte waren Sitze der zwei niederbairischen Rentämter. Die Reformation

¹⁾ K. Ludwigs Rechtsbuch hatte nicht, wie man früher annahm (Heumann, Rudhart, Klemm) nur im Straubingschen Landesteile keine Geltung, sondern dasselbe war in ganz Niederbaiern nie zur Einführung gelangt, was durch neuere Untersuchungen (Rockinger (a. a. O. S. 170 f.; vgl. auch Auerp. XIII.) unwiderleglich erwiesen ist. Als 1340 das Herzogtum Niederbaiern unter K. Ludwig mit Oberbaiern vereinigt wurde, trat nur eine Personalunion zwischen den beiden Ländern ein. Niederbaiern bewahrte in Folge dessen seine volle Selbständigkeit; die Rechtsentwicklung ging hier ihren eigenen Gang und auch in der Folgezeit hatte K. Ludwigs Stadt- oder Landrecht in einem der 1340 zu Niederbaiern gehörigen Ortschaften nie Gesetzeskraft erlangt. Durch die willkürliche Zerreißung und Vermischung ober- und niederbaierischer Landesteile musste künftighin zwischen den Orten „wo das Buch liegt“ und wo es nicht liegt, unterschieden werden (v. d. Pfordten S. 272).

²⁾ Schels a. a. O. S. 1082.

³⁾ 1435 liess hier Herzog Ernst die heimliche Gemahlin seines Sohnes Albrecht, die schöne Agnes Bernauer, durch seine Räte verurteilen und in der Donau ertränken.

⁴⁾ z. B. 1321, 1355, 1392, 1399, 1429 u. s. f. (Kop.-B. f. 14, 47, 54 ff. und bei Sieghart passim).

hatte unter der Geistlichkeit und der Bürgerschaft viele Anhänger gewonnen, was heftige Massnahmen der Regierung im Zeitalter der Gegenreformation hervorrief. Albrecht V. verfügte 1543 und 1570 die Ausschaffung vieler sich zur neuen Lehre bekennenden Bürger. Da unter den Vertriebenen sich die tüchtigsten Handwerksmeister und viele wohlhabende Familien befanden, schädigte diese Massregel den Wohlstand und das Gewerbewesen der Stadt aufs tiefste.¹⁾

Auch der 30 jährige Krieg, der spanische und österreichische Erbfolgekrieg schlugen dem Wohlstande der Bürger heftige Wunden.

Bis zum Anfange unseres Jahrhunderts war Straubing Sitz des herzoglichen bzw. königlichen Hofgerichts, welches dann in das Appellationsgericht des Unterdonaukreises verwandelt wurde, bis dies 1840 nach Passau verlegt wurde. Jetzt wird beim Landgerichte Straubing das Schwurgericht für den Regierungsbezirk Niederbaiern abgehalten.²⁾

I. Die grundherrlichen Rechte des Augsburger Domkapitels.

Da die Stadt auf dem dem Domkapitel zu Augsburg gehörigen Grund und Boden angelegt worden war, wurden diesem gewisse grundherrliche Rechte, welche es bis jetzt nur auf seinem Gute Altstraubing über die daselbst angesessenen Freien und Hörigen ausgeübt hatte, auch eingeräumt bezüglich der in Neustraubing sich ansiedelnden Bewohner. In dem zwischen Otto II. (1231—1253) und dem Kapitel errichteten Vertrage wird ausdrücklich auf eine Einräumung dieser Rechte an den Herzog Ludwig dem Kelheimer Bezug genommen, indem das Kapitel sagt: „quod dominus

¹⁾ Wimmer, Sammelblätter zur Geschichte der Stadt Straubing. 1. Heft. 1882. S. 178 ff.

²⁾ Es ist zu hoffen, dass diese reiche historische Vergangenheit einer Stadt, welche seit 6 Jahrhunderten ein höheres Gericht in ihren Mauern beherbergte, auch bei einer Verringerung der Zahl der Landgerichte ihre Kraft erproben und die geschichtliche Tradition im Bunde mit andern Faktoren den Gedanken einer Wegverlegung des Landgerichts nie wird aufkommen lassen.

Ludwic die memorie dux Baw. ad proventus canonicorum eccle(sie) Aug. contulit S. Marie ejusdem loci patrone, situ nove civitatis Strubing cum suis pertinentis tam in civitate quam extra ad omne jus quo usi sumus sicut in civitate antiqua ratione proprietatis a bono memorie Brunone quandam Episcopo Aug. nostro collatore.¹⁾ Der gesamte Grundbesitz der Stadt wurde für zinspflichtig erklärt. Jeder Grundbesitzer der Neustadt musste jährlich Georgi dem Vertreter des Domkapitels, dem Kastner einen Zins von 2 ℥ ℥ entrichten bei Meidung einer mit der Dauer des Verzugs steigenden Geldbusse.²⁾ Dafür genossen die Grundbesitzer der Straubinger Neustadt „Burgrecht“ in gleichem Umfange wie die Grundbesitzer in der Stadt Augsburg, d. h. es stand ihnen die freie Veräußerungsbefugnis der ihnen verliehenen Zinsgrundstücke zu. Jedes Veräußerungsgeschäft konnte aber nur durch Vermittlung des kapitularischen Vertreters, dem vom Käufer und Verkäufer eine Gebühr von je 1 ℥ zu entrichten war, vor sich gehen — per cujus manum talis venditio sive permutacio facta debet stabiliri.³⁾

Der Grundherr hatte nach Auflassung des Grundstücks durch den bisherigen Besitzer dasselbe an den neuen Erwerber weiter zu verleihen. Auf den Grundeigentümer ist also jeder Besitzwechsel zurückzuführen und die von ihm zu vollziehende Weiterverleihung ist die Voraussetzung der Perfektion eines Leihgeschäftes.

¹⁾ Sieghart I. S. 97 f.

²⁾ Nos vero Capitulum filio memorati L(udovici) ducis videlicet Ottone inclito duce Bawarie libere consentiente areas predictae Civitatis posuimus censuales, ad summam videlicet (II) librarum in festo S. Georgii annuatim magistris curie nostre persolvendam. Hoc adjacentes, ut is, qui censum ipso termino statuto dare neglexerit, pena pecunialis sibi de die in diem accrescat. (Sieghart I. S. 97 ff.)

³⁾ Aree autem omne jus habere debent aree civitatis auguste que censentur purchrecht hoc exepcto, ut quando quis possessor arearum suam aream vel domum vendere vel permutare velit, quod emens unum denarium solvat et vendens similiter unum curie nostre magistro per cujus manum talis venditio sive permutacio facta debet stabiliri. Jus quoque, quod vulgo dicitur purchrecht est tale, quod quilibet dominus et possessor arearum cuilibet vendere potest aream suam vel permutare nullo suo lerede contradicente, ita tamen quod predictae aree hujusmodi venditionis sive permutacionis pretextu nec possint nec debeant ab ecclesia Augustana vel ecclesia parochiali in Strubing aliquatenus alienari.

Aber auf dieses privatrechtliche Leihverhältnis beschränkten sich die dem Domkapitel zustehenden Rechte keineswegs, sondern wie uns der oben angeführte Vertrag belehrt, wurde das Domkapitel ermächtigt, diejenigen Befugnisse, welche ihm gegenüber der Altstadt zustanden, auch in der Neustadt auszuüben.¹⁾

Als eine der wertvollsten Ausflüsse der grundherrlichen Gewalt, welche sich auch auf die benachbarten Dörfer ²⁾ Straubings erstreckte, ist die niedere Gerichtsbarkeit ³⁾ zu betrachten.⁴⁾ Diese liess das Kapitel durch einen von ihm bestellten Vogt in Straubing wie in seinen andern Besitzungen handhaben. Mit der Ausübung der grundherrlichen Gewalt Hand in Hand ging die Pflicht des Vogtes die Gutsinsassen, welche zinspflichtige, abhängige Unterthanen ⁵⁾ waren nach aussen (im Landgericht) zu vertreten,⁶⁾ was sich hier jedoch nur auf die Gutseingesessenen von Altstraubing bezogen haben dürfte.

Gegen das unbotmässige, das Einkommen des Kapitels schmälernde Gebahren der Vögte und die Eingriffe des Bischofs in seine

¹⁾ S. 214.

²⁾ Kolb S. 13.

³⁾ Fast alle älteren Städte gewähren Beispiele einer auf dem Grundbesitze ruhenden Herrschaft von Stiftern und Klöstern, eine Herrschaft, welche in der Regel in Verbindung mit einer Jurisdiktionsgewalt auftrat (Arnold, Z. Gesch. d. Eigent. S. 20).

⁴⁾ Über die Entstehung und Entwicklung der grundherrlichen Hofgerichte vgl. jetzt G. Meyer, Die Gerichtsbarkeit über Unfreie und Hintersassen n.ält. Rechte (Zeitschr. d. Savigny-Stiftung f. R.-Gesch. III. Bd. German. Abt. 1882. bes. S. 121 ff.)

⁵⁾ Noch lange wurde deshalb die Altstadt von den Stadträten „die grundunterthänige Gemein vor den Thoren“ genannt (Kolb S. 12).

⁶⁾ Diese Vogteiverhältnisse bieten einen Beleg für die Ansicht Sohms (Jenaer Literaturzeitung 1876 S. 467), dass die Vogtei nicht mit der Immunität, sondern nur mit der Grundherrschaft zusammenhänge (contra: Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte. VII. S. 320). Altstraubing war nämlich nicht Immunitätsgebiet, sonst würde in den verschiedenen Urkunden, welche eine Abgrenzung der Rechte der domkapitularischen Grundherrschaft zu Straubing und deren Vögte zum Gegenstande haben, des Immunitationsprivilegs Erwähnung geschehen. Mit unserer Auffassung stimmt auch das Ergebnis der Untersuchung G. Meyers (a. a. O. S. 107) überein, welcher der Immunität höchstens einen mittelbaren Einfluss auf die Ausbildung der grundherrlichen Gerichtsbarkeit zugesteht.

Rechte beschwerte sich das Kapitel bei Kaiser Heinrich III., welcher auf dem Reichstage zu Regensburg 1104¹⁾ die Rechte der Vögte²⁾ in der Stadt Augsburg, zu Straubing und zu Geisenhausen festsetzte. Die Vögte sollten den dritten Teil der Geldbussen³⁾ zu beanspruchen haben,⁴⁾ wobei aber in erster Linie für die kapitularen Gütern zugefügte Schaden Ersatz zu leisten war.

Zugleich wurde festgesetzt, dass wenn ein Vogt vom Papst oder von andern Domherrn „von Not wegen der Kirche“ berufen würde, er nichts vom Kapitel oder dessen Leuten von Rechts wegen zu fordern habe, sondern mit dem, was ihm aus gutem Willen gereicht würde, sich begnügen müsse.⁵⁾ Solche Klagen gegen Vögte gehörten nicht zu den Seltenheiten, denn häufig suchten gewissenlose Vögte durch willkürliche Erhöhung der mit der Vogtei verbundenen Abgaben und Dienste sich auf Kosten ihrer Untergebenen, deren Beschützung eine der wesentlichen Amtspflichten des Vogtes bildete, zu bereichern. Gegen solchen Missbrauch der Amtsgewalt erhoben sich vielfach Beschwerden der geistlichen Grossgrundbesitzer, welchen die deutschen Könige durch Reduktion der widerrechtlich gesteigerten Leistungen oder überhaupt durch Festsetzung des Umfangs der vogteilichen Rechte abzuhelpen bemüht waren.⁶⁾

Der Vogt, dessen Amtsgeschäfte sich nach Gründung der Neustadt Straubing erheblich vermehrten, war im Verlaufe der

¹⁾ Lori (Geschichte des Lechrains II. S. 2) setzt diese Urkunde fälschlich in das Jahr 1042.

²⁾ Diese Urkunde K. Heinrichs IV. wurde 1156 von K. Friedrich bestätigt (M. B. XXIX. p. 328).

³⁾ Damit aber die Ding, so zu dem Brauch der Brueder gehören, nicht verzogen werden, seind die nachfolgende Recht dem Vogten bestimbt worden: als nemlich, der drite Tail aller Penn und Genuegthueung für die Frevel, doch mit der Mass. wan etwan den Guetern der Bruch Verletzung widerfahre, dass Inen solcher Schaden zu dem vordersten erstattet werden soll. Die Ungelt oder Vorgelt sollen der Brueder sein, desgleichen die Aigenschaft für Aigenschaft (Lori a. a. O.)

⁴⁾ Ausserdem wurde das Maximum der ihnen zu leistenden Dienste festgesetzt auf 2 Schaff Weizen, 2 Schweine, 3 Eimer Wein und Met, 10 Eimer Bier und 5 Schaff Haber.

⁵⁾ Lori a. a. O.

⁶⁾ Vgl. Riezler I. S. 741.

Zeit nicht mehr in der Lage, dieser gesteigerten Geschäftslast allein zu genügen, sondern er musste sich mit einer Reihe kapitularischer Beamter in die Verwaltung der Straubingschen Besitzung teilen. Eine Urkunde von 1283, welche die domkapitularischen Rechte zu Straubing abgrenzt, gibt uns über die Gestaltung dieses Verwaltungsorganismus Aufschluss.¹⁾

An der Spitze der Verwaltung stand der Propst des Domkapitels zu Augsburg, der jährlich zweimal, Martini und Mittfasten, persönlich zu Straubing Gericht abhielt,²⁾ doch konnte er auch einem Andern seine Stellvertretung übertragen.

Bei dieser Gelegenheit hatte zweimal der Scherge von Straubing mit 7 Pferden, zweimal der von Steinach und einmal der von Eblingen für seinen Unterhalt zu sorgen. Gewöhnlich übte aber der ihm unterstellte Unterpropst die niedere Jurisdiktion zu Straubing aus. Dieser war kompetent zur Aburteilung der Prozesse wegen Forderungen, der Feld- und Weidefrevel, der Bausachen, Übertretungen und geringer Körperverletzungen, sodann wegen Übergehung des ordentlichen Gerichts.³⁾ Seine Strafgewalt erstreckte sich bei grösseren Vergehungen auf die Zuerkennung einer Geldbusse von 60 den., bei kleineren auf eine solche von 12 den. Diese Bussätze entsprechen den im Rechtsleben der Alemannen wiederkehrenden Zahlen von 60 und 12, welche als höheres und niederes Friedensgeld schon zur Zeit der Merovinger vorkommen.⁴⁾

¹⁾ Im städtischen Archive zu Straubing befindet sich in Handschriften aus dem 15. Jahrhundert die Abschrift eines sog. „alten lateinischen Buches“ über die Rechte des Domkapitels von 1283 (schlecht und unvollständig abgedruckt bei Sieghart I. 114 ff.) Da ich im Neuburger Copialbuche Bd. I. f. 149 ff. (R.-Archiv) eine vollständige Abschrift dieser Urkunde fand, werde ich die Citate aus dieser Abschrift mitteilen.

²⁾ In festo s. Martini et in media quadregesima cum maior prepositus presidet iudicio vel quemcunque ordinaverit loco suo ...

³⁾ Hoc autem sunt de foro eiusdem prepositi: cause super debitis, super de pastu, super conculatione, super superedificacione, super supactione, super transgressionem ordinacionis fori. pene sunt iste ordinate maiores 60 den., minores 12 den., ex quibus due partes cedunt preposito, tertia advocato.

⁴⁾ Der Königsbann von 60 Schillingen ist hier an Stelle des einheimischen Friedensgeldes von 40 Schillingen getreten (Riezler I. S. 133).

Von Strafgefällen gebührte aber auch jetzt noch dem Vogt nur ein Drittel, während zwei Drittel dem Propste verblieben.¹⁾ Der Vogt war also auch neben dem Propste noch thätig und scheint diesen in der Handhabung der Rechtspflege unterstützt zu haben. Die Grenzen seiner Funktionen sind nicht fest gezogen, wenigstens sprechen sich unsere Quellen hierüber nicht aus. Wie früher mehrere Vögte öfters unter einem Obervogte sich der Verwaltung kirchlicher Güter unterzogen,²⁾ da die Menge der Güter zu ihrer ordnungsmässigen Verwaltung eine Mehrheit von Personen beanspruchte, so scheint auch in Straubing der Vogt neben dem Zöllner und Kastner unter dem Propste mit der Administration der kapitularischen Güter und Rechte betraut gewesen zu sein. Man dürfte nicht fehl gehen bei der Annahme, dass der Vogt, welcher ursprünglich nur in Altstraubing die Geschäfte des Domkapitels besorgte, auch nach der Gründung Neustraubings lediglich über die schutzpflchtigen Hintersassen, welche sich auf den Besitzungen zu Altstraubing befanden, grundherrliche Gerichtsbarkeit ausgeübt hat, während für die zum grossen Teile dem Stande der Freien angehörigen Bevölkerung Neustraubings der Propst das Organ der Rechtsprechung gebildet hat.

Für die Überlassung des sehr einträglichen Amtes musste der Unterpropst jährlich 5 ℔ ℥ an das Domstift zahlen und zwar sollte er diesen Betrag so aufbringen, dass er 1 ℔ aus den eingehenden Strafgeldern, die übrigen 4 ℔ aber aus den gelegentlich der drei Vogtdingen fallenden Abgaben, den Jahrbannen, Vogt- und Leutlosung zu entnehmen hatte.³⁾

¹⁾ Der Propst hatte sodann noch das Recht zwei Hirten und zwei Feldhüter zu bestellen, welche dem Domkapitel eine jährliche Reichenis von $\frac{1}{2}$ ℔ Pfennig schuldeten.

²⁾ Waitz, Deutsche Verfassungsgesch. VII. S. 330 f.

³⁾ Subditus prepositi maioris, hoc est minor prepositus, de officio suo solvit annuatim 5 libr. den. ex his recipit de tribus placitis advocati $3\frac{1}{2}$ (?) libr. den., videlicet de jarpanen, de rechtlosung et ertlosung. quintam solvit per se de his, que resipit de emendis et iuribus aliis. Diese Abgaben (hi sunt redditus, qui vulgariter appellantur de leitlosung et wagenlosung) standen ursprünglich in Verbindung mit den Jahrmärkten, die gelegentlich und im Anschlusse an die 3 Vogtdinge gehalten wurden. Sie wurden entrichtet von bestimmten Handwerkern als Personalabgabe (leitlosung) und als Abgabe für die Überlassung des Platzes, für die Aufstellung eines Standes resp. Wagens zum Verkaufe (ert-

Unter dem Vorsitze des Unterpropstes wurden auch jährlich die 3 Ehafttaidinge abgehalten.¹⁾ In diesen Versammlungen der Ortsangehörigen wurden die Gemeindesatzungen verlesen. Ob nur die dem Kapitel Zinspflichtigen oder alle Bürger hier zu erscheinen haben, wird nicht gesagt, doch ist wahrscheinlich nur letzteres der Fall, denn von einer Versammlung aller dem Kapitel Zinspflichtigen ist an einer anderen Stelle der Urkunde von 1283 die Rede. Diese werden nämlich zweimal jährlich und zwar sowohl die inner- als ausserhalb der Stadt wohnenden durch die Fronboten zu den vom Augsburger Oberpropste oder seinem Vertreter abgehaltenen Gerichtssitzungen vorgeladen, um sich hier auf alle gegen sie erhobenen Klagen zu verantworten.²⁾

Ausser der Gerichtsbarkeit standen dem Augsburger Domkapitel eine Reihe anderer Rechte in der Stadt Straubing zu. Als das zu deren Ausübung bestellte Organ tritt uns wiederum vorzugsweise der Unterpropst entgegen, während nur einige Zweige der Verwaltung durch Spezialbeamte besorgt wurden. Vor allem war es das Marktrecht, welches, wie aus den oben angeführten Abgaben ersichtlich, schon in Altstraubing sich in den Händen des Kapitels befunden hatte, und durch die Ausdehnung auf die Neustadt nicht nur eine Mehrung der Einnahmen, sondern auch eine Erweiterung der Machtbefugnisse im Gefolge hatte. Nicht nur wurde eine ergiebige Einnahmequelle aus den Stand- und

wagenlosung). Daneben wurde jählich Michaeli eine Abgabe (jarpan) erhoben. — Primo de leitlosung in quolibet placito necessario quod ehaftige taiding volgariter dicitur reddere debet preposito 1 libr. den et Michahel den jarpan. Item die wagenlosung ... 9 sol. den. um 2½ den. und jarpan. Folgende Handwerker sind zur Entrichtung dieser Abgaben von je 2½ sol. verpflichtet: calciatores, pistores, pellifices, carnifices; die beiden ersten zahlen noch und die institores nur jarpann (14, 12, 10 den.) Daneben wird noch eine gestüdellosung, eine Abgabe von Tüchern erhoben.

¹⁾ Item der underprobst hat ze melden zu den drein tädingen, ze s. Michels-tag, ze s. Jörgentag und zu den Obersten der purger recht in aller der mazz als meiner herren recht von Augspurg Martini und in der Vasten.

²⁾ Nota eciam, quod preconos capituli, sive sint in civitate Straubing vel extra, quolibet anno duabus vicebus videlicet octo proximis diebus ante festum Martini et octo proximis diebus ante dominicam letare tenentur intimare et iudicem omnibus tenentibus bona capituli in civitate Str. vel extra civitatem in rure ut compareant ad respondendum in iure coram predictis, iudicio in Str. ex parte capituli presidentibus super hiis, que ipsis pro tunc movebuntur.

Budengeldern der Jahr- und Wochenmärkte erschlossen,¹⁾ sondern auch die Handhabung der Marktpolizei war in die Hände des Unterpropstes gelegt. Daran reihte sich eine intensive gewerbepolizeiliche Gewalt, indem die Aufsicht über das Mass- und Gewichtswesen neben der Jurisdiktion über die Übertretungen der dieses Gebiet berührenden polizeilichen Anordnungen ebenfalls dem Unterpropste übertragen war, der auch die hier verhängten Geldbussen beanspruchen konnte.²⁾ Seine Thätigkeit auf dem Gebiete der Gewerbspolizei erstreckte sich auch auf die Befugnis Vorsteher der einzelnen Handwerke zu bestellen³⁾ und auf das Recht des Bezugs der von diesen verhängten Geldbussen. Seine Aufsichtsgewalt über das Gewerbswesen verschaffte ihm auch den jährlichen Bezug von Naturalabgaben, zu deren Entrichtung einige Gewerbsgenossen verpflichtet waren.⁴⁾

Dass eine freie städtische Verfassung in der ersten Periode nach Gründung der Stadt sich nicht entwickelte, zeigt sich schon darin, dass das Bürgerrecht als ein Bürgerlehen betrachtet wurde, dessen Verleihung ebenfalls dem Unterpropste gegen Erhebung einer Gebühr von 12 den. eingeräumt war.⁵⁾ So machte es sich von selbst, dass der Unterpropst zugleich an die Spitze der städtischen Verwaltung gestellt war. Es stand also hier nicht ein von der Bürgerschaft gewählter Bürger den städtischen Geschäften vor, sondern der Unterpropst versah zugleich die Funktionen eines Kammerers, welchen Titel in vielen Städten der Bürgervorsteher führte.⁶⁾

¹⁾ Kolb S. 27.

²⁾ Item der underpropst hat auch gewalt, was ze handlen ist an dem margg, es wär von der eln, von gewicht, von dem mass oder was verschult wurd, daran der stat und den läuten unrecht beschäch oder beschehen möcht, diselb puss gehört in auch an nach des puchs sag.

³⁾ Item der underprobst hat auch gewalt maister ze setzen über pecken, weber, flaischhacker, schuster und über ander hantwerch, da man von recht maister über setzen sol und was die verworchen, daz gehört in an.

⁴⁾ Item recipit eciam a quolibet pannifice annuatim 3 dénariat. panis et de carnificibus tantum carniū. Item in quadagesima venditores olei de prima legena quilibet dat 1 libr. olei. Item venditores tortellarum quilibet dat 2 den. Item venditores cerevisiae de qualibet cerevisio 1 denariatam.

⁵⁾ Item der underpropst ze Str. sol leihen das purklehen von der hant. und wer purger do wirt, der sol im geben 12 den. von dem purkerlehen.

⁶⁾ In dem sog. lateinischen Buche (Urk. von 1283) heisst es: Si (die Amtleute) sind diselb Zeit der Stat Kämrrer und der von Augspurg Bröbst gewesen“

Unter den Hilfsbeamten nimmt eine hervorragende Stellung der Fronbote (*preco*) ein. Er war als Exekutionsorgan dem Unterpropste untergeordnet. Seine Funktionen sind im allgemeinen dieselben, welche allenthalben dem Schergen zufielen, insbesondere gehörte zu diesen die Ladung zinspflichtiger Grundbesitzer, die Mahnung resp. Haftnahme zahlungssäumiger Schuldner.¹⁾

Dass die Stellung des Fronboten keine ganz untergeordnete war, sieht man daraus, dass die Veräußerungen aller, dem Domkapitel eigentümlichen Grundstücke nur durch ihn vollzogen resp. bestätigt wurden. Diese Konfirmation „Fürwagen“ genannt, erfolgte zwar vor Gericht und in Gegenwart des Oberpropstes; diese waren aber nur passiv bei dem Akte beteiligt, während dem Fronboten allein die Vornahme des Bestätigungsaktes überlassen war, über welchen ein Eintrag in das Zinsbuch gemacht werden musste.²⁾

Über die Grenzen der gewöhnlichen Amtsgeschäfte hinaus ging die hier dem Schergen auferlegte Pflicht der Steuererhebung, was in der Urkunde selbst als eine schlechte Gewohnheit bezeichnet wird — *preco de mala* ³⁾ *consuetudine tenetur stiuram exigere*.

In Abwesenheit des Fronboten war der Diener des Vogts zu seiner Stellvertretung ermächtigt, jedoch *salvo iure preconis*. Diesem Diener des Vogts war auch das Amt eines Pfänders übertragen.⁴⁾

Für die kapitularische Finanzverwaltung wichtig ist der Posten des sog. Simonkastners.⁵⁾ Er hat alle dem Kapitel geschuldeten Zinsen, Renten und namentlich die Getreidegülten von den Pflich-

und an einer andern Stelle: „diselbe ir under Bröbst seyn zu Str. gewallig kamrär, Rat und Brobst gewesen“ (Sieghart I. S. 114).

¹⁾ *Precones subsunt preposito minori. — Nota ad officium preconis pertinet, ut pro debitis detineat unumquemque et si ipso absente nuncius advocati hoc fecerit, faciat salvo iure preconis.*

²⁾ *Item quod quandocumque quis comparat aliqua bona, que pertinent ecclesie August. coram iudicio eadem bona per preconem in presencia prepositi maioris confirmantur, quod vulgariter „fürwagen“ dicitur et in libro censuali scribetur.*

³⁾ Nur die Vorlage Siegharts (I. S. 116) hat „mala“, während im Neuburger Kopialbuche dieses Adjektiv weggelassen ist.

⁴⁾ *nuncius vero advocati (tenetur) pignora recipere.*

⁵⁾ Ursprung und Bedeutung des Zusatzes „Simon“ zu Kastner ist ganz rätselhaft.

tigen zu erheben und letztere auf einem Speicher aufzubewahren¹⁾ und dem Kapitel Rechnung zu stellen resp. pflichtgemäss, ohne eigennützige Ausbeutung, abzuliefern. Zu den Hauptaufgaben des Kastners zählte auch die Vermittlung aller den Immobilienverkehr betreffenden Rechtsgeschäfte. Schon nach dem ersten zwischen Herzog Otto und dem Kapitel abgeschlossenen Vertrage²⁾ gehen alle Verkaufs- und Tauschverträge von Grundstücken in der Stadt durch seine Hand, denn der *magister curiae* ist kein anderer als der Kastner.³⁾ Hieraus entwickelte sich allmählich ein Besieglungsrecht, indem der⁴⁾ Kastner „aller handl umb kauf, satzung oder pfandung in der stat zu Str. mit dem sigel alz von alter herkommen ist“ besiegeln und von jedem Handel eine Gebühr von 12 *ſ* einnehmen musste. Da schon gegen 1400 von einem alten Herkommen dieser Art gesprochen wird, so darf man wohl schliessen, dass es sich um die Fortbildung einer alten bairischen Rechtssitte handelt, wenn hier die Aufnahme einer Urkunde über jede Grundeigentumsveräußerung und -belastung als rechtlich erforderlich vorgeschrieben ist⁵⁾. Es ist das *firmare*⁶⁾ des alten bairischen Volksrechts, die zur Sicherung des Erwerbers vom Veräußerer vorgenommen, durch Zeugen bekräftigte, Beurkundung des Veräußerungsgeschäfts, welche jetzt in einer den veränderten Zeit-

¹⁾ Quod castenarius cum ... illa mensura ... qua recipit frumenta de horreo ad granarium vel a colonis cum eadem mensura debet restituere sive mensurare et nullum lucrum sive questum ex hoc debet reportare.

²⁾ Siehe S. 214.

³⁾ Item quod quicumque domum suam in Str. volt vendere vel obligare, hoc debet facere per manum castenarii, qui dicitur Symon. et uterque vendens et emens dat ei unum denarium.

⁴⁾ Symon, den man nennt den kastner, allein und niemand anders soll ... heisst es in einem hofgerichtlichen Entscheid einer Klage des Domkapitels gegen die von Straubing circa 1400 (R. A. Urk. St. Straubing Fasc. 5).

⁵⁾ Die grundherrschaftlichen Rechte mögen auf Befestigung dieser Beurkundung nicht ohne Einfluss gewesen sein. In diesen kann aber keineswegs der Grund derselben gesucht werden, da ja auch in andern Städten, in welchen einer Grundherrschaft Verleihung von Grund und Boden nicht zustand, die Abfassung resp. Besiegelung von Leihbriefen etc. vorgeschrieben war.

⁶⁾ Vgl. Merkel, Das Firmare des bairischen Volksrechts (Zeitschrift für Rechtsgesch. II. S. 128 ff.)

verhältnissen entsprechenden Umgestaltung in der Besieglung durch den Kastner zur Erscheinung kommt.¹⁾

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts mussten alle Grundeigentumsübertragungen vor dem Stadtgerichte erfolgen. Dieses spielte aber hierbei nur eine passive Rolle, während nach wie vor mit der Handhabung dieses Zweiges der freiwilligen Gerichtsbarkeit der Simonskastner betraut blieb. Wo zu Straubing Häuser, Grund oder Boden verkauft, gekauft oder sonst von einer Hand in die andere gebracht wurden, mussten dieselben nach einem Bestallungsbrieft des Simonskastners von 1481²⁾ vor dem Stadtgerichte eines jeden Simonskastners Hand über- und aufgeben und darauf unter desselben Insigel, so er von einem Kapitel hat, Brief genommen werden. Nach einem die Schlichtung der zwischen Kapitel und Stadt ausgebrochenen Differenzen bezweckenden Entscheide Herzog Wilhelms von 1435 wurde das Siegel des Simonskastners von nun an beim Pfarrer verwahrt. Der Kastner und der Kammerer erhielt je einen Schlüssel, so dass eine Besieglung künftighin nur mit Wissen dieser drei Personen vollzogen werden konnte. Wahrscheinlich boten Beschwerden der Gemeinde darüber, dass sie vom Immobiliareigentumswechsel in der Stadt nicht unterrichtet würde, was wegen Perzeption der Grundsteuer notwendig war, Veranlassung zu dieser Massregel.

1523 beendigten die Herzoge Wilhelm und Ludwig durch einen Hofgerichtsspruch die neuerdings wegen des Besieglungsrechts entstandenen Dissidien.³⁾ Diesem zufolge sollten alle ausserhalb der alten Stadtmauer gelegenen Grundstücke, über welche dem Augsburger Kapitel die Lehensherrlichkeit zustand, bei jeder Besitzveränderung von dem kapitularischen Kastner mit des Propstamtes Insigel besiegelt werde, dagegen sollte dem Bürgermeister⁴⁾

¹⁾ Die Ausstellung einer besiegelten Handfeste über Grundeigentumsübertragungen bildeten sich namentlich im Süden Deutschlands vielfach zu einem *essentiale negotii* aus. Vgl. Gengler, Das deutsche Privatrecht. Erlangen 1876. S. 135 f. Vgl. über das bair. Landrecht Merkel a. a. O. S. 133.

²⁾ R. A. Urk. d. Stadt Straubing F. S.

³⁾ R. A. Ger. Straubing I. 91. 53 f. 166.

⁴⁾ Wo aber ainich lehen, grund und gueter im burkfrid Straubing ligent durch keuf oder verwechslung in grund und poden verändert oder mit gülden und zinsen beschwert, versetzt, verpfendt, erb- oder leibrecht darauf, wie jetz

das Siegelungsrecht zustehen bei der Besitzveränderung aller innerhalb des Burgfriedens gelegenen Grundstücke, ebenso bei der Zinsbelastung, Verpfändung oder Konstituierung anderer Lasten auf denselben. In diesem Falle sollte der Stadtschreiber dem kapitularen Kastner von einer solchen Besitzveränderung Anzeige erstatten und diese in ein eigens zu diesem Zwecke vom Kastner eingerichtetes Register verzeichnen.

Dieses Kastenamt ging an die Stadt über.¹⁾ Sie liess durch den von ihm erwählten Kastner, gewöhnlich war dieser ein Mitglied des innern Rats, dasselbe verwalten und die Besiegelung der Häuser, Grund, Zins und Zugehörung bethätigen und die Gebühren für die Gemeindekasse erheben.²⁾ 1538 verlieh Herzog Ludwig der Stadt für ihr Kastenamt ein Wappen, dass sie es ewig haben und zur Verfertigung und Besiegelung der dem Kastenamte zustehenden Handlungen gebrauchen solle.³⁾

Das Domkapitel zu Augsburg hatte seiner Zeit mit der Besitzung Altstraubing auch das Zollrecht daselbst ererbt, welches durch die Gründung Neustraubings eine wesentlich erhöhte Bedeutung erhalten hatte. Der Herzog behielt sich jetzt $\frac{1}{3}$ des Stadtzolls vor, während $\frac{2}{3}$ dem Domkapitel verblieben. Ein kapitulärer Beamter, der *teleonarius* war, wie die Urkunde von 1283 ergibt, zur Verwaltung des Zolls eingesetzt worden. Später verliess das Kapitel den Zoll als Zinslehen⁴⁾ dem Albert von Steinach.

Der Inhaber des Zolllehens ($\frac{2}{3}$ der Zolleinkünfte) Sigmund Buchberger verkaufte dasselbe 1445 an Kammerer und Rat der

verlaut, geben wurden, sunder durch heirat, spruch, vertrag und ander contract und handlung, wie die sich zuetragen und genant seind, verkert, darumb soll ein ieder burgermaister zu Str. von gemainer unser stat wegen albeg zu fertigen und ze sigeln macht haben (l. c.).

¹⁾ Sieghart I. S. 258 f.

²⁾ Ein bei einem Hauskaufe (16. Jahrh.) ausgestellter Revers beginnt: Nachdem die Stadt von den Herzogen zur Erhaltung und Erstattung ihrer Ausgaben .. dermassen begnadet, dass derselben Simonkastner die Besiegelung ... im Burggeding und in der Stadt (R. A. Straubing Ger. I. 91. 53 f. 272).

³⁾ Wappenbrief des Kastenamts der Stadt Straubing vom 3. April 1538 (R. A. Straubing Ger. I. 91. 53).

⁴⁾ Nos ... capitulum notum facimus ... Alberto militi de Staynach ... jure feodi consualis, quod vulgariter Zinslehen dicitur, duas partes thelonii in Strubinga ... contulimus (Sieghart I. 161 f.).

Stadt Straubing. Diese entrichtete hiefür einen jährlichen Zins von 24 ₰ Reg. ⚡ an das Domkapitel. Der jeweilige Kammerer oder ein Ratsmitglied wurde zum Lehensträger ernannt. Dieser, und bei seinem Tode sein gewählter Nachfolger, mussten die Belehnung in Augsburg selbst beim Lehensherrschaft als Lehensträger gemeiner Stadt Str. erbitten, doch ist von der Entrichtung eines Lehensgeldes bei der jeweiligen Wiederbelehnung ausdrücklich Umgang genommen worden.¹⁾

Die Erwerbung des Zolllehens durch die Stadt war für die Bürger insofern von Wichtigkeit, als nun ihre Zollpflicht aufgehoben wurde.²⁾

Alle kapitularen Beamten wurden vom Propste, aber nur unter Zustimmung des Kapitels ernannt. Diese Ämter wurden als Lehen verliehen und alle aus ihrer Verleihung herrührenden Einnahmen flossen vollständig in die Kasse des Kapitels.³⁾

Zweimal jährlich haben diese Beamten ihre Ämter demjenigen, der im Namen des Kapitels in Straubing dem Gerichte vorsitzt, aufzulassen und wieder zu empfangen. Sie alle erfreuten sich des Privilegiums der Steuerfreiheit.⁴⁾ Verschieden war die Jurisdiktion über sie geordnet, je nachdem es sich um amtliche oder persönliche Angelegenheiten handelte. Alle aus der Amtsführung herrührenden Klagen unterstanden der Gerichtsbarkeit des Propstes oder seines Stellvertreters, der mit der Abhaltung des Gerichts zu Straubing beauftragt war. In allen Rechtsstreitigkeiten hatten sie vor dem Forum des Vogts oder des Stadtrichters Recht zu nehmen.⁵⁾

¹⁾ Stadtbuch f. 71.

²⁾ Vorher war durch Privileg der Herzoge Ludwig und Stephan von 1348 die Gnade erteilt worden „durch nutz und bezzerung ir stat, das si fürbas ewiglich alle ir Habe... uber die prugg ze Str. zollfrei und ane alle vo drung führen ... mügen (Str. Arch.; auch Sieghart I, 165).

³⁾ Item omne id, quod ex concessione, locacione, institucione dictorum officiorum ac destitucione eorundem provenire poterit quovis modo ac quod exinde conquirere valet, ad quod omnem suam diligenciam faciat atque posse ipso capitulo totaliter cedat (Lat. Buch 1283).

⁴⁾ Nota eciam quod officii ecclesie exempti debent esse a solucione stiure.

⁵⁾ Nota quod idem officiales in causa seu causis predicta sua officia tangentibus, que ipsis a quibuscunque personis movebuntur, tenentur rendere in

Die fortgesetzten Reibereien, welche durch die Kompliziertheit der Rechtsverhältnisse, durch die dem Augsburger Domkapitel in Straubing zustehenden Rechte hervorgerufen und zu wiederholten Malen eine herzogliche Entscheidung veranlasst hatten, legten den Wunsch nach einer definitiven Beseitigung des Grundes dieser Dissidien nahe. Die Herzoge Wilhelm und Ludwig brachten denselben seiner Erfüllung nahe, indem sie 1535 die dem Augsburger Kapitel zustehenden Rechte von Bischof Stadion um 30000 fl. erkaufen und dieselben 1536 gegen die Summe von 16000 fl. und die Übernahme jährlicher Getreidegülden zum grössten Teile der Stadt überliessen. Diese hatte so alle Zinsen, Gülden, Nutzungen, Freiheiten, Lehengerechtigkeiten nebst der Besieglung über die Häuser, Lehen, Gülden, Gründe in und ausser der Stadt, Zehentrechte und Amtsgefälle des Fronboten erworben.¹⁾ Waren schon vorher einzelne wichtige Befugnisse des Domkapitels von der Stadt erworben worden, so hatte dieser Kauf auch die letzten Reste der alten Grund- und Lehensherrlichkeit und damit den Keim fortwährender Zerwürfnisse beseitigt und das aufstrebende städtische Gemeinwesen von lästigen Fesseln befreit.

III. Die Stadtverfassung.

1. Die Organisation des Stadtrats.

Nicht so leicht und ungehemmt wie in andern landesfürstlichen Städten kam bei dem weitgehenden Einflusse der grund- und lehensherrlichen Rechte des Augsburger Kapitels in Straubing eine freie Stadtverfassung zur Ausbildung. Aber trotz der Ungunst der Verhältnisse konnte auch hier das Palladium städtischer Freiheit, der Stadtrat, in seiner Entwicklung nicht unterdrückt

jure coram predictis presidentibus judicio in Str. ex parte capituli, in aliis vero causis predicta officia non tangentibus, que ipsis moventur, habent rendere eorum advocato vel judicio civitatis.

¹⁾ Sieghart I, 257 ff.

werden. Zeit und Ort seiner Entstehung ist in Dunkel gehüllt. Wahrscheinlich fällt dieselbe in das Ende des 13. Jahrhunderts, denn in jenem Gerichtsprivileg von 1307, welches Herzog Stephan der Stadt erteilt, wird „von den Geschwornen der Stadt, die dann der Stadt geschworen haben“ gesprochen.¹⁾ Diese sollen nämlich 4 aus ihrer Mitte wählen als Beisitzer für das Gericht des Vitztums. Diese Stadtgeschwornen sind nun offenbar nichts anderes als die Mitglieder des Rats, welche zur Verwaltung der städtischen Angelegenheiten aus den Angesehensten der Bürgerschaft gewählt werden. Als ein abgeschlossenes Kollegium tritt uns der „Rat“ unter dieser Bezeichnung zum ersten Male urkundlich entgegen 1330²⁾ zu einer Zeit, wo er jedenfalls schon mehrere Dezennien seines Bestehens hinter sich hatte. Ernste Zwistigkeiten brachen im Stadtrate 1335 aus, so dass Herzog Heinrich veranlasst ward seinen Hofmeister Ulrich von Leubolting und seinen Vitztum Peter den Ecker zur Schlichtung derselben an Ort und Stelle abzuordnen. Das Erscheinen der herzoglichen Kommissäre fachte aber die erregten Gemüter der Bürgerschaft aufs neue an. Hellauf loderte die Fackel des Aufruhrs und die Bürger rotteten sich unter dem Schalle der Sturmglocke gegen die in herzoglichem Auftrage erschienenen Friedensrichter zusammen.³⁾ Als sie sich dann wegen dieser Auflehnung an des Herzogs Hoflager verantworten sollten, verweigerten sie ihr Erscheinen, wenn ihnen nicht freies Geleit zugesichert würde. Sie mussten aber Siegel und Sturmglocke abliefern und versprachen keine Einigung ohne Willen des Herzogs zu schliessen. Bald wurde ihnen aber wieder die Gnade des Herzogs, der ihrer kriegerischen Dienste bedurfte, zu teil. Wann in Straubing zu dem vorhandenen Stadtrate ein neues Kollegium als Vertreter der Gemeinde hinzugekommen ist, entzieht sich unsern Blicken. Wahrscheinlich fällt die Entstehung des äussern Rats in den Anfang des 15. Jahrhunderts. In der Ratswahlordnung des Stadtbuchs,

¹⁾ Sog. grünes Buch (Kopieen der Privilegien der Stadt enthalten im städt. Arch. zu Str.) S. 20.

²⁾ Kop.-B. (= Kopialbuch aller Freiheiten der Stadt, Straubing; R. A. I. 91. 53) f. 16. In verschiedenen Privilegien ist dann weiterhin vom „Rat und den Bürgern“ die Rede z. B. 1348, 1349 und 1392 (f. 43, 45, 57).

³⁾ Riezler II. S. 522.

die nur ein schon lange Zeit bestehendes Herkommen fixiert, werden sowohl für die Wahl des äussern als des innern Rats eingehende Bestimmungen getroffen.¹⁾

Das Prinzip, welches der Errichtung eines äussern Rats zu Grunde lag, ging auch hier aus dem Bedürfnisse hervor in den Fragen, in welchen eine Beziehung der Gemeinde angezeigt erschien, ein Vertretungsorgan derselben zu besitzen, um nicht zu oft den etwas schwerfälligen Apparat einer Gemeindeversammlung in Bewegung setzen zu müssen — die vom innern Rat (sullen) 12 aus der gemein zu ainen aussern Rat ... welen ... , die von einer gemein wegen bei in sitzen umb des willen, das man nit albeg ein gemein bedörf vordern.²⁾

Bald wuchs aber der äussere Rat über seine ursprüngliche Bedeutung als Repräsentationskörper der Gesamtgemeinde hinaus und nahm in Verbindung mit dem innern Rat in hervorragendem Masse an der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten Anteil. So werden beispielsweise 2 aus dem innern und 2 aus dem äussern Rate zu Steuerherrs, Mitglieder beider Ratskollegien zu der Baukommission verordnet. Ebenso kann auch ein Mitglied des innern oder äussern Rats zur Verwaltung der städtischen Zölle und Gülden aufgestellt werden. Im allgemeinen war die Beratung der laufenden minder wichtigen Angelegenheiten und die jurisdiktionelle Thätigkeit ausschliesslich dem innern Rate vorbehalten, während zu allen wichtigen Beratungen, besonders zu denen über finanzielle Dinge der äussere Rat beigezogen wurde.

Dass der Unterpropst des Augsburger Kapitels zugleich an der Spitze der Stadtverwaltung die Funktionen eines Kämmerers versah, wurde bereits hervorgehoben.³⁾ Die Bürgerschaft wird anfänglich, so lange sie noch nicht zu Wohlhabenheit gediehen war, mit diesem Zustande ganz zufrieden gewesen sein,⁴⁾ da sich jetzt unter der Bevölkerung wohl noch nicht Viele befunden haben werden, welche Lust und Befähigung zu diesem Amte gezeigt haben

¹⁾ Anh. S. I: die 8 Mitglieder des innern Rats wählen 12 aus der Gemeinde in den äussern Rat „wie mit alter herkomen ist.“

²⁾ Anh. S. III n. 2.

³⁾ S. 220.

⁴⁾ Kolb S. 18.

mögen. Die Befugnisse, welche nach der Urkunde von 1285 dem Propst hinsichtlich der Stadtverwaltung, besonders hinsichtlich der Verleihung des Bürgerrechts zuerkannt waren, ermöglichten ja eine Ausdehnung seiner Befugnisse nach dieser Richtung nur allzu leicht. Die Bürger behaupteten, als es zu Streitigkeiten wegen der dem Kapitel zustehenden Rechte mit diesem gekommen war,¹⁾ die Pröpste hätten die Urkunde von 1283 der Kenntnis der Bürgerschaft vorenthalten und diese Unkenntnis²⁾ zu neuer unberechtigter Ausdehnung ihrer Rechte benützt.³⁾

Erst mit Beginn dieser Differenzen, also im Anfange des 15. Jahrhunderts, gelangte das Kammeramt in die Hände des Rats, der es durch Einen aus seiner Mitte versehen liess. Dieser vertauschte diesen Titel mit dem eines Bürgermeisters im Beginn des 16. Jahrhunderts, denn 1509⁴⁾ ist derselbe zum ersten Male urkundlich nachweisbar.

Nachdem alljährlich die Wahl des innern und äussern Rats vollendet war, wurde aus den acht Mitgliedern des ersteren eines zum Kammerer gewählt. Der Stadtschreiber fragt jeden der 12 äusseren Räte und die Besten aus der Gemeinde, welchen von den acht innern Räten sie zum Kammerer wählen wollen. Diese Denomination ist aber nur ein Vorschlag und der Stadtschreiber berichtet die Namen des resp. der zum Kammerer Vorgeschlagenen der ganzen Gemeinde. Die Mitglieder der Gemeinde bekunden

¹⁾ Im städt. Arch. zu Str. befindet sich eine Skriptur über die Differenzen zwischen dem Domkapitel zu Augsburg und Kammerer und Rat zu Straubing wegen des vorenthaltenen latein. Rechtsbuchs und ungebührlicher deutscher Zusätze von 1415.

²⁾ Die Urkunde war zudem in der den Bürgern unverständlichen lateinischen Sprache abgefasst.

³⁾ „So habn di brobst daz hienach geschribn Puch in latein und mit dem tewtschen zwsätz n genewt, wider daz Allt puch als davor begriffn ist und lautt doch di lateinisch geschrift mit dem alltn puch dann den newen dävtschen zusatz habn sie in zu nutz und der Stat zu schadn zugeschribn und gehandelt“ (Sieghart I, 200). Hans Gastknecht, ein Straubinger Bürger hatte das Buch von seinem Vater ererbt und es dem Rate übergeben aus Zorn darüber, dass er sich vergeblich um die Stelle eines kapitularischen Kastners beworben hatte. Der darüber ausgebrochene Streit wurde erst 1426 durch einen Vergleich beendet.

⁴⁾ Konfirmationsurkunde des Herzogs Wolfgang ... (Kop. B. f. 149).

dann durch Händeaufheben, welchen der Vorgeschlagenen sie mit der Kammererwürde geschmückt zu sehen wünschen. Dem so Gewählten übergibt der Stadtschreiber das Stadtsiegel und die Schlüssel zur Steuerkasse als Insignien seines Amtes.

Nur bei der Wahl des Kammerers kommt noch der ganzen Gemeinde ein Mitwirkungsrecht zu, wenn auch dieses beschränkt ist durch den Vorschlag des äussern Rats und der Besten, d. h. der Wohlhabenden der Gemeinde, die bei ihrem Vorschlage an den Kreis der inneren Räte gebunden waren.

Die Bestimmungen über die Ratswahl wurden wahrscheinlich von den Vertretern des Augsburger Kapitels unter Berücksichtigung der Wünsche der Bürgerschaft ausgearbeitet.¹⁾ Der Wahlmodus ist ein höchst komplizierter; das System ist ein indirektes, die Wahl erfolgt durch Wahlmänner. Alljährlich gegen Michaeli²⁾ ging der Wahlakt in Gegenwart sämtlicher Bürger, die zu diesem Zwecke auf das Rathaus geladen wurden, vor sich. Hier wurde nach einer sehr allgemein gehaltenen Rechenschaftsablage des abgelaufenen Jahres der Wahlakt damit eröffnet, dass die abtretenden, aber wieder wählbaren Mitglieder des innern Rats sieben Wahlmänner ernennen³⁾ und zwar 2 aus dem äussern Ratskollegium des Vorjahrs, 2 aus der Gemeinde und 3 Handwerker⁴⁾: einen Bäcker, einen Metzger und einen Wollwirker.⁵⁾ In dem Eide, den

¹⁾ Kolb (Hist. S. 39) erblickt in der Ratswahlordnung Bestimmungen der altrömischen Magistratswahllegislation. Die Punkte, auf die er bei dieser Bemerkung deutet, z. B. Zeit der Wahlen, Erfordernis der Civität, bezüglich aktiver und passiver Wahlfähigkeit, Notwendigkeit persönlicher Anwesenheit bei den Wahlen, Beschränkung der Funktionsdauer auf ein Jahr, jährliche Wahlen u. s. w. finden sich in einer Reihe deutscher Städte und sind einfach in dem Wesen der betreffenden Verhältnisse begründet, so dass selbst der Gedanke einer Beeinflussung durch römische Municipalverfassung ausgeschlossen erscheint. Kolb hat auch nicht versucht die römischen Bestimmungen, welche als Vorbild gedient haben sollen, anzuführen.

²⁾ Von 1650 an am Tage S. Johannis Evangelistae (27. Dezember).

³⁾ Anb. S. I.

⁴⁾ Seit Mitte des 16. Jahrhunderts wurde noch je einer aus der Zahl der Weinwirte und seit Beginn des 17. einer aus den Bierbräuern zu Wahlmännern ernannt (Kolb Hist. S. 41).

⁵⁾ Das indirekte Wahlsystem wird 1513 vom Herzog Wilhelm auch für andere bairische Städte (Abensberg und Neustadt) sanktioniert in folgender Ge-

diese in die Hände des Stadtschreibers leisten, schwören sie nur taugliche Leute zu wählen, damit die Herrschaft und die Stadt gut versehen sei. Dieser Hinweis auf die Landesherrschaft ist um so auffallender, als hier nirgends eine Spur einer Beteiligung des Landesherrn, die in Landshut doch sehr stark ins Gewicht fällt, bemerkbar ist.

Darauf wählen diese sieben Wahlmänner acht innere Räte für das künftige Amtsjahr. Natürlich waren die für ihre Wiederwahl besorgten inneren Räte bestrebt bei der Auswahl der Wahlmänner nur Kreaturen, von denen sie eine Wiederwahl erwarten konnten, ihre Stimme zu geben. So trug dieser verwerfliche Wahlmodus nicht wenig zu jener Korruption und Kliquenwirtschaft bei, welche die Gemeindefinanzen zerrüttete und im 17. und 18. Jahrhunderte ein wiederholtes Einschreiten der kurfürstlichen Regierung veranlasste.¹⁾

Die neu gewählten innern Räte schreiten sodann zur Wahl von 12 Mitgliedern des äussern Rats, die sie der Zahl der Bürger entnehmen.²⁾ Die Gewählten leisten sofort den Amtseid ebenfalls in die Hände des Stadtschreibers. Hieran reiht sich die schon geschilderte Wahl eines Kammerers, zu welcher der vorjährige Kammerer, soferne dieser sich wieder unter den zum innern Rat Gewählten befindet, eventuell ein anderes Mitglied dieses Kollegiums die Anregung gibt. Von dem Resultate eines jeden Wahlgangs wird die anwesende Gemeinde sofort durch Verlesung der Namen der Gewählten verständigt.

Bei dem ganzen Akte der Ratswahl spielt eine bedeutende Rolle der Stadtschreiber. Er leitet alle Wahlgeschäfte, in seine

stalt: die 6 des rats und die 8 von der gemain ... sollen zusammen komen und die vom rat zuerst ainen aus den achten von der gemain und dieselben 8 von der gemain ainen aus dem rat und darnoch ain rat und die 8 verordent mit einander ainen aus ganzer gemain, doch das derselb aus den achten nit sei und also 3 man erkiesn, welen und verordnen. dieselben drei verordent als weler sullen sweren, das si 6 oder 7 oder ... wol angesessen erber burger in ainer ieden gemelten stat, die besten und nutzlichisten zu ainem rat dis jar erkiesen und benennen wellen (Oberbayr. Kreis-Archiv).

¹⁾ Kolb Hist. S. 44 ff., der sich an einer andern Stelle (Kolb S. 19 f.) über die Ratswahlordnung als ein Mittel zur immerwährenden Aufrechthaltung der Vielmarktereie ausspricht.

²⁾ Anh. S. III. n. 2.

Hände leisten sowohl die Wahlmänner, als die neugewählten inneren und äusseren Räte den Eid. Ganz vorzüglich tritt aber seine einflussreiche Stellung hervor in der Leitung der Wahl des Kammerers. Diesem hat er auch nach seiner Wahl die Insignien seiner Würde, das Stadtsiegel und die Steuerschlüssel, zu überantworten, die also während einer Vakanz des Kammererpostens in seinen, des Stadtschreibers, Händen ruhen.

Der Stadtschreiber wird auf eine Reihe von Jahren vom innern Rate gewählt; der mit ihm abgeschlossene Dienstvertrag regelt seine Besoldungsverhältnisse.¹⁾

Gewöhnlich wird er aus den juristisch gebildeten Kreisen gewählt, und wenn auch seine Hauptthätigkeit in der schriftlichen Fertigung der Ratsbeschlüsse, sowie der Einträge in das Ratsbuch besteht,²⁾ so geht doch sein faktischer Einfluss auf die Leitung des Gemeindewesens schon in Folge seiner gelehrten Bildung viel weiter.³⁾

2. Der Wirkungskreis des Stadtrats.

a) Die Gerichtsgewalt.⁴⁾

b) Die Finanzgewalt.

Die Bedürfnisse des Gemeinwesens wurden vorzüglich aus dem Ertrage der direkten Steuern bestritten. Von diesen musste vor allem die von der Stadt an den Herzog zu entrichtende Steuer im Betrage von 200 ₰ Reg. 5) bezahlt werden. Die Erhebung aussergewöhnlicher Steuern, welche in Folge der immerwährenden Finanznot der Herzoge oft notwendig wurde, konnte nur nach vorangegangener Vereinbarung mit den Städten in gleicher Weise

¹⁾ Ausser einem Fixum an Geld und Naturalien bezieht er besondere Emolumente für das Einschreiben des Zolls, der Geschäfte der Baumeister u. s. w.

²⁾ Vgl. über seinen Amtseid Anh. S. IV.

³⁾ Über zwei gelehrte Stadtschreiber Straubings im 16. Jahrh., Dr. jur. J. Theilenkäs (1530) und actium et philos. magister S. Schwartz (1570) handelt Wimmer Sammelbl. S. 125 ff.

⁴⁾ Die Erörterung derselben folgt weiter unten.

⁵⁾ Sieghart I. 153.

wie mit den übrigen Ständen ¹⁾ erfolgen.²⁾ Bei besonderer Veranlassung befreite der Landesherr periodisch von der Leistung dieser Steuerpflicht. Einer solchen Steuerbefreiung lag dann entweder ein besonderer Unglücksfall zu Grunde, welcher die Stadt einer speziellen Hülfe bedürftig erscheinen liess oder es waren hervorragende, dem Landesfürsten geleistete Dienste,³⁾ in deren Anerkennung ein solcher Akt der Freigiebigkeit erfolgte, doch kam auch eine Verbindung beider Gründe vor. Dies war z. B. der Fall, als Herzog Heinrich 1336 ⁴⁾ Steuerbefreiung auf 6 Jahre gewährte in Anbetracht dessen, dass ihm die Stadt auf seine Bitte 300 ₤ Reg. ⸥ schenkungsweise überlassen hatte, sowie in Anbetracht der „Gebresten, die sie von Urleug und von Brand haben erlitten.“ Zur Ergetzung und Wiederbringung befreite der Herzog die Stadt von ihrer gewöhnlichen Steuer und von aller gemeinen Steuer und Forderung, ob dieselbe als Klauensteuer oder unter welchem Namen immer im Lande erhoben würde. Der Herzog gibt in demselben Privileg der Stadt die Befugnis die Steuerbeträge wie bisher von den Bürgern zu erheben, aber für ihre Stadtkasse — in ze frum und uns nicht.⁵⁾ — Als blinde Pöbelwut 1338 eine Verbrennung der Straubinger Juden ins Werk setzte und diesem Treiben auch ein ansehnlicher Stadtteil zum Opfer fiel,⁶⁾ erstreckte

¹⁾ Vgl. über die Entwicklung der landständischen Verfassung aus dem Steuerbewilligungsrechte Rudhart *Gesch. d. Landstände* I. S. 50 ff.; Rockinger *Einleitung* p. 132 ff.; Riezler II. S. 510 ff.

²⁾ Die Herzoge mussten sich dann gewöhnlich zu einer Bestätigung alter und zur Erteilung neuer Privilegien herbeilassen und hierüber Freibriefe ausstellen z. B. 1311, (bestätigt 1322, 1331) 1355, 1358, 1365, 1394, 1399, 1409 1463 bei *Lerchenfeld* S. 1, 9, 13, 19, 20, 25, 40, 49, 58, 108.

³⁾ In welchem Umfange die Stadt den Herzogen oft materielle Beihülfe leistete, kann man daraus erkennen, dass Straubing 1452 dem Herzog Albrecht 2500 rhein. fl. zur Auslösung der Schlösser und Herrschaften auf dem Nordgau freiwillig beisteuerte (*Sieghart* I, 227).

⁴⁾ *Kop. B.* f. 26.

⁵⁾ In Rücksicht auf den der Stadt durch langjährigen Krieg zugefügten Schaden erteilte Herzog Albrecht 1366 der Stadt eine 3jährige, 1374 eine 2jährige Steuerbefreiung, setzte dann zugleich (1366) den Betrag der jährlichen Stadtsteuer, den Herzog Heinrich oft bis zur Höhe von 400 ₤ Reg. ⸥ hinaufgeschraubt hatte, für die Zukunft auf 200 ₤ herab (*Grünes Buch* f. 46; *Sieghart* I, 185 f.)

⁶⁾ *Sieghart* I, 156.

Herzog Heinrich die Steuerfreiheit der Stadt auf weitere 4 Jahre in Ansehung ihrer bisherigen und künftigen treuen Dienste und in Anbetracht des durch den Brand verursachten Schadens.¹⁾

Als nach dem Aussterben der niederbairischen Linie K. Ludwig auch die Regierung Niederbaierns übernahm, bekundete er (1341) der Stadt sein dankbares Wohlwollen durch Verlängerung der Steuerfreiheit auf 6 Jahre, aber unter der Bedingung, dass 100 ₰ Reg. ⚡ hievon zum Baue der Stadt nach dem Plane seiner Beamten oder Verordneten verwendet werden müssten.²⁾

Über die Grundsätze des kommunalen Steuerrechts sind wir wenig unterrichtet. Die Grundlage der Steuerpflicht bildete nicht das Bürgerrecht, sondern der Aufenthalt in der Stadt. „Wer bei ihnen sitzt, soll mit ihnen wachen und steuern mit Ausnahme unseres Richters, der ein Ausmann ist“, verfügt Herzog Heinrich in einem Privileg von 1338.³⁾ Es wurde sowohl eine Grundsteuer vom Immobilienbesitze, als eine direkte Steuer vom Mobilienvermögen erhoben. Für letztere scheint ein Simplum festgesetzt gewesen zu sein, das nach Bedürfnis erhöht oder vermindert wurde.⁴⁾

Die Steuererhebung erfolgte auf Grund einer von den Steuerherren durchgeführten Schätzung des Vermögens und Einkommens der steuerpflichtigen Bürger.

Die Besteuerung der für Gotteshäuser, Messen, Bruderschaften und sonstige kirchliche Zwecke durch Disposition unter den Lebenden oder von Todeswegen zugewendeten Güter und Gülten erfuhr durch eine Verordnung der Herzöge Sigmund und Albrecht IV. von 1465⁵⁾ ihre Regelung. Solche Güter und Gülten waren bislang steuerfrei, wodurch die Stadtkammer eine bedeutende Einbusse erlitt. Deshalb erklärte die Verordnung auf Beschwerde

¹⁾ Kop. B. f. 27: zur Ergetzung der Brunst als man die Juden verbrannt hat (vgl. auch Sieghart I. 158, der häufig bei Besprechung der Vorgänge eines Jahres die in demselben ausgestellten wichtigeren Urkunden wenigstens auszugsweise abdruckt).

²⁾ Schels S. 1085; Sieghart I. 162 f.

³⁾ Städt. Archiv (Urk.).

⁴⁾ In einem gelegentlich eines Hauskaufs ausgestellten Revers (K. B.) heisst es: nachdem gemeine stadt die steuer von ... grund und boden abzunemen und einzufordern hat. — so oft eine steuer unter der bürgerschaft erhoben wird, es sei ganz oder halb.

⁵⁾ Die von Ersterem ausgestellte Urkunde wurde 1466 fast wörtlich von Albrecht wiederholt.

des Rats, dass künftighin auch dieses Gut wie alles andere zur Besteuerung herangezogen werden sollte — auch die Leistung von Wacht- und Scharwerksdiensten wurde von ihm beansprucht. Doch war es auch gestattet, um die Steuerfreiheit für dergleichen Gut zu wahren, die geschenkten oder vermachten Grundstücke und Gülten an einen Bürger zu verkaufen und den Erlös dann ausserhalb des Burgfriedens anzulegen.¹⁾

Da die Häuser der gefreiten Stände, der Adligen, hohen Beamten, der Doctores von städtischen Lasten befreit waren, lag es im Interesse der Stadt, eine Vermehrung dieser grundsteuerfreien Häuser hintanzuhalten. Deshalb wurden Angehörige dieser Stände nur dann zum Hauskaufe zugelassen, wenn sie sich durch einen Revers verpflichteten auf die Freiheit von Steuer-, Wacht- und Scharwerkspflicht zu verzichten.²⁾

Aus später Zeit gibt sodann eine Verordnung Herzog Albrechts vom 14. Juni 1566 von der Regelung des Nachsteuerwesens Kunde.³⁾ Unterschieden wird zwischen Auswanderung aus der Stadt und aus dem Herzogtum.⁴⁾ Während in jenem Falle nur 4% des Gesamtvermögens, werden in diesem 6% als Nachsteuer erhoben. Die Abschätzung des Vermögens erfolgt durch den Stadtrat. Der Nachlass (oder Teile desselben) eines in Straubing Verstorbenen, welcher in Folge anerstorbener Vermächtnisse, Donation oder sonst von Erbschaftwegen ausser Landes kommt, wird mit 6% vernachsteuert. Dergleichen Nachsteuer unterliegen selbst Legate ad pios usus, also der Kirchen, Spitäler, Almosen oder dergleichen christlich Werk. Nur wenn Legate dieser Gattung im Lande bleiben, sind sie von jeder Nachsteuer frei. Der Herzog legt dem Stadtrat die Verpflichtung auf den Ertrag dieser Nachsteuer zur Unterhaltung und Befestigung der Stadtgebäude und zu anderer vorfallenden Not zu verwenden.

Zur Erhebung und Verrechnung der direkten städtischen Steuern wählt der innere Rat 2 aus dem äussern Rat und dieser wieder 2 aus dem innern Rat.⁵⁾ Diese 4 Steuerherrschaften bilden mit

¹⁾ Sieghart I, 32 f.

²⁾ Kolb S. 24.

³⁾ Kop. B. f. 268.

⁴⁾ Dieser sind Verheirathungen von Pflögsöhnen und Pflögtöchtern nach auswärts gleichgestellt.

⁵⁾ Wie sich in den Städten zuerst Steuern (im heutigen Sinne) entwickelten,

dem Kammerer und Stadtschreiber die Steuerkommission. Zur Evidenthaltung der Steuerregister, besonders zur Aufzeichnung der momentan aus der Stadt abwesenden Bürger, deren Steuerpflicht bei ihrer zu erwartenden Rückkehr nicht erlischt, wählt man einen andern Steuerausschuss aus 2 äussern Räten und drei derjenigen Handwerker, die als Wahlmänner fungiert hatten — oder wer die tügliche darzue sind. Diese ergänzen sich durch Beiziehung des Stadtschreibers, Fronboten, beider Stadtdiener und des Schreibers des Stadtschreibers, welche die niedern Dienste bei diesem Geschäfte gegen eine Vergütung von 32 Œ Reg. zu verrichten haben.¹⁾

Eine Veranlassung zur Einführung einer indirekten Steuer bot sich, als Herzog Albrecht 1474 die Verteidigung seiner Hauptstadt Straubing in Rücksicht auf die kriegerischen Zeitereignisse in Anregung brachte.²⁾ Da zur Ergänzung der fortifikatorischen Anlagen die Ausführung des Beschlachtbaus, die Herleitung der Donau zur Stadt erforderlich war, diese Befestigung aber mehr noch im Interesse des Landes als der Stadt selbst gelegen war, bewilligte der Herzog zur Herstellung derselben grössere Mittel und bewilligte der Stadt die Erhebung einer Getränkesteuer. Diese, „Bannwein“, auch „Bannpfennig“ genannt, wurde von allen während der Jahrmärkte (und 3 Tage vor und nachher) eingeführten Getränken erhoben.³⁾

Wie die Getränkesteuer der Stadt nur als Entgelt für spezielle Leistungen überlassen wurde, so wurde ihr 1389⁴⁾ der Brückenzoll

so gingen auch die Städte den Territorien in der Ausbildung der Finanzverwaltung voran durch Bestellung öffentlicher Organe zur Leitung und Durchführung der Finanzgeschäfte (A. Wagner, Finanzwissenschaft. Leipz. u. Heid. 1883. S. 196).

¹⁾ Anh. S. III. n. 4.

²⁾ Der Herzog gewährte einen jährlichen Beitrag von 150 Œ Münchn. Œ , Scharwerke aus den Landgerichten des Niederlands und überliess der Stadt den Bedarf an Holz und Steinen aus den herzoglichen Gründen. Die Stadt musste sich verpflichten, jährlich ~~400~~ Œ Münch. Œ auf die Befestigung zu verbauen, ausserdem ihre Scharwerke und den Ertrag der Getränkesteuer hierauf zu verwenden. Vgl. Kolb Hist. S. 7 ff.

³⁾ Ungeltordnungen für Straubing sind mir nicht bekannt. Bezüglich der allgemeinen für alle Städte geltenden kann auf die Darstellung S. 32 f. verwiesen werden.

⁴⁾ Zur Herstellung eines Pflasters, „um das viele Ungemach des in seiner

von Herzog Albrecht verliehen nicht nur unter der Verpflichtung der Herstellung und Reparatur der Donaubrücke,¹⁾ sondern auch zur Unterhaltung des Stadtpflasters.²⁾

Neben dem Brückenzoll war auch der Pflasterzoll seit 1445³⁾ zu $\frac{2}{3}$ in den Händen der Stadt.⁴⁾ Zur Vereinnahmung der verschiedenen Zölle war ein Zollner angestellt und diesem (4) Zollknechte beigegeben, welche ihre Einnahmen täglich,⁵⁾ später wöchentlich an den Zollner abliefern mussten.⁶⁾ Sonst flossen nur noch wenige Gefälle in die Stadtkasse, z. B. Gebühren für Verleihung des Bürgerrechts, Scharwerksgelder solcher, welche die ihnen auferlegten Naturaldienste bei Herstellung städtischer Arbeiten mit Geld ablösten,⁷⁾ Erträgnisse aus den von der Stadt vermieteten Läden, aus dem Frauenhause und aus den der Stadt zustehenden Gülden.⁸⁾

Diese städtischen Einkünfte waren der Verwaltung eines Mitglieds des innern oder äussern Rats unterstellt. Dieselbe hatte die

Stadt Str. durch den Unflat und Harbes“ bestehe, hatte Herzog Albrecht schon 1376, aber nur auf 5 Jahre, der Stadt einen Zoll verliehen (Kolb Hist. S. 34).

¹⁾ Stadtbuch f. 72: der brückzoll über die donaubrück ist gemeiner stat von der herrschaft, unserm landesfürsten ewiglich gegeben und verschriben. darum soll und muss man von der stat gut und geld all brücken machen und versehen.

²⁾ Kolb Hist. S. 6, 21. Der Herzog verlieh den Brückenzoll namentlich von des Angriffs wegen, den sie gethan haben an dem Pflaster in seiner Stadt zu Str.

³⁾ S. 224.

⁴⁾ Stadtbuch f. 71. Der pflasterzoll hie allenthalben ist gemainer stat zu Str. und haben den von S. Puechperger erkaufft. des sein zwai tail lehn vom capitl des tumbstifts zu A. Dazu kamen noch die Erträgnisse des Marktrechts, welches durch Entscheid Herzog Wilhelms 1437 auf die Stadt übergegangen war. Die von Straubing durften von diesem Zeitpunkte an Leutlösung, Ert-, Wagenlösung und Jahrbänne einnehmen und hatten hiervon nur jährlich dem Augsburger Kapitel 12 fl Reg. fl zu entrichten.

⁵⁾ Ein Streit zwischen dem herzoglichen Mautner und dem Rat wurde 1497 vom Herzog dahin entschieden: Camrer und rat sullen furon Ir pruck und pflaster zol aufheben, nemen und behalten, wie Ine auf Herkomen zuthun gepurt, Auch uns und unsern fürstlichen Zöllen zu Irrung und pruch, die weiter nit Strecken, dann sy die von alter aufhebt, und genommen haben (Lipowsky S. 161).

⁶⁾ Der Zollner auf der Brücke erhält eine jährliche Besoldung von 5 fl und als Kostgeld für seinen Zollknecht $3\frac{1}{2}$ fl ; ansserdem war für den Pflasterzoll ein eigener Zollknecht bestellt. Vgl. auch Kolb Hist. S. 34.

⁷⁾ Kolb S. 27.

⁸⁾ Stadtbuch f. 72v.

Vereinnahmung aller städtischen Einkünfte durch die beauftragten Organe zu überwachen und über diese dem Stadtrate Rechnung abzulegen.¹⁾

Auf eine Kontrolle der städtischen Finanzwirtschaft ward grosses Gewicht gelegt, indem alljährlich in der behufs Vornahme der Ratswahlen einberufenen Gemeindeversammlung der Wahlakt mit einer Berichterstattung des Kammerers über die durch den innern Rat und die Steuerherrschaft bethätigte Prüfung der Zoll- und Baurechnungen eingeleitet wurde.²⁾ An diese reihte sich sodann nach erfolgter Prüfung der städtischen Rechnungen ein Referat über Einnahmen und Ausgaben der Stadtkammer — „dieselben rechnungen mitsamt andern der stat einnehmen und ausgeben der steuer und aller sachen halb“ — und die durch den innern Rat erteilte Genehmigung derselben. Diese wird durch den innern Rat selbst der Gemeinde verkündet und die Votierung des Danks der Gemeinde für die treue und ehrbare Geschäftsführung beantragt. Ob der Kammerer der Gemeinde auch über den Stand der Gemeindefinanzen Auskunft geben soll, wie das früher herkömmlich war, hängt von dem Gutdünken des innern Ratskollegiums ab.³⁾ Mit dieser Abweichung von der guten alten Sitte war der Weg zu jenem üblen Finanzgebahren des Rats geebnet, zu jener Misswirtschaft, welche im 17. und 18. Jahrhundert zu so vielen berechtigten Klagen und zu wiederholtem Einschreiten der landesfürstlichen Behörden Veranlassung bot.

c. Die Polizeigewalt.

Nicht soweit zurück wie in Landshut reichen hier die polizeilichen Anordnungen. Auch auf dem Gebiete der Polizei trat, wie bemerkt, anfänglich der Einfluss der grundherrlichen Gewalt in einer Erweiterung der Machtsphäre des kapitularischen Propstes⁴⁾

¹⁾ Der sol ... geloben ... das er dem pflasterzoll, traidzoll, pruckzoll und was in den zoll gehöret, auch gemainer stat gült trewlich nachgeen well, einnehmen und verrechnen und seinen getrewen vleis darinne tun als er das gen got verantburten well trewlich an alles geverd.

²⁾ Anh. S. I.

³⁾ Item es mag auch ain kamerer durch bevelnus eins rates der gemain zu erkennen geben, ob es wol oder übel in der camer stee oder was gemaine stat angangen sei, das ist vor zeiten beschehen oder man mag das nicht erzelen, wie man das im rat erfindet. (S. I.).

⁴⁾ z. B. bezüglich der Einsetzung des Handwerksmeisters, der Jahrmarktpolizei.

hervor. Im Laufe der Zeit, speziell seit dem herzoglichen Entscheide (von 1437) über die Abgrenzung der städtischen und kapitularischen Rechte erlangte die Stadt einen Zuwachs auch an polizeilichen Befugnissen.

Sehr ausgebildet war in Straubing die Verkehrs- und Gewerbepolizei, in welcher uns wieder eine Zurücksetzung der Fremden gegenüber den Einheimischen begegnet. Kein Bürger durfte sich mit einem Fremden zu einer Gewerbsgesellschaft vereinigen: — das kain burger oder burgerin kainerlai gewerb, arbeit oder gemainschaft nicht haben noch treiben sol mit kaufmanschaft oder gewinung weder mit wein noch mit andern gewerb welherlai das ist, nichtz ausgenommen.¹⁾

Eine freiere volkswirtschaftliche Anschauung sprengte im 16. Jahrhundert die Fesseln dieses engherzigen Systems, indem Wilhelm IV. in einem Rezesse von 1513 dieses Verbot generell aufhob und dasselbe nur bezüglich des Handels mit Wein, Bier, Salz und Getreide noch fortbestehen liess.²⁾ Andere zum Nachteile der Fremden erlassene Verordnungen bewegten sich in derselben Bahn wie die Landshuter³⁾ Bestimmungen. Besondere Erwähnung verdient jene Anordnung, welche den Unterkäufern auferlegt, Fleiss und Mühe anzuwenden, damit Käufe und Verkäufe zum Vorteile der Bürger abgeschlossen würden.⁴⁾

Die Handhabung der Gewerbepolizei besorgte der Rat nicht unmittelbar, sondern liess sie durch die Vorstände der einzelnen Handwerke, der geschwornen Meister bethätigen. Da die Wieder-

¹⁾ Anh. S. XLVII.

²⁾ Interessant ist die Motivierung des Rezesses: Nachdem sich in der Vernunft und geschriebenen Rechten auch aus der Erfahrung „an vielen Orten erfindet, dass Gewerb, Gesellschaften . . . in den Städten zu haben zu gemeinem Nutzen und Aufnehmen der Städte hoch und gross furdersam und dienstlich seien; denn je mehr Kaufleute, Gewerb und Hantierungen in den Städten entstünden, je mehr geschickter und statthafter Bürger darin erzogen und dazu auch die herzoglichen Zölle und Maut gemehrt und der Bürger Nahrung gefördert werde . . . dass deshalb allen Bürgern zugelassen werden soll mit Bürgern und Gästen gesellschaftsweise Gewerb zu treiben“ (Kopie im städt. Arch. zu Str.)

³⁾ S. 237.

⁴⁾ Kolb S. 24 f., wo die zum Nachteile Auswärtiger erlassenen Bestimmungen zusammengestellt sind.

wahl der innern Räte von der Geneigtheit der Handwerker abhing, lässt es sich begreifen, dass sie das Odium polizeilichen Einschreitens nicht auf sich nehmen wollten. An der Spitze der grösseren Handwerke standen 4, an der Spitze der kleineren 2 solcher Meister. Diese wurden alljährlich aus der Zahl der Handwerksgenossen durch den Rat gewählt und zwar wurden bei den grösseren Handwerken gewöhnlich 2, welche schon im Vorjahr als geschworene Meister fungiert hatten, wieder mit diesem Amte betraut.¹⁾

Das Stadtbuch enthält eingehende Vorschriften darüber „wie man alle hantwerch setzet.“²⁾ Die einzelnen Gewerke werden der Reihe nach vor Kammerer und Rat geladen. Der Kammerer lässt sich dann von den geschworenen Meistern des Vorjahres Vortrag über das Verhalten der Handwerksgenossen im abgelaufenen Jahre halten — die sagen dann ob sie in (in dem hantwerch) gehorsam oder welche in ungehorsam gewesen seien.³⁾ Darauf geben sämtliche Handwerksgenossen ihre etwaigen Beschwerden über die Geschäftsführung der geschworenen Meister kund. Über allenfallsige Beschwerden setzt sich der Kammerer mit dem Rat ins Benehmen und verbescheidet dieselben bei allen Handwerkern mit der stereotypen nichtssagenden Formel: „das ein rat solich widerwärtigkait und unainigkait nicht gern hören, sunder lieber hörten, das si ainig und gehorsam an ainander wärn“. Nur wenn gewichtige Beschwerdepunkte vorlagen, erfolgte Strafeinschreitung durch den Rat. Die vom Rate eingesetzten Meister hatten die Erfüllung der ihnen obliegenden Amtspflichten eidlich zu geloben. Zu diesen gehörte neben den gewerbepolizeilichen Befugnissen, der Prüfung der Arbeitsprodukte, der periodischen Beschau der Werkstätten,

¹⁾ ... und nimbt ain rat 4 maister auf das künftig jar aus in allen für; nach alter gewonhait zwen, die das vergangen jar maister gewesen sind, ob si in leben und tüglich sind und zwen aus den andern maistern darzue nach gevallen ains rats, das ir 4 sein. die lässt man den stadtschreiber in einem rat aufschreiben und darauf das ganz hantwerch hinein voderen und die 4 fürgenomen maister lesen vor dem hantwerch (Stadtbuch f. 15). Dieses Verfahren wiederholt sich bei allen Handwerkern, welche der Reihe nach vorgeladen werden.

²⁾ Der Stadtrat bezog für diese Verhandlungen und Meistersetzungen für die einzelnen Handwerke unterschiedlich bemessene Gebühren von 12,6 Sch.

³⁾ Stadtbuch f. 15.

die Strafgerichtsbarkeit in Betreff aller gewerbepolizeilichen Übertretungen. Namentlich war es Aufgabe der geschwornen Meister, für Güte, Reinheit und Preiswürdigkeit der hergestellten oder feilgehaltenen Nahrungsmittel zu sorgen ¹⁾, z. B. dafür, dass nur gutes Mehl zu Markte gebracht, dass nur gutes Brot um einen den jeweiligen Getreidepreisen entsprechenden Preis verkauft, dass nur das Bier treulich und gerecht gemacht, dass nur guter Malz, Hopfen und Wasser „und darzue nichts anders genommen werde.“

Zur Hebung des Verkehrs wurde das Jahrmarkts- und Wochenmarktswesen in ausgedehntem Umfange begünstigt.²⁾

Über das Feilhalten an den Markttagen und insbesondere aus den Vorrechten der Bürger in der Aufstellung von Buden ergaben sich manche Streitigkeiten und Beschwerden an die Herzoge, deren Verbescheidung aber dahin erging, dass solche Beschwerden nur zur Kompetenz des Stadtrats gehörten und von diesem allein zu entscheiden wären. Unter den zur Förderung des Handels errichteten Anstalten ist die Stadtfronwage zu nennen, welche mit dem Zollrechte in Verbindung stehend, mit diesem vom Kapitel an die Stadt übergegangen war. Alle zum Verkaufe bestimmten Gegenstände im Gewichte von mehr als 25 æ mussten auf dieser Fronwage bei Strafe gewogen werden. Der Wagmeister hatte für die Wage und den ihm von der Stadt überlassenen Ladenraum einen jährlichen Zins an die Stadt zu entrichten und war verpflichtet von den zollbaren Gegenständen den gebührenden Zoll zu erheben.³⁾

Zur Aichung aller Flüssigkeitsmasse waren verpflichtete städtische Eimerer angestellt.

Neben diesen Organen der städtischen Verkehrspolizei sind noch unter dem Personale, welches zur Förderung des Handels bestellt war, hervorzuheben: die Unterkäufer. Ihre Rechtsver-

¹⁾ Vgl. die von Kolb S. 33 f. citierten Auszüge aus den Eidesformeln.

²⁾ Kolb S. 30 erblickt in dieser Vielmarktereie (14 Jahrmärkte, seit 1475 — 4 grosse Märkte zu 7 Tagen; dazu jeden Mittwoch und Sonnabend einen Wochenmarkt) wegen der durch sie herbeigeführten starken Konkurrenz auswärtiger Händler die Ursache des niedrigen Wohlstandes der Straubinger Krämer.

³⁾ Stadtbuch f. 90. Der Wagmeister erhielt eine je nach der Schwere des gewogenen Objekts prozentual abgestufte Wagegebühr.

hältnisse sind hier noch eingehender geregelt als in Landshut.¹⁾ Einer derselben, der Feilkäufel, der jährlich vom Rate angestellt und vom Kammerer vereidigt wird, ist vorzugsweise mit den Funktionen eines Hilfsorgans der Exekution betraut. Er hat für die Veräußerung der gepfändeten Gegenstände Sorge zu tragen, doch beschränkt sich seine Thätigkeit nicht hierauf, da er überhaupt den Verkauf ihm übergebener Gegenstände vermitteln muss. Seine Stellung ist eine halbamtliche. Nicht nur wird ihm von der Stadt ein Laden für seine Geschäftsführung zur Verfügung gestellt, für welchen er einen Mietzins in die Stadtkasse abzuführen hat, er ist auch verpflichtet auf Befehl des Rats Waaren aller Gattung zu beschauen, ihre Qualität zu prüfen und soferne sie zollpflichtig sind, die Vereinnahmung des Zolls zu bethätigen. Eine Kautio im Betrage von 20 ₧ Reg. 8, sowie Bürgen aus dem Kreise der Bürgerschaft muss dieser Feilkäufel stellen — und ob jemand sein gut verlüre, das sol er bezalen und ob er solichs selbs nicht zu bezalen hette, das man das an die porgen wiss zu voderen, die sullen darumb gut sein.²⁾ Seiner Eigenschaft als Urkundsperson³⁾ wird in seinem Eide gedacht, indem er schwört die Wahrheit auszusagen, wenn er vor Gericht oder Rat eine Sage thun soll. Zu seinen Funktionen gehört auch die der Abschätzung des Wertes von Waaren, wenn er vom Käufer oder Verkäufer darum angegangen wird. Die Gebühren, welche der Feilkäufel für seine Dienstleistungen zu beanspruchen hatte, waren gesetzlich bestimmt und dieser Tarif auf einer Tafel im Rathause verzeichnet. Zwei Unterkäufel werden vom Rate besonders für die Vermittlung von Viehverkäufen bestellt. Auch sie haben obrigkeitliche Funktionen zu versehen, auf den Märkten ihren Dienst zu verrichten,⁴⁾ den Zoll einzukassieren und dem Zollner abzuliefern, wofür sie eine kleine Entschädigung aus der Stadtkasse

¹⁾ Siehe S. 42 ff.

²⁾ Anh. S. XXXVII.

³⁾ Die Aufgabe der Unterkäufel als Zeugen bei den Geschäften zu fungieren, bei welchen sie thätig waren, erwähnt besonders das Ofner Stadtrecht (vgl. Laband a. a. O. S. 21).

⁴⁾ Zu den jarmärkten sullen di underkäufl darob sein und leut zusamblt in bestellen, damit der stat der zol und in der underkauf gefalle (Stadtbuch f. 87).

erhalten.¹⁾ Die Zahl der Unterkäufer war nicht bestimmt. Ausser den bereits angeführten werden auch solche für Fische und Öl speziell erwähnt. Alle werden vereidigt, doch beweist dies nichts für ihre amtliche Stellung, da auch Handwerker vereidigt werden. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, dass sämtliche Unterkäufer, denen der Beschau von Waaren und die Perzeption von Zöllen übertragen ist, als halbamtliche Personen zu betrachten sind, wenn auch die amtliche Natur beim Feilkäufer, der für die Exekution bestellt war, am schärfsten hervortritt. Einen Anspruch auf die gesetzlich festgestellte Gebühr hatten nicht nur die Unterkäufer, welche bei Abwicklung eines von ihnen vermittelten Geschäfts von Anfang bis Ende zugegen waren, sondern auch diejenigen, welche die Anregung zu dem betreffenden Geschäft gegeben hatten.²⁾ Die Pflicht zur Zahlung der Gebühr lag bei einigen Artikeln Käufer und Verkäufer, bei manchen nur letzterem ob. Die Gebühr war je nach Art der Objekte sehr verschieden tarifiert.³⁾

Anfänge einer ordentlichen Baupolizei, welche auf modernen Grundsätzen fusste, begegnen in einer Satzung des Stadtbuchs über die Bauten vor der Stadt.⁴⁾ Niemand durfte hiernach bei Vermeidung von Strafe Gebäude auf seinen Grundstücken vor der Stadt errichten ohne vorher die Genehmigung des Rats über die Art der Bauführung eingeholt zu haben — on beschaw, willen und wissen des rates, wie er doch pawen sol, das er der stat unschedlichen sei. Wie diese polizeiliche Vorschrift getragen war von einer einsichtsvollen Würdigung der Bedeutung des städtischen Bauwesens, so atmete auch jene Verordnung Herzog Albrechts IV. von 1494⁵⁾,

¹⁾ Diese Viehunterkäufer scheinen hauptsächlich für den Verkauf von Schweinen thätig gewesen zu sein, da ihr Eid als der der Saubeschauer verzeichnet ist.

²⁾ Bei wem auch der underkäufer vom anfang bis an das end ist oder aber ainen kauf von erstem anfengt und davon redt, dem ist man allzeit seines underkaufs schuldig als vor verschriben ist (Stadtbuch f. 86).

³⁾ z. B. von hewsern, paw, erb, aigen und gelihen gelt zu wegen pringen sol man dem underkaufel auch geben ieder tail von 5 fl. ie 1 fl. ; für das Zustandekommen von Geldgeschäften war eine Gebühr von 2 fl. für je 100 fl. , von Häring, Öl, Spezereiwaaren eine solche von 1 bzw. $\frac{1}{2}$ fl. pro Tonne, Begel und Pfund festgesetzt u. s. w.

⁴⁾ Anh. S. XXXVIII.

⁵⁾ Orig.-Urk. im städt. Archive zu Str. (Abschrift im Kop.-B.)

welche auf Anregung des Rats zur Entscheidung von Baustreitigkeiten eine Kommission einsetzte, denselben Geist. Sie war hervorgerufen worden durch die Beobachtung, dass aus geringfügigen Ursachen oft langwierige Prozesse wegen Bauten erwüchsen und dass deshalb in der Stadt desto weniger gebaut würde. Der innere Rat sollte deshalb aus seinem Kollegium und aus dem äusseren Rats 5 Mitglieder als Baumeister erwählen und diesen die beiden Stadtmeister, einen Maurer und einen Zimmermann beordnen. Diese 7 zu vereidigenden Baumeister sollten auf Ersuchen alle Baustreitigkeiten erledigen, indem sie vor allem die Herbeiführung eines Vergleichs zwischen den Parteien versuchen und bei der Erfolglosigkeit dieses Versuchs zur Erlassung eines definitiven inappellablen Erkenntnisses auf dem strittigen Grundstück schreiten sollten, dem sich die Parteien unbedingt unterwerfen mussten.¹⁾ Unter diesen 7 Baumeistern fungiert ein Mitglied des inneren Rats als Vorsitzender und wird in den Urteilsbriefen, welche diese Baumeister über ihre Entscheidungen ausstellten, als oberster Beschauer bezeichnet.²⁾

Mit der Überwachung und Leitung der von der Stadt auszuführenden Bauten waren die eben erwähnten 2 Stadtbaumeister, ein Maurer und ein Zimmermann,³⁾ bestellt. Sie hatten insbesondere die Leistungen der bei den städtischen Arbeiten beschäftigten Gesellen zu beaufsichtigen, dass si ... trewlich arbeiten, iren lon verdienen. Hierbei wurden sie unterstützt von einem Stadtdiener, welcher ihnen untergeordnet war, und nicht nur für eine Förderung der städtischen Arbeiten, sondern auch für Instandhaltung und Ver-

¹⁾ — das dieselben 7 paumaister ain iede irrung, es sei umb wassertrassvall, seul(?), riemen, licht, venster oder anders, die sich im purting erhebt, so sie darumb ersuecht werden, besichten, brief, leut und wes not ist, verhörn und alsdann vleis thun sollen, die parteien darumb guetlich zu vertragen oder wo si des nit volg vinden, wie si dann solich irrung ainmutiglich oder der merer tail aus ine auf dem grunde mit recht entschaiden und auszaigen, das sol von baiden parteien entlich und ungewaigert gehalten und dem nach gangen und weiter nicht gezogen werden in ainich weis (l. c.).

²⁾ Cgm. 2519 f. 205.

³⁾ Stadtbuch f. 50: Wie man ain maurer oder zimmerman zu statmaister aufnimbt.

wahrung des der Stadt gehörigen Baumaterials und Handwerkszeugs Sorge tragen musste.¹⁾

Für die geistige Ausbildung der städtischen Jugend war hier schon frühe Sorge getragen,²⁾ denn schon im 10. Jahrhundert lässt sich die Existenz einer Schule nachweisen.³⁾ Wie das Augsburger Kapitel in seinen Bemühungen „für Schulmaister und Scholaren“ nicht nachliess,⁴⁾ so war auch später der Rat bestrebt durch Anstellung eines „gemainen Stadt Schuelmaisters“ die vorhandene Tradition aufrecht zu erhalten. Dieser Stadtschulmeister musste nicht nur den Kindern mit Zucht und Lernung vorstehen, sondern war auch zum Kirchendienste verpflichtet, besonders zur Leitung des Chorgesangs. Da die Stadtschule eine humanistische Anstalt, eine sog. lateinische Schule war, musste der Schulmeister den gelehrten Kreisen entnommen werden.⁵⁾

Auch die Vermögensverwaltung der Kirchen war der Oberaufsicht des Stadtrats unterstellt. Er ernannte deshalb für jede Kirche in und vor der Stadt taugliche Kirchenpröpste, welche er eventuell wieder ihres Dienstes entsetzen konnte. Diese Kirchenpröpste hatten der Kirchen Gut ordentlich zu verwalten, ihre Gült regelmässig einzunehmen und alljährlich dem Stadtrate über die geführte Vermögensverwaltung Rechnung abzulegen.⁶⁾ Zur Verwaltung einer kirchlichen oder Wohlthätigkeits-Stiftung, deren Zahl sich namentlich in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts durch den Gemeinsinn wohlhabender Bürger stark vermehrte,⁷⁾ ward Einer aus der Zahl der inneren und äusseren Ratsmitglieder bestellt, welcher alle erforderlichen Verwaltungsgeschäfte selbständig

¹⁾ Stadtbuch f. 90.

²⁾ Über die Entwicklung des Schulwesens in den Städten vgl. G. Meyer, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts. Leipzig 1882. I. S. 219.

³⁾ Zu den Verpflichtungen, welche Heinrich II. dem Augsburger Domstifte auferlegte, als er ihm Alttraubing vermachte, gehörte auch die Speisung der Schulkinder (Braun a. a. O. S. 360).

⁴⁾ Schels a. a. O. S. 1085.

⁵⁾ 1472 wurde Conrad Pachmair art. magister zum Stadtschulmeister ernannt (Konzept des Stadtbuchs f. 42); im 16. Jahrh. war Joachim Decius der freien kunst und philosophiei magister ... gemainer lateinischer schul alhie bestelter schulmaister; auch ein Abschiedsbrief eines bestellten Poeten und Vorger der gemeinen Schul findet sich aus dem Jahre 1554 (Cgm. 2519 f. 155).

⁶⁾ Stadtbuch f. 49.

⁷⁾ Schels S. 1088.

bethätigen und nur bei Abschliessung von das Stiftungsvermögen dauernd belastenden Rechtsgeschäften die Genehmigung des innern Rats einholen musste.¹⁾

Die Gesundheitspolizei fand in Straubing stets eine einsichtsvolle Pflege. Schon 1481 war hier ein Stadtarzt aufgestellt; „das ain rat gemainer stat zu guet, den oder einen andern doctoren der erznei haben und halten soll“, heisst es in einem herzoglichen Entscheide aus diesem Jahre.²⁾ In gleicher Weise war für die nötige Zahl von Hebammen gesorgt, deren Pflichten durch eine im Stadtbuche verzeichnete „Ordnung der hebammen“ eingehend geregelt waren.³⁾ Sie erhielten eine jährliche Besoldung aus der Stadtkasse,⁴⁾ vermutlich weil sie unbemittelten Frauen ihre Dienste unentgeltlich widmen mussten.

So zeigte sich auch in Straubing auf den verschiedenartigsten Gebieten der Verwaltung die Entfaltung einer regen polizeilichen Thätigkeit, welche durch Gesetze und Einrichtungen all den Anforderungen entsprach, die man an ein aufstrebendes städtisches Gemeinwesen zu stellen berechtigt ist.

d) Die Gesetzgebungsgewalt

des Rats kann hier keiner eingehenden Erörterung unterzogen werden, da wir nicht, wie in Landshut, die Ausbildung der städtischen Autonomie in ihren Einzelakten verfolgen können. Das im Stadtbuche aufgezeichnete Stadtrecht fusste, wie erwähnt, teils auf herzoglichen Privilegien, teils auf Gewohnheitsrecht, zum Teile war in ihm aber auch der Inhalt der vom Rate erlassenen Verordnungen wiedergegeben. Über die Grenzen der städtischen Autonomie sind wir nicht unterrichtet, doch dürften dieselben

¹⁾ z. B. Cgm. 2519 fs.: Ich N. als derzeit des bruederhauss pfleger ..., das ich aus der bewilligung aines burgermaisters und des des innern rats verkauft habe dem N. ewige erbgerechtigkeit auf das N.haus.

²⁾ Grünes Buch vor f. 1.

³⁾ Stadtbuch f. 96v. Sie waren verpflichtet bei Tag und Nacht Armen und Reichen Beistand zu leisten. Jede Hebamme, welche zur Assistenz bei einer schweren Geburt von ihrer Kollegin herbeigerufen wurde, durfte diese nicht verweigern. Jede Übertretung der Artikel, auf deren Beobachtung die Hebammen verpflichtet waren, wurde strenge geahndet.

⁴⁾ Dazu jährlich ein Kornrechnis aus dem Bruderhaus.

ähnlich wie in der Nachbarstadt Landshut zu bestimmen sein. Die Autonomiebefugnis des Rats wird nur ganz allgemein und nebenbei erwähnt. So gelobte beispielsweise jeder Bürger bei seiner Aufnahme in den Bürgerverband, „das er (meinen) herrn vom rat und iren gesetzen und poten well gehorsam sein.“¹⁾ Ferner wird der Autonomiegewalt gedacht in Redewendungen wie die „wie sie das erfinden mögen.“ Während im 14. Jahrhundert eine Anteilnahme der Bürger an der städtischen Verwaltung und auch an der Autonomie durch die in Privilegien häufig wiederkehrenden Formeln „rat und bürger“²⁾ bezeugt wird, tritt diese seit Mitte des 15. Jahrhunderts immer mehr zurück. Die Ratsgewalt war allmählich erstarkt und seitdem das äussere Ratskollegium als ein Vertretungsorgan der Bürgerschaft ins Leben gerufen worden, war ein Bedürfnis der Heranziehung der Bürgerschaft zu autonomen Satzungen nicht mehr gegeben.

3. Die Bürgerschaft.

So lange dem Augsburger Unterpropste noch die Führung der Geschäfte eines Stadtkammerers anvertraut war, hatte er auch die Verleihung des Bürgerrechts vorzunehmen — (er) sol leihen das purklehen und wer purger wirt, der sol im geben 12 den. von dem purkerlehen. Mit der freieren Ausbildung der Stadtverfassung, die sich immer unabhängiger von der domkapitularen Verwaltung gestaltet hatte, war die Verleihung des Bürgerrechts eine der Aufgaben des aus den Bürgern gewählten Kammerers geworden. Bei der Aufnahme in den Bürgerverband ging man mit grosser Vorsicht zu Werke, um nicht durch die Aufnahme höriger, eigener und dienstpflichtiger Leute mit deren Herren in Konflikt zu geraten. Der Kammerer musste den um das Bürgerrecht Nachsuchenden fragen, „ob er icht aigen sei oder sein hausfrau oder ob er iemant vor versprochen oder mit dinsten verpflichtet sei“³⁾ und ihn aufmerksam machen, dass ihm die Stadt gegen Ansprüche seines Herren keinerlei Hilfe gewähren würde. Indessen

¹⁾ Anh. S. V.

²⁾ z. B. 1348, 1349, 1392, 1406 (Kop.-B. f. 43, 45, 57, 24).

³⁾ Anh. S. V.

hatte der Grundsatz „Luft macht frei“ auch hier insoweit Geltung erlangt, dass einjähriger Aufenthalt im städtischen Rechtskreise das bestehende Abhängigkeitsverhältnis löste. Innerhalb der Jahresfrist¹⁾ musste aber die Stadt dem Herrn jeden entlaufenen Eigennann auf dessen Verlangen ausliefern.²⁾

Die Vorsicht bei der Aufnahme von Bürgern zeigte sich auch darin, dass man, um nicht übelbeleumundeten Subjekten das Bürgerrecht zu erteilen, von den aus andern Städten oder Märkten Kommenden den Nachweis forderte, dass nicht Ausweisung aus der früheren Heimat sie zur Übersiedlung gezwungen habe.³⁾

Der Aufgenommene gelobte dem Kammerer treue Erfüllung seiner Bürgerpflichten, namentlich Gehorsam dem Rate und seinen Anordnungen. Mit der Erwerbung des Bürgerrechts war noch die Übernahme folgender spezieller Pflichten verknüpft:

1. Die Verpflichtung, innerhalb dreier Jahre ohne Genehmigung des Rats nicht auszuwandern.

2. Die Anschaffung eines Harnisches, um den Anforderungen des städtischen Wehrdienstes entsprechen zu können.

3. Die Bezahlung einer Bürgeraufnahmegebühr, des sog. purkrechts. Diese war auf 2 ungar. fl. festgesetzt, doch konnte der

¹⁾ Bei dieser Satzung wird Bezug genommen auf die goldene Bulle u. K. Ottos Handfeste von 1311, also auf die Bestimmung: Wir wellen auch, ob kain ir aigen man zu uns in unser panstat fuer, vordernt sy den in iarsfrist heraus, den sullen wir in lassen faren —. (1. Freibrief bei Lerchenfeld S. 4).

²⁾ Denselben Grundsatz stellte auch K. Ludwig in einer Verordnung vom 30. April 1340 für die bairischen Städte und Märkte auf (ihr Geltungsgebiet erstreckte sich auch auf Niederbayern, da Ludwig seit Heinrichs Hinscheiden, also seit 2. September 1339, hier die vormundschaftliche Regierung führte; vgl. Riezler II. S. 450): Auch wellen wir, ob eins edeln mannes lüt, einer oder mer, si seien sein aigen oder lehen, es wern weib oder man, in unser stet, merkt und freiung fürn, oder wie si hinder uns chömen, die mügen die selben, den si enpfarn sint, vordern in dem iar, swann si wellent, ob si die bestellen mügen, das si ir sein, und swann si die vordernt, so sol man in die lazzen varn mit ir leib und mit ir güt on allen furzog und widerred ... Belieben si aber über das iar in unsern steten ... und das si di niht vorderten, so mugen si furbas darinn beleiben und wonen (Qu. und Er. VI. p. 3699. 382)

³⁾ Anh. S. V: der sol von derselben stat und enden kuntschaft und fürdrung bringen, das er mit willen daselbs abgeschiden sei.

Rat eine Ermässigung¹⁾ für Arme bis auf 60 ſ Reg. eintreten lassen.²⁾ Die Hälfte dieser Gebühr hatten diejenigen zu entrichten, welche eine Bürgerswitwe oder eine Bürgerstochter heirateten, während Bürgerssöhne ganz hiervon befreit waren. Das Bürgerrecht vererbte sich vom Vater auf die Söhne, doch mussten diese nach dem Tode ihres Vaters resp. ihrer Mutter sich dasselbe verleihen lassen, d. h. das Gelöbnis der Erfüllung ihrer Bürgerpflichten in die Hand des Kammerers ablegen,³⁾ wenn sie von ihrem Bürgerrechte Gebrauch machen wollten. Vorher wurde dasselbe als ruhend betrachtet, da ihm durch den Erbgang nur das Recht, nicht aber die Pflicht zur Übernahme des Bürgerrechts zustand. Das Bürgerrecht erlosch ferner durch Verlegung des Domizils an einen andern Ort — der uber ain viertal jars anderswo hewslich säss.⁴⁾ Bei einer späteren Rückwanderung nach Straubing musste das Bürgerrecht von neuem erworben (gekauft) werden.⁵⁾

Das Bürgerrecht war notwendige Voraussetzung des Betriebs eines jeden Gewerbes. Selbst Meisterssöhne durften ihres Vaters Handwerk nach dessen Tod erst fortbetreiben, nachdem sie sich das ihnen zustehende Bürgerrecht hatten verleihen lassen.

Dem Handwerker wird bei der Verleihung des Bürgerrechts der Gehorsam gegen die das Handwerk betreffenden Anordnungen der geschwornen Meister eingeschärft.⁶⁾ Der Kammerer, welchem er bei dieser Gelegenheit anzuzeigen hat, welches Geschäft oder Gewerbe er betreiben will, macht ihn aufmerksam, dass er nur das Gewerbe treiben dürfe, welches er Michaeli betreibt oder auf Grund seiner an diesem Termine abgegebenen Erklärung im kommen-

¹⁾ Anh. S. VI.

²⁾ Anh. S. VII.

³⁾ Anh. S. VIII.

⁴⁾ Diese Bestimmung richtete sich gegen das Institut der Pfahlbürger, dessen Beseitigung schon K. Ludwig am 30. April 1340 angeordnet hatte: wellen auch, das furbas dhein man ... dhein pfalburger recht ewichlichen in unsern steten, merkten oder freiungen haben noch gewinnen sullen, si wellen dann stet und wesentlich dar inn wonen und beleiben (Qu. u. Er. VI. p. 362).

⁵⁾ Anh. S. IX.

⁶⁾ Ausser dem Bürgerrecht hatte der Handwerker auch noch das Meisterrecht gegen Entrichtung einer entsprechenden Gebühr zu erwerben. Die Erteilung desselben hing von der Lieferung eines Meisterstücks ab. Vgl. Kolb S. 22.

den Jahre beginnen will. Das Prinzip der Gewerbefreiheit, welches in Straubing zur Anerkennung gebracht worden war, erlitt also nur insoferne eine kleine Einschränkung, dass während des Jahres, von Michaeli an gerechnet, kein Handels- oder Gewerbetreibender ein anderes Geschäft oder Handwerk beginnen durfte.¹⁾ Darauf, dass kein Bürger mit einem Nichtbürger sich in eine Handels- oder Gewerbsgemeinschaft einlassen durfte, wurde bereits hingewiesen.²⁾ Nicht nur für den Handwerksbetrieb, sondern auch für den Erwerb von Grundeigentum innerhalb des Burgfriedens war der Besitz des Bürgerrechts eine notwendige Voraussetzung. Den Bürgern und Bürgerinnen wurde es strengstens zur Pflicht gemacht ihr Haus und Gut nur zu verkaufen „ainem burger, der purkrecht vor empfangen hab und burger sei worden.“ Es war also Sache des Verkäufers sich über die Bürgerrechtsqualität seines Käufers Gewissheit zu verschaffen, da für die Nichtbeachtung dieser Vorschrift Einziehung des Kaufobjekts durch den Rat angedroht war. Das Motiv dieses Verbots, das sich unschwer erkennen lässt, wird weiterhin bei der Ausdehnung des Veräußerungsverbots von Immobilien zu Seelgeräten — zu messen, brüderschäften — ausdrücklich hervorgehoben, „damit gemainer stat ir stewr und scharberch davon gevalln.“³⁾

Als ein Ausfluss des Bürgerrechts ist auch der Genuss jener städtischen Grundrechte zu betrachten, welche Herzog Stephan 1307⁴⁾ der Stadt erteilt resp. bestätigt. Dahin gehört z. B. das *privilegium de non evocando cive*, das Privileg, dass einem auswärtigen Schuldner nur mit Genehmigung des Gläubigers (der Bürger war) ein Zahlungsaufschub gewährt werden dürfe⁵⁾, sowie jenes, dass sie wegen Forderungen des Herzogs im ganzen Lande

¹⁾ Diese Vorschrift gründet sich auf ein Privileg Herzog Heinrichs von 1330 (Grünes Buch f. 12), welches bestimmt: „Wir wollen, was handwerker zu Str sind . . . , was arbeit die angreifen, dass sie derselben arbeit treiben ein ganzes jahr und andere arbeit nicht. und wenn das jahr angeht, was arbeit sie dann angreifen, die sollen sie dann treiben 1 ganzes jahr“

²⁾ S. 239 (Siehe Anh. S. XLVII).

³⁾ Anh. S. XLVI.

⁴⁾ Grünes Buch f. 20.

⁵⁾ Wir wellen auch, das niemand umb gelt in derselben stat gefristet werd, denn den si selber fristen wellent.

nicht gepfändet werden dürfen.¹⁾ Ebenfalls sind hier anzureihen die von den Herzogen Ludwig und Stephan 1348 erteilten Privilegien²⁾ der Befreiung vom Brückenzoll für alle ihnen zugehörnde Habe, welche über die Brücke gebracht wird, sowie das Erbrechtsprivileg, wonach jeder Eingriff eines herzoglichen Beamten in den Nachlass eines Bürgers untersagt wird.

Nur die Bürger waren aber auch zur Ausübung jener politischen Rechte befähigt, welche in einer Anteilnahme am Stadtregimente gipfelte. Nur die Bürger waren Mitglieder jener Gemain, von deren Beteiligung bei Einsetzung der Organe und bei der Stadtverwaltung bereits gesprochen wurde.

Dieser politischen Berechtigung entsprachen die politischen Lasten, die Steuer- und Dienstpflicht; doch war die Übernahme dieser Verpflichtungen nicht auf die Bürger beschränkt, sondern auf alle Klassen der Bevölkerung, auch auf die sogen. Freisassen ausgedehnt. „Wer bei ihnen wesentlich sitzt, soll mit ihnen wachen und steuern“, besagt das Privileg Herzog Heinrichs von 1338,³⁾ während das citierte Privileg von 1307 schon den Grundsatz aufgestellt hatte, dass alle Freisassen, Christen und Juden, an den Stadtbauten sich beteiligen und bei den der Stadt zustossenden Unfällen alle Lasten mittragen müssen.⁴⁾

Wie man aus dieser Bestimmung ersieht, waren die Juden auch in Straubing vom Bürgerrechte ausgeschlossen und gehörten nur zur Kategorie der Freisassen, welche wohl an den Lasten der Bürger, nicht aber an deren Rechten gleichen Anteil hatten.⁵⁾ Über die Schicksale der Juden zu Straubing, die auch hier in einer Gasse zusammen wohnten, fehlen nähere Nachrichten bis 1338. In diesem Jahre reizte das Gerücht, die Juden hätten heilige

¹⁾ Wir wellen auch, das si niemands pfand für uns in unserm land sein für unser gelt.

²⁾ Grünes Buch f. 22.

³⁾ Anh. S. XIII.

⁴⁾ Wir wellen auch, swenn dew stat zu Str. ein not anget, das man da pawen sol und mus, oder dew stat pessern sol, das alle freisassen, es sein juden oder christen zu derselben zeit leiden und tragen sülln, um swelchen presten si anget (l. c.).

⁵⁾ Vgl. über die Rechtsverhältnisse der Juden die Darstellung S. 59 ff., insbesondere die für ganz Niederbaiern geltenden herzoglichen Privilegien.

Hostien verspottet, den Fanatismus der Menge zu grausamer Gewaltthat. Der Pöbel zündete die Häuser der Juden an und überlieferte sie und ihre Habe, soweit er dieselben nicht geplündert hatte, dem grässlichen Flammentode.¹⁾ Herzog Heinrich, weit entfernt ein Strafgericht über die Brandstifter zu halten, die ausser der Judengasse noch einen ansehnlichen Stadtteil eingeäschert hatten, erteilt ihnen in einem Gnadenbriefe²⁾ seine Huld „umb die tat, das si unser juden ze Str. verprennet und verderbt haben“.³⁾ Der Herzog sichert ihnen ferner nicht nur Strafflosigkeit zu, sondern erkennt auch Jedem das Eigentumsrecht an der in seinem Besitze befindlichen, den Juden geraubten Habe zu⁴⁾ und verichtet ausserdem alle den Juden gegen die Bürger zustehenden Forderungsrechte.⁵⁾

Seit Beginn des 15. Jahrhunderts scheint man Juden wieder aufgenommen zu haben, da schon 1419 eine Judenschule hier vorkommt.⁶⁾ 1422 erteilte sodann Herzog Johann einer Judenfamilie die Erlaubnis in Straubing zu wohnen, indem er ihr alle den Straubinger Juden zustehenden Rechte zusichert.⁷⁾ Dieser Schutzbrief bietet auch einen Beleg dafür, dass das Judenschutzrecht von den bairischen Herzogen uneingeschränkt ausgeübt wurde. Die Rechtsstellung der Juden wird geregelt durch die allgemeinen Privilegien oder durch persönliche Schutzbriefe, durch

¹⁾ Sieghart I. S. 154 ff.; die benachbarten Deggendorfer waren ein Jahr früher mit dem Beispiele einer Judenmetzelei vorangegangen (Riezler II. S. 523).

²⁾ Anh. S. XIII. (1383).

³⁾ Ein Gnadenbrief mit beinahe gleichem Inhalte stellte Heinrich zu derselben Zeit den Deggendorfern gelegentlich der Verbrennung der dortigen Juden aus (vgl. Gotthelf a. a. O. S. 11).

⁴⁾ wer der ist ..., der derselben juden hab zu Str. icht genumen hat mit austragen oder wie si in sein gewalt komen ist, haimlichen oder offenlichen, dieselb hab sol in beleiben.

⁵⁾ was dieselben unser burger denselben unsern juden ze Str. geltes schuldig gewesen sind, es sei mit hantvesten, mit pflanzen, mit borgen oder wie si des schuldig sind worden unz auf den heutigen tag, des sullen si gar und gänzlich ledig sein ...

⁶⁾ Sieghart I. S. 198 f.

⁷⁾ Wiener, Regesten z. Geschichte d. Juden in Deutschland. Hannover 1862. I. S. 187.

welche auch die von ihnen dem Landesfürsten und der Stadtgemeinde zu entrichtenden Abgaben normiert werden.¹⁾

Auf Ansuchen der Straubinger Judenschaft bestätigt Herzog Albrecht III. 1434 ihre Rechte und Freiheiten. Der Herzog verspricht ihnen vor allem Friede, Geleit und Sicherheit und die Befugnis sich in Straubing und im ganzen Herzogtume niederzulassen.²⁾ Auch das Recht der Auswanderung und jederzeitigen freien Domizilveränderung wird den Juden vorbehaltlich der einzuholenden Genehmigung des Landesherrn eingeräumt und nur an die Bedingung der vorherigen Entrichtung der als Äquivalent für den Schutz dem Schutzherrn jährlich zu zahlenden Abgabe geknüpft.³⁾

Zugleich wird für diesen Fall die Beihilfe der herzoglichen Beamten zur Einziehung ihrer Forderungen in Aussicht gestellt.⁴⁾

¹⁾ Dem angeführten Schutzbriefe zufolge hatte der aufgenommene Jude Michel dem Herzoge jährlich 16 fl. ung., der Stadt Straubing aber 8 fl. zu entrichten. Dagegen konnte er zu jeder Zeit auswandern, für welchen Fall ihm der Herzog Geleit auf 8 Meilen im Umkreise und Beistand zur Einziehung seiner Forderungen zusicherte.

²⁾ Kop.-B. (R.-A.) f. 18: d. d. Straubing 24. August 1434: Von gotes gnaden wir Albrecht . . . bekennen öffentlich in dem prief, das unser iuden gemainlich zu Straubing zu uns komen sind von der iuden freihait wegen und haben uns gepeten in solich gnad und freihait gnediglich zu bestätten. auf das so haben wir uns bedacht, nachdem unser ander iuden in dem land zu Bayrn von unsern vorfaren freihait haben, so geben wir mit wolverdachtem mut und rechtem wissen den obigen unsern iuden zu Str. solich gnad, recht und freihait wissentlich in kraft des priefs, inmass als hernach geschriben stet. zum ersten, das wir si nemen in unsern schirm und gnad und geben in frid, glait und sicherhait für allermeniglich ungevarlich also, daz si in unser stat Str. oder anderswo in unserm land, wo es in dann fugsam ist, wol sitzen mugen. Das Privileg schliesst sodann mit dem Satze: und wir wellen si auch bei allen irn alten rechten, freihaiten und gewonhaiten pleiben lassen als si die von alter hergepracht haben treulich an geverd.

³⁾ und darumb sullen uns die egenanten unser iuden alle iar geben unsern gewondlichen zins und gült oder die wir hinfur darauf setzen wurden. und wann und welhes iars si wellent und daz si unser zins und gült geben haben, so mugen si dann, ob si wellen wol mit irm leib und gut varn, wohin si wellent, doch mit unserm urlaub und den sullen wir in dann geben und vergunnen. und hinder wen di obgen iuden farn und wer si einnimpt, derselb oder dieselben tund daran nicht wider uns noch wider kainen der unsern in kain weis.

⁴⁾ und ob si icht gelt schult hinder sich liessen, die man in schuldig

Neben einigen Vorschriften über das Verfahren in Rechtsstreitigkeiten gehört zu den wichtigsten Bestimmungen dieses Judenprivilegs das Versprechen des Herzogs, dass alle auf Vernichtung der Forderungen der Juden zielenden Freibriefe kraftlos sein sollten.¹⁾ Interessant ist noch jene Vorschrift des Privilegs, welche den Juden gestattete Darlehen ^{nach} als Pfand zu geben — auch *mugen di iuden wol leihen auf alle pfant ausgenommen dreierlai pfant, plutigs gwant, zerprochen kelich und auch ungewuntens traid*. Den Juden war die Annahme von Kirchengeräten als Pfand schon durch Karl den Grossen verboten²⁾, und zu wiederholten Malen wurde dieses Verbot eingeschränkt.³⁾ Mit diesem Hand in Hand kam häufig auch das Verbot auf blutige Gewänder zu leihen vor,⁴⁾ indem man annahm, dass die Blutflecken von einem Morde herrührten und der Verpfänder, welcher des Mordes verdächtig erschien, die Spuren seiner That bei Seite schaffen und sich so der Entdeckung entziehen wollte. Es waren also lediglich Motive polizeilicher Natur, welche diesem Verbote zu Grunde lagen. Ganz neu ist dagegen das Verbot auf ungedroschenes Getreide zu leihen; es findet sich in keinen solche Erwerbungs- oder Pfändungsverbote statuierenden Privilegien. Offenbar hängt es seinem Zwecke nach zusammen mit dem häufig begegnenden Verbote (resp. der Beschränkung) des Verkaufs von Früchten auf dem Halme⁵⁾; beide Verbote sollten der wucherischen Ausbeutung vorbeugen.

Ziemlich lange erfreuten sich hier die Juden des Schutzes dieses Privilegs, bis Albrecht V. in der Landesordnung von 1553⁶⁾ die Verjagung der Juden aus dem ganzen Herzogtume anordnete.

prib, diselben geltschult sullen in unser amptleut helfen einpringen nach ir prief, pfant, porgen oder warzaichen laut und sag.

¹⁾ und ob wir iemant unsern freibrief gaben fur geltschult von vergessens wegen oder sunst, die sullen kain kraft wider den prief nicht haben.

²⁾ Stobbe, Die Juden... S. 123.

³⁾ z. B. Ssp. III. 7 § 4, Schwsp. (G.) c. 214 § 7.

⁴⁾ Vgl. Stobbe a. a. O. S. 125 und die S. 246 (n. 120) allegierten Privilegien.

⁵⁾ Stobbe, Privatrecht III. S. 239 Cap. Aquisgran a. 809 c. 12 (M. G. L. II. ed. Boretius f. 152) und Lib. Papsensis Karoli 56 (M. G. L. IV, 498): *ut nemo propter cupiditatem pecuniae et propter avaritiam suam prius det pretium et futuram coemptionem sesi praeparet, ut duplum vel triplum recipiat, sed tunc tantum, quando fructus praesens est, illum comparet.*

⁶⁾ B. VI, Tit. I; bei Gotthelf S. 113 ff.

III. Die Gerichtsverfassung.

1. Die Gerichtsbarkeit des Stadtrats.

Die niedere Gerichtsbarkeit stand im 1. Jahrhundert nach Gründung der Neustadt dem zugleich als Kammerer fungierenden Propste des Augsburger Kapitels zu, während die Handhabung der höheren, insbesondere der Kriminaljurisdiktion zur Kompetenz des herzoglichen Vitztums und seiner Räte gehörte. Eine der Stadt sehr günstige Änderung der Gerichtsverfassung erfolgte durch ein Privileg Herzog Stephans I. von 1307. Dieses räumte der Stadt nicht nur das Vorschlagsrecht eines Richters ein, sondern ordnete auch an, dass der Vitztum bei Ausübung der ihm übertragenen Jurisdiktion 4 vom Stadtrat aus seiner Mitte gewählte Mitglieder als Urteilsfinder beizuziehen habe.¹⁾ Wie lange dieses weitgehende Privilegium thatsächlich ausgeübt wurde, lässt sich nicht bestimmen. Die Ottonische Handfeste von 1311²⁾ und K. Ludwigs Instruktion für die Vitztume Niederbaierns von 1340³⁾ erwähnen zwar nur die Rechtsprechung des Vitztums, doch wäre es immerhin denkbar, dass für die Straubinger die durch das Privileg geschaffene Ausnahmsstellung durch diese allgemeine Regelung nicht bestätigt werden sollte.⁴⁾

Dem Gerichte des Vitztums stand nur die Kognition über „die 3 sach, die an den tod geend“ zu.⁵⁾ Zur Entscheidung aller

¹⁾ (Grünes Buch f. 20; vgl. Sieghart I, 121): ... das di geschworn von der statt, di dann der statt geschworen habend, vier aus in, welche si wollent, geben sullen, nach der sol der vitztum di schuld pessern.

²⁾ Lerchenfeld Freibriefe S. 1 ff.

³⁾ Qu. u. Er. VI. p. 356 sq.

⁴⁾ Allmählich entwickelte sich das Vitztumamt zu einer mit vom Herzoge ernannten Räten besetzten Verwaltungs- und Justizbehörde. Seit dem 16. Jahrhundert wurde das Vitztumamt dann auch mit der Thätigkeit des Hofgerichts betraut, der Vitztum auch als Hofrichter, dessen Räte als Hofgerichtsbeisitzer betrachtet.

⁵⁾ Ottonische Handfeste (1311); Anh. S. XIII. Privileg von 1338.

andern civil- und strafrechtlichen Fälle war entweder der Stadtrichter oder der Stadtrat, auch in Verbindung mit diesem, kompetent.

Herzog Heinrich XIV. bestätigte in einem Privileg von 1336¹⁾ das Prinzip dieser Kompetenzregulierung mit den Worten: „Ob ein burger ze St. ein unzucht tät, die uns und unsern vitztum ze pesserung nicht angehört, die selben unzucht, von swelchen sachen die geschehen wär, sullen die gesworn von der Stat pessen und dieselben pesserung sullen si, unser Stat ze St. ze pesserung an mauern oder an andern sachen anlegen, das sein der Stat notdurft ist.“²⁾ Eine ausschliessliche Jurisdiktion ist also dem Stadtrate eingeräumt über alle Verbrechen, soweit diese nicht zu den 3 Vitztumhändeln gehören, welche von Bürgern begangen wurden.³⁾ Ferner war der Stadtrat als Hüter der Stadt berufen, jede Gefahr von dieser abzuwenden. Auf diesem Grundsatz beruhte eine dem Rate zuerkannte ausgedehnte Gerichtsgewalt, welche sich auf alle für den Rat oder die Stadt gefährliche Individuen erstreckte.

Die Gewalt des Rats war hier nach einem Privileg von 1338 eine diskretionäre, denn die Strafeinschreitung war nicht bedingt durch die Begehung eines Delikts oder selbst nur des Versuchs eines Verbrechens,⁴⁾ sondern es genügte der Verdacht der Gemeingefährlichkeit zur Strafeinschreitung gegen das verdächtige Individuum.

Die Kriminalgerichtsbarkeit befand sich noch im 15. Jahrhundert ganz in den Händen des (inneren) Rats. Dieser hatte in einem

¹⁾ R.-A. Urk. d. Stadt Straubing Fasc. 3 (Kopie von 1429).

²⁾ In derselben Urkunde bestätigt der Herzog „di selben hantvest ober das gericht“. Auf welche Handfeste hier Bezug genommen wird, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls ist dieselbe verloren.

³⁾ Es war daher überflüssig dies noch einmal bezüglich der von den Bürgern gegenseitig begangenen Verbal- und Realinjurien ausdrücklich zu wiederholen.

⁴⁾ Anh. S. XIII: Wir haben auch unsern gesworn burgern von derselben stat zu Str. den gewalt gegeben, ob ir burger einer sich gen dem andern vergäss mit ungezogen worten oder werchen oder ob ir ainer wider den rat und wider die stat da sein wollt, da si sich schadens von versahen, das si den nach iren trewen darumb pessen mügen und sullen, wie si wellent.

heimlichen Vorverfahren — als in einem heimlichen gericht — festzustellen, ob gegen den wegen eines todeswürdigen Verbrechens Angeklagten das öffentliche Verfahren durchzuführen sei. Zu dieser Beratung musste der Obrichter beigezogen werden, welcher dann mit dem Rate an der Fällung dieses Vorerkenntnisses Teil zu nehmen hatte. Bei minder schweren Verbrechen fiel dieses Vorverfahren hinweg und Unterrichter und Rat fällten sogleich in öffentlicher Verhandlung das Strafurteil.¹⁾

Der Rat fungiert also zugleich als Gerichtskollegium. Den auf seinen Vorschlag bestellten Richtern kommt nur eine bevorzugte Stellung bei Ausübung der Strafrechtspflege zu. Der Ober- (resp. Unter-) Richter präsidiert nicht, so oft sich der Rat als Strafgericht konstituiert, sondern er nimmt in gleichem Umfange wie die Ratsmitglieder an Beratung und Abstimmung Teil.

Im Verfahren über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten fungierten ebenfalls oft nur Kammerer und Rat als Urteilfinder, während der Unterrichter an Stelle des Obrichters die Gerichtsverhandlung leitete.²⁾ Wenn die Mitglieder des Stadtrats auch vorzugsweise als Urteilfinder im Stadtgerichte thätig waren, so blieb doch diese Funktion der Urteilsfindung nicht ein Privileg des Stadtratskollegiums sondern es konnten auch andere Bürger zur Urteilsfindung herangezogen werden.³⁾

Dass Stadtrat und Stadtgericht, auch wenn in diesem oft nur Kammerer und Rat das Urteil fanden, doch als zwei getrennte Justizbehörden unterschieden wurden, beweisen die Bestimmungen des Stadtbuchs, welche vom „Abnehmen“ handeln, indem sie

¹⁾ Anh. S. XII.

²⁾ z. B. Urteilsbrief von 1443 (M. B. XXVI. p. 423) beginnend: Ich W. Kumer, underrichter zu Str. Bekenn ... Als ich daselben an den Statrechten von meins lieben herrn herrn h. haybekchen und gerichtswegen gesessen bin das fur mich kam in recht ... — Schluss: So sind daran (an dem rechten) gesessen: U. G. Statchamerer zu Str., — folgen weitere 11 Namen —, all des Rats und burger zu Str.

³⁾ Urteilsbrief von 1384 (M. B. XII. p. 207): Ich H. der Satelpoger ... an der Zeit Richter zu Str. bekenn ..., Schluss: dem rechten sind gesessen die Ersamen ... Eglolf der Kolenpeckh, H. d. St., E. d. T. L. der Chumer, Kamerer zu Str., E. d. H., E. d. S., St. der Haufmettinger und ander Erbern leut genug, die all auf Ir Aid darumb vervolgten.

vorschreiben, dass derjenige, welchem „abgenommen“ wird,¹⁾ „sein abnemen durch di geschworen gerichtschreiber und fronpoten zu den nachsten angenden rechten nach den 14 tagen und ob in der zeit nicht statrecht gehalten würd, vor dem rate fürbringen“²⁾ soll.

X Die freiwillige Gerichtsbarkeit gehörte hier wie in Landshut³⁾ zu den Aufgaben des Stadtrats. Die Regulierung des Nachlasses Verstorbener, insbesondere seine Verteilung unter die Erbberechtigten musste „in offnem und versambten rat“ beantragt werden.⁴⁾ Zur Vornahme dieser Geschäfte ernannte dann der innere Rat eine Kommission, bestehend aus 2 Mitgliedern des Rats, — auch solche des äussern Rats konnten mit diesem Kommissarium betraut werden — und dem Stadtschreiber. Diese Kommission hatte dem Rate über die Durchführung ihrer Verrichtungen Bericht zu erstatten und der Rat hatte einen errichteten Teilungsvertrag — von oberkait wegen — zu bestätigen.

In das Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit fällt sodann auch das Obervormundschafswesen, welches dem Rate übertragen war. Die Bestellung von Vormündern für die hinterlassene Witwe und die unmündigen Kinder nahm auf diesem Gebiete⁵⁾ neben einer Kontrolle der Vormundschafsführung die Thätigkeit des Rats vornehmlich in Anspruch.

Dass das Besieglungsrecht aller Immobilierveräusserungen an die Stadt übergegangen und vom städtischen Kastner, also einem Mitgliede des innern Rats, ausgeübt ward, wurde bereits hervorgehoben.⁶⁾ Unabhängig davon bestand in Straubing das Herkommen, dass die Verkäufer von Grundstücken und Grundrenten die Abschliessung solcher Veräusserungsverträge „vor offnen statrechten“ anzeigen und in das Gerichtsbuch einschreiben lassen mussten. Es war also hier nur eine passive Mit-

¹⁾ Näheres hierüber folgt weiter unten.

²⁾ Anh. S. XLI u. XXXII c.

³⁾ Siehe S. 67 ff.

⁴⁾ Cgm. 2519 f. 67v. Wenn dieses Formularbuch auch erst aus dem 16. Jahrhundert stammt, geben die Einträge doch vielfach nur altes Herkommen wieder.

⁵⁾ Cgm. 2519 f. 67v.

⁶⁾ S. 224.

wirkung des Rats bei diesem Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit gegeben, die sich darauf beschränkte, dass er von dem vollzogenen Kaufe u. s. w. Kenntnis nahm und den Akt der Eigentumsübertragung in das Gerichtsbuch einzeichnen liess. Der Auflassungsakt wurde also keineswegs vor dem Rate (Gerichte) vorgenommen. Der Eintrag in das Gerichtsbuch war auch nicht für den Eigentumsübergang wesentlich, sondern nur für den Beweis des rechtmässigen Eigentumserwerbs von Bedeutung.

Streitigkeiten über die Grenzen der Kompetenz des Obergerichtes blieben in Zukunft nicht aus. Von ihrer Schlichtung und den dabei ausgesprochenen Prinzipien über die Abgrenzung der Zuständigkeit des Obergerichtes und des Rats wird unten die Rede sein.¹⁾

2. Der Stadtrichter.

Zum ersten Male wird ein Straubinger Stadtrichter urkundlich erwähnt im Jahre 1242.²⁾ Die Rechtsverhältnisse des Stadtrichteramts werden aber erst geregelt durch das bekannte Privileg von 1307, in welchem Herzog Stephan verspricht, der Stadt einen Richter nach ihrer Bitte zu geben: „Wir gehaissen in auch, das wir in einen richter geben sullen nach ir pet, der uns und in fueg. sie sullen auch uns in einem monat vor chunt tun, ee des richters zil ausget, ob er in fueg oder nicht und uns darumb biten.“³⁾ Die Straubinger hielten in der Folgezeit zähe an ihrem Präsentationsrechte des Richters fest, und als die Herzoge Ernst und Wilhelm 1429 den K. als Stadtrichter einsetzen wollten, wurden sie vom Stadtrate an das Privileg erinnert.⁴⁾ Die Herzoge

¹⁾ S. 262 ff.

²⁾ Albert (judex de Strawbing) vgl. Sieghart II, Anlage 1.

³⁾ Grün. B. f. 2); bestätigt 1336: darzu loben und gehaissen wir in, das wir in einen richter geben sullen nach ir hantvest sag, die si darumb von uns habent.

⁴⁾ R.-A. Kop.-B. f. 67: dawider der camerer und sein ratgenossen ... uns erzelt und erindert haben mit briefen, wie si von unsern vordern ... gefreit sein. und wär auch mit alter gueter gewonhait also herkommen, für wen si uns päten in zu ainem richter ze setzen und zu geben, demselben sollten wir dann das gericht bevelchen.

bekannten darauf in einer Urkunde, dass die von Str. auf ihre Bitte sich mit der Einsetzung des K. einverstanden erklärt hätten (das haben si also uns zu besonderm gefallen gethan, das wir hinfür zu aller zeit gnediglich gein in erkennen wöllen) und versprachen ihnen an ihren Briefen, Freiheiten und Gewohnheiten keinen Schaden zu thun. Das Recht der Straubinger wird sogar von Herzog Albrecht (1446) als ein Wahlrecht anerkannt — wiewol sie einen richter zu erwölen gewalt haben, doch das wir inen den bestäten —, als er sie bat, seinen Rat E. als Richter¹⁾ aufzunehmen.²⁾

Alljährlich, einen Monat vor S. Thomas (21. Dezember), wird die Gemeinde zur Wahl eines Oberrichters auf das Rathaus geladen, um aus der Zahl der Bewerber um das Oberrichteramt den geeignetsten Kandidaten zu benennen. In Wirklichkeit ist auch hier die Beteiligung der Gemeinde nur eine schattenhafte und der Stadtrat ist es allein, welcher dem Herzoge einen Kandidaten vorschlägt. Das Stadtbuch bezeugt dies in naiver Weise mit den Worten — welcher ine (der Gemeinde) unter den am pesten gevall, das mügen sie einem rat erzelen oder ob sie das dem rat zugeben wellen, wen si unter den für den tüglichisten fürnemen, so haben vorher die gemain das albeg ainem rate bevolhen.³⁾

Nachdem die Bestätigung des Herzogs für den Präsentierten erholt und erteilt worden,⁴⁾ wurde der auf 1 Jahr Bestätigte in den Rat geladen, wo ihm die im Stadtbuche verzeichneten städtischen Privilegien⁵⁾ vorgelesen wurden, worauf er den Amtseid in die Hände des Kammerers ablegte und sowohl treue Pflicht-

¹⁾ Ibid. f. 81. Der Herzog erkennt an: als wir unser ... camerer und rate ... gepeten haben unsern rat U. E. zu unserm richter daselbs aufzunemen, das sie also durch unser pete willen gethan ..., gereden wir inen, das inen solche unser pete und gewer von uns on irer freihait das gericht antreffen kainen krank bringen sollen.

²⁾ Wann der Stadtrichter den Titel Oberrichter annahm, steht nicht fest. Vermutlich schon gegen Ende des 14. Jahrh., da schon 1390 ein Ulrich d. Rimpeck als Unterrichter erwähnt wird (Geiss a. a. O. S. 93).

³⁾ Anh. S. X n. 1.

⁴⁾ Siehe die einschlägigen Schreiben Anh. S. X.

⁵⁾ Siehe Anh. S. XII, XIII, XIV.

erfüllung dem Landesherrn als der Stadt gelobte — den landesfürsten zu iren freihaiten und gerichtten, desgleichs gemainer stat Str. auch zu iren rechten und freihaiten getrew und gewär zu sein.¹⁾ Selbst äusserlich in der Ceremonie der Verpflichtung kam im Laufe des 16. Jahrhunderts die Umwandlung des Charakters des Oerrichteramts, die grössere Abhängigkeit vom Herzoge zum Ausdrucke. Nicht mehr vor dem Stadtrate, sondern vor der herzoglichen Regierung, allerdings im Beisein zweier Mitglieder des inneren Ratskollegiums musste künftighin der bestätigte Oerrichter seinen Amtseid leisten.²⁾

Eine weitere Veränderung, welche sich bisher auf dem Wege der Übung vollzogen hatte, erhielt jetzt die landesherrliche Sanktion nämlich die, dass der ursprünglich auf 1 Jahr ernannte und bestätigte Oerrichter nicht mehr wie bisher vor Ablauf seiner Amtsperiode um Weiterverleihung des Amtes einkommen und alljährlich von neuem Amtspflicht leisten musste. Seine Anstellung war jetzt eine lebenslängliche und lediglich beim Amtsantritte fand eine eidliche Verpflichtung³⁾ statt.⁴⁾

Als Stellvertreter des Oerrichters fungierte in Ausübung der Civil- und niederen Strafrechtspflege ein Unterrichter. Der Oerrichter war nicht verpflichtet einen solchen Stellvertreter an seiner statt funktionieren zu lassen, doch bildete dies dem Herkommen gemäss die Regel, da er nicht im Stande war den mannichfaltigen richterlichen Geschäften in eigener Person vorzustehen. Der Rat mit dem Oerrichter ernannte aus der Zahl der Kandidaten durch Majoritätsbeschluss den Unterrichter,⁵⁾ welcher wie der Oerrichter dem Landesherrn und der Stadt treue Pflichterfüllung, ausserdem auch dem Oerrichter Gehorsam eidlich geloben musste.⁶⁾

Obwohl nun der Oerrichter von dem Landesfürsten als Organ der städtischen Gerichtsbarkeit anerkannt worden war, bildete

¹⁾ Anh. S. XI.

²⁾ Dekret Wilhelms V. vom 23. Februar 1581 (Kop.-B. f. 292).

³⁾ Daselbst.

⁴⁾ Unterrichter, Gerichtsschreiber und Amtleute mussten auch künftighin alljährlich beim Rate um Weiterverlassung ihrer Ämter einkommen und jährlich von neuem Amtspflicht leisten (Das.)

⁵⁾ Anh. S. XV.

⁶⁾ Anh. S. XVI.

sich doch auch in Straubing ein gewisser Gegensatz des Ober-
 richteramts zur Jurisdiktion des Stadtrats aus. Die doppelseitige
 Natur dieses Amtes trat jedoch nicht wie in München hervor,¹⁾ so dass
 der Oberrichter als Organ des Herzogs die diesem reservierte
 Blutgerichtsbarkeit und zugleich als Organ der Stadt die dieser
 verliehene niedere Gerichtsbarkeit zu verwalten hatte. Denn als Organ
 der herzoglichen Blutgerichtsbarkeit fungierte der Vitztum und
 seine Räte,²⁾ also die herzogliche Regierung, wie eine Entscheidung
 des Herzogs 1497³⁾ ausdrücklich feststellte.⁴⁾ Diese sucht die
 Grenzen der herzoglichen Gerichtsgewalt zu erweitern durch die
 Interpretation, dass unter den drei vorbehaltenen Verbrechen über-
 haupt alle mit Todesstrafe bedrohten zu verstehen seien. Ausser
 dieser Klasse der sog. Vitztumhändel wird in der erwähnten Ent-
 scheidung noch die Kategorie der bürgerlichen Händel, der nie-
 deren Delikte von den Malefizhändeln, den mit Leibesstrafe be-
 drohten unterschieden.

Während die erste Klasse von Delikten der Jurisdiktion von
 Kammerer und Rat unterstellt war, wurde zur Entscheidung der
 zweiten Gattung von Verbrechen nur die Zuständigkeit des Oberrichters
 anerkannt. Diesen Grundsatz der Kompetenzregulierung betont
 die Entscheidung mehrfach, indem sie denselben an einigen vorliegen-

¹⁾ Wehner S. 16.

²⁾ Die 4 Stadträte als Beisitzer des Vitztums waren also am Ende des
 15. Jahrh. definitiv beseitigt.

³⁾ (Montag nach h. Dreikönig) Lipowsky Gesch. des bairischen Kriminal-
 rechts. München 1803. S. 153 ff.

⁴⁾ Was ... mit den selben angenommen gehandelt werden, sol bey unn-
 serm oder unsers Vizthumb und der Rate, Im zugeorddent geschafft besten ...
 Unangesehen, das der stat Freyhait allain auf drey sach zaigt, die an den tod
 genndt, die unnser Viztumb zustraffen sol Haben, dann unnder den selben
 dreyen sachen Werden all annder malefiz Hanndl wegriffen und eingezogen,
 und muss aus not also sein, Wann sollt es die maynung nit haben, so muss
 daraus volgen, nach dem der malifiz Hanndl vil mer dann drey sind, als tod-
 slag, mordt, Tewf, notzeugen, Rauben, prennen, prief-felschen, Unrecht muns-
 lagen, verräterey, und annder das ain Rat, in den anndern allen peinlich und
 nit leibstraff, auch gar zum tod richten mochten, das doch nit sein mag, dann
 er den pan über des mennschen pluet nit hat, noch enphäet, auf das es die
 vernunft, oder pillichait nit zuläst, Auch das ain Rat, in kainem gebrauch
 bisher nye gewest, Also sol es mit anndern straffen, ausserhalb vannecklichs
 annemens, auch pillich gehalten werden (Ibid. S. 157).

den konkreten Fällen zu veranschaulichen sucht. So wenn sie die Bestrafung der Polizeifrevel der Müller (Übertretung der städt. Ordnung z. B. Verkauf von unbeschautem Mehl) dem Rat zuweist, dagegen „von unrecht und betrüglich Mass wegen beim Mehverkauf, nachdem dies ... zu Diebstahl zeucht den Obrichter für kompetent erklärt.¹⁾ Dieser Gesichtspunkt wird ferner hervorgehoben betreffs der Arbeitserzeugnisse und Waaren, welche bei der Beschau für „unrecht“ befunden wurden. Während dem Obrichter die Strafgewalt eingeräumt wurde, soferne die konfiszierten Waaren „betruglich und falsch erschienen ... , dann das alsdann zu gevarlicher betriegung der menschen und also zu falsch und malefiz raicht, demnach Es durch den malefiz Richter und sunst durch nyemant pillich zu straffen“ erschien der Rat resp. die Zunft selbst kompetent zur Aburteilung, „wo solich arbeit und pfenwart unfärlich und villeicht aus ainfallt oder unfleis also geprechenlich in der beschaw erschienen“²⁾.

Gegenüber dieser sachlichen Abgrenzung der Kompetenzen findet sich auch eine solche *ratione personarum*, welche platz greift da, wo eine Regelung *ratione causarum* nicht durchgeführt war.³⁾ So wurde z. B. Kammerer und Rat für zuständig erklärt die Inventarisierung des Vermögens der Bürger und ansässigen Inwohner bestätigen zu lassen, während dem Obrichter dieselben Befugnisse eingeräumt wurden bezüglich derjenigen Personen, welche nicht Bürger und Inwohner, sowie der Edelleute,⁴⁾ welche Inwohner der Stadt waren, weil diese stets der herzoglichen Spezialjurisdiktion unterstellt blieben.

¹⁾ Lipowsky S. 154: wo auch in annder Weg die mullen, an Untrewer enntfürung des mels oder getraids gespurt Wurden, sol die straff derselben nit Unpillich unnserm obrichter, als umb malefiz zugehörig sein. Dieselbe Unterscheidung zwischen bürgerlichem Vergehen und Malefiz wird auch bezüglich des Mass und Gewichts beim Verkauf anderer Waaren getroffen.

²⁾ Lipowsky S. 158.

³⁾ Aus besonderer Gnade erteilte Herzog Albrecht dem Rate Straubings die Vergünstigung, dass er auch die Verhaftung der wegen Malefiz angeschuldigten Bürger und Inwohner (auf Ersuchen des Obrichters, dem eine solche Verhaftung *ratione causarum* an und für sich zustand) vornehmen lassen dürfe (Lipowsky S. 157).

⁴⁾ Lipowsky S. 158 f.

Selbstverständlich lag auch dieser Zuständigkeitsabgrenzung *ratione personarum et causarum* das Prinzip zu grunde, dass die Grenzen der Gerichtsgewalt des Rats mit jenen des städtischen Burgfriedens sich deckten. Nach dem Prinzipie des *forum delicti commissi* durfte also der Rat eine Strafgerichtsbarkeit, wenn die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen seiner Zuständigkeit gegeben waren, nur ausüben, sobald das betreffende Delikt innerhalb der räumlichen Grenzen des städtischen Gerichtszwangs, also innerhalb des Burgfriedens begangen worden war. Denn jenseits derselben konnte der Arm des Rats auch delinquierende Bürger nicht erreichen.¹⁾

Damit übrigens nicht um kleinlicher Kompetenzstreitigkeiten willen die Handhabung der Rechtspflege beeinträchtigt und die Gefangennahme der Verbrecher vereitelt würde, stellte eine herzogliche Verordnung von 1501²⁾ den Grundsatz auf, dass die städtischen Diener und das Gerichtspersonal sich zur Erreichung des gemeinsamen Zweckes zu unterstützen und bei der Verhaftung und Verfolgung aller Übelthäter sich Beistand zu leisten hätten. Namentlich wenn bei einem grossen Zulaufe des Volks die Richtersknechte allein zu schwach wären, um eine Verhaftung vorzunehmen, sollten ihnen Kammer und Rat eventuell die Stadtdiener oder Scharwächter auf ihr Ersuchen um Beistand Hülfe gewähren. Für die Ausführung dieses Grundsatzes wechselseitiger Rechtshülfe wurden dann detaillierte Ausführungsbestimmungen erlassen. In dringenden Fällen sollte auf die Abgrenzung der Kompetenz keine Rücksicht genommen werden und das Gericht konnte im Notfalle mit den Stadtdienern eine Verfolgung des

¹⁾ In einem Bericht des Oberrichters Cr. v. Berliching vom 9. September 1556 an den herzogl. Vitztum heisst es: Als die von Straubing in ihrer Supplication melden, wie sie auf allen ihren bürgerlichen Äckern, Wismaden und Gründen alle Straf und Wandel (ausser dem Malefiz) haben, das bin ich ihnen allerdings mit Überackern und Übermähen geständig, soviel aber Kaufen, Schlagen, Verwunden, Bescheltung und dergleichen Frevel, so Personen, die noch Bürger oder Bürgerskinder sind, auf bürgerlichen Gründen gegen einander fürnehmen belangt, darum sind dieselben unbürgerlichen Personen von Gerichts wegen und nicht durch die von Straubing bestraft worden (Kop.-B. f. 298).

²⁾ Ordnung wie man es mit annemung der Rumorer und ubltater in der Stat und purgding zu Str. Halten sol (Lipowsky S. 163 ff.)

Thäters durchführen ohne vorherige Requisition von Kammerer und Rat ¹⁾ und umgekehrt.²⁾

Als nun die immerhin höchst verwickelten Kompetenzverhältnisse stets zu neuen Irrungen Anlass gaben und die herzoglichen Dekrete den verworrenen Knoten der Jurisdiktionsgewalten nicht definitiv zu lösen vermochten, da blieb nichts übrig als diesen zu durchhauen.

Herzog Maximilian I., welcher auch der Stadt Landshut das Obergerichtamt verliehen hatte,³⁾ räumt durch Privileg vom Georgitag 1602⁴⁾ dem Bürgermeister und Rate Straubing auf Widerruf das Obergerichtamt mit allen Jurisdiktionen, Reichnissen, Gefällen, Strafen, Wändeln und Amtsnutzungen ein. Als Äquivalent hatten die von Str. jährlich 500 fl. an die herzogliche Rentstube zu entrichten.

Die Stadt vereinigte jetzt die gesamte niedere und hohe Civil- und Kriminalgerichtsbarkeit in ihrer Hand, insbesondere verwilligte der Herzog der Stadt, jedoch auf Widerruf, „dass sie alle in der Stadt und im Burggedinge betrete und eingezogene malefizisch Personen mittelst ihres uns fürgestellten Obergerichters ausser Zuthun unsrer Regierung rechtfertigen und gegen denselben allen und jeden nach Ausweisung der peinlichen kaiserlichen Halsgerichtsordnung und gemeinem geschriebnen strengen Malefizrecht verfahren sollen und mögen.“ Dabei wurde der Stadt eingeschärft jeden Verbrecher nach Gestalt seines Verbrechens strengstens zu bestrafen und nicht

¹⁾ a. a. O.

²⁾ Auch diese Verordnung scheint ihren Zweck noch nicht erreicht zu haben. Die Kompetenzstreitigkeiten dürften noch immer den Verbrechern zu gute gekommen sein. Und so bewog die Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit Herzog Wilhelm V. noch in einem Privileg vom 23. Februar 1581 unter schwerer Drohung auszusprechen: „doch soll Bürgermeister und Rat darob sein und verhüten, damit den Todschlägern und Übelthätern durch unsere Bürger oder deren Angehörige kainerlai fürsich noch unterschlaipf weder heimlich noch öffentlich bei Tag oder Nacht gegeben, sondern der nachgezeigten Obrigkeit angezeigt und dass die zutragenden Gerichtswandel und Strafen durch die Amtleute nicht unterdrückt, vertuscht oder durch ihre Leute heimlich abgethädigt werden, damit wir nicht Ursache empfangen mit Aufhebung ihrer Privilegia oder vorzugehen (Kop.-B. f. 292).

³⁾ S. 79.

⁴⁾ Kop.-B. f. 318.

gnadenweise eine Milderung in der Bestrafung eintreten zu lassen. Das Recht der Begnadigung behielt sich der Herzog ausdrücklich vor.¹⁾ Eximiert von der städtischen Gerichtsbarkeit wurden wie in Landshut²⁾ zwei Personenkategorien, nämlich die höheren herzoglichen Beamten³⁾ (Räte, Sekretäre, Rent- und Mautgegenschreiber nebst ihren Ehefrauen und Witwen),⁴⁾ sowie die Geistlichen in denjenigen Fällen, in welchen sie der geistlichen Obrigkeit singulariter unterworfen waren.⁵⁾ Dieser Rechtszustand erhielt sich auch in Straubing durch zwei Säcula hindurch, bis im Anfang unsres Jahrhunderts eine grossartige Justiz- und Verwaltungsreorganisation die magistratische Jurisdiktion Straubings beseitigte und diese auch hier durch ein landesherrliches Stadtgericht ersetzte.⁶⁾

¹⁾ (Die von Str. sollen) sich doch derlei ..., ainicher begnadung, welche wür uns per expressum vorbehalten, nit understeen (Ibid.)

²⁾ S. 80.

³⁾ Diesen eximierten Personen stand auch die Befugnis zu gegen ihre Gefreunde, Ehehalten und Brodgenossen, wenn sie gegen ihre Herrschaft ein Vergehen vergingen, selbst eine Strafgewalt auszuüben, zu welchem Behufe die von Straubing die instrumenta, als Gerichtsdienner und Gefängnis zulassen sollten. Bei Vergehungen dieser Gattung der Gefreunde u. s. w., im Burgfrieden, so ihre Dienste eigentlich nicht antreffen als mit „rumorn, frais, frevel, iniurien, unzucht oder andern“ sollen die von Str. von Oberrichteramts wegen die Strafe vornehmen.

⁴⁾ Die niederen Beamten (Kanzlisten, Doctores, Advokaten, Procuratores, Stuhlschreiber) sollen nur allein, „soviel ihre von uns habende Amtsdienste betrifft, ausgenommen sein“, sonst aber zwischen ihren Frauen, Dienstboten und den anderen Bürgern kein Unterschied bezüglich der Jurisdiktion bestehen.

⁵⁾ Nach dem Konkordate von 1583, welches die Basis bildete für die fernere Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in Baiern, war die Kriminaljurisdiktion über Geistliche vollständig dem weltlichen Forum entzogen. Nur schwere Verbrecher durften verhaftet und dem Ordinarius überliefert werden. Da betreffs des Forums der Geistlichen in Civilsachen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, sollte bezüglich dieser Frage das bairische Gewohnheitsrecht entscheidend sein. (Vgl. Friedberg, Die Gränzen zwischen Staat und Kirche. Tübingen 1872. I. S. 215 f.) Ein gelegentlich der Vorverhandlungen über den Abschluss des Konkordats dem Herzoge von einer von ihm ad hoc eingesetzten Kommission erstattete Bericht besagt hierüber: Ipsorum quoque Praelatorum et personarum ecclesiasticarum in Bavaria lites, et controversiae, vel inter ipsos, vel erga alios ortae sive terminis sive bonis temporalibus aliis, ad principum tribunal spectant ... (abgedruckt bei Friedberg a. a. O. II. S. 831).

⁶⁾ Verordnungen v. 1802 u. 1803 (Maurer Gesch. d. Städtverfassung IV. S. 388).

Das Rügegericht.

Im Straubinger Stadtgerichte war die in Baiern weitverbreitete Sitte der Rügung eingeführt. Alle Gerichtsinsassen mussten auf Befragen des Richters „mit gelerten ayden sagen und swern, waz ainer von dem andern gehört und gesehen hiet, daz an daz gericht gehört“.¹⁾ Dieses Rügeverfahren war nichts anderes als die durch die karolingische Gesetzgebung eingeführte inquisitio,²⁾ durch welche der königliche Beamte aus den durch die Anzeige der vereidigten Gemeindegossen die Kenntnis derjenigen Vergehen zu erlangen suchte, welche mangels einer erhobenen Privatklage nicht zur richterlichen Kognition gebracht worden wären. Der Landfriede von 1300³⁾ hatte sodann in Baiern die Rügepflicht auf die 3 todeswürdigen Verbrechen Diebstahl, Notzucht und Todschlag beschränkt.

Der Hass und die Feindschaft, welche unter den Gemeindegossen durch das Rügeverfahren hervorgerufen wurden, erregten einen solchen Sturm der Entrüstung gegen das ganze Institut, dass es auch in dem so beschränkten Umfange sich nicht mehr erhalten konnte.⁴⁾ Herzog Albrecht entsprach diesen Volkswünschen und beseitigte in einem Straubing 1355 erteilten Privileg in dieser Stadt das Rügeverfahren — Wir . . wellen, daz wir noch dhain unser nachkomen, noch dhain unser amptläut . . dhain rügunge handeln noch für sich ewigleichen voderen süllen bei leib und bei gut.⁵⁾ Nachdem schon in Oberbaiern K. Ludwigs Land-

¹⁾ K. Ludwigs bair. Landrecht a. 266 (Freyberg IV. S. 475).

²⁾ Brunner, Zeugen- und Inquisitionsbeweis (Sitz.-Ber. d. Wiener Akad. LI. S. 216).

³⁾ Dieser Landfriede war von den Herzogen Otto, Rudolph und Stephan errichtet. a. 100: Wir setzen auch daz alle rügung absi, dann umb di dri sach, di zu dem tod ziehent, daz ist diuf, notnumft und totsleg (Qu. u. Er. VI. p. 125).

⁴⁾ Dazu kam noch der die Widerwärtigkeit erhöhende Umstand, dass die Gerichtsinsassen sich von ihrer eidlichen Denuntiationspflicht loskaufen konnten — und habent (die laeute) auch grozzen schaden da von genomen wann si iarlichen mit den richtern ab dingen muozten, daz si si dez swerns überhüben (Bair. Landrecht a. 266).

⁵⁾ Grünes Buch f. 38.

recht ¹⁾ mit der Aufhebung der Rügung vorangegangen war, beseitigte Herzog Albrecht dieselbe 1365 im ganzen Herzogtum im 11. Freibriefe ²⁾ und brachte somit das Akkusationsprinzip wieder zur allgemeinen Anerkennung.

3. Das Gerichtspersonal.

Die Urteilerfinder.

Im Stadtgerichte fungierten als Urteilerfinder, wie hervorgehoben wurde, ³⁾ sowohl Kammerer und Rat, als auch andere ehrbare Bürger, während der Ober- resp. Unterrichter die Gerichtsverhandlung leitete — sass ze Straubing mit gewaltigem stab an offner schranne von gerichtswegen. ⁴⁾ Das Kollegium des (inneren) Rats zeigt sich dagegen im Vorverfahren um Ungerichtsklagen als eine fest abgeschlossene Korporation von Urteilerfindern, die je nach der Schwere des zur Aburteilung vorliegenden Delikts den Ober- oder Unterrichter erst beiziehen musste.

In Handhabung der Strafrechtspflege machte sich auch die Bedeutung des Rats insofern besonders geltend, als hier dem Richter nicht die Leitung der Verhandlung übertragen ist, sondern Ober- resp. Unterrichter in gleicher Weise wie die Mitglieder des Rats an der Rechtsprechung Anteil nimmt — der oberrichter . . . sol mitsamt dem rate darumb urtailen. ⁵⁾ Der Richter hat dann nur für die Vollstreckung des Urteils Sorge zu tragen. ⁶⁾

Anders dagegen im Verfahren um bürgerliche Klagen. Hier war die altgermanische Trennung der richterlichen Leitungs- und Vollstreckungsfunktionen ⁷⁾, von denen der Urteilerfinder noch in

¹⁾ a. 266.

²⁾ auch wollen wir, das alle rüegung in allen unsern gerichtten furbas ab sei (Lerchenfeld S. 25) Die Aufhebung wurde noch einmal wiederholt in der Reformation des bair. Landr. von 1518 (Tit. VII. a. 10).

³⁾ S. 257.

⁴⁾ M. B. XII. p. 207.

⁵⁾ Anh. S. XII. Dasselbst auch: sol der unterrichter bei ainem rat sitzen und auch mit ertailen, was straf man denselben menschen sull anlegen.

⁶⁾ und das alsdann mit dem Zuchtiger schaffen ze thun (ibid.)

⁷⁾ Der Urteilsbrief wurde auch nur vom Richter ausgestellt. Er tritt hier als Hauptperson auf. Die Namen der Urteilerfinder werden nur erwähnt.

voller Schärfe erhalten. Die Urteilverfinder (die Mitglieder des Rats) mussten hier auf Befragen des Richters, der sich nicht bei dieser Findung des Urteils beteiligen durfte, das Urteil finden -- all des Rats und burger zu Str. die all des rechten auf ir aid verfolgt haben.¹⁾

Der Gerichtsschreiber.

Bei der innigen Verbindung zwischen Rats- und Gerichtsverfassung, welche in Str. bestand, war der Stadtschreiber natürlich zugleich mit den Funktionen eines Gerichtsschreibers betraut.²⁾ Wie in Baiern³⁾ überhaupt schon im 14. Jahrhundert der Gerichtsschreiber als ein notwendiges Glied der Gerichtsverfassung begegnet, so war auch hier das Gerichtsschreiberamt frühe zur vollständigen Ausbildung gelangt. Nach dem im Stadtbuch aufgezeichneten Eide musste der Stadtgerichtsschreiber zugleich im Landgerichte Straubing, welches seit 1434 seinen Sitz auch in der Stadt hatte,⁴⁾ die Geschäfte eines Gerichtsschreibers besorgen.⁵⁾ Die Stellung des Gerichtsschreibers war keine selbständige. Nicht nur war er

¹⁾ Urteilsbrief von 1443 (M. B. XXVI. p. 426).

²⁾ Das mehrfach erwähnte Formularbuch enthält darum eine Menge rein gerichtlicher Formularien.

³⁾ Vgl. Maurer, Gesch. d. Gerichtsverfahrens S. 144. Die Ansicht Luschin von Ebengreuths (Geschichte des älteren Gerichtswesens in Österreich. Weimar 1879. S. 132), dass das Institut des Gerichtsschreibers in Niederbaiern, wo K. Ludwigs Landrecht nicht in Geltung gewesen, nicht zur Ausbildung gelangt sei, widerlegt sich schon aus der S. 94 angeführten Stelle der von Herzog Ludwig von Niederbaiern 1474 erlassenen Landesordnung.

⁴⁾ Herzog Ernst ordnete (am 27. September 1434) an, dass man von nun an das Gericht, das man sonst auf dem Lande im Straubinger Landgerichte besessen habe, zu jeder Zeit in der Stadt Str. selbst besitze und daselbst Recht spreche um eine jede Sache, als man dann ausserhalb der Stadt in jenem Landgerichte gesprochen hatte (Reg. Bav. XIII. p. 314). Das Amt des Stadt- und Landrichters wurde gewöhnlich von 2 verschiedenen Personen versehen, doch kam vereinzelt auch eine Personalunion beider Richterposten vor z. B. 1435, in welchem Jahre Herzog Albrecht seinem Rate Hans dem Haibeck das Gericht Straubing ausser- und innerhalb der Stadt verliehen hatte, wahrscheinlich unter Zustimmung des Stadtrats bezüglich des Obergerichtsamts. (Reg. Bav. XIII. p. 337).

⁵⁾ Anh. S. XVIII: das ich ... im lantgericht und vor dem statrechten ir clag, antburt, red und widerred treulich aufschreiben ...

dem Richter und dem Rate im allgemeinen untergeordnet und zum Gehorsam verpflichtet, auch innerhalb seines Wirkungskreises fehlte ihm die ungehemmte Freiheit der Bewegung. Alle Geding, Urteil- oder Gerichtsbriefe, welche im Stadtgerichte ergingen, durfte der Gerichtsschreiber nicht auf eigene Verantwortung hinausgehen lassen, sondern er musste das Konzept erst dem Rate vorlegen und in der Ratssitzung vorlesen lassen — wes dann zevil oder zu wenig darin geschriben wär, das sol der gerichtschreiber nach des rats erkanntnus darzue setzen oder abthun, wie er des in dem rat beschaiden wirdet.¹⁾ Die Fürsprecher suchten wahrscheinlich oft zu Gunsten ihrer Partei auf die Abfassung der Gerichtsbriefe Einfluss zu gewinnen und um eine solche widerrechtliche Benachteiligung der Parteien zu verhüten, wurde, was als Motiv ausdrücklich hervorgehoben ist, diese lästige Kontrolle eingeführt. Ausser den Gedingen und Gerichtsbriefen, welche alle nach ihrer Ausstellung entweder im Gerichtsbuch kopiert oder von denen besondere Abschriften in der Stadtkammer aufbewahrt werden mussten, hatte der Gerichtsschreiber die in der Gerichtssitzung gehaltenen Parteivorträge (clag, antburt, red und widerred) aufzuschreiben. Für die von ihm gefertigten Schriftstücke und Einträge hatte er von den Parteien je nach der Qualität derselben — End-, Beiurteil, Geding, Protokoll der Gerichtsverhandlung, Eintragung einer Vertagung — amtlich festgesetzte Gebühren zu beanspruchen,²⁾ welche für den Gast doppelt so hoch als für den Bürger bemessen waren. Zur Unterstützung in seinen Amtsverrichtungen war dem Gerichtsschreiber ein Schreiber beigegeben worden.

Das gerichtliche Hilfspersonal.

Der Fronbote. — Unter den Dienern des Gerichts ist an erster Stelle zu nennen der Fronbote, von dessen Geschäftsumfang schon gelegentlich der Erörterung der Beamten des Augsburger Kapitels gesprochen wurde. In der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts entstanden auch über dieses Amt Irrungen. Die Stadt beanspruchte

¹⁾ Anh. S. XVIII; vgl. auch Anh. S. XX.

²⁾ Anh. S. XIX, XX, XXI.

für sich das Ein- und Absetzungsrecht des Fronboten und wollte dem Kapitel als Lehensherrn nur das Bestätigungsrecht des von ihr ernannten Fronboten zugestehen, während dieser an dem ihm zustehenden Ernennungsrechte festhalten wollte. Der Stadtrat berief sich darauf, dass zu den Hauptaufgaben die ihm übertragenen stadtgerichtlichen Dienstleistungen zählten. Während er für das Kapitel lediglich die diesem gehörigen Gülten einzuziehen habe, müsse er für die Stadt alle gerichtlichen Vorladungen und Arreste bewerkstelligen und der Stadtrat habe die Verantwortung für die dienstlichen Vergehungen des Fronboten dem Publikum gegenüber zu tragen.¹⁾ Die Anschauung des Stadtrats gelangte zum Siege und das Kapitel beschränkte sich darauf, den ihm vom Rate Präsentierten zu bestätigen.²⁾ Dieser leistete dann dem Augsb. Kapitel als Lehensherrn den Eid und darauf dem Straubinger Rate, seinem Herrn, seinen Amtseid,³⁾ welchen er alljährlich zu wiederholen hatte. Als die gegensätzliche Stellung des Oberrichters gegenüber dem Stadtrate entschieden zum Durchbruch kam, wurde dem Fronboten neben seinem dem Stadtrate zu leistenden Diensteid noch ein zweiter dem Oberrichter zu schwörender auferlegt.⁴⁾ Die ihm zufallenden, durch altes Herkommen bestimmten Aufgaben waren meist prozessualer Natur. Die vorzüglichsten sind: die Vorladung von Parteien und Zeugen zur Gerichtsverhandlung, die Durchführung der Exekution insbesondere die Pfändung und Beschlagnahme von Personen und Vermögen,⁵⁾ die Versteigerung (öffentliche Feilbietung) der gepfändeten Gegenstände vor Gericht, sowie Beteiligung bei der Vergantung von Immobilien.⁶⁾

¹⁾ Anh. S. XXIX.

²⁾ Anh. S. XXX.

³⁾ Anh. S. XXXI.

⁴⁾ Entsch. 1497: Item des fronpoten halben, Sol es füran also gehalten werden, das der unns, unnserm Oberrichter und dabey auch ainem Rat, und wem er vor geschworn hat, yeden tail zu seinem Rechten swern sulle, Wie dann das ain Sunder aid, Wo der bisher nit aufgeschriben wär, yez begriffen und In schirst verfast, Auch füro zu yeds fronpoten aufnemung durch Ine geschworn Werden sol (Lipowsky S. 159).

⁵⁾ Entsch. von 1497: Derselb fronpot soll auch aller gesst leib und guter, wo not thut zu recht verpieten, doch mit oberrichters erlauben, und vorwissen ains Camers und anderst nit (Lipowsky S. 159).

⁶⁾ Anh. S. XXXIV -- der fronpot sull ainen span aus der tür nemen.

Durch ihn wurde ferner der Akt des Abnehmens bethätigt, bei ihm wurde der Betrag einer Forderung deponiert,¹⁾ er hatte bei Grenzstreitigkeiten die Grenzsteine zu setzen und ähnliche Vollstreckungshandlungen durchzuführen. Für die Vornahme der einzelnen Amtshandlungen hatte der Fronbote von den Parteien die tarifmässigen Gebühren zu beanspruchen.

Der Pfänder. — Als ein Organ der Exekution, welches schon nach altem Herkommen, bestätigt durch das Privileg von 1307,²⁾ bestellt war, erscheint der Pfänder, welchen ursprünglich der Herzog oder sein Vitztum, später der Rat, einsetzte. Straubing hatte nämlich wie andere bairische Städte³⁾ das Privileg erlangt, dass seine Bürger wegen der ihnen zustehenden Forderungen im ganzen Gebiete des Herzogtums ihre Schuldner pfänden lassen durften.

Dieser Pfänder hatte nun auf Ersuchen der Parteien auswärts die Pfändungen vorzunehmen — der sol und mag umb schuld auf dem land und landgerichten oder herscheften pfenten als von alter herkomen ist.⁴⁾ Der Pfänder stand unter spezieller Aufsicht des Kammerers und nur mit dessen Genehmigung durfte er den ihn mit der Vornahme von Pfändungen beauftragenden Parteien seine Dienste widmen. Die Pfändungsgebühren waren von dem Gepfändeten, von dem Gläubiger nur dann zu entrichten, wenn der Widerspruch gegen die Pfändung durch richterliches Urteil als berechtigt anerkannt wurde.⁵⁾

Die Richtersknechte. — Zu dem niederen Gerichtspersonal gehörten noch 2 Richtersknechte,⁶⁾ welche vom Oberrichter und dem Rate aufgenommen wurden und die Aufgaben des Gerichts nach jeder Richtung zu fördern hatten. Sie waren dem Ober- und Unterrichter untergeben und hatten namentlich Verbrecher

¹⁾ Anh. S. XXXIII. (Von gelt einlegen.)

²⁾ Auch tun wir in dew genad, das wir oder unser vitztumb in einen pfenter geben sullen nach ir alter gewonhait . und das in das recht davon geschech in der stat (Grün. Buch f. 20).

³⁾ z. B. Landshut vgl. S. 128 f.; München (Wehner S. 81).

⁴⁾ Anh. S. XLII.

⁵⁾ Anh. S. XXV.

aufzuspüren und zur Anzeige zu bringen, mussten auch bei der Bewachung der Gefangenen behülflich sein.¹⁾

Der Gefängniswärter. — Zur Beaufsichtigung der in die städtische Schergenstube eingelieferten Gefangenen war ein besonderer „Amtmann“ aufgestellt. Er hatte für die sichere Verwahrung der Verhafteten einzustehen und darüber zu wachen, dass zwischen diesen und der Aussenwelt kein Verkehr unterhalten würde. Eine Entlassung der Gefangenen durfte er nur mit Genehmigung des Kammerers oder des Richters bewerkstelligen. Ausser einem Fixum an Besoldung erhielt er für jeden Gefangenen als sog. Eisenrecht 24 ſ und ausserdem noch eine Vergütung von 2 Reg. ſ für jede Mahlzeit, welche er den Gefangenen verabreichte.²⁾

Der Unterkäufel. — Als ein Exekutionshülfsorgan, welches den Fronboten in Verrichtung seiner Amtsgeschäfte zu unterstützen hatte, ist auch der Feil- oder Unterkäufel zu nennen, welcher alljährlich vom Rate aufgenommen wurde.³⁾ Seine Pflicht ist es, die gepfändeten Mobilien feilzubieten⁴⁾ und bei der Vergantung von Grundstücken mitzuwirken durch öffentliches Ausrufen und Ausbieten der zu versteigernden Immobilien vor dem Ganttermine.⁵⁾

Der Züchtiger. — Die Reihe des gerichtlichen Hülfspersonals schliesst der Züchtiger, welcher berufen war die über Verbrecher verhängten Leibes- und Lebensstrafen zu vollziehen. Bei Zuerkennung der Todesstrafe wurde der Züchtiger in den Rat

¹⁾ Ausserdem waren nach einer herzoglichen Verordnung von 1501 alle städtischen Diener verpflichtet dem Gerichte eventuell Hülfe zu leisten. „Dass ain Camrer und Rate vermellter Stat all Ir korn und Sallzmesser Vasszieher Gropper, Statknecht und der gleich diener verordnen und den ernstlich schaffen und bevelhen sollen dem gericht alhie in der stat und purgeding zu Str. mit annemung und hanthabung der vorgefennelten muetwiler, frävler ... Hilff, zueschub und beystandt ze thun (Lipowsky S. 163).

²⁾ Anh. S. XXIV.

³⁾ Siehe S. 242.

⁴⁾ Anh. S. XXXVII.

⁵⁾ Anh. S. XXXVII n 4.

beschieden und ihm hier von der Art der Todesstrafe, zu welcher der Delinquent verurteilt wurde, Kenntnis gegeben. Dem erhaltenen Befehle entsprechend musste der Züchtiger sodann zur Exekution schreiten.¹⁾

4. Die Fürsprecher.

Für die Vertretung der Parteien im Gerichte waren gewöhnlich 2, doch auch mehr verpflichtete Fürsprecher vom Rate bestellt,²⁾ welche aus der Stadtkasse jährlich eine feste Besoldung,³⁾ daneben von den Parteien, welchen sie ihre Dienste widmeten, eine bestimmte Gebühr erhielten, die sich für jede weitere Verhandlung steigerte, in welcher der Fürsprecher für dieselbe Partei thätig war. Diese Fürsprecher waren verpflichtet vor allem im Stadtgerichte ihre Thätigkeit zu entfalten und den Parteien, welche sie darum angingen, ihren Beistand im Gerichte pflichtgemäss angedeihen zu lassen.⁴⁾ Nur insoweit sie hier entbehrlich waren, durften sie auch im Gerichte des Augsburger Domkapitels oder im Landgerichte Parteivertretungen übernehmen. Da die Fürsprecher als im städtischen Dienste stehend betrachtet wurden, waren sie auch berufen in erster Linie die Interessen der Bürger wahrzunehmen. Darum war es ihnen untersagt an einem auswärtigen Gerichte die Vertretung eines Fremden gegen einen Straubinger Bürger zu übernehmen.⁵⁾

¹⁾ Anh. S. XXVI.

²⁾ Als 1487 Räte der Herzoge Georg und Albrecht in Erding zur Beratung einer Reformation von K. Ludwigs Landrecht zusammentraten, welches in allen Gebietsteilen der beiden Herzoge eingeführt werden sollte, schlugen sie folgende veränderte Fassung des a. 12 vor: Es soll bey jedem Gericht eine Anzahl, zum mindesten zween geschworne Vorsprecher sein, und eine jede Parthay Macht haben, ihre Sache und Nothdurft selbst, oder durch einen Vorsprecher, den er dazu vermag oder bestellt, im Rechten fürbringen (Krenner XII. S. 88 f.). Schon 1444 war dasselbe für den Münchner Landesteil vorgeschlagen (Krenner I. S. 165 f.)

³⁾ Anh. S. XXVIII. Diese Besoldung ward nach der Tüchtigkeit eines Fürsprechers verschieden bemessen und betrug gewöhnlich 3 $\bar{n}$ Reg. $\mathfrak{S}$.

⁴⁾ Ibid. — das wir auch ainem jeden sein notturft im rechten trewlich fürbringen.

⁵⁾ das wir . . . ausserhalb (der stat) kainem ausmann wider kainen burger nit reden.

Wie in Niederbaiern¹⁾ überhaupt Fürsprecher sich zugleich häufig bei der Urteilsfindung beteiligten, so finden wir, dass auch in Straubing die berufsmässigen Fürsprecher diejenigen waren, welche unter den Urteilsfindern zuerst ihre Stimme abgaben.²⁾ Dem Ausspruche dieser zuerst um ihre Meinung befragten Fürsprecher leisteten dann die übrigen Urteilsfinder gewöhnlich Folge, so dass dieser als Urteil anerkannt zu werden pflegte. Diese Rolle von Urteilsvorschlagern spielten die Fürsprecher auch in denjenigen Prozessen, in welchen sie für eine Partei aufgetreten waren.³⁾ Dass in einem solchen Falle das von ihnen vorgeschlagene Urteil sich mit dem Antrage, welchen sie für die von ihnen vertretene Partei gestellt hatten, in Einklang befunden haben dürfte, liegt auf der Hand. Es ward somit durch diese Einrichtung eine unparteiische Handhabung der Rechtspflege wenig gefördert und es entsprach nur einer Forderung der Gerechtigkeit, wenn die Landesordnungen von 1491 und 1501⁴⁾ dem Andrängen der Landstände folgend für Niederbaiern den Missbrauch abstellten, dass die Fürsprecher, welche sich mit den Interessen einer Partei identifiziert hatten, in derselben Sache ein Urteil finden durften.

IV. Das gerichtliche Verfahren.

Die Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens war das Ziel einer Reform der Prozessvorschriften, welche Kammerer und Rat Straubings ins Werk setzten zur Abschneidung der bisher entstandenen Irrungen „mit bot, aufheben und verziehen der rechten.“

Auch der Herzog war seinerseits bemüht den an ihn gekommenen Beschwerden wegen Verzögerung der Prozesse abzuhelpen

¹⁾ Vgl. v. d. Pfordten Studien S. 320 f.

²⁾ z. B. 1443: Des rechten sind vorsprechen gewesen hanns Cr., h. w. und j. R. (M. B. XXVI. p. 426).

³⁾ 1384: Und pat darumb zu fragen, was recht wer, da ward gefragt Heinrich der Sleicher meiner Heren Vorsprech zu Straubing, der ertailt auf seinen Ayd — der Urtail ward vervolget an der... (M. B. XII. p. 207).

⁴⁾ Vgl. S. 105.

und schärfte ein, dass wöchentlich eine Gerichtssitzung abgehalten werden müsse, zu welcher das erforderliche Gerichtspersonal zu erscheinen verpflichtet sei.¹⁾ Er behielt sich vor, sobald das Bedürfnis eine Vermehrung der Gerichtssitzungen erforderlich mache, eine solche anzuordnen.

Der Prozess, wie er im Stadtbuche seine Normierung gefunden hatte, ruhte noch auf dem altdeutschen Prinzip der Mündlichkeit. Wenn auch manche Spuren einer aufkommenden Schriftlichkeit bereits bemerkbar sind, erscheinen diese nicht so stark, um die alten Wurzeln des einheimischen Rechtsgangs zu untergraben. Nicht nur das Urteil wird schriftlich fixiert, auch andere prozessuale Handlungen,²⁾ Parteivorträge, welche mündlich gehalten werden, müssen vom Gerichtsschreiber aufgezeichnet werden. Dem Bedürfnisse über solche wichtige Prozessvorgänge dauernde Kunde beim Gerichte zu bewahren, entsprach man auch hier durch Anlegung eines Gerichtsbuchs. So waren der Einführung des schriftlichen Prozesses³⁾ die Wege geebnet und die bairische Gesetzgebung aus dem Anfange des 16. Jahrhunderts⁴⁾ beseitigte die angebahnte Entwicklung vollendend die noch vorhandenen Reste des mündlichen Verfahrens und brachte nach dem Vorgange des

¹⁾ Entscheidung von 1497: Dann der rechte tag halben, so gewondlich alhie in Unnser stat zu fuderlicher Rechtfertigung der sachen gehalten werden sullen, befinden wir nit wenig gepruchs Sunder schwär Verzug, auffhaltung, und lenngerung des Rechten, Auf das wellen wir hiemit entschiden und ernnstlich bevolhen haben, das In yeder wochen ains yeden Jars wo nit gemain feir gewondlichs stillstans der Rechten Irrung tragen an Unnderlas ain Rechttag sey, den der Richter, Rechtsprecher und annder darzu gehörig mit vleis suchen, und dem yeds tags auf drey stund, Wo die menig der Sachen das eraischen, Wie sich gepurt gewartten sullen, also das derselbe Rechttag albeg ain Freytag und wo der durch feier oder annder Eehafft not verhindert wurde, an ainem Anndern tag Vor oder nach wochenlich anverhinderung gehalten werden, doch mit Vorbehaltung ob wir, unnser erben und nachkomen merung der Rechttag, für zu nemen not sein achten Wurden, das wir des zu furderung Rechters in künftig Zeit gut macht Haben sullen und Wellen (Lipowsky S. 159 f.)

²⁾ Der Gerichtsschreiber schwört der Parteien Klag, Antwort, Red und Widerred treulich aufzuschreiben (Anh. S. XVIII).

³⁾ Vgl. über das Aufkommen des schriftlichen Prozesses Stölzel, Entw. d. gel. Richterthums I. S. 177 ff.

⁴⁾ Reformation des bairischen Landrechts 1518; Gerichtsordnung des Fürstentums Ober- und Niederbaiern 1520.

Reichskammergerichts das Prinzip der Schriftlichkeit nach den Grundsätzen des kanonischen Rechts auch zur unbedingten Herrschaft im bairischen Prozessrechte.¹⁾

1. Der Gang des Verfahrens.

Ladung. — Die Vorladung des Beklagten, welche auch hier notwendig war, erfolgte (mündlich) auf Betreiben des Klägers durch den geschwornen Fronboten oder dessen vereideten Diener; der einheimische Kläger konnte am Tage vor der Gerichtssitzung, der fremde noch am Gerichtstage selbst die Ladung bewerkstelligen lassen.²⁾ Dieser erste Vorladungsakt begründet für den Beklagten keine Einlassungspflicht, er braucht von demselben überhaupt keine Notiz zu nehmen. Ist letzteres der Fall, dann bleibt dem Kläger nichts übrig, als eine Wiederholung der Ladung zu einer folgenden Gerichtssitzung vornehmen zu lassen. Diese zweite Ladung durfte der Beklagte nicht ignorieren. Wollte er derselben nicht Folge leisten, so war er befugt beim Richter eine Verschiebung des Termins bis zur nächsten Gerichtssitzung, also gewöhnlich auf 8 Tage, zu beantragen. Zu dieser aber war der Beklagte zur Beantwortung der Klage verpflichtet.³⁾ Es war also regelmässig eine zweimalige Vorladung erforderlich.⁴⁾ Anders bei Klagen eines Gastes gegen einen Einheimischen. Hier wird die Einlassungspflicht des Beklagten sofort existent; nur zwingende Entschuldigungsgründe können den Beklagten von der Beantwortung der Klage in der ersten Gerichtssitzung befreien und eine Vertagung durch den Richter bewirken. Eine weitere Vertagung

¹⁾ Maurer, Gesch. d. Gerichtsverf. S. 342 ff.

²⁾ Anh. S. XXXV n. 1.

³⁾ Anh. S. XXXV n. 2 — so sol alsdann der antburter dem clager entlich antburten.

⁴⁾ Ursprünglich war im Konzeptbuche auch die Verschiebung der Verhandlung auf eine 3. Gerichtssitzung für zulässig erklärt. Eine weitere Vertagung sollte der Richter nur dann aussprechen können, wenn der anwesende Beklagte eidlich erhärtete, „das er solich redlich ursach oder mengel hab, dadurch er zu demselben rechten nit geantwurten mug“. Doch hat man, um der bisherigen Verschleppung der Prozesse einen Riegel vorzuschieben, diese Bestimmung des Entwurfs mit Recht nicht acceptiert (Anm. zu Anh. S. XXXV n. 3).

darf auch hier nur ausnahmsweise erfolgen — sol der burger . . kainen verzug mer haben, dann was sich auf brief, gezewgnus oder weisung mit recht begäb.¹⁾

Wenn der beklagte Bürger auf die Klage des Gastes überhaupt nicht reagiert und nicht einmal einen Vertagungsantrag stellt — so wirt dem gast wartung ertailt, das er desselbens des nachsten rechten darnach sull warten. In der 2. Gerichtssitzung wird sodann auch in Abwesenheit des Beklagten zur Verhandlung der Sache und zur Erlassung eines definitiven Erkenntnisses geschritten.²⁾

Wenn aber Jemand zufällig in einer Gerichtssitzung zugegen war, so war er schuldig sich auf die sofort gegen ihn erhobene Klage einzulassen, nur bei Berufung auf zwingende Abhaltungsgründe konnte er mit Zustimmung des Richters und Kammerers von einer sofortigen Durchführung der Verhandlung über die gegen ihn erhobene Klage abstehen und eine Vertagung derselben erzielen. Bei einer solchen Vertagung teilt der Richter dem Beklagten mit, dass es einer nochmaligen Vorladung nicht bedürfe, sondern dass der Beklagte, ohne eine solche abzuwarten, sich in der nächsten Gerichtssitzung zur Verhandlung der Sache einzufinden verpflichtet sei.³⁾ Zur Begründung dieser Vorschrift wird auf die schlimme Erfahrung hingewiesen, dass Viele eine Vertagung der Verhandlung erwirken und sich dann absichtlich der Ladung entziehen.⁴⁾

Beweis. — Unter den Beweismitteln nimmt die erste Stelle ein der Eid der Partei, mit welchem das Handgelöbnis derselben konkurriert. Dieses griff platz, wenn der Prozessgegenstand von

¹⁾ Anh. S. XXXVI n. 1.

²⁾ Anh. S. XXXVI n. 3.

³⁾ Im Entwurfe war zwar auch von der Pflicht einer Wiederholung des Ladungsaktes zu der vertagten Gerichtssitzung Umgang genommen, doch sollte die Pflicht bestehen „das recht verkünden lassen in 8 tagen vor dem rechttag oder an dem rechtabent“. Diese Verkündigung des angesetzten Gerichtstags, welche im sächsischen Rechte vorkommt (Planck I. S. 343), und die praktisch einer Erneuerung der Vorladung gleich kam, wurde deshalb als unpraktisch verworfen (Anm. zu Anh. XXXV n. 2).

⁴⁾ wann etlich erpieten sich aus und wellen sich darnach mit pot nit vinden lassen. das wollen mein herrn nicht gehabt haben (Anh. S. XXXV n. 5).

geringem Werte war, wenn der Wert desselben weniger als 1 ₰ Reg. ʒ betrug — und so ainer den andern umb schuld beclagt, ist der schuld über 1 ₰ reg. ʒ, die sol ain bestätten mit seinem aid als recht ist. wär aber di schuld hinter 1 ₰, die mag ainer bestätten bei seinen trewen an aides stat.¹⁾

Für den Eid der Juden war auch hier eine besondere Eidesformel festgesetzt worden,²⁾ welche wohl Anklänge an eine alte fränkische³⁾ Formel und an den Judeneid des Schwabenspiegels⁴⁾ verrät, aber sich durch eine wohlthuende Kürze und eine starke Vereinfachung, namentlich letzterer gegenüber, auszeichnet und eine gewisse Selbständigkeit in der Abfassung aufweist. Die in Deutschland vielfach wiederkehrende Vorschrift,⁵⁾ dass der Jude bei der Eidesleistung die rechte Hand bis ans Gelenk in die 5 Bücher Mosis stecken sollte, wird auch hier eingeschärft.

Gegenüber den verhöhrenden Demüthigungen, welche sich die Juden an vielen Orten bei der Eidesleistung gefallen lassen mussten, zeigt sich in Straubing eine schonungsvolle Rücksicht bei diesem Akte. Dieselbe geht sogar soweit, dass der Jude den Eid in seinem eignen Hause in Gegenwart des Gerichtsschreibers und zweier gesworn purger (Ratsmitglieder) schwören darf.⁶⁾

Dem Eide reihen sich als Beweismittel an: Zeugen und Urkunden⁷⁾ und Augenscheineinnahme.⁸⁾

¹⁾ Anh. S. XXXV n. 3.

²⁾ Anh. S. XXXVII.

³⁾ Stobbe, Die Juden S. 156.

⁴⁾ ed. Gengler c. 215.

⁵⁾ Siehe S. 115.

⁶⁾ Und wann es ainem juden mit dem rechten ertailt wurd, das er ainen aid umb sein geltschult swern sol, der sol denselben aid swern in seinem haus vor zwain gesworn purgern und dem gesworn gerichtschreiber (Privileg des Herzogs Albrecht von 1434 im Kop.-B. f. 18).

⁷⁾ Bei Klagen wegen Forderungen, deren Existenz durch solche Beweismittel konstatiert werden kann, darf eine nochmalige Vertagung stattfinden. (Anh. S. XXXVI n. 1.)

⁸⁾ Dieses Beweismittel findet im Verfahren wegen Baustreitigkeiten Anwendung. Die Baukommission soll „besichten, brief, leut und wes not ist verhörn“ (Priv. Herzog Albrechts v. 1494 im Kop.-B.).

Gegen einen Juden konnte ein Zeugenbeweis gültig nur durch glaubwürdige Christen und Juden ¹⁾ geführt werden — auch ²⁾ so sol noch enmag si (die juden) niemand überzeugen dann mit erbern gesessen cristen und juden, den darumb zu glauben sei.³⁾

Abnehmen. — Ein ganz eigentümliches Institut findet im Straubinger Stadtbuch unter der Bezeichnung „Abnehmen“ seine Regelung. Die nicht ganz klare Fassung der betreffenden Stellen bietet der Erklärung grosse Schwierigkeit, zumal Anhaltspunkte in analogen Instituten anderer Rechtsquellen nicht gegeben sind, so dass die folgende Darstellung nicht als eine abschliessende betrachtet werden kann.⁴⁾

Das Abnehmen ist ein Institut des Prozessrechts. Es dürfte sich bei demselben um eine mit prozessualer Wirkung versehene Kündigung⁵⁾ einer unbefristeten Forderung handeln. Jeder Schuldner hatte nämlich das Recht seinem Gläubiger eine diesem zustehende Forderung zu kündigen, falls ein Rückzahlungstermin bei Kontrahierung der Schuld nicht vereinbart worden war. Diesem Kündigungsakte wohnte die Wirkung bei,⁶⁾ dass nun der Fälligkeitstermin fixiert wird und 14 Tage vom Zeitpunkte der Kündigung an eintritt.

¹⁾ Vgl. S. 115.

²⁾ Privileg Herzog Albrechts von 1434 (Kop.-B. f. 18).

³⁾ Als Herzog Johann 1422 den Juden Michel und seine Angehörigen in seinen Schutz nimmt, erkennt er im Schutzbriefe ausdrücklich an, dass man gegen diese nur mit 2 unparteiischen Christen und 2 Juden zeugen dürfe (Wiener, Regesten S. 187).

⁴⁾ Für die mir von kompetenter Seite ausgesprochene Vermutung, es möchten die betreffenden Stellen aus einer fremden Quelle übersetzt sein, bot sich mir bis jetzt keine Bestätigung, indem es nicht gelang eine Bestimmung in einer fremden Rechtsquelle zu finden, welcher die Satzungen über „Abnehmen“ entnommen sein könnten.

⁵⁾ abnehmen in dem Sinne von liberare aufzufassen, also sich in Folge der Kündigung von einer Schuld (durch den nun zeitlich fixierten Fälligkeitstermin) befreien.

⁶⁾ Anh. S. XLI: Item wo auch ainer den andern umb schuld abnimbt, das mag ain ieder tun durch den fronpoten auf 14 tag. — Anh. S. XXXII n. 7: Item so mag sich ein ieder burger umb schuld abnemen [lassen] nach der statrechten auf 14 tag.

Die Verbindlichkeit, deren Tilgung ohne Festsetzung eines Leistungstermins nicht erzwungen werden kann, erhält erst in Folge der durch das Abnehmen bewirkten zeitlichen Begrenzung eine praktische Bedeutung.¹⁾

Die Kündigung wurde bewerkstelligt durch den Fronboten, welcher dieselbe in ein Register eintragen musste, nachdem der die Kündigung veranlassende Schuldner die Höhe der Schuldsumme genau angegeben hatte.²⁾

Der Gläubiger, welcher sich zu jeder Zeit eine solche 14tägige Kündigung gefallen lassen musste,³⁾ hatte nach Ablauf der 14 Tage die erfolgte Kündigung durch den Gerichtsschreiber oder Fronboten vor dem Gerichte resp. dem Stadtrate konstatieren zu lassen.⁴⁾ Diese gerichtliche Konstatierung des Abnehmens hatte dann die Wirkung einer durch gerichtliches Urteil anerkannten Forderung; sie überhob den Gläubiger der Pflicht einer weiteren Klagestellung und Prozessführung, wenn der Schuldner trotz des Abnehmens nach Ablauf der 14tägigen Frist nicht Zahlung leistete, denn sein Anspruch hatte ja bereits eine judikatmässige Anerkennung gefunden. Da die Forderung jetzt gerichtlich festgestellt war, erschien der Schuldner nicht zur sofortigen Zahlung verpflichtet, sondern er genoss nun die Vergünstigung der im deutschen Rechtsleben ausgebildeten gerichtlichen Zahlungsfristen,⁵⁾ d. h. er konnte erst

¹⁾ Bei Forderungen ohne bestimmten Zahltermin wird zur Fälligkeit eine Aufforderung des Gläubigers, an den Schuldner Zahlung zu leisten, verlangt vom Bamberger Stadtr. § 351 (Zöpfl U.-B. S. 98 f.), bair. L.-R. a. 290 (Freyberg S. 483); vgl. Löning, Vertragsbruch S. 167 f.

²⁾ Anh. S. XLI.

³⁾ Anh. S. XLI: sich sol auch ein ieder auf 14 tag abnemen lassen; vgl. auch Anh. S. XXXII n. 7.

⁴⁾ Anh. S. XLI: und der, der also umb schuld abgenomen wirdet, sol sein abnemen durch die geschworen gerichtschreiber und fronpoten zu den nachsten angenden rechten nach den 14 tagen oder ob in der zeit nicht statrecht gehalten würd, vor dem rate fürbringen und nach seinem fürbringen sol er sein schuld zu demselben erlangt und behabt haben und der ausgericht werden als der stat recht ist. Ebenso Anh. S. XXXII n. 7.

⁵⁾ Vgl. über diese Löning Vertragsbruch S. 266 ff., bes. S. 280 ff.

eine bestimmte Zeit nach dieser gerichtlichen Konstatierung zur Zahlung gezwungen werden.¹⁾

Der Gläubiger konnte also nach Ablauf der gerichtlichen Zahlungsfrist zur exekutorischen Beitreibung seiner Forderung schreiten — darnach sol er dasselb abnehmen zu dem nächsten rechten . . . fürbringen und darauf sein schuld erlangt und behabt haben. . . . darnach . . . umb pfant eingen und die austragen für den vailkeufel und darnach verganten als der stat recht ist.²⁾

Das Abnehmen durfte, soferne der Schuldner ein Gast war, erfolgen nur umb anhellig wissenlich schuld.³⁾ War die Forderung nicht liquid und ergaben sich Differenzen, welche einer Feststellung durch gerichtliches Verfahren bedurften, so hatte das Abnehmen keine Geltung. Sobald der Gläubiger eine Behauptung des Schuldners über Umfang oder Art der Forderung bestritt, so dass der Schuldner genötigt war sich auf eine Klage einzulassen, musste der Prozess durchgeführt werden, eine weitere Vertagung durfte nicht platz greifen — kumbt aber der burger dem gast in antburt, so mag er sich fürbas nimer abnehmen [lassen] noch kainen verzug oder aufheben mer haben.⁴⁾

Wo ein gegenseitiges Schuldverhältnis zwischen den beiden Kontrahenten vorlag, wo diese im Verhältnisse wechselseitiger Abrechnung zu einander standen, musste die Höhe der Forderung erst auf dem Wege der Abrechnung ermittelt werden, welche Abrechnung wohl während der Gerichtssitzung, aber nicht als prozessualer Akt erfolgte — so sol die rechnung hinder dem ring geschehen, dieweil der richter an dem rechten sitzt.⁵⁾

Zahlungsbefehl. — Nicht immer bildete ein gerichtliches Urteil die notwendige Voraussetzung für die Durchführung der Zwangsvollstreckung. Einer richterlichen Feststellung des klägerischen Anspruchs bedurfte es da nicht, wo dieser seinem Dasein

¹⁾ Anh. S. XLV.

²⁾ Anh. S. XXXII n. 7.

³⁾ Anh. S. XXXVI n. 2.

⁴⁾ Anh. S. XXXVI n. 2.

⁵⁾ Anh. S. XLI.

und Umfange nach feststand, wo die Forderung vom Gläubiger anerkannt war, wo es sich um eine bekannte Schuld handelte. Es war ein dem bairischen Rechte eigentümliches Institut,¹⁾ dass auf Antrag des Gläubigers sofort vom Gerichte ein Zahlbefehl erlassen wurde, welcher den Fronboten zur sofortigen Exekution ermächtigte, falls der Schuldner die Richtigkeit der Forderung anerkannte. Nur wenn der Schuldner die Forderung bestritt, Einreden gegen dieselbe geltend machte, musste der Weg Rechts beschritten, also der Prozess durchgeführt werden.²⁾

Zur Erlassung eines solchen Zahlungsbefehls war in Straubing der Kammerer kompetent. Derselbe enthielt die obrigkeitliche Auflage an den Schuldner innerhalb einer bestimmten Frist — 4 Wochen, wenn der Gläubiger Bürger, 14 Tage, wenn er Gast war — seine Verbindlichkeit zu erfüllen („ain ieder statkamerer . . hat . . mit ainem ieden burger oder burgerin, wo ainer dem andern schuldig ist und der schuld anhellig und bekänntlich ist, mit einem ieden zu schaffen den andern seiner anhelligen schuld zu bezalen in 4 wochen“.)³⁾ Dass das Schuldanerkenntnis im Prozesse erfolgte,⁴⁾ erschien nicht nötig; auch jede Art eines ausser-

¹⁾ Vgl. Löning Vertragsbruch S. 187 ff.

²⁾ Bair. Landr. a. 293 (Freyberg IV, 293): ob er dez gelihen geltz an laugen ist; laugent aber er sein, so sol zwischen ir geschehen waz recht ist; vgl. auch Münchner Stadtr. a. 30 (Auer S. 14).

³⁾ Anh. S. XLV.

⁴⁾ Mit der Ansicht Lönings (Vertragsbruch S. 180), dass auch bei bekannter Schuld Feststellung des Verhandlungsergebnisses durch Urteil eintrete, steht auch das Straubinger Recht nicht im Einklang, welches eine Bestätigung von Meiboms (Pfandrecht S. 44 ff.) Ausführungen enthält. In Straubing ist es nicht der dem Gerichte vorsitzende Stadtrichter, sondern der Stadtkammerer, welchem die Erlassung von Zahlungsbefehlen zufällt, obwohl er sonst im Civilprozeße keinerlei Funktionen des Richters zu versehen hat, sondern gewöhnlich unter dem Vorsitze dieses Richters mit andern Bürgern an der Urteilsfindung Anteil nimmt. Der Zusatz im Stadtbuch (Anh. S. XLV): „den artikel hat man vorher gehalten zu den zeiten, do man nicht all wochen recht gehalten hat“ gibt ja über den Entstehungsgrund Aufschluss. Es sollte dem Gläubiger zu jeder Zeit gegen den Schuldner (bei bekannter Schuld) sein Recht verholten werden und er deshalb nicht zur Erlangung eines Zahlungsbefehls erst auf eine vielleicht viel später stattfindende Gerichtssitzung warten müssen.

gerichtlichen Schuldbekennnisses¹⁾ verpflichtet den Kammerer zur Erlassung eines Zahlungsbefehls auf den vom Gläubiger gestellten Antrag. War die Zahlungsfrist verstrichen, ohne dass der Schuldner dem Zahlungsbefehle entsprochen hatte, so wurde die Zwangsvollstreckung durchgeführt.²⁾

Gerichtskosten. — Die Verurteilung zur Zahlung einer Forderung hat für den Verurteilten auch die Verpflichtung zur Zahlung der Gerichtskosten im Gefolge.

Es ist also nicht erforderlich, dass der Sieger im Rechtsstreite gegen den Unterlegenen eine neue Klage wegen Zahlung der Kosten erhebt, der Betrag derselben muss jedoch im Hauptprozesse wenigstens angegeben werden — so sol er (der Sieger) auch sein gerichtsschäden, die wissenlich sind und fürbracht sollen werden, auch an recht zu demselben erlangt und behabt haben.³⁾

Succumbenzbusse. — Der Grundsatz des deutschen Rechts, dass die in einem Prozesse unterliegende Partei sich durch die Verfolgung eines materiell unbegründeten Anspruchs⁴⁾ eines Unrechts schuldig mache, welches durch eine Prozessesstrafe gesühnt werden müsse, kam auch in Straubing zur praktischen Geltung. Die Strafe erhöhte sich, wenn die Partei erst in Folge des Eides des Gegners unterlag⁵⁾ oder ihren ungerechten Anspruch im Wege der Berufung geltend machte.⁶⁾ Diese Momente fielen mit Recht als erschwerende bei Festsetzung der Strafe ins Gewicht, da die Schuld des Unterliegenden sich steigerte, wenn er sogar den Gegner

¹⁾ Wenn der Schuldner bei dem den Zahlungsbefehl überbringenden Fronboten eine Einrede gegen die Forderung erhob, wurde eben das gerichtliche Verfahren eingeleitet und durchgeführt.

²⁾ Anh. S. XLV: darnach, so er nit bezalt wurd, völlige pfant zu schaffen, zu verganten als der stat recht ist.

³⁾ Anh. S. XL.

⁴⁾ Siehe S. 116.

⁵⁾ Vgl. Löning Vertragsbruch S. 333.

⁶⁾ Anh. S. XXII: wann ein burger zu Str. vor dem stattrechten das recht verleust und darumb wandlpör wirt, der ist dem richter zu wandel nach gnaden nit mer schuldig dann 12 Reg. 5; aber nach dem aid oder vor dem geding ist es nach gnaden 72 5.

zur Leistung eines Eides zwang, um seinen ungerechten Anspruch durchzusetzen oder, wenn er mit solcher Hartnäckigkeit das ihm entgegenstehende bessere Recht der Gegenpartei zu gefährden suchte, dass er selbst nicht vor der Ergreifung des Rechtsmittels zurückschreckte und bei nochmaliger Verhandlung des Prozesses vor dem Hofgerichte zähe an seinem gegen das materielle Recht verstossenden Anspruche festhielt. Beim Verluste eines Gedings wurde auch die Succumbenzbusse des unterliegenden Fremden viel höher bemessen als die des unterliegenden Bürgers.¹⁾

2. Die Rechtsmittel.

Die Parteien brauchten sich bei dem erstinstanziellen Urteile nicht zu beruhigen, sondern konnten, wenn sie mit demselben unzufrieden waren, versuchen von einem höheren Richter ein günstigeres Urteil zu erzielen. Die Möglichkeit hierzu bot auch in Straubing das Geding gegen Hof, welches wir bereits als ein Erzeugnis der bairischen Rechtsbildung kennen gelernt haben.²⁾ Appellationsprivilegien, wie solche in Landshut dem Stadtrat verliehen worden waren,³⁾ hatte Straubing nicht erlangt. Hier musste gegen jedes vom Stadtgerichte gefällte Urteil zum Hofgerichte gedingt werden.

Seitdem Straubing (1353) zur Residenz eines selbständigen Herzogtums erhoben worden war, blieb hier, auch nachdem Straubing (1429) in das Herzogtum Baiern-München einverleibt⁴⁾ und die Wiedervereinigung Baierns (1505) durchgeführt war, der Sitz eines Hofgerichts. Ungefähr bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts war das Hofgericht kein ständiges Gerichtskollegium, sondern je nach Bedürfnis wurde zur Entscheidung einzelner vorliegender Rechtsstreitigkeiten eine Konstituierung ad hoc vom Herzoge angeordnet. Später bildete sich die Ständigkeit des Hofgerichts in

¹⁾ Anh. S. XXIII: Die Strafe des Bürgers konnte sich auf 72 $\mathfrak{S}$, die des Gastes bis auf 2 $\mathfrak{R}$ reg. $\mathfrak{S}$ belaufen.

²⁾ Siehe S. 118.

³⁾ Siehe S. 74 f.

⁴⁾ Siehe S. 211.

der Weise aus, dass es zu bestimmten Zeiten des Jahres abgehalten wurde,¹⁾ bis etwa mit dem Beginne des 16. Jahrhunderts dasselbe als permanentes Gerichtskolleg ununterbrochen in Thätigkeit blieb.²⁾ Als Vorsitzender desselben fungierte gewöhnlich der Vitztum,³⁾ zu Beisitzern wurden Landleute und Räte am Hofe speziell berufen. Mit der Ausbildung der Ständigkeit des Kollegiums wurde die Verbindung zwischen dem Hofgericht und dem Vitztumamt, später Regierung und Regiment genannt, immer inniger, der Vitztum präsierte dann regelmässig als Hofrichter, während die Regimentsräte, unter welchen die Doctores juris seit dem Ende des 15. Jahrhunderts regelmässig vertreten waren, als Beisitzer Recht sprachen.⁴⁾ Während anfangs die doppelseitige Thätigkeit des Vitztums und seiner Räte, je nachdem sie als Hofgericht oder als Vitztumamt handelten, unterschieden ward,⁵⁾ wurde eine vollständige Verschmelzung durchgeführt durch die Ratsordnung für das Regiment Straubing von 1551,⁶⁾ wenn auch traditionell noch von Hofgerichtssachen die Rede war und es vorzugsweise als Aufgabe der gelehrten Räte betrachtet wurde, diese neben ihren anderen Ratsgeschäften zu erledigen und für die jurisdiktionelle

¹⁾ Für Niederbaiern wurden so durch die Landesordnung von 1474 vier Hofgerichtstermine festgesetzt (Krenner VII, 509).

²⁾ In der Schrift „Das königliche Hofgericht für das Unterland Baiern“ S. 28 ff. wird ein bis 1504 zurückreichendes Gerichtsprotokoll des Straubinger Hofgerichts im Auszuge veröffentlicht. Von 1508 an werden Sitzungen des Hofgerichts alltäglich angeführt (Ibid. S. 30 f.)

³⁾ Notwendig war dies nicht, denn 1464 fungierte beispielsweise einmal H. von Degenberg als Hofrichter, der Vitztum H. Nothafft wurde erster Beisitzer (Mon. Boic. XII. p. 255), während in demselben Jahre ein anderes Mal wieder der Letztere an der Spitze des Hofgerichts stand. Als Beisitzer werden zugleich angeführt: der Pfarrer zu Straubing, der Probst zu Münster, der Erbmarschall N., der Rentmeister und noch 7 Landleute (Buchner, Gesch. von Bayern. München 1840. VI. S. 250).

⁴⁾ Im Protokoll 1504 (königl. Hofger. S. 34) heisst es: assessores et iudicatores illarum appellationum fuerunt: Vicedom, S. pastor, H. Doctor, Licentiat P., S. Ritter, W. oberrichter, S. rentmaister, S. Cantzler.

⁵⁾ Vgl. Königl. Hofger. S. 46.

⁶⁾ 2. Mai; gleichlautend mit derselben sind die in dem nämlichen Jahre von Albrecht V. erlassenen Instruktionen für den Hofrat zu München und die Regierungen zu Landshut und Burghausen.

Thätigkeit der Regierung¹⁾ einige besondere Bestimmungen getroffen waren.²⁾

Nur wenige formelle Vorschriften über das Dingen waren dem Straubinger Rechte eigentümlich. Es ist hier zu erinnern an die schon angeführte Bestimmung, dass der Gerichtsschreiber bei allen gegen stadtgerichtliche Urteile erhobenen Berufungen das Konzept der Berufungsschrift im Stadtrate verlesen und nach dessen Beschluss Änderungen vornehmen musste, damit nicht durch unrichtige Schilderung der stadtgerichtlichen Verhandlung seitens der Fürsprecher eine Beeinträchtigung der Parteien herbeigeführt würde.³⁾

Die von jedem Geding an den Richter (für das Siegel), den Gerichtsschreiber und die beiden Fürsprecher geschuldete Gebühr von $\frac{1}{2}$ ₰ reg. $\mathfrak{S}$ fiel zu 2 Drittteilen der Partei, welche dinge, zu ein Drittel dem Gegner zur Last.⁴⁾

In dem Privileg von 1434 wird dann noch den Straubinger Juden ausdrücklich das Recht zugesprochen gegen alle für sie beschwerlichen Urteile ein Geding gen Hof einzulegen.⁵⁾

¹⁾ So heisst es in der erwähnten Straubinger Ratsordnung: „dieweil unser vitztumb das haubt in unserm rat alhie und seines ambtes ist alle unordnung im rate abzustellen, dergleichen auch die sachen, damit si durch schleunig doch wolbedechnliche beratschlagung, erkanntnus und ratsbeschluss unverzogenlich erledigt...“ Ferner: „nachdem auch die handlungen dermassen teglichs haufen, das man die recht- und summari sachen, auch geding oder appellationes und was also handlungen sind, darin vil schriften und acten zusammen kommen zu gewondlicher ratzeit nit erledigen kan“; deshalb sollten täglich 6–8 Räte zur Erledigung solcher Sachen 2 Nachmittagsstunden verwenden. Ferner: „damit unsere rete und sonderlich die gelerten an verrichtung unserer rats- und hofgerichtssachen dester weniger verhindert werden“... sollten sie mit Vormundschaften verschont werden (Kgl. Kreisarchiv Landshut, Civilakten F. 468 n. 24 c.)

²⁾ Während in der Ordnung von 1551 vorgeschrieben war, dass die Beurteile „von hofgerichten zu hofgerichten oder ‘zum lengsten auf das ander hofgericht‘ erledigt werden müssten, wird in der verbesserten Ordnung vom 2. Dez. 1574 gesagt, dass der Sekretär von einem Regimentsrechtstag zum andern ein Verzeichnis der Akten zu übergeben habe (Kreisarchiv Landsh. l. c.).

³⁾ Anh. S. XX: und was geding vor dem statrechten ausgeen ... das kain tail durch di vorsprechen unpillichen nit überschriben werd anders dann wie in dem rechten herkomen ist.

⁴⁾ Anh. S. XXII.

⁵⁾ Wer auch mit den obgen. juden ze schaffen gewunn mit dem rechten,

3. Das Vollstreckungsverfahren.

Arrest. — Um die Realisierung eines durch Zahlungsbefehl oder durch gerichtliches Urteil festgestellten Anspruchs zu ermöglichen, war es vor allem nötig den die Zahlung weigernden Schuldner oder dessen Güter dem Machtbereiche der städtischen Gerichtsbarkeit zu sichern, in deren Wirkungskreis die Exekution fiel. Die Gefahr bei Nichterfüllung der Verbindlichkeit des Schuldners gegen diesen die Zwangsvollstreckung nicht durchführen zu können, erschien am grössten, wenn dieser ein Fremder war. Den Gast vermochte der Arm der stadtgerichtlichen Zwangsgewalt meist nicht zu erreichen. Die Persönlichkeit des Schuldners begründet hier wirksam die Befugnis der Unmöglichkeit einer eventuellen Exekution¹⁾ und liess die Ausübung eines vorsorglichen Zwanges ratsam erscheinen.

In dieser Richtung bewegte sich auch das Straubinger Recht, welches jedem Bürger gestattete, wegen einer ihm zustehenden Forderung Person und Habe eines fremden Schuldners durch den Fronboten arrestieren zu lassen, wenn er diesen in der Stadt traf.²⁾ In Folge eines mit denen von Regensburg abgeschlossenen Vertrags war für solche Schuldner, welche Einwohner der Werder Herrschaft waren, vom Straubinger Rat ein Arrestprivileg erlangt worden.³⁾ Bei der Arrestanlegung musste man es aber bewenden lassen und durfte nicht von der vorsorglichen sofort zur definitiven Zwangsvollstreckung übergehen, wenn der Gast vom Kammerer oder vom Stadtrichter einen 14tägigen Aufschub erbeten hatte.⁴⁾

dieselb recht, ob si daucht, das si darin bewärt wurden, die mugend si fur uns wol dingen (Kop.-B. f. 18).

¹⁾ Planck II. S. 372.

²⁾ Anh. S. XXXII n. 3: es mag auch ein ieder burger ainen gast umb schuld mit seinem leib oder sein gut oder leib und gut mit einander hie verpieten lassen durch den gesworen fronboten.

³⁾ Anh. S. XXXII n. 6.

⁴⁾ Schon in der oft citierten Urkunde über die domkapitularischen Rechte von 1283 (Siehe S. 217 ff.) wird die Arrestanlegung zu den Aufgaben des Fronboten gezählt und eine 14tägige Zahlungsfrist für die zur familia ecclesie Gehörigen statuiert: „Nota ad officium preconis pertinet, ut pro debitis detineat unum quemque et si ipso absente nuncius advocati hoc fecerit, faciat salvo jure

Die Gewährung dieses Aufschubs musste erfolgen, sofern der auswärtige Schuldner einen Bürger als Bürgen für die rechtzeitige Tilgung der Schuld stellte, welcher für den Fall der Nichtleistung des Schuldners zur Selbstzahlung verpflichtet war. Kammerer oder Richter konnten aber auch dem Gaste den erbetenen Zahlungsaufschub ohne Bürgschaftsstellung einzig auf sein Erfüllungsgelöbnis hin genehmigen, wenn sie ihn für vertrauenswürdig hielten — getrawt aber der kamerer oder richter dem verpoten man auf sein gelüb. Sie thaten dies aber auf ihre eigene Verantwortung und waren verpflichtet, falls der Schuldner nicht am bestimmten Termine Zahlung geleistet hatte, denselben dem Gerichte zu stellen¹⁾ oder selbst den Gläubiger schadlos zu halten.²⁾

Da die Arrestanlegung nur einen provisorischen Charakter hat und nur eine Sicherung der Zwangsvollstreckung bezweckt, so muss, bevor sie in das Stadium der gewöhnlichen Exekution übergeleitet wird, auch die Voraussetzung derselben erfüllt werden, d. h. es muss ein gerichtliches Urteil über die Schuld, wegen welcher arrestiert wurde, erwirkt werden. Deshalb wird dem Gläubiger, auf dessen Betreiben der Arrest angelegt wurde, die Verpflichtung auferlegt innerhalb der nächsten 14 Tage³⁾, oder falls in diesem Termine keine Gerichtssitzung abgehalten wird, in der zunächst folgenden seinen Anspruch zu verfolgen und durch gerichtliches Urteil festsetzen zu lassen, dessen positiver oder negativer Inhalt entweder Aufhebung des Arrestes oder Durchführung der Exekution zur Folge hatte.⁴⁾ Bei Ausserachtlassung dieser Verpflichtung seitens des Klägers verlor der Arrest seine Gültigkeit

preconis. sed qui in fundo ecclesie resident, detineri non debent, nisi prius a suo preposito moneantur et satisfaciant. sed si in fundo ecclesie non resident et tantum sunt de familia ecclesie, detineri possunt, sed penam non solvunt. coguntur tamen cautionem facere, ut infra 14 dies satisfaciant et hic sunt de familia ecclesie.

¹⁾ Anh. S. XXXII n. 4; vgl. auch XLIII.

²⁾ Diese strenge Haftungspflicht des die Auskunft erteilenden Kammerers oder Richters war dem Entwurfe des Stadtbuchs fremd. Dieser begnügte sich damit dem Richter die Auflage zu machen auf den Gast fahnden zu lassen und im Betretungsfalle zu seiner Haftnahme zu schreiten. (Anh. S. XXXII n. 4 Anm.).

³⁾ Diese 14 tägige Frist statuiert auch das Münchner Stadtrecht a. 44 (Auer S. 19): ob ainem gast sein guet mit fronboten verboten wirt datz ainem purger, der sol daz verantwurten in 14 tagen.

⁴⁾ Vgl. Meibom S. 170 f.

„Ez sol auch der klager dem verpot nachgen in 14 tagen, ob in der zeit recht wirdet. ging er dem verpot aber nit nach in der zeit, so sol sein verpot ab und nichtz sein.“¹⁾

Während der Bürger gegen jeden fremden Schuldner einen Arrest erlangen kann, steht dies Recht in der Regel nicht zu dem Gaste gegen den Gast.²⁾ Nur ausnahmsweise wird in Straubing diese Rechtshülfe einem fremden Gläubiger gegen einen fremden Schuldner gewährt, wenn dieser nachweisbar flüchtig ist. Dieser Angriff des Vermögens des fremden Schuldners bedarf aber der Genehmigung des Kammerers, welche bei der auf Antrag eines Bürgers erfolgten Arrestanlegung nicht erforderlich war.³⁾

Den Schlussstein in der Entwicklung des Straubinger Arrestrechts bildet jenes mehrerwähnte Privileg Herzog Maximilians I. von 1602, welches sowohl dem im Amte befindlichen Bürgermeister als dem Stadtoberrichter das Recht einräumte, fremde Debitoren eines Straubinger Bürgers auf Betreiben des Letzteren, wo man sie in der Stadt oder im Burgfrieden betrete, um bekenntliche und liquide Schulden zu verbieten und aufzuhalten. Diese Arrestanlegung war zulässig, gleichviel ob gegen den Schuldner beim Gerichte seines Wohnorts vorher eine Klage erhoben worden war oder nicht. Das der Stadt erteilte Arrestprivileg erstreckte sich jedoch nicht ausnahmslos auf alle Gäste; denn die von der städtischen Gerichtsbarkeit überhaupt befreiten Personen (Prälaten, herzogliche Räte und die vom Adel) waren auch gegen jeden Arrestangriff in der Stadt gesichert.⁴⁾

Im Anschlusse an die Erörterung der zur Sicherung der Forderungen Einheimischer gegen fremde Schuldner getroffenen Arrestvorschriften mag hier eine dem gleichen Zwecke dienende Massnahme Erwähnung finden. Es war nämlich allen herzoglichen Beamten verboten den Bürgern Arrest und Exekution in Person und Vermögen ihrer fremden Schuldner durch Erteilung eines Geleitbriefes an diese zu erschweren oder unmöglich zu machen. Nur wenn der Gläubiger seine Zustimmung erteilt hatte, konnte nach einem Privileg Herzog Johanns von 1399 einem auswärtigen

¹⁾ Anh. S. XXXII n. 3.

²⁾ Vgl. Planck II. S. 372.

³⁾ Anh. XXXII n. 3.

⁴⁾ Kop.-B. f. 318.

Schuldner Geleit erteilt werden — das kain unser ambtman noch richter in unser stat zu Str. kainem ausman umb geltschuld nicht gelait geben sol, dann mit des burgers wissen und willen, dem der ausman gelten sol.¹⁾

Pfändung. — Das Endziel jeder Exekution, die Befriedigung des Gläubigers liess sich dann ohne zwangsweise Wegnahme von Vermögensstücken des Schuldners, also ohne Pfändung, bewerkstelligen, wenn der Schuldner dem Gläubiger zur Sicherstellung seiner Forderung Vermögensteile übergeben hatte mit der Verabredung, dass der Gläubiger bei Nichterfüllung der Verbindlichkeit des Schuldners diese Pfänder als Exekutionsobjekte gebrauchen dürfe.²⁾ In der freiwilligen Darreichung solcher Pfandobjekte lag ein Schuldanerkenntnis des Schuldners, welches eine urteilsmäßige Anerkennung der Schuld überflüssig machte. Die Wirkung einer solchen Pfandsatzung war die gleiche wie die einer Pfändung. Die mit oder ohne Willen des Schuldners aus dessen Besitz gekommenen Gegenstände wurden durch die aufgestellten Exekutionsorgane veräussert und mit dem Erlöse die Gläubiger befriedigt. Die Exekutionsveräusserung durfte aber auch bei einer Pfandsatzung nicht ohne gerichtliche Mitwirkung vor sich gehen. Die Pfandgegenstände mussten in der nächsten Gerichtssitzung, und wenn innerhalb der folgenden 8—14 Tage eine solche nicht stattfand, vor dem Richter angeboten werden.³⁾ Der Gläubiger musste eine Genehmigung des Gerichts zur Veräusserung erholen — zu dem rechten sten und begern, wie er mit den pfanten gefarn sull.⁴⁾ Die gerichtliche Kognition erstreckte sich nicht auf die ursprüngliche Forderung, sondern beschränkte sich auf eine Konstatierung des Namens des Verpfänders, des Betrags der Forderung und der Pfandobjekte und spricht deren Verbringung zu einem geschwornen Käufel aus. Hiervon ist durch den Fronboten resp. Richter dem Schuldner Kenntnis zu geben. Zu einer Exekutionsveräusserung der Pfandgegenstände schreitet der Käufel erst dann, wenn der Schuldner bis zum nächsten Gerichtstage den Gläubiger nicht befriedigt hatte. Nach diesem Gerichtstage müssen die Pfand-

¹⁾ Anh. S. XIV.

²⁾ Vgl. hierüber Meibom S. 402 ff.

³⁾ Anh. S. XLV n. 2, 3.

⁴⁾ Anh. S. XXXII. n. 9.

objekte noch 14 Tage bei dem Käufel liegen und innerhalb der folgenden 3 Tage ist die Vergantung zu bewerkstelligen.¹⁾

Das Vollstreckungsverfahren bewegt sich bei der Pfandsatzung und bei der Pfändung von Mobilien in der gleichen Bahn. Ein nennenswerter Unterschied besteht zwischen beiden Kategorieen von dem Momente an nicht mehr, wo die Pfänder, sei es, dass diese zwangsweise durch die Richtersknechte dem Vermögen des Schuldners entzogen oder freiwillig durch den Schuldner dem Gläubiger bestellt waren, sich in den Händen des Käufels behufs Veräußerung befanden. Da die Pfändung nur auf Grund eines Urteils durchgeführt wurde, fiel bei der Vergantung der gepfändeten Gegenstände, welche innerhalb 14 Tagen vom Käufel vollzogen wurde, jede weitere Mitwirkung des Gerichts hinweg — sollen in den nächsten 14 Tagen darnach so die Pfand fürgelegt sind, vergant werden als der stat recht ist und dieselben Pfand bedürfen weder vor recht noch vor dem richter nicht angepoten noch verkundet werden.²⁾

Nur in einem Falle gestattete das Straubinger Recht eine Pfändung ohne gerichtliches Urteil. Dieselben praktischen Gründe, welche den Arrestmassregeln gegen Fremde zu Grunde lagen, hatten auch die Vorschrift veranlasst, dass jeder Bürger seinem auswärtigen Schuldner bei seinem Aufenthalte in der Stadt „umb sein schuld ross ausziehen und zu ainem gastgeben stellen und darnach . . . verganten“³⁾ dürfe. Da aber durch solche Pfändung, namentlich wenn die Pferde auswärtigen Adligen gehörten, leicht der Stadt grosse Widerwärtigkeiten entstehen konnten, war zu deren Vornahme (durch den Fronboten) stets die Genehmigung des Kammerers erforderlich.

In den Normen des Straubinger Rechts über die Immobiliarexekution begegnen uns im wesentlichen dieselben Grundzüge des Verfahrens, welche das fränkische Reichsrecht ausgebildet hatte⁴⁾ und welche dann in die Rechtsquellen der verschiedenen deutschen Stämme Aufnahme gefunden hatten.

¹⁾ Anh. S. XXXII. n. 9.

²⁾ Anh. XXXII. n. 8; LXV. n. 4.

³⁾ Anh. S. XXXII. n. 4.

⁴⁾ Vgl. Meibom S. 97 ff.

Zwei Stadien des Verfahrens sind zu unterscheiden: Das erste stellt sich dar als eine Beschlagnahme der Immobilien. Sie wird vollzogen durch den Fronboten, indem dieser als Symbol einen Span aus der Thüre des Hauses nimmt und diesen dem Richtersknechte überantwortet. Die symbolische Beschlagnahme wird sodann noch durch das Einschlagen vor oder neben der Thüre allgemein kennbar gemacht. Der Richtersknecht nimmt diese zweite symbolische Handlung aber erst vor, nachdem der Fronbote unterdessen das beschlagnahmte Gut in 2 aufeinanderfolgenden Gerichtstagen angeboten hatte,¹⁾ das 2. Mal auf 6 Wochen und 3 Tage. Innerhalb dieser Frist war jeder Bürger, der ältere Ansprüche auf das beschlagnahmte Gut geltend machen konnte, in die Lage versetzt, sein stärkeres Recht zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen. War ein Einspruch in diesen beiden Gerichtssitzungen nicht erfolgt, so wurde das Gut nun auf Jahr und Tag ausgeboten.²⁾ Besitz und Verfügungsgewalt über das Gut ward nun dem Schuldner entzogen, dasselbe konnte für den Gläubiger nutzbar gemacht werden. Man durfte „dasselb haus oder gut, dieweil es in der gant stet, umb zins hinlassen“, und konnte, wenn das Haus mit Renten belastet war, dem Rentengläubiger am besten Befriedigung gewährt werden.

Die Beschlagnahme des Hauses ergriff zwar auch die in demselben befindlichen Mobilien des Schuldners, jedoch nur in beschränktem Umfange, denn diese wurden wohl der Verfügung des Schuldners entzogen, nicht aber dem Gläubiger zur Nutzniessung überwiesen. Sie wurden in einem besonderen Gemache verwahrt und inventarisiert³⁾ und wurden nur als später verwertbare Deckungsobjekte für die Befriedigung des Gläubigers angesehen.

War die Frist von Jahr und Tag verstrichen, ohne dass der Schuldner den Gläubiger befriedigt hatte, so wurde die proviso-

¹⁾ Anh. S. XXXIV. n. 1: darnach pewt der fronpot das gut und den span . . . auf das nächst recht an, auf drei 14 tag und 3 tag das ist 6 wochen und 3 tag. Diese Frist deutet wieder auf den fränkischen Ursprung des Instituts, auf die in Terminen von je 15 Nächten stattfindenden gebotnen Dinge.

²⁾ Anh. S. XXXIV. n. 1.

³⁾ Anh. S. XXXIV. n. 2. Das mag man in ainen besundern gemach über einander tun und das mit wissen verschreiben, dadurch des der schuldiger und gelter ir ieder geniesse.

rische Beschlagnahme beendet; das 2. Stadium des Verfahrens griff platz, die Veräusserung des Guts wurde in Angriff genommen. Dieselbe erfolgte nicht durch den Gläubiger, sondern für denselben durch die obrigkeitlichen Exekutionsorgane, indem der Fronbote das Symbol des Grundstücks, den Span, dem verpflichteten Käufer überantwortete,¹⁾ welcher dasselbe öffentlich feilbieten musste. Dem Meistbietenden wurde sodann das Gut bei der Versteigerung zugeschlagen, sofern dieser ein Bürger war, denn Fremde durften auf Gantgüter nicht bieten.²⁾ Dem Käufer, welcher am Tage nach dem Zuschlage den Kaufpreis baar zu erlegen hatte, wurde das Grundstück nach den für Immobilienveräusserungen geltenden Formvorschriften übergeben — dem sol es der richter im rechten mit dem stab einantworten und der fronpot mit dem türnagel.³⁾ Ausserdem erhält der Käufer auch noch auf Verlangen einen Gantbrief ausgestellt.

Auf dieser Grundlage bildeten sich im 16. Jahrhundert die Anfänge eines Konkursprozesses aus, indem in der „Ordnung des Gantrechten“⁴⁾ detaillierte Vorschriften über die Zwangsvollstreckung eines Gutes erlassen wurden für den Fall „so der gläubiger mer und etwo so vil sein, die zum selbigen guet clagen, das mit all von demselben gesperten oder gepfalten guet bezalt mögen werden.“

Einige spezielle Vorschriften regelten das Verfahren in Gült-sachen. Dem Rentengläubiger stand die Befugnis zu bei Nicht-entrichtung der Rente am Fälligkeitstermine das mit Renten belastete Grundstück zu pfänden oder zu zusperren. Durch diese provisorischen Exekutionsmittel, insbes. durch das Zusperren eines Hauses sollte auf den Schuldner ein Zwang ausgeübt werden, um ihn zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit zu veranlassen. Diese Massnahmen konnten ohne obrigkeitliche Mitwirkung, unmittelbar durch den Gläubiger vorgenommen werden, weshalb dem Schuldner

¹⁾ Vgl. auch Münchner Stadtr. a. 503 (Auer S. 188).

²⁾ Anh. S. XXXVII. n. 4.

³⁾ Anh. S. XXXIV. n. 3.

⁴⁾ Anh. S. XLIX.

jeder Widerstand gegen dieselbe unter Androhung schwerer Strafe untersagt war.¹⁾

Bleibt die Sperre wirkungslos und wird dem Gläubiger 4 Wochen nach Verhängung derselben die Gült nicht entrichtet, so muss er Klage bei Gericht erheben „umb sein haubtgelt und vergessen gült.“²⁾ Ein kondemnatorisches Urteil hat dann die Vergantung des mit Renten belasteten Grundstücks zur Folge, so dass die definitive Exekution sich von der gewöhnlichen Immobiliarexekution in nichts unterscheidet.

4. Verfahren bei Ungerichtsklagen.

Wenn auch dieses Verfahren durch das Akkusationsprinzip³⁾ beherrscht war, so enthielt doch eine Bestimmung des Stadtbuchs, welche auch in andern Reichsquellen seit dem 14. Jahrhundert begegnet,⁴⁾ den Keim zu einer inquisitorischen Umbildung des Verfahrens. Der Richter durfte nämlich dieser entsprechend beim Fehlen eines Anklägers selbst die Klage erheben — und so kain anclager da ist, so sol der unterrichter dem armen menschen zuesprechen.⁵⁾

Hervorzuheben ist unter den wenigen strafprozessualen Satzungen des Stadtbuchs, welche fast durchweg den Charakter der Übergangsperiode an sich tragen, die Beibehaltung der alten germanischen Gerichtshegungsformeln, indem der Richter bei Abhaltung eines Blutgerichts angewiesen wird, zuerst auszutragen, „ob es an weil und zeit sei, das man über das pluet sitzen und richten sull und was dann zu solichem rechten gehöret.“⁶⁾ Im Beweissysteme nimmt das Geständnis des Angeklagten eine dominierende Stellung ein. Eine Verurteilung zur Todesstrafe ist überhaupt nur

¹⁾ Anh. S. XXXIX n. 1: des sol sich auch niemant widern oder weren . wer das tät, den wil man swarlich darumb strafen.

²⁾ Anh. S. XXXIX n. 2.

³⁾ Die Bemerkungen über den Rügeprozess, welche irrtümlich S. 267 zum Abdrucke kamen, sind hierher zu ziehen.

⁴⁾ Vgl. Geyer, Strafprozess S. 53.

⁵⁾ Anh. S. XXVI. n. 4.

⁶⁾ Anh. XXVI. n. 4.

möglich bei vorliegendem Geständnisse¹⁾; dieses bildete das einzige zur Überführung von Kapitalverbrechern geeignete Beweismittel. Wir haben hier in Straubing auch schon jenen Dualismus eines heimlichen und eines offenen Gerichts,²⁾ ein Vorbild der spätern Komödie des endlichen Rechtstages der Carolina. Bei todeswürdigen Verbrechen konstituiert sich nämlich der Stadtrat als „heimliches Gericht“³⁾ und urteilt in diesem allein entscheidenden Vorverfahren unter Beiziehung des Oerrichters, „was Todes der Delinquent verschuldet habe“, ein Urteil, welches in dem sich daran anschliessenden „offen rechten“ wohl nur wiederholt und verkündet worden sein dürfte. Zu diesem wurden nur noch Fürsprecher und Züchtiger beigezogen, doch wurde ihnen ausdrücklich im Rate gesagt, „das si nit lengung machen,“⁴⁾ ein glänzender Beweis für die Bedeutungslosigkeit dieses öffentlichen Gerichtstags dessen Zweckmässigkeit dahin zusammenschrumpfte, dass jetzt dem Züchtiger Kenntnis von der Art der Todesstrafe gegeben wurde, zu deren Vollstreckung er berufen war.

Über Verbrecher, welche sich nicht eines todeswürdigen Verbrechens⁵⁾ schuldig gemacht haben, wird nur im einfachen Verfahren gerichtet, indem der Unterrichter mit den Ratsheern gemeinsam entscheidet, „was straf man denselben menschen sull anlegen.“

Über die bei diesem endlichen Rechtstage zu beobachtenden Formalitäten verbreitet sich sehr eingehend der „Processus iudicii

¹⁾ Anh. XII n. 1: ob er umb sein untat und auf sein bekanntnus mit recht überwunden mug werden. Anh. XXVI n. 4: so sol (der unterrichter) . . sein bekanntnus und urgicht im rechten hörn lassen und darnach auf solich bekanntnus weiter an das recht fragen und richten, was das recht gibt.

²⁾ Siehe S. 256 f.

³⁾ Die bairische Malefizprozessordnung von 1616 (tit. VI a. 2—4) lässt auch ein geheimes oder stilles Malefizgericht dem offenen Malefizrechte, dem endlichen Rechtstage vorangehen.

⁴⁾ Anh. S. XXVI n. 3. Derselbe Gedanke kehrt in Anh. S. L wieder, wo den procuratores befohlen wird, „si sollen in iren urtailen nit vil umbstend machen“ und ebenso wird hier der Nachrichter gewarnt, „er soll nit vil vergebner red brauchen.“

⁵⁾ Anh. S. XII.

in criminalibus civitatis Strubingae,“¹⁾ welcher vielfach auf der peinlichen Hals G. O. Karls V. fusst und nur wenige originelle Bestimmungen aufweist.

V. Das Privatrecht.

Auffallend dürftig sind die Privatrechtsnormen, welche das Stadtbuch aufstellt. Sie werden nur in wenigen Materien durch herzoglichn Privilegien ergänzt.

Es zeugt nicht für eine sehr hohe Entwicklung des Verkehrs, dass ein Bedürfnis nach gesetzlicher Regelung der verschiedenartigsten Beziehungen des bürgerlichen Lebens nicht empfunden wurde und dass die so wichtige Materie des Privatrechts in sich den abgetretenen Bahnen eines alten Herkommens fortbewegen konnte.

1. Die Exklusivität der Straubinger Rechtsentwicklung, welche in manichfacher Beziehung eine den Fremden feindselige Tendenz zur Schau trug, tritt auch in jenem Verbote hervor, welches den Bürgern untersagte weder ihren Grundbesitz noch die auf demselben lastenden Gülten an einen Fremden zu verkaufen. Nur Bürger waren fähig Grundeigentum innerhalb des Burgfriedens zu veräussern. Jede an einen Fremden erfolgte Immobilierveräußerung war nichtig und berechtigte den Stadtrat zur Konfiskation der gesetzwidrig veräußerten Grundstücke.²⁾

Wie jede Veräußerung unter Lebenden, so war auch jede erbrechtliche Zuwendung an einen Fremden untersagt. Dieses doppelte Verbot erstreckte sich auch auf Zuwendungen für Messen und Brüderschaften. Das Motiv des Verbots war ein finanzielles, „damit gemainer stat ir stewr und scharberch davon gevallen.“³⁾

2. Die Konstituierung von Reallasten auf ewige Zeiten insbesondere die Unablösbarkeit der Gülten wurde als eine den In-

¹⁾ Anh. S. L. (Der Inhalt ist sehr ähnlich dem des Neumarkter Malefizrechts von 1555 in Cgm. 2519).

²⁾ Anh. S. XLVI n. 1: desselben haws und gut sol dem rate von gemainer stat wegen verfallen sein.

³⁾ Anh. S. XLVI n. 2.

teressen des Herzogs ungünstige Erscheinung aufgefasst („das solche handlungen zumal fast wider uns ist“.) Wahrscheinlich wurden solche Belastungen des Grund und Bodens in grossem Umfange zur Begründung von Seelgeräten vorgenommen, wodurch die Steuerkraft der städtischen Gemeinwesen herabgedrückt, also indirekt auch eine Einnahmequelle des Landesherrn in ihrer Ergiebigkeit gemindert wurde. Herzog Johann sprach deshalb 1420¹⁾ in einer für alle Städte gültigen Verordnung²⁾ die Ablösbarkeit aller auf dem Grundbesitz ruhenden Gülten, Zinsen und Dienste aus. Während sonst die Einräumung des Wiederablösungsrechtes dem Rentenverkäufer aus besonderer Gnade seitens des Rentenkäufers eingeräumt wurde,³⁾ ist hier Jedermann die Befugnis eingeräumt eine solche Rente zu jeder Zeit mit dem 16fachen Betrage abzulösen. Der Besitzer des Grundstücks, auf welchem die Reallast ruht, muss sich dieselbe ohne Widerspruch gefallen lassen. Nicht einmal die Beobachtung einer Kündigungsfrist wird als notwendig vorgeschrieben.⁴⁾

In dieser Ausdehnung scheint das Ablösungsrecht in Straubing nicht viel zur Ausübung gelangt zu sein. Etwa im 7. Dezennium des 15. Jahrhunderts liess sich die Stadt von 3 auswärtigen Rechtsgelehrten Gutachten über die Frage erstatten, ob Rentenkäufe unter Vorbehalt dieses Wiederkaufsrechts durch den Verkäufer erlaubt oder als wucherische, wegen Umgehung der kanonischen Zinsverbote zu untersagen seien. Die Gutachter erklärten solche Renten-

¹⁾ Das ebenerwähnte Verbot der Veräusserung von Renten für Seelgeräte dürfte erst zur Zeit der Abfassung des Stadtbuchs erlassen worden sein.

²⁾ Urk. im städt. Archiv zu Str.; Abschrift im Kop. B. f. 61.

³⁾ Vgl. Rosenthal, Eigent. d. St. Wirzb. S. 97.

⁴⁾ wo solche gült, zins, dienst, oder wie das genant ist, in unsern stetten und purttingen ligen, es sei auf häusern, wisen, äckern, gärten oder wie das ist, nichts ausgenommen, das dieselbe gülte, zins oder dienst ein iglicher, wer das thun will... ablösen soll und mag, zu welcher zeit im jar er will, ie 1 ℥ ſ reg. um 16 ℥ . was aber hinter dem ℥ ist und das man auch abbringen wollte, das soll und mag derselbe, der das abkaufen will, auch thun ie nach gleicher anzal anzuschlagen und in der massen als vorgeschrieben ist. und die solch zins, dienst und gült also in den stätten und in iren purttingen gekauft oder von geschäft wegen haben, wer die sind, geistliche oder weltliche, soll der niemant wider sein. (l. c. f. 61).

kaufverträge für gültig.¹⁾ Ob auf Grund dieser Gutachten ein Statut abgefasst wurde, muss bezweifelt werden, da ein solches jedenfalls im Stadtbuche verzeichnet worden wäre.

3. Eine Sicherung der Rechtsverfolgung gegen Fremde bezweckt sodann jene Satzung, welche Bürgern verbietet einen Gast in ihrer Wohnung zu beherbergen, solange dieser noch irgend eine Verbindlichkeit gegen den Bürger, bei dem er vorher gewohnt, zu erfüllen hatte. Diese Vorschrift, welche zuerst in einem Privileg Herzog Heinrichs von 1330 begegnet, hatte nicht nur einen polizeilichen Charakter, denn der Übertretung derselben kam eine bedeutsame privatrechtliche Wirkung zu. Denn der Bürger, welcher einen solchen Fremden bei sich aufgenommen bzw. nicht exmitiert hatte, nachdem er von dem Bestande der Forderung des früheren Vermieters gegen ihn Kenntnis erlangt hatte, war zur Zahlung des Forderungsbetrags des alten Wirtes verpflichtet. Seine Haftungspflicht cessierte, wenn der Schuldner dem früheren Hausherrn für sein Guthaben Bürgschaft geleistet, bevor er seinen Auszug aus der Wohnung bewerkstelligt hatte.²⁾

Im Stadtbuch war diese Haftungsverbindlichkeit eines Bürgers für den Fremden, welchen er bei sich aufnahm, verallgemeinert. Nicht nur dem früheren Wirt, sondern jedem Gläubiger des Fremden haftete er für dessen Schulden. Durch die Aufnahme desselben in sein Haus, übernahm er den übrigen Bürgern gegenüber eine Bürgschaft für dessen Solvenz. Unsichere Fremde sollten von der Stadt ausgeschlossen bleiben. Ein Bürger durfte deshalb nur einen Fremden beherbergen, sofern er für denselben eintreten konnte. Er musste für allen Schaden, den dieser Fremde anstiftete, also auch für dessen Schulden aufkommen und dieselben tilgen.³⁾

¹⁾ Die Gutachten wurden erstattet von dem Professor der Universität Ingolstadt Wilhelmus de Werdena, Ant. de Cafarelli, advocatus in curia Romana maior, und Joach. de Nervia, utr. jur. Dr. advocatus consistorialis Romanus und in das Stadtbuch eingeschrieben.

²⁾ Wir wellen, das fürbas kain burger in derselben statt ze Str. sich kaines gastes underwinde, noch inbehalt, der seinem alten wirt gelten schuldig, da er vor ze herberg gewesen . und ob das wer, das sich ein burger eines gastes underwinde, derselbe burger soll seinem alten wirt des gastes geltes schuldig sein ze geben, es wer dan, das der gast seinem alten wirt sein gelt woll vermöcht und verpürgt hiet, ehe er sich einer andern herberg underwunden hiet (Kop.-B. f. 116).

³⁾ Anh. S. XLIV.

4. Erbrechtliche Normen enthält nur ein Privileg der Herzoge Ludwig und Stephan von 1348, welches nicht nur die Testierfreiheit der Bürger anerkennt, sondern auch die Intestaterbfolge gegen alle Anfechtungen der Landesherren und der herzoglichen Beamten sicherstellt. Gerade in Straubing, wo die Bürgerschaft sich zum Teile aus unfreien und abhängigen Elementen herausgebildet hatte, war eine besondere Anerkennung der unbeschränkten Testierfreiheit der Bürger, namentlich wenn sie ohne Hinterlassung von Descendenten verstarben, wünschenswert.

Zugleich wurde die Testierfreiheit beschränkt durch die Anerkennung des Satzes, dass in erster Linie die Erben, also die nächsten Verwandten zur Erbfolge berufen seien. Dass der Nachlass für die Schulden des Erblassers hafte, wurde ausdrücklich statuiert.¹⁾

Im Laufe des 16. Jahrhunderts fanden auf Grund der Reformation des bairischen Landrechts von 1518 die Grundsätze des römischen Rechts Eingang in das Rechtsleben Straubings. Wie sehr gerade auf dem Gebiete des Familien- und Erbrechts romanistische Bildungen den Rechtsverkehr auf eine vollständige neue Bahn brachten, beweisen sehr viele Stellen des mehrerwähnten Formularbuchs des Straubinger Stadtschreibers.

¹⁾ Ist das ein burger oder burgerin one erben ververt, si sein verschaiden mit geschäft oder one geschäft, das dan kain unser nachkommen oder amptman furbas ewiglich mit ir hab nichtz ze schaffen nöch ze thun haben soll. besonders wellen wir, das dieselbe ir habe und gut über die schuld, die si iren geltern schuldig sind, den negsten erben werd und gevalle (Orig. Urk. im städt. Arch. zu Str.).

D.

A n h a n g

zur

Rechtsgeschichte der Stadt Straubing.

Auszüge aus dem Stadtbuch von Straubing.

I.

Wann und wie man den rat setzen sol.¹⁾

1) Item den camerer und rate setzt man gemainlich an (andern)²⁾ sonntag vor s. Michelstag . darzue vordert man ein ganze gemain auf das rathaus.

und so nu der camerer mitsambt dem innern und aussern rate, die des vergangnen jares chamerer und rat gewesen, in der ratstuben bei einander versambt sind und ain gemain völiglich auf das rathaus chombt, so gend dann derselb chamerer, die vom innern und aussern rat, die vor gewesn sind, hinaus zu der gemain und sagt der chamerer er sei nu das vergangen jar statcamerer gewesen . hett er das chamer-ambt wol ausgericht und verwesen, das sähe er gern; wo er des aber nicht wol verwesen hette, so sei das doch mit seinem willen nicht beschehen, wann er hab nach seinem vermugen³⁾ seinen getreuen vleiss getan, dann das ein chamerer villeicht nit einen ieden verdienen mug, so er anders dem ambt genueg thuen welle und redt darauf: also gib ich das camerambt auf und legt das sigil und die schlüssel vor der gemain nider auf einen tisch.

2) Darnach erzelet der chamerer der gemain, das mein herrn vom innern rat mitsambt den steurherrn die vergangen wochn von gemainer stat wegen rechnung aufgenommen haben . von erst, an montag vor dem pawmaister, am eritag vor dem zollner, was die von gemainer stat wegen das vergangen jar gepaus und aller der stat notturft halben

¹⁾ Die Numerierung der einzelnen Stücke und Absätze, welche hier ebenfalls dem Original unbekannt ist, habe ich wieder der leichteren Citierung wegen durchgeführt.

²⁾ Von späterer Hand beigelegt, was stets durch () bezeichnet werden wird.

³⁾ Wegen technischer Schwierigkeiten im Satze wird u in mügen, sullen, für, über, tüglich etc. stets mit einfachem u wiedergegeben.

gehandelt, eingenomen und ausgeben haben und können in iren rechnungen nicht anders verstecken, dann das si das redlich und erberlich gehandelt haben, des si ine vom innern rate und darnach die vom aussern rate auf ir anbringen dank gesaget haben. dieselben rechnung mitsamt andern der stat einnemen und ausgeben der steur und aller sachen halb, hab darnach der chamerer mitsamt den steurherrn auf sich genomen und ainem innern rate rechnung davon getan, das ime der inner rat dank gesagt haben, als des die vom innern rate ein gemain wol berichten werden und gend darauf der camerer und steurherrn hinein.

3) So erzelet der inner rat der ganzen gemain, das si in den rechnungen des pawmaisters, zollners, des camerers nicht anders verstanden haben, dann es sei treulich und erberlich gehandelt. es haben auch der inner und ausser rat ine aller irer mue und guten vleiss treulich gedankt, desgleichs mugen ine ain gemain auch dank sagen.

Dannso geend der chamerer und steurherrn wider heraus zu der gemain. alsdann sagt ine ein gemain auch dank. item es mag auch ain camerer durch bevelnus eins rates der gemain zu erkennen geben, ob es wol oder übel in der camer stee oder was gemaine stat angangen sei. das ist vor zeiten beschehen oder man mag das nicht erzelen, wie man das in rat erfindet.

4) Darnach redt aber der chamerer nach dem und mit alter guter löblicher gewonhait herkomen sei, das man auf den tag einen rat widerumb furgenomen und erwelet hab und das man an ein regiment nit gesein mug. so so sei mit gewonhait herkomen, das die vom innern rat, die des vergangen jares des innern ratz gewesen sein hinein geen und das si welen und geben siben darzue, nämlich zwen, die des vergangen jares des aussern rates sein gewesen, zwen aus der gemain und drei aus der hantwerchern, ainen von den pecken, ainen von den fleischhackern und ainen von den wolburchen, das dieselben siben, wem das geval, der mug darumb aufhaben.

Darauf geend die vom innern rate hinein und welen die siben als vorbegriffen ist, die ainen innern rat auf das künftige jar erwelen sullen.

Und so der inner rat die siben weler furgenomen haben, so lassend si den statschreiber die aufschreiben und geend heraus zu der gemain und lassen die lesen.

Wer dann die siben weler sind, die sullen dem statschreiber geloben und swern mit aufgerekten vingern, den hernach geschriben aid.

II.

Das ist der weler aid.

1) Wir swern, das wir acht zu einem innern rate auf das künftige jare furnemen und welen wellen, die gemainer stat treulich vor sein, die auch nutz und tuglich darzue sein als mit alter herkomen ist, damit

onser genedige herrschaft und gemaine stat versehen sei und darinne nicht wellen ansehen weder lieb, gunst, unwillen, freundschaft oder veintschaft, neid noch hass, miet oder gab noch nichtz anders, dann die göttlich gerechtigkeit und unser gewissen treulich an alles gevärd. des pitt uns gott zu helfen und all heiligen.

2) Dieselben siben weler geend dann hinein in die ratstuben und welen die acht, die auf das könftig jar des innern rates sein sullen und wann si die erwelet haben, so lassen si den statschreiber die aufschreiben und geend damit heraus, so list der statschreiber die acht, die zu dem innern rate furgenommen und erwelet sind.

Und wann die verlesen sind, so sullen si herfur steen und dem statschreiber geloben und darauf swern den hernachgeschribnen aide.

III.

Des innern rates (oder äussern) aide.

1) Nachdem wir zu einem innern rate auf das könftig jare furgenommen und erwelet sein, also sweren wir unser genedigen herrschaft zu iren rechten, des geleichs gemainer stat auch zu iren rechten und freihaiten, das wir gemainer stat nutz und frommen allzeit betrachten und furdern und iren schaden wenten wellen nach unserm vermugen und verstantnus, auch zu dem rat gengig sein, wann wir darzue gevordert werden, sunder den rat versweigen, nichtz daraus sagen auch treulich raten und das pest furnemen dem reichen als dem armen und dem armen als dem reichen und nichtz darine ansehen weder lieb . . .¹⁾

2) Darnach sagt der alt chamerer oder ob derselb chamerer nicht widerumb in den innern rat gewelet oder [nit]²⁾ gegenburtig wär, so sol das ein ander vom innern rat thun als mit alter löblicher gewonhait herkomen sei, das die vom innern rat zwelf aus der gemain zu ainem aussern rat zu in nemen und welen sullen auf die aid, die si geschworen haben, wie mit alter herkomen ist, die von einer gemain wegen bei in sitzen umb des willen, das man nit albeg ein gemain bedürf vordern. wem das gevall, der mug darumb aufhaben.

Dann so geend die 8 erwelet vom innern rat hinein und welent 12 aus der gemain auf das könftig jar zu einem aussern rat und lassen die auch aufschreiben und geend heraus und lassen die vor der gemain lesen.

Und wann die 12 gelesen werden, so sullen si auch herfur steen und dem statschreiber geloben und darauf swern den obgeschriben aid in mass und form, wie die vom innern rat geschworen haben.

¹⁾ Schlussformel gleichlautend mit der von II n. 1.

²⁾ Ist weggelassen.

3) Furbas sagt der vorder chamerer oder ain ander des innern rats, ob der vorder chamerer nit gegenburtig wär, vor der gemain, so nu ain inner und ausser rat furgenomen und erwelt, so sei man doch eins vorgangs und eins chamerers notturtig, den man aus den achten vom innern rat erwelen sull. wem das gevall, der mug darumb aufhaben. und geet dann der inner rat hinein, so fragt dann der statschreiber die 12 vom aussern rat, von erst ir ieden besonder auf seinen aid, den er gesworen hat, welcher in aus den achten vom innern rat auf das könftig jar gevall zu einem chamerer ausserhalb des, der das vergangen jar chamerer ist gewesen.

Darnach fragt er die pesten von der gemain auch besonder, welcher ir iedem aus den achten gevalle zu einem chamerer.

Nachmals sagt der statschreiber der ganzen gemain, welcher furgenomen sei zu ainem chamerer, wer in darzue gevall, darumb mugen si aufhalten und ob ir mer dann ainer oder zwen in der wal sein, umb ir ieden besonder aufhaben lassen.

Darnach heist man die 8 vom innern rat heraus geen zu der gemain und wer durch die maisten wenig oder ainhelliglich zu einem chamerer furgenomen und erwelt wirdet, dem sol der statschreiber der stat secret und die steurschlüssel antburten.

4) Furbas redt der erwelt chamer, nach dem wir unserer genedigen herrschaft jürlich von gemainer stat ein steur abnemen und geben müssen, das man furneme, wer doch an der steur sitzen sulle zusambt dem chamerer und statschreiber. dann so welent die vom innern rat zwen aus der zwelfen vom aussern rat und die vom aussern rat, wie von alter herkomen ist, zwen aus dem innern rat, die mitsambt ainem chamerer und statschreiber an der steur sullen sitzen.

Darnach nimbt man in dem rat fur, ob man die steur vor nicht angeschriben hat, wen man darzu ordnen und schicken well. ob man aber die steur vor anschreiben liess, dadurch sich die inleut zu der zeit nicht von der stat täten, die villeicht fürpas herwider kämen, das man der dester mer beträte, die das vergangen jar oder lenger hie gewonet hetten, die sich zu der zeit anderswo enthalten, so nimbt man doch vor oder hernach fur zwen aus den zwelfen vom aussern rat und aus den drein hantwerchen, ainen von den pecken, ainen von den fleischhackern und ainen von den wolburchen, die weler sind gewesen, oder wer die tuglichisten darzue sind. darzue sollen auch geen der statschreiber, der fronpot, bed statdiener und des statschreibers schreiber, der gibt man ir iedem 32 ſ reg.

5) Weiter redt der chamerer als mit alter gewonhait herkomen sei, das ain gemain von des statschreibers und statdiener wegen das zu einem rat gesetzt haben. wem das gevall, der mug auch darumb aufhaben.

Und darnach mer, so nu die zeit kome, das man ainen oberrichter furneme, sei mit gewonhait herkomen, das ain rat ein erberge gemain

nach irem gutgedunken zu ine vordern zukomen und denselben von der gemain erzelen, wer umb das obergericht gebeten hab und welicher ine aus den gevall zu einem oberrichter. die setzen dann das zu dem rate, welchen si darzue furnemen.

Darnach geend der chamerer, inner und ausser rat, die erwelet sind, hinein in die clainen ratstuben und nemen etlich erberg von der gemain und auch die weler mit in und haissen hertragen wein, käs und brot, obs und krapfen, das zalt der zollner und schaiden damit ab.

IV.

Von des statschreiber und stat diener wegen.

Die nimbt man darnach auf den nagsten rattag fur und sol der statschreiber dem chamerer auch all jar geloben und darauf sweren als hernach volget.

Des statschreibers aid.

Ich swer, das ich dem rate und gemainer stat allzeit trew und gewär sein und gemainer stat fromen und nuz treulich betrachten und iren schaden wenten sol und wil bei tag und nacht, wo ich kann und mag, auch zu dem rat gengig sein, den rat versweigen und nichtz daraus sagen und wo ich ain merers machen sol, das auch treulich thuen wil. was auch gemaine stat antrifft und notturft ist, in das ratpuech einzuschreiben, das ich das, so mir das geschafft wirdet, treulich sol und wil einschreiben und darinne nichtz ansehen . . .¹⁾

V.

Wenn man ein burger aufnimbt, was man im fürhalten sol.

1) Dem sol der camerer von erst zuesprechen, ob er icht aigen sei oder sein hausfrau, oder ob er iemant vor versprochen oder mit dinsten verpflichtet sei und sagt ime, was er vor zuhandeln hett, darinne sei man im kains austrags oder hilf schuldig. dann was sich fürbas begäb, darinne sei man ime sovil schuldig als einem andern mitburger. das er auch seinen harnasch sull haben und sich in drein jaren von der stat nicht setzen an eins camerers oder ratz wissen. darauf sol er mit hantgeben treuen geloben an aides stat, das er meinen herrn vom rat und iren gesetzen und poten well gehorsam sein und gemainer stat frommen trachten und schaden wenten bei tag und nacht treulich on alles gevärd.

¹⁾ Schluss wie beim Eid des innern Rats.

Welicher dann ein hantwerchs man ist, dem setzt man darzue, das er den gesworn maistern seins hantwerchs in allen zimlich redlichen sachen das hantwerch antreffend sull gehorsam sein und spricht einem ieden hantwerchsmann zue, ob er dem hantwerch sein gerechtigkait getan hab nach des hantwerchs gewonhait . welicher aber des nicht getan hett, der sol das noch thuen.

Darauf verleicht im dann der chamerer die purgerrecht und sol ir ieder dem statschreiber geben einzuschreiben 4 ſ reg. und den statknechten 3 ſ reg.

2) Item und so ainer burger wil werden, der anderswo in ainer stat oder markt burger ist gewesen, der sol von derselben stat und enden kuntschaft und furdrung bringen, das er mit willen daselbs abgeschiden sei.

3) Item wo man aber ainen burger aufnähme, der anderswo beherrscht oder verpflichtet wäre, der des verlaugnet, wann derselb herre den in jaresfrist vordert, den sol man varn lassen nach inhalt könig Otten brief und nach laut der guldnen bull.

4) Item es sol auch ain chamerer einen ieden, den man zu burger aufnimbt, des handels oder gewerbs man vor nicht wissen hat, fragen, was handels er sich betragen oder arbeiten well . der sagt das zue, so so sagt man ime darauf, mit was hanttirung er zu s. Michels tag begriffen werd oder das er zuesag, des sull er sich dasselb jar hinumb betragen und kain ander gewerb teiben nach inhalt des purttings.

VI.

Umb purkrecht.

Item wenn einer burger wirdet, der nicht ein burgerin oder eins burgers kind hat, der ist purgrecht schuldig zugeben gemainer stat 2 hung. guld. oder man mag im darinn genad thuen, was mein herrn vom rat wellen . welicher aber ein burgerin oder eins burgers tochter hett, der ist halbs purgrecht schuldig zugeben, das ist 1 hung. guld. oder man mag im darinne auch genad thuen.

VII.

Umb purkrecht von armen leüten.

Item wo ein armer man burger wirdet, von dem nimbt man, ob er nicht 1 hung. oder rein. gulden vermag zu geben 60 ſ reg. und nit minner.

Wenn sich ain burger aus der stat setzt und sich wider herein setzen wil.

Der sol von neuem widerumb purgrecht erlagen und kaufen, wie er stat an einem rate gehalten mag.

VIII.

Von den jungen burgern.

Item welich jung burger, reich oder arm, wer dann die jungen burger sein des geleichs jung burger von hantwerchsleuten, die ire purgrecht von iren vättern ererbt haben, die sollen all und ieder besonder nach abgang irer väter für ainen rat komen und daselbs auch purgrecht empfangen alles das geloben, das ein ander, den man zu burger aufnimbt, gelobt als vorsteet. doch sein dieselben kains purkrechts schuldig zu geben.

IX.

Von purkrechten.

Item so ain burger oder burgerin mit tod abgen, si sein reich oder arm, die mündlich leiplich erben haben und hinder in lassen, die sich irer purkrecht von iren vorvordern wellen gebrauchen, die sullen für ainen rat komen und dasselbs purkrecht empfangen und geloben sovil als ain ieder burger tun sol und muess. doch ist kainer der purkrecht nicht schuldig zu geben.

Dieweil aber ain ieder seine purkrecht also nicht empfäht und gelobt als oben geschriben ist, sullen sich dieselben irer ererbten purkrecht von vater und mueter nichtz gebrauchen noch der geniessen.

Item und welher burger sich aus der stat setzt und davon zeucht, der uber ain viertal jars anderswo hewslich säss, der sol sich furan seiner purkrecht auch nicht mer gebrauchen, noch man in für kainen mitburger nicht haben oder halten. und so derselb sich wider in die stat ziehen und setzen wollt, so sol er von newen dingen widerumb purkrecht werben und kaufen.

X.

Von dem oberrichter.

1) Item gemaine stat ist das hoch und gros gefreiet, das unsere genedige herrschaft der stat albeg und all jar ainen richter geben und bestätten sollen, den ain rat und gemain darzue fürnemen und erwelen. des zeit ist albeg auf s. Thomas des zwelfpoten vor weihnachten. so sol rat und gemain in einem monad vor derselben zeit einen oberrichter fürnemen aus den, die ainen rate darumb gepeten haben, als von alter herkomen ist und sol also damit gehandelt werden. wann das an der zeit ist, so sol man ein erberge gemain auf das rathaws vordern, den sol ein camerer von rates wegen erzelen, so nu an der zeit sei, das man ainen oberrichter furnemen sull. also verhörnde in ain rat, das der und der umb das gericht gepeten haben, welcher ine unter den am

pesten gevall, das mugen si einem rat erzelen oder ob si das dem rat zugeben wellen, wen si unter den für den tuglichsten furnemen, so haben vorher die gemain das albeg ainem rate bevolhen.

2) Und wann oder welicher durch den rat oder durch rat und gemain zu ainem oberrichter fürgenomen wirdet, alsdann verkündigen und schreiben das der rat zu Straubing unser gnedigen herrschaft zue, das si den N. auf das künftig jar von rat und gemain zu einem oberrichter fürgenomen und erwelt haben und bitten dem zu bestatten nach laut irer freihait und sol dasselb schreiben also inhalten:

Durchlauchtig hochgeborner fürst, genediger herr. unser undertenig dinst sein ewren fürstlichen genaden allzeit unterteniglich voran bereit. genediger herr, wir tuen ewren fürstlich genaden zu wissen, das wir von rat und gemain den edeln vesten N. N. auf das künftig jar, das sich zu s. Thomanstag des h. zwelfpoten schirst anheben wirdet auf unser freihait und herkomen zu einem oberrichter fürgenomen und erwelt haben. hierauf bitten wir eur fürstlich genad underteniglich, ewr gnad wellen uns den benannten N. N. auf das künftig jar zu ainem richter genediglich geben und besätten nach inhalt unser freihait und uns ewr gnaden bestättbrief darumb bei unserm gegenburtige poten zuschicken, das wellen wir umb ewr fürstlich genad unterteniglich verdinen. datum etc.

3) So sol der bestättbrief von unser gnedigen herrschaft also lauten:

Von gottes genaden etc.

Empieten den weisen, unsern lieben getreuen, dem chamerer und rat unser stat zu Straubing unsern grus zuvor. als ir uns itzo geschriben und zu wissen gethan, das ir von rate und gemain wegen auf ewr freihait unsern lieben getreuen N. auf das künftig jar zu einem richter [erwelet¹⁾ und uns gebeten habt eu(ch) der auf das künftig jar zu ainem richter] zu bestätten, darauf geben, bestätten wir eu den vorgeannten N. auf das künftig jar zu einem richter unser stat zu Straubing nach laut und sag ewrer brief mit diesem unserm brief, der geben und mit unserm secret versigelt ist etc.

Um dieselben bestätt brief von unser gnedigen herrschaft ist man von gemainer stat in die canzlei nichtz schuldig zu geben und ist auch bisher nie nichtz darumb gevordert worden.

4) Und so der richter von unser gnedign herrschaft bestätt ist, so vordert man den in den rat und sagt ime, wie rat und gemain ine auf sein pete auf das künftig jar zu einem oberrichter furgenomen haben, den uns unser genedige herrschaft nach laut unser freihait bestätt habe, darumb welle man in der stat freihait hören lassen, der copien stend hernach geschriben.

¹⁾ [Fehlt im Stadtbuche.]

Und so der oberrichter die freihait der copi gehört hat, der sol alsdann dem camerer von gemainer stat wegen geloben und darauf sweren der hernachgeschriben aid.

XI.

Des oberrichter aid.

Ich sweer meinen genedigen herrn den landsfürsten zu iren freihaiten und gerichtten, desgleichs gemainer stat Straubing auch zu iren rechten und freihaiten getrew und gewär zu sein, iren schaden ze wenten und iren fromen zu furdern und daran wil sein, das einem iedem fürderlich recht ergee, als gepurlich ist. das auch niemant gevarlich oder unpillich im rechten oder mit wandeln überekommen oder verkürzt werden sull, auch das mit dem unterrichter bestellen und darob sein, das es beschehe und nicht darinne ansehen weder lieb . . .

XII.

1) Item und wan man ainen menschen fürfürn wil, so redt man vor in einem rat davon, ob er umb sein untat und auf sein bekanntnus mit recht überwunden mug werden und ertailt vor des in ainem rate darumb, als in einem haimlichen gericht und was todes er verschuldet habe und wann sich das begibt, so beschickt man den oberrichter in den rat, der sol auch mitsampt dem rate darumb urtailen, ob er an haim ist und darumb beschickt wirdet. dann an dem offen rechten sitzt der oberrichter nit, er sitz dann selbs über das blüet, das er kainen unterrichter habe.

2) Item wo aber ain mensch um untat gefangen wirdet und den tod nicht verschuldet hat, den man ain mail oder straf anleget, so sol der unterrichter bei ainem rat sitzen und auch mit ertailn, was straf man denselben menschen sull anlegen und das alsdann mit dem zuchtiger schaffen zethun.¹⁾

XIII.

Wir Hainrich von gottes genaden, phalnzgrave ze Rein und herzog in Bayrn veriehen offenbar an disem brief und thun kunt allen den, die in ansehent oder hörent lesen, das wir unsern lieben burgen armen und reichen wie die genannt sind überall in unser stat ze Str. unser und unsers landes huld gar und gänzlich gegeben haben und auch

¹⁾ Jetzt folgen die obenerwähnten Kopien folgender Freiheitsbriefe:

- a) Haudfeste König Ottos von Ungarn und Herzog Heinrichs 1311 S. Veitstag.
- b) Bestätigung derselben durch die Herzoge Heinrich, Otto und Heinrich 1328, 8 Tage vor S. Agnes.
- c) und d) die 2 nachfolgenden Privilegien.

geben mit disem brief umb die tat, das si unser juden ze Str. verprennet und verderbt haben und gemainlich umb all die auflauf, die davon auferstanden sind. darzue wer der ist in unser stat zu Str., der derselben juden hab zu Str. icht genumen hat mit austragen oder wie si in sein gewalt komen ist, haimlichen oder offentlichen, dieselb hab sol in beleiben. darzue haben wir in auch die genad getan, was dieselben unser burger denselben unsern juden zu Str. geltes schuldig gewesen sind, es sei mit hantvesten, mit pfanten, mit borgen oder wie si des schuldig sind worden unz auf den heutigen tag, des sullen si gar und gänzlich ledig sein, also das si umb die vorgenannten drei sache gänzligen und gar unser huld und genad haben sullen und sullen auch derselben drei sache gen uns, gen unsern nachkomen und gen allen unsern amtleuten an iren leiben und gut ewiglichen unentgolten sein und auch darumb unangesprochen beleiben und unbeswärt. darzue haben wir in die genad auch getan, wer der ist, der bei ine wesentlich sitzt, das auch der mit in wacht und stewrt an allain unser richter daselb, der ain ausman ist, der sol mit in nicht stewrn und sol auch daselb nit arbeiten. wir haben auch unsern gesworn burgern von derselben stat zu Str. den gewalt gegeben, ob ir burger ainer sich gen dem andern vergäss mit ungezogen worten oder werchen oder ob ir ainer wider den rat und wider die stat da sein wollt, da si sich schadens von versahen, das si den nach iren trewen darumb pessern mügen und sulln, wie si wellent und ob derselb in ir vänkhus und pesserung ongevärd stürb, des sullen die gesworn und wer in des hilfet und gemainlich die stat überal gen uns und gemainlich gen allen unsern amtleuten ewiglichen unentgolten beleiben.

Wir gehaissen auch in bei unsern genaden, das wir in alle zeit nach irer pete ainen richter geben sullen nach irer hantvest sag, di si vor darüber habent von unsern vordern und von uns. darzue haben wir in die gnad auch getan, das wir wellen, das kain unser vitzdomb, der unser vitzdomb itzo ist oder füran wirdet, kainen unsern burger, er sei reicher oder armer überal in unser stat zu Str. mit recht noch on recht mit kainerlai beschatzung noch handlung fürbas angreifen noch beswärn sol und sol fürbas nicht handeln da, dann die drei sach, die an den tod geend.

Wir thun auch in die genad, das wir in all ir hantvest, die si von unsern vordern haben und auch von uns mit allen iren pündten und artikeln, die daran verschriben sind, bestätten und kreftigen mit disem brief, das in die vorgeschriben sache alle also stät, ganz und unzerbrochen beleib, von uns, von unsern erben und von unseru amtleuten. darüber zu ainem ewigen urkund geben wir in disen brief mit unserm insigl versigiltem. der ist gegeben ze Landeshuet, do man zalt von Cristes geburd drewzehenhundert darnach in dem 38. jar des nägsten sontags vor s. Gallentag.

XIV.

Wir Johannis von gottes genaden, pfalnzgrave bei Rein, herzog in Bayren etc. bekennen öffentlich mit dem brief, das wir angesehen haben solich trew willig dinst, die der rate und auch die burger gemainlich unser stat zu Str. unsern vorvordern, unsern raten und herrn, unsern brudern seligen und uns lang zeit her gethan habent und hinfür noch williglichen thun sullen und haben in die besonder genad getan und thun in auch di mit kraft des briefs, das kain unser ambtman noch richter in unser stat zu Straubing kainem ausman umb geltschuld nicht gelait geben sol, dann mit des burgers wissen und willen, dem der ausman gelten sol on gevärd. geloben und versprechen wir in bei unsern genaden, das wir si bei den egnannten genaden halten sullen und wellen und in kainer weise nicht überfarn. noch niemant gestatten, das in die von iemant gekrenket noch überfaren werden. davon so wellen wir und gepieten vestiglichen allen unsern ambtleuten, vitzdomen, pflegern, richtern und andern unsren getrewen, die ietzo sind oder fürbas werdent, das si di egenannten unser lieb getrew den rat und auch die burger gemainlich unser stat zu Str. bei den obverschriben genaden halten und schermen und niemant gestatten, der si daran irrn, laidigen oder beswärn wollte in kain weise bei unsern hulden und genaden. zu urkund geben wir in den brief mit unsers vitzdomambtz anhangendem insigl versigilten. das ist geschehen zu Str. do man zalt von Cristi geburt drezehenhundert jar und darnach in dem 99. jar an dem h. osterabent.

XV.

Von dem underrichter.

Item und so nu der oberrichter von der herrschaft bestätt ist, dann so redt ein oberrichter und ain rate von ains unterrichters wegen. wer dann darumb gepeten hat aus denselben oder ainen andern nemen dann der oberrichter und ain rate zu ainem unterrichter in ainem rate für. welcher dann die maisten volg oder stim in dem rat hat, durch oberrichter und den rate, der sol zu dem gericht angeen, es wollt dann der oberrichter die gericht selb besitzen, des kainer nie getan hat.

Darauf sol der unterrichter dem oberrichter und auch dem kamerer geloben und darüber sweren den hernachvolgenden aid.

VI.

Des underrichter aid.

Ich swer meinen genedigen herrn den landsfürsten zu iren rechten und gerichtten, auch gemainer stat zu iren rechten und freihaiten, des-

geleichs dem oberrichter getrew und gewärtig ze sein und das ich niemant gevärlich oder unpillich im rechten hindern noch ainen für den andern nicht fürdern oder schieben sull oder well, auch niemant mit wandeln unpillich übernehmen oder kain nachwandl nemen noch die leut nicht hertiglich oder unpillich gestatten zu vertrinken treulich an gevärd und darinne nicht ansehen weder lieb

XVII.

Umb gerichtschreiber.

Darnach nimbt man in ainem rate durch den oberrichter und rate einen gerichtschreiber für . der sol auch darumb einen oberrichter und rate bitten, der sol dem kamerer geloben und swern den hernachgeschribnen aid.

Gerichtschreiber aid.

Ich swer meinen genedigen herrn den landsfürsten zu iren rechten, des gleichs dem richter und dem rate zu Str. von gemainer stat wegen getrew und gewärtig ze sein, iren fromen fürdern und schaden zu wenten, das ich auch einen ieden in dem rechten, es sein burger oder ausleut im lantgericht und vor dem statrechten ir clag, antburt, red und widerred treulich aufschreiben, auch ainen für den andern darinne nicht schieben, fürdern noch hindern und darumb meinen gewöhnlichen lon nemen und niemant höher beswären und wie ich in einem rat beschaiden werde, das ein sach im rechten herkomen ist, dasselb also treulich zu schreiben und nicht verändern und darinne nicht ansehen

XVIII.

Item und was geding, urtailbrief oder gerichtzbrief vor dem statrechten ausgeen, die sol der gesworn gerichtschreiber aufschreiben und copirn und dieselb copi, ee das er die brief zue schreibt, für ainen rat bringen als von alter herkomen ist und da in dem rat lesen und hörn lassen. wes dann zevil oder zu wenig darin geschrieben wär, das sol der gerichtschreiber nach des rats erkanntnus darzu setzen oder abthun, wie er des in dem rat beschaiden wirdet . umb des willen, das kain tail durch di vorsprechen unpillich nit verschriben werd, anders dann wie das im rechten herkomen ist.

XIX.

Was von ainem gerichtzbrief und urtailbrief gehört.

Item von ainem gerichtzbrief oder urtailbrief, der vor dem statrechten ertailt wirdet, gehört ze geben 60 reg. $\mathfrak{S}$ (landeswerung), nämlich dem gerichtschreiber für seinen tail 24 $\mathfrak{S}$ und den zwain gesworen

vorsprechen, die das recht sprochen, ir iedem 12 ſ macht auch 24 ſ und dem richter zu versigiln 12 ſ und nicht mer, tut alles 60 ſ .

Wer aber einen gerichtzhandel nach der leng, was vorher im rechten gebraucht ist, haben wil, ist es ein burger, der sol dem gerichtzschreiber zu seinem gewöhnlichen lon davon geben 60 ſ und der gast $\frac{1}{2}$ ſ .

Item so sol man dem gerichtzschreiber geben: ain burger von ainer entlichen behabten urtail in das gerichtzpuch einzuschreiben 2 ſ reg. und ein gast 4 ſ . wo auch ainer in wartung ertailt wirt, sol der burger von dem einschreiben geben 1 ſ und der gast 2 ſ . des geleichs sol ein burger geben von ainer beiurtail einzuschreiben 1 ſ , der gast 2 ſ . Item so gibt ein burger von ainem brief im rechten zu lesen 1 ſ , der gast 2 ſ reg.

XX.

Von den gedingen vom statrechten.

Item und was geding vor dem statrechten ausgeen, sol auch der gesworn gerichtzschreiber aufschreiben und copirn und sölich aufschreiben, ee das er das geding zustänten schreibt für ainen rat bringen als von alter herkomen ist und das in dem rat lesen und hörn lassen. wes dann zevil oder ze wenig darinne geschriben wär, das sol der gerichtzschreiber nach erkanntnus des rates darzue setzen oder abthun, wie in ein rat des beschaidt umb des willen, das kain tail durch die vorsprechen unpillichen nit überschriben werd, anders dann wie in dem rechten herkommen ist. es sollen auch sölich notel und copi von dem gerichtzschreiber darnach in unser statkamer geantburt werden.

XXI.

Was von den gedingen gehoret zu geben.

Item auf ein iedes geding gehört ze geben $\frac{1}{2}$ ſ reg. ſ landswerung, nämlich dem gerichtzschreiber von seinem schreiben 40 reg. ſ , zwain vorsprechen ir iedem 32 ſ und dem richter vom sigil 16 ſ .

Das sollen geben, der da dingt die 2 tail, das ist 80 ſ und der widertail den drittail, das ist 40 ſ .

Und welichem tail das geding und die urtail zu hof zuesteet, dem sol das ander tail sein gedinggelt, was er darauf ausgeben hat, desselben tags, so das geding vor gericht aufgetan wirdet bei scheinender sonnen wider geben und zaln.

Doch der da gedingt hat, der mues auf das geding gein hof geben 72 ſ reg., die ist im der ander tail bei scheinender sonnen nit schuldig wider zu geben, sunder er mag dasselb gelt zu anderm seinem schaden rechen und schlahen.

XXII.

Umb burgerwandl.

Item wann ein burger zu Str. vor dem stattrechten das recht verleust und darumb wandlpöer wirt, der ist dem richter zu wandel nach gnaden nit mer schuldig dann 12 reg. ſ ; aber nach dem aid oder von dem geding ist es nach genaden 72 ſ .

XXIII.

Item welicher burger ain geding zu hof verleust, der ist dem richter davon zu wandel schuldig nach genaden 72 ſ reg. landswerung. wo aber ain gast oder ausman ain geding zu hof verleust, der ist dem richter davon zu wandel schuldig nach genaden 2 ſ reg. ſ oder wie er sich dann darumb vertragen mag.

XXIV.

Wie man ain ambtman in die schergenstuben aufnimbt.

1) Item ain rat nemen ainen ambtman in die schergenstueben auf und ist das haus gemainer stat, dem gibt man vor der stat alle jar 10 β ſ zu quaternern das ist zu ieder quater 75 ſ und ain schaf korn ab der zech. und ein ieder ambtman, der von dem rate aufgenommen wirdet, sol dem chamerer geloben und darauf sweren also:

Des ambtmanns aid.

Ich swer, das ich der schergenstueben und der gevangen treulich und fleissigleich bei tag und nacht warten sull und well und so gevangen bei mir ligen, den sol und wil ich bei tag und nacht wol zuesehen, domit kain gefangner auskome. ich sol und wil auch weder mit willen noch unwillen kainen gefangen auslassen, auch niemant on urlaub und wissen des richters und chamerers niemant mit den gevangen ichtz reden noch in die schergenstueben weder ein noch aus lassen, sonder das ich meinen herrn vom rat und gemainer stat zu Str. all zeit willig, getrew und gewärtig sein sol und wil bei tag und nacht, soverr ich kan und mag treulich on alles gevärde. des bitt mir got ze helfen und all heiligen. amen.

Item so hat der ambtman von ainem ieden, den man gein fronvest füret für eisenrecht 8 gross oder 24 ſ und baid richterknecht 4 gross oder 12 reg. ſ .

Und als oft der ambtmann ainem gevangnen ain mal gibt, als oft hat er 2 ſ . er sol auch den gevangen darnach leben.

XXV.

Von den richterknechten.

Item die zwen richterknecht sullen durch den oberrichter und ainen rate aufgenommen werden und sullen auch darumb bitten, dem oberrichter und chamberer geloben und swern den hernachfolgenden aid.

Der richterknecht aid.

Wir sweren unserm genedigen herrn, desgeleichs dem oberrichter und gemainer stat getrew und gewärtig ze sein, iren frommen ze furdern und schaden ze wenten. das wir auch dem obern und unterrichter zu dem gericht getrew und beistendig sein sullen und wellen mit allen sachen, mit aufsehen und anbringen, was uns von gerichtz und dinstz wegen zuegehöret ze tun und niemand unpillich oder gevärlich dargeben, auch niemand, der verhandelt, nicht schieben oder fürdern, sunder das nach der pillichkait gerechtigkeit treulich handeln. und darin nit ansehen

XXVI.

Was über ainen menschen get, den man zu dem tod richtet.

1) Item wann man ainen menschen verderbt und zum tod richtet, so das die herrschaft oder gemaine stat oder ainen burger hi antrifft, davon gehört wie hernachvolgt:

dem richter für fürfang 72 ſ reg., dem gerichtzsreiber 24 ſ , iedem vorsprecher 24 ſ , iedem richtersknecht 12 ſ , dem ambtman für eisenrecht 72 ſ , und darzue sein kostgelt für ain mal 2 ſ als lang der mensch bei im gelegen ist. dem züchtiger 60 ſ .

Wo aber ein ausman oder gast ainen menschen hi in vanknus bringet und der zum tod gericht wirdet, der vertrag sich mit ir iedem nach dem er stat vindet, doch sol man niemand unpillich beswärn.

Wann man ainen menschen, den man zum tod richten furfuren will, wie man das damit halten soll.

2) ¹⁾

3) Darnach vordert man vorsprechen und züchtiger, mit den redt man in ainem rat, das si nit lengung machen auch sagt man dem züchtiger sonderlich zu, zu waz tod er den menschen ertainn soll, das sol auch der züchtiger thuen.

Item wo aber ain mensch umb untat gevangen wirdet und den tod nit verschuldet hat, den man ain mail oder leibstraf anleget, so sol der unterrichter bei ainem rat sitzen und auch mit ertainn, was

¹⁾ n. 2 stimmt überein mit XII n. 2.

straf man denselben menschen sull anlegen und das alsdann mit dem züchtiger schaffen ze thun.

4) Item so man halsgericht helt und der unterrichter über das pluet sitzt, so ein arm mensch oder mer umb den tod für recht geführt werden, so sol man am ersten austragen, ob es an weil und zeit sei, das man über das pluet sitzen und richten sull und was dann zu solichem rechten gehöret. und so kain anclager da ist, so sol der unterrichter dem armen menschen zuesprechen, wes er sich selb geziget hab, sölich verhandelt und verdient, das er also gevangener und gepunden daher chomen sei, sol darauf sein bekanntnus und urgicht im rechten hörn lassen und darnach auf solich bekanntnus weiter an das recht fragen und richten, was das recht gibt.

XXVII.

Der jüden aid.

Des ersten sol der jud fürtragen die 5 puecher herrn Moysy und sol zwen vinger aufheben und swern bei dem. der himel und erd, laub und gras beschaffen hat und bei der ee, die gott gab Moysi auf dem perg Sinay, das di puech sein, die 5 puecher Moysi auf den ein jud durch recht swern sol und sol dann (ain) jud sein rechte hant unz an das rist in dieselben puecher legen und swern den hernachvolgenden aid:

Bei dem lebentigen gott adonay, der himel und erd, laub und gras beschaffen hat, bei dem gott Abrahe, Jacob, Ysaack und bei dem gott, der die heiligen ee gab herrn Moysi auf dem perg Sinay, das es war sei, darumb ich gesworn han. also helf mir der allmächtig gott und die heilig ee, die gott geben hat Moysi auf dem perg Sinay.

XXVIII.

Von den vorsprechen.

1) Item mein herrn vom rat nemen gewondlich zwen vorsprechen auf, den si von der stat sold geben aus der camer nach dem ir ieder verdienen kan oder mag. doch gewondlich gibt man ir ainem 3 ð reg. ʒ. man möcht auch etlichem, der das verdienen künd mer, geben oder ainem andern minner. dieselben vorsprechen mügen auch besuechen die landschranken hie im landgericht und der von Augspurg gericht oder an andern enden, doch das man der bei der statschranken nit mangel hab. die sullen auch all jar umb den dinst pitten und sol ir ieder, wann der oder si baid mit einander aufgenommen werden, dem camerer geloben und darüber swern als hernach volget.

Der vorsprechen aid.

2) Wir swern, das wir unsern herrn vom rat und gemainer stat ze Str. all zeit gehorsam, trew und gewärtig sullen und wellen sein,

iren frumen fürdern und schaden wenten bei tag und nacht, wo wir kunnen und mügen. das wir auch der stat schränken und rechten all zeit sullen und wellen warten und ausserhalb kainen ausmann wider kainen burger nit reden, auch von den burgern hie ainen gleichen lon nemen nach inhalt unserer herrn pot und irs purttings. das wir auch ainem ieden sein notturft im rechten trewlich fürbringen und nicht schentung oder vergebene wort treibn sullen oder wellen, dann iedem sein notturft, was zum rechten dient und nicht darin ansehen weder lieb, gunst

Item ainem vorsprecher gibt man hie von der 1. clag fürzebringen 1 $\mathfrak{S}$ reg., von dem andern 2 $\mathfrak{S}$, von dem 3. rechten 3 $\mathfrak{S}$, und was sich in ainer sach mer rechten begeben, sol man dem vorsprechen geben von iedem rechten 8 $\mathfrak{S}$ und nicht mer.

XXIX.

Von des fronpoten ambtz wegen.

Item wann das fronpot ambt durch tod eins fronpoten ledig wirdet, oder das sich ein fronpot in seinem ambt nicht erberlich hielt, daran man mengl oder prüch hiet, den mag man auch verkeren als mit Erharten Wagner beschehen ist, den man verkert hat von seins unfleiss und ablässigkeit wegen. so nimbt ain rat ainen fronpoten für, als si dann an des Erhartz stat Ulrich Mair zu ainem fronpoten fürgenomen und den in ain capitel des tumbstiftes ze Augspurg presentirt und geschickt haben im das ambt zu verleihen als si dan das fronpot ambt ze leihen haben. nu vermainten die tumbherrn vom capitl ze Augspurg, si sollten fronpoten abzusetzen und aufzunemen haben. dawider vermainten die von Straubing, das es mit alter loblicher gewonhait herkommen und albeg gewesen sei, so das fronpoten amt ledig werd, das ain rat ainen andern fronpoten fürzenemen hab und den dem capitl presentirn, im das ambt zu verleihen, angesehen das ain fronpot von gemainer stat behawst sei, das auch ain rat auf seine pot und sag das recht darauf sprechen müssen, dadurch in not tue, das si ainen frumen fronboten furnemen. darauf si sich gelassen und recht gesprechen mugen. darzu das auch ain ieder fronpot der stat mit allen dingen, mit gepieten und verpieten mer anhengig sei dan dem stift, sunder dem capitl allain sein gült hie schuldig sei zu voderen und einzebringen. so hab auch ein ieder fronpot mer von der stat dann von den von Augspurg, wie möchten oder westen dann die vom capitl das ambt zu versehen, sunder am rat mer und pas, wann, wo auch ain fronpot unpilliche gepot oder verpot täte, der darin verspreche, des müst albeg ain rat gen iederman verantburter sein, darumb si pillich ainen fronpoten furnemen, das si den gen Augspurg dem capitl presentirn und bitten demselben das ambt zu verleihen und reden dem capitl in ir lehenschaft nicht als dan von alter herkommen. also ist zu derselben zeit

zwischen des pfarrer hie, auch der vom capitl potschaft und ains ratz der irrung halben abgeredt, das die ding sullen ruen von Georii pis auf Petri. in der zeit sullen sich die tumbherrn bedenken, damit rat und gemaine stat bei altem herkomen gütlich beleiben und gehalten werden. wo aber des nicht beschähe, des sich ain rat zu dem capitl nicht versehe, so wellen doch ain rat des Erhartz zu fronpoten noch in gemainer stat hawsung und dem ambte nicht haben noch wissen, sunder Ulrichen fronpoten darein seczen und den füran als iren fronpoten gebrauchen. also nach der zeit ist weiter abgeredt, das ain rat dem capitl von Ulrichen fronpoten wegen sullen schreiben des ambtz halben als hernach geschriben ist, so sulle man in das ambt leihen.

XXX.

Einen solchen brief haben mein herrn vom rat zu Straubing dem capitl zu Augspurg von des fronpoten ambtz wegen geschriben.

Hochwirdigen lieben herrn unsern willign dinst sein ewr widrigkait mit gutem willen zu voran bereit. wir fugen ewr wirdigkait zu wissen, nachdem Erhart fronpot unfleis und ablässikait halben in dem ambte, als wir das menigmal an ewr mittumbherrn, die zu zeiten mit ewrem gewalt von ew hieher gen Straubing geschickt worden sind, anbracht haben zu demselben ambt untüchtig, auch für eur wirdikait und uns gemaine stat nicht ist. deshalben der wirdig unser herre der pfarrer herr Johannis von Titizaw mitsambt uns auf bete an in und uns komen den gegenwärtigen Ulrichen Mair, weiser des brifs, als den tüglichsten fürgenommen haben und bitten darauf ewr hochwirdigkait, ir wellet den für ander umb unsern willen aufnehmen, im das fronpotamt verleihen und genediglich darzu bestätigen, wann wir nit anders wissen, dann das ewr wirdigkait und auch wir von gemainer stat wegen mit im zu sollichem ambt wol versorgt sein. datum an montag nach s. Veitztag anno domini 69.

Auf solich schreiben ist Ulrich Mair von ainem capitl ze Augspurg bestätt und im das fronboten ambt verlihen worden und hat darauf dem capitl oben zu Augspurg geschworn und sein gerechtigkait gethan.

Darnach hat er in volligem rat zu Str. auch gelaubt und geschworn als von alter herkomen ist.

XXXI.

Des fronpoten aid.

Ich gswer, das ich meine herrn vom rat und gemainer stat zu Str. ietzund und künftiglich sull und wel gehorsam sein, iren frumen alzeit fudern und iren schaden wenden bei tag und nacht nach meinem vermugen, auch mich in dem ambt redlich und aufrichticlich halten,

dem treulich vor sein und guten vleis darinne haben mit fürboten burgern und gesten, als der stat bot inhaltet und von alter herkomen ist, auch mit verpieten, mit anpieten, mit abnemen der rechten, meiner sag vor gericht oder dem rat, mit einlegen oder behaltnus des gettz, das zu mir gelegt würd, auch zu rechter zeit auf und zuesperren und niemant aus oder einlassen an eins camrers willen und wissen. desgleichs mit marchstainen und weisung und allen andern sachen, die das ambt antreffen und dazu gehörn und darinne nicht anders dann die gerechtikait handeln und nicht ansehen weder gunst

XXXII.

1) Darauf haben im mein herrn vom rat ir haws bei dem obern tor lassen das sol er all jar zu Thomanstag des zwelfpoten stiften und davon stiftrecht geben als ander der stat hindersassen.

Item ain fronpot zu Str. hat auch alle fürpot zu tun zu recht und pewt er von ains burgers wegen ainem andern burger zu recht, so ist des fronboten lon von dem ersten rechten 1 ſ , von dem andern rechten auch 1 ſ und weiter von dem verkönden aber 1 ſ .

Wirbt aber ain gast ain fürpot gen ainem burger, so ist albeg der lon 2 ſ .

Item wo ain burger ain pot durch fronpoten tut auf ain gut oder auf läwt, davon gehört 1 ſ .

Wo aber ain ausman ain pot tun lat auf ains burger gut, der gibt 2 ſ , doch sol ain fronpot kainen ausman kain pot tun hie auf läwt oder gut an wissen und erlauben ains camerers.

3) Item es sol auch ain gast dem andern weder sein leib oder gut hie nicht verpieten, es wär dann ainer hinfluchtig, das sich wärlich erfund, so mag man mit leib und gut zu recht verpieten durch erlauben des kamerer.

Item es mag auch ain ieder burger ainen gast umb schuld mit seinem leib oder sein gut, oder leib und gut mit einander hie verpieten lassen durch den gesworen fronpoten. nimbt aber ainer auskunft, die mag im der kamerer oder richter geben auf 14 tag und nimbt darumb ainen burger zu porgen sich mit im zu vertragen oder zum richten herzustellen. kombt der gast der auskunft nicht nach, so nimbt der burger den porgen mit recht für. getrawt aber der kamerer oder richter dem verpoten man auf sein gelüb und kumbt der nicht nach,¹⁾ so sol

¹⁾ Folgender ursprünglich im Entwurfe stehender Schlusssatz war schon im Konzeptbuch durchstrichen und durch den oben stehenden Schlusssatz ersetzt: [„so stet der burger zu dem nachstkomenden statrechten und bringt das verpot für, so wirt recht. der richter sull auf derselben gast sehen lassen und wo er in hie betret, so sol man in in die schergenstuben legen.“] Die noch in den folgenden Anmerkungen durch [] eingeschlossenen Sätze standen ebenfalls nur im ersten Entwurfe und wurden in den definitiven Inhalt des Stadtbuchs nicht aufgenommen.

der camerer oder richter, der dem verpotnen man die auskunft gibt, denselben zu recht stellen oder dem klager umb sein spruch antwurten.

Es sol auch der klager dem verpot nachgen in 14 tagen, ob in der zeit recht wirdet. ging er dem verpot aber nit nach in der zeit, so sol sein verpot ab und nichtz sein.

4) Item es mag auch ain mitbürger durch fronpoten ainen gast, er sei edl oder unedl umb sein schuld ross ausziehen und zu ainem gastgeben stellen und darnach umb sein schuld verganten als der stat recht ist. doch sol ein ieder das vor an ainen kamerer bringen und solichs mit wissen und erlauben tun, dadurch gemainer stat nicht irrung daraus erstee. davon ist des fronpoten lon albeg 2 $\mathfrak{S}$.

5) Item wo sich auch ainer hie zu den statrechten mit pot nicht vinden wollt lassen, den mag man in der wochen vor, wenn man in ansichtig wirdet, wol pieten lassen.¹⁾

6) Item mein herrn hie habn vertrag mit den von Regenspurg aus Werder herschaft probstei und andern enden, die man hie nicht verpieten sol.

7) Item so mag sich ein ieder burger umb schuld abnemen [lassen?] nach der statrechten auf 14 tag. darnach sol er dasselb abnemen zu dem nachsten rechten oder ob in kurz nichtz recht würd vor dem rate durch den fronpoten und gerichtschreiber fürbringen und darauf sein schuld erlangt und behabt haben und der ausgericht werden als der stat recht ist. davon gehört dem fronpoten 1 $\mathfrak{S}$ oder er mag darnach mit erlauben des camrer umb pfant eingen und die austragen für den vailkeufel und darnach verganten als der stat recht ist. es sol auch ain ieder seinem schuldiger um sein schuld vollige pfant geben und antburten.²⁾

8) Item wo aber ainer zu dem andern sein schuld mit recht hie erlanget, dem pfant durch die richtersknecht aussgetragen und genomen wurden, die sullen zu dem gesworen keufel oder keufflin fürgelegt und in den nachsten 14 tagen darnach, so die pfant fürgelegt sind, vergant

¹⁾ [Item es mag auch ain burger ain haimlich pot auf ain gut tun lassen, so er sich versähe, das nit ander läut mit poten fürkommen wollten.]

²⁾ [Item wo ainer dem andern pfant gibt oder fürlegt, dasselb pfant sol der underkauf zu dem nächsten rechten vor der statschranken öffentlich durch den fronpoten anpieten. davon sol dem fronpoten gefallen 1 $\mathfrak{S}$ und dem, des die pfant sind, solichs von dem richter verkündet und dieselcen pfant in den nächsten 14 tagen darnach ungeverlich vergant werden als der stat zu Straubing recht ist.]

Item ob aber in 8 oder 14 tagen an gever nicht statrecht würd, so sol das anpot vor dem richter, inmass als vor dem rechten durch fronpoten, fuderlich beschehen, dem des die pfant sind in obgeschribner mass auch verkundet und darnach aber in 14 tagen vergant werden nach der stat rechten.]

werden als der stat recht ist. und dieselben pfant bedürfen weder vor recht noch vor dem richter nicht angepoten noch verkondet werden.

9) Wo auch ainer den andern umb sein schuld pfanter legt oder sezet, da ainer ausgelihen hiet, der sol, so er nicht lenger peiten wil, zu dem rechten sten und begern, wie er mit den pfanten gefarn sull. so wirdet im erkannt, er sull stimmen und nennen, was die pfant sein, von wem si im sten und umb wie vil und sull di pfant zu dem gesworn käufel legen desselben tags bei scheinder sunnen und sol dem, daz di pfant sind, verkondet werden. ist es ain burger durch den fronpoten, ist ez aber ain ausman durch den richter, also ob sich der, daz di pfant sind zwischen der zeit und des nächsten rechten mit dem vertrug, das wär an dem. vertrüg er sich aber und bezalt das gelt nicht, so sullen die pfant darnach nach dem nächsten rechten 14 tagen vor dem vailkeufel ligen und nach den 14 tagen in drein tagen darnach vergant werden als der stat recht ist.

XXXIII.

Von gelt einlegen.

Item wo auch ainer dem andern gelt einlegt zu dem fronpoten, so sol der gast dem fronpoten geben von dem 2 1/2 reg. und der burger von dem 3 helbling oder wiener.

Item es hat auch ein jeder umb sein gült hie in der stat oder im purtting zuesperren durch sich selbs oder durch fronpoten. davon ist des fronpoten lon 2 1/2.

Item wo aber ainer in ainem moneid nach dem zuesperren seiner gult nicht entricht würd, der mag dasselb haus oder ander gut, daraus er die gült hat, darnach nach dem moneid mit recht fürnemen und beklagen um versessen gült und haubtgelt und dasselb gut darumb auf die gant rechten.

XXXIV.

Von der gant wegen.

1) Item so ainer ain gut hie in der stat oder im purtting umb schuld oder gült in die ganten recht, so gibt das recht, der fronpot sull ainen span aus der tür nemen. den antwort der fronpot dem richterknecht. davon gehört dem richterknecht 2 1/2. so pewt der fronpot das gut und den span zu dem nachsten rechten mit recht an auf 14 tage. davon ist des fronpoten lon 12 1/2. darnach pewt der fronpot das gut und den span aber auf das nächst recht an auf drei 14 tag und 3 tag, das ist 6 wochen und 3 tag. davon ist sein lon 12 1/2.

wann dann dieselb zeit verscheint, so pewt der fronpot das gut und den span aber aus auf jar und tag. davon ist sein lon auch

12 ſ . solich anpieten sol der gerichtzsreiber alles einschreiben und man sol im von iedem einschreiben geben 2 ſ .

Item darauf sol der richtersknecht ainen stecken für die tür oder neben der tür einslahen . dem gehört davon 4 ſ .

2) Item so mag man auch dasselb haus oder gut, dieweil es in der gant stet umb zins hinlassen, damit und ob gült darauf läg, das die davon entricht und der gelter auch dest pas davon bezalt würd . und ob des schuldiger gut darinne wär, das mag man in ainen besondern gemach über einander tun und das mit wissen verschreiben, dadurch des der schuldiger und gelter ir ieder geniesse.

3) Item und wan jar und tag auch verschinen ist, so gibt der fronpot dem gesworen underkeüfel den span uber, der rueft und pewt dan das gut aus vor der kirchen, zu weinhewsern und zu strassen und die letzten 3 tag vor dem prothaus als gantung recht ist. wem das dann zuestet, der mag sich des halten und gantbrief darumb nemen und wer ain gut mit gant einnimbt, dem sol es der richter im rechten mit dem stab einantwurten und der fronpot mit dem türnagel, dem gehört auch davon 12 ſ .

4) Item wo man auch in der stat oder im purting oder im veld marchstain legen wil, die sol der gesworen fronpot legen nach erkanntnus der beschawer und gehört im von iedem marchstain zu legen nach genaden und nach gelegenhait der sach 12 ſ .

5) Item wo man auch ains gasts gut mit recht verklaget oder ander gut, das auslewten und gästen zuegehöret verschreiben wollt, darzu sol man den fronpoten nemen zusampt andern, di man darzu schafft, dem gehört davon, nachdem das gut wert ist. und ist es bei 20 ſ , so gehören dem fronpoten und iedem, die man darzu schafft 4 grosch. ist es aber ain klain gutl, so gehoren iedem 2 grosch.

XXXV.

Wie es mit den statrechten hie mit verzügen und aufheben gehalten wirdet.

1) Item mein herrn camerer und rate hie zu Str. haben eintrachtlich bedacht und furgenomen zu furdrung der stat recht, die sich bisher oft lang verzogen haben, dadurch burger und gest zu entlichen, firderlichen rechten nicht komen haben mugen, das darinne manigerlai irrung mit pot, aufheben und verziehen der rechten beschehen sind und wellen, das es firon mit burgern und gesten also gehalten sull werden.

Item so ain burger dem andern zu dem ersten rechten pieten lässt, das sol er durch den gesworn fronpoten thun oder durch seinem gelubten diener und dasselb erst pot thuen des tags vor dem rechttag

vormittag oder nach . desgleich mag ain gast diesem burger an dem recht abende vor mittags oder darnach bei scheinender sunn bieten lassen als von alter herkomen ist.

2) Item wenn ein burger den andern beclagt zu dem ersten rechten, so mag im derselb zum ersten antburten, ob er wil . antburt er im aber nit, so mag er demselben fürbieten lassen widerumb zu dem andern rechten. kombt dann derselb zu dem richter und begert im das recht aufzuheben, das sol der richter thun bis auf das nagst recht, das ist über 8 tag oder auf welchen tag man an gevarde nagst zu recht sitzt, so sol alsdan der antburter dem clager entlich antburten.

3) Item und so ainer den andern umb schuld beclagt, ist der schuld über 1 ℥ reg. ℥ , die sol ainer bestätten mit seinem aid als recht ist . wär aber di schuld hinter 1 ℥ , die mag ainer bestätten bei seinen trewen an aides stat.¹⁾

4) Item und wann ainer mit dem ersten pot zum rechten begriffen wirdet, der sol dann der rechten warten und sich zu den nägsten rechten nicht auspieten. wo aber ainer merklich ehaft notturft zu schicken hiet, der sol mit willen und wissen eins richter und kamerer ausziehen.

5) Item und wann der richter ainem burger gen dem andern oder gen ainem gast ain recht aufhebt oder verzeucht, so sol der richter

¹⁾ [Wie(?) nacheinander helt nicht für ain recht gezelet werden, sunder iedes besunder für ain recht, desgleichs mag ainer dem andern zu dem 3. rechten auch bieten lassen. kumbt dann der antwurter und pitt den richter, das er im selbs als ein richter dasselb recht verziech, das mag der richter auch tun. aber derselb oder ein ander richter sol oder mag demselben kain recht in derselben sach nicht mer aufheben oder verziehen und sol auch solich aufheben und verziehen albeg in das gerichtzpuech vermerkt und eingeschriben werden. wo im aber ainer das 3. recht der richter verziehen liess, der doch bei dem rechten wär und hinder dem ring stuend, derselb sol des verzugs nit geniessen, sunder er stee zu dem rechten und thue mit seinem aid sovil als recht ist, das er solich redlich ursach oder mengel hab, dadurch er zu demselben rechten nit geantwurten mug, des sol er geniessen.

Es sol auch ain burger dem andern zu dem nachsten angeenden rechten darnach nicht mer schuldig sein zu pieten, nur allain das recht verkunden lassen in 8 tagen vor dem rechttag oder an dem rechtabend . wenn der clager wil, so sol der antwurter dem clager zu demselben nachsten angeenden rechten dann antwurten und kains verzugs mer geniessen, dann was sich mit recht begäb.

Item wenn aber ain gast ainem burger fürbieten lässt das erst recht, so sol der burger dem gast zu dem 1. rechten antwurten oder er mag im das aufheben lassen, so dann der gast dem burger zu dem andern rechten pieten lat.

Mag aber der richter im selbs als ein richter dasselb recht verziehen und darnach kains mer aufheben oder verziehen in derselben sach und sol auch also eingeschriben werden . wo aber ainer bei dem rechten hinder dem ring stuend, mit dem sol es auch gehalten werden, als vor geschriben stet . und zu dem 3. rechten sol der antwurter dem clager entlich antwurten und zwischen in geschehen was recht ist.]

demselben, dem er das recht aufhebt oder verzeucht albeg zusagen, das er seiner rechten füran wart ungepoten nach ordnung der rechten. wann etlich erpieten sich aus und wellen sich darnach nit pot nit vinden lassen. das wellen mein herrn nicht gehabt haben.

XXXVI.

Weiter ist fürgenommen.

1) So ain gast ainem burger hie zu Str. umb schuld oder sprüch zu recht fürpieten lässt, so sol der burger dem gast zu dem ersten rechten antwurten oder ob der burger mit seiner notturft zu demselben ersten rechten nicht geschickt wär, so mag im der burger das erst recht durch den richter und im selbs aufheben und verziehen lassen bis auf das nachst recht. alsdann sol der burger dem gast entlich antwort tun, kainen verzug mer haben, dann was sich auf brief, gezewgnus oder weisung mit recht begäbe.

2) So mag auch der burger gen ainem gast umb anhellich wissenlich schuld zu dem ersten rechten abnemen [lassen?] auf 14 tag als der stat recht ist. kumbt aber der burger dem gast in antburt, so mag er sich fürbas nimer abnemen [lassen] noch kainen verzug oder aufheben mer haben.

3) Wolt aber ain burger dem gast zu dem ersten rechten nicht antburten und läst im auch das recht nicht aufheben oder verziehen, so wird dem gast wartung ertailt, das er desselben und des nachsten rechten tag darnach sull warten. kom man im in antburt, so beschech was recht ist. käme man im aber nit in antburt, so sol dem gast aber gericht werden und umb sein schuld beschehen, was recht ist und sol der burger sich kains verzugs oder aufhebens noch kains abnemens nicht mer gebrauchen.

XXXVII.

Von dem vailkeufel und underkeufel.

1) Item mein herrn vom rat haben all jar aufgenemen ain vailkeufel, dafür man die pfant legt, die man durch recht erlangt oder ainer dem andern austregt oder ander gut, das man verkaufen wil und wer dem rat darzu gefellt, dem si das ambt durch pet verleihen und darzu aufgenommen wirt, der sol in meiner herren und gemeiner stat in dem vodristen egkladen under der trinkstuben sein und der stat denselbrn laden verzinsen, wie er den stift und darin auch davor vail haben alle pfant und pfenwert. der sol dem rat ain gewishait und porgschaft tun mit burgern hie zum minsten umb 20 ₰ reg. 2, ob er iemant sein gut verlüre, das sol er bezalen und ob er solichs selbs

nicht zu bezalen hette, das man das an die porgen wiss zu voderen, die sullen darumb gut sein.

Und sol ain ieder vailkeufel und underkeufel all jar, so er darzu aufgenommen wirdet, dem kamrer darauf geloben und sweren den hernachgeschriben aid.

Des underkeüfel aid.

2) Item ich swer, das ich dem underkauf umb wein und ander gut, was zu dem underkauf gehöret vleissiglich sol und wil warten und all kaüf machen und trewlich darein reden burgern und gesten, wo ich dabei bin und dazu gevodert wird, auch den rechten lon davon nemen und niemant höher beswären anders dann sovil mir darin zugebüret und von alter herkomen ist.

Wo mir auch von meinen herrn vom rate bevolhen und geschaffet würd ander gut oder kaufmanschaft zu beschaun, es wern stockvisch, häring oder welcherlai das wäre, das sol und wil ich auch trewlich beschauen und was zolper ist, den zol davon voderen, einnemen und dem zolner den antburten. das ich auch dem vailkauf trewlich sol und wil vor sein und einem ieden seine pfant und pfenwert, die mir fürgelegt werden, trewlich anpieten und vail haben umb den gewöndlichen lon und darin auch niemant höher beswären und darzu mit dem anpieten und verganten auch trewlich und ungeverlich umbgen und handeln wil. wo ich auch vor gericht oder dem rate mein sag tun sol, das ich das trewlich und ungeverlich tun und darin die warhait und gerechtigkeit sagen wil, niemant zu lieb oder durch forcht lassen, auch ainen für den andern darin nicht füdern oder schieben noch meinen frumben mit solchen pfanten oder pfenwerten nicht suechen oder schaffen, des iemant an seinen pfant oder pfenwerten schaden hiet und in dem allen nicht ansehen weder lieb

3) Und was man dem vailkaufel solicher pfant fürlegt, davon ist man im schuldig für seinen lon und wagnus ie vom pfunt 4 ſ . ist es darüber oder darhinder, so geit man im davon nach anzal der summ, wie die pfant mer oder minner vergantet werden.

Es sol auch kain camerer niemant kain pfant lenger fristen noch zu fristen haben.

Item und wan der vailkaüfel zu freimärkten gevodert wirdet, so sol er dem kaufer und verkaufer trewlich darein reden und das gut auch trewlich zu schätzen, was das wert sei. davon ist sein lon 12 ſ und darzu gibt man im essen und trinken.

4) Item des underkaufs halben, was davon gehört zu nemen und zu geben, das vindet man hernach bei den gesetzen, die an der tafel im rathaus geschriben stend und hernach vermerkt sind, lueg vor in der tafel, darnach nach der ziffer, an welchem plat die sten.

Item und wann ein haws oder ander gut in die gant gerecht wirdet auf jar und tag, so gehört dem underkäuff von der gant zetl 8 grosch.¹⁾

So gehört dem underkaufel, das er das gut vor der kirchen und ze strassen ausruefen sol 12 ʒ und die letzten 3 tag vor dem prot-haus all tag 12 reg. ʒ.

Item und welchem ain gut auf der gant haimget, der sol das gelt, darumb im daz gut haim get, des nachsten tage darnach nach dem beruef mit beraitem gelt oder gold bezaln bei scheinender sun.

Es sol auch kain ausman noch niemand anders auf kain gut auf der gant noch auf kain pfant nicht legen dann ain burger.

XXXVIII.

Vor der stat ze pauen.

Item das kainer, er sei reich oder arm, der vor der stat hawser oder ander gepaw auf hofstet oder gärten pawen wollt, nicht mer tun noch pawen sol an beschaw, willen und wissen des rates, wie er doch pawen sol, das er der stat unschadlichen sei. wer das daruber tät, den wellen mein herren swarlich darumb strafen und muess dannoch dasselb paw wider abprechen.

XXXIX.

Umb gelt im purtting.

1) Item einer, der gult auf hausern, gärten oder anderen grunden hie zu Str. im purtting hat, so der seiner gült zu rechter zeit nicht ausgericht und bezalt wirdet, darumb mag ein ieder pfenten und zuesperren als dann der stat recht ist. des sol sich auch niemand widern oder weren. wer das tät, den wil man swarlich darumb strafen.

2) Item und so ainer umb sein gült nach der stat recht zusperrt hat, das der besitzer des hawss durch ander tür oder venster ein und askumbt, oder so das haus und der grund öd stuend wider dann der, der umb sein gült zugesperrt hat, seiner gült in den nachsten 4 wochen nach dem versperren nicht ausgericht und bezalt, so mag ain ieder dasselb gut und darnach in dem nachsten statrechten umb sein haubtgelt und versessen gült mit recht fürnemen und beklagen nach der stat recht und dieselben häuser und grund umb haubtgelt, versessen gült und schaden mit recht verganten als der stat recht ist.

¹⁾ Der hier im Stadtbuche folgende Satz stimmt überein mit XXXIV n 3.

XL.

So ainer schuld zu dem andern mit recht erlangt.

Item wann ainer zu dem andern sein schuld und haubtgelt mit recht erlangt, so sol er auch sein gerichtschäden, die wissenlich sind fürbracht sollen werden, auch an recht zu demselben erlangt und behabt haben und sol der mitsambt dem haubtgelt ausgericht werden als der stat recht ist.

XLI.

Umb abnemen.

Item wo auch ainer den andern umb schuld abnimbt, das mag ain ieder tun durch den fronpoten auf 14 tag, doch das ein ieder sein schuld darumb er in abnimbt, sol nemen und stimmen, umb was oder wievil er in abnem und der fronpot sol das abnemen einschreiben. und der, der also umb schuld abgenommen wirdet, sol sein abnemen durch die geschworen gerichtschreiber und fronpoten zu den nachsten angenden rechten nach den 14 tagen oder ob in der zeit nicht statrecht gehalten würd, vor dem rate fürbringen und noch seinem fürbringen sol er sein schuld zu demselben erlangt und behabt haben und der ausgericht werden als der stat recht ist. sich sol auch ein ieder auf 14 tag abnemen lassen und das abnemen fürbringen als oben geschriben ist. wer das aber also nicht fürbrächt, desselben abnemen sol sunst kain kraft haben.

Item so aber ainer den andern anf rechnung abnimbt, so sol die rechnung hinder dem ring geschehen, dieweil der richter an dem rechten sitzt.

Item von dem abnemen gehört dem fronpoten 1 reg. $\mathfrak{S}$, desgleichs von dem fürbringen des abnemens auch 1 $\mathfrak{S}$.

XLII.

Von dem pfenter.

Item man hat von gemainer stat einen pfenter hie, der sol und mag umb schuld auf dem land und landgerichten oder herscheften pfenten als von alter herkomen ist. und wer den pfenter ausschicken und pfenten wil lassen, der sol das tun mit ains kamerers wissen und erlauben. es sol auch ain ieder, den der pfenter pfendet dem pfenter seine pfant recht ausrichten und sol das ain pfenter auf der pfantung haben. welher burger aber ainen ausman unpillich pfenten liess, der dem burger hie umb sein vordrung mit recht einpräch, so ist der burger dem pfenter des pfantrechtz selb schuldig ze geben, aber hinder 12 $\mathfrak{S}$ sol man nicht pfenten.

XLIII.

Umb verpieten umb schuld.

Item es mag auch ain ieder burger oder burgerin ainen gast oder ausman umb schuld in der stat durch den fronpoten wol verpieten lassen, dem mag ain kamerer oder richter, ob des der ausman begert ain auskunft geben auf 14 tag. in der zeit sol der ausman mit dem burger ainig werden und in bezalen oder der ausman sol dem burger oder burgerin hie rechtens sein. kām aber der ausman dem nicht nach und ging über das verpot aus, so der burger oder burgerin dem verpot mit recht nach klagt und fraget, ob im der kamerer oder der richter auskunft oder nicht auskunft geben haben, so sol man fürbas auf demselben ausman sehen und wo man in hie betreten oder erfahren mag, den sol der richter in fronvest füren und legen lassen bis dem klager genueg beschiecht.

XLIV.

Von herbergen.

Item es sol kain hawswirt oder inwoner weder in der stat noch vor der stat im purtting niemant frömbden oder unkunt lawt nicht beherbergen und zuvoran weder auf monad, wochen, jar oder zinszeit nicht behawsen umb gelt noch an gelt, es sei weib oder mann, er wisse dann für in zu antburten, den mag er behalten und aufnehmen. wer das uberfur, den wellen mein herren an leib und gut darumb strafen. und ob iemant derselben lawt halben in schaden käme, zu denselben, die solich lawt hawsen oder behielten und zu irem leib und gut solicher schaden bekommen.

XLV.

Umb anhellig schuld ausrichtung oder pfant ze schaffen.

1) Item ain ieder statkamrer zu Str. hat auch von rat und gemainer stat wegen als von alter herkommen ist, mit ainem ieden burger oder burgerin, wo ainer dem andern schuldig ist und der schuld anhellig und bekäntlich ist, mit ainem jedem zu schaffen den andern seiner anhelligen schuld zu bezalen in 4 wochen den nachsten darnach folgend oder dem klager. darnach so er nit bezahlt wurd, völlige pfant zu schaffen, zu verganten als der stat recht ist.

Den artikel hat man vorher gehalten zu den zeiten, do man nicht all wochen recht gehalten hat.

Item wo aber ain burger oder burgerin ainem ausman schuldig und im des bekäntlich und anhellig wäre auf 14 tag zu bezalen die

nächsten darnach und auch vollige pfant nach den 14 tagen ze schaffen als oben geschriben stet.

Den artikel hat man auch gehalten zu den zeiten als oben geschriben ist.

2) Item und wo ainer dem andern pfant gibt oder fürlegt, dasselb pfant sol der underkaufel zu dem nachsten rechten vor der stat schranken öffentlich durch den fronpoten und vailkaufel anpieten, davon dem fronpoten sol gevallen 1 ſ und dem, des die pfant sind, solichs von dem richter verkondet und dieselben pfant in den nachsten 14 tagen darnach ungeverlich vergant werden als der stat zu Str. recht ist. das auch kain camerer oder richter niemant kain pfant nicht lenger fristen sol.

3) Item ob aber in 8 oder 14 tagen angever nicht statrecht würd, so sol das anpot vor dem richter in mass als vor dem rechten durch fronpoten und vailkaufel fuderlich beschehen und dem, des di pfant sind, in obgeschribner mass auch verkondet und darnach aber in 14 tagen vergant werden nach der statrechten.

4) Item wo aber ainer zu dem andern sein schuld mit recht hie erlanget, dem pfant durch di richter knecht aus getragen und genommen wurden, die sullen zu dem gesworen kaufel oder kaufelin fürgelegt und in den nachsten 14 tagen darnach, so die pfant fürgelegt sind vergant werden als der stat recht ist. und dieselben pfant bedürfen weder vor recht noch vor dem richter nicht angepoten noch verkondet werden.

Die obgeschriben artikel hat man auch gehalten zu den zeiten, do man selten statrecht besessen hat.

XLVI.

Umb hauser und gült im purtting zu verkaufen.

1) Item das kain burger oder burgerin kainem gast oder ausman, der nicht burger ist, kain haws oder ander gut weder in der stat noch ausserhalb, als weit das purtting ist, nicht verkaufen sol noch mag, dann alain ainem burger, der purkreht vor empfangen hab und burger sei worden. wer das darüber tät, desselben haws und gut sol dem rate von gemainer stat wegen verfallen sein und sich des anziehen auf ir genode und willen.

2) Item es sol auch kain burger oder burgerin hie reich oder arm fürbas kain haus oder grunt noch gült daraus weder nach der statrechten noch ewig nicht, mer verkaufen oder verschaffen weder zu messen, brüderschäften noch kainem gast oder ausman noch zu kainer umbgenten erbschaft, dann alain ainem burger oder burgerin verkaufen. damit gemainer stat ir stewr und scharberch davon gevallen.

XLVII.

Umb gemeinschaft.

Item auch das kain burger oder burgerin, reich oder arm, mit kainem gast oder ausman, der nicht burger ist, kainerlai gewerb, arbeit oder gemeinschaft nicht haben noch treiben sol mit kaufmanschaft oder gewinung, weder mit wein noch mit anderm gewerb, welcherlai das ist, nichtz ausgenommen dann ain burger mit dem andern mügen wissenlich gewerb oder gemeinschaft mit einander haben. welcher burger oder burgerin das überfuren, das sich erfunde, den will man darumb swärlich strafen.

XLVIII.

Unser herzog Albrechts in Obern- und Nidern Bairn als ainigen regirenden fürsten entschid, so wir etlicher artikl halben zwischen rat und gemain unserer stat zue Str. gethan haben, der auf Jörgen tag schirst angeen sol, wie hernach volgt.¹⁾

Item als geclagt ist von der gesipten freund im rat und rechnung wegen ist unser mainung, nachdem siben aus der gemain einen rat erwelen, das es bey solher wal beleib, wie von alter herkommen ist und die rechnung aller ambt füran allzeit vor inderm und vor sechsen von ausserm rat gescheen.

Item es sol auch füran ein ieglich landsteur nach gleichen zimlichen dingen genomen und wie von den ambten nechst hievor geschriben stet, verrechent werden.

Item auch sol ein rat einen ieden iren burger ze strafen macht haben nach gleichen pillichen dingen und gestalt seiner verhandlung lawt irer freihait. welcher aber vermainte darin beswert zu sein, der mag das uns als irm landsfürsten und herrn clagen und anbringen.

Item und es sollen der stat freihait dem minnsten als dem maisten burger gebraucht werden, getreulichen und ungeverlich.

Item von des doctors wegen ist unser meinung, das ein rat gemainer stat zu guet, den oder einen andern doctoren der erznei haben und halten.

Item von der stewr wegen von verkauften erbstucken ist unser meinung, das keiner von verkauftem erb, stewr ze geben schuldig sei, dann sovil sich von demselben verkauften erb bei im verfallen hab, aber das gelt darumb er verkauft hat, sol er verstewrn so lang, bis er das weiter anlegt. alsdenn sol er dasselb gut verstewrn und das gelt nimer.

¹⁾ Nur die wichtigsten Bestimmungen dieses herzoglichen Decrets gelangen hier zum Abdrucke.

Und darauf so behalten wir uns vor die vorgeschriben unser ordnung und gesetz, ob und als oft des not thun wirdet zu erclärn, ze mindern und zu mern nach unserm willen und gevallen. solichs unsers entschids haben wir rat und gemain iedem tail auf sein begern ein gleichlautend schrift geben mit unserm secret besigelt und bescheen zu Str. an eritag vor conversionis Pauli anno Dom. x 56.

XLIX.

Ordnung des gantrechten gemainer stat Straubing.¹⁾

Erstlich wann ainer sein guet oder schuld nit bekommen kan und klagt auf ein ligends stuck, ist es ein haus, so schafft man dasselb zesperren, ist es ain acker oder wisen am pfal zeschlagen oder zepfalen alles on gerichtliche erkanntnus.

Nachvolgend so der glaübiger mer und etwo so vil sein, die zum selbigen guet clagen, das nit all von demselben gesperten oder gepfalten guet bezalt mögen werden und umb die prioritet geclagt wierdt. auch an das bevilchts ain rat dem gericht ain offen intimirten gantrechttag menigentlich zu verkünden.

Auf den ersten rechttag erkennt man durch die ordenlich umbfrag, dar inn die procuratores die erst stimb geben das haus zespanen oder ein span zenemen und zu negst nach folgenden rechten (welches von 14 tagen zu 14 tagen aufeinander geen soll) den span oder wasen für gericht zebringen.

Auf den andern rechttag bringt der geschworn fronpot den span oder wasen in recht für . darauf erkennt man durch die ordenlich und gewondlich umbfrag.

Nachdem auf jungst ergangne urtl das haus gespent, der acker oder wisen gewaset, derselbig span oder wasen für gericht gebracht, soll derselb auf 14 tag aus oder angeboten werden . darauf peut der fronpot den richter den span an auf 14 tag nach gmainer stat gantrechten gebrauch.

Auf das dritt recht — wierdet der span durch den fronpoten dem richter auf drei und drei 14 tag, das ist 6 wuchen und dreitag nach vorgeender erkanntnus angepoten . nach verscheinung solcher zeit unnd also auf das 4. recht wierdet durch die ordenlich anfrag wie es weiter im rechten besteen sol erkennt durch einen ersamen rat in gehaimem rath und nit in offnem rechten ain gantzötl zu beschliessen und zunegst darnach volgendem rechten für gericht zebringen volgend zu einem gelegnen rattag . zwischen der zeit des verkündten nach folgenden rechtags beschleusst ein rat in sitzendem rat, dabei zum wenigsten 13

¹⁾ Von späterer Hand beigelegt.

sein sellen. die gantzötl, darein werden allain die begriffen, so aussgetrukke verschribne verpfendung auf dem verganten guet und die so die pesser gerechtigkeit haben, am ersten gesetzt.

Im 5. rechten nach furlegung der erkannten gantzötl wird durch die ordenlich umbfrag erkennt, dieselb dem geschwornen underkeufl zu überantworten. den beruef nach gmainer statrecht 3 tag nachinander öffentlich zuthun. wer nun nach dem letsten beruef ausgeender stund und letsten glocken strach am maisten darauf legt, doch under 4 grosch nit, der behabts und muess von stund an in anemung statliche und genuessame pürgen stellen.

Die kummen alsdann zum 6. und letzten rehtag für gericht. da wird erkennt und dem geschwornen underkeufl durch den unterrichter zuegesprochen, ob der beruef 3 tag nach der statrecht beschehen. und wer am maisten darauf gelegt, der zaigt darauf die person, summa gelts und die pürgen an. alssbald geloben die pürgen solche pürgschaft zehalten an stab an. nach disem begert, der das vergant guet behabt, den ainsatz und urtlbrief. des wird im auf die verpürgung mit der umbfrag erkennt und durch den unterrichter am stab übergeben mit der vermeldung, das der fronpot ime auch den ainsatz auf dem verganten und behabten grund mit dem handstrach auch geben soll.

L.

Processus iudicii in criminalibus civitatis Straubingae.

Wann ain übltäter an offner that oder durch peinlich frag und tortur eines malefitz bekanntlich ist oder sonst durch inquisiton oder ander rechtmässig weg solches zu ime kuntlich dargebracht wirdet, so erinnert man ine nachvolgend in der guet, seiner gethonen bekanntnus, oder begangner that, und wann er darauf in der guet verharret, so wirdet die urgicht des gefangnen einem rath zu Str. zuegetragen und an ainem erichtag, oder anderm werchtag, wie es die gelegenheit gibt, vor mittag in ganzem bei dem aid und pflichten desswegen zusamb erforderten völligem rath, so man das haimblich recht nent verlesen. alsdann werden die verordenten herrn, so bei der peinlichen frag gewest, mit der urgicht wider zum gefangnen geschickt, sein guetliches bekanntnus darauf nochmalen anzuhörn, und nach derselben relation [wirdt am urtl allain durch den rat bei dem aid geschöpft, und durch den statschreiber dieselb urtl, steend ausser der sitztruhen, in der ratstuben umbgefragt wann solches beschehen], schickt man den jüngsten vom äüssern rat nach dem herrn oberrichter, und so er im rat erscheint, wirdet widerum und herr oberrichter, so an des burgermaisters stat sitzen soll, am ersten durch den statschreiber ausserhalb der sitztruhen steend, angefragt, bei seinem aid und pflichten, wie er solches am jüngsten tag verantworten wolle, damit er unserm gnedigen fürsten und herrn, auch gemainer stat verwont, zu erkennen, und zu sprechen, was der

gefangen seinem peinlichen und guetlichen verharrlichem bekennen und urgicht nach, vermog kaiserlicher geschribner für ain leibstraf verschuldt, hinnach gleichfalls einen burgermaister und ein ieden ratsfreund insonderhait zuegesprochen. wann nun die urtl beschlossen, fordert man den underrichter und gerichtschreiber in die ratstuben, bevilcht inen dem gefangnen oder übltäter denselbigen abend, auf nechst darnach folgenden dritten werchtag, einen peinlichen malefitztag zu verkunden mit cristlicher erinnerung, das er sich gott und dem rechten bevelchen woll am dritten tag vor dem malefitz rechten speist man ine mit dem hochwirdigen sacrament vnd der jüngst herr beleite alsdan den ober-richter widerumb heim.

Am dritten Werchtag nach dem haimblichen rechten wirdet bei dem aid und ratsstraf gesagt, so wardt das gericht auf dem rathaus bis man inen bevilcht den gefangen zu holn. alsdann werden die drei procuratores, so zur schrannen geschworn send, in die ratstuben gefordert, denen zaigt ain burgermaister an, der arm sei zum tod verurteilt, mit bevelch, si sollen in iren urtailen nit vil umbstend machen.

Volgent wird der nachrichter gefordert, dem zaigt man an, zu welchen tod der gefangen verurteilt sei, darnach wiss er sich zehalten, mit warnung, er soll nit vil vergebner red brauchen.

Darnach bevilcht man dem gericht den gefangnen auf das haus ze bringen, und wann nun der gefangnen aus dem amthaus am eck des platz herfur gefuert, wird solches alsbald ainem rat angezait.

Alsdann geen die herrn des rath und der richter hinaus auf das tanzhaus, allda die schrannen aufgemacht ist, da stellen sich die herrn nach irer ordnung, und der richter an die link seiten des burgermaisters.

Und der underrichter fragt stehend die 3 procuratores, ie den eltisten am ersten, nachvolgend auch einen rath, wie nach der ordnung steen, volgender massen, auf den aid des rechtens. ob es sei an weil und zeit, das ich als richter mich des gerichts stab mög underwinden und mich sambt den ersamen weisen herrn nidersetzen, recht und urtl sprechen, auch richten, was streng malefitz rechtens recht ist.

Darauf wird ungeferlich durch die procuratores solcher gestalt geantwort und geurteilt:

Ernvester herr richter, dieweil ir mich auf den aid des rechtens fragt, so erkenne ich zu recht, dieweil es an gueter tag zeit, die sun, himmel und erd, und das ganz römisch reich überscheint, kein feier, oder ander von gmainen rechten verpotner tag über das bluet zesitzen, das ir herr richter, den gerichts stab solt zu hand nemen, und auch mit den herrn rechtsprechern nidersetzen, auch richten was streng malefitz rechtens recht ist.

Darnach sitzt der richter sambt den rechtsprechern nider und fragt richter die procuratores auf den aid und volgend die herrn, wie es der inzik halben im rechten besteen soll.

Darauf wird geantwort:

Ernvester herr richter etc. so nit die inzik belangt, so sich unterm rechten mochten begeben, sie seint benennt oder unbenennt als wann das hochwirdig sacrament furgetragen wurd, erken ieh zu recht das gegen demselben aufgestanden, auch ainer erleuchten person die gebur erzaigt, und ainer prunst, aufrur, oder eingang einer schrannen, gewört und der arm mittler weil verwant werden soll.

Nachvolgend die rechtsprecher sich wider zu recht setzen und ferrer ergehn lassen, was streng malefitz rechtens recht ist.

Nach solchem wird nichts gehandelt bis der arm fur recht gebracht wird, so sagt der richter zu dem armen.

Ich, nachdem ich dir in namen meines gnedigen fürsten und herrn auf heut ein streng malefitz rechtstag hab ernennt und angesetzt, fur welches du nun gebracht oder gestellt bist dich zu verantworten, frag ich dich derwegen, ob du ain procurator begerst; darauf begehrt der arm ain procurator, soll ime herr richter denselben verschaffen dem armen beistendig zu sein.

Auf dis dingt der procurator den armen das recht ein.

Ernvester herr richter. nachdem N. fur recht gestellt ist, dis so wider in furkumen möchte, zu verantworten. demnach will er sich hie mit angedingt haben und bitt um gnediges recht.

Darauf antwort der richter: Ich vergunn ime, was streng malefitz rechtens recht ist.

Antwort der procurator: Dergleichen will ich ime auch wo etwas wider in furkäme, sein leib und leben belangend alle rechtmessige notturft vorbehalten haben.

Nach solchem fragt der richter die procuratores und die urtlsprecher auf den aid, wie es ferrer besteen soll, im rechten.

Darauf wird geantwort. Ernvester herr richter, dieweil der arm an der strengen frag ain bekanntnus gethon, darumb er dann fur recht gebracht worden, so erkenn ich zu recht, das dieselb werd verlesen. nachvolgend geschehe ferrer was recht ist.

Demnach bevilcht der richter dem gerichtsschreiber, so hinter dem burgermaister in der hohesteen solle, die urgicht mit lauter stim zu verlesen.

So nun die urgicht verlesen ist, begert des armen procurator an den richter, das er im wolle mit dem armen, aine, zwo, oder drei unterred, soverr es die notturft erfordert, zuelassen.

Darauf antwort der richter, es soll ime vergunt sein, doch das es alhie vor dem rechten, auch zum furderlichsten geschehe.

Auf solches unterredt sich der procurator mit dem armen, fragt ine, ob er die verlesen artikl, bekenn oder nit, auch was andere seine frag und einred sein möchten. die bringt er nachvollgendt in namen des armen fur, bevilcht ine darauf gott, darzue dem rechten.

Darauf fragt der richter auf den aid die procuratores, auch recht-sprecher (allain der procurator so dem armen geredt, ist ausgeschlossen) wie es ferrer auf die verlesen urgicht besteen solle.

hierauf wird geurtailt: Ernvester herr richter, dieweil der arm die verlesen urgicht bekennt, so erkenn ich nach ordnung, auch satzung der kaiserlichen geschribnen recht, das er den tod verschuldt, auch das leben verworcht hat, derhalben ir herr richter sollet dem freien man über di schran zu dreimalen auf sein aid öffentlich zuesprechen und ine fragen, mit was tod der arm soll gericht werden.

Alsdann fragt der richter den züchtiger zu dreimalen nacheinander:

Maister N, ich frag dich des rechtens auf den aid, wie du es am jüngsten tag vor dem richter stuel Cristi, verantworten wilt, mit welchem tod der arm auf die verlesen urgicht soll gericht werden.

Darnach begert der züchtiger an den richter, das er woll verordnen, damit der arm durch die ambleut verwart werd, bis er sein urtl fell.

Hierauf gibt der richter den ambleuten bevelch, das sie den armen mitler zeit zu verwarung nemen, welches sie thuen.

Nachvolgend tritt der züchtiger für den armen gar zur schranen und fölt das urtl, wann nun solches beschehen, soll richter den stab brechen, aufsteen und sagen: Nun helf gott der armen seel!

Finis processus.



Berichtigung.

S. 92, letzte Zeile des Textes, ist nach „lassen“ einzuschalten: „der Rechtsgang wesentlich umgestaltet worden war.“

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

RAYEUSCH
STATS
BIBLIOTHECA
MUNICH

In A. Stuber's Verlagshandlung ist ferner erschienen:

Albert, Prof. Dr. Jos., Lehrbuch der Forstservituten - Ablösung für Forst- und Landwirthe, Kameralisten und Juristen. 8°. 304 S. 1868. *M.* 5. —

Baader, Fr. v., Grundzüge der Societätsphilosophie. Ideen über Recht, Staat, Gesellschaft und Kirche. Mit Anmerkungen und Erläuterungen von Hofrath Dr. Fr. Hoffmann. 2. Aufl. 8°. 208 S. *M.* 3. —

Brasche, Dr. O., Beitrag zur Methode der Sterblichkeitsberechnung und zur Morali tätsstatistik Russlands. Mit 1 lith. Tafel. *M.* 2. —

Dahn, Fel., Prof. Dr., Die Könige der Germanen. Nach den Quellen dargestellt. 8°. Bd. I—VI. *M.* 45. —

Inhalt: I. Die Zeit vor der Wanderung. — Die Vandalen. — II. Die kleinen gothischen Völker. — Die Ostgothen. — III. Verfassung des ostgothischen Reiches in Italien. — IV. Die Edikte der Könige Theodorich und Athalarich und das gothische Recht im gothischen Reiche. — V. Die politische Geschichte der Ostgothen. — VI. Die Verfassung der Westgothen.

— — Das Krie gsrecht. Kurze volksthümliche Darstellung für Jedermann, zumal für den deutschen Soldaten. (Zum Besten der deutschen Verwundeten.) 8°. 62 S. 1870. *M.* —. 80.

Drechsler, Dr. Fr., Privatdocent. Ueber den Schadenersatz bei wichtigen Verträgen. Inaugural-Dissertation. 8°. 66 S. *M.* 1. 50.

— — Die Actio quod jussu. Habilitationsschrift, der juristischen Fakultät zu Würzburg vorgelegt. 8°. 113 S. *M.* 2. 40.

Flesch, Dr. Max, Untersuchungen über Verbrechergehirne. Anatomische und anthropologische Studien. I. Theil: die pathologischen Befunde an Verbrecherleichen. Mit 2 lith. Tafeln. 1882. *M.* 4. 50.

Friedrich des Grossen ausgewählte Werke, ins Deutsche übertragen von Heinrich Merkens, eingeleitet durch Dr. Fr. X. Wegele. Neue billige Ausgabe. Cart. in 3 Bde. *M.* 12., eleg. geb. *M.* 15. —.

Gareis, Prof. Dr. C., Das Stellen zur Disposition nach modernem deutschen Handelsrecht. 8°. 179 S. *M.* 3. —.

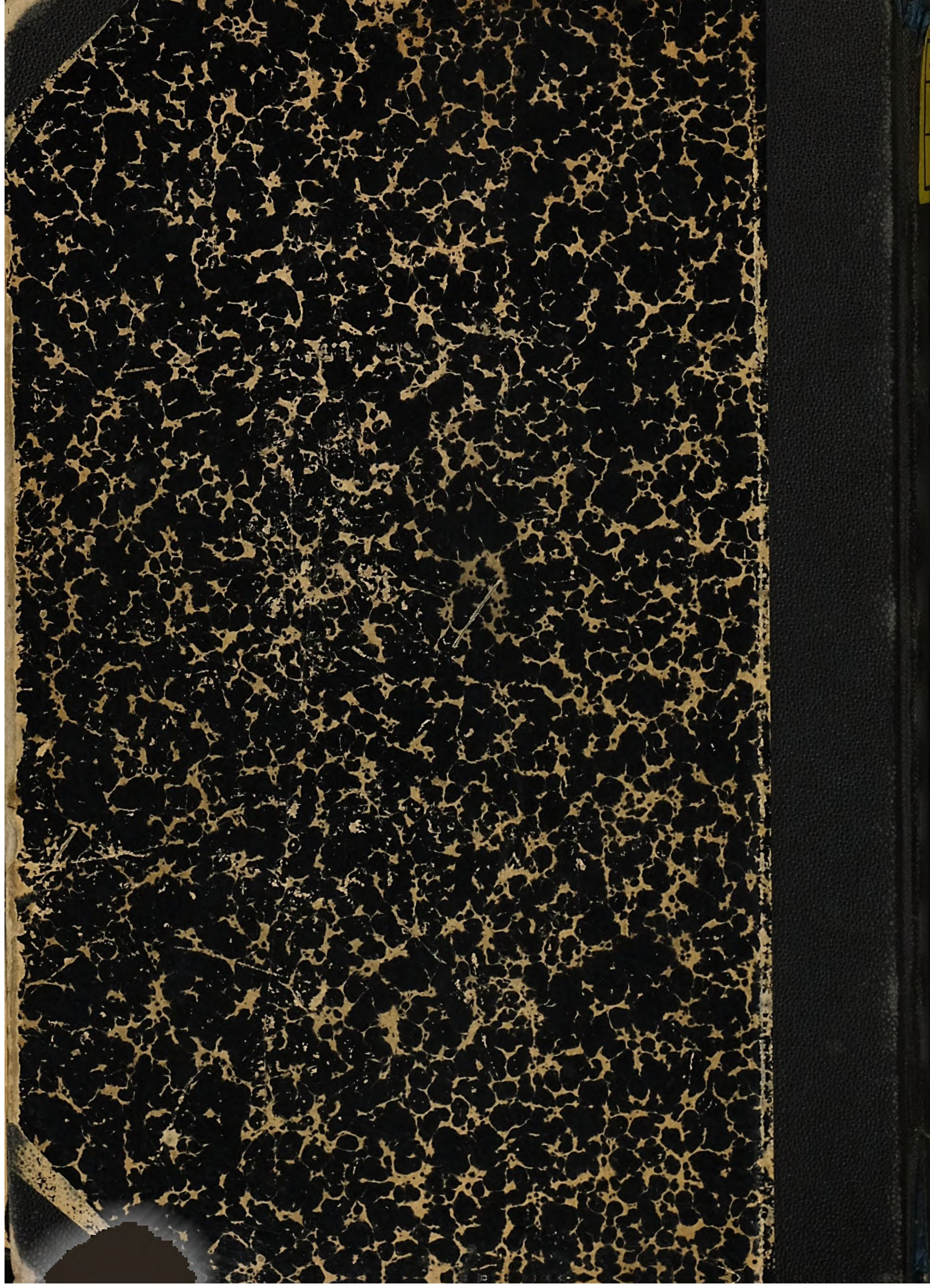
— — Die Verträge zu Gunsten Dritter. Historisch und dogmatisch dargestellt. 8°. 296 S. *M.* 6. —.

Gramich, V., Verfassung und Verwaltung der Stadt Würzburg vom 13.—15. Jahrhundert. *M.* 2. —.

Güterbock, Prof. Dr. C., Die Entstehungsgeschichte der Carolina, auf Grund archivaler Forschungen und neu aufgefundener Entwürfe dargestellt. 8°. 300 S. *M.* 8. —.

Hartmann, Bernh., Rechtsanwalt, Das Gesetz über Zwangsabtretung des Grundeigenthums vom 17. November 1837 nebst den Abänderungen des Gesetzes zur Ausführung der Reichscivilprozessordnung. 8°. 86 S. *M.* 2. 40.

- Haupt**, Dr. Herm., Die religiösen Sekten in Franken vor der Reformation. *Ab.* 2. —.
- Held**, Prof. Dr. A., Carey's Socialwissenschaft und das Merkantilsystem. Eine literaturgeschichtliche Parallele. 8°. 216 S. *Ab.* 3. —.
- Henner**, Dr. Th., Privatdocent, Die herzogliche Gewalt der Bischöfe von Würzburg. 8°. 150 S. *Ab.* 3. —.
- — Bischof Hermann I. von Lobdeburg und die Befestigung der Landesherrlichkeit im Hochstift Würzburg. *Ab.* 1. 40.
- Hoppe**, Prof. Dr. J., Die Zurechnungsfähigkeit. Erklärung, Entstehung und Herkunft. 8°. 154 S. *Ab.* 3. —.
- Kittel**, A., Beiträge zur Geschichte der Freih. Echter von Mespelbrunn. *Ab.* 1. 80.
- Kleiner**, Otto, kgl. bayerischer Appellationsgerichtsrath, Kommentar zur Civilprozessordnung für das deutsche Reich. Nach den Quellen bearbeitet mit besonderer Berücksichtigung der Gesetzgebung in Bayern, Sachsen und Württemberg. 3 Bde. *Ab.* 38. —.
- Köppen**, Prof. Dr. C. F. A., System des heutigen römischen Erbrechts im Grundrisse. Ausgabe mit Nachträgen. *Ab.* 3. —.
- Krais**, Staatsanwalt, Handbuch der inneren Verwaltung im diesrheinschen Bayern. 2. Aufl. 3 Bde. *Ab.* 12. —.
- Lammer**, Dr. Hs., Das Recht der treuen Hand nach deutschem Recht. Inaug.-Dissertation. 8°. 57 S. *Ab.* 1. 20.
- Matthias**, Dr. B., Das Foenus nauticum und die geschichtliche Entwicklung der Bodmerei. 8°. IV. 132 S. 1881. *Ab.* 3. —.
- Rosbach**, Dr. Joh. Jos., Geschichte der Gesellschaft. 8 Bände. 8°. 1868—1875. à Band *Ab.* 3. *Ab.* 24. —.
- Rückert**, Dr. E., Die Pfahlbauten und Völkerschichten Osteuropa's, besonders der Donaufürstenthümer. *Ab.* 1. 50.
- Seydel**, Prof. Dr. M., Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre. 8°. 104 S. *Ab.* 2. —.
- — Commentar zur Verfassungs-Urkunde für das deutsche Reich. 8°. 294 S. *Ab.* 3. 60.
- Stern**, Dr. J., Der Unterschied zwischen civilen und naturalen Eigenthumserwerbsarten im klassischen römischen Rechte. *Ab.* 1. —.
- Umpfenbach**, Prof. Dr. Karl, Die Volkswirthschaftslehre oder die Nationalökonomik. 8°. 228 S. *Ab.* 4. —.
- — Das Kapital in seiner Kulturbedeutung. gr. 8°. 88 S. *Ab.* 2. —.
- Wegele**, Prof. Dr., Göthe als Historiker. *Ab.* 1. 50.
- — Graf Otto von Hennenberg-Botenlauben und sein Geschlecht. *Ab.* 1. 20.



Rosenthal, Eduard

Beiträge zur deutschen Stadtrechtsgeschichte Heft 1 u. 2: Zur
Rechtsgeschichte der Städte Landshut und Straubing nebst Mitteilungen aus
ungedruckten Stadtbüchern

Würzburg 1883

J.germ. 163 i

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11633631-4